

Die Türkei als Regionalmacht

**Vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
der Universität Duisburg-Essen
zur Erlangung des akademischen Grades**

Dr. rer. pol.

genehmigte Dissertation

von

Cemal Aslan

aus

Köln

Referent: Prof. Dr. Othmar Nikola Haberl

Korreferent: Prof. Dr. Heinz-Jürgen Axt

Tag der Disputation: 17. Dezember 2009

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	4
<i>I.1. Erkenntnisleitendes Interesse, Fragestellungen und Grundannahmen</i>	<i>4</i>
<i>I.2. Untersuchungsgegenstand: Leitfrage, Zielsetzung, Eingrenzung und Methodeninventar</i>	<i>16</i>
I.3. Schwerpunkte und Fragestellungen der aktuellen politikwissenschaftlichen Forschung	21
II. Politikwissenschaftliche Theorien und Modelle staatlicher Sicherheits- und Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Diskurse in der Türkei	31
<i>II.1. Sicherheits- und Außenpolitik als Forschungsgegenstand der Politikwissenschaft</i>	<i>35</i>
<i>II.2. Forschungsgebiet <Internationale Beziehungen> und <Internationale Politik></i>	<i>36</i>
<i>II.3. Definition: Allianz und Bündnispolitik</i>	<i>37</i>
<i>II.4. Allianztheorien im Überblick: Theoriedynamik – Ansätze und Methoden in der Politikwissenschaft nach 1945</i>	<i>38</i>
<i>II.5. Systematische Aspekte gegenwärtiger Allianztheorien unter den Grundannahmen eines Paradigmenwechsels in den 1990er Jahren</i>	<i>47</i>
<i>II.6. Grundzüge der politikwissenschaftlichen Diskurse über die Sicherheitsarchitektur des internationalen Systems</i>	<i>56</i>
<i>II.7. Neorealistische Forschungsansätze</i>	<i>59</i>
<i>II.8. Revisionistisch-handlungstheoretische Modelle</i>	<i>62</i>
<i>II.9. Parameter der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik ab 1990/91: Überlegungen zum Phänomen qualitativ erweiterter Handlungs- und Entscheidungsspielräume</i>	<i>70</i>
<i>II.10. System-, handlungs-, spiel- und entscheidungstheoretische Modelle in der aktuellen politikwissenschaftlichen Forschung</i>	<i>73</i>
<i>II.11. Zwischenfazit</i>	<i>81</i>
III. Türkische Außen- und Sicherheitspolitik seit Beginn der 1990er Jahre: Rahmenbedingungen, Akteure, Mittel und Ziele	82
<i>III.1. Innenpolitische Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnisse der Eliten in der Türkei</i>	<i>82</i>
<i>III.2. Außenpolitische Rahmenbedingungen: Internationales System, geo- und regionalstrategische Prämissen</i>	<i>88</i>
<i>III.3. Sicherheitspolitik, strategische und operative Planungen der NATO – Entwicklungslinien von 1989/1990 bis heute</i>	<i>96</i>
<i>III.4. Zwischenbilanz</i>	<i>109</i>
<i>III.5. Akteure: Militär, Parlament, Regierung und gesellschaftliche Eliten in der Türkei</i>	<i>110</i>

<i>III.6. Kompetenzen und Interessen</i>	<i>118</i>
<i>III.7. Zwischenfazit</i>	<i>128</i>
IV. Regionalmacht Türkei: Detailanalyse des außen- und sicherheitspolitischen Handelns der Türkei im internationalen System und regionalem Kontext	133
<i>IV.1. Grundannahme und Begriffsklärung „Regionalmacht“</i>	<i>134</i>
<i>IV.2. Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen der Türkei – Aspekte eines Mehrkomponentenmodells türkischer Regionalpolitik</i>	<i>138</i>
<i>IV.3. Die Schwarzmeerwirtschaftsregion (SMWR)</i>	<i>142</i>
<i>IV.4. Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik in der Kaukasusregion</i>	<i>148</i>
<i>IV.5. Türkei und EU: Sicherheits- und wirtschaftspolitische Dimensionen einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU</i>	<i>156</i>
V. Strategische Optionen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik im Nahen Osten	163
<i>V.1. Türkei und Irak</i>	<i>166</i>
<i>V.2. Türkische Nahostpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu Syrien (Kurdenproblem, Wasserversorgung, Grenzstreitigkeiten) und zu Israel (die militärische Zusammenarbeit)</i>	<i>171</i>
<i>V.2.1. Historischer Rückblick auf die türkisch-syrischen Beziehungen</i>	<i>173</i>
<i>V.2.2. Wasser als Konfliktpotential in den türkisch-syrischen Beziehungen</i>	<i>178</i>
<i>V.2.3. Wasser- und die PKK- Problematik</i>	<i>183</i>
<i>V.2.4. Die Internationalisierung der Kurden- und Wasserproblematik unter Einbeziehung Israels</i>	<i>187</i>
<i>V.2.5. Positive Annäherung in den türkisch-syrischen Beziehungen ab Mitte der 1990er Jahre</i>	<i>190</i>
<i>V.3. Türkisch-israelische Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Militärkooperation ab 1996</i>	<i>194</i>
<i>V.3.1. Übungen im Luftraum und gemeinsame Militärmanöver von Israel, der Türkei und der USA im Mittelmeer</i>	<i>195</i>
<i>V.3.2. Gegenseitige geheimdienstliche Verbindungen, Infiltrationsmethodik, Bekämpfung der PKK und Strategisches Forum</i>	<i>197</i>
<i>V.3.3. Die Militärindustrie</i>	<i>199</i>
<i>V.3.4. Die strategische Allianz Türkei-Israel aus Sicht der arabischen Staaten</i>	<i>201</i>
<i>V.3.5. Das Verhältnis von NATO und EU zu der türkisch-israelischen Allianz</i>	<i>202</i>
<i>V.3.6. Aspekte der Kooperation im zivilen Bereich und Freihandelsabkommen</i>	<i>203</i>
<i>V.3.7. Wasserkäufe</i>	<i>204</i>
<i>V.3.8. Wirtschaftliche Beziehungen nach Zentralasien und in den Transkaukasus</i>	<i>205</i>
<i>V.4. Türkisch-iranische Beziehungen</i>	<i>206</i>
VI. Strategische Interessen und Sicherheitspolitik der Türkei im Rahmen der NATO	214
<i>VI.1. Rahmenbedingungen: Sicherheitspolitischer Kurs der NATO seit 1990/1991</i>	<i>214</i>

VI.2. Türkei und NATO: türkische Sicherheitspolitik im Kontext des Neuen Strategischen Konzepts (Rom 1991) und im Zusammenhang der WEU	218
VI.2.1. Die Rolle der NATO im Bosnien- und Kosovokonflikt	229
VI.2.2. Die Rolle der Türkei in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo-Konflikt	234
VI.3. Flexibilisierung und Diversifizierung: Die Rolle der Türkei im neuen Aufgabenspektrum der NATO	238
VI.4. Long-Term Strategic Objectives: Bausteine, Planungen und Perspektiven der türkischen Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO	244
VI.5. Strategische Planungen der NATO und das Out-of-area-Problem	246
VI.5.1. Combined Joint Task Forces (CJTF) als integrierte operative Einheiten der NATO und WEU	254
VI.6. NATO, WEU, EU und Türkei – Konturen und Schnittmenge gemeinsamer Interessen in den 1990er Jahren	256
VI.7. Strategische Planungen und Maßnahmen für eine Europäisierung der NATO im Rahmen des neuen sicherheitspolitischen Konzepts	262
VI.8. Sicherheitspolitische Perspektiven des Washingtoner Strategiekonzepts vom April 1999	263
VI.9. Abandonment und Entrapment: Chancen und Risiken der neuen Sicherheitsagenda der NATO	270
VII. Fazit und Ausblick: Die Türkei als Regionalmacht – Konstanten und Variablen der türkischen Außen und Sicherheitspolitik ab Anfang der 1990er Jahre	279
VIII. Literaturverzeichnis	296
VIII.1. Literatur	296
VIII.2. Zeitungen	321

I. Einleitung

1.1. Erkenntnisleitendes Interesse, Fragestellungen und Grundannahmen

Seit Anfang der 1990er Jahre gehört es zu den Standard-Topoi der zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Forschung, dass sich mit dem wirtschaftlichen und machtpolitischen Zusammenbruch der Sowjetunion und der anschließenden Auflösung des Warschauer Pakts¹ die Rahmenbedingungen des internationalen Systems², in dem der Ost-West-Antagonismus seit Beginn des Kalten Krieges bis in die 1980er Jahre die Dominante globaler Politik gewesen ist, verändert haben. Die Bipolarität des internationalen Systems wurde als solche überwunden und gehört als Handlungsregulativ der Weltpolitik endgültig der Vergangenheit an. Die von der KSZE-Gipfelkonferenz beschlossene „Charta von Paris für ein neues Europa“³ vom 21. November 1990 markiert diese, wenn man es so anschaulich formulieren kann, politische Wetterscheide in den internationalen Beziehungen. Auf der Pariser KSZE-Gipfelkonferenz wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass das Zeitalter jahrzehntelanger Konfrontation und friedensgefährdender Antagonismen zu Ende gegangen sei und die Teilung Europas (als vordringliches Problem) sukzessive überwunden werden könne. Anfang der 1990er Jahre stand also die politische Hoffnung, wenn nicht Erwartung, im Vordergrund, dass die Prinzipien der am 1. August 1975 in Helsinki verabschiedeten KSZE-Schlussakte (die sogenannte „Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten“⁴) vornehmlich in Europa und im transatlantischen Kontext politische Realität werden können. Die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten setzten sich auf der erwähnten Gipfelkonferenz von Paris ausdrücklich für die „volle Verwirklichung

¹ Vgl. zur Geschichte des Warschauer Pakts bei Jens Hacker: Warschauer Pakt, in: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Band 5. Sonderausgabe der 7., völlig neu bearbeiteten Auflage. Hrsg. Von der Görres-Gesellschaft. Freiburg/Basel/Wien 1995, Sp. 882-884.

² Der Begriff <internationales System> ist ein Konstrukt bzw. Theorem der Politikwissenschaft; vgl. dazu Ernst-Otto Czempiel: Internationale Beziehungen, in: Staatslexikon. Bd. 3, Sp. 135-143 (der Begriff ist „im Rahmen des der Systemtheorie verhafteten struktur-funktionalen Ansatzes“ (ebd., Sp. 142) geprägt worden!).

³ Vgl. Archiv der Gegenwart 60, 1990, S. 35072 f. (Auszug aus der deutschen Übersetzung „Das neue Europa“. Die von der KSZE-Gipfelkonferenz von Paris für ein neues Europa beschlossene Charta vom 21. November 1990.).

⁴ Vgl. die deutsche Fassung der L'Acte Final d'Helsinki: Texte et Analyse. Edited by European Coordination Centre for Research and Documentation. International Social Science Council. Wilhelmsfeld 1990.

aller KSZE-Verpflichtungen⁵“ gemäß der zehn Prinzipien der Schlussakte von Helsinki ein. Neben der gemeinsamen Verpflichtung der Teilnehmerstaaten auf die Menschenrechte als Grundrechte für alle Bürgerinnen und Bürger wurde auch ein sofortiges Aktionsprogramm für den Ausbau und die Vertiefung der internationalen Beziehungen beschlossen. Vor dem Hintergrund eines prinzipiellen Bekenntnisses zur Demokratie als der präferierten Regierungsform verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten auf Maßnahmen, die die „gleiche Sicherheit für unsere Länder“⁶ (i.e. Teilnehmerstaaten der KSZE/Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) erreichen und garantieren sollen.

Die mit der „Überwindung der bipolaren Zweiteilung“⁷ Europas und des internationalen Systems verbundene Hoffnung auf eine politische Neuordnung im Zeichen friedlicher Konfliktbeilegung oder -lösung sollte sich in den Folgejahren nicht oder nur zum Teil erfüllen. Der epochale Umbruch der politischen Lage in Europa zwischen 1989 und 1991 hat zwar zu einer vollständigen Veränderung der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen für die Mitgliedsstaaten der NATO und des bald aufgelösten Warschauer Pakts geführt, nicht aber die komplexen Problemkonstellationen in einzelnen Republiken der ehemaligen Sowjetunion oder des sich auflösenden Jugoslawiens überwunden, geschweige denn gelöst. Die Bewertung des „epochalen Umbruchs“ in Europa und im internationalen System muss diese Ambivalenz der politischen Entwicklung seit Anfang der 1990er Jahre grundsätzlich in Rechnung stellen. Obwohl der am 4. April 1949 vor dem Hintergrund der Berlin-Blockade und des von Stalin initiierten kommunistischen Staatsstreichs in der Tschechoslowakei gegründeten NATO⁸ mit der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts objektiv der potentielle Gegner abhanden gekommen war, stellte sich für die NATO und ihre Mitgliedsstaaten im Grunde zu keinem Zeitpunkt die politische Frage nach einer Auflösung des transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungsbündnisses. Zwar wurden in Teilen der westlichen Öffentlichkeit

⁵ Archiv der Gegenwart 60, 1990, S. 35072. Vgl. dazu auch Chata von Paris für ein neues Europa, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (abgekürzt Bulletin) Nr. 137/90, S. 1409-1423.

⁶ Ebd., S. 35072.

⁷ Werner Link: Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München 1998, S. 11.

⁸ Zu den Gründungsmitgliedern und Signatarstaaten des NATO-Vertrages vom 4.4.1949 gehören die USA, Großbritannien, Frankreich, die Benelux-Staaten, Dänemark, Norwegen, Island, Portugal und Italien. 1952 treten Griechenland und die Türkei, 1955 die Bundesrepublik Deutschland und 1982 Spanien der NATO bei. Seit 1999, dem symbolträchtigen 50-jährigen NATO-Jubiläum, sind Polen, Tschechien und Ungarn Neumitglieder geworden. Damit wurde aber die so genannte Osterweiterung der NATO nicht abgeschlossen, wie der NATO-Rat ausdrücklich erklärte.

Forderungen nach einer Auflösung der NATO erhoben oder auch als sicherheitspolitische Alternative eine Stärkung des KSZE-/OSZE-Prozesses vorgeschlagen⁹, politisch durchsetzbar war aber keiner dieser Vorschläge. Sieht man von den Diskursen jenseits der politischen Machteliten in den westlichen Staaten ab, stand die Rolle der NATO ab etwa 1991/1992 nicht mehr ernsthaft zur Disposition.

Prägnant formuliert: die politischen, gesellschaftlichen und 'ideologischen' Eliten in den westlichen Staaten diesseits und jenseits des Nordatlantiks hatten es in den 1990er Jahren erstaunlich leicht, die NATO als einen, wenn nicht den Stabilitätsfaktor und Sicherheitsgaranten für Freiheit und Demokratie darzustellen. Angesichts der sich abzeichnenden Konflikte an der NATO-Peripherie (Balkan, ehemalige Sowjetrepubliken usw.) wurde sogar propagiert, dass die NATO vor neuen Herausforderungen stehe und eine zentrale Funktion bei der Implementation einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur inne habe.¹⁰

Die Definition eines neuen Aufgabenspektrums für die NATO lässt sich nicht als Folge eines Planspiels von Sicherheitspolitikern und Militärstrategen erklären. Vielmehr zwangen die politischen Entwicklungen und *bruta facta* (politische Erosion Jugoslawiens; wachsende ethnische und konfessionelle Spannungen zwischen orthodoxen Serben, katholischen Kroaten und muslimischen Bosniern usw.) dazu, die Koordinaten der europäischen Sicherheitspolitik neu zu bestimmen und die Rolle bzw. die Aufgabe der NATO an die aktuellen Entwicklungen anzupassen.¹¹ Spätestens seit 1991 geht es, wie noch im Detail zu zeigen sein wird, in den öffentlich-politischen

⁹ Vgl. Matthias Karadi: Die Reform der Atlantischen Allianz. Bündnispolitik als Beitrag zur kooperativen Sicherheit in Europa? Münster 1994, S. 9.

¹⁰ Vgl. Gernot Erler: Global Monopoly. Berlin 1998 (Erler setzt sich im Zusammenhang mit der Analyse des Bosnien-Krieges mit dem Bedeutungsverlust der Vereinten Nationen und der neuen Funktion der NATO als Krisenpräventionsmittel und als Instrument militärischer Intervention-auch out of area!-auseinander.).

¹¹ Gemäß NATO-Vertrag wird ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere Mitgliedstaaten des Verteidigungsbündnisses als Angriff auf alle Mitglieder bewertet. Der NATO-Vertrag enthält aber keine automatische militärische Beistandspflicht, sondern überlässt es jedem Mitgliedsstaat, unverzüglich und im Zusammenwirken mit den Bündnispartnern diejenigen Maßnahmen zu treffen, die er für notwendig und angemessen hält; vgl. zum NATO-Vertrag vom 4. April 1949 in Klaus von Schubert (Hrsg.): Sicherheitspolitik und Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945-1977. Teil I. Bonn 1977, S. 162-166 (amtliche deutsche Übersetzung des NATO-Vertrages, in: Europa-Archiv 4 (1949) 1-2, S. 2071 ff.); diese klassische Funktion der NATO ist nach und nach modifiziert worden. Aus Sicht der US-Regierung versetzte der 11. September 2001 der klassischen westlichen Verteidigungsallianz den endgültigen Todesstoß. Zwar riefen die NATO-Verteidigungsminister einen Tag nach den Terroranschlägen von New York und Washington erstmals in der Geschichte den Bündnisfall aus. Doch dies war eher die letzte spektakuläre Geste eines Auslaufmodells. Die Allianz hatte mit dem Ende des Kalten Krieges ihren Daseinszweck verloren. Keiner formuliert den Abgang deutlicher als US-Präsident George W. Bush: „Die NATO war das Mittel, um Europa gegen den Warschauer Pakt zu verteidigen. Aber der Warschauer Pakt hat sich ebenso aufgelöst wie der alte Feind Sowjetunion. Wir stehen neuen Bedrohungen gegenüber-dem weltweiten Terrorismus“(Michael Backfisch: Handelsblatt vom 21.11.2002).

Diskussionen und den politikwissenschaftlichen Diskursen um eine Vielzahl von Fragen, deren Schnittmenge oder Fokus auf die mit der Auflösung des bipolaren Weltsystems manifest gewordenen oder aber noch latent gebliebenen Konflikte verweisen. Die Dynamik im internationalen System entspricht zum gegenwärtigen Zeitpunkt (2007) einer auffälligen Theoriedynamik der politikwissenschaftlichen Forschung. Damit ist die Schwelle zum Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Forschungsarbeit erreicht.

Im Kern geht es im Rahmen meiner Untersuchung um die Frage, wie am Beispiel der Türkei die komplexen sicherheits- und außenpolitischen Implikationen der 'neuen Weltordnung' rekonstruiert, analysiert und politikwissenschaftlich bewertet werden können. Die Türkei als NATO-Mitglied, EU-Beitrittskandidat und Staat an der Peripherie Europas ist als Untersuchungsgegenstand insofern von einem besonderen Interesse für die Politikwissenschaft, als die sicherheits- und außenpolitischen Koordinaten, aber auch die regionalstrategischen und geographischen Voraussetzungen dieses staatlichen Akteurs eine besondere Prägung aufweisen.¹² Im Unterschied zur sicherheits- und außenpolitischen Situation der mitteleuropäischen Staaten (z.B. Deutschland) ist die politische Gesamtlage der Türkei aufgrund dieser und anderer Rahmenbedingungen (z.B. ethnische Konfliktkonstellationen Türken/Kurden) potentiell oder faktisch als kritisch einzustufen.¹³ Diese erste Einschätzung der politischen Gesamtlage des staatlichen Akteurs Türkei ist weitgehend Konsens der politikwissenschaftlichen Diskurse in den USA, in Europa und in der Türkei selbst.¹⁴ Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wird ein Forschungsansatz gewählt, der schwerpunktmäßig die öffentlich-politischen Diskussionen und politikwissenschaftlichen Diskurse innerhalb der Türkei (Publizistik, politische Parteienlandschaft, gesellschaftliche Eliten, Parlament und universitäre

¹² Vgl. Kamran İnan: Yeni Dünya Düzeni içinde Türkiye ve oluşan yeni Dengeler içinde değişen Dünya, Türkiye ve Türk Dünyası Sempozyumu („Die Rolle der Türkei in der neuen Weltordnung und die „balance“-Politik der Türkei in den Turkrepubliken“), Ankara 1993, S. 56.

¹³ Vgl. dazu Henry J. Barkey: Turkey, Islamic Politics and the Kurdish Question, in: World Policy Journal 13 (1996) 1, S. 43-52; Nimet Beriker-Atıyaş: The Kurdish Conflict in Turkey: Issues, Parties and Prospects, in: Security Dialogue 28 (1997) 4, S. 439-452 (Aus Sicht der türkischen Eliten in Politik und Militär stellt die kurdische Separationspolitik die sicherheitspolitische Maxime der nationalen und staatlichen Integrität in Frage; diese Position ist für die Türkei nicht verhandelbar.).

¹⁴ Vgl. dazu Umut Arık: Turkey and the International Security System in the 21st Century, in: Euroasian Studies 4 (1995/1996) 3, S. 2-11; İsmail Cem: Turkey: Setting Sail to the 21 st Century, in: Perceptions 2 (September-November 1997) 3, S. 16-28; Graham E. Fuller: Turkey in the New International Security Environment, in: Foreign Policy 16 (1992) 3/4, S. 29-44; Heinz Kramer: Turkey Toward 2000, in: Brookings Review 17 (1999) 3, S. 32-35; vgl. zum Regionalmacht-Begriff bei Heinz Kramer: Die Türkei: Eine Regionalmacht mit Zukunft? In: Albrecht Zunker (Hrsg.): Weltordnung oder Chaos? Baden-Baden 1993, S. 109-125.

Politikwissenschaft resp. Zeitgeschichte) seit Anfang der 1990er Jahre rekonstruiert, bilanziert und analysiert. Dabei stellen sich mehrere interessante (Teil-)Fragen¹⁵:

Worin unterscheidet sich gegebenenfalls die türkische Eigenperspektive von den Interpretationsmustern oder Modellbildungen der 'westlichen' Politikwissenschaft?

Welche strategischen Schwerpunkte geben die Doktrinen und sicherheits- bzw. außenpolitischen Entscheidungen der politisch-militärischen Eliten der Türkei zu erkennen?

Wie werden diese aktuellen Positionen und Entscheidungen der türkischen Sicherheits- und Außenpolitik innerhalb der NATO oder der EU-Staaten perzipiert und bewertet?

Welche Rolle spielt die Türkei in der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur? Welche Rolle wird ihr zugeschrieben (z.B. im systemischen Zusammenhang der NATO)? Welche Rolle attribuiert sich der staatliche Akteur Türkei selbst?

Welche Bedeutung hat die Türkei in regionalstrategischer Hinsicht (Iran, Irak, Kaukasus, Nahost usw.), in Eigenperspektive und in Perspektive ihrer Bündnispartner?

Dieses Fragenspektrum stellt eine nicht zu unterschätzende Herausforderung für die politikwissenschaftliche Forschung dar. Gleichzeitig birgt diese analytische Untersuchung einer solchen komplexen 'Problemlandschaft' die Chance, die akute Konfliktkonstellation und die zahlreichen zu lösenden Probleme in der gegenwärtigen

¹⁵ Vgl. zu diesen Fragekomplexen bei Alan Makovsky: The New Activism in Turkish Foreign Policy, in: SAIS Review 19 (1999) 1, S. 92-113; bei der Bewertung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik spielt das Verhältnis von Konstanten (NATO-Mitgliedschaft; Westorientierung in der Gesellschaftspolitik; Assoziationsstatus im Verhältnis zur EU usw.) und Variablen (Umbruch der bipolaren Weltordnung; Spielräume gegenüber den Nachfolgestaaten der Sowjetunion; z. T. Panturkismusbewegung u. Ä.) in den politikwissenschaftlichen Diskursen eine zentrale Rolle. Je nach Verhältnisbestimmung der Konstanten und Variablen wird die türkische Außen- und Sicherheitspolitik unterschiedlich beurteilt; vgl. die Diskussion seit Anfang der 1990er Jahre bei Heinz Kramer: Die Türkei zwischen Europa, Asien und dem Nahen Osten: eine aufstrebende Regionalmacht? In: Südosteuropa Mitteilungen 32 (1992) 2, S. 129-140; Ian O. Lesser: Turkey in a Changing Security Environment, in: Journal of International Affairs 54 (2000) 1, S. 183-198; Malik Mufti: Daring and Caution in Turkish Foreign Policy, in: Middle East Journal 52 (1998) 1, S. 32-50. Aus Sicht der türkischen Politikwissenschaft wird die Bündniszuverlässigkeit des staatlichen Akteurs Türkei betont; die neuen Spielräume (Variablen) werden als konstruktive Optionen-auch im Interesse der NATO-interpretiert: vgl. zu dieser Auffassung bei Erol Mütercimler: A Security in Turkey in the 21st Century, in: Insight Turkey 1 (October/December 1999) 4, S. 11-20; Ziya Öniş: Turkey in the Post-Cold War Era: In Search of Identity, in: The Middle East Journal 49 (1995) 1, S. 48-68 (nach Auffassung von Ziya Öniş spielen folgende „key elements“ für die türkische Außen- und Sicherheitspolitik die zentrale Rolle: „Turkey's relations with Europe, its relations with its northern neighbors, its relations with the Middle East, and its domestic performance measured in terms of economic development, democratic strengthening, and secularism“ (ebd., S. 67); unstrittig ist in der Türkei die NATO-Mitgliedschaft, die als „integral component“ der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik interpretiert wird.).

internationalen Politik systematisch zu bearbeiten. Die Ergebnisse einer solchen Analyse sind angesichts der Komplexität der aktuellen politischen Probleme (Nahost, Irak usw.) per se vorläufig. Es wäre vermessen, den Anspruch zu erheben, eine in Diagnose, Ätiologie und Prognose abschließende Analyse der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik vorlegen zu wollen.¹⁶ Allein die 'tagespolitische' Dynamik, wie jüngst der Aufmarsch türkischer Armeeverbände an der Grenze zum Nordirak (seit November/Dezember 2007), kann Teilaspekte der wissenschaftlichen Analysearbeit in Frage stellen oder in ihrer Erklärungsreichweite einschränken. Insgesamt steht also die vorliegende Forschungsarbeit unter dem Eindruck der enormen Dynamik einer politischen Umbruch- und „Übergangszeit“, die durch „Fragmentierung und Differenzierung der politischen Grundeinheiten“ (überstaatliche, staatliche und nicht-staatliche Akteure) bei einer „gleichzeitig fortschreitenden Verflechtung und Vernetzung“¹⁷ gekennzeichnet ist. Die politikwissenschaftliche Bewertung W. Links bezieht sich zwar auf die Strukturen der internationalen Beziehungen insgesamt, lässt sich aber meines Erachtens auch als ein erster theoretischer Zugang in die besondere sicherheits- und außenpolitische Lage des staatlichen Akteurs Türkei verwenden. Was ist damit gemeint?

Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik weist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Reihe von Konstanten und Variablen auf, deren Interdependenz seit Anfang der 1990er Jahre aber verändert und, wenn man es so sagen darf, offener bzw. unbestimmter geworden ist. Eine, auch in der türkischen Politikwissenschaft¹⁸ immer wieder betonte Konstante ist die Mitgliedschaft der Türkei im NATO-Bündnis. Diese Zugehörigkeit zum nordatlantischen Bündnissystem gilt in der türkischen Politikwissenschaft, aber auch für die relevanten Eliten in Gesellschaft und Politik, als die Säule der nationalen

¹⁶ Vgl. dazu die Studie von Udo Steinbach: Die Türkei zwischen inneren Anfechtungen und regionalem Führungsanspruch, in: Wolfgang Wagner et al. (Hrsg.): Jahrbuch Internationale Politik 1993/1994. München 1996, S. 43-45; Udo Steinbach: Ordnungsmacht oder Krisenfaktor? Die Türkei zwischen Orient und Okzident, in: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Friedensgutachten 1996. Münster 1996, S. 203-215; Sevgi Drorian: Rethinking European Security: The Inter-regional Dimension and the Turkish Nexus, in: European Security 14 (December 2005) 4, S. 421-441 (in dieser aktuellen Untersuchung betont S. Drorian die „new sources of insecurity and instability in Europe's periphery. Turkey sits at the nexus of this hit her to marginalised theatre of risks and challenges“; ebd., S. 421.).

¹⁷ Werner Link: Die Neuordnung der Weltpolitik, S. 9 f. (Vorwort); Link betont insgesamt die 'Offenheit' der sicherheitspolitischen Entwicklungslinien. So steht die internationale Ordnung zur Zeit im Spannungsfeld zwischen Vereinheitlichung und Differenzierung; vgl. ebd., S. 11-21.

¹⁸ Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wird auf Quellentexte (vornehmlich englisch-türkisch und deutschsprachig zurückgegriffen, um die politischen und politikwissenschaftlichen Diskurse analysieren zu können. Eine Übersicht (bis 2001) über die wesentlichen Quellentexte findet sich in: Mustafa Aydin/Sevim Tezel-Aydin: Turkish Foreign Policy Bibliography. Sources in English, Turkish, French and German. SAM Papers No. 1/2002. Ankara, May 2002.

Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei. Vor dem Hintergrund dieses sicherheitspolitischen Credo hat sich aber eine Dynamik in den Diskursen entwickelt und auch im politischen Handeln des staatlichen Akteurs Türkei entfaltet, die mit dem von Werner Link formulierten Theorem einer 'Fragmentierung und Differenzierung bei gleichzeitiger Verflechtung und Vernetzung der politischen Grundeinheiten' adäquat beschrieben werden kann. Die Spielräume der türkischen Außenpolitik sind erheblich vergrößert worden, was nicht zuletzt in den ernsthaften Kontroversen zwischen den USA und der Türkei vor dem Hintergrund der beiden letzten Golfkriege erkennbar wurde. Allein dieses erste Beispiel macht deutlich, dass die Variablen der türkischen Außenpolitik insgesamt differenziert zu analysieren sind und – aus der heutigen Perspektive – auch komplizierter geworden sind. Der staatliche Akteur Türkei handelt, wenn auch vorsichtig und strategisch kalkuliert, selbständiger und versucht in der Region (Schwarzmeer, Kaukasus, Naher Osten bis Mittelasien/Turkrepubliken) nationale Interessen zu verfolgen. Dass diese Interessenpolitik der staatlichen Akteurs Türkei auch mit den Interessen der NATO oder der EU weitgehend übereinstimmt, widerspricht nicht der Annahme eines erweiterten Spielraums außenpolitischen Handelns der Türkei. Das Beispiel der Baku-Ceyhan-Pipeline¹⁹ kann hier als erster Beleg gelten. Das Gesamtprojekt dieser monumentalen Überlandtrasse steht selbstverständlich auch im Interesse der auf fossile Energien angewiesenen westlichen Industriegesellschaften. Gleichwohl hat die Türkei als Anrainerstaat (im weiteren Sinne) ihre regionalstrategischen Optionen²⁰ zu realisieren gewusst, indem sie mit Rückendeckung der USA bilaterale (Schutz-)Abkommen mit Aserbaidschan und Georgien zur Gewährleistung des Energietransports abgeschlossen hat. Angesichts der virulenten Konfliktlage in der Kaukasusregion (Armenien vs. Aserbaidschan wegen der Berg-Karabach Region; Tschetschenien-Krieg; Ossetien usw.) ist eine militärische Aktion zur Sicherung der wirtschaftsstrategisch relevanten Baku-Ceyhan-Pipeline vermutlich nicht auszuschließen. Im Rahmen meiner Untersuchung über die gegenwärtige türkische Außen- und Sicherheitspolitik gehe ich von der Annahme bzw. Hypothese aus, dass der staatliche Akteur Türkei die Interdependenz der sicherheits-

¹⁹ Vgl. Süha Bölükbaşı: Ankara's Baku Centered Transcaucasia Policy: Has it Failed, in: Middle East Journal 51 (Winter 1997) 1, S. 80-94.; Bayram Öztürk/Nesrin Algan (Hrsg.): Proceedings of the International Symposium on the Problems of Regional Seas. Ankara 2001, S. 95-98(dort über die Baku-Ceyhan-Pipeline).

²⁰ Vgl. Nasuh Uslu: Türk Dış Politikası Yol Ayrimında: Soğuk Savaş Sonrasında yeni Sorunlar, yeni İmkanlar ve yeni Arayışlar (Die türkische Außenpolitik am Scheideweg: „Neue Probleme, neue Chancen und Neuorientierung seit dem Ende des Ost-West-Konflikts“), (Hrsg.): Erhan Güngör, Ankara 2006, S. 22.

und außenpolitischen Konstanten und Variablen neu bestimmt hat und die regionalstrategischen Optionen in seinem politisch-geographischen Umfeld auch offensiv zu nutzen versucht. Der Schlüsselbegriff, der seit einigen Jahren in der internationalen und der türkischen Politikwissenschaft in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle spielt, ist der Begriff „Regionalmacht Türkei“²¹. Ziel der vorliegenden Forschungsarbeit ist es deshalb, die besonderen Voraussetzungen, Optionen und faktischen Entwicklungen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik mit Hilfe dieses kategorialen Begriffs Regionalmacht zu rekonstruieren und zu analysieren. Konkret wird es also um folgende Fragen gehen:

Wie wird der Begriff Regionalmacht in der türkischen Politik und Politikwissenschaft verwendet? Welche Implikationen bezüglich der sicherheits- und außenpolitischen Handlungsfelder weist dieser Begriff innerhalb der türkischen Eigenperspektive und – im komparatistischen ‘Abgleich’ – in der nicht-türkischen Politikwissenschaft auf?

Welche Optionen verfolgt die Türkei als (mutmaßliche) Regionalmacht?

Welche faktischen Entwicklungen (z.B. in der Schwarzmeerregion, im Kaukasus, gegenüber dem Iran, Syrien, Irak usw.) kennzeichnen die türkische Außen- und Sicherheitspolitik im Bemessungszeitraum von 1990/1991 bis 2007?

Wie lässt sich der Gesamtzusammenhang der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik aus gegenwärtiger Perspektive bilanzieren und bewerten?

In diesem Zusammenhang werden die Beiträge der türkischen Politikwissenschaft (vornehmlich Forschungsliteratur und Veröffentlichungen in Periodika) analysiert und verglichen.²² Im Vordergrund stehen hierbei die Erschließung und Bestimmung der außenpolitischen Handlungsmuster und sicherheitspolitischen Konzeptionen des staatlichen Akteurs Türkei. Entscheidend ist dabei die Überprüfung der Hypothese, wie der staatliche Akteur Türkei die veränderten Bedingungen im internationalen System als Regionalmacht strategisch zu nutzen versucht. Die politischen Handlungsspielräume der Türkei, d.h. die Chancen, aber auch die Risiken einer nationalen Interessenspolitik in der Region, sind in der von Werner Link so bezeichneten „Übergangszeit“ des internationalen Systems signifikant erweitert worden.

²¹ Der Begriff Regionalmacht wird seit ca. 1992 als Leitbegriff bezüglich der Bewertung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik benutzt; vgl. Heinz Kramer: Die Türkei zwischen Europa, Asien und dem Nahen Osten: eine aufstrebende Regionalmacht? In: Südosteuropa Mitteilungen 32 (1992) 2, S. 129-140.

²² Vgl. Hinweis unter Fußnote 18.

Die türkische Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO spiegelt diese Veränderung insofern wider, als a) der Paradigmenwechsel²³ im internationalen System die Gesamtkoordinaten der türkischen Interessenspolitik auf den Handlungsfeldern der internationalen Zusammenarbeit (Schwarzmeerregion, bilaterale Abkommen mit Georgien usw., Kulturpolitik gegenüber den Turkrepubliken) seit 1990/1991 massiv verändert hat und b) die Türkei als staatlicher Akteur ihre Interessen auch ohne offiziell nachweisbare Absprache (mit den USA bzw. der NATO) umzusetzen versucht.²⁴

Ohne bereits an dieser Stelle der detaillierten Analyse der politischen Diskussionen und Entscheidungen bzw. der politikwissenschaftlichen Diskurse innerhalb der Türkei vorgreifen zu wollen, ist es aber doch wichtig, auf die Konstanten der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik kurz einzugehen. Die mutmaßlich erweiterten politischen Handlungsmöglichkeiten (im Sinne neuer Variablen) der Türkei sind ohne diese Voraussetzungen (Konstanten) nicht angemessen zu verstehen. Der staatliche Akteur Türkei bleibt nach seinem grundlegenden Selbstverständnis an die überwölbende sicherheitspolitische Matrix NATO gebunden. Für die gegenwärtige Sicherheits- und Außenpolitik der Türkei scheint die Annahme zutreffend zu sein, dass sie nicht mehr nach dem Modell der realistischen Schule mit militärischen Machtkategorien erfasst und auch nicht nur auf staatliche Politik im engeren Sinne des Wortes reduziert werden kann. Die zahlreichen Einflussgrößen und Wirkfaktoren, die das Handeln eines staatlichen Akteurs bestimmen, sind seit den 1990er Jahren komplexer und auch unberechenbarer geworden. Allein die Panturkismus-Debatte²⁵ oder die Parteinahme der Türkei für die bosnischen Muslime in den frühen 1990er

²³ Vgl. Meltem S. Müftüler: Turkey's Predicament in the Post-Cold War Era, in: Futures 28 (1996) 4, S. 255-268.

²⁴ Sabri Sayari: Turkish Foreign Policy in the Post-Cold War Era: The Challenges of Multi-Regionalism, in: Journal of International Affairs 54 (2000) 1, S. 169-182; Bahri Yilmaz: Die neue Rolle der Türkei in der Internationalen Politik, in: Außenpolitik 45 (1994) 1, S. 90-98.

²⁵ Vgl. dazu Udo Steinbach: Kemalismus oder Fundamentalismus, S. 818: „Die Suche nach einer eigenen Identität, verbunden mit der Neuzeichnung der politischen Landkarte, hat schon jetzt zur Herausbildung eines neuen politischen und kulturellen Großraums zwischen dem Bosphorus im Westen und dem Hindukusch im Osten geführt und zwei Jahre nach dem Kollaps der Sowjetunion unabwendbar wurde. Mit dem Entstehen der Staaten zwischen Aserbaidschan und Kirgisien (die kleinen christlichen Staaten Georgien und Armenien nehmen eine Sonderstellung ein) ist zugleich die Frage der Ordnung der Beziehungen dieser neuen Staaten untereinander gestellt. Denn geographische Nachbarschaft, sprachliche Nähe sowie religiöse und kulturelle Verwandtschaft sind bestimmende Züge. Aber nicht nur das: Transkaukasien und Zentralasien sind geschichtliches, kulturelles und sprachliches Vorland jener Region, die bis zum Ende des Kalten Krieges als der „Nördliche Gürtel“ bezeichnet wurde; gemeint waren insbesondere die Türkei, Iran, Afghanistan und Pakistan. In der Dimension von Geschichte und Kultur aber sind insbesondere die beiden erstgenannten Länder nicht von den aus der südlichen Konkursmasse der Sowjetunion entstehenden Räumen zu trennen.“

Jahren²⁶ zeigen, dass auch spezifisch binnengesellschaftliche und ideologische Wirkfaktoren als bedeutende, jedenfalls nicht zu vernachlässigende Aspekte hinsichtlich des außen- und sicherheitspolitischen Handelns der Türkei zu berücksichtigen sind. Ein, wenn nicht das Kernproblem der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik wird mit der geographischen Signatur 'Problematischer Osten'²⁷ bezeichnet. Sieht man nämlich von den gelegentlichen Spannungen im türkisch-griechischen Verhältnis (Ägäis-Frage; auch Zypern-Problem) ab, konzentrieren sich zentrale Konfliktkonstellationen in der Selbstwahrnehmung der türkischen Eliten, aber auch in der Deskription der türkischen Politikwissenschaft, auf den Osten und die nord- bzw. südöstliche Peripherie des nationalen Staatsgebiets. Es lässt sich einerseits nachweisen, dass sich die Erweiterung des außen- und interessenspolitischen Spielraums des staatlichen Akteurs beispielhaft in demjenigen Großraum (Schwarzmeerregion, Kaukasus, Transkaukasus, Zentralasien, aber auch Naher Osten) zeigt, der nach dem „Kollaps der Sowjetunion“²⁸ politisch neu geordnet worden ist und, wie die gegenwärtigen Konflikte (Ossetien, Kirgisien, Berg-Karabach, Naher und Mittlerer Osten) insgesamt vermuten lassen, auch in Zukunft in Bewegung bleiben wird. Auffällig ist nicht zuletzt, dass die Türkei, die 1991 ihre Unabhängigkeit erklärenden Nachfolgestaaten der Sowjetunion fast unmittelbar anerkannt hat. Die Türkei war es, die als erstes NATO-Mitglied diplomatische Vertretungen in Aserbaidschan, Kirgisien und Turkmenistan eingerichtet, mit den jungen Staaten Handelsverträge abgeschlossen und bilaterale Vereinbarungen „zur Verbesserung der Kommunikation“²⁹ getroffen hat.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Analyse des außen- und sicherheitspolitischen Handelns der Türkei in diesem geographischen Großraum des 'problematischen Ostens' gelegt. Nach Einschätzung Udo Steinbachs³⁰ spiegeln sich die Chancen und Risiken der Politik der Regionalmacht Türkei vor allem in diesem Großraum wider. Ein erstes Beispiel für die Risiken und schwer kalkulierbaren Folgen der Außen- und Sicherheitspolitik ist die entschlossene Parteinahme der Türkei für Aserbaidschan („ein Brudervolk“)³¹ im Berg-Karabach-

²⁶ Ebd.

²⁷ Vgl. dazu Klaus-Detlev Grothusen: Die „Orientalische Frage“ als Problem der Europäischen Geschichte, in: Südosteuropa Mitteilungen 18 (1978) 94, S. 4ff.

²⁸ Udo Steinbach: Kemalismus oder Fundamentalismus, S. 818.

²⁹ Ebd., S. 825.

³⁰ Vgl. Udo Steinbach: Kemalismus oder Fundamentalismus, S. 824f. (Die mit kriegerischen Mitteln geführte Auseinandersetzung zwischen Aserbaidschan und Armenien um den Status der autonomen Region Berg-Karabach begann bereits 1988, eskalierte aber 1991 zum quasi zwischenstaatlichen Krieg!).

³¹ Vgl. ebd., S. 824 f.

Konflikt.³² Dieses Verhalten der türkischen Regierung wurde von konservativen politischen Eliten³³ (scil. in der Türkei) bereits Ende der 1980er Jahre vehement eingefordert. Obwohl die Türkei nicht aktiv in den auch mit militärischen Mitteln ausgetragenen Konflikt zwischen Armenien und Aserbeidschan eingreifen wollte oder konnte, kam und kommt der türkischen Parteinahme für Aserbeidschan mehr als eine nur symbolische Bedeutung zu.³⁴ Udo Steinbach beschreibt in dieser Hinsicht die Risiken einer türkischen Regionalmacht-Politik folgendermaßen:

„Ethnische Bande (...) und religiöse Gemeinsamkeiten (...) genügen nicht, um politische Verbundenheit zu begründen. Der iranische Vorwurf, dass 'Großturkestan' im Sinne türkischer Interessen instrumentalisiert werde, lässt sich so nicht halten. Die Regierung in Ankara wird nicht müde zu betonen, dass es sich bei der Gestaltung der Beziehungen zur türkischen Welt im Nordosten um Beziehungen zwischen unabhängigen Staaten handele, die auf politischen Interessen, insbesondere aber auch dem Anliegen nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit gegründet seien. Unübersehbar ist freilich, dass auf der politischen Rechten, insbesondere unter den militanten türkischen Nationalisten, der Traum vom Pantürkischen Reich wieder an Boden gewonnen hat.“³⁵

Angesichts des sich bereits in den späten 1980er Jahren abzeichnenden Scheiterns der neuen sowjetischen Unionsordnung und der sich anschließenden Nationalstaatenbildung an der postsowjetischen Peripherie (hier: Südosten) ist die regionalstrategische Bedeutung der Türkei gewachsen. Folgt man in dieser Hinsicht der 'regierungsamtlichen Lesart' der neuen Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei, hat der staatliche Akteur Türkei ein hohes Maß an politischer Verantwortung in dieser Region übernommen und auch diverse Herausforderungen angenommen. Auch die seit 1991 einsetzenden sicherheitspolitischen und strategischen Diskurse in der NATO bestätigen diese neue Rollenzuschreibung an die Türkei. General Hilmi Özkök, Kommandeur der türkischen Landstreitkräfte, hat in seinem 2002 erschienenen Beitrag „The Role of the Turkish Land Forces in the Changing World“³⁶ ausdrücklich auf die neuen Herausforderungen für die türkische Außen- und Sicherheitspolitik in der besagten Region hingewiesen und – vice versa – eine Erweiterung des operativen Spektrums der türkischen Armee angekündigt. Bezeichnend ist die gleichsam regierungsamtliche Argumentationstopik dieses Beitrags von Hilmi Özkök. Der

³² Vgl. ebd., S. 818-825.

³³ Vgl. Rainer Freitag: Aserbeidschan und die Türkei. Die internationale Dimension des Nationalitätenkonflikts im Transkaukasus, in: Orient, 4, 1990, S. 525-566.

³⁴ Die Aseris (Bevölkerungsmehrheit in Aserbeidschan) sind ethnische Türken; Türkisch ist eine Amtssprache in der Republik Aserbeidschan.

³⁵ Udo Steinbach: Kemalismus oder Fundamentalismus, S. 825.

³⁶ Hilmi Özkök: The Role of the Turkish Land Forces in the Changing World, in: NATO's Nations and Partners for Peace 47 (2002) 1, S. 98-101.

türkische General nimmt, wie nicht anders zu erwarten, in seinem Artikel eine strategische Zuordnung der neuen türkischen Außen- und Sicherheitspolitik an das NATO-Posture³⁷ der Zeit ab 1991 vor:

„Located in the middle of the world's most unstable region, which is the Balkan-Caucasia-Middle East triangle, Turkey with her geostrategic position faces all sorts of risks and threats. The risky and uncertain environment in which Turkey is located makes it obligatory to have a flexible and modular Land Forces that is capable of responding to conventional and non-article 5 missions.“³⁸

Dieser Schlüsselsatz in dem Beitrag eines verantwortlichen Kommandeurs der türkischen Streitkräfte markiert im Kern die Fragestellung der vorliegenden Forschungsarbeit. Die neue türkische Außen- und Sicherheitspolitik der 1990er Jahre steht, prägnant formuliert, im Zeichen einer strategischen Neuorientierung. Die strategischen Diskurse innerhalb der politischen und militärischen Eliten der Türkei können allerdings nur unter Vorbehalt rekonstruiert und analysiert werden. Was ist damit gemeint? Zahlreiche Komponenten und Konstituenten staatlicher Außen- und Sicherheitspolitik unterliegen bekanntermaßen der Geheimhaltung. Die vorhandenen Quellen (Verlautbarungen, Memoranden, Debatten im Parlament usw.), auf die die Forschung in der Regel zurückgreifen muss, spiegeln die offizielle, regierungsamtliche Lesart und die „veröffentlichte Meinung“³⁹ wider. Es wird demnach wichtig sein, beispielsweise regierungsamtliche Verlautbarungen zum Thema türkische Außen- und Sicherheitspolitik kritisch zu hinterfragen und mit einem angemessenen politikwissenschaftlichen Analyseraster zu interpretieren. Der erwähnte Beitrag Özköks repräsentiert, wie man mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit annehmen kann, die regierungsamtliche Auffassung. Özkök geht von den sicherheitspolitischen Konstanten aus, wenn er formuliert:

„The significance of NATO, which is the most important common defense platform (...) has been realized in a better way as a result of the recent events in the world (...). Adhering to his commitment, Turkey fully cooperates with her allies to preserve and protect the security and stability both in and out of NATO's area of responsibility in accordance with NATO's new strategy.“⁴⁰

³⁷ Vgl. dazu SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute): NATO-Posture in the 1990 ies. Analysis of present and expected future developments. Additional Studies and Appendix to recent SIPRI Yearbook. London/Philadelphia 1995, S. 15-19 (Für den Begriff NATO-Posture gibt es keine deutsche Entsprechung. NATO-Posture bezeichnet die Gesamtheit aller für das Bündnis wichtigen materiellen und immateriellen Komponenten. Der Begriff schließt also Strategie, Organisation, Aufrüstung und Bewaffnung, Taktik und Operationsplanung ein.)

³⁸ Hilmi Özkök: The Role of the Turkish Land Forces, S. 98.

³⁹ Vgl. insgesamt die amtlichen Mitteilungen des Außenministeriums der Türkei unter www.mfa.gov.tr (in English!).

⁴⁰ H. Özkök: a. a. O., S. 99.

Die neuen Variablen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik werden von Özkök nicht direkt angesprochen, sondern im Kontext der Legitimationsfigur „out of NATO’s area“ oder „NATO’s new strategy“ mitgedacht. Die Türkei als „an active member of the Alliance for half a century“⁴¹ hat im Rahmen der NATO (Konstante der türkischen Sicherheitspolitik) ihre Rolle neu definiert und die damit verbundenen (außen-) politischen Optionen wahrgenommen und interessenpolitisch umzusetzen versucht.

Die neue NATO-Strategie ist inzwischen – trotz mancher Kontroversen im Detail – implementiert worden und bestimmt die Fortentwicklung der militärischen Posture des nordatlantischen Bündnisses. Der staatliche Akteur Türkei hat vor diesem Hintergrund eines neuen NATO-Posture seine Handlungsspielräume als Regionalmacht beachtlich erweitert und vor allem an den Peripherien der NATO (i.e. Schwarzmeerregion, Kaukasus, Transkaukasus/Zentralasien, Naher Osten) eine spezifisch national geprägte Interessenpolitik verfolgt. Diese spezifische Politik bleibt aber in ihrer Ausrichtung defensiv und vorsichtig. Als Legitimationsgrundlage führt Ankara in der Regel die gemeinsamen Interessen und Ziele der NATO, aber auch der USA an. Wenn es in diesem Zusammenhang zu Kontroversen mit den Regierungen der NATO-Mitgliedsstaaten oder der US-Administration gekommen ist, beharrt Ankara entweder auf unveräußerlichen nationalen Interessen (z.B. bei militärischen Operationen gegen PKK-Stellungen im Nordirak) oder aber auf seiner Sonderstellung (z.B. geographischen Lage) im NATO-Bündnis.

1.2. Untersuchungsgegenstand: Leitfrage, Zielsetzung, Eingrenzung und Methodeninventar

Die aktuelle Sicherheits- und Außenpolitik der Türkei birgt Chancen und Risiken. Die regionalstrategische Bedeutung der Türkei war und ist erheblich:

„Die Türkei liegt am Schnittpunkt dreier Kontinente. Sie kann ebenso als ein europäisches oder Balkan- wie ein Schwarzmeer- und Kaukasus- oder aber auch als ein Nahostland bezeichnet werden. Zahlreiche tiefgreifende Veränderungen vollzogen bzw. vollziehen sich in ihrer unmittelbaren Nähe. Der

⁴¹ Ebd., S. 99; diese Position von H. Özkök ist zwar regierungsamtlich, findet sich aber auch in politikwissenschaftlichen Untersuchungen. Ein vergleichbarer Ansatz findet sich bei Cigdem Akkaya/Yasemin Özbek/Faruk Şen: Länderbericht Türkei. Darmstadt 1998, S. 86-90 (S. 87: „Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Öffnung der ehemaligen Ostblockstaaten sah die Türkei die Chance gekommen, vor allem in der Schwarzmeereswirtschaftsregion, dem Kaukasus und Zentralasien eine aktive Außenpolitik zu betreiben. Ihre Intention war u. a., die mit dem Verschwinden der Blöcke einhergehende Abnahme ihrer geopolitischen für die USA und die EU durch stärkere Einflussnahme in diesem geographischen Raum auszugleichen.“).

Golfkrieg, der Zerfall der Sowjetunion und die Entstehung unabhängiger Staaten oder die islamische Revolution im Iran sind Beispiele hierfür. Hinzu kommt das Erstarken des islamischen Fundamentalismus in fast allen muslimischen Ländern. Die Türkei ist aufgrund dieser spezifischen Lage mit besonderen Problemen konfrontiert. Jede politische Neustrukturierung in der Region hat unmittelbare Auswirkungen auf sie. Die geopolitische Stellung und die darauf basierenden Interessen der Türkei sind insofern nur mit Blick auf die regionalen und internationalen Entwicklungen sowie die Interessensgegensätze zwischen den Nachbarstaaten zu verstehen.⁴²

Aus dieser Beschreibung lässt sich die Grundannahme dieser Forschungsarbeit ableiten, wonach die gegenwärtige Außen- und Sicherheitspolitik des staatlichen Akteurs Türkei sich in ihren konstituierenden Elementen seit Anfang der 1990er Jahre signifikant verändert hat.⁴³ Diese Veränderungen sind objektiv und unumkehrbar. Im Mittelpunkt meiner Untersuchung steht die Frage, wie durch die veränderten internationalen, regionalen und auch nationalen Rahmenbedingungen bzw. Einflussgrößen die türkische Außen- und Sicherheitspolitik neu formiert worden ist und auch weiterhin beeinflusst wird.

Als ständiger Bezugspunkt eignet sich der Leitbegriff Regionalmacht Türkei.⁴⁴ Im Rahmen meiner Untersuchung werde ich quellenanalytisch nachzuweisen versuchen, dass innerhalb der binnentürkischen Diskurse (Eliten, Politik/Parlament, Politikwissenschaft, Publizistik und Medien) dieser Begriff entweder explizit oder aber implizit eine herausragende Rolle spielt. Mit diesem kategorialen Begriff Regionalmacht sollen vor allem die neuen Variablen der türkischen Außen- und Sicherheits- und Interessenpolitik analysiert werden. Diese neuen Variablen sind keineswegs Konstrukte innerhalb der öffentlichen Diskussion oder politikwissenschaftlichen Diskurse. Vielmehr lässt sich nachweisen, dass die reale Außen- und Sicherheitspolitik des staatlichen Akteurs Türkei als Regionalmacht-Politik neuen Zuschnitts wahrgenommen und bewertet werden kann. Die neuen Variablen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei sind also, wenn man es griffig formuliert, längst Fakten der Realpolitik geworden. Durch die Fokussierung meiner Untersuchung auf den Leitbegriff Regionalmacht Türkei ergibt sich eine Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands. So wird beispielsweise die NATO-Thematik (als

⁴² Ç. Akkaya/Y. Özbek/F. Şen: Länderbericht Türkei, S. 86.

⁴³ Vgl. dazu Fußnote 15.

⁴⁴ Vgl. dazu Fußnote 21.

Konstante der türkischen Sicherheitspolitik) vergleichsweise knapp abgehandelt und auf die wesentlichen strategischen Aspekte beschränkt.⁴⁵

Aufbau und Argumentationstopik der vorliegenden Untersuchung orientieren sich sachlich und methodisch an den Mustern politikwissenschaftlicher Forschung.⁴⁶ Von daher gliedert sich meine Untersuchung in vier Untersuchungsschritte oder -ebenen:

Theorieebene

Fokussierung

Empirie und Analyse

Bewertung und Synthese

Das Methodeninventar, das die politikwissenschaftliche Forschung bereitstellt, wird im Rahmen meiner Untersuchung vor allem auf deskriptiv-analytische Verfahren (Quellenanalyse) beschränkt. Gleichwohl bleibt die Rückbindung jeder deskriptiven Analyse an Modellbildungen selbstverständlich. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die dieser Untersuchung zugrundeliegenden politikwissenschaftlichen Theorien und Paradigmen ausführlich zu begründen (vgl. II.2.1. bis II.2.9.). Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass jede Modellvorstellung oder Theorie eine Vereinfachung, die in hohem Maße auch von der Vorentscheidung und dem Erkenntnis leitenden Interesse des Betrachters oder Forschers abhängt, darstellt. Vor allem Paradigmen,⁴⁷ die als Über- oder Metastruktur für 'nachgeordnete' Modelle gelten können, sind für die eigentliche Argumentationstopik einer Forschungsarbeit von prägender Bedeutung. Wenn man

⁴⁵ Vgl. Abschnitt VI. der vorliegenden Untersuchung.

⁴⁶ Vgl. zu diesem Abschnitt bei Frank R. Pfetsch: Handlung und Reflexion. Theoretische Dimension des Politischen. Darmstadt 1995, S. 93- 139.

⁴⁷ In diesem Zusammenhang war für mich die von Jürgen Habermas entwickelte Definition des 'Erkenntnisleitenden Interesses' hilfreich, weil meiner Untersuchung dadurch eine übergreifende Orientierung gegeben wird. Für Habermas ist das Erkenntnisleitende Interesse nicht zweckfrei, sondern „es entsteht unter dem Interesse der Vernunft, d.h. aber der Aufklärung, der Emanzipation und der Lösung von Systemproblemen überhaupt“ (Jürgen Habermas: Erkenntnis und Interesse. Mit einem neuen Nachwort. 8. Auflage. Frankfurt/M. 1988, S. 242.). Der Gesamtzusammenhang bei Habermas lautet: „Das 'Erkenntnisinteresse' ist deshalb eine eigentümliche Kategorie, die sich dem Unterschied zwischen empirischen und transzendentalen Bestimmungen so wenig fügt wie der zwischen motivationellen und kognitiven. Denn Erkenntnis ist weder ein bloßes Instrument der Anpassung eines Organismus an eine wechselnde Umgebung, noch ist sie der Akt eines reinen Vernunftwesens und als Kontemplation den Lebenszusammenhängen ganz enthoben. (...) Die Erfahrung der Reflexion artikuliert sich inhaltlich im Begriff des Bildungsprozesses, methodisch führt sie zu einem Standpunkt, von dem aus die Identität der Vernunft mit dem zur Vernunft zwanglos sich ergibt. In der Selbstreflexion gelangt eine Erkenntnis um der Erkenntnis willen mit dem Interesse an Mündigkeit zur Deckung; denn der Vollzug der Reflexion weiß sich als Teil der Bewegung der Emanzipation. Vernunft steht zugleich unter dem Interesse an der Vernunft. Wir können sagen, dass sie einem emanzipatorischen Erkenntnisinteresse folgt, das auf den Vollzug der Reflexion als solchen zielt“ (Jürgen Habermas, Erkenntnis und Interesse, S. 243f.).

neue Einblicke oder Zugänge in ein Problemfeld (i.e. Untersuchungsgegenstand) bekommen will, muss man die bestehenden Paradigmen der Forschung in jedem Fall reflektieren, problemorientiert überprüfen und bisweilen auch in Frage stellen.

Im vorliegenden Zusammenhang haben sich meines Erachtens die 'traditionellen' Forschungsparadigmen und Denkmuster der Politikwissenschaft bewährt und in ihrer Erklärungsreichweite als zuverlässig bewiesen. Im Rahmen meiner Untersuchung wird einerseits beispielsweise der allianztheoretische Ansatz für die Regionalmachtpolitik des staatlichen Akteurs Türkei bedeutend (vgl. II.2.2. bis II.2.4.).

Das Ende der bipolaren Weltordnung bedeutet eine wachsende Regionalisierung der Weltpolitik. Deshalb werden sicherheitspolitische Vereinbarungen in Zukunft weiter an Relevanz gewinnen. Andererseits spielt das Mehr-Komponenten-Modell⁴⁸ (vgl. II.2.9.1.) eine zentrale Rolle, um die neuen Variablen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik seit Anfang der 1990er Jahre abbildend erklären zu können. Der heuristische Vorteil eines solchen Modells besteht darin, dass auf monokausale Erklärungen politischer Prozesse prinzipiell verzichtet und stattdessen von einem „Ursachengeflecht“ ausgegangen wird. Dieses Mehr-Komponenten-Modell beansprucht per se nicht, die 'reale Welt' der Politik vollständig beschreiben zu können. Nur relativ einfache Vorgänge oder reale Prozesse sind modellmäßig mit valider Näherung beschreibbar. Das Mehr-Komponenten-Modell versucht eher die Dynamik und Komplexität des politischen Handelns eines Akteurs (ob staatlich oder nicht-staatlich) im Annäherungssinn abzubilden, um Wahrscheinlichkeitsaussagen über den zukünftigen Verlauf realer Vorgänge zu ermöglichen. Im wissenschaftlichen Idealfall ist die Übereinstimmung von modellmäßiger Vorhersage und realem Ablauf das Kriterium für die empirische Anwendbarkeit eben dieses Modells. Gerade im Bereich des politischen Handelns eines staatlichen Akteurs sind – neben bestimmten Determinanten – eine Reihe von Variablen und 'Unwägbarkeiten' in Rechnung zu stellen. Wenn man das strategische Handeln eines staatlichen Akteurs als ein komplexes System auffasst, so ergeben sich folgende Implikationen:

- das komplexe System strategischen Handelns ist nicht vollständig beschreibbar;
- das System hat 'Freiheitsgrade' und Optionen, handelt also nicht linear;
- zukünftige Wirkfaktoren können maßgeblichen Einfluss ausüben;

⁴⁸ Vgl. dazu Frank R. Pfetsch: Entwicklung und Evaluation. Empirische Dimensionen des Politischen. Darmstadt 1995, S. IX (Vorwort); vgl. ders.: Handlung und Reflexion, S. 93ff. (vor allem S. 114).

Randbedingungen können sich ändern und im Extremfall zu einem Strategiewechsel führen.

Die politikwissenschaftliche Beschreibung des politischen Handelns eines staatlichen Akteurs muss also meines Erachtens davon ausgehen, dass die Prognosemöglichkeit in einem solchen komplexen Handlungssystem formal begrenzt ist und ein einfaches, lineares Ursache-Wirkung-Modell die komplexen Komponenten und Einflussgrößen nicht angemessen erfassen kann. Damit ist aber nicht gesagt, dass das politische Handeln eines Akteurs zu einem gegebenen Zeitpunkt grundsätzlich nicht erfasst werden könne. Bestimmte integrale Größen oder handlungsbestimmende Parameter lassen sich durchaus mit relativer Genauigkeit beschreiben. Vor diesem Hintergrund sind eine Diagnose der Ausgangssituation und eine **begrenzte** Prognostizierbarkeit des gegenwärtigen und künftigen Handlungsspielraums eines staatlichen Akteurs möglich. Genau darum wird es in der vorliegenden Untersuchung gehen. Der Handlungsspielraum des staatlichen Akteurs Türkei ist im Bereich Außen-, Sicherheits- und Interessenpolitik erweitert worden. Bis 1991 wurde die Sicherheitslage der Türkei maßgeblich durch die internationale Systemkonstellation des Ost-West-Antagonismus bestimmt. Vor diesem Hintergrund einer Blockkonfrontation galt die Türkei als verlässlicher, strategisch sowohl berechenbarer als auch unverzichtbarer Bündnispartner an der Südflanke der Weltmacht Sowjetunion.⁴⁹ Das Umfeld der türkischen Außenpolitik hat sich mit dem Zusammenbruch und der formellen Auflösung des Hegemons Sowjetunion grundlegend verändert. Die reale oder potentielle Bedrohung durch den Ostblock ist überwunden. Bereits Anfang der 1990er Jahre wurde deshalb die Rolle der Türkei innerhalb der NATO neu definiert: Aus der Sicht der NATO gilt die Türkei heute als die stabilisierende Ordnungsmacht oder Regionalmacht im Schnittpunkt konfliktgeladener und politisch instabiler Regionen. Entscheidend ist hier natürlich die Perzeption dieser Regionen aus der geostrategischen Perspektive: Der Nahe Osten, einschließlich der erdöl- und erdgasreichen Regionen, ist aus Sicht der westlichen Staaten von grundsätzlicher strategischer Bedeutung (Präsidenten-Direktive/PD 54 der US-amerikanischen Administration).⁵⁰ Zweifelsohne ist also die sicherheits- und außenpolitische Lage der Türkei mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes eher

⁴⁹ Vgl. Werner Gumpel: Die Türkei zwischen den Konfliktstaaten. Politischer Balanceakt in einer komplizierten Region, in: Claus Leggewie (Hrsg.): Die Türkei und Europa. Die Positionen. Frankfurt/M. 2004, S. 303-319.

⁵⁰ Vgl. Jordan B. Guthrie: Paradigms of US Administration: Issues, Items, and Goals. Boston 2003, S. 19-22 (PD-54).

komplizierter und unberechenbarer als einfacher geworden.⁵¹ Folgt man den offiziellen Erklärungen der türkischen Regierungen und Generalstabschefs seit 1991, so sind sich die politischen und militärischen Führungseliten dieser neuen Konstellation, aber auch ihrer besonderen Verantwortung angesichts der veränderten politischen Gesamtsituation und Sicherheitslage des türkischen Staates bewusst. In den regierungsamtlichen Bulletins⁵² wird beispielsweise unisono erklärt, dass sich die Türkei durch den Wandel des internationalen Systems „at the crossroads“⁵³ befunden habe und auch noch befinde, diesen Herausforderungen aber im Rahmen der NATO und einer verantwortungsbewussten nationalen Außen- und Sicherheitspolitik „adequately and resolutely“⁵⁴ begegnet sei. Natürlich dienen derartige Stellungnahmen von Seiten der politischen und militärischen Eliten vor allem der Legitimation des staatlichen Handelns gegenüber der nationalen und internationalen Öffentlichkeit.

Eine Aufgabe politikwissenschaftlicher Forschungsarbeit ist es demgemäß, das politische Handeln eines staatlichen Akteurs, einschließlich dessen Legitimationsfiguren, kritisch zu analysieren, die handlungsleitenden (Macht-) Interessen dieser Politik offen zulegen und – insgesamt – den Wirkungszusammenhang der beeinflussenden Konstanten und Variablen dieser Politik theoretisch zu erklären.⁵⁵ Diese Zielsetzung verfolgt die vorliegende Untersuchung.

I.3. Schwerpunkte und Fragestellungen der aktuellen politikwissenschaftlichen Forschung

In der politikwissenschaftlichen Forschung⁵⁶ besteht heute weitgehend Einigkeit darüber, dass nach dem Ende der Sowjetunion das Umfeld der türkischen Außenpolitik einen grundlegenden Wandel erfahren hat. Die direkte Bedrohung durch die Sowjetunion und den Warschauer Pakt ist beendet. Die Türkei hat mit der Sowjetunion

⁵¹ Vgl. Werner Gumpel: a. a. O., S. 303 ff.

⁵² Vgl. Fußnote 18.

⁵³ Vgl. www.mfa.gov.tr. (27. Januar 2007).

⁵⁴ Vgl. ebd.

⁵⁵ Im Kern geht es im Rahmen meiner politikwissenschaftlichen Untersuchung darum, mit Hilfe des Mehr-Komponenten-Modells die Korrelation von Konstanten und Variablen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik zu rekonstruieren. Mit dem Leitbegriff Regionalmacht werden einerseits die neuen Spielräume der türkischen Außenpolitik beschrieben und erklärt; andererseits dient dieser Begriff dazu, die Ambiguität der strategischen Optionen des staatlichen Handelns der Türkei zu markieren. Die Korrelation von Konstanten und Variablen ist überaus dynamisch und kann mit Hilfe system- und spieltheoretischer Ansätze in der Politikwissenschaft erschlossen werden.

⁵⁶ Vgl. dazu Werner Link: Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München 1998, S. 76 ff.

keine gemeinsame Grenze mehr, nachdem im Kaukasus mit Armenien, Georgien und Aserbaidschan souveräne Staaten in Folge der Auflösung der Sowjetunion entstanden sind. Auch wenn die potentielle oder reale Bedrohung durch den Ostblock überwunden ist, gilt die Türkei aus der Sicht der NATO *mutatis mutandis* als die stabilisierende Ordnungsmacht im Schnittpunkt konfliktgeladener und instabiler Regionen. Die Bedeutung der Türkei für die USA und die EU-Staaten ist in den letzten Jahren eher größer geworden. Die Türkei hat nämlich in der Großregion des Nahen Ostens, des Balkans und des vorder- bzw. zentralasiatischen Raums eine Reihe von Interessen und Optionen, die für die USA und die europäischen Staaten von strategischer Bedeutung sind. Die Türkei „liegt in einer Art Drehscheibenposition in Richtung Balkan, Zentralasien/Kaukasus und Naher/Mittlerer Osten. Die türkische Position durch die Kontrolle der Meerengen zwischen Ägäis und Schwarzem Meer war immer ein wesentlicher Punkt in amerikanischen Überlegungen (...). Aus der geopolitischen Lage der Türkei lässt sich zumindest theoretisch eine Reihe von Vorteilen und Möglichkeiten ableiten, die es zu materialisieren gilt, um einem tatsächlichen strategischen Spieler und Partner und nicht zu einem Gegenspieler für die USA und die EU zu werden.“⁵⁷

Die strategische Bedeutung der Türkei für die USA und Europa hat sich vor dem Hintergrund des veränderten internationalen Systems nicht gemindert, wohl aber erheblich diversifiziert.

War die Türkei bis Ende der 1980er Jahre vornehmlich der „Südostpfeiler der NATO“⁵⁸ an der 'weichen Südflanke' der Sowjetunion, so spiegelt sich die politische Bedeutung der Türkei heute auf mehreren Ebenen wider. In diesen Zusammenhang wird in der internationalen Forschung darauf verwiesen, dass sich die Türkei auf Grund ihrer geographischen Lage in strategischer Nähe zu etwa 70% der bekannten Weltenergieserven an fossilen Brennstoffen befindet.⁵⁹ Dabei geht es nicht nur um die arabischen Erdölstaaten im Nahen Osten, sondern perspektivisch auch um die postsowjetischen Staaten am Kaspischen Meer bzw. im so genannten kaspischen Becken. Auch die Nachbarschaft zu dem von der US-Administration so bezeichneten

⁵⁷ Andrea K. Riemer: Strategische und geopolitische Überlegungen der USA zur EU-Integration der Türkei. In: Erich Reiter (Hrsg.): Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wien 2006, S. 88 f. (Beitrag: S. 83-104).

⁵⁸ Werner Gumpel: Die Türkei zwischen den Konfliktstaaten. Politischer Balanceakt in einer komplizierten Region. In: Claus Leggewie (Hrsg.): Die Türkei und Europa. Frankfurt/M. 2004, S. 303 (Beitrag: 303-319).

⁵⁹ Vgl. dazu Seyfi Taşhan: The Caucasus and Central Asia: Strategic Implications. In: Foreign Policy 18 (1998) 3/4, S. 61ff.

‘Feindstaat’ Iran spielt in dieser Hinsicht eine zentrale Rolle.⁶⁰ Innerhalb der türkischen Politikwissenschaft wird dieser energie- und wirtschaftspolitische Faktor immer wieder betont, um die strategische Bedeutung der Regionalmacht Türkei zu begründen und als eine Art ‘Faustpfand’⁶¹ gegenüber den USA und den EU-Staaten zu beschreiben. Die inzwischen fertig gestellte *Baku-Tiflis-Ceyhan Main Export Crude Oil Pipeline* (=BTC-Projekt) kann, als einer der wesentlichen Machtfaktoren, die die Türkei (...) in der Hand hält⁶², gelten. Angesichts der knapper werdenden Energieressourcen und der wachsenden Abhängigkeit der USA und Europas von den Erdöl-/Erdgasimporten hat der staatliche Akteur Türkei mit dem BTC-Projekt einen bedeutenden „Machthebel – vor allem gegenüber Europa“⁶³ in der Hand. Die USA spielen in diesem Zusammenhang eine überaus bedeutsame Rolle. Mit der Türkei hat die US-Administration den Verlauf der BTC-Pipeline geplant und jeden Einfluss von Seiten des Irans oder Russlands unterbunden. Gleichwohl bleibt das Dilemma, dass keine risikolose „Routendiversifizierung“⁶⁴ möglich gewesen ist, d.h. einige Teilabschnitte des BTC-Projekts laufen durch Krisengebiete des Kaukasus. In jedem Fall steht fest, dass die regionalstrategische Bedeutung der Türkei auf energiepolitischem Gebiet erheblich gewachsen ist.⁶⁵ Auch das jüngst in Angriff genommene Projekt einer Gaspipeline vom kaspischen Meer über Georgien ins türkische Erzurum (BTE-Projekt) soll eine „Verbindung zwischen griechischen und türkischen Gaspipelines“⁶⁶ herstellen und dadurch „ein Netzwerk innerhalb des südeuropäischen Gasringes schaffen.“⁶⁷ Interessanterweise hat die Türkei bei den beiden Großprojekten BTC/BTE vor allem mit US-amerikanischen Konzernen und – wegen der sicherheitspolitischen Implikationen – mit der US-Administration zusammengearbeitet.⁶⁸ Hier deutet sich bereits eine Variable der neuen türkischen Sicherheits- und Außenpolitik an. Die Türkei setzt ihre geographisch-regionalstrategische Option ein, um gegenüber den EU-Staaten „eine

⁶⁰ Vgl. Aşkın Bozkurt: Turkish Foreign Policy in the Changing World. In: *Mediterranean Quarterly* 1 (1990) 3, S. 15-25; Graham E. Fuller: Iran and Turkey: Rivals for Central Asia Leadership. In: G. E. Fuller: *The Center of the Universe: The Geopolitics of Iran*. Boulder/Colorado 1991, S. 191-208; vgl. Zum Faktor Energiepolitik vor allem Werner Gumpel: Determinanten türkischer Außenpolitik in der Schwarzmeerregion und Mittelasien. In: *Südosteuropa Mitteilungen* 38 (1998) 1, S.23-32.

⁶¹ Ebd., S. 24.

⁶² A. K. Riemer: a. a. O., S. 89.

⁶³ Ebd., S. 89.

⁶⁴ Ebd., S. 89.

⁶⁵ Vgl. W. Gumpel: a. a. O., S. 31 f.

⁶⁶ A. K. Riemer: a. a. O., S. 89.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Vgl. ebd., S. 88 f.

nicht verhandelbare Position“⁶⁹ einzunehmen. In enger Zusammenarbeit mit US-Konzernen und der Wirtschaftsabteilung der US-Administration hat die Türkei vornehmlich gegenüber den EU-Staaten eine beachtliche „Drehscheibenfunktion“ auf dem Weltenergiemarkt inne.⁷⁰ Vor diesem Hintergrund erklärt sich, warum in nahezu allen öffentlichen Diskursen und politikwissenschaftlichen Veröffentlichungen in der Türkei „the relevance of strategic economic constituents of new foreign policy“⁷¹ betont wird.

Im Rahmen meiner Untersuchung wird folglich der Faktor Energieversorgung/Energiepolitik als ein zentraler Baustein der gegenwärtigen türkischen Außen- und Sicherheitspolitik (vgl. dazu IV.2. usw.) analysiert und in das so genannte Mehr-Komponenten-Modell integriert werden. Die regionalstrategische Bedeutung der Türkei ist auch auf der militärisch-sicherheitspolitischen Ebene kontinuierlich gewachsen. Bekanntermaßen hat das Ende des Systemantagonismus zwischen Ost und West nicht zu einem Ende der mit militärischen Mitteln ausgetragenen Konflikte geführt. Auch wenn sich die Konfliktmodi in den letzten Jahren verändert haben, existieren für die Türkei, aber auch für die Sicherheit der USA und Europas, erhebliche, in ihren Erscheinungsformen auch neue Bedrohungen: „An die Stelle der Bedrohung durch einen hochgerüsteten Staat mit imperialen Ambitionen sind heute vielfältige, ihrer Natur nach multidimensionale Bedrohungen (...) getreten, die zumeist aus Entwicklungen an Europas Grenzen resultieren.“⁷²

Vor allem der mediterrane Großraum (von Gibraltar bis zur Levante) mit seinen Einzugsgebieten in Nordafrika, auf dem Balkan und im Nahen Osten ist zu einem „der neuen Krisen- und Konfliktbögen für die Sicherheit Europas“⁷³ geworden. Die hier angedeuteten Krisenzonen oder möglichen Krisenszenarien sind vielfältig. Allerdings hat sich in der Politikwissenschaft die Annahme durchgesetzt, dass sich die gegenwärtigen Krisen- und Konfliktpotentiale signifikant von den `traditionellen

⁶⁹ Ebd., S. 89.

⁷⁰ Vgl. Araz Arslanlı: „Hazarın Konusundaki Bakü Görüşmeleri Tamamlandı“, in: *Avşam Günlük Bülten* („Tagesbulletin“) vom 4. März 2003.

⁷¹ Paul H. Riley: *Turkey in the 1990 s: Strategic Dynamics in the Decade ahead*. London 2004, S. 109; diese Verknüpfung von außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Konstituenten kennzeichnet m. E. den aktuellen Diskurs über die Sicherheits- und Außenpolitik des staatlichen Akteurs Türkei. Die Handlungsspielräume sind nach dem Ende des bipolaren internationalen Systems für alle Akteure erheblich gewachsen. Vor 1990 hatte die Türkei kaum offensive Optionen auf relevanten Handlungsfeldern (z. B. Wirtschaftspolitik; bilaterale Beziehungen zu den Nachbarstaaten).

⁷² Carlo Masala: *Den Blick nach Süden? Die NATO im Mittelmeerraum (1990-2003)*. Fallstudie zur Anpassung militärischer Allianzen an neue sicherheitspolitische Rahmenbedingungen. Baden-Baden 2003, S. 13.

⁷³ Ebd., S. 13.

Bedrohungen/Krisen' aus der Zeit des Kalten Krieges und der Ost-West-Konfrontation unterscheiden.

Die aktuellen Krisen- und Konfliktkonstellationen an der Peripherie Europas sind auch Ausdruck und Folge einer Regionalisierung der internationalen Politik.

Werner Link hat in seiner politikwissenschaftlichen Studie über die Neuordnung der Weltpolitik folgende Grundthese formuliert: „Es entsteht heute eine internationale und interregionale Weltordnung, in der regionalistische Arrangements und Regionalverbände (mit den großen Regionalmächten als Kernstaaten) zwischen Vereinheitlichung und Differenzierung vermitteln – im Prozess von Macht- und Gegenmachtbildung, im Spannungsfeld von Hegemoniestreben und Gleichgewichtspolitik.“⁷⁴

In dieser Annahme von W. Link sind politiktheoretische Implikationen⁷⁵ enthalten, deren Erklärungsreichweite empirisch, d.h. durch Deskription und Analyse des realen Handelns staatlicher Akteure, überprüft werden muss. In den politikwissenschaftlichen Diskursen über das sicherheits- und außenpolitische Handeln des staatlichen Akteurs Türkei spielt jedenfalls diese Annahme eine wichtige Rolle. Durch die Auflösung der Sowjetunion und des Ostblocks ist beispielsweise in der kaukasischen, transkaukasischen und zentralasiatischen Großregion eine Art Machtvakuum entstanden. In dieses Machtvakuum sind in den frühen 1990er Jahren die ehemaligen Sowjetrepubliken als selbständige Staaten (i.e. im völkerrechtlichen Sinne) eingetreten. Gleichzeitig haben regionale Mächte (Türkei, Iran) in dieser Region eine offensive Politik verfolgt, um Einfluss auf die neuen Staaten zu nehmen.⁷⁶ Die Türkei hat, wie bereits kurz erwähnt worden ist, als erster NATO-Mitgliedsstaat diplomatische Beziehungen zu einigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Kirgisien, Usbekistan, Turkmenistan, Aserbaidshan, Georgien) aufgenommen und eine Vielzahl von Kooperationsverträgen im sicherheits-, wirtschafts- und kulturpolitischen Bereich abgeschlossen.⁷⁷ Nationalistisch orientierte Eliten in der Türkei haben in diesem

⁷⁴ Werner Link: Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München 1998, S. 9.

⁷⁵ Vgl. zu diesen Implikationen den wichtigen Beitrag von Stefan A. Schirm: Transnationale Globalisierung und regionale Kooperation. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen 4 (1997) 1, S. 69-106 (Schirm geht davon aus, dass die regionale Kooperation eine relativ ausbalancierte Macht- und Nutzenverteilung begünstigen kann, wenn alle Akteure sich an sicherheits-, außen- und wirtschaftspolitische Regeln halten. Das Ziel, kooperative regionale oder interregionale Beziehungen herzustellen, ist weitgehend innerhalb der EU realisiert worden.).

⁷⁶ Vgl. dazu den Beitrag von Gencer Özkan: Turkey's Changing Neighbourhood Policy. In: The Turkish Yearbook of International Relations 2004. Ankara 2005, S. 8-10 (Beitrag: S. 1-22).

⁷⁷ Vgl. ebd., S. 6-8.

Zusammenhang sogar panturkistische Ideologien⁷⁸ propagiert, in denen das 'Türkentum' gleichsam eine Art 'Wiederauferstehung' im transnationalen Kontext des eurasischen Großraums erleben könne. Im engeren Sinne hat sich, wie das Beispiel Aserbaidschan in den 1990er Jahren klar zeigt, sogar eine Konkurrenz zwischen den regionalen Mächten Iran und Türkei entwickelt. Beide staatlichen Akteure zeigten sich bemüht, vor dem Hintergrund einer 'Brudervolk'-Ideologie⁷⁹ Einfluss auf den jungen Staat Aserbaidschan zu nehmen. Diese regionale Politik der Türkei und des Iran lässt sich durchaus „in der Logik von Macht- und Gegenmachtbildung“⁸⁰ beschreiben und politiktheoretisch erklären. Im Rahmen meiner Untersuchung wird dieser hier nur angedeutete Erklärungsansatz eine wichtige Rolle spielen. In zahlreichen politikwissenschaftlichen Beiträgen aus der Türkei lässt sich dieses Regionalismus-Theorem als zentraler Erklärungsansatz der neuen bzw. signifikant veränderten Außen- und Sicherheitspolitik nachweisen.

Die Jahrbücher⁸¹ zu den internationalen Beziehungen der Türkei spiegeln, wie man annehmen muss, vor allem die offizielle und/oder regierungsamtliche Leseart der internationalen Politik der Türkei wider. Im Kern wird, wie ich in Abschnitt III. und IV. meiner Untersuchung detailliert nachweisen werde, die Position einer eigenständigen türkischen Außen- und Sicherheitspolitik in der eurasischen Großregion (unter Einschluss des Nahen Ostens) vertreten, wobei aber die Einbindung in die NATO und die besondere Bindung an die USA als sicherheits- und außenpolitische Voraussetzungen und 'Garantien' weitgehend einhellig beschworen werden.⁸² Vergleicht man die Beiträge in verschiedenen Ausgaben des Turkish Yearbook of International Relations und des Turkish Yearbook of International Affairs miteinander, fällt zunächst eine 'selbstbewusste Diktion' der türkischen Eliten und Politikwissenschaftler auf.⁸³

⁷⁸ Vgl. Günther Seufert/Christopher Kubaseck: Die Türkei. Politik, Geschichte und Kultur. München 2004, S. 194 f.

⁷⁹ Vgl. Gencer Özkan: a. a. O., S. 6-10 (Auch wenn sich die bilateralen Beziehungen des Iran und der Türkei sich inzwischen entspannt haben, bleibt der Iran nicht nur als von den USA so bezeichneter Feindstaat ein Problem, sondern auch als regionaler Gegenspieler steht das Teheraner Regime in Konkurrenz zur Türkei. Als interessenspolitische Schnittmenge beider Regionalmächte kann aber das gemeinsame Ziel, einen autonomen Kurdenstaat zu verhindern, gelten.).

⁸⁰ Werner Link: a. a. O., S. 81.

⁸¹ Eingesehen wurden die Ausgaben des Yearbook of International Relations und the Yearbook of International Affairs ab 1992 (bis 2006).

⁸² Vgl. dazu Andrea K. Riemer: Strategische und geopolitische Überlegungen der USA zur EU-Integration der Türkei, S. 90.

⁸³ Vgl. dazu Lale Sariibrahimoğlu: Turkey rejects US access request, in: Jane's Defence Weekly vom 09.06.2004, S. 15.

Besonders nach dem 2. Golfkrieg war die Position der Türkei zunächst gestärkt, um dann aber in der Folge wieder in die Defensive zu geraten. Heinz-Jürgen Axt hat in seinem Beitrag mit dem Titel 'Selbstbewusstere Türkei'⁸⁴ darauf verwiesen, dass „das Thema Regionalmacht für die Türkei wieder Konjunktur“⁸⁵ habe. Wie kompliziert aber diese Optionen sind, haben die durch die letzten beiden Golfkriege (gegen den Irak) bewirkten regionalstrategischen Veränderungen gezeigt. Das politische Handeln des staatlichen Akteurs Türkei war und ist vor diesem Hintergrund insofern widersprüchlich, als einerseits die US-amerikanischen Interessen nicht deckungsgleich mit den türkischen Sicherheitsinteressen gewesen sind und andererseits nationale Probleme der Türkei (Kurdenproblem) durch die offensive Politik der USA und ihrer westlichen Bündnispartner wieder virulent geworden sind. Heinz-Jürgen Axt hat diesen erheblichen Widerspruch in der türkischen Realpolitik mit Blick auf die Entwicklung nach dem 11. September 2001 insgesamt folgendermaßen beschrieben:

„Seit dem 11. September hat das Thema Regionalmacht für die Türkei wieder Konjunktur. Solange allerdings mit einer amerikanischen Militärintervention im Irak nach Beendigung des Afghanistan-Krieges gerechnet werden muss, sind die türkischen Regionalmachtambitionen gefährdet. Erneute Kämpfe im Irak und die Eliminierung der Führung unter Saddam Hussein würden nach Ansicht türkischer Sicherheitsexperten ein Machtvakuum schaffen, das die irakischen Kurden veranlassen könnte, einen autonomen Staat im Norden Iraks zu errichten; Autonomie- und Sezessionsbestrebungen der Kurden in der Türkei erhielten erneut Auftrieb. (...). Sorge bereitet die Vorstellung, dass die Region insgesamt destabilisiert werden könnte. Reaktionen werden im Iran, Syrien oder anderen arabischen Staaten befürchtet (...). Eine weiterhin zu den USA stehende Türkei sähe sich einem wenig freundlich gesonnenen Umfeld ausgesetzt.“⁸⁶

Die aus dem Jahr 2002 stammende Diagnose und Prognose von Heinz-Jürgen Axt haben sich als richtig erwiesen. Auch wenn das von der arabischen Liga für den Fall eines US-Einmarschs in den Irak angekündigte „Ende der Allianz gegen den Terrorismus“⁸⁷ so nicht eingetreten ist, kann die Position der Türkei in der nahöstlichen Krisenregion als ambivalent beschrieben werden. Mit der Beseitigung des irakischen Regimes unter Saddam Hussein ist das befürchtete Machtvakuum eingetreten. Der Irak ist destabilisiert und de facto in quasi selbständige Regionen zerbrochen (kurdischer Norden; schiitische Mitte; separatistischer Süden). Die Türkei hat sich deshalb geweigert, Soldaten in den Irak und in das Krisengebiet Afghanistans zu entsenden.

⁸⁴ Heinz-Jürgen Axt: Selbstbewusstere Türkei. Worauf sich die EU einstellen muss. In: Internationale Politik 57 (2002) 2, S. 45-50.

⁸⁵ Ebd., S. 46.

⁸⁶ Ebd., S. 46.

⁸⁷ Ebd., S. 46.

Auch in der türkischen Gesellschaft ist seit 2001 „ein traditioneller Vorbehalt gegen den Westen bestärkt worden, dem man Scheinheiligkeit vorwirft: richtet sich ein Anschlag gegen die USA oder ihre Politik, dann handele es sich um Terrorismus; wird ein Anschlag in der Türkei verübt, z.B. von der PKK, so werde er im Westen lediglich `als politischer Widerstand' gewertet.“⁸⁸

Vor diesem Hintergrund erklärt sich, warum in der Türkei der gemäßigte Islamismus (AKP unter Erdoğan) in den letzten Jahren enormen Auftrieb gewonnen hat.⁸⁹ Innerhalb der türkischen Gesellschaft scheint sich nämlich eine Zerreißprobe zu entwickeln. Eine Reihe von Anzeichen deutet darauf hin, dass die gesellschaftlichen Eliten, nämlich die kemalistische Generalität, das laizistische Bürgertum, die nationalistischen und die gemäßigt islamistischen Kräfte (vor allem die AKP unter Erdoğan) auf einen Konflikt zusteuern, der auch Folgen für die türkische Außen- und Sicherheitspolitik insgesamt haben kann. Zwar wird die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO von keiner Seite offiziell in Frage gestellt, aber die Orientierung nach Europa (Stichwort: EU-Beitritt der Türkei) ist seit einigen Jahren aus verschiedenen Gründen nicht mehr eindeutig.⁹⁰ Bei der Analyse der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik wird man zwischen den Entscheidungsträgern (Eliten) (Generalität, AKP usw.) differenzieren müssen (vgl. III.3.5. der vorliegenden Untersuchung).

Die Frage, wer die Entscheidungsträger der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik sind, ist nicht mehr so leicht zu beantworten wie noch 1991, als das Militär, die Regierung und das türkische Parlament die NATO-Luftstützpunkte im Südosten der Türkei für Luftangriffe der US-Air Force auf den Irak freigaben. Allerdings hatten auch 1991 die türkischen Entscheidungsträger einer von Washington gewünschten Beteiligung türkischer Streitkräfte am Koalitionskrieg gegen das irakische Regime nicht entsprochen.⁹¹

2002 und 2003 wurden die Kontroversen über eine türkische Beteiligung am 3. Golfkrieg noch heftiger ausgetragen. Da die Mehrheit der türkischen Gesellschaft gegen eine Entsendung von türkischen Truppen in den Irak votierte, beschloss das türkische

⁸⁸ Ebd., S. 47.

⁸⁹ Hier wird deutlich, wie intensiv innenpolitische und gesellschaftliche Entwicklungen in der Türkei auf die Sicherheits- und Außenpolitik einwirken können. Da die AKP unter Erdoğan inzwischen die türkische Regierung stellt, ist eine Neuorientierung der türkischen Innenpolitik wahrscheinlich und eine veränderte Außenpolitik immerhin möglich.

⁹⁰ Vgl. dazu Lothar Rühl: Zur Problematik eines EU-Beitritts der Türkei. Die Türkei und Europa in einer geopolitisch-strategischen Perspektive. In: Erich Reiter (Hrsg.): Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wien 2006, S. 3-22.

⁹¹ Vgl. Insgesamt Erich Reiter (Hrsg.): Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wien 2006, S. 3-22.

Parlament, dass die NATO-Basen in der Türkei nur zur Aufklärung (AWACS) benutzt werden durften.⁹²

Militärische Operationen vom Boden der Türkei wurden strikt ausgeschlossen.⁹³ Nach dem Ende des Krieges und der Beseitigung des Saddam Hussein-Regimes hat die Türkei aber ihre faktische Neutralitätspolitik aufgegeben und unter Berufung auf ihre nationalen Sicherheitsinteressen militärische Operationen gegen die Kurden im Nordirak ausdrücklich ins Kalkül gezogen. Durch die Zustimmung des türkischen Parlaments ist es inzwischen auch zu 'chirurgischen Schlägen' gegen Stellungen der militanten Kurden (PKK) im Nordirak gekommen. Hier wird der Kernkonflikt der gegenwärtigen Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei als Gratwanderung zwischen nationalen Interessen, regionalen Optionen und traditionellen Bündnisverpflichtungen offenkundig. Gerade am Beispiel des 3. Golfkrieges (Vorgeschichte-Kriegsgeschehen-Nachgeschichte) wird das 'Dilemma' des staatlichen Akteurs Türkei erkennbar:

„Da die kurdische Frage auch 2005 weder beantwortet noch auch nur zwischen Autonomie und souveräner Unabhängigkeit eines kurdischen Staates geklärt und das Problem der staatlichen Einheit des Irak noch nicht gelöst war, blieb das ganze Risiko anhaltender Krisen und eines Konflikts zwischen den Türkei und dem Irak oder dessen kurdischem Teil für die absehbare Zukunft bestehen. (...). Die Türkei muss eigene Ziele in ihrer Region verfolgen, die mit denen Nordeuropas oder Westeuropas jeweils nicht unbedingt übereinstimmen. (...). Entsprechend ist die türkische Sicherheitsstrategie schon seit dem Ausgang des Kalten Krieges Ende der 80er Jahre (...) angelegt. (...). Die türkische Politik lief darauf hinaus, die NATO und die europäische Sicherheitspolitik so weit wie möglich aus dem Nahen und Mittleren Osten herauszuhalten und türkisch-amerikanische militärische Kooperation bilateral nach den regionalen Machtbedürfnissen der Türkei zu organisieren.“⁹⁴

Diese strategische Grundentscheidung der Türkei konnte bis etwa zum Jahre 2000 aufrecht erhalten werden; im Vorfeld des 3. Golfkrieges waren, wie man annehmen muss, die US-amerikanischen Interessen und die nationalen wie regionalen Eigeninteressen der Türkei nicht mehr deckungsgleich.⁹⁵ Diese ersten Beispiele (s.o.) zeigen, dass der Leitbegriff Regionalmacht Türkei eine enorme heuristische Funktion

⁹² Vgl. dazu Lothar Rühl: Zur Problematik eines EU-Beitritts der Türkei. Die Türkei und Europa in einer geopolitisch-strategischen Perspektive. In: Erich Reiter (Hrsg.): Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wien 2006, S. 3-22.

⁹³ Vgl. dazu Ali Karaosmanoğlu/Seyfi Taşhan (Hrsg.): The Europeanization of Turkey's Security Policy: Prospects and Pitfalls. Foreign Policy Institute. Ankara 2004, S. 54-73.

⁹⁴ Lothar Rühl: Zur Problematik (...), S. 10.

⁹⁵ Vgl. ebd., S. 10-13; ferner bei W. Link: Die Neuordnung der Weltpolitik, S. 81 f.; 86- 90(Link betont hier, dass die Handlungsspielräume mittlerer Mächte, wie z. B. die Türkei, grundsätzlich eingeschränkt sind. Eine weltweit operierende Großmacht, wie die USA, kann ihre Interessen auch gegen Mittelmächte durchsetzen und Prärogativen regionalstrategisch vorgeben. Interessenkonflikte in einer Region lassen sich also nicht nur unter regionalstrategischem Gesichtspunkt erklären, sondern sie werden stets auch durch globale, übergreifende machtpolitische Interessen bestimmt. Allerdings ist das Beziehungsgeflecht zwischen globalen und regionalen Interessen heute verwickelt.).

haben kann. Im Rahmen meiner Untersuchung wird das Gesamtspektrum der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik auf diesen Leitbegriff bezogen. Bereits hier wird aber erkennbar, wie kompliziert die Grundbedingungen des sicherheits- und außenpolitischen Handelns des staatlichen Akteurs Türkei heute sind. Die strategischen Optionen der Türkei hängen von einer Reihe von Einflussfaktoren und Voraussetzungen ab, die untereinander einerseits verknüpft, andererseits aber auch widersprüchlich sind. In dieser Hinsicht spielen interne und externe Aspekte, bündnispolitische Komponenten und nationale Interessen eine Rolle. In der aktuellen Forschung ist die Verhältnisbestimmung dieser Einflussfaktoren und Voraussetzungen unterschiedlich. Ein wegweisender Ansatz findet sich bei Sencer Ayata.⁹⁶ In dem von Ayata vorgestellten Modell über die sicherheitsstrategischen Optionen der Türkei wird eine Korrelation von gesellschaftlichen Wirkfaktoren (Eliten), regionalstrategischen Interessen und übergreifenden bündnispolitischen Konstituenten angenommen. Dieses Mehr-Komponenten-Modell integriert nicht nur sicherheitspolitische und militärstrategische Faktoren, sondern es bezieht auch die Einflussfaktoren aus Wirtschaft, Ideologie usw. mit ein. Ayata unterscheidet beispielsweise zwischen den alten kemalistisch-laizistischen Eliten und den islamistischen Parteien (heute vor allem AKP Erdoğan), die eine Doppelstrategie der gesamtgesellschaftlichen Umstrukturierung bei gleichzeitigem Festhalten an traditionellen sicherheitspolitischen Konstituenten auszeichnet. Dadurch sind, wie Ayata schlussfolgert, die kemalistischen Eliten (z.B. Generalität) in die Defensive geraten und zum Kompromiss mit den gemäßigten Islamisten gezwungen. Entscheidend ist nun der folgende Richtungswechsel in der türkischen Politik:

„The Islamic point of view essentially concentrated on the theme of the changing balance of power between the civilian authorities and the military, holding that the latter tended to penetrate every aspect of social and political life. (...). Thus they proposed a drastic alternation to the existing constitution that would enable the extension of human rights, the maintenance of the rule of law, and the sustaining of the supremacy of civilian over military authorities.“⁹⁷

Indem die AKP unter Erdoğan den Kemalismus als Staatsideologie offiziell nicht in Frage stellt, de facto aber den restriktiven Laizismus und Säkularismus, d.h. die verfassungsmäßig vorgeschriebene Trennung von Staat und Religion, zu überwinden

⁹⁶ Vgl. insgesamt Sencer Ayata: *Changes in Domestic Politics and the Foreign Policy Orientation of the AK Party*. In: Lenore Martin/Dimitris Keridis (Hrsg.): *The Future of Turkish Foreign Policy*. Cambridge/Mass. und London 2004, S. 244 f.

⁹⁷ Ebd., S. 246 f.

versucht, wird auch die überragende Stellung des von der Generalität dominierten Nationalen Sicherheitsrates der Türkei sukzessive untergraben.⁹⁸ Die AKP strebt seit mehreren Jahren eine völlig neue türkisch-islamische Synthese von unten her, also innerhalb der türkischen Gesellschaft, an.⁹⁹ Grundsätzlich haben die neuen ordnungspolitischen Vorstellungen, wie sie von der seit den Parlamentswahlen vom 4. November 2002 mit absoluter Mehrheit (363 von 550 Sitzen im Parlament) regierenden AKP unter Premierminister Erdoğan durchgesetzt worden sind, auch Einfluss auf die türkische Außen- und Sicherheitspolitik. Die regionalen Stoßrichtungen der türkischen Außenpolitik lassen sich „grob in drei Richtungen bündeln: in den Mittleren Osten, nach West- und Zentralasien und in den Balkan.“¹⁰⁰ Davon unberührt, wenn auch nicht unbeeinflusst, sind die traditionellen Orientierungen der türkischen Außenpolitik nach Europa (EU) und zu den nördlichen Nachbarn (jetzt: Ukraine). Eine Sonderproblematik markiert der Zypernkonflikt. Auffällig ist seit 2002, dass die türkische Regierung unter Erdoğan offiziell die traditionellen Sicherheitsdoktrinen und Ziele der türkischen Politik nicht in Frage stellt, wohl aber ihre Spielräume in die oben benannten drei Richtungen vorsichtig zu erweitern versucht hat. Dabei hat die Türkei vor allem das Konzept des Bilateralismus, d.h. der vertraglich abgesicherten Kooperation mit Nachbarstaaten, umzusetzen versucht. Im Rahmen meiner Untersuchung werden folglich diese bilateralen Formen der Zusammenarbeit systematisch untersucht und miteinander verglichen (ab Kapitel V.).

II. Politikwissenschaftliche Theorien und Modelle staatlicher Sicherheits- und Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Diskurse in der Türkei

Im Mittelpunkt der folgenden Untersuchung steht die Frage nach der politiktheoretischen Beurteilung der Sicherheits- und Außenpolitik des staatlichen Akteurs Türkei. Grundsätzlich gehe ich dabei von der Annahme aus, dass die Sicherheits- und Außenpolitik eines staatlichen Akteurs Handlungsmustern folgt, die als solche rekonstruierbar sind und politiktheoretisch bewertet werden können.¹⁰¹ Die

⁹⁸ Vgl. ebd., S. 253 f.

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 262 (Ayata nimmt an, dass die AKP „the absolute supremacy and domination of Sunni Islam“ gesellschaftlich durchzusetzen versucht.).

¹⁰⁰ Gustav C. Gressel: Die strategischen Optionen der Türkei. In: E. Reiter(Hrsg.): a. a. O., S. 31 (Beitrag: S. 23-65).

¹⁰¹ Vgl. zu diesem Ansatz bei Frank R. Pfetsch: Handlung und Reflexion. Theoretische Dimensionen des Politischen. Darmstadt 1995, S. 15; 74-77.

politiktheoretischen Elemente, die bei der Analyse der Politik eines staatlichen Akteurs berücksichtigt werden müssen, sind:¹⁰²

- Akteure als Handlungsträger der Politik (Eliten in Staat und Gesellschaft)
- politische Umwelt des Staates (regional- und/oder geostrategische Positionierung)
- historische Dimension (Informationen aus der Geschichte des Staates usw.)
- Ziele (Beschreibung konstanter und variabler Zielgrößen)
- Mittel (Ressourcen des Akteurs als instrumentelle Variable)
- Handlungsfelder der Sicherheits- und Außenpolitik.

Im engeren Sinne unterliegt die Sicherheits- und Außenpolitik eines staatlichen Akteurs rationalen Grundsätzen, wobei mit dem Attribut <rational> nicht eine metapolitische Vernünftigkeit gemeint ist, sondern vornehmlich die Zweckorientierung staatlichen Handelns bezeichnet wird. Ein Ausdruck dieser 'Rationalität' sind die sogenannten außenpolitischen Doktrinen eines Staates:¹⁰³

„Neben aktualitätsbezogenen und auf je individuelle Konfliktlagen ausgerichteten Handlungsweisen sind auch länger wirksame handlungsleitende Grundsätze entwickelt worden, die die Interessen der regionalen und der internationalen Vormächte jenseits ihrer eigenen Grenzen definieren; solche Handlungsmaximen werden auch außenpolitische Doktrinen genannt (...). Auch bei kleineren Staaten gibt es Grundsätze ihrer Außenpolitik, die jedoch auf Grund ihrer begrenzten Wirkung auf das Umfeld nicht als Doktrinen bezeichnet werden, auch wenn sie eine ähnliche Funktion erfüllen.“

Die Türkei gilt heute in der politikwissenschaftlichen Forschung als eine Mittel- und Regionalmacht, deren politischer, militärischer und regional- bzw. geostrategischer Stellenwert vor allem „durch ihr geographisch-heterogenes Umfeld im Krisendreieck Balkan, Kaukasus und Naher/Mittlerer Osten an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien definiert“¹⁰⁴ wird.

Nach dem Zerfall des Ostblocks und der Auflösung des Systemantagonisten ist die strategische Bedeutung der Türkei in der Region gewachsen, wenigstens aber neu

¹⁰² Vgl. dazu auch Wilhelm Grewe: Außenpolitik, in: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Hrsg. Von der Görres-Gesellschaft. 7. Auflage. Bd 1. Freiburg/Basel/Wien 1995, Sp (Spalte) 439-447 (Grewe bezeichnet folgende politiktheoretische Elemente zur Beschreibung und Bewertung staatlicher Außenpolitik: a) Begriffe, Ziele, Mittel, b) Träger der Außenpolitik, c) Handlungsfelder der Sicherheits- und Außenpolitik, einschließlich des Verhältnisses von Außen- und Innenpolitik, d) Planung und Strategien.).

¹⁰³ F. R. Pfetsch: Handlung und Reflexion, S. 60.

¹⁰⁴ Mehmet Öcal: Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei, in: Siegfried Frech/Mehmet Öcal (Hrsg.): Europa und die Türkei. Schwalbach/Taunus 2006, S. 239 (Beitrag: S. 239-267).

definiert worden. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wird diese strategische Bedeutung der Türkei unter dem Leitbegriff <Regionalmacht> analysiert und realpolitisch-empirisch (i.e. faktische Sicherheits- und Außenpolitik der Türkei seit 1990/91) rekonstruiert.

Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik folgt relativ eindeutig beschreibbaren rationalen Kriterien. Wenn man regierungsnahe Verlautbarungen¹⁰⁵ oder regierungsamtliche Veröffentlichungen¹⁰⁶ zur türkischen Außen- und Sicherheitspolitik zur Kenntnis nimmt, fällt unmittelbar auf, dass „Ankara streng zwischen allianzgebundener und regionaler Politik“¹⁰⁷ unterscheidet. Die ‚Allianzbindung‘ der Türkei wird von den Handlungsträgern (Generalität, Politiker) der türkischen Außenpolitik unisono als die Konstante türkischer Sicherheits- und Außenpolitik bezeichnet. Dabei geht es natürlich um die NATO-Mitgliedschaft der Türkei, aber auch um die besonderen bilateralen Beziehungen des Landes zu den USA. Die berechenbare Bündnistreue der Türkei wird in den regierungsoffiziellen Stellungnahmen immer wieder betont. Auch im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen (EU-Mitgliedschaft als optional-strategisch erstrebte Konstante der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik) verweist die Türkei beharrlich auf die Zuverlässigkeit der türkischen Außenpolitik in Vergangenheit und Gegenwart.

Die Variablen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik werden vor allem mit der standardisierten, auch von anderen Staaten benutzten Legitimationsfigur <Wahrnehmung eigener nationaler Interessen> bzw. <Anspruch auf innen- und außenpolitische Autonomie> begründet.¹⁰⁸

Im Bemessungszeitraum und Referenzrahmen der vorliegenden Untersuchung lassen sich diverse realpolitische Handlungen des staatlichen Akteurs Türkei anführen, die im Kern als Variablen¹⁰⁹ türkischer Außen- und Sicherheitspolitik interpretiert werden müssen. Die Türkei hat beispielsweise im 2. Golfkrieg zwar grundsätzlich die Legitimität einer militärischen Aktion gegen den Irak anerkannt, aber ihren Beitrag im Rahmen dieser militärischen Offensive auf ein Mindestmaß beschränkt. So hat die Türkei dem von den USA geforderten Wasserembargo gegen den Irak nicht zugestimmt

¹⁰⁵ Die türkische Regierung veröffentlicht Memoranden, Bulletins und tagespolitische Stellungnahmen unter <http://www.turkey.org/turkey>.

¹⁰⁶ So wurde am 21.12.2005 unter der amtlichen website ausdrücklich darauf verwiesen, dass die türkische „foreign policy depends on rational criteria (...)“.

¹⁰⁷ M. Öcal: Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei, S. 242.

¹⁰⁸ Vgl. ebd., S. 243.

¹⁰⁹ Vgl. Bahri Yılmaz: Regionalmacht Türkei. Hat sie ihre Führungsrolle verpasst? In: Internationale Politik 50 (1995) 5, S. 37-42

und grundsätzlich auch keine Truppenverbände gegen das Saddam Hussein-Regime zur Verfügung gestellt.¹¹⁰

Im jüngsten Golfkrieg hat sich die Türkei de facto neutral verhalten und ihre Militärbasen im Südosten des Landes für Operationen gegen den Irak geschlossen. Als Begründung wurde angeführt, dass es nicht im nationalen Interesse der Türkei liege, wenn der Irak in seiner staatlichen Struktur beseitigt werde und dadurch ein Machtvakuum in der gesamten Region entstehe.¹¹¹ Dieser auffälligen Zurückhaltung des staatlichen Akteurs Türkei gegenüber der von den USA forcierten anti-irakischen Koalition und schließlich durchgesetzten militärischen Offensive steht aber seit 1991 eine teiloffensive Politik der Türkei in der Region entgegen.¹¹² Aus nationalem Interesse hat sich die Türkei beispielsweise gezielte militärische Schläge gegen die vom Nordirak aus operierenden PKK-Einheiten vorbehalten und solche auch ab August 1991 bis heute punktuell und temporär durchgeführt.¹¹³ Derartige erste Beispiele lassen den Rückschluss zu, dass die türkische Außen- und Sicherheitspolitik seit 1990/91 einen beachtlichen Handlungsspielraum gewonnen hat. Dennoch gibt es auch Konstanten in der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Handlungsspielraum strategisch begrenzen. Im Rahmen der Analyse der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik wird es von daher unerlässlich sein, eine Verhältnisbestimmung der Konstanten und Variablen in der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik vorzunehmen. Insgesamt spricht vieles dafür, dass die signifikanten Umbruchprozesse im internationalen System die außen- und sicherheitspolitische „Matrix“¹¹⁴ der Türkei in wesentlichen Komponenten verändert haben.

¹¹⁰ Im 2. Golfkrieg hat aber die Türkei ihre Militärbasen im Südosten ihres Territoriums für NATO-Operationen zur Verfügung gestellt; vgl. M. Öcal: a. a. O., S. 242.

¹¹¹ Vgl. M. Öcal: a. a. O., S. 255 f.

¹¹² Vgl. Bahri Yılmaz: Regionalmacht Türkei, S. 37.

¹¹³ Die Türkei hat nach dem Ende des 3. Golfkrieges die USA aufgefordert, gegen die PKK-Kämpfer im Nordirak vorzugehen. Da die USA aber im kurdisch dominierten Nordirak eine relativ stabile Region sehen, bleiben entsprechende Maßnahmen der US-Militärs aus. Vor diesem Hintergrund hat das türkische Parlament der Regierung und den Militär 'freie Hand' für 'chirurgische Schläge' gegen die PKK-Stellungen/Aufmarschbasen gegeben; vgl. zur Chronologie bei M. Öcal: a. a. O., S. 255 ff.

¹¹⁴ Vgl. zu diesem Begriff bei Frank R. Pfetsch: Handlung und Reflexion, S. 85; ferner bei Walter C. Cohen: Calculus of Power Decision Making in Foreign Policy. Yale University Congress Papers. New York 2005, S. 31-39.

II.1. Sicherheits- und Außenpolitik als Forschungsgegenstand der Politikwissenschaft

In der aktuellen politikwissenschaftlichen Forschung hat sich die Wortverbindung <Sicherheits- und Außenpolitik> durchgesetzt, wobei aber durchaus auf die spezifischen Merkmale des a) sicherheitspolitischen und b) außenpolitischen Handlungsfelds eines staatlichen Akteurs hingewiesen wird.¹¹⁵ Im engeren Sinne bezeichnet der Begriff <Außenpolitik> „die Gesamtheit aller über die eigenen Hoheitsgrenzen hinausgreifenden Aktivitäten, mit denen Staaten – oder andere im internationalen Kräftespiel handlungsfähige Organisationen – ihre Interessen wahren und ihre Ziele verfolgen, mit denen sie ihre territoriale Integrität und ihre politische Unabhängigkeit schützen, ihre wirtschaftliche Existenz sichern und ihren Wohlstand mehren (...).“¹¹⁶

Mit dem Begriff <Sicherheitspolitik> bezeichnet man in der Regel alle Maßnahmen eines Staates „zur Wahrung seiner äußeren Sicherheit im regionalen und globalen Zusammenhang internationaler Ordnung.“¹¹⁷

Ziel der staatlichen Sicherheitspolitik ist es, jeder „Bedrohung territorialer Besitzstände und politischer Eigenbestimmung wirksam zu begegnen(...)“.¹¹⁸ Die Mittel, die einem Staat in dieser Hinsicht zur Verfügung stehen, sind vielfältig. Dazu gehören das „Verteidigungsdispositiv“¹¹⁹, d.h. die militärischen Ressourcen, der bündnispolitische Status, die „Struktur und Dislozierung von Streitkräften“¹²⁰ und die entsprechende Verteidigungsdoktrin.

In den letzten Jahren hat sich innerhalb der Politikwissenschaft ein `erweitertes Verständnis`¹²¹ der staatlichen Sicherheitspolitik durchgesetzt. Stand nämlich die Sicherheitspolitik im globalen Kontext bis Ende der 1980er Jahre vor allem unter dem Primat der `glaubwürdigen`¹²² Abschreckung (*mutual assured destruction*), haben sich seit Anfang der 1990er Jahre neue Konstellationen im internationalen System ergeben, die das Spektrum der Zielsetzungen und Konzepte internationaler und nationaler

¹¹⁵ Vgl. Wilhelm G. Grewe: Außenpolitik, in: Staatslexikon. Bd. 1., Sp. 439 ff.

¹¹⁶ Ebd., Sp. 439.

¹¹⁷ Klaus Ritter: Sicherheitspolitik, in: Staatslexikon. Bd. 4, Sp. 1173 (Beitrag: Sp. 1173-1177).

¹¹⁸ Ebd., Sp. 1173.

¹¹⁹ Ebd., Sp. 1173.

¹²⁰ Ebd., Sp. 1173.

¹²¹ Vgl. ebd., Sp. 1173 f.

¹²² Vgl. dazu Wilhelm G. Grewe: Außenpolitik, in: Staatslexikon. Bd. 1, Sp. 441 f. (die traditionell militärisch gestützte Sicherheitspolitik bedarf heute stärker „als in frühen Zeiten“ der „Ergänzung durch nicht- militärische Maßnahmen und Vorkehrungen“!).

Sicherheitspolitik erweitert haben. Die traditionellen Grundmuster der internationalen Politik(z.B. „balance of power“) sind zwar nicht vollständig aufgelöst worden, aber im Zuge der Überwindung der antagonistischen Systemgrenzen (i.e. kapitalistische vs. sozialistische Gesellschaftsordnungen) relativiert worden. Mit dem Schlagwort der Relativierung soll zum Ausdruck gebracht werden, dass traditionelle Komponenten staatlicher Sicherheitspolitik (Abschreckung; Verteidigungsdispositiv usw.) immer noch eine wichtige Rolle spielen, aber unter den veränderten geopolitischen Bedingungen und den strukturbedingten Instabilitäten des internationalen Systems nur in Verbindung mit anderen Komponenten (Wirtschaft, Energiepolitik, zunehmende Interdependenzen als Folge der Globalisierung, neue Formen der Bedrohung usw.) angemessen bewertet werden können. Vor diesem Hintergrund ist das Forschungsgebiet <Internationale Politik> komplexer geworden. Die Theoriedynamik innerhalb der politikwissenschaftlichen Diskurse spiegelt dieses Phänomen eindeutig wider. Die Sicherheits- und Außenpolitik eines Staates kann vor diesem Hintergrund nicht isoliert betrachtet werden, sondern nur im Zusammenhang des internationalen Systems (mit seinen spezifischen Ausdifferenzierungen in regionalen Kontexten) angemessen beschrieben und bewertet werden. Nach wie vor spielen dabei Bündniskonstellationen im internationalen System eine zentrale Rolle.

II.2. Forschungsgebiet <Internationale Beziehungen> und <Internationale Politik>

Im Forschungsgebiet <Internationale Politik> stehen die Beziehungen eines Systems zu seiner internationalen Umwelt sowie die Vernetzung zwischen den Systemen (staatliche und nicht-staatliche Akteure) im Vordergrund. Grundsätzlich werden also die Außenbeziehungen eines Systems und die Wechselbeziehungen/-wirkungen diverser Akteure untereinander betrachtet. Gerade in einer Zeit zunehmender internationaler Verflechtung oder auch Umbrüche im internationalen System wird die Erforschung politischer Prozesse und Interaktionen immer wichtiger. Allianz-Modelle dienen dazu, die institutionelle Vernetzung der staatlichen Akteure im Handlungsfeld internationaler Politik abzubilden. Grundsätzlich entspringt die Dynamik internationaler Prozesse, so die Grundannahme allianztheoretischer Ansätze, aus den strukturellen Bedingungen (Konflikte, Interessen, Macht u.ä.) und den damit zusammenhängenden Interaktionen der (Haupt-)Akteure. Das gesamte internationale System ist durch die steigende Komplexität seiner Strukturen gekennzeichnet, so dass es sinnvoll ist, die verschiedenen

Analyseebenen aufzuzeigen und in einem Folgeschritt die Prozesse wechselseitiger Interdependenzen zu untersuchen. Eine Analyseebene ist die Bündnispolitik in Form der Bildung von Allianzen, durch die Staaten ihre Interessen im Handlungsfeld internationaler Politik zu wahren und/oder durchzusetzen trachten.¹²³

II.3. Definition: Allianz und Bündnispolitik

Nach einer allgemein anerkannten Definition des politischen Konstrukts 'Allianz' sucht man in der Forschungsliteratur vergeblich. Die Begriffsbestimmung fällt je nach theoretischem Ansatz (z.B. Systemtheorie, Konflikttheorie, spieltheoretische Modelle, Theorie der internationalen Beziehungen) unterschiedlich aus.¹²⁴ Gleichwohl scheint ein Minimalkonsens in der politikwissenschaftlichen Forschung darin zu bestehen, dass Allianzen formelle oder informelle Bündnisse zwischen staatlichen Akteuren sind, deren Zweck darin besteht, Interessen der Partner zu bewahren oder durchzusetzen¹²⁵: „Ein Bündnis ist – durch alle geschichtlichen Epochen hindurch, bis zurück zum römischen *foedus* und zur griechischen *Symmachie* – ein vertraglich vereinbartes Verhältnis, in dessen Rahmen sich zwei oder mehr Staaten gegenseitige Unterstützung zur Erreichung bestimmter Ziele gegenüber einem bestimmten Gegner gewähren und sich für den Kriegsfall bewaffneten Beistand versprechen. Die Ziele, zu denen sich die Bündnispartner zusammenfinden, können offensiver oder defensiver Art sein. Der Bündnisgegner kann ausdrücklich genannt sein oder nicht. Der Beistand für den Kriegsfall kann automatisch als Folgewirkung an einen bestimmten Tatbestand geknüpft sein oder er kann einer souveränen Entscheidung über den Eintritt des Bündnisfalles (*casus foederis*) vorbehalten bleiben.“

Nach Auffassung Grewes sind Allianzen keine 'freundschaftlichen Bindungen' im Sinne einer *entente cordiale* oder – wie im Falle der NATO – einer 'Wertegemeinschaft', sondern zuallererst Nützlichkeitsbeziehungen, die auf eindeutigen Kosten-Nutzen-Kalkülen nationaler Interessen beruhen. Die NATO beispielsweise ist

¹²³ Vgl. G. Liska: Nations in Alliance. The Limits of Interdependence, S.3: „Wie der Konflikt ist die Allianz ein grundlegendes Ereignis in der Politik; es verbindet ähnlich denkende Akteure in der Hoffnung, ihre Rivalen zu überwinden. Ohne sich auf Allianzen zu beziehen, kann man nicht über internationale Beziehungen reden; beide gehen mit Ausnahme der Bezeichnung oft ineinander über.“

¹²⁴ Vgl. dazu die vorliegende Untersuchung II.2.2. bis II.2.4.

¹²⁵ Wilhelm G.Grewe: Art. Bündnispolitik. In: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Erster Band. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. Sonderausgabe der 7., völlig neu bearbeiteten Auflage. Freiburg/Basel/Wien 1995, Sp. 1035 (Art. Sp. 1035-1040.).

ein Bündnis, das sich als internationale Organisation¹²⁶ auf Regierungsebene mit *high politics* (machtbezogene, sicherheitspolitische und militärische Aufgaben bzw. Zielsetzungen) befasst und im Rahmen von gemeinsamen Willenbildungs- und Entscheidungsprozessen seiner Mitglieder die vertraglich geregelten Ziele zu erreichen versucht.

In der aktuellen Forschungsliteratur, die insgesamt eine enorme Theoriedynamik angesichts der Umbrüche im internationalen System zu erkennen gibt, haben sich offene, funktionalistische und prozessorientierte Begriffsbestimmungen durchgesetzt. Demzufolge ist beispielsweise die NATO in ihren inneren Strukturen, ihrer instrumentalen Ausstattung (militärische Ressourcen), Strategie und Zielsetzung dynamisch fortentwickelt worden. Die NATO ist unter den gegenwärtigen Bedingungen einer globalen Neuordnung ein arbeitsteiliges Bündnis, dessen gesamtes *posture* auf die Implementation flexibler Optionen hinzielt.

II.4. Allianztheorien im Überblick: Theoriedynamik – Ansätze und Methoden in der Politikwissenschaft nach 1945

Die Entwicklung von Allianztheorien steht in den politikwissenschaftlichen Diskursen nach 1945 in engem Zusammenhang mit der Analyse der 'Internationalen Beziehungen'.¹²⁷ Weitgehende Einigkeit besteht darüber, dass sich die internationalen Beziehungen¹²⁸ von der Außenpolitik staatlicher Akteure unterscheiden. Nach der Definition von Czempiel sind internationale Beziehungen „Interaktionen, während

¹²⁶ In der Politikwissenschaft ist die Unterscheidung zwischen drei Typen internationaler Organisationen grundlegend: a) die Organisationen, in denen Regierungen verschiedener Staaten auf völkerrechtlicher Basis zusammenarbeiten; diese bezeichnet man als *International Governmental Organisations*;

b) die Organisationen, die global oder regional unterhalb der Regierungsebene tätig sind, werden als *International Non- Governmental Organisations* bezeichnet;

c) der dritte Typ internationaler Organisation stellt, wie die UNO oder die EU, einen Versuch dar, supranationale Strukturen zu schaffen und eine Integration von Nationalstaaten zu erzielen.

¹²⁷ Ernst Otto Czempiel: Internationale Beziehungen. In: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Band 3. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. Sonderausgabe der 7., völlig neu bearbeiteten Auflage. Freiburg/Basel/Wien 1995, Sp. 135-143 (Sp. 135: „Unter <Internationale Beziehungen> werden sowohl verstanden die Beziehungen zwischen Staaten wie die politikwissenschaftliche Teildisziplin, die sich mit ihnen beschäftigt. Darüber hinaus gibt es kaum einhellige Auffassungen hinsichtlich der Terminologie und des von ihr abgedeckten Gegenstands. Synonym mit dem der <Internationalen Beziehungen> wird der Begriff der internationalen Politik und der Weltpolitik verwandt. Vorschläge, den Begriff I.B. für alle zwischenstaatliche Beziehungen und den der internationalen Politik nur für die politische Beziehungen zu verwenden, oder aber den ersteren für die Wissenschaft, den zweiten für den Gegenstand zu reservieren, haben sich nicht durchgesetzt.“).

¹²⁸ In der Forschungsliteratur findet sich sowohl die Groß- als auch Kleinschreibung des Attributs <International/international>. Im Rahmen meiner Untersuchung wird die Großschreibung immer dann gewählt, wenn es um das wissenschaftliche Forschungsgebiet der 'Internationalen Beziehungen' geht.

Außenpolitik eine Aktion darstellt.“¹²⁹ Auch wenn Außenpolitik als „konstituierender Bestandteil der Interaktion“¹³⁰ gilt, können internationale Beziehungen nicht als Summe oder Kombination außenpolitischer Aktionen erschlossen werden. Trotz seiner Aspektvielfalt hat sich der Interaktionsbegriff in den zurückliegenden Jahrzehnten insofern bewährt, als sich dadurch die Dynamik und Komplexität der internationalen Beziehungen angemessen erklären lässt:

„Unter den Internationalen Beziehungen sind dann zu verstehen, die sich über Zeit durchhaltenden, wenn auch langsam veränderlichen Muster, die die auf Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft bezogenen Interaktionen bilden, die zwischen den politischen Systemen und Gesellschaften sowie vice versa verlaufen, sowie diejenigen spezifisch auf diese Interaktionen gerichteten Beziehungen zwischen den politischen und ihrer jeweiligen Gesellschaften. Internationale Beziehungen sind dadurch charakterisiert, dass in ihnen unter den Bedingungen des internationalen Systems und weiterhin bedingt durch seinen Zustand Akteure Interessen realisieren und dabei den Verlauf der Interaktionen beeinflusst werden.“¹³¹

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm die anglo-amerikanische Politikwissenschaft die Führungsrolle.¹³² In den Diskursen innerhalb der 'westlichen' Politikwissenschaft setzte sich die Auffassung durch, dass das internationale System „seinen prinzipiell anarchischen Charakter“¹³³ bewahrt habe, „der auch die Anwendung organisierter militärischer Gewalt“¹³⁴ zulasse. Die Hoffnung, die „künftigen Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ (Charta der UN von 1945), erwies sich als Illusion. Während die USA und die Sowjetunion als Führungsmächte der im Kalten Krieg errichteten Allianzsysteme (NATO; Warschauer Pakt) sich nach einer Phase der Instabilität der Einhaltung der Prinzipien friedlicher Koexistenz (1972) versicherten und die Anwendung von Nuklearwaffen (1973) ächteten, wuchs auf anderen Ebenen des internationalen Systems die Zahl der unter Anwendung militärischer Gewalt ausgetragenen Konflikte. Die Vielzahl kriegerischer Auseinandersetzungen seit 1945, vorwiegend nationale Befreiungskriege mit ausländischen Interventionen anderer Staaten (Indochina/Vietnam usw.), steht für das

¹²⁹ E. O. Czempiel: Art. Internationale Beziehungen, Sp.136.

¹³⁰ Ebd.

¹³¹ Ebd., Sp.137.

¹³² Vgl. dazu Wilhelm Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. München 2001, S. 264 ff.

¹³³ Ernst Otto Czempiel: Internationale Beziehungen, Sp.137.

¹³⁴ Ebd.

weltweite Scheitern des in der UN-Charta proklamierten Prinzips kollektiver Sicherheit.¹³⁵

In den öffentlichen Diskussionen und politikwissenschaftlichen Diskursen der frühen 1950er Jahre war man häufig der Ansicht, dass der Kalte Krieg aus dem Versuch der Sowjetunion entstanden sei, ihren Einfluss- und Machtbereich unter Einsatz verschiedener Mittel zu erweitern. Arthur Schlesinger¹³⁶ hat wenige Jahre nach der Kuba-Krise und dem Berliner Mauerbau die allgemein vertretene Meinung kundgetan, wonach die Ursachen des Kalten Krieges auf die aggressive, auf Ausdehnung des kommunistischen Machtbereichs zielende Politik der Sowjetunion zurückzuführen seien. Weiter führt Schlesinger aus, dass die Gründung der NATO eine mutige und unerlässliche Reaktion 'freier Menschen' auf die kommunistische Aggression (Hinweis auf China, Griechenland, Tschechoslowakei, griechischer Bürgerkrieg, Aufstandsbewegungen kommunistischer Rebellen usw.!) gewesen sei. An diesem Ort soll der Kalte Krieg weder systematisch erklärt noch in seinen Entwicklungsphasen erschöpfend beschrieben werden. Ebenso wenig wird nach einem 'Verursacherprinzip' gesucht.¹³⁷ Die weit verbreitete Meinung, die USA hätten bis 1947 eine auf Kooperation und friedlichen Ausgleich mit der Sowjetunion bedachte Politik betrieben und seien erst von der kommunistischen Vormacht zu einer 'realistischen Politik gezwungen'¹³⁸ worden, lässt sich kaum aufrecht erhalten. Eher scheint die These angemessen zu sein, dass das Scheitern einer Politik friedlicher Koexistenz mit den zahlreichen ungelösten Problemen der Nachkriegsordnung zusammenhing. Die Truman-Doktrin (März 1947) und die Zwei-Lager-Theorie Schadanows (September 1947) können bereits als öffentlicher Ausdruck des neuen Konfrontationskurses gelten.¹³⁹ Kaum zwei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war jedenfalls die Konfrontation zwischen den ehemaligen Alliierten zum Hauptmuster ihrer gegenseitigen Beziehungen geworden. Die außenpolitischen Doktrinen des

¹³⁵ Ernst Otto Czempiel: Internationale Beziehungen. In: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Band 3. Hrsg. Von der Görres-Gesellschaft. Sonderausgabe der 7., völlig neu bearbeiteten Auflage. Freiburg/Basel/Wien 1995.

¹³⁶ Vgl. Arthur Schlesinger jr.: Origins of the Cold War. In: Foreign Affairs 46 (1967/1968) 1, S. 22-52; Arthur Schlesinger jr.: Das erschütterte Vertrauen. Wird Amerika eine gewalttätige Nation? Berlin et al., 1969, S. 100: Diese Interpretation ist die „orthodoxe amerikanische Version“.

¹³⁷ Vgl. aber dazu die quellenorientierte Studie von Werner Link: Die amerikanische Außenpolitik aus revisionistischer Sicht. In: Neue Politische Literatur 16 (1971) 2, S.205-220; Gunnar Matthiessen: Theoretische und praktische Probleme intersystemarer Kooperation. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5 (1973) 18, S.461-474.

¹³⁸ Vgl. zur Vorgeschichte des Kalten Krieges bei William H. McNeill: America, Britain, and Russia. Their co-operation and conflict 1941-1946. London et al., 1993, S.772-790.

¹³⁹ Vgl. Ernst Otto Czempiel: Das amerikanische Sicherheitssystem 1945-1949. Berlin 1966, S.13 ff; 59ff.

Containment und *Roll Back* markieren schließlich ab März 1947 die neue Strategie der USA gegenüber der Sowjetunion.¹⁴⁰ Eine solche Politik der Stärke verschärfte die internationale Lage. Vor allem die von den beiden Führungsmächten, USA und Sowjetunion, durchgesetzte Sicherheits- und Außenpolitik hat seit 1947 neue Konfliktfronten geschaffen. Die bald implementierte Strategie der lückenlosen Abschreckung behandelte alle möglichen Konflikte (bis hin zu *worst-case*-Szenarien), als wären sie gleich wahrscheinlich. Die Kombination außen- und sicherheitspolitischer Doktrinen führte nach 1947 dazu, dass theoretisch denkbare und technisch mögliche Auseinandersetzungen durch entsprechende Vorbereitungen auf beiden Seiten in den Bereich des Wahrscheinlichen gerückt waren. Dies galt insbesondere für den Bereich der nuklearen Rüstung, auf die eine lückenlose Abschreckung nach Auffassung der Militärs und Politiker nicht verzichten konnte. Die in den frühen 1950er Jahren entwickelten Allianztheorien sind Folge und Ausdruck der realpolitischen Entwicklungen des internationalen Systems.¹⁴¹ Da die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen den ehemaligen Alliierten USA und Sowjetunion zwischen 1947 und 1949 endgültig gescheitert war, dienten die von der 'westlichen' Politikwissenschaft entwickelten Allianztheorien nicht zuletzt dazu, die Bedrohungsperzeptionen¹⁴² als realistisch und die Bildung des westlichen Verteidigungsbündnisses als angemessene Antwort auf den Expansionsdrang und die offensive Außenpolitik der Sowjetunion zu legitimieren. Der Großteil der Allianztheorien der 1950er bis 1970er Jahre fußte auf den Grundannahmen der sogenannten *balance of power*-Konzeption.¹⁴³ Diese Vorstellung vom 'Gleichgewicht der Kräfte' hat Eingang in die sicherheitspolitischen Doktrinen aller NATO-Mitglieder gefunden. Anlässlich des 25. Jahrestages der NATO-Gründung erklärt beispielsweise das Weißbuch 1973/1974:

„Die Verteidigungsanstrengungen des Westens sind darauf gerichtet, den Frieden zu bewahren (...). Die Ziele des Bündnisses sind defensiv (...). Um das zu erreichen, ist eine Strategie der Abschreckung notwendig. Das bedeutet: Abschreckung vor Pressionen und bewaffneten

¹⁴⁰ Vgl. dazu die chronologische Übersicht bei Frank R. Pfetsch: *Handlung und Reflexion*, S.78 f.

¹⁴¹ Vgl. Frank R. Pfetsch: *Handlung und Reflexion*, S.62 (Auch die außenpolitischen Doktrinen der USA und Sowjetunion, „die in der Phase des Kalten Krieges entworfen worden sind, haben den ideologischen Antagonismus der Supermächte zum Gegenstand und beziehen sich auf aufzubauende oder existierende internationale Konstellationen. Die Truman-Doktrin der kommunistischen Eingrenzung reagiert auf begrenzte Konflikte, nämlich auf den griechischen Bürgerkrieg mit auswärtiger Intervention und auf die geostrategischen Interessen der Sowjetunion in der Türkei.“).

¹⁴² Ebd., S.61: Allianzen setzen die Wahrung von Bedrohung voraus; ihre Bildung ist „die Antwort auf bestimmte situativ gegebene Krisen oder neue oder neu wahrgenommene weltpolitische Lagen, die eine Änderung der Politik notwendig machen, andere strategische Optionen erfordern (...).“

¹⁴³ Weißbuch 1973/1974 mit einem Vorwort von Bundeskanzler Willy Brandt. Zur Sicherung der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr. Hrsg. vom Bundesminister der Verteidigung. Bonn 1974, S.16f.

Auseinandersetzungen, Abschreckung aber auch vor einer Fortsetzung und Intensivierung von Kampfhandlungen. Versagt die Abschreckung und kommt es zu einer Aggression, kann das Bündnis mit seinen Kräften und Mitteln jeder Aggressionsart begegnen. Drei Arten militärischer Reaktion sind nacheinander oder gleichzeitig möglich: die Abwehr mit konventionellen Streitkräften im Rahmen der Direktverteidigung, die vorbedachte Eskalation, die einen nuklearen Einsatz nicht ausschließt, und die allgemeine nukleare Reaktion, die den Einsatz des gesamten militärischen Potentials, einschließlich der nuklear-strategischen Waffen, bedeutet. Abschreckung kann nur wirken, wenn die Entschlossenheit des Westens zur gemeinsamen Verteidigung (...) glaubhaft ist.“¹⁴⁴

Unter Bezugnahme auf das militärstrategische Konzept der *flexible response* von 1967 beruft sich das Weißbuch 1973/1974 auf die Aussagen der Doktrin vom Gleichgewicht der Kräfte (i.e. *balance of power*-Konzept). Die Komponenten dieses sicherheitspolitisch-militärstrategischen Konzepts sind:

Das Gleichgewicht der Kräfte ist das Fundament für eine internationale Ordnung;

das Gleichgewicht der Kräfte mindert die Gefahr militärischer Aggression oder politischer Pressionen. Ein ausgeglichenes Kräfteverhältnis erlaubt Verhandlungen über Rüstungsbeschränkungen und beidseitige, ausgewogene Truppenverminderungen;

ohne ein ausgewogenes Kräftegleichgewicht sind weder Abschreckung noch Verteidigung möglich;

Grundpfeiler der Sicherheit ist das NATO-Verteidigungsbündnis; das NATO-Bündnis ist „aus den gemeinsamen Sicherheitsinteressen der europäischen und transatlantischen Partner entstanden und hat sich während seiner 25 jährigen Geschichte in Krisen- und Spannungsfällen bewährt.“¹⁴⁵

Nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in der Türkei¹⁴⁶ sind die gesellschaftlichen Eliten und politikwissenschaftlichen Experten nicht müde geworden, die nationale Sicherheit auf die aktive Mitgliedschaft in der NATO und – vice versa – auf die Beistandsgarantien der Allianz zurückzuführen.

Bis 1991 kennzeichnet die Strategie der Abschreckung das politisch-militärische Organisations- und Strukturprinzip der von den USA und der Sowjetunion verkörperten Bipolarität im internationalen System. Diese Strategie wurde unter der Voraussetzung entwickelt, dass weder Drohungen noch militärische Gewaltanwendungen als Mittel der

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Weißbuch 1973/1974, S.16.

¹⁴⁶ Vgl. die Quellenbelege bei Gündüz A. Ökçün: A Guide to Turkish Treaties, 1920-1964. Ankara 1966 (Stichwort NATO im Register); Metin Tamkoç: Turkey's Quest for Security through Defensive Alliances: In: Turkish Yearbook of International Relations 2, 1961, S.1-39 (die Legitimationsfiguren der türkischen Sicherheitspolitik sind nahezu deckungsgleich mit vergleichbaren Verlautbarungen in der BR Deutschland!).

Interessendurchsetzung zwischen den Antagonisten des bipolaren Systems als realistische Optionen der Politik gelten konnten oder sollten. Vor allem unter den Bedingungen des Vorhandenseins nuklearer Vernichtungskapazitäten (implizite Doktrin der *mutual assured destruction*) entstand das eigentümliche Paradoxon des Kalten Krieges: Abschreckung, d.h. die Androhung militärischer Schläge für den Fall von Angriffshandlungen der anderen Seite, sollte den Krieg aus dem Instrumentarium zwischenstaatlicher Politik gerade durch die ständige Perfektionierung der Mittel zum Krieg ausschalten. Der letzte Höhepunkt dieser Abschreckungspolitik auf der Grundlage der *balance-of-power*-Theorie war der sogenannte Doppelbeschluss der NATO vom 12. Dezember 1979.¹⁴⁷ Die kontrovers diskutierte Frage, welcher Teil des Doppelbeschlusses (1. Stationierungsbeschluss; 2. Verhandlungsangebot) Priorität habe, lässt sich bis heute nicht beantworten.¹⁴⁸ Es fällt aber auf, dass sich die westlichen Sicherheitspolitiker bei der Begründung und öffentlichen Legitimierung des NATO-Doppelbeschlusses auf „das durch die Sowjetunion empfindlich gestörte Kräftegleichgewicht in Europa“¹⁴⁹ berufen haben. Der NATO, so die Befürworter des Doppelbeschlusses vom 12.12.1979, geht es nicht um die Schaffung eines gesonderten eurostrategischen Gleichgewichts im Sinne einer Parität der nuklearen Abschreckungsmittel, sondern um eine Minimierung der sich aus der regionalen Überlegenheit der Sowjetunion ergebenden Gefährdung des globalen Gleichgewichts. Das Grundmuster dieser Argumentation weist einen eindeutigen Bezug zum Modell der *balance of power* auf. Die Herstellung und Wahrung der „äußeren Sicherheit im regionalen und globalen Zusammenhang internationaler Ordnung“¹⁵⁰ sind in historischer Bewertung die wichtigsten Ziele der NATO.

Bis 1979/1980 bildete das traditionelle Konzept eines Gleichgewichts der Kräfte die Grundlage der maßgeblichen Allianztheorien. Nach Glenn Snyder sind Allianzen bzw. Bündnisse „formale Verbindungen von Staaten für den Gebrauch oder

¹⁴⁷ Vgl. Der Bundesminister der Verteidigung. Planungsstab (Hrsg.): Die nuklearen Mittelstreckenwaffen. Modernisierung und Rüstungskontrolle. Texte, Materialien und Argumente zum Beschluss der NATO vom 12. Dezember 1979. Bonn 1980.

¹⁴⁸ Die NATO hatte im Doppelbeschluss von Brüssel angekündigt, auf die 'Nachrüstung' und Dislozierung von 572 nuklearen Mittelstreckensystemen in Westeuropa zu verzichten, wenn die Sowjetunion die Stationierung von SS-20-Raketen rückgängig mache; vgl. zu den komplexen Diskursen bei Fred Charles Ikle: NATO's „First Nuclear Use“: A Deepening Trap? In: Strategic Review 8 (1980) 1, S. 18-23; ferner Stephan Tiedtke: Rüstungskontrolle aus sowjetischer Sicht. Die Rahmenbedingungen der sowjetischen MBFR-Politik. Studien der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Frankfurt/M. 1980, S.23 ff.

¹⁴⁹ Horst Ahfeldt: Der NATO-Doppelbeschluss und das neue militärstrategische Konzept nuklearer Optionen. Hamburg 1980, S.79.

¹⁵⁰ Klaus Ritter: Art. Sicherheitspolitik. In: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Band 4. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. 7. Auflage. Freiburg/Basel/Wien 1995, Sp.1173 (Artikel: Sp.1173-1177).

Nichtgebrauch militärischer Kräfte (...) gegen Staaten außerhalb ihrer Mitgliedschaft.“¹⁵¹ Diese Auffassung orientiert sich an den Grundannahmen der realistischen Denkschule¹⁵², wonach das eigentliche, 'realistische' Fundament der Friedenssicherung auf der militärischen Stärke bzw. einer glaubwürdigen Abschreckung beruht. Klaus Ritter hat die Kernaussagen dieses traditionellen Konzepts folgendermaßen zusammengefasst:

„Sicherheit ist für alle Lebensbezüge eines Gemeinwesens ein essentieller Wert (...), den Politik in den Grenzen ihrer Gestaltungsaufgabe gewährleisten muß.(...)! Ihrem Ziel, der Bedrohung territorialer Besitzstände und politischer Eigenbestimmung wirksam zu begegnen, dienen gleichermaßen Verteidigungsvorsorge und Sicherheitsdiplomatie. Das Verteidigungsdispositiv – d.i. Rüstungspotential (...), wehr- und bündnispolitischer Status (Bündnispolitik), Struktur und Dislozierung von Streitkräften sowie Verteidigungsdoktrin – dient primär der Abschreckung militärischer Eingriffe, indem es im Risikokalkül eines potentiellen Aggressors ausschlaggebend für Gewaltverzicht wird. Glaubhafte Abschreckung setzt so die Fähigkeit zu wirksamer Abwehr und/oder Schadenszufügung voraus.“¹⁵³

Diese Auffassung war aber ab 1980 in der Öffentlichkeit der westlichen Gesellschaften nicht mehr konsensfähig. Mit der Friedensbewegung in Deutschland und anderen westlichen Staaten formierte sich ein von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen getragener Widerstand gegen die sogenannten Nachrüstungspläne der NATO. Auch die allianztheoretischen Diskurse innerhalb der (westlichen) Politikwissenschaft spiegeln fortan die Kontroversen hinsichtlich der 'amtlichen' Sicherheitspolitik wider.¹⁵⁴

Die in den 1980er Jahren entwickelten Allianztheorien wurden komplexer, um zahlreiche Variablen erweitert und insgesamt stärker politisch begründet. Klaus Ritter hat diesen Paradigmawechsel in den allianztheoretischen Diskursen, folgendermaßen beschrieben: „Sicherheitspolitik bewegt sich so in einem überaus breiten und komplexen Feld von Maßnahmen und Regelungen mit wechselseitiger Beeinflussung. Die Dynamik der Rüstungskonkurrenz und die hier eingreifenden Instrumente der Rüstungskontrolle und Abrüstung sind nicht nur mit Blick auf die Herstellung von - Kräftegleichgewicht, auf Gewinn oder Versagung militärischer Optionen wahrzunehmen. Der wachsenden Einsicht entsprechend, dass Krieg als 'Mittel politischer Zwecke' unter dem Vorzeichen moderner Massenvernichtungsmittel zur

¹⁵¹ Glenn Snyder: Alliance Politics, S. 4.

¹⁵² Vgl. dazu Hans Morgenthau: Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace. New York 1985, S. 199-217.

¹⁵³ K. Ritter: Art. Sicherheitspolitik, Sp. 1173.

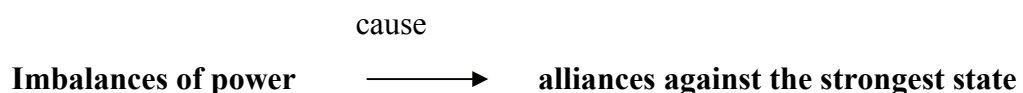
¹⁵⁴ Vgl. dazu Dieter S. Lutz: Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa. Ein Beitrag zur Diskussion um den Nachrüstungsbeschluss. Reinbek b. Hamburg 1982, S. 16ff.; 39ff. u. ö.

Absurdität gerät, geht es bei den Dispositionen im Bereich Rüstungskontrolle vorzugsweise um Absichten der Einflussnahme auf politische Haltungen, das Verteidigungsdispositiv bestimmende Strukturen oder einzelne Maßnahmen der Gegenseite. So vollzieht sich ein subtiles wie aufwendiges Kräfteressen weitgehend jenseits der Aktualität drohenden Krieges, das gleichwohl für den Austrag eines Macht- oder Systemkonflikts entscheidend werden kann.¹⁵⁵

Der Komplexitätsgrad der neuen Allianztheorien ist signifikant erhöht worden.¹⁵⁶ Grundsätzlich fällt auf, dass nicht mehr nur die militärischen Funktionen einer Allianz (z.B. NATO) im Vordergrund stehen.

Prägnant formuliert: Sicherheits- und Militärpolitik wird in den komplexen Begründungs- und Wirkungszusammenhang interdependenter Variablen (Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Ideologie, Geopolitik, Innenpolitik u. a.) gestellt. Eine Abwandlung des traditionellen Allianzmodells stellt beispielsweise die sogenannte *Coalition Theory*¹⁵⁷ dar. Die zentrale Prämisse dieser Theorie besteht darin, dass die internationale Politik als ein 'Nullsummenspiel' aufgefasst wird. Das Hauptmotiv für einen Allianzbeitritt ist demzufolge nicht das Streben nach einem Kräftegleichgewicht im Sinne der *balance-of-power*-Theorie, sondern eine Politik, die auf Zugewinn an Macht (nationales Interesse) ausgerichtet ist. Auch Stephen M. Walt¹⁵⁸ erweitert die traditionelle *balance-of-power*-Theorie, indem er davon ausgeht, dass die internationale Politik nicht nur auf ungleiche Machtverhältnisse zurückzuführen sei, sondern entscheidend von den Bedrohungsperzeptionen der staatlichen Akteure abhängt. Walt hat die traditionelle *balance-of-power*-Theorie mit der von ihm entwickelten *balance-of-Threat-Theory* verglichen.¹⁵⁹

Balance of Power Theory



¹⁵⁵ K. Ritter: Art. Sicherheitspolitik, Sp. 1173 f.

¹⁵⁶ Vgl. hierzu Robert O. Keohane/Joseph Nye/Stanley Hoffmann: After the Cold War: International Institutions and State Strategies in Europa 1989- 91. Cambridge/Mass. 1993, S. 381-404 (dort über die 'Neuverteilung' der politischen, strategischen usw. Rollen staatlicher Akteure); vgl. Richard Rosencrance: A New Concert of Powers. In: Foreign Affairs 71 (1992) 2, S. 64-82.

¹⁵⁷ Vgl. dazu Frank R. Pfetsch: Handlung und Reflexion, S.76 (Pfetsch sieht ihr Hauptmerkmal in der Formulierung von „multilateralen Doktrinen“).

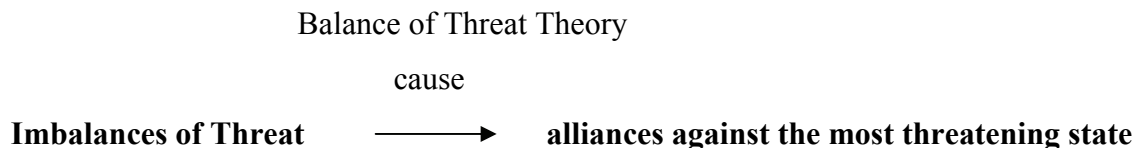
¹⁵⁸ Stephen M. Walt: The Origins of Alliances. Ithaca/USA 1990.

¹⁵⁹ Stephen M. Walt: The Origins of Alliances, S. 53ff. (Schaubild ebd., S. 79.)

Das Kernproblem ist nach Auffassung Walts das 'Ungleichgewicht von Macht':

„An imbalance of power occurs when the strongest state or coalition in the system possesses significantly greater power than the second strongest. Power is the product of several different components, including population, economic and military capability, technological skill, and political cohesion.“ (ebd.).

Dadurch kann die Bedrohungswahrnehmung zu einem Wirkfaktor ersten Ranges werden:



Dieses 'Ungleichgewicht der Drohung' definiert Walt folgendermaßen:

„An imbalance of threat occurs when the most threatening state or coalition is significantly more dangerous than the second most threatening state or coalition. The degree to which a state threatens others is the product of its aggregate power, its geographic proximity, its offensive capability, and the aggressiveness of its intentions.“ (ebd.).

Nach Walt ergibt sich das Ausmaß der Bedrohungswahrnehmung vor allem aus vier Faktoren:

Akkumulierte Macht
(Bevölkerung, industrielle Ressourcen, militärische Kapazitäten, technologischer Entwicklungsgrad);

Geographische Nähe
(regionale Einflusszonen; Schnittflächen von Interessen);

wahrgenommenes oder reales Angriffspotential
(offensive Rüstung);

aggressive Intentionen
(Ideologie).

Die von Stephen M. Walt entwickelte Allianztheorie unterscheidet sich von den traditionellen *Balance-of-Power*-Konzeptionen insofern, als das Bündnis/die Allianz als eine Reaktion auf eine als Bedrohung wahrgenommene externe Macht verstanden wird. In diesem Zusammenhang werden Bündnisbildung oder Bündnisbeitritt als

- a) **Balancing Behaviour** oder seltener – als
- b) **Bandwagoning Behaviour** erklärt.

Was ist damit gemeint?

Balancing Behaviour wird in der Regel von stärkeren Staaten praktiziert. Angesichts der Bedrohungswahrnehmung schließen diese Akteure eine Allianz, die als Gegenmacht zu einem als aggressiv perzipierten Akteur auftritt. *Bandwagoning Behaviour* ist sehr selten und wird am ehesten von kleinen Staaten ausgeübt. 'Bandwagoning' ist insofern opportunistisch, als sich kleinere Staaten beim Fehlen einer Schutz bietenden Gegenmacht dem stärkeren Akteur anschließen oder – wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg – auf die Seite des Siegers übertreten. Die Allianztheorie Stephen M. Walts berücksichtigt insgesamt eine Vielzahl von Variablen, die die Bildung von Bündnissen, aber auch ihren inneren Zusammenhalt, ihre Funktionen und Interessen erklären sollen. Folgende Einflussfaktoren spielen eine besondere Rolle:

Ideologie (in der politischen Rhetorik oft überwertet; *pool of identity*; allenfalls zweitrangige Bedeutung bei der Wahl von Bündnissen; legitimatorische Funktion vor dem Hintergrund des Systemantagonismus)¹⁶⁰;

Auslandshilfe (Erwartung eines Staates auf Unterstützung oder Leistungen; muss aber nicht zu einer vom Geber intendierten Abhängigkeit/Annäherung führen!);

Penetration (Einflussnahme auf die Innenpolitik eines anderen Staates; diese Option kann aber nicht den Bündnisbeitritt forcieren, sondern *rebus stantibus*-bestehende Tendenzen unterstützen und fördern.).¹⁶¹

II.5. Systematische Aspekte gegenwärtiger Allianztheorien unter den Grundannahmen eines Paradigmenwechsels in den 1990er Jahren

Die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Aufteilung Europas und der Welt in zwei Einflussphären unterschiedlicher sozioökonomischer und politischer Systeme fand bis ca. 1990 ihren Ausdruck in getrennten Zusammenschlüssen der konfrontierten Staaten zu Organisationen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Charakters. Über etwa vier Jahrzehnte kennzeichnete die Strategie der Abschreckung, basierend auf dem *Balance-of-Power*-Konzept, das politisch-militärische Struktur- und

¹⁶⁰ Stephen M. Walt unterscheidet zwischen 'spaltenden (Kommunismus!)' und 'integrierenden' Ideologien (Demokratien!).

¹⁶¹ Vgl. Stephen M. Walt: a. a. O., S. 53-59.

Organisationsprinzip der internationalen Beziehungen. Diese Strategie wurde unter der Prämisse entwickelt, dass militärische Gewaltanwendung als Mittel der Interessendurchsetzung zwischen den Hauptakteuren des internationalen Systems (als Antagonisten des bipolaren Systems) irrational ist. Bereits vor dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums war klar geworden, dass die Androhung militärischer Sanktionen für den Fall militärischer Angriffshandlungen der 'Gegenseite' keine tragfähige Grundlage einer internationalen Politik mehr sein konnte. Gerade die Kontroversen um den NATO-Doppelbeschluss von 1979 machten deutlich, dass durch die ständige Vermehrung und Perfektionierung der Mittel zum Krieg keine tragfähige, geschweige denn eine dauerhafte Grundlage der internationalen Politik zu erreichen war. Der sich in den Rüstungswettläufen äußernde Zwang zur Suche nach waffentechnologischen Innovationen setzte voraus, dass es bei dem Gegner eine grundsätzliche, latent immer vorhandene Aggressionsbereitschaft gab, die sich nur mit Hilfe einer 'Gegendrohung' kontrollieren ließe. Angesichts der *worst-case*-Modelle mussten fortwährend Lücken im eigenen Abschreckungsarsenal angenommen werden, die wiederum durch 'Nachrüstung' und Modernisierung des Warn-, Droh- und Vergeltungssystems zu schließen waren. Die traditionelle *Balance-of-Power*-Konzeption, die bis Ende der 1970er Jahre die ausgesprochene oder unausgesprochene Grundlage der westlichen Allianztheorien (vor allem: NATO) bildete, richtete sich weniger an wahrscheinlichen Konfliktszenarien aus, sondern sie blieb vor allem an *worst-case*-Eventualitäten orientiert. Die 'klassischen' Allianztheorien werden in systematischer Bewertung dominiert von der realistischen oder der neorealistischen Gedankenschule. Unter Berücksichtigung dieser Denktradition wird die Entstehung von Allianzen bzw. Bündnissen durch die systemische Struktur, die strukturelle Polarität und Anarchie der internationalen Politik determiniert. Der anarchische Charakter des internationalen Systems veranlasst Staaten dazu, ihr Hauptaugenmerk auf die Gewährleistung von Sicherheit zu legen. Allianzen haben demzufolge in erster Linie eine sicherheitspolitische Funktion. Nach Martin Wright dient eine Allianz dazu, die Sicherheit der Verbündeten zu stärken oder ihre Interessen in der externen Welt zu vertreten.¹⁶² Staaten, die alleine nicht über hinreichende Ressourcen verfügen, einer potentiellen Drohpolitik entgegenzutreten oder einem stärkeren, feindlichen staatlichen Akteur zu widerstehen, entscheiden sich in einer solchen Situation, mit anderen Staaten zu kooperieren, um durch eine Zusammenführung aller Kräfte gegenüber einem

¹⁶² Vgl. Martin Wright: *Power Politics*. New York 1978, S. 122.

potentiellen Feind die eigene Sicherheit zu erhöhen.¹⁶³ Dieses sicherheitspolitische Konzept fußt auf den Grundannahmen eines *Aggregation-of-Power*-Modells.¹⁶⁴ Mit anderen Worten: Im Falle einer angenommenen äußeren Bedrohung treten Staaten Allianzen bei, um durch diese entstandene Verbindung mit anderen Staaten ihre militärische Ressourcen und Optionen zu erhöhen.¹⁶⁵ Diese 'realistische Konzeption' ist dadurch gekennzeichnet, dass Staaten Allianzen bilden, um durch militärische Stärke ihre Sicherheitsinteressen gegen einen angenommenen Feind durchsetzen zu können. Binnengesellschaftliche, nicht-militärische Faktoren haben in diesem Ansatz eine vergleichsweise gering zu veranschlagende Bedeutung. In diesem Zusammenhang bildet die Theorie der *Balance-of-Power* die eigentliche Legitimationsfigur. Nach Hans Morgenthau stellen Allianzen (z. B. NATO) Mittel bereit, die das Kräftegleichgewicht im anarchischen internationalen System gewährleisten können.¹⁶⁶ Gleichwohl ist dieses Gleichgewicht der Kräfte nicht statisch, sondern es wird im Zuge internationaler Politik fortlaufend austariert. Da die internationale Politik durch Konflikte, Auseinandersetzungen und Machtverschiebungen geprägt wird, kann nach Ansicht Morgenthaus jeder Staat

zum einen seine eigene Stärke einseitig durch innere Maßnahmen auf militärischem, ökonomischem oder politischem Gebiet erhöhen,

zum anderen seine eigenen Ressourcen durch Bündnispolitik mit den Fähigkeiten/Kräften anderer Staaten erhöhen, oder aber

zu verhindern versuchen, dass andere Staaten ihre Ressourcen mit den Fähigkeiten eines potentiellen Feindes vereinen. Im ersten Fall ist ein Rüstungswettlauf die Folge der eigenen Machtpolitik. In den beiden anderen Fällen kommt es zur Bildung von Allianzen.¹⁶⁷

Stephen Walt¹⁶⁸ hat, wie bereits kurz erwähnt, die strukturelle *Balance-of-Power*-Theorie als zu einseitig kritisiert, da sie das Konzept der (militärischen) Stärke als

¹⁶³ Vgl. George Liska: Nations in Alliance. The Limits of Interdependence. John Hopkins University Press. Baltimore 1962, S. 1 (Für Liska steht die Rolle externer Bedrohungen als ursächlicher Grund der Allianzbildung im Vordergrund!)

¹⁶⁴ Vgl. Hans Morgenthau: Politics among Nations. The Struggle for Peace and Power. New York 1985, S. 57ff.; 119-217; Kenneth Waltz: Theory of International Politics. Reading 1979, passim.

¹⁶⁵ Vgl. George Liska: Nations in Alliance, ebd., S. 12f.

¹⁶⁶ Vgl. Hans Morgenthau: Politics among Nations, S. 201.

¹⁶⁷ Vgl. ebd., S. 201f.

¹⁶⁸ Vgl. Stephen M. Walt: The Origins of Alliances, S. 263 (Leitmotiv der Allianzpolitik ist es, eine balance of threat zu errichten. Diese 'Gleichgewicht der Drohung' zielt gegen die als Bedrohung wahrgenommenen Staaten, die aber nicht unbedingt die materialiter stärksten Staaten sein müssen.).

Gesamtheit an Reaktionsmöglichkeiten überbewerte. Nach Auffassung Walts schließen Staaten Bündnisse nicht ab, um 'Stärke' oder 'Übergewicht' auszubalancieren, sondern um Bedrohungen in ein Gesamtgleichgewicht zu bringen. Gradmesser für die Bedrohung eines Staates durch einen anderen Staat sind aber nicht allein materielle Ressourcen eines externen staatlichen Akteurs, sondern auch Faktoren wie geographische Nähe, vorhandene Offensivmöglichkeiten, historische Erfahrungen, potentielle Interessenkonflikte, politische Intentionen und Ideologien.¹⁶⁹ Die Debatte über Allianzformationen befasst sich seit den 1980er Jahren mit den Modi zwischenstaatlicher Konfliktaustragung, d. h. mit der Dichotomie zwischen *balancing* und *bandwagoning*.¹⁷⁰ In seinem strukturellen Modell der *Balance of Power* benutzt Waltz den Begriff *bandwagoning* im Gegensatz zu *balancing*. *Bandwagoning*-Verhalten eines Staates beinhaltet den Beitritt zu einer stärkeren Koalition, während *balancing* die Unterstützung einer schwächeren Seite bedeutet. Diese Dichotomie wird von Walt weiter ausdifferenziert. Staaten entscheiden sich für Koalitionen, um einerseits Bedrohungspotentiale auszubalancieren, andererseits versuchen sie ihre Sicherheit im Rahmen eines internationalen Kräftegleichgewichts zu erhöhen.

Im Unterschied zu der Konzeption von K. Waltz betont Stephen M. Walt die staatliche Bündnisaktivität, d. h. das *bandwagoning*-Verhalten eines staatlichen Akteurs zielt darauf ab, die Quelle der Gefahr einzudämmen.¹⁷¹ Ziel staatlichen Handelns ist nach Walt die Errichtung einer *balance of threat*. Die Tendenz zum *bandwagoning* kann durch defensive Gründe (Befriedigung der Interessen der überlegenen Macht), durch offensive Gründe (direktes oder indirektes Profitieren vom Sieg der überlegenen Macht) oder durch eine Kombination beider Gründe motiviert sein.¹⁷² Walt weist nach, dass *balancing*-Tendenzen die dominante Antwort auf äußere Bedrohungen sind, während *Bandwagoning*-Verhalten in der Regel von schwächeren Staaten praktiziert wird.¹⁷³ *Bandwagoning* ist nach Walt insofern riskant, als es ein Vertrauen in gegenseitiges Wohlwollen voraussetze und gleichzeitig die Ressourcen der bedrohenden Macht vergrößern könne: der heutige Verbündete kann der künftige Feind sein. *Balancing*-Verhalten ist, wie Walt analysiert, realistischer und kalkulierbarer. Die Unterstützung

¹⁶⁹ Vgl. Stephen M. Walt: The Origins of Alliances; S. 22-26.

¹⁷⁰ Der Begriff <*bandwagoning*> begegnet zuerst bei Kenneth Waltz: Theory of International Politics. Reading 1979, S. 126.

¹⁷¹ Vgl. Stephen M. Walt: The Origins of Alliances, S. 17.

¹⁷² Vgl. ebd., S. 17ff.

¹⁷³ Vgl. Stephen M. Walt: Testing Theories of Alliance Formations. In: International Organisations 42 (1998) 2, S. 308 (Mit Blick auf die Allianzpolitik des Iran, der Türkei, Indiens und Pakistans betont Walt, dass *balancing* die bevorzugte Antwort staatlicher Akteure auf äußere Bedrohungen ist).

der schwächeren Seite verhindert das Entstehen einer Hegemonialmacht, durch die die Unabhängigkeit aller gefährdet werden kann.¹⁷⁴ Walts Ansatz ist z. T. noch der neorealistischen Gedankenschule verpflichtet, wobei aber überrascht, dass die variable Systemstruktur der internationalen Politik eine nur untergeordnete Rolle spielt. Walt vertritt die Auffassung, dass seine Erklärungsmuster auf bi- und multipolare System anwendbar seien. In dieser Hinsicht treten aber einige Schwierigkeiten auf. Es ließe sich z. B. anführen, dass *bandwagoning* eher in einem multipolaren als in einem bipolaren System wahrscheinlich ist. Außerdem könnte *balancing*-Verhalten in einem multipolaren System durch die grundsätzliche Frage beeinflusst werden, welcher Staat denn im 'Konzert der Mächte' die größere Gefahr darstelle. *Bandwagoning* setzt voraus, dass für den Aggressor andere Ziele existieren als für einen potentiellen Bündnispartner. Das Dilemma von *bandwagoning*-Verhalten besteht darin, dass sich die stärkere Seite mittel- oder langfristig gegen den schwächeren Bündnispartner wenden kann. Auch eine auf dem *balancing*-Konzept beruhende Sicherheitspolitik ist im Kontext eines multipolaren Systems mit möglichen Problemen belastet. Schwächere Staaten wählen in Konfliktfällen möglicherweise die Option des *buck-passing*, d. h. sie vertrauen auf das aktive Handeln stärkerer Bündnispartner.¹⁷⁵ Einige Staaten könnten, wie Olsen/Zeckhauser anmerken, aus Kostengründen oder aufgrund von Vorteilen, die sie sich von der Neutralität versprechen, versuchen, im Kriegsfall abseits zu stehen. In diesem Fall wird die *balancing*-Politik aber ineffektiv, weil eine externe Macht das Kräftegleichgewicht sukzessive durch Einflussnahme auf schwächere Bündnispartner aushöhlen könnte.¹⁷⁶ Damit wird das Problem des *chain-ganging* (Kettenbildung) abgebildet. Bedingt durch die anarchische Struktur des internationalen Systems und das relative Gleichgewicht der Allianzen in einem multipolaren System, stellt jeder Mitgliedstaat fest, dass seine nationale Sicherheit mit der Sicherheit der Allianzpartner verknüpft ist. Die Sicherheit des Gesamtsystems einer Allianz hängt vom Verhalten jedes einzelnen Mitgliedes ab. Unbesonnenes Verhalten eines Bündnispartners kann

¹⁷⁴ Vgl. dazu auch Kenneth Waltz: *Theory of International Politics*, S. 126f. (Waltz geht davon aus, dass Staaten in der Regel die schwächere Seite wählen.)

¹⁷⁵ In der inzwischen klassisch gewordenen Untersuchung von Mancur Olsen jr./Richard Zeckhauser: *An Economic Theory of Alliances*. In: *Review of Economics and Statistics* 48 (1966) 3, S. 266-279 findet sich das Argument, dass objektive Kosten-Nutzen-Kalküle die Bildung und den Zusammenhalt von Allianzen prägen. Prägnant: Einige Allianzmitglieder könnten versucht sein, die Wohltaten oder kollektiven Vorteile zu erhalten (z.B. Abschreckung), ohne aber einen 'fairen Preis' dafür zu entrichten.

¹⁷⁶ Vgl. dazu Thomas Christensen/Jack Snyder benutzen in diesem Zusammenhang das Begriffspaar „chain gangs“ and „passed bucks“. *Chain gangs and passed bucks: Predicting Alliance patterns in Multipolarity*, in: *International Organisation* 44 (1990) 2, S. 141f.

‘Kettenreaktionen’ (*chain-ganging*) auslösen.¹⁷⁷ Auffällig ist, dass die Allianztheorien bis etwa 1990/1991 fast ausnahmslos den defensiven Charakter von Bündnissen betonen. Allianzen werden angesichts von realen oder angenommenen Bedrohungen geschlossen. Der Aspekt, dass Allianzen eine offensive Ausrichtung verfolgen und dementsprechend adäquate Optionen entwickeln, wird erst in den jüngsten Veröffentlichungen der Politikwissenschaft berücksichtigt.¹⁷⁸ In Auseinandersetzung und Erweiterung der Konzeption Walts kommt Randall Schweller¹⁷⁹ zu der Überzeugung, dass Allianzen nicht nur defensive ‘Antworten auf externe Bedrohungen’ seien, sondern auch geschlossen werden, um offensive Möglichkeiten staatlichen bzw. bündnispolitischen Handelns zu schaffen. Die realistische und neorealistische Gedankenschule hat zwar die Spannungsverhältnisse im internationalen System zutreffend analysiert, aber das Konstrukt ‘Status Quo’ als überformendes Merkmal der Weltpolitik vorausgesetzt. Schweller unterscheidet in seiner Analyse zwischen revisionistischen und am Status quo orientierten Staaten. Die revisionistischen Akteure sind, wie Schweller annimmt, die hauptsächlichen ‘Beweger’, während Staaten, die den ‘Status quo’ bewahren wollen, defensive Ziele verfolgen.¹⁸⁰ Nach Schweller ist staatliche Sicherheitspolitik ausschließlich Interessenspolitik, die von der Aussicht auf Erfolg bestimmt wird.¹⁸¹ Die wichtigste Determinante staatlicher Interessen- bzw. Allianzpolitik besteht in der Kompatibilität der Ziele. Zweitrangig sind demgegenüber die Aspekte des Kräfteungleichgewichts oder der Bedrohung.¹⁸² Ein defensiv orientierter Staat wird einer Allianz (Koalition) immer dann beitreten, wenn dieses Bündnis die Aussicht auf Bewahrung des Status quo zu garantieren verspricht. Ein eher am Machtzuwachs orientierter revisionistischer Staat schließt sich demgegenüber mit Staaten zusammen, die den gegebenen Status quo verändern wollen.¹⁸³ Die *balance-of-interest*-Konzeption Schwellers ist erheblich flexibler als die traditionellen Modellbildungen der realistischen oder neorealistischen Gedankenschule. Diese von

¹⁷⁷ Vgl. auch Kenneth Waltz: *Theory of International Politics*, S. 167-170.

¹⁷⁸ Vgl. Robert B. McCalla: *NATO’s persistence after the cold war*, in: *International Organisation* 50 (1996) 1, S. 445-475.

¹⁷⁹ Randall Schweller: *A New Realist Research: Redefining, Not Refuting Walt’s Balancing Proposition*. In: *American Political Science Review* 91 (1997) 4, S. 928.

¹⁸⁰ Vgl. ebd. (Schweller nimmt an, dass Staaten, die am Status quo interessiert sind, nach Schutz und Selbsterhaltung suchen, während revisionistische Staaten mehr erreichen wollen als den momentanen Zustand.).

¹⁸¹ Vgl. dazu die Analyse des *bandwagoning* bei Randall Schweller: *Bandwagoning for Profit. Bringing the Revisionist States Back*. In: *International Security* 19 (1994) 1, S. 105 (Schweller nennt seine Theorie „*balance of interest*“ (S. 99)!).

¹⁸² Vgl. ebd.; S. 93-99.

¹⁸³ Vgl. ebd., S. 93.

Schweller entwickelte Allianztheorie kann Bündnispolitik auf mehreren Ebenen erklären. Für Schweller ist es nicht selbstverständlich, den Willen zur Herstellung und Wahrung eines Status quo zwischen unterschiedlichen politischen Systemen (offensiv und defensiv ausgerichteten Staaten) voraussetzen zu können. Die Allianzformationen verfolgen in Blick auf den Status quo unterschiedliche Interessen. Auf der (einzel-) staatlichen Ebene geht es um die Kosten, die ein Staat zu zahlen bereit ist, um seinen Wert relativ zu den Kosten für die Ausdehnung seiner Macht zu steigern. Schweller unterscheidet mit anschaulicher Metaphorik vier Arten von staatlichen Akteuren:¹⁸⁴

Die Löwen:

Saturierte Staaten, die einen hohen Preis für den Erhalt des status quo zu zahlen bereit sind;

die Wölfe:

Nicht-saturierte Staaten, die ebenfalls einen hohen Preis zahlen, um ihren Wert (*value*) durch Machtzuwachs zu steigern;

die Schakale:

Staaten, die bereit sind, sich an 1. oder 2. anzuschließen, falls diese vor dem Sieg stehen;

die Lämmer:

Staaten, die nur geringe Kosten für ihre Verteidigung resp. Ausdehnung aufbringen und – aus Angst – gegebenenfalls *bandwagoning*-Politik betreiben.

Auf der systemischen Ebene vernachlässigt Schwellers Konzeption einen der Kernbereiche des strukturell-realistischen Ansatzes.¹⁸⁵ Schweller unterschätzt die Wirksamkeit systemischer Faktoren und die spezifische Macht der Hauptakteure im globalen Gesamtzusammenhang.¹⁸⁶ Die zentrale Frage lautet: Welche kausalen Zusammenhänge bestimmen das außen- und sicherheitspolitische Handeln eines

¹⁸⁴ Vgl. ebd., S. 88-105.

¹⁸⁵ Danach hängt das Ergebnis des staatlichen Handelns in der internationalen Politik eher von strukturellen Ressourcen eines Akteurs ab als von seinem Verhalten in Allianzen (Unionen, Koalitionen). Waltz geht z. B. davon aus, dass die Interaktionen zwischen großen Staaten die allgemeinen Rahmenbedingungen des internationalen Systems prägen. Hegemonialstaaten bestimmen über Sanktionen und Belohnungen; sie legen die allgemeinen Leitlinien der Außenpolitik im Weltmaßstab fest.

¹⁸⁶ Vgl. dazu Glenn Snyder: *Alliance Theory: A Neo-Realist First Cut*. In: *Journal of International Affairs* 44 (1990) 1, S. 107 und Kenneth N. Waltz: *Theory of International Politics*, S. 118-121 (Allianzen sind keine Summe von Einzelstaaten, sondern sie sind in den Kontext der Systemstruktur und des Systemprozesses eingebunden. Grundsätzlich gilt: Systembedingte Anarchie ist ein wesentlicher Anreiz, um sich mit anderen Akteuren zu verbünden. Strukturelle Polarität-wie militärische Machtpotentiale der Hauptakteure-hat wichtige Auswirkungen auf die Natur von Allianzen und die Allianzpolitik.).

Staates? Es liegt auf der Hand, dass die Beurteilung der Konfliktrichtigkeit¹⁸⁷ der internationalen Beziehungen (in einem gegebenen Raum-Zeit-Kontinuum) ganz unterschiedlich ausfällt, je nach Konzept und Bild, das sich die Akteure von den Strukturen des internationalen Systems machen.

Die klassischen und gegenwärtigen Theorien verweisen auf zwei Dimensionen, die die Skalierung der Konfliktrichtigkeit (Bedrohung/*Threat*) maßgeblich bestimmen:

die Bewertung der Regelbarkeit des Konflikts,

die Bewertung der Instrumente zur Regelung des Konflikts (einschließlich militärische Konfliktaustragung).

Patricia Weitsman¹⁸⁸ hat in Erweiterung der Ansätze Walts und Schwellers auf einen neuen Aspekt staatlicher Außen- und Sicherheitspolitik verwiesen. Nach Weitsman betreiben staatliche Akteure eine Politik des *tethering*, die Bedrohungen eingrenzen und Konflikte eindämmen will. *Thetering* unterscheidet sich von *bandwagoning* dadurch, dass mit Hilfe dieser Politik des Eingrenzens ein Kompromiss mit externen Mächten aus einer Position der Stärke heraus gesucht wird. Da in einem bipolaren Weltsystem die gegenseitige Bedrohung der Akteure die Realität bildete, waren alle Beteiligten an einer Einhegung möglicher Konflikte auf friedlichem Wege interessiert. Der Ost-West-Konflikt ließ von vorneherein den Krieg als *ultima ratio* nicht zu, d. h. jeder Konfliktaustrag mit militärischen Mitteln war im Prinzip irrational. Die Weltpolitik stand bis 1990/1991 unter der entscheidenden Prämisse, dass die in Militärbündnissen integrierten Staaten von Ost und West nicht die erforderliche Handlungsfreiheit besaßen, um Konflikte zwischen den beiden antagonistischen Allianzen bis zum Krieg voranzutreiben. Der Zwang zum *thetering* war implizit gegeben. Zweifelsohne war der Ost-West-Konflikt ein für die internationalen Beziehungen neuartiges Phänomen. Zwar besaß die waffentechnologische Entwicklung immer einen beträchtlichen Einfluss auf die politischen Entschlüsse zum Krieg und auf den Ausgang kriegesischer Entwicklungen,¹⁸⁹ aber das Vorhandensein nuklearer Massenvernichtungswaffen in den

¹⁸⁷ Vgl. Werner Link: Überlegungen zum Begriff "Konflikt" in den internationalen Beziehungen, in: PVS 20 (1979) 1, S. 33-50.

¹⁸⁸ Vgl. Patricia Weitsman: Intimate Enemies: The Politics of Peacetime Allies. In: Security Studies 7 (1997) 1, S. 157 (dieser Aspekt ist das sogenannte *thetering*, d. h. die Politik der Eingrenzung von Bedrohung).

¹⁸⁹ Vgl. dazu die Synopse bei P. Schröder: Alliances, 1815-1945: Weapons of Power and Tools of Managment. In: Klaus Knorr (Hrsg): Historical Dimensions of National Security. Kansas 1976, S. 227-262.

Arsenalen von Ost und West ließ es ihren Besitzern in den Zweck-Mittel-Kalkulationen unratsam erscheinen, diese Waffensysteme einzusetzen.¹⁹⁰

Die gegenwärtigen Allianztheorien sind insofern komplex, als sie auf monokausale Erklärungsansätze zur Bildung von Bündnissen verzichten und von einem Wirkungszusammenhang (multivariates Bedingungsgefüge) diverser Faktoren ausgehen. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die Debatte über die Rolle der NATO keineswegs einfacher, sondern eher komplizierter geworden.

Innerhalb der türkischen Politikwissenschaft liegen keine eigenständigen Beiträge zum Themenkomplex Allianz-/Bündnistheorie vor. Auf eine RAND-Konferenz in Genf (25. – 27.04.2001)¹⁹¹ haben türkische und westliche Politikwissenschaftler den Konsens hinsichtlich der Bewertung der NATO ausdrücklich festgestellt. Auch bezüglich der neuen Herausforderungen durch den veränderten strategischen Rahmen für die NATO und – speziell – für die Türkei besteht in der internationalen Politikwissenschaft weitgehend ein Konsens.

¹⁹⁰ Vgl. dazu Richard Rosencrance: A New Concert of Powers. In: Foreign Affairs 71 (1992) 2, S. 64-82; Karl-Heinz Kamp: The Folly of Rapid NATO Expansion. Foreign Policy 98 (1995) 223, S. 116-128.

¹⁹¹ Vgl. Hinweis bei Erich Reiter (Hrsg.) : Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wien 2006, S. 88 (Fußnote 6).

II.6. Grundzüge der politikwissenschaftlichen Diskurse über die Sicherheitsarchitektur des internationalen Systems

In den politikwissenschaftlichen Diskursen über die gegenwärtige und zukünftige Sicherheitsarchitektur des internationalen Systems spielen neorealistische Modelle unterschiedlicher Prägung eine zentrale Rolle.¹⁹² Mit dem Begriff <Neorealismus> wird selbstverständlich eine Kontinuitätslinie zu den traditionellen realistischen Konzepten hergestellt, deren Theoriegeschichte in der Zeit des sich abzeichnenden Kalten Krieges und des Systemantagonismus beginnt. In den öffentlichen und wissenschaftlichen Kontroversen über Ursachen, Beginn und Verlauf des Ost-West-Konflikts zeichneten sich in den 1950er Jahren drei politikwissenschaftliche Positionen ab:¹⁹³

realistische Position

neorealistische Position

vermittelnde Position

Die realistische Modellbildung ging bereits um 1950 davon aus, dass die sowjetische Macht- und Expansionspolitik die eigentliche Ursache des Zerfalls der Anti-Hitler-Koalition gewesen sei. Die totalitäre Ideologie der 'kommunistischen Weltrevolution' sei, wie Jens Hacker¹⁹⁴ in seiner wissenschaftsgeschichtlichen Überblicksdarstellung aufzeigt, als eine, wenn nicht **die** Ursache für die Instabilität des internationalen Systems identifiziert worden. In den realistischen Modellen werden die zwischenstaatlichen Beziehungen der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg fast ausschließlich unter den Aspekten der Machtpolitik und Ideologie analysiert und bewertet. Vor diesem Hintergrund war es gleichsam logisch, dass aus der Perspektive der westlichen Politikwissenschaft die staatlichen Akteure im Internationalen System mit Hilfe von binären Kategorien eingestuft und bewertet wurden. Das sowjetische Imperium galt als totalitär und expansiv, während die westlich-demokratischen Staaten unter Führung der USA ihre freiheitliche Gesellschaftsordnung gegen die offensive Politik des sowjetischen Hegemon verteidigen mussten. Das bipolare Denk- und

¹⁹² Vgl. Kenneth Waltz: Theory of International Politics. Reading: Addison-Wesley 1979, S. 120 ff.

¹⁹³ Jens Hacker: Ost-West-Konflikt, in: Staatslexikon. Recht-Wirtschaft-Gesellschaft. Hrsg. Von der Görres-Gesellschaft. Bd. 4. Freiburg-Basel-Wien; Herder 1995 (Sonderausgabe der 7. Auflage), Sp. 252 (Artikel: Sp. 251 ff.).

¹⁹⁴ Ebd.

Kategorienmodell bestimmte die realistischen Theoriebildungen der 1950er Jahre fast alternativlos.¹⁹⁵

Die sicherheitspolitischen Dimensionen der Strategiedebatten in den 1950er und 1960er Jahren bezogen sich vor diesem Hintergrund auf die Frage der Glaubwürdigkeit der Abschreckungspotentiale der NATO und die Einschätzung der militärischen Bedrohung von Seiten der Sowjetunion und der Streitkräfte des Warschauer Pakts (WPO). Bernard Brodie hat diese Schnittmenge in den politischen und wissenschaftlichen Diskursen auf den Referenzpunkt des „*being realistic*“¹⁹⁶ bezogen: „Our experience of the last decade could provide several themes for expatiation on the difficulties of being realistic during periods of peace for the strategies to be followed in war.“¹⁹⁷ Das realistische Paradigma stand bis zu den Diskursen über das neue strategische Konzept der *flexible response* (ab 1963 bis 1967) ohne ernsthaften Widerspruch in Geltung. Die Diskussionen, die in den politischen Administrationen und in den Politikwissenschaften ab 1963 einsetzten, führten nicht zur Überwindung, sondern nur zur Modifikation des traditionellen realistischen Modells. Im Zentrum stand dabei die Frage, inwieweit angesichts eines nuklearen und konventionellen militärischen Kräfteverhältnisses, das sich aus Sicht des Westens!–seit Mitte der 1960er Jahren global und regional erheblich zugunsten der Sowjetunion verändert hat, das strategische Konzept der Abschreckung noch ausreicht, um weiterhin die politische und militärische Sicherheit der transatlantischen Staatengemeinschaft zu garantieren.¹⁹⁸ Diese Frage wurde innerhalb der Politikwissenschaft nicht mehr einhellig beantwortet. Im Zuge dieser Diskurse wurde die Theoriebildung aufgefächert, komplex und differenziert. Die neorealistischen Modelle des internationalen Systems spiegeln zunehmend deutliche Divergenzen in der Wahrnehmung und Interpretation des Kräfteverhältnisses und der angemessenen strategischen Konsequenzen wider. Diesen Unterschieden in der Beurteilung der militärischen Lage entsprachen damals unterschiedliche politische Vorstellungen darüber, wie die Stabilität des internationalen Systems langfristig gewährleistet werden konnte und – wieder aus Sicht der westlichen

¹⁹⁵ Vgl. Helge Hansen: Militärstrategische Konzepte (Teil I-III), in: Karl Carstens/Dieter Mahncke (Hrsg.): Westeuropäische Verteidigungskooperation. München/Wien 1972, S. 56-71; Albrecht Charisius/Tibor Dobias: Modifikation der NATO-Militärstrategie in den 70 er Jahren, in: Militärgeschichte 15 (1979) 6, S. 656-666.

¹⁹⁶ Bernard Brodie: War and Politics. New York 1973, S. 406.

¹⁹⁷ Ebd., S. 406.

¹⁹⁸ Vgl. dazu Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): Polarität und Interdependenz. Beiträge zur Fragen der Internationalen Politik. Baden-Baden: Nomos 1978, S. 167-185 (Internationale Politik und Sicherheit. Bd. 1).

Eliten – wie die NATO auf die sowjetische Rüstungsentwicklung vor allem in Zentraleuropa reagieren sollte.¹⁹⁹

In der offiziellen westlichen Außen- und Sicherheitspolitik setzte sich spätestens 1967 mit dem Harmel-Bericht²⁰⁰ ein Grundkonsens durch, der die realistischen Erfordernisse militärischer Sicherheit (im Sinne glaubwürdiger Abschreckung) mit einer Politik der Entspannung und Verhandlungen über Rüstungskontrolle zu verknüpfen schien. Nach dem Höhepunkt des Kalten Krieges durch die „Doppelkrise um Berlin und Kuba“²⁰¹ Anfang der 1960er Jahre setzte sich das „allmählich wachsende Bewusstsein der Gefährlichkeit des Atomzeitalters“²⁰² auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs durch. Insgesamt näherten sich beide Blöcke im Sinne einer friedlichen Koexistenz an, wobei auch in den Zeiten des ‚politischen Tauwetters‘ (ca. 1963 bis 1975: von der Unterzeichnung des Atomteststopp-Vertrages bis zur Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 01.08.1975) neorealistisch fundierte Doktrinen die Außen- und Sicherheitspolitik maßgeblich anleiten.²⁰³

Bei aller Vielfalt der realistischen und neorealistischen Ansätze ist es in den politikwissenschaftlichen Diskursen in den westlichen Gesellschaften unstrittig gewesen, dass das System der Abschreckung (*deterrence and mutual assured destruction*) das Fundament der Sicherheitspolitik in beiden Lagern (i. e. NATO/WPO) gewesen ist. Aus der Sicht der traditionellen realistischen Theorieschule bedeutete das Gleichgewicht der Kräfte (*balance of Power*) zwar nicht Frieden im idealen Sinne, zumindest aber die Abwesenheit von Krieg in Europa. So paradox es auch klingen mag: für die Aufrechterhaltung der Stabilität des ab 1990/1991 veränderten internationalen Systems und der Sicherheit der transatlantischen Bündnisgemeinschaft wird der NATO nach wie vor eine übergreifende Bedeutung zugeschrieben. Trotz der signifikanten Veränderungen der Grundkoordinaten des internationalen Systems ist die ‚Existenzberechtigung‘ der NATO zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Frage gestellt oder umstritten gewesen. Auch mit Blick auf die Positionierung der Türkei innerhalb der NATO wird man sagen können, dass die Grundelemente der nach offizieller Lesart

¹⁹⁹ Vgl. dazu Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.): Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit. 3., neu bearbeitete Auflage. Bad Honnef 1979, S. 421-433.

²⁰⁰ Jens Hacker: Ost-West-Konflikt, Sp. 255.

²⁰¹ Ebd., S. 255.

²⁰² Ebd.

²⁰³ Vgl. Lothar Rühl: Der Nutzen militärischer Macht in Europa, in: Karl Kaiser/K. Markus Kreis (Hrsg.): Sicherheitspolitik vor neuen Aufgaben. DGAP. Bd. 13. Frankfurt/M. 1977, S. 220-272; für den Diskurs in den USA vgl. vor allem bei David N. Schwartz: The Role of Deterrence in NATO Defense Strategy: Implications and Posture, in: World Politics 28 (October 1975) 1, S. 118-133.

bewährten Sicherheitsarchitektur (mit ihrem Fundament der NATO) politisch nicht zur Disposition standen und heute auch nicht in Frage gestellt werden. In allen zugänglichen Dokumenten, Memoranden und regierungsamtlichen Erklärungen besteht hier ein Konsens: die NATO galt und gilt als der 'realpolitische Garant' der transatlantischen Sicherheit.²⁰⁴

Vor diesem Hintergrund steht die Entwicklung von Bündnis- und Allianztheorien der letzten Jahrzehnte unter dem doppelten Axiom der glaubwürdigen Abschreckung im militärischen Bereich und der rationalen Gestaltung der internationalen Beziehungen.²⁰⁵ Obwohl die Theoriedynamik in der politikwissenschaftlichen Forschung seit Anfang der 1990er Jahre erheblich ist, kommt dem neorealistischen Forschungsansatz, wie oben bereits erwähnt, eine Schlüsselrolle zu, um die Sicherheitsarchitektur der transatlantischen Gemeinschaft begründend abzubilden.²⁰⁶

II.7. Neorealistische Forschungsansätze

Nach Alexander Siedschlag²⁰⁷ wird mit dem Leitbegriff Neorealismus keine geschlossene oder spezifische Theorie, sondern ein komplexes Forschungsparadigma bezeichnet. Im Rahmen der Forschung über die internationalen Beziehungen haben sich z.T. divergierende neorealistische Modelle bzw. Theorien entwickelt, die unterschiedliche analytische Kategorien und Methoden verwenden. Die von K. N. Waltz vorgelegte Theorie des Neorealismus hat zwar eine enorme wissenschaftsgeschichtliche Bedeutung, steht aber längst nicht mehr im Mittelpunkt der aktuellen Forschung. Waltz hat eine Theorie der internationalen Politik entwickelt, die wissenschaftssystematisch als struktureller Realismus bezeichnet wird. Was ist mit diesem Begriff gemeint? Waltz geht von der Annahme aus, dass das internationale System Strukturen in Raum und Zeit entwickelt bzw. aufweist. Diese Strukturen sind mehr oder minder stabil und bestimmen als Prämissen oder Prärogativen das politische Verhalten der Staaten untereinander. Waltz lehnt den traditionellen Realismus von Hans

²⁰⁴ Vgl. Kenneth N. Waltz: Realist Thought and Neorealist Theory, in: Journal of International Affairs 44 (1990) 1, S. 21-37.

²⁰⁵ Vgl. dazu Kenneth N. Waltz: Structural Realism after the Cold War, in: International Security 25 (2000) 1, S. 5-41.

²⁰⁶ Vgl. Alexander Siedschlag (Hrsg.): Realistische Perspektiven internationaler Politik. Opladen 2001, S. 13-66 (dort über Neorealismus).

²⁰⁷ Alexander Siedschlag: a. a. O., S. 16-23; 39-42.

J. Morgenthau als zu 'statisch' ab, bleibt aber in Beschreibung der Wirkfaktoren der internationalen Politik weitgehend den Grundannahmen der traditionellen realistischen Theorie verpflichtet. Dieser scheinbare Widerspruch in der Theoriebildung von Waltz hängt damit zusammen, dass Waltz die Wirkkräfte der internationalen Beziehungen anders bestimmt und neu korreliert. Während H. J. Morgenthau die internationalen Beziehungen vornehmlich „als Macht- und Gewaltbeziehungen“²⁰⁸ zwischen Staaten und/oder Bündnissen beschreibt und das hier obwaltende staatliche (Macht-)Interesse als den entscheidenden Gestaltungsfaktor staatlicher Außenpolitik bestimmt, geht Waltz von einem erheblich komplexeren „Aktions-Reaktions-Schema“²⁰⁹ aus. Waltz unterscheidet zunächst zwischen den in Raum und Zeit entstandenen Strukturen des internationalen Systems. Jeder Staat steht in diesem strukturellen Kontext, d. h. die internationalen Beziehungen „sind Beziehungen, die sich stets über einen bestimmten Zeitraum erstrecken, also wiederkehrende Aktionen umfassen und damit ein Muster, eine Struktur, ausbilden.“²¹⁰

Nach Waltz beruhen die „vom internationalen System gesetzten Bedingungen (...) zunächst darauf, dass es sich dabei um einen zwischenstaatlichen und intergesellschaftlichen Raum handelt, der keine mit Sanktionsmöglichkeiten ausgestattete zentrale Instanz aufweist und daher durch Unsicherheit gekennzeichnet ist.“²¹¹

Für Waltz bleibt also der prinzipiell 'anarchisch-anomische Charakter' der internationalen Beziehungen als Hintergrund der zwischenstaatlichen Politik in Geltung. In dieser Hinsicht teilt Waltz den sogenannten 'skeptischen Realismus'²¹² von H. J. Morgenthau. Die staatlichen Akteure sind immer Teil eines internationalen Systems, das die Handlungsbedingungen staatlicher Außen- und Sicherheitspolitik vorgibt und je nach Ressourcen des Staates auch Handlungsspielräume zulässt. Allerdings sind die Handlungsspielräume nach Auffassung von Waltz äußerst begrenzt. Die internationale Politik wird maßgeblich von Grundvoraussetzungen bestimmt, die als Realität von den Staaten anerkannt werden müssen. Dazu zählen nach Waltz das nationale Sicherheitsstreben, das Selbsthilfeprinzip und der anarchische Charakter des

²⁰⁸ Ernst-Otto Czempiel: Internationale Beziehungen, in: Staatslexikon. Bd. 3, Sp. 139 (Artikel: Sp. 135-143).

²⁰⁹ Ebd., Sp. 136.

²¹⁰ Ebd., Sp. 136.

²¹¹ Ebd., Sp. 137.

²¹² Vgl., Sp. 139 f. (Nach Morgenthau wird das internationale System durch Machtpolitik bestimmt; eine realistische Politik kann demnach nur eine *balance of power* anstreben.).

internationalen Systems. Eine Veränderung dieser Strukturgesetze des internationalen Systems hält Waltz für unrealistisch. Vor diesem Hintergrund sind zwischenstaatliche Beziehungen nur als „Konfliktbeziehungen“²¹³ vorstellbar, gleich ob der Konflikt latent bleibt oder manifest wird. Der epistemologische Status dieses neorealistischen Modells ist eindeutig von der Systemtheorie (z. B. von Talcott Parsons) bestimmt. Für Waltz ist das Handlungsfeld der internationalen Politik eine übergeordnete Struktur, auf die die einzelnen Akteure (i. e. Staaten) keinen oder geringen Einfluss haben. Das internationale System ist demnach für die Staaten eine Umwelt, die die Handlungsgesetze der Politik diktiert. Diese Gesetze bezeichnet Waltz als „*ordering principle*“, „*qualities*“ und „*capabilities*“.²¹⁴ Selbst wenn die Staaten (z.B. Großmächte mit hinreichenden Ressourcen) das internationale System aktiv gestalten und die zwischenstaatliche Beziehungen radikal verändern, bleiben die Strukturgesetze des internationalen Systems erhalten. Die Möglichkeiten der Staaten lassen sich immer nur in Relation zu den vorgegebenen Systemeigenschaften und Strukturgesetzen bestimmen, d.h. „*capabilities*“ von Staaten sind immer nur relativ zum übergeordneten System der internationalen Politik. Waltz geht davon aus, dass das Ziel aller Politik ausschließlich in der Wahrung der eigenen Machtposition im internationalen System bestehen kann.²¹⁵ Sicherheitspolitik ist nach Auffassung von Waltz Machtpolitik, die die Überlebensfähigkeit der Systemeinheiten <Staat> garantieren soll. Da die Staaten potenziell immer im Konflikt sind, ist nach Waltz eine Politik des Gleichgewichts die einzige realistische Option, um eine relative Stabilität des internationalen Systems zu erhalten. Das Gleichgewicht ist, wie die Geschichte nach Auffassung von Waltz lehrt, aber labil und prekär. Es kann also immer möglich sein, dass ein vorhandener Gleichgewichtszustand instabil wird. Allerdings liegt es, wie Waltz ausgeführt hat,²¹⁶ in der Natur des internationalen Systems, dass ein gestörtes Gleichgewicht nach einer gewissen Zeit auf die eine oder andere Weise wieder hergestellt wird. In diesem Punkt verweist Waltz auf die klassische realistische Theorie von Morgenthau, wonach jede rationale Außenpolitik ein Gleichgewicht der Mächte anstrebt und Instrumente wählt, die diese *balance of power* stabilisieren helfen. Für den strukturellen Realismus hängt es jeweils von der Systemstruktur ab, ob die Staaten als Systemeinheiten versuchen, ihr internationales Handeln wechselseitig auszubalancieren, oder ob sie sich dem Stärkeren

²¹³ Ebd., Sp. 138.

²¹⁴ Kenneth N. Waltz: *Theory of International Politics*. New York et al.: Mc Graw- Hill 1979, S. 88-99.

²¹⁵ Vgl. ebd., S. 126.

²¹⁶ Vgl. ebd., S. 128.

(z.B. einer Großmacht) anschließen. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist nach Waltz die zweite Option für das internationale System prägend geworden. Schwächere Staaten haben sich, ob freiwillig oder nicht, jeweils mächtigen Staaten (USA, Sowjetunion) angeschlossen. Dieses Verhalten bezeichnet Waltz als *bandwagoning*.²¹⁷ Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Überwindung des Bipolarismus im internationalen System hat Waltz seine neorealistische Theorie modifiziert.²¹⁸ Waltz betont nun, dass die Staaten (*units*=Systemeinheiten) kooperieren können und den anarchischen Charakter des Gesamtsystems zu beherrschen versuchen. Allerdings geht Waltz immer noch davon aus, dass das internationale System den Strukturgesetzen 'unter neuen Vorzeichen' folgt. Waltz beschreibt die NATO als 'Siegerkoalition', die ihre eigene Position bei der Herstellung eines neuen weltpolitischen Gleichgewichts verbessern kann.²¹⁹

II.8. Revisionistisch-handlungstheoretische Modelle

Die Theoriedynamik innerhalb der politikwissenschaftlichen Forschung hat dazu geführt, dass der kategoriale Rahmen zur Beschreibung und Analyse des internationalen Systems in den zurückliegenden Jahrzehnten mehr und mehr erweitert worden ist. Bei der Beurteilung der geopolitischen Lage standen bis in die 1970er Jahre vor allem die Kategorien Macht, militärische Stärke usw. im Vordergrund. Vor dem Hintergrund des bipolaren Weltsystems bestand das Ziel der staatlichen Sicherheits- und Außenpolitik in der Wahrung des Status quo und des Machtgleichgewichts zwischen den Blöcken und antagonistischen Bündnissen (NATO/Warschauer Pakt). In diesem Kontext kam den militärischen Konzeptionen und außenpolitischen Doktrinen der beiden Supermächte (USA/Sowjetunion) eine überragende Bedeutung zu. Trotz der unüberbrückbaren ideologischen Gegensätze zwischen den Blöcken lassen sich die militärstrategischen Planungen der Supermächte nicht nach einem Schwarz-Weiß-Schema einteilen.

Das in der westlichen Politik und Öffentlichkeit übliche Muster einer sowjetischen Kriegsführungsdoktrin (offensive Stoßrichtung) und einer amerikanischen Abschreckungsdoktrin (defensive Ausrichtung) stellt eine grobe Vereinfachung dar.

²¹⁷ Ebd., S. 126.

²¹⁸ Vgl. K. N. Waltz: Structural Realism after the Cold War, in: International Security 25 (2000) 1, S. 5-41.

²¹⁹ Vgl. ebd., S. 37f.

Auch auf sowjetischer Seite galt bis in die 1970er Jahre Abschreckung als das oberste Ziel der strategischen Rüstung. Im Kern basierte diese Abschreckungspolitik auf der a) Androhung der gesicherten Vernichtung des Angreifers und b) auf der Glaubwürdigkeit der hierfür notwendigen militärischen Mittel (z.B. nukleare Interkontinentalsysteme).²²⁰

Die Abschreckungsdoktrin beider Supermächte setzte eine militärische hinreichende und eine politisch glaubwürdige Kriegsführungskapazität für den *casus belli* bzw. den *worst case* voraus. So paradox es klingt: Die Schnittmenge der gemeinsamen Interessen beider Supermächte bestand spätestens nach der Beilegung der Krisen in Berlin (Mauerbau 1961), Kuba (1962) und der Türkei (Abzug der nuklearen Mittelstreckenraketen Jupiter nach der Kuba-Krise) in der Wahrung des Status quo zwischen den Blöcken. Die heute zugänglichen Dokumente aus dem US-amerikanischen *Department of Defense* (DOD) belegen diese Entwicklung in den frühen 1960er Jahren. So verweist Harold Brown in seinem Bericht zum *Fiscal Year* (Haushaltsplanung) auf das gemeinsame, in den 1960er Jahren von beiden Großmächten wechselseitig anerkannte Interesse am Status quo.²²¹ Die sogenannten realistischen Theorien und Modelle der internationalen Politik setzen also im Kern voraus, dass die militärstrategischen Konzeptionen und außen-sicherheitspolitischen Doktrinen der beiden Supermächte den Prinzipien der Abschreckung (nach den militärischen Kriterien der *mutual assured destruction*) folgen. Die in den 1960er Jahren aufgenommenen Rüstungskontrollgespräche in Genf (SALT-Prozess) bestätigen diese wechselseitige Anerkennung gemeinsamer Interesse unter der Signatur von 'glaubwürdiger' Abschreckung und der Bewahrung des Status quo.²²² Aus der Sicht realistischer Positionen diene das gemeinsame Interesse an Rüstungskontrolle dazu, Maßnahmen zu entwickeln, um eine hinreichende Stabilität (auch: Krisenstabilität) zwischen den Blöcken zu garantieren.²²³ Obwohl hier nicht der Ort ist, die Strategie-Diskussionen ab den 1960er Jahren im Detail zu rekonstruieren, scheint m.E. ein zentraler Aspekt evident zu sein: Die Eskalationsdrohungen, wie sie bei der Kuba-Krise erkennbar

²²⁰ Vgl. dazu die Forschungsbeiträge und Dokumente in Dieter S. Lutz (Hrsg.): *Militär, Rüstung, Sicherheit*. 4 Bände. Baden-Baden 1979/1980, Einleitung (vor allem in den Bänden 1 und 3 wird die sicherheitspolitische Lage bis Mitte/Ende der 1970er Jahre erschöpfend dargestellt; vgl. Dieter S. Lutz (Hrsg.): *Militär, Rüstung, Sicherheit*. Bd. 1: Die Rüstung der Sowjetunion-Rüstungsdynamik und bürokratische Strukturen. Baden-Baden 1979; Bd. 3: Die Rüstungspolitik der USA-Politische Entscheidungen und ökonomische Interessen. Baden-Baden 1980).

²²¹ Vgl. Harold Brown: *DOD Report Fiscal Year 1980*, S. 80.

²²² Vgl. dazu vor allem Robert Legvold: *Strategic Doctrine and SALT: Soviet and American Views*, in: *Survival* XXI (January/February 1979) 1, S. 8-13.

²²³ Vgl. zu dieser Einschätzung bei Dennis Ross: „The Ides of March: Incremental versus Comprehensive SALT“, in: *Arms Control Today* IX (May 1979) 5, S. 1-10.

wurden, konnten ab Mitte der 1960er Jahre weitgehend vermieden oder verhindert werden.²²⁴

Die traditionelle Drohpolitik im Sinne einer 'Eskalationsleiter'²²⁵ trat zwischen den Supermächten fortan in den Hintergrund und beschränkte sich weitgehend auf den Raum ideologischer Auseinandersetzungen. In der Realpolitik der beiden Hegemone USA/Sowjetunion setzte sich ein nüchterner Pragmatismus durch, der den Rüstungswettlauf zwar nicht beendete, wohl aber durch den 'Einbau von Kontrollmechanismen' (z.B. Obergrenzen für Interkontinentalraketen) dämpfte und berechenbarer werden ließ. Die Bewertung dieser Entwicklung zwischen den beiden Supermächten wurde demgemäss von realistischen und neorealistischen Politikwissenschaftlern (im Westen) auf den Begriff des 'strategischen Gleichgewichts' gebracht. Dahinter steht die Annahme, dass beide Seiten (USA/Sowjetunion mit ihren Bündnispartnern) über hinreichende Kriegsführungsoptionen verfügen, um jeden nuklearstrategischen Angriff massiv zu beantworten und zu vergelten.²²⁶ Diese Argumentation beruht auf der realistischen Einschätzung, dass die strategischen Ressourcen (nuklearstrategische Triade: Bomber, Interkontinentalraketen, U-Boote) beider Seiten hinreichend sind, um einen Vergeltungsschlag (*second strike capacity*) gegen einen Angreifer zu führen und – vice versa – den Angriff als 'irrational' und 'aussichtslos' zu erweisen.²²⁷ Mit den SALT-Verhandlungen schienen die Grundannahmen der traditionellen realistischen Theorien und Modelle über die Wirkfaktoren internationaler Politik bestätigt zu werden.²²⁸ Was nämlich die militär- und insbesondere die nuklearstrategische Konzeption betrifft, so konnte mit Blick auf SALT I und SALT II die Auffassung als verifiziert gelten, dass beide Seiten einen gegnerischen Angriff durch Kriegsverhinderungsmaßnahmen auf der 'paradoxen' Grundlage hinreichender Kriegsführungsoptionen abschrecken wollen. Auffassungen von einem möglichen Sieg in einem mit Nuklearwaffen geführten Krieg zwischen den Blöcken kursierten zwar gelegentlich in strategischen Planspielen auf amerikanischer

²²⁴ Vgl. ebd., S. 1f.; 9f.

²²⁵ Vgl. ebd., S. 2.

²²⁶ Vgl. Bob Carr: „SALTing the Strategic Balance, in: NATO's Fifteen Nations, XXIII (December 1978/January 1979) 6, S. 36-41.

²²⁷ Die späteren strategischen Planspiele in den USA, eine kalkulierbare Erstschlagskapazität (*first strike capacity*) zur 'Enthauptung' der Gegenmacht zu entwickeln, waren in den Jahren um 1980 ein Politikum und einer der Auslöser der Friedensbewegung; vgl. dazu Erwin Müller: „Nach-Rüstung und Rüstungswettlauf. Zum NATO-Beschluss über neue eurostrategische Mittelstreckensysteme. Hrsg. Vom Verein für Friedenspädagogik. 2. Auflage. Tübingen 1981, S. 5 ff.

²²⁸ Vgl. dazu Christoph Bertram: The Future of Arms Control, Part. II: Arms Control and Technological Change-Elements of a New Approach. Adelphi Paper 146. London 1978, passim.

und sowjetischer Seite, wurden aber schließlich in den frühen 1980er Jahren ad acta gelegt. Bis in die 1980er Jahre wurden die politikwissenschaftlichen Diskurse und Forschungsarbeiten in den westlichen Ländern überwiegend von realistischen und neorealistischen Positionen beherrscht.

Während realistische Ansätze fast ausnahmslos von den Kategorien der Macht, Stärke und militärische Ressourcen ausgehen, stellen die revisionistischen Positionen ein erweitertes Spektrum politikrelevanter Wirkfaktoren in Rechnung. Entscheidend wurde schließlich die *Perestroika* in der sowjetischen Innen- und bald auch der Außenpolitik. Der neue KPDSU-Generalsekretär Michail S. Gorbatschow (1985-1991) verkündete am 6. August 1985 (40. Jahrestag von Hiroshima) ein zunächst bis zum 1. Januar 1986 befristetes einseitiges Moratorium für Atomtests.²²⁹ Dadurch wurden wichtige Impulse für den Dialog unter den Großmächten gesetzt. Mit der Gipfelkonferenz Reagans und Gorbatschows vom 19. bis zum 21. November 1985 in Genf schienen alle Anzeichen auf Entspannung zu deuten. Trotz der fortgesetzten US-Atomwaffentests hielt Gorbatschow an seiner neuen Politik gegenüber den USA und den europäischen NATO-Staaten fest. So schlug Gorbatschow am 18. April 1986 eine massive Reduktion der konventionellen Streitkräfte „vom Atlantik bis zum Ural“²³⁰ vor. Nicht nur die „Großwetterlage im internationalem System schien umzuschlagen, sondern auch die konkreten Optionen der Sicherheits- und Außenpolitik änderten sich binnen weniger Monate.“²³¹ Neue Handlungsspielräume entstanden, die z.T. auch konstruktiv genutzt werden konnten.

Die politikwissenschaftlichen Diskurse der Jahre vor dem Ende des bipolaren Weltsystems sind in dieser Hinsicht relativ einhellig verlaufen. Nach Klaus Hendrich wurden ab etwa 1985/86 die „Handlungsfelder in der internationalen Politik nicht nur neu vermessen, sondern qualitativ in einer Weise erweitert, wie man es noch zehn Jahre zuvor nicht zu prognostizieren wagte.“²³²

Auffällig ist, dass vor allem die europäischen Mittelmächte (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich usw.) eine Reihe von Vorschlägen unterbreiteten, die „einerseits das politische Klima in Gesamteuropa verbesserten, andererseits auch als konkrete Vorschläge für vertrauensbildende Maßnahmen gelten konnten.“²³³ Das am

²²⁹ Vgl. dazu Michael S. Gorbatschow: Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit. Berlin 1993, S. 186-187.

²³⁰ Vgl. zu allen Angaben bei Klaus Hendrich: *Perestroika und politischer Dialog*. Graz 1991, S. 4 ff.

²³¹ Klaus Hendrich: *Perestroika und politischer Dialog*, S. 19.

²³² Ebd., S. 104.

²³³ Ebd., S. 107.

22. September 1986 in Stockholm verabschiedete Schlussdokument der KVAE (i.e. Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa enthält Regelungen, die in den Jahrzehnten der Blockkonfrontation nicht denkbar gewesen sind).²³⁴

„Wechselseitige Ankündigung militärischer Aktivitäten

Einladung von Manöverbeobachtern der Gegenseite

Regelmäßige Konferenzen von Experten über alle strittigen Fragen der Sicherheitspolitik

Entwicklung von mittel- und langfristigen Perspektiven einer gesamteuropäischen Sicherheitspolitik „im Geiste des KSZE-Prozesses.“²³⁵

Diese Regelungen der KVAE traten am 1.1.1987 in Kraft. Gleichwohl kam es zu politischen Rückschlägen, weil die „Falken in der US-Administration unter Präsident Ronald Reagan immer noch an einer Politik entschlossener Stärke gegenüber dem antagonistischen System unter dem Hegemon Sowjetunion“²³⁶ festzuhalten versuchten. So endete der amerikanisch-sowjetische Gipfel in Reykjavik (Island) am 12. Oktober 1986 wegen der Weigerung Reagans, auf die Entwicklung strategischer Verteidigungssysteme (*SDI = Strategic Defense Initiative*) zu verzichten, ohne Einigung. Gleichzeitig gaben die USA bekannt, die im SALT II-Abkommen festgelegte Obergrenze der strategischen Interkontinentalwaffen (z.B. neue Entwicklungspläne für Langstreckenbomber vom Typ *Stealth*)²³⁷ aus „Gründen der nationalen Sicherheit“²³⁸ zu überschreiten. Da sich aber die politische Lage insgesamt verändert hatte, konnten die neuen Entwicklungen in den internationalen Beziehungen von „konservativen Hardlinern auf beiden Seiten“²³⁹ nicht mehr rückgängig gemacht werden. Völlig neue Optionen und Spielräume sind ab Mitte der 1980er Jahre entstanden, durch die die „Faktoren und Variablen des internationalen Systems erheblich modifiziert und in der Substanz auch flexibilisiert“²⁴⁰ worden sind. Selbstverständlich verlaufen solche Umbruchprozesse nicht linear, geschweige denn widerspruchsfrei. Bereits 1980 hat

²³⁴ Vgl., ebd., S. 107-109.

²³⁵ Ebd., S. 109.

²³⁶ Ebd., S. 112.

²³⁷ Vgl. dazu ebd., S. 123-126.

²³⁸ Ebd., S. 125.

²³⁹ Ebd., S. 129.

²⁴⁰ Ebd., S. 154.

Hans-Joachim Schütz²⁴¹ darauf verwiesen, dass in der „Ära der Rüstungskontroll-Verhandlungen“²⁴² ab 1964 (z.B. SALT-Prozess in Genf) zwar „begrenzte Teilmaßnahmen der Rüstungsbeschränkung/Abrüstung diskutiert“²⁴³ worden sind und auch eine wechselseitige Kontrolle von Massenvernichtungswaffen teilweise realisiert werden konnte, insgesamt aber wurde „durch bestimmte quantitative Beschränkungen in SALT ein Wettrüsten in qualitativer Hinsicht angeheizt.“²⁴⁴

Die traditionellen Systemzwänge und die Dominanz der militärischen Eliten (Militärischer Komplex) auf beiden Seiten bildeten eine Art Blockade, so dass allenfalls eine „Stückwerkpolitik der kleinen Schritte, mit all ihren Mängeln und Miss- bzw. Nichterfolgen“²⁴⁵ realisiert werden konnte. Allerdings gab es, was bereits oben erwähnt wurde, auch beachtliche Teilerfolge hinsichtlich einer Entspannungspolitik zwischen den Supermächten und den Bündnisblöcken. Blickt man auf die Diskursgeschichte der Politikwissenschaft in den 1980er Jahren, fällt auf, dass handlungstheoretisch orientierte Ansätze mehr und mehr an Boden gewannen. Der politischen Dynamik in der Realpolitik entsprach also auch, wenn man es so formulieren darf, eine Theoriedynamik in den politikwissenschaftlichen Diskursen. Zwar hatten bereits neorealistische Theoriebildungen (s.o.) längst auf die politischen Umbrüche oder Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen (Entspannungspolitik, KSZE-Prozess, SALT I/II, MBFR usw.) reagiert, aber die Bedeutung der bereits gegebenen neuen Variablen in den Blockbeziehungen (seit Gorbatschows Wahl zum Generalsekretär der KPDSU) und in der internationalen Politik überhaupt wurden im Rahmen neorealistischer Politikanalyse unterschätzt. Möglicherweise standen die neorealistischen Theoriebildungen in den 1980er Jahren zu sehr, wie Hendrich es formuliert hat, „im Bannkreis der traditionellen Eliten und mutatis mutandis der politiktheoretischen Tradition der realistischen Schule(n).“²⁴⁶

Im Unterschied dazu gehen die neuen politikwissenschaftlichen Untersuchungen (ab den 1980er Jahren) schwerpunktmäßig von einem handlungs- und/oder entscheidungstheoretischen Forschungsansatz aus. Damit konnte oder sollte es gelingen, die neuen dynamischen Rahmenbedingungen des internationalen Systems in Rechnung

²⁴¹ Hans-Joachim Schütz: Geschichte der internationalen Abrüstungsverhandlungen, in: Reiner Steinweg (Hrsg.): Das kontrollierte Chaos: Die Krise der Abrüstung. Frankfurt/M. 1980 (edition Suhrkamp 1031), S. 102-127.

²⁴² H.-J. Schütz: Ebd., S. 109.

²⁴³ Ebd., S. 109.

²⁴⁴ Ebd., S. 114.

²⁴⁵ Ebd., S. 120.

²⁴⁶ K. Hendrich: Perestroika und politischer Dialog, S. 201.

zu stellen und die Muster staatlichen Handelns analysieren zu können. Die Paradigmen einer empirischen Handlungstheorie stammen aus den Sozialwissenschaften.

Nach Max Weber ist die Soziologie „eine Wissenschaft, welche soziales Handeln deutend verstehen und dadurch seinem Ablauf und seinen Wirkungen ursächlich erklären will.“²⁴⁷ Dieser methodisch-heuristische Ansatz wurde schließlich verallgemeinert und für eine Reihe von Wissenschaften (u.a. Politikwissenschaft) richtungsweisend. Ohne hier auf die Details der Wissenschaftsgeschichte näher eingehen zu können, wird man der Auffassung von Wilhelm Vossenkuhl und Arthur Kaufmann²⁴⁸ zustimmen können, dass die so genannten rationalen Handlungstheorien (z.B. Entscheidungstheorie, Spieltheorie, Planungstheorie, Systemtheorie) die „Probleme der Kausalerklärung“²⁴⁹ staatlichen Handelns angemessen lösen können. Staatliches Handeln unterliegt nicht nur Zwängen, sondern es folgt auch einer „Absichtlichkeit (Intentionalität)“²⁵⁰, deren Konsequenzen sich aber erst im politischen Handeln, d.h. aus der „ex-post-Perspektive“²⁵¹ zeitigen. Im Unterschied zu den traditionellen realistischen Modellen gehen handlungstheoretische Forschungsansätze in der Politikwissenschaft davon aus, dass das „Beziehungsgeflecht“²⁵² zwischen den „unabhängigen Variablen ‘Rahmenbedingungen’ und ‘Mitteln’ einerseits und den abhängigen Variablen ‘Entscheidungsleistungen’ und ‘Aufwand bzw. Kosten’“²⁵³ als komplex, dynamisch und z.T. auch offen vorgestellt werden muss.

Diese Komplexität findet sich in realistischen Modellen nicht, in neorealistischen Modellen nur marginal. In der anglo-amerikanischen Forschung der 1980er Jahre setzten sich handlungstheoretische Modelle und Theorien über die *international politics* erstaunlich schnell durch, wobei aber im akademisch-universitären Bereich und in der Politikberatung der US-amerikanischen Administration (vor allem unter Ronald Reagan) die traditionellen Modelle (Realismus/Neorealismus) immer noch beherrschenden Einfluss ausübten.²⁵⁴

²⁴⁷ Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Bd. I. Tübingen 1921, S. 1.

²⁴⁸ Wilhelm Vossenkuhl/Arthur Kaufmann: *Handeln, Handlung*, in: *Staatslexikon*. Bd. 2, 1995, Sp. 1185-1192.

²⁴⁹ Ebd., Sp. 1188.

²⁵⁰ Ebd., Sp. 1186.

²⁵¹ Ebd., Sp. 1187.

²⁵² Frank R. Pfetsch: *Handlung und Reflexion. Theoretische Dimension des Politischen*.

²⁵³ Ebd., S. 121.

²⁵⁴ Vgl. dazu bereits bei Raymond Cohen: *International Politics. The Rules of the Game*. London/New York 1981, Einleitung (Cohen selbst hat wie der bezeichnende Titel seiner Untersuchung angedeutet-eine handlungs-spieltheoretischen Ansatz entwickelt.).

Auch in der Forschung innerhalb Deutschlands spielt ab etwa 1980 handlungs- oder entscheidungstheoretische Ansätze eine zunehmende Rolle.²⁵⁵ Werner Link²⁵⁶ hat in seiner Untersuchung des Ost-West-Konfliktes darauf verwiesen (Zweitaufgabe: 1980), dass die traditionellen Parameter aus der Zeit des Kalten Krieges nicht geeignet seien, um die veränderten Voraussetzungen und dynamischen Verlaufsbedingungen der internationalen Politik adäquat erklären zu können.

Die Verständigungsmodi zwischen den Supermächten und ihren Allianzen sind, wie Link unter Hinweis auf den SALT-Prozess, die Entspannungspolitik und den KSZE-Prozess belegt, signifikant und unumkehrbar verbessert worden. Die Spielräume der staatlichen Akteure sind erweitert worden, so dass die Konfrontation zwischen den Blöcken aufgebrochen sei. Im Vorwort zur Neuauflage (1988) seiner Monographie sieht Link seine Prognose umfassend bestätigt. Nach Ende des Ost-West-Konflikts (1989/1991) veränderten sich die Rahmenbedingungen des internationalen Systems grundlegend. Parameter, wie z.B. die statische Bipolarität des internationalen Systems, sind aufgelöst worden, obschon immer wieder Konzepte (Huntingtons 'Krieg der Kulturen') entwickelt werden, die an den alten Denk und Handlungsmuster anzuknüpfen versuchen.²⁵⁷ Am Beispiel des staatlichen Akteurs Türkei lässt sich zeigen, wie dynamisch das internationale Beziehungsgeflecht in den Jahren seit 1990/91 geworden ist. Auf allen Ebenen des staatlichen Handelns sind dadurch die Spielräume (Variablen) gewachsen. Die Türkei hat eine Reihe neuer bilateraler Beziehungen aufgenommen und in diesem Zusammenhang ihren Einfluss in der Region zu steigern versucht. Wenn man so will, ist die Türkei zum gegenwärtigen Zeitpunkt zum Knotenpunkt eines neuen regionalen Koordinatensystems geworden. Um die vielschichtigen Implikationen dieser sicherheitspolitischen Lage der heutigen Türkei analysieren zu können, ist das analytische Instrumentarium einer rationalen Handlungs- und Entscheidungstheorie vortrefflich geeignet.

²⁵⁵ Vgl. Hennig Behrens: Politische Entscheidungsprozesse. Konturen einer politischen Entscheidungstheorie. Opladen 1980 (vgl. Einleitung).

²⁵⁶ Werner Link: Der Ost-West-Konflikt. Stuttgart 1980/1988, passim (auch: Einleitung!).

²⁵⁷ Vgl. Samuel P. Huntington: The Clash of Civilisation and the Remaking of World Order. London 1998.

II.9. Parameter der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik ab 1990/91: Überlegungen zum Phänomen qualitativ erweiterter Handlungs- und Entscheidungsspielräume

Welche Bedeutung hat die Türkei in geo- und/oder regionalstrategischer Hinsicht in ihrer eigenen Perspektive und in der Perspektive ihrer Bündnispartner?

Welche strategischen Schwerpunkte geben die Doktrinen und sicherheits- bzw. außenpolitischen Entscheidungen der politisch-militärischen Eliten der Türkei zu erkennen?

Wie handelt der staatliche Akteur Türkei angesichts der neuen Bedrohungslage (Islamismus, asymmetrische Konflikte usw.)?²⁵⁸

Mahmut Bali Aykan, Professor für International Relations an der Middle East Technical University in Ankara, geht in seinem Beitrag²⁵⁹ von folgender Zielsetzung und Hypothese aus:²⁶⁰

„This study analyzes the impact of the global and regional developments in the post-Cold War era on Turkish-US relations concerning Persian Gulf security from a Turkish perspective. It suggest that despite continuities in Turkey's perspective of the state of its alliance with the United States in the new era, the alliance between the two countries is moving in new directions filled with unprecedented challenges.“

Der Beitrag Aykans ist insofern typisch für die aktuellen politikwissenschaftlichen Diskurse über die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei, als hier “Turkey's perception of its national security interests in the Middle East“²⁶¹ handlungs- und entscheidungstheoretisch analysiert und interpretiert werden. Die Rahmenbedingungen sind im Grunde eindeutig. Aykan geht – wie zahlreiche Autoren – davon aus, dass sich die „security issues in the post-Cold War era“²⁶² signifikant verändert haben:²⁶³ „The disappearance of the Soviet threat, and the Iraqi-Kuwaiti crisis changed Turkey's perception of its national security interests (...).“

Grundsätzlich beschreibt Aykan die Herausforderungen, denen sich der staatliche Akteur Türkei in den Jahren von 1989 bis 1995 stellen musste, mit den

²⁵⁸ Vgl. zu diesen Leitfragen unter I.1. der vorliegenden Untersuchung.

²⁵⁹ Mahmut Bali Aykan: Turkish Perspectives on Turkish-US Relations concerning Persian Gulf Security in the Post-Cold War Era: 1989-1995, in: Middle East Journal 50 (Summer 1996) 3, S. 344-358.

²⁶⁰ Ebd., S. 344.

²⁶¹ Ebd., S. 346.

²⁶² Ebd., S. 346.

²⁶³ Ebd., S. 346.

Kategorien der „unprecedented global and regional developments that marked the transition from the Cold War to the post-Cold War era in world politics.“²⁶⁴

Für das Handeln des staatlichen Akteurs Türkei sind zwar die Beziehungen zu den USA und die Mitgliedschaft in der NATO von essentieller Bedeutung („*essential nature*“)²⁶⁵, aber bei der Bewertung der Konfliktszenarien und hinsichtlich der Entwicklung von angemessenen Konfliktlösungsstrategien sind zwischen den USA und der Türkei in den 1990er Jahre z.T. erhebliche Differenzen aufgetreten. Die Türkei hat ein vorrangiges Interesse an einer „*ensuring regional stability*“²⁶⁶ und strebt deshalb „*good neighborly relations*“²⁶⁷ auch zu denjenigen Nachbarstaaten an, von denen nach Auffassung der USA eine erhebliche Bedrohung ausgeht. Das langfristige Ziel der türkischen Außenpolitik in der Region besteht nach Aykan in der Schaffung eines „regional security system patterned on the model of the Conference on Security and Cooperation in Europe (CSCE).“²⁶⁸ Vor diesem Hintergrund wird die Bereitschaft der Türkei zum Dissens mit den USA erklärbar. Allein dieser Umstand, dass die Türkei nicht in jeder Hinsicht mehr bereit ist, den geostrategischen Interessen der USA und der NATO zu folgen, zeigt nach Meinung Aykans die neuen Handlungsspielräume der Türkei auf.²⁶⁹ „This new policy concerning the framework for Persian Gulf security in the post-Gulf War era reflects a determination on Turkey’s part not to act in unison with the United States (...)“.

In handlungstheoretischer Perspektive lässt sich an dieser ‚neuen Rolle‘ der Türkei erkennen, dass die Entscheidungsspielräume und Optionen der Politik des staatlichen Akteurs qualitativ erweitert worden sind. Gleichwohl liegt natürlich ein grundsätzlicher Dissens zwischen der Türkei und den USA nicht im türkischen Sicherheitsinteresse. So spricht die politikwissenschaftliche Forschung in der Türkei von einer zunehmenden ‚Rollenverteilung‘ zwischen den Bündnispartnern USA/Türkei („on the assumption that both countries have overlapping national security interests in the region“).²⁷⁰ Allerdings ist diese Diktion insofern bezeichnend, als ‚überlappende Interessen‘ nicht mit ‚identischen Interessen‘ verwechselt werden können. Aus dieser

²⁶⁴ Ebd., S. 344.

²⁶⁵ Ebd., S. 344.

²⁶⁶ Ebd., S. 348.

²⁶⁷ Ebd., S. 348.

²⁶⁸ Ebd., S. 348.

²⁶⁹ Ebd., S. 349.

²⁷⁰ Ebd., S. 349 (Vgl. zu den türkisch-amerikanischen Beziehungen auch folgende Studie/Forschungsarbeit: Hüseyin Bağcı: Die Probleme der türkischen „Grand Strategy“ in einer sich verändernden Sicherheitsumwelt: Gestern und Heute, in: Erich Reiter/Ernest König (Hrsg.): Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik. Bd. 1. Wien 2000 (Januar 2000=Internet-Ausgabe)).

Sichtweise wird nachvollziehbar, warum die US-Außenpolitik gegenüber dem Irak (Golfkrise 1990/1991) für die Türkei eine grundsätzlich negative Wirkung hatte („*a negative impact on Turkey*“).²⁷¹ Die Türkei erkannte zwar die Legalität der „international action against Iraq within the United Nations (...) in terms of international law“²⁷² an, lehnten aber die massiven Sanktionsbeschlüsse gegen den Irak nach der Wiederherstellung der Souveränität Kuwaits ab.²⁷³

Diese Embargo-Politik, verbunden mit der Drohung von „*military sanctions*“²⁷⁴, galt und gilt als unvereinbar „*with Turkey's foreign policy objectives in the region*“.²⁷⁵ Selbstverständlich muss der sich entwickelnde Dissens zwischen den USA und der Türkei auch vor dem Hintergrund der Kurdenfrage gesehen werden. Das türkische Interesse an einer Stabilität des Irak (unter Saddam Hussein) hing und hängt mit der sogenannten „*nothern Iraq question*“²⁷⁶ zusammen. Auch die „*tripartite meetings*“ (i.e. Konsultationen Irans, Syriens und der Türkei), die im November 1992 aufgenommen worden sind, deuten in diese Richtung und bestätigen gleichzeitig auch den erweiterten Handlungsspielraum der türkischen Außenpolitik: „This was apparently intended to send a signal to the United States about the limits of US-Turkish cooperation in the Persian Gulfregion in the post-Gulf War era.“²⁷⁷

Die Türkei blieb auf dieser Linie und verweigerte im 3. Golfkrieg eine aktive Beteiligung an militärischen Handlungen gegen das Saddam-Regime.²⁷⁸ Auch wurde eine Zustimmung zur Nutzung türkischer Militärbasen im Südosten des Landes oder zur Eröffnung einer militärischen Nordfront gegen den Irak von der türkischen Regierung und dem Parlament in Ankara verweigert. Obwohl damit der Dissens zwischen den USA und der Türkei zu kulminieren drohte, stand die allgemein politische und militärische Bündnistreue der Türkei im Rahmen der NATO zu keinem Zeitpunkt in Frage, geschweige denn zur Disposition.²⁷⁹ Auffällig ist aber, dass die Entscheidungs- und Handlungsspielräume des staatlichen Akteurs Türkei qualitativ gewachsen sind.

²⁷¹ Ebd., S. 351.

²⁷² Ebd., S. 351.

²⁷³ Vgl. ebd., S. 352.

²⁷⁴ Ebd., S. 352.

²⁷⁵ Ebd., S. 352.

²⁷⁶ Ebd., S. 354.

²⁷⁷ Ebd., S. 354.

²⁷⁸ Vgl. Mustafa Aydın: Rüzgara Karşı Durmak: Türk dış politikası kırılmadan esneyebilir mi?, in: Turkish Foreign Policy 34 (2005) 9-11, S. 9.

²⁷⁹ Vgl. dazu Mahmut Bali Aykan: Turkish Perspectives on Turkish-US Relations concerning Persian Gulf Security in the Post-Cold War Era: 1989-1995, in: Middle East Journal 50 (Summer 1996) 3, S. 344-358.

II.10. System-, handlungs-, spiel- und entscheidungstheoretische Modelle in der aktuellen politikwissenschaftlichen Forschung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat sich die diskursive und theoretische 'Landschaft' in der politikwissenschaftlichen Forschung erheblich diversifiziert. Gerade im Forschungsgebiet <Internationales System/internationale Beziehungen> kann seit den 1990er Jahren wohl nicht mehr von einer vorherrschenden Modell- und Theoriebildung gesprochen werden. Obwohl der Sammelbegriff <Neorealismus> scheinbar eine begrifflich-theoretische Geschlossenheit der Forschungsansätze oder Theorien der internationalen Politik nahe legt, weichen die dem Neorealismus verpflichteten Forschungsarbeiten in ihren Hypothesen, Methoden und Befunden z.T. erheblich voneinander ab. Gerade vor dem Hintergrund der Auflösung des bipolaren internationalen Systems werden die politischen Wirkfaktoren, die die Konflikte und das Konfliktverhalten der (staatlichen) Akteure bestimmen, unterschiedlich gewichtet. Insgesamt ist das Spektrum der internationalen Konflikte nach 1990 eher breiter geworden. Die traditionellen Konfliktformen der Nachkriegszeit (ab 1945) sind in den Hintergrund getreten: zwischenstaatliche Kriege treten vergleichsweise selten auf. Neue Konfliktformen (asymmetrische Konflikte und kriegsähnliche Auseinandersetzungen) bestimmen in wachsendem Umfang die Szenarien. Im Vorderen und Mittleren Orient ist das gesamte Spektrum der neuen Konfliktmodi wie ein Brennglas gebündelt.²⁸⁰

Konflikte um Territorien und Grenzen (Israel-Syrien, Kaukasus usw.)

Konflikte um Herrschaftspositionen und Ideologien (Irak, Israel-Palästinenser/Islamist, Fundamentalismus)

Interethnische Konflikte (Türkei-kurdische Separatisten, Volksgruppen im Irak, Israel-Araber/Palästinenser)

Konflikte um Ressourcen (Wasserversorgung im Dreiländergebiet Türkei, Syrien, Irak; fossile Ressourcen/Erdöl im gesamten arabischen Halbmond)

Zwischenstaatliche Macht- und Einflusskonflikte (Libanon-Israel-Syrien-Iran).

Entscheidend für die Bewertung²⁸¹ der aktuellen Konflikte im Nahen Osten ist die Grundannahme, dass die klassischen Trennlinien zwischen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ideologisch-religiösen Konfliktursachen und spezifischen

²⁸⁰ Vgl. dazu die Übersicht bei Frank R. Pfetsch: Entwicklung und Evaluation. Empirische Dimensionen des Politischen. Darmstadt 1995, S. 172-193.

²⁸¹ Vgl. Bülent Gencer/Korkmaz Haktanır: The Middle East Question from 1991 to 2005, in: International Journal of Middle East Studies 4 B (supplementum) (2006) 1, S. 9-31.

Triebkräften aufgehoben zu sein scheinen. In aller Regel gehen Forschungsarbeiten²⁸² von einer Gemengelage aus, d.h. die gegenwärtigen Konflikte (z.B. Israel-Palästina; Türkei-Kurden; Irak insgesamt) werden nicht mehr auf eine Ursache zurückgeführt, sondern mit multikausal-multifaktoriellen Modellen erklärt. Entsprechend dieser „dynamischen Konfliktypologie“²⁸³ hat sich innerhalb der politikwissenschaftlichen Forschung eine enorme Theoriedynamik entwickelt, die im Schatten der neorealistischen Schule (Schulen) zu einer Vielzahl von Wissenschaftspositionen hinsichtlich der Bewertung der internationalen Beziehungen geführt hat. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die politikwissenschaftliche Forschung nicht mehr einem Paradigma verpflichtet, sondern in Anbetracht der komplexen Konfliktursachen, Konfliktmodi und -verläufe eher multiperspektivisch interdisziplinär und offen angelegt. Die traditionellen „Konfliktlinien Ost-West (Kalter Krieg), Ost-Ost (Konflikte zwischen sozialistischen Staaten), Nord-Süd (...) und Süd-Süd (Regionalkonflikte in der Dritten Welt)“²⁸⁴ sind zwar einerseits aufgelöst (Ost-West-Konflikt), andererseits aber nicht (Süd-Süd-Regionalkonflikte) überwunden oder in der Substanz entschärft worden (Nord-Süd). Mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten (*most dangerous triangle*) wird man sogar davon sprechen können, dass sich alte und neue Konfliktlinien kreuzen, überlagern und auch wechselseitig potenzieren können.

So ist z.B. die 'alte' Konfliktlinie Israel-Palästina in den letzten zehn Jahren durch die neuen Konflikte und Kriege am Golf erheblich aufgeladen worden, so dass der weitere Konfliktverlauf in Palästina/Israel für das gesamte internationale System brisante Folgen zeitigen kann. Die unmittelbar am Palästinakonflikt beteiligten Akteure (Israel-Syrien; Israel-Hisbollah/Hamas; Israel-gemäßigte Palästinenser usw.) sind in ihren politischen Optionen längst in die Gesamtentwicklung der Region (Iran, Irak usw.) verstrickt. Die türkische Außenpolitik hat auf diese Gemengelage reagiert und ihre Vermittlerdienste (Israel-Syrien; Israel-Iran usw.) angeboten.²⁸⁵ Dieses Beispiel (vgl. dazu in Detailanalyse IV.) macht deutlich, wie Mustafa Aydın und Mitarbeiter ausführen, dass die „Turkish foreign policy has achieved new particular goals, status, or options, especially by making politics in its areas.“²⁸⁶ Diese neue „*acquaintanceship*“²⁸⁷

²⁸² Vgl. dazu die Studie von Helmut Hubel: Das Ende des Kalten Krieges im Orient. München 1995, S. 36ff.; 104ff.; vgl. auch Mustafa Aydın: aydin@ politics. ankara. edu. tr. (Aydın gibt auf seiner Website einen ständig aktualisierten Überblick über die politikwissenschaftlichen Forschungsarbeiten über den gesamten Nahen und Mittleren Osten; in der Regel aus der Perspektive der Türkei).

²⁸³ Frank R. Pfetsch: Entwicklung und Evaluation, S. 175.

²⁸⁴ Ebd., S. 181.

²⁸⁵ Vgl. aydin@ politics. Ankara. edu. tr. (vom 6. März 2008).

²⁸⁶ Ebd., S. 30 (vom 6. März 2008 unter aydin@ politics. ankara. edu. tr.)

mit erweiterten Optionen im regionalstrategischen Kontext stellt die Politikplanung innerhalb der türkischen Regierung (einschließlich der Generalität) vor Herausforderungen, die in ihrer Brisanz nicht zu unterschätzen sind. Auch Gencer und Haktanır sprechen in diesem Zusammenhang von 'regionalstrategischen Risiken'²⁸⁸, die auf den Entscheidungsträgern der Sicherheits- und Außenpolitik des staatlichen Akteurs lasten.

Gerade in den zurückliegenden Jahren hat die Türkei, wie Gencer und Haktanır am Beispiel der Irakpolitik der Türkei überzeugend nachweisen, die diversen Optionen auszuschöpfen versucht und dabei auch das Risiko of „performing difficult acts vs. the U.S-administration“²⁸⁹ auf sich genommen. Im Rahmen der politikwissenschaftlichen Forschung wird es darauf ankommen, die Risiken, Entscheidungsvoraussetzungen und das reale Handeln des staatlichen Akteurs Türkei in eine angemessene Wechselbeziehung zu setzen und politiktheoretisch zu erklären. Als geeignete Modelle kommen hier neue systemtheoretische Ansätze in Frage. Auf deren Grundlage ist es m. E. möglich, die komplexen Wechselbeziehungen von politischen Konstanten und Variablen adäquat zu analysieren und theoretisch zu erklären.

Wilhelm Bleek²⁹⁰ hat in seiner wissenschaftsgeschichtlichen Untersuchung auf den pluralistischen Diskurs in der aktuellen Politikwissenschaft verwiesen und in diesem Zusammenhang auf eine krisenabhängige Theoriedynamik verwiesen²⁹¹. Grundsätzlich geht Bleek davon aus, dass alle Teildisziplinen (Gegenstände) der aktuellen politikwissenschaftlichen Forschung komplexer und multivariat geworden sind, d.h. aus der Politikwissenschaft ist „ein komplexes, aber integriertes Netzwerk“²⁹² geworden. Die traditionellen realistischen Systementwürfe sind längst obsolet geworden.²⁹³ Vor dem Hintergrund einer dynamisch sich verändernden Wirklichkeit bleibt als politikwissenschaftliches Desiderat nur ein „Modell einer pluralistischen Ordnung“, das durch die „Einsicht in das dialektische Verhältnis von Einheit und Vielheit“²⁹⁴ gekennzeichnet ist.

²⁸⁷ Ebd., S. 30.

²⁸⁸ Vgl. Bülent Gencer/Korkmaz Haktanır: The Middle East Question, S. 23-25.,

²⁸⁹ Ebd., S. 25.

²⁹⁰ Wilhelm Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. München 2001 (vor allem S. 455 ff.)

²⁹¹ Ebd., S. 455.

²⁹² Ebd., S. 456.

²⁹³ Vgl., S. 455-457.

²⁹⁴ Ebd., S. 456.

Wenn im Rahmen der vorliegenden Untersuchung die aktuelle Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei mit den Begriffen <Handlungsspielraum, neue Optionen im regionalen Kontext usw.> beschrieben wird, dann wird bereits mit dieser Terminologie an politikwissenschaftliche Modellbildungen angeknüpft, die von einer neuen Dynamik bzw. qualitativ veränderten Korrelation von Konstanten und Variablen der internationalen Beziehungen ausgehen. Die Rahmenbedingungen der internationalen Politik stehen seit Anfang der 1990er Jahre unter der Signatur differenzierter Abhängigkeiten und komplexer Wandlungsprozesse. Das hat nicht nur damit zu tun, dass der strukturprägende Ost-West-Konflikt überwunden worden ist. Vielmehr sind Art und Umfang der internationalen Verflechtung und Abhängigkeiten binnen der letzten beiden Jahrzehnte insgesamt verändert worden (z.B. Globalisierung als ökonomische Durchdringung der Weltwirtschaft und ihrer Finanzmärkte). Die theoretische Deutung dieser neuen internationalen Verflechtungen und – vice versa – Konflikte setzt ein Analyseinstrumentarium voraus, das auf monokausale Erklärungsmodelle verzichtet und die kaum übersehbaren politischen, sozialen und weltwirtschaftlichen Umstrukturierungen auch dynamisch-dissipativ zu erklären versucht. Möglicherweise kann es hier kein konsensfähiges Modell des internationalen Systems geben, weil diese „Komplexität (...) intellektuell nicht überschaubar“²⁹⁵ ist. So sind in den letzten Jahren Modelle entwickelt worden, die wissenschaftstheoretisch betrachtet keinen universalen Erklärungsanspruch erheben, sondern von einem „mehrfach fragmentierten, offenen und multipolaren internationalen System“²⁹⁶ ausgehen. Eberwein betont in diesem Zusammenhang, dass die Entwicklungslinien der internationalen Politik und des multipolaren internationalen Systems nur unter Vorbehalt zu beschreiben und zu prognostizieren sind.

Die „konkrete Komposition“²⁹⁷ der Systemfaktoren (i.e. des internationalen Systems) lässt sich zwar mit Einschränkungen beschreiben, aber die Instabilität der Umbruch- und Entwicklungsprozesse führt in nicht unerheblichem Maße zu Aporien und allenfalls zu Wahrscheinlichkeitsaussagen. Gerade mit Blick auf die enorme Dynamik in instabilen Regionen des internationalen Systems (Gefahr der „Eskalation

²⁹⁵ Wolf-Dieter Eberwein: Globale Perspektiven-Wandel der Gesellschaftsformen, in: Staatslexikon. Band 6, S. 19 (Beitrag: S. 19-22).

²⁹⁶ Ebd., S. 36.

²⁹⁷ Ebd., S. 36.

lokaler Konflikte²⁹⁸) gilt dieser Vorbehalt umso mehr. Valide und „verlässliche Angaben“²⁹⁹ sind deshalb immer nur situativ temporär möglich.

In der Politikwissenschaft³⁰⁰ besteht ein weitgehender Konsens, dass man den Systembegriff auf den Gegenstandsbereich der internationalen Politik deshalb anwenden kann, weil die Systemfaktoren (Staaten, Bündnisse usw.) in einer regelgeleiteten und ‚systemischen Beziehung‘ zueinander stehen. Staaten usw. sind von Menschen geschaffene Gebilde. In der internationalen Politik treffen diese staatlichen Gebilde aufeinander, d.h. das internationale System besteht aus einer Reihe von Komponenten (Staaten usw.), die untereinander in eine regelgeleitete Beziehung treten. Je komplexer aber das Regelwerk ist, desto schwieriger und offener verläuft die intrasystemische Beziehung der Akteure.³⁰¹ Dabei ist es systemtheoretisch aber wesentlich, dass es in dem System (z.B. internationales System) mindestens zwei Wirkungs- und Beschreibungsebenen gibt, die nicht aufeinander reduziert werden können.³⁰² Die bekannte Redewendung „Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“ drückt diese Dimension der Wirkungsebenen relativ anschaulich aus. In einem System manifestiert sich beispielweise eine Gesamt- oder Makro-Ordnung, die sich nicht vollständig aus den im System ablaufenden Mikro oder Teilprozessen bzw. Wechselwirkungen ableiten lässt. In neueren systemtheoretischen Ansätzen entspricht also der Systembegriff grundsätzlich nicht-reduktionistischen Denkformen!

Was heißt das? Die Gesamtordnung des gegenwärtigen internationalen Systems lässt sich vergleichsweise präzise beschreiben (Bündniskonstellationen, regionale Konflikte, Interessenlagen u.v.a.m.). Das in Teilprozessen erkennbare Verhalten einzelner Akteure (z.B. Türkei) lässt sich aber nicht einfach aus dieser Makro-Ordnung ableiten. In den jüngeren systemtheoretischen Politikmodellen hat der Begriff <offenes System> eine Art „Hochkonjunktur.“³⁰³ In der Systemtheorie versteht man unter einem offenen System eine Struktur, die dissipativ und komplex ist: Ein System ist offen, wenn es für den Austausch und die Wechselbeziehung mit anderen Akteuren mehrere Optionen hat, deren schließliche Wahl zwar *a posteriori* interpretiert, nicht aber vorher begründet oder prognostiziert werden kann.³⁰⁴ Natürlich handeln staatliche Akteure

²⁹⁸ Ebd., S. 37.

²⁹⁹ Ebd., S. 36.

³⁰⁰ Vgl. Thomas Döring/Klaus Raeder: Systemtheoretische Modellbildungen in der Politikwissenschaft: Positionen-Diskurse-Desiderate. Leipzig 2007, S. 18-29 (Überblicksdarstellung).

³⁰¹ Vgl. ebd., S. 104 f.

³⁰² Vgl. ebd., S. 106.

³⁰³ Ebd., S. 107.

³⁰⁴ Vgl. ebd., 309.

„nicht interesselos, geschweige den irrational.“³⁰⁵ Döring und Raeder machen am Beispiel der „regionalen Bruchstellen und prekären Konfliktzonen (Palästina, Irak, Iran, Türkei usw.)“³⁰⁶ deutlich, welche Aporien jede politikwissenschaftliche Modellbildung belasten bzw. in ihrer Erklärungsreichweite einschränken. Grundsätzlich gehen die beiden Autoren davon aus, dass das internationale System eine Struktur aufweist, deren Organisationsmuster man als „Verknüpfung der im System ablaufenden Prozesse der staatlichen und nicht-staatlichen Akteure“³⁰⁷ bezeichnen kann.

Politikwissenschaft verfolgt grundsätzlich das Ziel, „diese Organisationsmuster zu bestimmen und zu erklären.“³⁰⁸ Die Gesamtprozesse, die zu diesem System geführt haben, können als „Hyperzyklus“³⁰⁹ beschrieben werden. In einem Bündnis (z.B. NATO) gibt es vor diesem Hintergrund relativ stabile Beziehungen zwischen den Subsystemen, d.h. den einzelnen Staaten. Allerdings ist diese Stabilität und Kalkulierbarkeit nicht einfach festgeschrieben. Gerade in Zeiten des politischen Wandels können „katalytische Prozesse“³¹⁰, die eine „Eigendynamik entwickeln und das Handeln der Subsysteme neu formieren“³¹¹, auftreten und die „Verknüpfungsmuster des Gesamtsystems sukzessive erodieren.“³¹² Döring und Raeder nehmen mit guten Gründen an, dass das gegenwärtige Handlungsfeld der internationalen Beziehungen einem enormen Zyklus von Umwandlungsprozessen unterworfen ist: „In systemtheoretischer Bewertung wirkt der Zyklus katalytischer Prozesse im Ganzen wie ein ‘Autokatalysator’ – er vermehrt sich selbst, entwickelt gleichsam eine autopoietische Dynamik. Vor diesem Hintergrund sind bestimmte Subsysteme (z.B. staatliche Akteure in Krisenregionen, instabilen Systemsegmenten) einer eigenen Dynamik unterworfen, die wiederum auf bestimmte Subsysteme in stabilen Segmenten der Makro-Ordnung erhebliche Wirkungen ausüben kann.“³¹³

Diese ‘trockene’ Beschreibung lässt sich m. E. auf das ‘Subsystem’ des staatlichen Akteurs Türkei übertragen. Die Türkei ist regionalstrategisch in einer prekären Situation und demzufolge „mit der spezifischen Dynamik eines kritisch-

³⁰⁵ Ebd., S. 309.

³⁰⁶ Ebd., S. 156.

³⁰⁷ Ebd., S. 158.

³⁰⁸ Ebd., S. 159.

³⁰⁹ Ebd., S. 161.

³¹⁰ Ebd., S. 160.

³¹¹ Ebd., S. 163.

³¹² Ebd., S. 163.

³¹³ Ebd., S. 163f.

instabilen Segments³¹⁴ im Gesamtsystem der internationalen Politik konfrontiert. Um das Phänomen eines 'instabilen Segments'(Krisenregion usw.) im internationalen System politikwissenschaftlich analysieren und die Handlungsoptionen der Akteure (in der Regel: staatliche Akteure) abbilden zu können, haben sich in den letzten Jahren entscheidungs- und spieltheoretische Modelle bewährt.

Worum geht es hier? Jeder spieltheoretische Ansatz basiert auf einer mathematischen Wahrscheinlichkeitstheorie, d.h. einer „Theorie der rationalen Auswahl von Handlungsstrategien in Situationen, in denen mehrere Akteure ('Spieler') mit zumindest teilweise unterschiedlichen Interessen involviert sind.“³¹⁵

In wissenschaftsgeschichtlicher Hinsicht kann man die Spieltheorie „als Spezialdisziplin der Entscheidungstheorie auffassen, in dem man die Handlungen anderer Spieler als Ereignisse betrachtet, deren Wahrscheinlichkeiten unbekannt sind (Entscheidungstheorie: Ungewissheit); jedoch ist auch die umgekehrte Sichtweise (Entscheidungstheorie als Spezialfall der Spieltheorie) möglich(...).“³¹⁶

In der Politikwissenschaft sind spiel- bzw. entscheidungstheoretische Ansätze heute insofern vielversprechend, als den Akteuren in global- oder regionalstrategischen Entscheidungssituationen zur Verfolgung ihrer Interessen/Ziele mehrere Handlungsoptionen offen stehen. Angesichts der Instabilität des Systems sind aber die Konsequenzen der Entscheidungen nicht allein durch das eigene Planen und Handeln, sondern auch durch das Handeln der antagonistischen Akteure bestimmt. Hier liegen die Risiken der Akteure. In der Politikwissenschaft wird seit Machiavelli vorausgesetzt, dass staatliche Akteure nach Lösungen suchen, die bei kalkulierbar-rationalem Verhalten der Ko-Akteure mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten sind.³¹⁷ Bei der Bestimmung der Lösungsansätze im politischen Handlungsfeld und in politischen Szenarien werden sowohl die Strategien als auch die mit den diversen Strategiekombinationen verbundenen Interessen bzw. Erfolgen („Gewinn“) der Akteure berücksichtigt. Wichtig ist dabei die Unterscheidung der jeweiligen Ausgangssituation. In der Spiel- und Entscheidungstheorie geht man dabei von zwei grundlegend

³¹⁴ Ebd., S. 163 (Diesen Ansatz vertreten auch W. Link, Czempel, Pfetsch u.a.).

³¹⁵ Hans Rott: Spieltheorie, in: Enzyklopädie, Philosophie und Wissenschaftstheorie. Band 4. Hrsg. Von Jürgen Mittelstraß. Bd. 4. Stuttgart/Weimar 1996, S. 38 (Beitrag: S. 38-41.).

³¹⁶ Ebd., S. 38.

³¹⁷ Vgl. die bahnbrechenden Studien J. v. Neumann/O. Morgenstern: Theory of Games and Economic Behavior. 3. Auflage. Princeton/N. J. 1953 (dieser Ansatz wurde in den Sozial-/Politikwissenschaften fruchtbar gemacht!).

verschiedenen Ausgangssituationen („Spielbeginn“) aus. Ein zentrales Unterscheidungskriterium bezieht sich hierbei auf folgende Konstellationen:³¹⁸

kooperative Ausgangssituation und kooperatives Spiel (der Akteur hat die Ressource Bündnispartner/Koalition und kann mit diesem Rückhalt seine Option mit hoher Wahrscheinlichkeit realisieren),

non-kooperative Ausgangssituation (der Akteur ist auf sich gestellt und muss im Zuge des 'Spiels' seine Strategie anpassen, modifizieren und revidieren).

Gerade in instabilen Segmenten des internationalen Systems besteht natürlich die Gefahr einer non-kooperativen Ausgangssituation.³¹⁹ Ein staatlicher Akteur kann 'allein gelassen' werden und muss ein hohes Maß an Risiken tragen. Allerdings ist dieses Konstrukt in dem gegenwärtigen internationalen System nur in sehr seltenen Fällen (Nordkorea, Iran!) anzutreffen. Die meisten Staaten von Bedeutung haben eine kooperative Ausgangssituation (z.B. in Form der Bündniszugehörigkeit). Gleichwohl kann es zu Situationen kommen, in dem ein Akteur (wie z.B. die Türkei) partiell eine strategische Entscheidung treffen muss, die in ihn mit einer non-kooperativen Ausgangssituation konfrontiert. In der Regel stehen dann die nationalen

³¹⁸ Vgl. Klaus-Dieter Ingenkamp: Spieltheorie als Modell politischer Entscheidungsbildung. Graz 2003, S. 11 f.

³¹⁹ In den letzten Jahren hat bei der Erforschung der türkischen Sicherheits- und Außenpolitik die Grundannahme der 'Instabilität' der Region die zentrale Rolle gespielt; vgl. dazu die Studien von: Doğan Güreş: Turkey's defence policy. The role of the Armed Forces and strategy, concepts and capabilities, in: The RUSI Journal 138 (June 1993) 3, S. 1-6; Lerch, Wolfgang Günter: Die Türkei als regionale "Großmacht". Hoffnungen und Illusionen einer weltpolitischen Umwälzung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Bonn), (17. September 1993) B 38/39, S. 3-9; Günlük-Şenesen, Gülay: Turkey: the arms industry modernization programme, in: Wulf, Herbert (Hrsg.): Arms industry limited, Stockholm International Peace Research Institute, London 1993, S. 251-267; Karaosmanoğlu, Ali L.: Die neue regionale Rolle der Türkei, in: Europa-Archiv 48 (10. August 1993) 15, S. 425-434; Rouleau, Eric: The challenges to Turkey, in: Foreign Affairs (New York/N.Y.), 72 (November/Dezember 1993) 5, S. 110-126; Öymen, Onur: Turkey's European foreign policy, in: Perceptions 2 (März-Mai 1997) 3, S. 7-14; Çiller, Tansu: The role of Turkey in "the new world", in: Strategic Review 22 (Winter 1994) 1, S. 7-11; Hale, William: Turkish foreign policy after the cold war, in: Turkish Review of Balkan Studies, (Hrsg.): Foundation for Middle East and Balkan Studies 1 (1993) 1, S. 231-248; Blank, Stephen C. Pelletiere und William T. Johnsen: Turkey's strategic position at the crossroads of world affairs, Carlisle Barracks/Pa.: Strategic Studies Institute, 1993; Kirişçi, Kemal: The end of the Cold War and changes in Turkish foreign policy behaviour, in: Foreign Policy 18 (1993) 3-4, S. 1-43; Athanassopoulou, Ekavi: Ankara's foreign policy objectives after the end of the Cold War. Making policy in a changing environment, in: Orient 36 (Juni 1995) 2, S. 269-285; Ahmad, Feroz: The making of modern Turkey, London 1993; Fuller, Graham E.: Turkey in the new international security environment, in: Larrabe, F. Stephen (Hrsg.): The volatile powder keg, Washington 1994, S. 135-149; Mango, Andrew: Turkey: the challenge of a new role, herausgegeben vom Center for Strategic and International Studies, Westport 1994 (The Washington Papers; 163); Çakmakoglu, Sabahattin: A very special geo-strategic position (Interview), in: Military Technology 23 (1999) 12, S. 59-65, III, Fuller, Graham E.: The EU and Turkey's Euroasian foreign policy. The new challenge, in: Bağcı, Hüseyin (Hrsg.): Parameters of Partnership, Baden-Baden 1999, (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung; Bd. 14), S. 161-175; Bozdağlioğlu, Yücel: Identity crisis and the struggle for recognition in Turkey, in: Journal of South Asian and Middle East Studies 23 (Winter 2000) 2, S. 18-36.

Sicherheitsinteressen relativ über den Interessen z. B. der Bündnispartner.³²⁰ Ein Beispiel ist hier die Kurdenpolitik Ankaras, die seit Jahrzehnten Teil einer regionalen Konfliktkonstellation (Iran, Irak, Syrien, Türkei) ist. Die Türkei ist in dieser Hinsicht bereit, einen Dissens mit den USA, den NATO-Partnern und den EU-Staaten zu riskieren.

II.11. Zwischenfazit

Grundsätzlich bedeuteten das Ende des bipolaren Weltsystems und die damit verbundene Auflösung des Ostblocks eine unumkehrbare Zäsur für die internationale Politik und mit Blick auf den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Forschungsarbeit – für den staatlichen Akteur Türkei in seinem außen- und sicherheitspolitischen Kontext. Die Türkei ist seit Anfang der 1990er Jahre, vor allem infolge der beiden letzten Golfkriege, mit neuen strategischen Herausforderungen konfrontiert. Durch die Eigendynamik, aber auch durch die sich durchdringenden Konfliktlinien alter und neuer Krisenkonstellationen (alt: Palästina; neu: Instabilität des NachkriegsIrak usw.) sind die Risiken der türkischer Politik gewachsen. In der Verfolgung ihrer nationalen Sicherheitsinteressen hat die Türkei mehrfach das Risiko auf sich genommen, Konflikte (in der Wahrnehmung der türkischen Eliten) aus einer non-kooperativen Ausgangssituation heraus anzugehen und zu lösen versuchen.

So hat die Türkei ihren Bündnispartner USA deutlich verprellt, als sie im 3. Golfkrieg nicht aktiv auf die Seite der Koalition gegen das Saddam-Regime getreten ist. Das türkische Interesse an einer stabilen Ordnung der Anrainer-Staaten (Irak beispielsweise) wog schwerer als die Gründe der USA, das Baath-Regime in Bagdad zu beseitigen. Auch in der *Post-War-Era* hat die Türkei trotz des Protests der USA und der europäischen NATO-Partner ihre z.T. offensive Politik im Grenzgebiet zum Irak fortgesetzt und militärische Operationen auf dem Staatsgebiet des Irak gegen separatistische Kurden durchgeführt. Hier wird deutlich, dass die Spielräume der Türkei im regionalen Kontext erheblich erweitert worden sind. Dieses Spektrum an neu

³²⁰ Die nationale Interessenpolitik der Türkei hat sich auch im erheblichen Dissens mit den USA!- im Vorfeld des 3. Golfkriegs gezeigt; darüber hinaus verfolgt die Türkei im Nordirak eindeutig eigene Interessen (Kurdenproblem!); vgl. die entsprechenden „Links“ über das Türkische Verteidigungsministerium www.msb.gov.tr und das Türkische Außenministerium www.mfa.gov.tr (hier hieß es am 3. Februar 2008: „The politics of the Turkish government are based on rational interests and transparent goals. One goal is the stability of Turkey (...)“).

gewonnenen Optionen lässt sich mit Hilfe eines Mehr-Komponenten-Modells (unter Vorhalt, s.o.) angemessen beschreiben: „Die Instabilität bestimmter Regionen (u.a. Naher Osten) ist zwar teilweise in historisch zurückliegenden Perioden entstanden, in ihrer Eskalationsbreite und intensität aber sind die jüngsten Umwälzungen des internationalen Systems die Ursache. Um das Phänomen der Instabilität politiktheoretisch in den 'Griff' zu bekommen, wird es darauf ankommen, ein komplexes Ursachenbündel für akute Konfliktszenarien (Israel/Palästinenser; Türkei/Kurden; Nachkriegs-Irak; westliche Welt/Iran usw.) in Rechnung zu stellen. In dieser Hinsicht spricht viel, wenn nicht alles für ein 'Mehr-Komponenten-Modell'. Der klassische Grundsatz, Phänomene in Natur und Geschichte, auf einfache Weise zu erklären und ein-möglichst-einfaches Gesetz von Ursache und Wirkung(en) zu formulieren, scheint nicht mehr zu gelten.“³²¹

III. Türkische Außen- und Sicherheitspolitik seit Beginn der 1990er Jahre: Rahmenbedingungen, Akteure, Mittel und Ziele

III.1. Innenpolitische Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnisse der Eliten in der Türkei

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Überwindung der bipolaren Weltordnung steht die türkische Außen- und Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen. Heinz Kramer hat Ende der 1990er Jahre eine erste Zwischenbilanz gezogen und auf die Heterogenität der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik aufmerksam gemacht:³²²

„Es ist bisher nicht erkennbar, dass die politische Führung der Türkei ein in sich abgestimmtes außen- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept für die Reaktion auf die neue Situation entwickelt hat; es fehlt eine türkische 'Grand Strategy'. Das kann allerdings angesichts der innenpolitischen Heterogenität, die in eine allgemeine Orientierungslosigkeit der politischen Klasse des Landes auszuarten droht, auch nicht weiter verwundern.“

Kramer betont in diesem Zusammenhang, dass die innenpolitischen Rahmenbedingungen innerhalb der Türkei einen erheblichen Einfluss auf die Außen- und Sicherheitspolitik des Landes ausüben. Zweifelsohne spiegelt sich diese von H. Kramer erwähnte innenpolitische Heterogenität (s.o.) während der 1990er Jahre in der

³²¹ Thomas Döring/Klaus Raeder: Systemtheoretische Modellbildungen, S. 346 (Fazit: S. 336-353).

³²² Heinz Kramer: Die Türkei in den sicherheitspolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges, in: P. Trummer et al. (Hrsg.): Die Lage im östlichen Mittelmeerraum als Aspekt deutscher Sicherheitspolitik. München 1997, S. 115.

türkischen Außenpolitik wider. Auch Udo Steinbach verweist auf die innenpolitische Instabilität der Türkei und zieht eine bemerkenswerte Schlussfolgerung:³²³ „Es versteht sich von selbst, dass nur eine im Innern stabile Türkei eine berechenbare und auf Ausgleich angelegte Außenpolitik führen kann.“

Mit Blick auf den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Forschungsarbeit stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang von innen- und außenpolitischen Wirkfaktoren. Nach Udo Steinbach³²⁴ lässt sich nachweisen, dass die türkische Außenpolitik bis ca. 1995 zwischen zwei strategischen Konzepten pendelte. In diesem Zusammenhang verweist Steinbach auf die von 1983 bis 1993 prägende außenpolitische Konzeption des türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özal (1927 – 1993). Özal war aus den Parlamentswahlen vom 6.11.1983 als Sieger hervorgegangen.

Die innenpolitische Situation des Jahres 1983 war konfliktgeladen. Die militärischen Eliten hatten unter Berufung auf die kemalistisch-laizistische Staatsdoktrin der Türkei am 24.04.1983 ein neues Parteiengesetz erlassen. Infolge dieses Gesetzes kam es zur Neugründung von Parteien, darunter die neu formierte Mutterland-Partei unter der Führung von Turgut Özal. Die innenpolitische Strategie der Mutterland-Partei wurde maßgeblich durch das neue Wahlgesetz vom 14.06.1983 und durch das am 10.11.1983 verlängerte Kriegsrecht bestimmt. Özal verfolgte eine zunächst auf Konsens ausgerichtete Innenpolitik, indem er die Wirtschaftspolitik liberalisierte und den gesellschaftlichen Einfluss von Nationalisten und Islamisten vorsichtig eindämmte.

Die Konstante der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik bildeten für Özal die besonderen türkisch-amerikanischen Beziehungen, wobei Özal aber auch die bis 1983 vernachlässigten Beziehungen zu den islamischen Nachbarstaaten durch bilaterale Abkommen zu intensivieren versuchte.³²⁵ Nach dem Ende der Sowjetunion wurde

³²³ Udo Steinbach: Der EU-Beitritt der Türkei. Pro: Sicherheitspolitischer Stabilitätsfaktor, in: Internationale Politik 55 (2000) 3, S. 56.

³²⁴ Vgl. dazu Udo Steinbach: Außenpolitik am Wendepunkt? Ankara sucht seinen Standort im internationalen System, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, 7. März 1997, S. 24.

³²⁵ Vgl. James F. Brown: Turkey: Back to the Balkans, in: Graham E. Fuller/Ian O. Lesser: Turkey's New Geopolitics. From the Balkans to Western China. Boulder 1993, S. 141-147, Bülent Aras: Turkey's Politics in the Former Soviet South: Assets and Options, in: Turkish Studies 1 (2000) (1), S. 36-58; Türkaya Ataöv: Turkey, the CIS and Eastern Europe, in: Canan Balkır/Allan M. Williams (Hrsg.): Turkey and Europe. London/New York 1993, S. 191-218; Mustafa Aydın: Turkey and Central Asia: Challenges of Change, in: Central Asian Survey 15 (1996) 2, S. 157-177; Idris Bal: Rise and Fall of Elchibey and Turkey's Central Asian Policy, in: Foreign Policy 22 (2000) 3/4, S. 1-16; Süleyman Demirel: Newly- Emerging Centre, in: Turkish Review Quarterly Digest 6 (Winter 1992) 30, S. 5-16 (Demirels Beitrag spiegelt insofern den 'neuen Nationalismus' in der Türkei wider, als der Verfasser ein maßgeblicher Politiker innerhalb der Türkei gewesen ist und eine außenpolitische Konzeption befürwortet, in der der Türkei die Rolle eines 'regionalen Zentrums' zugewiesen wird!).

dieses außenpolitische Handlungsmuster der 'Bilateralität' von Özal auch auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion übertragen. Die Türkei intensivierte von 1991 bis 1993 ihre Kontakte mit den 'neuen Nachbarstaaten' (Ukraine, Georgien, Aserbeidschan usw.) in der Region. Auch der von der Türkei entwickelte Ansatz der zwischenstaatlichen Kooperation in Form von regionalen Organisationen ist eine maßgebliche Komponente der Außenpolitik Özals.³²⁶ Auch die Verbesserung der Beziehungen der Türkei zur EU prägte das außen- und sicherheitspolitische Konzept Özals zwischen 1983 und 1993.³²⁷ So versuchte Özal die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU zu erreichen und stellte 1987 einen Beitrittsantrag.

Die EU lehnte diesen Antrag zwar ab, zeigte sich aber im Gegenzug bereit, das bestehende Assoziationsabkommen zugunsten der Türkei zu modifizieren und einen konkreten Zeitplan zur neuerlichen Überprüfung des türkischen Beitrittsersuchens in Bälde vorzulegen. Für die türkische Regierung stellte diese 'Blockade' eines EU-Beitritts ihres Landes eine erhebliche Belastung dar und führte in der türkischen Gesellschaft zu einem deutlichen Stimmungsumschwung hinsichtlich der 'Westintegration'. Vor allem in nationalistischen und islamisierenden Gruppierungen wurde ein neuer Weg der Türkei gefordert, der im Kern die Westorientierung des Landes in Frage stellte.³²⁸ Gleichwohl vermied der türkische Ministerpräsident Özal nationalistische Töne und entschied sich für eine pragmatische Politik gegenüber den europäischen Organisationen. Die Verbesserung und Liberalisierung der EG/EU-Türkei-Handelsbeziehungen gehen zweifelsohne auf das Konto dieser Politik Özals. Die türkische Wirtschaft erlebte ab 1990 einen beachtlichen Boom und konnte ihr Exportvolumen signifikant steigern. Turgut Özal wurde schließlich am 31.10.1989 vom Parlament für sieben Jahre zum Staatspräsidenten der Türkei gewählt. Özal verfolgte eine Politik der gemäßigten Islamisierung der türkischen Gesellschaft.

Das von der kemalistisch-laizistischen Eliten (Militär usw.) mit Argwohn beobachtete Erstarken eines islamischen Fundamentalismus stellte für die Politik Özals

³²⁶ Vgl. dazu Werner Gumpel: Determinanten der türkischen Außenpolitik in der Schwarzmeerregion und in Mittelasien, in: Südosteuropa Mitteilungen 38 (1998) 1, S. 23-32; Wiliam Hale: Turkey, the Black Sea and Transcaucasia, in: John F.R. Wright/Suzanne Goldenberg/Richard Schofield (Hrsg.): Transcaucasian Boundaries. London 1996, S. 54-70.

³²⁷ Vgl. dazu Mustafa Asula: Der Vertrag von Ankara: Sein Drei-Phasen-Plan für die EG-Mitgliedschaft der Türkei, in: Südosteuropa Mitteilungen 26 (1986) 3, S. 25-29; Barry Buzan/Thomas Diez: The European Union and Turkey, in: Survival 41 (1999) 1, S. 41-57.

³²⁸ Vgl. dazu Bilge Cankorel: Der EG-Beitrittsantrag der Türkei aus der Sicht der türkischen Regierung, in: Faruk Şen/D. Rehwinkel (Hrsg.): Türkei und Europäische Integration. Bonn 1990, S. 113-118; vor allem auch bei İsmail Cem: Turkey and Europa: Looking to the Future from a Historical Perspective, in: Perceptions 5 (June/August 2000) 3, S. 5-10.

insofern ein Problem dar, als Özal einerseits in den gemäßigt islamischen Gruppierungen seine stärkste innenpolitische Stütze sah, andererseits aber die Islamisierung der türkischen Gesellschaft nicht gegen die kemalistische Elite im Militär um jeden Preis durchsetzen konnte. Der islamistisch geprägten Wohlfahrtspartei (RP) gelang unter Necmettin Erbakan 1991 mit fast 17% der abgegebenen Stimmen der Einzug in das türkische Parlament.³²⁹

Die Wohlfahrtspartei wurde in den Jahren 1992 und 1993 zu einer maßgeblichen Kraft in der türkischen Gesellschaft und Innenpolitik. In diesen Jahren zeigte sich zum ersten Mal die von H. Kramer so bezeichnete 'innenpolitische Heterogenität' der Türkei. Der vom Militär getragene laizistische Kemalismus, der eine moderne, an der westlichen Welt orientierte türkische Republik propagierte, musste sich spätestens ab 1993 mit einer wachsenden Fundamentalopposition auseinandersetzen.³³⁰ Die Wohlfahrtspartei war die mit Abstand mitgliederstärkste politische Kraft in der Türkei. Auf allen gesellschaftspolitisch relevanten Handlungsfeldern konnte die RP ihre politische Stärke zeigen und ihre Mitglieder mobilisieren. Der Grabenbruch zwischen den politischen und gesellschaftlichen Eliten wurde dadurch immer größer. Bei den Parlamentswahlen vom 24.12.1995 wurde die Wohlfahrtspartei zwar die stärkste Kraft, aber die Mehrheitsverhältnisse im türkischen Parlament blieben unklar. Am 07.3.1996 bildeten die beiden Parteien ANAP und DYP eine Regierungskoalition. Im Amt des Ministerpräsidenten sollten sich die Parteivorsitzenden und Rivalen, Yilmaz und Çiller, abwechseln. Bereits am 07. Juni 1996 trat Yilmaz als Ministerpräsident dieser 'ungleichen' Koalition zurück; Erbakan, der Vorsitzende der RP, wurde von Staatspräsident Demirel mit der Regierungsbildung beauftragt. Erbakan bildete vor dem Hintergrund des numerischen Proporz im Parlament eine Koalition mit der DYP, wobei wieder ein Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten nach dem Turnus von zwei Jahren verabredet worden war. Allerdings musste Erbakan als Ministerpräsident im Sommer 1997 auf Druck der kemalistischen Militärelite und nach Desavouierung des Koalitionspartners DYP zurücktreten. Wieder wurde Yilmaz zum Ministerpräsidenten und Regierungschef einer konservativ-sozialdemokratischen Koalition gewählt.³³¹

³²⁹ Vgl. İhsan D. Dağı: Islam, Politics and the Welfare Party, in: Foreign Policy 19 (1995) 3/4, S. 17-28.

³³⁰ Vgl. Dazu die Studien von Sencer Ayata: Patronage, Party, and State: The Politicization of Islam in Turkey, in: Middle East Journal 50 (Winter 1996) 1, S. 40-56; Erhard Franz: Türkei: Laizismus contra Islamismus, in: Gesellschaft und Politik, in: Südosteuropa Mitteilungen 37 (1997) 1, S. 10-16; vgl. zur Politik Erbakans bei Heinz Kramer: Die Türkei unter Erbakan: Kontinuität und islamischer Wandel, in: Außenpolitik 47 (1996) 4, S. 379-388.

³³¹ Vgl. dazu insgesamt die Studien von Sencer Ayata: Patronage, Party, and State: The Politicization of Islam in Turkey, in: Middle East Journal 50 (Winter 1996) 1, S. 40-56.

Das vorläufige politische Ende der Wohlfahrtspartei erfolgte durch Verbot des türkischen Verfassungsgerichts am 15. Januar 1998. Die gesellschaftspolitische und außerparlamentarische Kraft dieser islamistischen Gruppierung blieb aber ungebrochen.³³² Zahlreiche Streiks im Öffentlichen Dienst und Protestkundgebungen gegen das in der Türkei für staatliche Institutionen geltende 'Kopftuchverbot' spiegeln den enormen Rückhalt der religiösen Kräfte in der Türkei wider.³³³ Die innenpolitischen Spannungen hatten z.T. auch erhebliche Auswirkungen auf die türkische Außenpolitik. Die türkische Öffentlichkeit reagierte beispielsweise sehr empfindlich, als auf dem EU-Gipfeltreffen in Luxemburg (12. bis 13.12.1997) zwar eine zügige Osterweiterung der EU beschlossen, nicht aber ein Beitrittstermin für die Türkei in Aussicht gestellt wurde.³³⁴ Die türkische Regierung reagierte auf diesen 'Affront von Luxemburg' mit dem Abbruch der laufenden Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU. In der türkischen Presse wurde sogar die Forderung nach einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur EU erhoben, weil der Antrag der Türkei auf Vollmitgliedschaft in der EU (seit 1987) mit immer neuen Forderungen verbunden wurde.³³⁵ Die Polarisierung der türkischen Gesellschaft hat erhebliche Auswirkungen auf die Außen- und Sicherheitspolitik des staatlichen Akteurs Türkei. Die an Westeuropa orientierten kemalistischen Eliten schienen aber noch die strategischen Optionen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik stärker zu bestimmen als die nationalistischen und islamistischen Kräfte. Als ein Beweis kann die Wiederaufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen von Seiten der türkischen Regierung gelten. Als die Türkei daraufhin im Dezember 1999 auf dem EU-Gipfeltreffen in Helsinki den Status eines Beitrittskandidaten zur EU erhielt, herrschte in der türkischen Öffentlichkeit ein vergleichsweise großer Optimismus.³³⁶ Ministerpräsident Ecevit hoffte noch im Jahr 2000, dass die Türkei bis 2004 als Vollmitglied in die EU aufgenommen würde.³³⁷ Allerdings wurden die neuen Forderungen der EU für die Türkei schließlich zum innenpolitischen Problem.

³³² Vgl. dazu die Detailanalyse von Jenny B. White: Pragmatists or Ideologues? Turkey's Welfare Party in Power, in: *Current History* 96 (1997) 606, S. 83-98.

³³³ Vgl. Sultan Tepe: Kemalism, Islamism and National Action Party, in: *Turkish Studies* 1 (2000) 2, S. 19-25.

³³⁴ Vgl. James Simon: Issues, Core Points, and Parameters of a 'broken Partnership': EU and Turkey- Reconsidering the Crisis. Boston 2002, S. 17-23.

³³⁵ Vgl. ebd., S. 101-133 (dort Analyse der türkischen Presse).

³³⁶ Vgl. ebd., S. 196-209.

³³⁷ Vgl. ebd., S. 231 (Interview mit Ecevit in der Zeitung *Hürriyet* vom 3. Januar 2000).

Bereits ab Frühjahr 2000 stritt die Koalition aus DSP (liberale Linksdemokraten), ANAP (neue Mutterlandspartei) und MHP (nationalistische Bewegung) über die Reformforderungen gemäß der Kopenhagener Kriterien. Als problematisch wurden in der Türkei der vom Europäischen Parlament verabschiedete Bericht über die Lage in der Türkei angesehen. Aufgrund der Menschenrechtslage, der Minderheitenpolitik (Kurden) und der eingeschränkten Pressefreiheit wies das Europäische Parlament am 15.11.2000 darauf hin, dass die Türkei nicht alle politischen Beitrittskriterien erfüllt habe.³³⁸ Der türkische Ministerrat legte am 19.3.2001 ein „Nationales Reformprogramm“³³⁹ vor, wonach politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen auf dem Boden der türkischen Verfassung eingeleitet werden sollten. Damit reagierte Ankara auf die Kritik der EU-Kommission am Erstentwurf des nationalen Reformprogramms vom Januar 2001.³⁴⁰ Auch wenn die türkische Regierung den Reformbedarf gemäß der Kopenhagener Kriterien grundsätzlich anerkannt und auch einzelne Modifizierungen der türkischen Verfassung inzwischen vorgenommen hatte, stagnierten die weiteren Beitrittsverhandlungen zwischen Ankara und der EU. Wieder wurden innerhalb der Türkei die Gegner eines türkischen EU-Beitritts bestärkt. In der türkischen Öffentlichkeit setzte sich ab 2002 eine nicht mehr zu überhörende Stimmung gegen die EU durch.³⁴¹ Selbst die kemalistischen Eliten in Militär und Politik zeigten sich mehr und mehr von der EU enttäuscht und sind seit 2002/2003 auch nicht mehr bereit, die ständig neu formulierten Reformforderungen des Europäischen Parlaments um jeden Preis zu erfüllen. Im Kern spiegelt die innenpolitische Polarisierung der türkischen Gesellschaft und ihrer Eliten auch die partielle Ambivalenz der türkischen Außenpolitik wider. Das Fehlen einer 'Grand Strategy' ist in dieser Hinsicht auch ein Ausdruck der innenpolitischen Heterogenität.³⁴²

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (2007) ist das Kräfteverhältnis zwischen der kemalistisch-laizistischen Elite und den konservativ-islamischen Gruppierungen unklar.

³³⁸ Vgl. Ridvan Karluk: *Avrupa Birliği ve Türkiye*, Istanbul 2002.

³³⁹ Vgl. James Simon, *Issues...*, ebd., S. 233 f.

³⁴⁰ Vgl. *Turkish Daily News* vom 21. März 2001

³⁴¹ Vgl. James Simon: a. a. O., S. 241 f.

³⁴² Vgl. dazu bereits Duygu Bazoğlu-Sezer: *Turkey's Grand Strategy Dilemma*, in: *The International Spectator* 1 (1992) 1, S. 17-32; vgl. Dazu Lothar Rühl: *Innere und äußere Konfliktherde der Türkei*, in: *Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*, 31, 1994, S. 79-97.

III.2. Außenpolitische Rahmenbedingungen: Internationales System, geo- und regionalstrategische Prämissen

Das Ende der bipolaren Weltordnung³⁴³ der Nachkriegszeit, der Zusammenbruch und die Auflösung der Sowjetunion (25.12.1991), verbunden mit der Entstehung neuer Nationalstaaten an der Peripherie der ehemaligen sozialistischen Großmacht, haben die außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen auch der Türkei entscheidend verändert.³⁴⁴ Insbesondere die programmatischen und konzeptionellen Auseinandersetzungen über die Rolle der NATO bestimmen seit Anfang der 1990 er Jahre die politisch-öffentlichen, die militärisch- teilöffentlichen und die politikwissenschaftlichen Diskurse.³⁴⁵ Nach dem Tiefpunkt der Ost-West-Beziehungen zum Jahrzehntwechsel der 1970 er und 1980 er Jahre, zu dessen Eckdaten der NATO-Doppelbeschluss und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan Ende Dezember 1979 zählen, haben sich die politischen Verhältnisse und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen nicht nur in Europa, sondern im Weltmaßstab geradezu dramatisch binnen weniger Jahre verändert. Das Scheitern des 'real existierenden Sozialismus' hat den die internationalen Beziehungen massiv bestimmenden Ost-West-Konflikt nach vierzig Jahren der Bipolarität, der Militarisierung (Wettrüsten) und des gesellschaftlichen Systemantagonismus beendet. Die Warschauer Vertragsorganisation (WVO, kurz: 'Warschauer Pakt') wurde im Sinne bisheriger Bündnis- und militärischer Sicherheitspolitik Ende der 1980 er Jahre handlungsunfähig und schließlich nach Unterzeichnung des Auflösungsprotokolls des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) am 1. Juli 1991 aufgelöst. Forderungen, im Gegenzug auch die NATO aufzulösen, wurden vereinzelt (Bündnis 90/Die Grünen) erhoben, waren aber im Westen politisch nicht durchsetzbar.³⁴⁶

³⁴³ Bei aller Vielfalt der allianztheoretischen Ansätze ist es in der Politikwissenschaft unstrittig gewesen, dass die bipolare Blockstruktur, die die Nachkriegsordnung bis 1989/1991 geprägt hatte, zu einer beispiellosen Militarisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen im Weltmaßstab, vor allem in Europa geführt hat. Das System der Abschreckung bildete das Fundament der Sicherheitspolitik in beiden Lagern. Aus der Sicht der klassischen realistischen Gedankenschule bedeutete das Gleichgewicht der Kräfte (*balance of power*) zwar nicht Frieden im herkömmlichen Sinne, zumindest aber die Abwesenheit von Krieg in Europa; vgl. dazu die regierungsamtlich-offizielle 'Leseart' in U.S.-Senate, Committee on Foreign Relations: Hearings: The Future of U.S.- Soviet Relations 101/1, April-June 1989, passim.

³⁴⁴ Vgl. zur Türkei bei Duygu Bazoğlu Sezer: Turkey in the New Security Environment in the Balkan and Black Sea Region. In: Vojtech Mastny/R. Craig Nation (Hrsg.): Turkey Between East and West. New Challenges for a Rising Regional Power. Boulder/Colorado 1996, S. 71-95.

³⁴⁵ Vgl. die Übersicht bei Ernst-Otto Czempel: Europa und die Atlantische Gemeinschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschehen 1/2 (1999) 1, S. 12-21.

³⁴⁶ Vgl. dazu bereits Richard L. Kugler: Moscow's Spring or NATO's Autumn: U.S. Policy and the Future of Europe. Rand-Corporation, N-2871, May 1989, passim.

Auch in der türkischen Öffentlichkeit wurde früh registriert, dass die Beendigung des Ost-West-Konflikts, die Wiedervereinigung Deutschlands, die Auflösung des Warschauer Paktes, des RGW und der Sowjetunion die Voraussetzungen für die Neugestaltung der internationalen Beziehungen in Europa und in den angrenzenden Regionen bilden. Auf der Konferenz der NATO-Außenminister in Brüssel am 17./18. Dezember 1990 wurden nicht nur die möglichen strategischen Konsequenzen aus den politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa beraten, sondern in einem gemeinsamen Kommuniqué die Sorge über die zu erwartende Instabilität auf dem Balkan, in Osteuropa und anderen Regionen (Schwarzmeer, Kaukasus usw.) geäußert.³⁴⁷ Bereits ein Jahr vor der Auflösung der Sowjetunion im völkerrechtlichen Sinne (25.12.1991 nach Beschluss der GUS-Staaten vom 21.12.1991!) zeichneten sich die Grundzüge der neuen NATO-Strategie ab, ohne freilich eine verbindliche Kontur anzunehmen. In diesem *Status nascendi* einer Neuformulierung der NATO-Sicherheitspolitik deuten sich bereits regionalstrategische Ansätze und Handlungsmodule an, die für die weitere Entwicklung (ab 1991) wegweisend werden sollten. Leider sind für die Öffentlichkeit keine Protokolle, Dokumente und Archivalien über die Verhandlungen der NATO-Außenministerkonferenz vom 7./8.11.1991 in Rom verfügbar. Gleichwohl müssen hier sicherheitspolitische Rahmenrichtlinien entwickelt worden sein, die die künftigen sicherheitspolitischen Grundsatzentscheidungen der NATO im Kern vorwegnehmen.³⁴⁸ Kaum zwei Wochen später stimmte der Ausschuss für Verteidigungsplanung (15 Mitglieder) dem Antrag der türkischen Regierung zu, Truppenverbände der *Allied Mobile Force* (multinationale Eingreiftruppe der NATO) in den Südosten der Türkei zu verlegen.³⁴⁹

Der Verband soll aus Flugzeugen der deutschen, italienischen und belgischen Luftstreitkräfte bestehen. Der Brüsseler Ausschuss für Verteidigungsplanung teilte mit,

³⁴⁷ Vgl. dazu Peter Volz: NATO am Scheideweg? Kritische Anmerkungen zur Konferenz der Außenminister der NATO in Brüssel (17. 12. 1990). In: Neue Zürcher Zeitung vom 21. Dezember 1990, Beilage IV/90, S. 9.

³⁴⁸ Vgl. zu dieser Einschätzung in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2, 1991, S.134 (Chronik der Zeit): „Zur Eröffnung einer Ministertagung des Nordatlantikrats in Brüssel vertritt Generalsekretär Wörner die Ansicht, eine neue europäische Ordnung, die auch die Sowjetunion und die Staaten Ostmitteleuropas umfasse, müsse sich auf vier Pfeiler stützen: die NATO, die Europäischen Gemeinschaften, den KSZE-Prozess sowie den Europarat. Neben einem Kommuniqué wird eine 'Erklärung zum Golf' verabschiedet, in der es u.a. heißt, es 'liege in der Verantwortung der irakischen Regierung, durch uneingeschränkte Befolgung der verbindlichen Beschlüsse der Vereinten Nationen den Frieden zu sichern'.“

³⁴⁹ Vgl. dazu Alexander Siedschlag: Neorealismus, Neoliberalismus und Postinternationale Politik. Beispiel Internationale Sicherheit-Theoretische Bestandsaufnahme und Evaluation, Opladen 1997, S. 362.

Ziel dieser Truppendislozierung sei es, „die kollektive Solidarität und Entschlossenheit der Allianz im Hinblick auf jede mögliche Gefahr für alliiertes Territorium“³⁵⁰ zu demonstrieren. In der Öffentlichkeit wurde dieser Beschluss des militärischen Organisationsstabs der NATO als defensiv-prophylaktische Maßnahme gegen eine mögliche Aggression des Irak dargestellt. Allerdings wird man diese öffentliche Darstellung bezweifeln müssen. Aufgrund der zeitlichen Nähe zu der bald erfolgenden Intervention am Golf wirkt die Dislozierung von Luftstreitkräften und Aufklärungseinheiten (AWACS) der NATO an der türkisch-irakischen Grenze wie eine Komponente der Kriegsvorbereitung. In der Türkei war die politische Situation um die Jahreswende 1990/1991 überaus kompliziert.³⁵¹ Die türkische Regierung unter Ministerpräsident Akbulut galt als schwach und völlig vom Vertrauen des türkischen Staatspräsidenten Özal (seit 1989 im Amt) abhängig. Die Opposition hatte die Wahl dieses Staatspräsidenten im Parlament boykottiert und damit die Zerrissenheit der türkischen Gesellschaft demonstriert.³⁵²

Özals anti-irakische Position war spätestens seit Ende 1990 bekannt³⁵³. Am 3.01.1991 kam es in mehreren türkischen Großstädten zu einem Generalstreik wegen der restriktiven Lohnpolitik der Regierung; gleichzeitig formierte sich aber eine Protestbewegung gegen die anti-irakische und angeblich anti-islamische Politik Özals, der als Handlanger der USA öffentlich attackiert wurde.³⁵⁴ Die Haltung Özals bleibt aber entschlossen: Zeitungsberichte über die geplante Stationierung von NATO-Luftstreitkräften wurden zensiert; westlichen Journalisten wurde kein Zutritt in das Spannungsgebiet im Südosten der Türkei gestattet; am 6.01.1991 bat Özal schließlich offiziell um die Entsendung von NATO-Einheiten zum Schutz vor irakischen

³⁵⁰ Ebd., S. 134.

³⁵¹ Die politische Situation in der Türkei um 1990 ist verwickelt: Ende der 1980er Jahre ist ein Erstarken des islamischen Fundamentalismus in der Türkei festzustellen. Turgut Özal (Staatspräsident von 1989 bis 1993) unterstützt eine Politik der Islamisierung, ohne aber öffentlich die kemalistischen Prinzipien der Republik Türkei in Frage zu stellen. 1991 gelingt der islamisch-fundamentalistischen Wohlfahrtspartei (RP) unter Necmettin Erbakan mit fast 17% der Wählerstimmen der Einzug ins türkische Parlament. Binnen weniger Monate steigt die Mitgliederzahl der RP auf 1,6 Millionen. Bereits Anfang der 1990er Jahre zeigt sich also, dass der vom Militär gestützte Kemalismus, der eine am Westen orientierte, laizistische Republik propagiert, keineswegs mehr einen gesamtgesellschaftlichen Konsens repräsentiert. Mit der RP hat sich eine geschickt taktierende Fundamentalopposition gebildet, die schließlich bei den Parlamentswahlen von 1995 die stärkste politische Kraft werden sollte und am 7.6.1996 mit Erbakan auch den Ministerpräsidenten einer Koalitionsregierung stellte. Auf Druck der Militärs musste Erbakan allerdings schon 1997 zurücktreten; vgl. dazu Morton Abramowitz: Turkey's Transformation and American Policy. The Century Foundation/Twentieth Century Fund Inc. 2000, S. 11-14.

³⁵² Ebd.

³⁵³ Vgl. İbrahim Canbolat: 2000' li Yıllara Doğru Türk Dış Politikası Üzerine („Türkische Außenpolitik in den Jahren um die 2000“), in: Türk Yurdu, März-Mai 1999, Bd. 19, Nr. 139-141, S. 170-173.

³⁵⁴ Vgl. dazu Heinz Kramer: Zur Gefolgschaft verdammt: Ankaras Irak-Dilemma. Stiftung Wissenschaft und Politik: SWP-Aktuell 7, Februar 2002, S. 2.

Angriffen.³⁵⁵ Die NATO-Luftstreitkräfte wurden denn auch auf der Luftwaffenbasis Incirlik stationiert.³⁵⁶ Nachdem der irakische Präsident Saddam Hussein das auf den 15.01.1991 befristete Ultimatum des UN-Sicherheitsrats zur sofortigen Räumung des völkerrechtswidrig besetzten Kuwaits verstreichen ließ, eröffnete eine alliierte Koalition unter Führung der USA und im Auftrag der UN die *Operation Desert Storm* zur Befreiung Kuwaits mit massiven Bombenangriffen auf militärisch-logistische Einrichtungen im Irak und auf irakische Bodentruppen in Kuwait. Am 23.02.1991 begann die Bodenoffensive der Koalitionstruppen unter Führung des US-Generals Schwarzkopf. Kurz darauf waren die Irakis vernichtend geschlagen; Präsident Hussein ordnete den sofortigen Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait an. Am 28.02.1991 erklärte US-Präsident Bush sr. die Einstellung der alliierten Kampfhandlungen gegen den Irak. Trotz des legitimierenden UN-Mandats zeigte sich die türkische Regierung nicht bereit, Bodentruppen in den Irak zu entsenden. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren.

Auf der einen Seite leistete die Türkei durch die Bereitstellung des Militärflughafens Incirlik einen wichtig logistisch-operativen Beitrag. Dadurch wurde bereits Anfang Januar 1991 der politische Druck auf das irakische Regime erhöht und die strategische Option eines Zweifrontenkrieges wahrscheinlicher. Der Irak stationierte jedenfalls vorsorglich mehrere Divisionen an der Grenze zur Türkei. Auf der anderen Seite spielte der innenpolitische Faktor eine erhebliche Rolle. Durch den Generalstreik und die Proteste gegen die anti-irakische Politik des türkischen Staatspräsidenten war die innenpolitische Lage in der Türkei äußerst angespannt. Eine aktive Beteiligung der Türkei an den militärischen Aktionen gegen den Irak schien mit erheblichen politischen Risiken für die türkische Regierung verbunden gewesen zu sein. Nach der Niederlage Saddam Husseins änderte sich die Situation. Der türkische Ministerpräsident Akbulut trat am 16.06.1991 zurück. In Ankara setzte sich eine 'Politik der Offensive'³⁵⁷ durch. Am 6.8.1991 drang die türkische Armee rund 20 km auf nordirakisches Gebiet vor, um

³⁵⁵ Neue Zürcher Zeitung vom 7. Januar 1991, S.1.

³⁵⁶ Geoffrey Kemp/Robert E. Harkavy: *Strategic Geography and the Changing Middle East*. Washington, D.C. 1997, S. 204: „Irak did face, as a function of its location, the possible threat of a two-front war. Turkey was a participant in the opposing location and it allowed coalition aircraft to fly missions against Iraq from its Incirlik base. Hypothetically, then, in an expandend war, the coalition might have opened a second front in the Kurdish areas of the northern Iraq.“

³⁵⁷ Vgl. Duygu B. Sezer: *Europe's Eastern Bastion-New Vistas for Turkey*. In: *NATO's Sixteen Nations* 38 (1993) 2, S. 10-15; Heinz Jürgen Axt: *der 'Islamische Bogen' vom Balkan bis nach Zentralasien: Die Türkei als neue Regionalmacht*. In: *Südosteuropa Mitteilungen* 41 (1992) 9, S. 546- 557.

Stützpunkte der Kurdenorganisation PKK zu zerstören.³⁵⁸ Auch in den Folgemonaten kam es regelmäßig zu Interventionen türkischer Armeeverbände im Nordirak. Einen Höhepunkt bildeten die schweren Bombenangriffe der türkischen Luftwaffe auf Stellungen der PKK und zivile Einrichtungen der Kurden.³⁵⁹ Diese Angriffe kosteten nicht nur Hunderten Kurden das Leben, sondern sie sind, wie man annehmen muss, auch eine massive Machtdemonstration der Türkei gegen ihre östlichen Nachbarn (Irak, Syrien, Iran). Nach dem Golfkrieg, der mit dem Waffenstillstand vom 11.04.1991 endete, hat die Türkei ab Sommer 1991 zu einer offensiven Außenpolitik, wenn nicht zu einer Politik der Stärke gefunden. Bereits 1991 deutete sich also an, dass die Türkei im Rahmen der sich abzeichnenden neuen NATO-Strategie die Funktion einer Regionalmacht an der Süd-Ost-Flanke der Allianz (*out of area!*) übernehmen sollte.³⁶⁰ Dieser Politikwechsel ist ohne Absprache mit der NATO und der Vormacht USA nicht erklärbar. Grundsätzlich steht nicht zu erwarten, dass die Türkei in Reaktion auf die politischen Veränderungen in Europa, an der Südostperipherie der alten Sowjetunion und in der Golfregion riskante Alleingänge unternimmt. Dennoch ist mit dem Ende der Blockkonfrontation und dem Zusammenbruch der Sowjetunion der außenpolitische Handlungsspielraum der Türkei größer geworden. Nach der Niederlage des Irak im Frühjahr 1991 betrachtete die Türkei das nordirakische, überwiegend von Kurden besiedelte Grenzgebiet als unmittelbare Interessensphäre. Ohne Beteiligung der Türkei ist eine Stabilisierung der politischen Lage in der Region nicht vorstellbar. Bereits im Januar 1990 hatten sich erste Anzeichen der neuen türkischen Politik in der gesamten Krisenregion angekündigt. Die Türkei unterstützte im Berg-Karabach-Konflikt die Position Aserbaidschans gegen Armenien und löste dadurch Reaktionen auf Seiten der noch bestehenden Sowjetunion und des Iran aus. Ein aktives Engagement Ankaras auf aserbaidshanischer Seite hätte möglicherweise zu einer militärischen Konflikteskalation geführt. Nach der Auflösung der Sowjetunion (25.12.1991) hat sich die Lage in der Kaukasusregion weiter verschärft. Vieles deutet darauf hin, dass in der türkischen Politik eine Neubewertung der nationalen und regionalen Interessen an

³⁵⁸ Vgl. Mehmet Gönlübol: *Olaylarla Türk Dış Politikası (1919-1995)*, Ankara 1996, S. 661 f.

³⁵⁹ Vgl. Dazu insgesamt Geoffrey Kemp/Robert E. Harkavy: *Strategic Geography and the Changing Middle East*. Washington D.C. 1997.

³⁶⁰ Vgl. Vural Beyazit: *Black Sea and Mediterranean Challenges for the Turkish Navy*. In: *NATO's Sixteen Nations* 39 (January 1994) 1, S. 67- 69; vgl. auch die Bewertung dieser neuen türkischen Außen- und Sicherheitspolitik bei Heinz Jürgen Axt: *Der 'Islamische Bogen' vom Balkan bis nach Zentralasien: Die Türkei als neue Regionalmacht*. In: *Südosteuropa Mitteilungen* 41 (1992) 9, S. 546-557; auf die Hintergründe verweist Ekvari Athanassopoulou: *Ankara's Foreign Policy Objectives after the End of the Cold War: Making Policy in a Changing Environment*. In: *Orient* 36 (June 1995) 2, S. 269-285.

Boden gewonnen hat. Die Türkei verfolgt seit 1990/1991 eine offensive Interessenspolitik in der Region.³⁶¹ Diese neue Politik wird von Ankara mit dem Schlagwort 'durch wirtschaftliche und kulturelle Kooperation zum Frieden in der Region'³⁶² propagiert und legitimiert. Allerdings ist diese türkische Politik nicht ohne Risiken, wie Udo Steinbach nüchtern prognostiziert hat: „Schließlich stößt die Türkei im Norden und im Nordosten auf russische Interessen. Noch immer (und gerade erst wieder – im Rahmen eines multilateralen Verteidigungsbündnisses) sind Russland und Armenien verbunden; russische Truppen befinden sich in der Region. Und auch die russischen Bevölkerungsteile (in Kasachstan 40%) binden Moskau an seine ehemaligen Republiken.“³⁶³

Die NATO hat spätestens 1991 die geostrategische Bedeutung dieser Region, die von der Ukraine über den Kaukasus bis nach Zentralasien (Nordgrenze Afghanistans!) reicht, neu definiert. In diesem Zusammenhang wird die Instabilität der jungen Republiken und Nachfolgestaaten der Sowjetunion als sicherheitspolitisches Risiko auch für die Mitgliedsländer der NATO bewertet.³⁶⁴

Überblickt man die seit Ende 1989 veröffentlichten Communiqués³⁶⁵ und Memoranden der Ministertagungen des NATO-Rats, fällt auf, dass die Dynamik der weltpolitischen Umbrüche ambivalent bewertet wird. Man betont zwar, dass das Ende des Ost-West-Konflikts realistische Chancen zum Aufbau einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung berge, gleichzeitig aber auch Risiken (z.B. Scheitern der Reformpolitik im Ostblock; ethnische Konflikte und Bürgerkriege; drohendes

³⁶¹ Vgl. İdris Bal: Soğuk Savaş Sonrası Türk Dış Politikası için Türk Cumhuriyetlerin önemi („Die Bedeutung der türkischen Republiken für die Türkei nach dem Ende des Ost-West-Konflikts“), (Hrsg.): İdris Bal: 21. Yüzyıl Eşiğinde Türk Dış Politikası, İstanbul 2001, S. 336-337.

³⁶² Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 6. März 1992, S. 4 (Beilage III/92).

³⁶³ Udo Steinbach: Kemalismus oder Fundamentalismus. Die modellpolitische Konkurrenz zwischen der Türkei und dem Iran und die Zukunft der islamischen Welt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 37 (1992) 7 S. 829 (Beitrag: S. 817-829.).

³⁶⁴ Manfred Wörner, Generalsekretär der Nordatlantischen Allianz, hat in einem Interview zum Thema Golfkrieg und zur Zukunft der NATO erklärt (vgl. Junge Welt, 9./10. März 1991), dass nach dem Ende des Ost-West-Konflikts bisher nicht gekannte Risiken und widersprüchliche Konsequenzen für die internationalen Beziehungen aufgetreten seien. Die Umbruch- und Transformationsprozesse in Osteuropa und der Sowjetunion führen nach Auffassung Wörners nicht zwangsläufig zu höherer Stabilität in Europa, sondern sie tragen auch eine beträchtliche Explosivkraft mit potentiell negativen Folgen für das internationale System in sich. Nach dem Wegfall des disziplinierenden Drucks der bipolaren Bündnisblöcke drohen neue Konflikte, auf die die NATO als „Anker der Stabilität“ (Wörner, ebd.) angemessen und vorbeugend reagieren müsse.

³⁶⁵ Vgl. dazu das Communiqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 14. und 15. Dezember 1989 in Brüssel, in: Europa Archiv 45 (1990) 2, D. 150-160 (Angesichts der Transformationsprozesse im internationalen System, vor allem in Osteuropa, erklären die Minister, dass die NATO nicht nur das einzige funktionstüchtige und stabilitätsbildende Verteidigungsbündnis in Europa sei, sondern auch bei der Entstehung und Gestaltung des freien Europas „eine wesentliche Rolle zu übernehmen entschlossen“ sei.).

Machtvakuum; Proliferation von Massenvernichtungswaffen) aufweise.³⁶⁶ Bereits ab 1991 verengte sich die sicherheitspolitische Diskussion innerhalb der NATO auf die Frage, welche strategischen Optionen, macht- und rüstungspolitischen Faktoren bzw. Komponenten im Rahmen der Suche nach der Neugestaltung des internationalen Systems eine Rolle spielen.³⁶⁷ Die traditionelle Militärorganisation NATO wurde in grundsätzlicher Hinsicht nicht in Frage gestellt.³⁶⁸

Die Sicherheitspolitik der Türkei in den 1990er Jahren lässt sich nur dann angemessen erklären, wenn man die Entwicklung der sicherheitspolitischen und geostrategischen Konzepte der NATO in diesem Zeitraum nachzeichnet. Wie alle NATO-Partner ist auch die Türkei an den sicherheitspolitischen Diskursen und strategischen Planungen der NATO beteiligt. Die der Öffentlichkeit vorgestellten Memoranden und Verlautbarungen der NATO-Führung werden von allen Bündnispartnern erarbeitet und verabschiedet. Es gehört zum Grundkonsens der NATO, dass die Leitlinien der Sicherheits- und Militärpolitik von allen Mitgliedsstaaten gemeinsam entwickelt und politisch verantwortet werden.³⁶⁹

Die Planungsprozesse innerhalb der NATO werden von militärischen und zivilen Organen durchgeführt; die sicherheitspolitischen Entscheidungen werden vom Nordatlantikrat, d.h. den Regierungsvertretern der Mitgliedsstaaten, getroffen.

Die Türkei ist in den zentralen Planungsstäben, den maßgeblichen militärischen und zivilen Organen der NATO ständig vertreten.

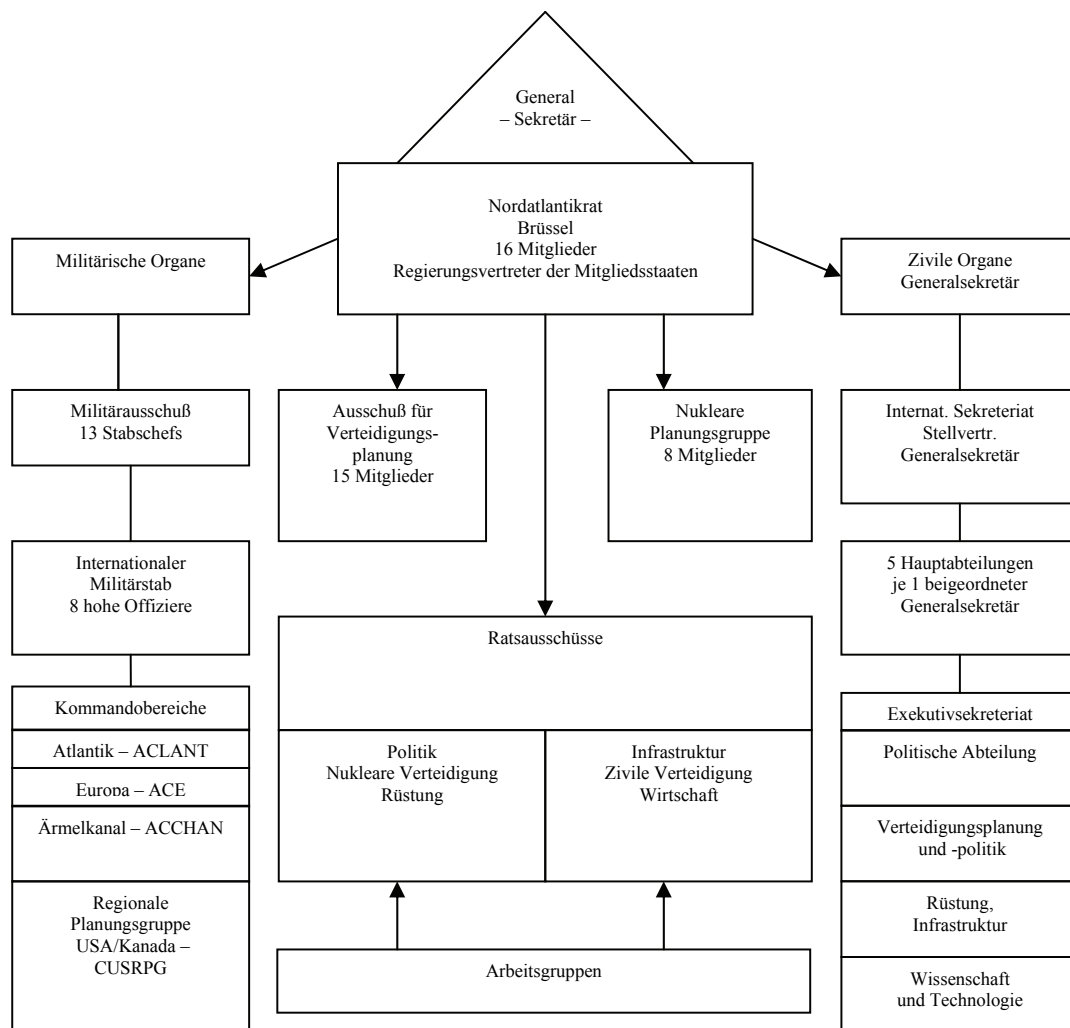
³⁶⁶ Vgl. Thomas Enders: Militärische Herausforderungen Europas in den neunziger Jahren. In: Europa Archiv 45 (1990) 10, S. 328 f.

³⁶⁷ Vgl. dazu Ulrich Weisser: Neue Sicherheitsvorsorge in Europa. In: Die politische Meinung 255 (1991) 2, S. 7.

³⁶⁸ Vgl. Eckhard Lübke: Wozu noch NATO? Kurzpapier der Abteilung Außenpolitik- und DDR-Forschung der Friedrich-Ebert-Stiftung (April 1990). Bonn 1990, S. 7.

³⁶⁹ Vgl. Heinz Gärtner: Eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur? In: Österreichische Militärische Zeitschrift für Politikwissenschaft 4 (1990) 2, S. 371.

Das folgende Schaubild³⁷⁰ dient der Übersicht (Stand: 1991)



³⁷⁰ Vgl. Harald Schäfer: NATO-Organisationsstruktur, Planungs- und Entscheidungsprozesse. In: Neue Zürcher Zeitung vom 12. Januar 1991 (Beilage A/91, S. 4).

III.3. Sicherheitspolitik, strategische und operative Planungen der NATO – Entwicklungslinien von 1989/1990 bis heute

Auf dem NATO-Jubiläumsgipfel³⁷¹ anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung des nordatlantischen Sicherheits- und Verteidigungsbündnisses erklärte der Generalsekretär der NATO, Javier Solana, prägnant: „Die Sicherheit des Bündnisses muss den globalen Kontext berücksichtigen.“³⁷²

1999 wurde auf der Sitzung des Nordatlantikrats in Washington eine erste Bilanz der „dynamischen 1990er Jahre“³⁷³ gezogen und das Modell einer „neuen NATO“ politisch begründet. Diese Entwicklung kann als durchaus ambivalent beschrieben werden:

„Statt defensiven Sicherheitsbündnisses mit Beistandsgarantie für seine Mitglieder wird die 'neue NATO' künftig 'friedenserhaltende Einsätze' im euroatlantischen Raum, aber auch außerhalb des NATO-Gebietes exekutieren. (...) Damit hat die militärische Logik gesiegt. (...) Die Militärallianz rafft Kompetenzen an sich, die den internationalen Organisationen zustehen und nur dort legitimiert sind; sie wird zum 'bewaffneten Arm' der reichen Industrienationen und schiebt sich so vor die EU, die OSZE, die UN.“³⁷⁴

Auch wenn man diese politische, in ihrer Zuspitzung dem journalistisch-publizistischen Medium geschuldete Bewertung nicht teilen oder übernehmen will, sind die Grundaussagen der Sache nach zweifellos zutreffend. 1999, dem Jahr des Washingtoner Jubiläumsgipfel der NATO, war die neue NATO-Strategie längst implementiert, das gesamte NATO-*Posture* modifiziert und die NATO-Einsätze *out-of-area* Realität. Allerdings bleibt die politikwissenschaftliche Bewertung der neuen Strategie ein schwieriges Unterfangen, weil „nur die allgemeine Richtung öffentlich“ ist, „die detaillierten militärischen Vorgaben (...) nach wie vor der Geheimhaltung“³⁷⁵ unterliegen. Die 1990er Jahre spiegeln in ihrer Gesamtentwicklung den Versuch der NATO wider, aus der tiefgehenden Orientierungskrise der gesamten westlichen Außen- und Sicherheitspolitik (nach der Überwindung des bipolaren Weltsystems) einen Ausweg zu finden und flexible Optionen durchzusetzen.³⁷⁶ Grundsätzlich ging es darum, nach dem Wegfall des disziplinierenden Drucks der bipolaren Bündnissysteme

³⁷¹ Vgl. die Presseberichte und Communiqués, in: Die Woche 18, 1999, 29.04.1999, S. 1.

³⁷² Ebd.

³⁷³ Ebd., S. 2.

³⁷⁴ Ebd., S. 1.

³⁷⁵ Johannes Warwick/Wichard Woyke: Die Zukunft der NATO. Transatlantische Sicherheit im Wandel. 2., völlig neu bearbeitete Auflage. Opladen 2000, S. 89.

³⁷⁶ Vgl. Ulrich Weiser: NATO-Strategie im Umbruch. Doktrinen und Optionen der neunziger Jahre. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1, 1998, IB (Sonderheft) S. 13-19.

einen außen- und sicherheitspolitischen Handlungsansatz im westlichen Bündnis durchzusetzen, der die traditionellen Grundlagen westlicher Sicherheitspolitik mit den neuen Interessen bzw. Herausforderungen der Weltpolitik verschränken kann. Die Revision der bis Ende der 1980er Jahre gültigen Sicherheitspolitik zeitigte bereits 1991 erste Erfolge.

Am 28./29. Mai 1991 verabschiedeten der Verteidigungsplanungsausschuss (DPC) und die nukleare Planungsgruppe (NPG) auf einer gemeinsamen Sitzung in Brüssel die „Grundlagen einer neuen Streitkräftestruktur mit Hauptverteidigungs-, Eingreif- und Verstärkungskräften aller Art: zu Lande, in der Luft und zur See. Kern der neu strukturierten Einsatzkräfte soll ein *Rapid Reaction Corps* (i.e. Schnelles Mobiles Eingreifkorps) unter britischem Oberkommando mit einem multinationalen Hauptquartier werden.“³⁷⁷

In dem Kommuniqué über die Beschlüsse wird aber ausdrücklich „an den bewährten Grundlagen der Außen- und Sicherheitspolitik des nordatlantischen Bündnisses festgehalten und die nukleare Komponente für die vorhersehbare Zukunft“³⁷⁸ „als tragende Säule“³⁷⁹ bezeichnet. Diese Argumentationstopik einer Verknüpfung traditioneller Sicherheitspolitik (Sicherheitsideologie) mit den neuen euro- und geostrategischen Herausforderungen kennzeichnet die meisten, seit Anfang der 1990er Jahre veröffentlichten Protokolle, Dokumente, Memoranden oder politisch-öffentlichen Kommuniqués der diversen NATO-Gremien.

Prägnant formuliert: die traditionelle sicherheitspolitische Rhetorik wurde sukzessive um neue Zielpositionen erweitert. Auf dem Washingtoner Jubiläumsgipfel 1999 formulierte ein hochrangiger US-Militär denn auch: „Wir (scil. die NATO, Anm. Verf.) waren auf der Suche nach einer Mission. Jetzt hat die Mission uns gefunden.“³⁸⁰ Diese ‚Suche nach einer Mission‘, um im Sprachbild zu bleiben, hatte aber nicht erst nach der formellen Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts (WPO) begonnen, sondern sie zeichnete sich als *petitio principii* bereits Ende der 1980er Jahre ab. Die NATO³⁸¹ reagierte nicht allein auf die Veränderungen der Weltpolitik, sondern sie entwickelte bereits vor 1991 offensive Handlungsoptionen, um auf die Umbruchsituation vorbereitet zu sein.

³⁷⁷ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 4. Juni 1991.

³⁷⁸ Ebd.

³⁷⁹ Ebd.

³⁸⁰ Die Woche 18/1999, 29. April 1999, S. 4 (‚Mission‘ = Einsatz im Kosovo).

³⁸¹ Wenn im Rahmen meiner Ausführungen von ‚NATO‘ die Rede ist, werden selbstverständlich auch die politischen Entscheidungsgremien (Nordatlantikrat) impliziert.

Die mit der Signatur Perestroika/Glasnost bezeichnete neue Politik der Sowjetunion wurde demgemäß zwar begrüßt, gleichzeitig aber als eine kritische Gemengelage (Instabilität; innere Krise der Sowjetunion 'mit offenem Ausgang' usw.) interpretiert. Bis Herbst 1991 war die einsetzende Revision der bisherigen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auffällig ambivalent. Deutlich erkennbar sind vor allem die Bemühungen der verantwortlichen Sicherheitspolitiker in der NATO, zu einer realistischen Einschätzung resp. Bestandsaufnahme der Motive, Zielsetzung und Strategien der noch bestehenden Sowjetunion zu gelangen. Die unumkehrbare Krise des Sowjetsystems wurde von den verantwortlichen Sicherheitspolitikern des westlichen Bündnisses nicht nur als Chance, sondern auch als unwägbares Risiko für das internationale System perzipiert.³⁸² Für die verantwortlichen Politiker, Sicherheitsexperten und Machteliten innerhalb der westlichen Gemeinschaft war das sogenannte „stalemate system“³⁸³ der Vergangenheit (bis 1990) das „zur Norm erhobene Grundmuster“³⁸⁴ der internationalen Beziehungen und – hier vor allem – der politischen Interaktionen der Vormächte USA und Sowjetunion. Durch die sich abzeichnende „Dispersion der Macht“³⁸⁵, die nicht allein auf die Handlungsschwäche des staatlichen Akteurs Sowjetunion (ab 1988/1989: ethnische Konflikte im Vielvölkerstaat; ökonomische Dauerkrise; erwachender Nationalismus im russischen Kernland usw.) zurückgeführt werden sollte, veränderten sich die Rahmenbedingungen des internationalen Systems binnen weniger Jahre. Die Interpretation der „Struktur der Bipolarität“, die ihren stärksten Ausdruck „im prekären Gleichgewicht von Ungleichheit“ im Verhältnis von NATO und Warschauer Pakt³⁸⁶ gefunden hatte, war zwar bereits 1989 obsolet geworden, hielt sich aber als Anachronismus bis Ende 1991 durch.

Diese anachronistische Interpretation gipfelte nun in der Wahrnehmung eines schwer einzuschätzenden Risikokalküls (Instabilität/neue Bedrohungen u.a.) der 'postsowjetischen Zeit'.³⁸⁷ Diese Perzeption eines unwägbaren Risikos, das mit der Erosion des *stalemate system* aufgekommen war (in der Wahrnehmung der westlichen

³⁸² Vgl. dazu Ernst-Otto Czempiel: Europa und die Atlantische Gemeinschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1/2 (1999) 1, S. 12-21; fernerhin auch Patricia Weitsman: Intimate Enemies: The Politics of Peacetime Allies. In: Security Studies 7 (1997) 1, S. 157f.

³⁸³ Klaus Ritter: Art. Sicherheitspolitik. In: Staatslexikon. Recht-Wirtschaft-Gesellschaft. Bd.4. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. Sonderausgabe der 7., völlig neu bearbeiteten Auflage. Freiburg-Basel-Wien 1995, Sp. 1175 (Art. Sp.1173-1177).

³⁸⁴ Ebd.

³⁸⁵ Ebd.

³⁸⁶ Ebd.

³⁸⁷ Vgl. ebd., Sp. 1175f.

Eliten), überformte die Suche nach der richtigen und angemessenen Struktur der westlichen Sicherheitspolitik. Grundlage war nicht so sehr eine sachliche Debatte der Entwicklung des militärischen Kräfteverhältnisses, sondern die *worst case*-Prognose möglicher Trends der politischen Entwicklungen in Europa und der europäischen Peripherie. Innerhalb der NATO setzte sich um 1990 ein Konsens durch, dass das NATO-*Posture* weiter entwickelt werden müsse, um neue Optionen für die veränderte politische und strategische Umwelt zu erschließen. Das Dilemma bestand aber Anfang der 1990er Jahre darin, dass eine Analyse der Entwicklungstrends des internationalen Systems mit einer Vielzahl von Variablen und Eventualitäten zu rechnen hatte. Der Konsens, der alle maßgeblichen Kommuniqués der NATO seit 1991 prägt, ist, wie Kritiker in der westlichen Öffentlichkeit angemerkt haben, demzufolge eine diffuse „Aufsummierung von Dissensen und Kompromissen, wobei die Eliten in der NATO geflissentlich verschweigen, dass die NATO selbst eine ‘unwägbare Variable’ des internationalen Systems ist.“³⁸⁸

Diese Dialektik prägt die politischen und sicherheitspolitischen Entwicklungslinien von etwa 1989 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Während des Ost-West-Konflikts nahmen die USA als Schutz- und Garantiemacht den Europäern die Bürde ab, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen. Der traditionelle Konsens innerhalb der ‘westlichen Wertegemeinschaft’³⁸⁹ bestand darin, dass die NATO die Sicherheit und Integrität des Territoriums aller Bündnispartner zu wahren und im Falle einer Aggression zu bewahren habe. Das Glaubwürdigkeitsproblem, das durch die wachsende Diskrepanz von Verteidigungsauftrag und konventionellem Streitkräftepotenzial der NATO gegenüber den als überlegen wahrgenommenen Ressourcen der Sowjetunion (in Europa) prägte wurde, bestimmte die Doktrinen der NATO bis weit in die 1980er Jahre. Die Sicherheitsgarantie wurde letztlich durch die nukleare Streitmacht der USA gewährleistet. In diesem Zusammenhang setzte sich Ende der 1970er Jahre das Konzept der *limited response* als Weiterführung der *flexible- response* Doktrin von 1967 durch. Auf der Genfer Abrüstungskonferenz am 23.05.1974 ließen die USA durch ihren Sonderbotschafter und Sicherheitsexperten Martin erklären, dass die USA zwar keine

³⁸⁸ Ansgar Hellweg: Paradigmenwechsel im internationalen System: regional- und geostrategische Risiken zwischen Wägbarkeit und Unwägbarkeit. In: Neue Zürcher Zeitung, Beilage zur Ausgabe vom 28. Oktober 1996, S. III (Artikel, S. I-IV).

³⁸⁹ Interessanterweise wurde die Türkei ohne jede Differenzierung (z.B. als islamische Gesellschaft) dieser okzidentalischen Gemeinschaft zugerechnet. Eine Argumentation, die heute vor dem Hintergrund der Beitrittsverhandlungen über die Mitgliedschaft des NATO-Partners Türkei in der EU, aber eine allenfalls halbherzige Rolle spielt!

Intention habe, neue taktische Kernwaffen für Mitteleuropa zu entwickeln, gleichzeitig aber suche man im Einvernehmen mit den europäischen Bündnispartnern nach glaubwürdigen Optionen der Abschreckung in allen Teilstreitkräften.³⁹⁰ Die Annahme, die NATO habe erst nach den politischen Umwälzungen im Ostblock reagiert, erweist sich als falsch. Lange vor 1989 hat die NATO eine „*future strategy*“ entwickelt und implementiert.³⁹¹ Seit der Überwindung des bipolaren Systems und dem Wegfall der Bedrohung durch die Sowjetunion schwindet die Bedeutung der US-amerikanischen Nukleargarantie. Auch wenn die Notwendigkeit einer stärkeren europäischen Eigenverantwortlichkeit in den USA erkannt worden ist, betrachtet die US-Administration die NATO als eine Säule³⁹² des weltweiten amerikanischen Engagements. Die europäischen Verbündeten sollen, wie die NATO-internen Diskursen bestätigen, als wichtige Partner der USA in außereuropäischen Krisenregionen unmittelbare oder mittelbare – flankierende Verantwortung auf Seiten der Weltmacht USA übernehmen.³⁹³

Die USA erwarteten bereits vor 1989 von den Europäern eine deutlich gesteigerte Übernahme der Verteidigungslasten, ohne aber im Gegenzug eine Teilhabe an der Führungsverantwortung in den strategischen Kernbereichen zuzugestehen.³⁹⁴ Die USA bevorzugten einen multiplen Bilateralismus, in dessen Rahmen es leichter gelingt, divergierende Positionen der Europäer gegeneinander auszuspielen und einem konzertierten Vorgehen der Europäer (z.B. ‚Achse Deutschland-Frankreich‘) entgegenzuwirken. Es gibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt innerhalb der NATO eine Reihe von europäischen Staaten, die die europäische Rolle im transatlantischen Rahmen der NATO stärken möchten, während andere Staaten auf die sicherheitspolitische Karte

³⁹⁰ Vgl. Atlantic News, Nr.698, vom 22. Januar 1975, S. 4 (dort eine Übersicht über „The Alliance’s future strategy“).

³⁹¹ Vgl. International Herald Tribune vom 19.Juni 1975: „US bolsters NATO A-Force with more Poseidon missiles“ (Die auf der NATO-Frühjahrstagung 1976 beschlossene Modernisierung der nuklearen Potenziale für den europäischen Kriegsschauplatz sollte diese Prognose der International Herald Tribune ein Jahr später bestätigen).

³⁹² Vgl. dazu Kennedys „Zwei-Säulen-Konzept“. Rede von John F. Kennedy in der Frankfurter Paulskirche. In: Europa-Archiv 18 (1963) 14, S. D352-359; dazu auch Henry Kissinger „Year of Europe“-Rede vom 23.04.1973. in: Europa-Archiv 28 (1973) 10, S. D220-225.

³⁹³ Vgl. zum Gesamtzusammenhang bei Bernhard Zepter: Der „europäische Pfeiler“ in der NATO als Perspektive einer westeuropäischen Sicherheitspolitik. In: Reimund Seidelmann (Hrsg.): Auf dem Weg zu einer westeuropäischen Sicherheitspolitik. Baden-Baden 1989, S. 257-272 (auch hier wird deutlich, dass diese Entwicklung vor 1989 eingesetzt hat).

³⁹⁴ Vgl. Zur „burden-sharing“-Debatte bei Helga Haftendorn: Lastenteilung im Atlantischen Bündnis. Die Zukunft der amerikanischen militärischen Präsenz in Europa. In: Europa-Archiv 40 (1985) 16, S. 497-506.

EU/WEU setzen.³⁹⁵ Die transatlantische Position besetzen vor allem Großbritannien („Achse Washington-London“) und die Niederlande. Aber auch Italien, Portugal und die Türkei, die als NATO-, nicht aber als EU-Mitglied die NATO als Instrument europäischer Sicherheitspolitik bevorzugt, werden eher zu den (Trans-)Atlantikern gezählt.³⁹⁶ Frankreich und Deutschland, bisweilen auch Spanien und Belgien, bringen immer wieder die EU/WEU-Position ins Gespräch, ohne aber an den Grundlagen der westlichen Bündnispolitik zu rütteln. Die USA befürworten insgesamt eine Aufgabenerweiterung (einschließlich: *burden sharing*) der NATO.

In dieser Hinsicht spielen das so genannte *Liaison*-Konzept und die Institution des NATO-Kooperationsrats eine wichtige Rolle. Eine Reihe von neuen Konzepten der Konfliktverhütung, des Krisenmanagements, schneller Eingreifkräfte usw. ist hier entwickelt worden. Der ehemalige NATO-Botschafter Bartholomew (USA) hat 1992 die Leitlinien einer neuen Sicherheitspolitik der NATO beschrieben: „Wir können nicht zulassen, dass die Zusammenarbeit im NATO-Kooperationsrat ein überwiegendes symbolisches Unterfangen wird anstatt ein integraler, substantieller Bestandteil der NATO an sich. (...). Der NATO-Kooperationsrat muss sich von einem Forum regelmäßige Konsultationen zu einem Instrument entwickeln, das den Ländern greifbare Hilfe liefert. (...). Er muss sich von einer distanzierten Freundschaft zu einem Mittel gemeinsamer Aktionen entwickeln, die dem Begriff 'Partnerschaft' gerecht werden.“³⁹⁷

Im Mittelpunkt der global orientierten Sicherheits- und Militärdoktrin der USA steht vornehmlich seit den 1990er Jahren die Fähigkeit zu flexiblen, weltweiten Optionen (Krisenmanagement, schnelles Eingreifen usw.),³⁹⁸ um die eigenen geostrategischen und energiepolitischen Interessen durchzusetzen. Machtpolitik und militärisch gesicherte Interessenpolitik sind das oberste Kriterium der US-Politik, wobei im Unterschied zu den Dezennien bis 1989 das Kriegsrisiko weder kurz- noch mittelfristig so klein wie möglich gehalten wird.³⁹⁹ Wie riskant diese sich durchsetzende Strategie der USA ist, zeigt das militärische Engagement im Irak. Strategisches Handeln ist im Grundsatz ein geplantes Vorgehen und unterliegt immanent der Problematik des Irrtums–mit allen seinen Folgen und Unwägbarkeiten. Die US-Administration hat

³⁹⁵ Vgl. Matthias Karadi: Die Reform der Atlantischen Allianz. Bündnispolitik als Beitrag zu kooperativen Sicherheit in Europa? Münster 1994, S. 28-33.

³⁹⁶ Vgl. ebd., S. 33.

³⁹⁷ Rede des Ständigen Vertreters der Vereinigten Staaten beim Nordatlantikrat, Botschafter Reginald Bartholomew, 23.09.1992. in: Amerika Dienst, 39, 30.09.1992, S. 5.

³⁹⁸ Vgl. Ottfried Nassauer: Die neue nationale Strategie der USA. In: Ami 22 (1992) 10, S. 35-44.

³⁹⁹ Washington Post vom 16. Februar 2005, IX (supplementum A/2/05).

kürzlich einräumen müssen, dass der US-amerikanische Generalstab nicht mit einem derartig harten und lang andauernden Widerstand irakisch-islamistischer Terroristen gerechnet habe.⁴⁰⁰ Auch vor diesem Hintergrund drängt die US-Administration auf ein größeres materielles Engagement der NATO-Bündnispartner in diversen Kriegsregionen *out of area*. Als Einsatz- oder konkrete Zielgebiete spielten und spielen seit etwa 1990 der Balkan, Afghanistan, der Irak und die Anrainerregionen eine zentrale Rolle in den Planungen der USA resp. der NATO. Ideologisch lässt sich nahezu lückenlos eine Argumentation der „Vorbereitung auf die neuen Herausforderungen“ nachweisen: James Baker, ein Chefdenker der US-Administration, betonte bereits Ende 1989 die Notwendigkeit, dass sich die westliche Außen- und Sicherheitspolitik der neuen Weltlage mit ihren Risiken und Instabilitäten anzupassen habe. Eine der zentralen Aussagen seiner Rede lautete: „Die NATO wird weiterhin das wichtige Bindeglied zwischen Nordamerika und Europa sein. Während Rüstungskontrollabkommen und politische Vereinbarungen die immer noch lebenswichtige militärische Komponente der europäischen Sicherheit zunehmend ergänzen, wird die NATO neue Aufgaben übernehmen.“⁴⁰¹

Die Aufgaben und Funktionen der neuen NATO werden von dem ehemaligen Generalsekretär des nordatlantischen Bündnisses, Manfred Wörner – wie folgt – definiert: „Die NATO wird gebraucht: 1. als Stabilitätsanker einer euro-atlantischen Sicherheitsordnung, 2. als transatlantisches Bindeglied, 3. als Schicksal- und Handlungsgemeinschaft der westlichen Welt, 4. als Versicherungsgemeinschaft gegen verbleibende militärische Risiken.“⁴⁰²

Die neu hinzukommenden Aufgaben der Allianz werden von M. Wörner folgendermaßen rubriziert:

- „als Instrument des Krisenmanagement quasi als Wachhund einer neuen Ordnung (...),
- als Angelpunkt einer Ost und West umfassenden Sicherheitsgemeinschaft,
- als Verifikations- und Durchsetzungsinstrument der Rüstungskontrolle,

⁴⁰⁰ Vgl. ebd.

⁴⁰¹ James Baker: Ein neues Europa, ein neuer Atlantizismus: Architektur für ein neues Zeitalter. Rede vor dem Berliner Presseclub in (West-)Berlin am 12. Dezember 1989. in: United States Information Service (Hrsg.): Amerika-Dienst Dokumentation, Bonn am 12. Dezember 1989.

⁴⁰² Rede vom Generalsekretär M. Wörner am 17.09.1992 zum Thema: die Welt im Umbruch. Wohin steuert die Atlantische Allianz? In: Stichworte zur Sicherheitspolitik, Nr.10, 1992, S. 14 f.

zur Organisation der Raketenabwehr, um Europa vor den Gefahren der Weiterverbreitung der Raketentechnologie zu schützen.“⁴⁰³

Zwei Aufgaben der neuen NATO zeichnen sich hier ab:

Die Weiterentwicklung kooperativer Sicherheitsstrukturen mit den jungen und alten Staaten Ostmitteleuropas und – damit verbunden – die Durchführung und Überwachung rüstungskontrollpolitischer Vereinbarungen;

die Übernahme von Aufgaben der Konfliktprävention und des Krisenmanagements, was aber ausdrücklich auf Krisenregionen out-of-area (gemäß NATO-Vertrag) bezogen wird.

Die Londoner Erklärung⁴⁰⁴ „Die Nordatlantische Allianz im Wandel“ ist eines der Schlüsseldokumente zur Überwindung der deutschen und der europäischen Teilung. Die politischen Passagen dieser Erklärung sind entspannungspolitisch ausgerichtet und tragen den neuen Entwicklungen (1990) in Osteuropa Rechnung. Weiterhin beinhaltet dieses Dokument eine Selbstverpflichtung der NATO zu einer umfassenden Struktur- und Strategiereform (Ziffer 20 der Londoner Erklärung). Die Verknüpfung außen- und sicherheitspolitischer Komponenten der westlichen Politik wird unter den neuen Vorzeichen gewandelter Rahmenbedingungen des internationalen Systems vollzogen. In diesem Zusammenhang bekräftigt die Allianz, dass Sicherheit und politische Stabilität nicht allein in der militärischen Dimension liegen. Vielmehr ist, wie in Artikel bzw. Ziffer 2 der Londoner Erklärung niedergelegt ist, die politische Komponente der Allianz zu stärken. Der Höhepunkt des strategischen und sicherheitspolitischen Paradigmenwechsels vollzog sich bereits 1991 auf der NATO-Tagung in Rom. Das hier vorgestellte strategische Konzept der NATO ist noch vor der förmlichen Auflösung der Sowjetunion formuliert worden und markiert insofern einen entscheidenden Umbruch der NATO-Politik, als hier auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Mittelosteuropa und im Mittleren Osten reagiert wird.⁴⁰⁵

Was ist damit gemeint?

Das Auftreten ethnischer 'Sezessionskonflikte' innerhalb des Vielvölkerstaates Sowjetunion oder auf dem Balkan, das verstärkte Agieren nichtstaatlicher Akteure, neue Gefahren durch expansive Regionalmächte, die mögliche Proliferation von ABC-

⁴⁰³ Ebd., S. 15.

⁴⁰⁴ Vgl. Londoner Erklärung. In: Bulletin, Nr. 90, 1990, S. 777.

⁴⁰⁵ Vgl. Matthias Karadi: Die Reform der Atlantischen Allianz. Bündnispolitik als Beitrag zur kooperativen Sicherheit in Europa, Münster 1994, S. 44.

Waffen führten zu neuen Bedrohungskonstellationen und/oder -perzeptionen. Die bis dahin gültige NATO-Strategie der *flexible response* (seit 1967, mehrfach erweitert und differenziert) war anachronistisch geworden. Auf dem Gipfeltreffen der 16 Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitglieder am 7./8. November 1991 in Rom wurde ein 'Strategisches Konzept des Bündnisses' verabschiedet, das übrigens auch von Frankreich mitgetragen wurde. Dieses amtliche Dokument bildet seitdem die politische Basis für die Fortentwicklung der NATO-*Posture* im Kontext einer umfassend revidierten Sicherheitspolitik. Konkret geht es nach 1991 um die Realisierung dieser gemeinsamen politischen bzw. sicherheitspolitischen Willenserklärung.⁴⁰⁶

Es lässt sich nachweisen, dass die in den 1990er Jahren vollzogenen Schritte (neues operatives Konzept; Strukturreformen der Teilstreitkräfte und der kollektiven Verteidigungsplanung der Allianz) auf der Grundlage des 'Konzepts von Rom' durchgeführt worden sind.⁴⁰⁷ Die politische und militärisch-flexibilisierte Grundrichtung des nordatlantischen Bündnisses hat sich bereits vor der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes gravierend verändert. Es fällt auf, dass die Bedeutung der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ für die NATO-Strategie der 1990er Jahre keine besondere Rolle mehr spielt.⁴⁰⁸ Die 1989 beim Wiener KSZE-Folgetreffen getroffene Vereinbarung über die Abrüstung konventioneller Streitkräfte in Europa war zur Makulatur geworden. Nach dem „Fortfall des Hauptgegners Sowjetunion wurden die Bedrohungspereptionen diversifiziert, so dass sich die Planungsgruppen innerhalb der NATO für die Forcierung angemessener Rüstungsmaßnahmen einsetzen konnten.“⁴⁰⁹ Im Gegensatz zu den bisherigen Dokumenten macht die NATO erstmals Eckdaten ihrer Strategie (einschließlich:

⁴⁰⁶ Ebd., Matthias Karadi: Die Reform der Atlantischen Allianz. Bündnispolitik als Beitrag zur kooperativen Sicherheit in Europa, Münster 1994, S. 53.

⁴⁰⁷ Vgl. Stephen Brewster: NATO's Strategy for a Changing World. Massachusetts Institute of Technology, Working Papers III/95. Boston 1995, S. 93-112.

⁴⁰⁸ Die KSZE ist bis Ende der 1980er Jahre ein zentraler Baustein der neuen europäischen Sicherheitsordnung gewesen. Vor den gesellschaftlichen und politischen Umbruchprozessen in Ost-Mittel-Europa im Jahre 1989 war die KSZE ein für die Sicherheitspolitik aller Akteure wichtiges Forum, vor allem für die beiden deutschen Staaten. Die KSZE hat unter der Klammer einer vertrauensbildenden Politik in Zeiten des Ost-West-Konflikts eine Reihe von Maßnahmen zur Konfliktprävention und Entspannung durchzusetzen können: Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE, 1984-1986) und das Wiener KSZE-Folgetreffen (1986-1989), auf dem ein Mandat für weitere Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) und über die Abrüstung konventioneller Streitkräfte in Europa (VKSE) vereinbart worden sind; vgl. dazu Karl E. Birnbaum/Ingo Peters (Hrsg.): Zwischen Abgrenzung und Verantwortungsgemeinschaft. Zur KSZE-Politik der beiden deutschen Staaten 1984-1989. Baden-Baden 1991, passim.

⁴⁰⁹ Karl D. Bredthauer: Zur Bedeutung neuer Bedrohungspereptionen für die Sicherheitspolitik der neunziger Jahre. In: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung, 1, Januar 1992, Beilage, S. 9 (Artikel: S. 6-10.).

Militärstrategie) öffentlich.⁴¹⁰ Selbstverständlich wird nur die allgemeine Richtung öffentlich gemacht, während die detaillierten militärischen Planungen/Projekte weiterhin der Geheimhaltung unterliegen. Die Arbeiten an der neuen NATO-Strategie vollzogen sich auf drei Ebenen. Auf der ersten Ebene erfolgte unter Mitwirkung des Militärausschusses der NATO „die Ausarbeitung der Ziele und sicherheitspolitischen Aufgaben des Bündnisses, die dem strategischen Konzept vorangestellt werden sollte (...). Auf der zweiten Ebene erarbeitete die 'Strategy Review Group' (SRG) das strategische Konzept in seinen Einzelheiten (...). Auf der dritten Ebene befasste sich die 'Military Strategy Working Group' (MSWG), eine aus Vertretern des militärischen Arms der NATO gebildete Arbeitsgruppe, mit den militärischen Fragen im engeren Sinne.“⁴¹¹

Das Dokument gliedert sich in vier Teile:

Teil I beschreibt in einem ersten Unterabschnitt zunächst die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen ('radikale Verbesserung') in Europa vor dem Hintergrund der neuen Entwicklungen in der Sowjetunion. In Bezug auf die 1991 noch existierende Sowjetunion wird formuliert: „Die monolithische und unmittelbare Bedrohung, die die Hauptsorge des Bündnisses in den ersten vierzig Jahren seines Bestehens war, ist verschwunden.“

Gleichwohl wird aus diesem Tatbestand nicht einmal die mögliche 'Denkimplikation' erwogen, dass die NATO in ihrer derzeitigen geographischen Definition keine Daseinsberechtigung mehr habe. Angesichts der völlig neuen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen war die NATO alten Zuschnitts überholt. Die Planungsgruppen der NATO zogen aber diese Schlussfolgerung nicht, sondern konzipierten im Gegenteil ein von der NATO bestimmtes gesamteuropäisches Sicherheitssystem. Hier deutete sich die bald realisierte Option einer Eingliederung einiger ost- und südosteuropäischer Staaten in die NATO an. Diese Öffnung der NATO für die 1991 so bezeichneten Reformländer des (ehemaligen) Ostblocks war zweifelsohne der politische bzw. sicherheitspolitische Coup der frühen 1990 er Jahre.

⁴¹⁰ Die ursprüngliche Absicht, das gesamte 'römische Konzept' öffentlich zu machen, wurde nicht realisiert. Auf der Ministertagung des Verteidigungsplanungsausschusses am 12./13. Dezember 1991 wurde ein als „NATO- confidential“ klassifiziertes Strategiepapier unter dem Rubrum MC 400 verabschiedet, in dem einsatzbezogene, detailliert militärische Vorgaben 'für die Zukunft' festgeschrieben sind.

⁴¹¹ Helga Haftendorn: Herausforderungen an die europäische Sicherheitsgemeinschaft. Vom Harmel-Bericht zur Erklärung von Rom: Ein neuer Konsens über die künftigen Aufgaben der Allianz? In: Schweizer Monatshefte 6 (1992) 3, S. 474 f.

Angesichts des Machtvakuum in Moskau war dieser Schritt folgerichtig, aber nicht ohne Risiken. Die An- und Eingliederung der Reformländer (baltische Staaten, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei) in die NATO berührte traditionelle Sicherheitsinteressen der alten Sowjetunion bzw. der neuen Russischen Föderation. Hier lagen 1991 die Risiken der neuen NATO-Strategie. Die Alternative, nämlich alle Staaten Osteuropas und der GUS in ein funktionierendes System kollektiver Sicherheit einzubinden, spielte allenfalls 'rhetorisch' eine Rolle. Wie erwähnt, wäre die KSZE das geeignete Forum und Organ kollektiver Sicherheit in und für Europa gewesen. Doch hat – aus westlicher Sicht – die KSZE nicht die Instrumentarien, um die Transformationsprozesse in Ost-Mittel-Europa maßgeblich zu beeinflussen oder zu steuern. Nach Auffassung namhafter Politiker, Sicherheitsexperten und auch zahlreicher Politikwissenschaftler (im Westen) war der KSZE-Prozess „eher ein Forum, ein Ventil oder Vehikel für die sich im Ostblock abzeichnende Systemkrise als der eigentliche Grund für die radikale Transformation der ost-mitteuropäischen Gesellschaften.“⁴¹²

Das einzig funktionierende System kollektiver Sicherheit in Europa war in der Bewertung der westlichen Macht- und Diskurseliten die NATO. Die Strategiepapiere (s.o.) der NATO gehen mit der ihr eigenen Logik davon aus, dass vor dem Hintergrund drohender Konflikte in Osteuropa nur die NATO als Sicherheitsgarantin künftig in Frage kommen könne. Allerdings zeigt der Umstand, dass die politischen Eliten innerhalb der NATO zunächst nur an die Aufnahme der mehr oder weniger prowestlichen Reformländer Osteuropas in die NATO gedacht haben, die Widersprüchlichkeit der westlichen Sicherheitspolitik. Weder wurde der 'klassische' KSZE-Prozess als gesamteuropäische Institution forciert,⁴¹³ noch an eine Aufnahme aller ehemaligen Ostblockstaaten gedacht. Die hypothetische Frage, ob die NATO-Mitgliedschaft den Sicherheitsbedürfnissen dieser Staaten Rechnung tragen würde, wurde nicht einmal gestellt. Insbesondere die politische Führung der Russischen Föderation nahm bald nach der förmlichen Auflösung der UdSSR die NATO-Politik als eine Bedrohung russischer Sicherheitsinteressen wahr. Im Trend zeichnete sich 1991/1992 das erhebliche, von der NATO aber ins Kalkül gezogene Risiko ab, dass die Aussperrung der GUS-Länder bei gleichzeitiger Aufnahme der mittelosteuropäischen

⁴¹² Karl D. Bredthauer: a. a. O., S. 7.

⁴¹³ Vgl. ebd., S. 8 (Bredthauer bewertet die 'politische Offensive' der NATO gegenüber den ehemaligen Ostblockstaaten als ambivalent, weil nicht ein tragfähiges, gesamteuropäisches Sicherheitssystem angedacht oder angegangen worden sei, sondern aus dem 'zerbröselnden Kuchen' des Ostblocks 'Stücke herausgeschnitten' würden. Diese Politik folge, wie Bredthauer anmerkt, dem machtpolitischen *Divide-et-Impera*-Prinzip.).

Staaten (Polen, Ungarn usw.) in die NATO von Russland (auch: Ukraine, Weißrussland) als Bedrohung perzipiert würde, eine Situation, die die ohnehin gespannte Lage innerhalb der GUS zusätzlich belasten und den Frieden in Europa tangieren könnte. Im zweiten Unterabschnitt definiert das römische Konzept die „sicherheitspolitischen Herausforderungen und Krisen“. Während die Bedrohung durch einen groß angelegten Angriff einer feindlichen Macht weggefallen sei und sich auch die Gefahr eines Überraschungsangriffs verringert habe, kämen die verbleibenden Sicherheitsrisiken aus diversen Richtungen, „was dazu führt, dass sie schwer vorzusehen und einzuschätzen sind. (...) Sie sind eher die Konsequenz der Instabilität, die aus den ernsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten, einschließlich ethnischer Rivalitäten und Gebietsstreitigkeiten entstehen können, denen sich viele mittel- und osteuropäische Staaten gegenüberstehen.“

In *worst-case*-Szenarien werden Bürgerkriege und/oder zwischenstaatliche Kriege für möglich gehalten, die auf das NATO-Territorium übergreifen könnten. Der Golfkrieg (*Desert Storm*) habe gezeigt, dass die Aufrüstung diktatorischer Regime und die Verbreitung von Waffentechnologien, einschließlich Massenvernichtungswaffen und weitreichender ballistischer Flugkörper, nicht nur für die jeweilige Region erhebliche Eskalationsrisiken implizieren, sondern auch das Hoheitsgebiet einiger Bündnisstaaten (Hinweis auf die Türkei) bedrohen können. Die Diktion der Eventualitäten ('könnte' usw.) ist auffällig und nicht zufällig! Das Spektrum dieser eventuellen Bedrohungen wird signifikant erweitert: Risiken, so heißt es, könnten auch im „globalen Kontext“ durch die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen (Öl usw.) oder durch Terror- und Sabotageakte entstehen. Auch wenn hier die Golfregion (als geostrategisches Interessengebiet ersten Ranges) und der sogenannte „islamische Krisenbogen“ (Nordafrika – Naher und Mittlerer Osten – Asien) offenkundig als neues Feinbild aufgebaut werden sollen, so lässt sich doch sagen, dass sich die Risikoperzeption der NATO durch den Wegfall des Adressaten von einem bipolaren „Risikobild“ zu einem diffusen multipolaren „Risikobild“ gewandelt hat.⁴¹⁴

⁴¹⁴ Vgl. dazu Matthias Karadi: a. a. O., S. 55.

Teil II des Dokuments nennt vier Sicherheitsaufgaben der Allianz:

Erstens will die NATO eines der „unverzichtbaren Fundamente“ für ein stabiles und demokratisch strukturiertes Europa sein, „in dem kein Staat in der Lage ist, eine europäische Nation einzuschüchtern oder einem Zwang auszusetzen oder sich durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt die Vorherrschaft zu sichern; zum zweiten will die NATO als transatlantisches Forum für Konsultationen dienen; drittens vor Angriffen auf ihre Mitglieder abschrecken und schließlich viertens das strategische Gleichgewicht in Europa wahren.“

Hier fällt auf, dass die früher primär genannte Funktion der Abschreckung mittlerweile an die dritte Stelle gerückt ist. „Es gebe nur noch eine strategische relevante Militärgröße in Europa, nämlich die NATO selbst.“⁴¹⁵

Im **Teil III** des neuen strategischen Konzepts entwickelt die Allianz einen breit angelegten sicherheitspolitischen Ansatz. So bestünden aufgrund der radikal veränderten sicherheitspolitischen Lage größere Möglichkeiten als jemals zuvor bestanden, die Ziele der Allianz durch politische Mittel erreichen zu können. Das fünfte Unterkapitel im Teil II des Strategiedokuments beschäftigt sich mit „Krisenbewältigung und Konfliktverhütung.“⁴¹⁶

Im **Teil IV** „Verteidigungsrichtlinien“ sind grundsätzliche Angaben über die künftige Militärstrategie und Streitkräftenstruktur des Bündnisses enthalten, wobei das Dokument hierzu allerdings nur allgemeine Angaben macht. So wird betont, dass die Allianz rein defensiv ausgerichtet sei und „keine ihrer Waffen jemals eingesetzt werden, es sei denn zur Selbstverteidigung.“⁴¹⁷

Im zweiten Unterkapitel wird auf das neue Streitkräftedispositiv des Bündnisses eingegangen. So heißt es dort lapidar: „Der Gesamtumfang der Streitkräfte“ und „in vielen Fällen ihr Bereitschaftsgrad werden verringert.“⁴¹⁸

Im letzten Teil des Strategiedokuments wird erneut betont, dass die Sicherheitspolitik des Bündnisses zukünftig auf den Elementen „Dialog“, „Kooperation“ und „kollektive Verteidigung“ beruhen werde.⁴¹⁹

⁴¹⁵ Rupert Scholz: NATO und WEU nach der Auflösung des Warschauer Paktes, in: Europäische Sicherheit 8/92, S. 429.

⁴¹⁶ Vgl. Matthias Karadi: Die Reform der Atlantischen Allianz, Münster 1994, S. 56.

⁴¹⁷ Ebd., S. 57.

⁴¹⁸ Ebd., S. 57.

III.4. Zwischenbilanz

Die NATO geht in ihrem neuen sicherheitspolitischen und (militär-)strategischen Konzept nicht länger von einer 'allumfassenden Bedrohung' aus. Hier spiegelt sich zunächst die Abkehr vom bipolaren Bedrohungsdenken wider. In Rom wird eine neue Bedrohungsperzeption sichtbar: Die Allianz sieht das Territorium ihrer Bündnispartner vor allem an der Peripherie gefährdet. Zwar werden unter Berufung⁴²⁰ auf die Vertragsartikel des nordatlantischen Bündnisses nach wie vor die grundlegenden Prinzipien einer rein defensiven Politik, einschließlich der Hinlänglichkeit des defensiven Militärpotentials, sowie die strategische Einheit des Bündnisgebietes und der Solidarität aller Vertragsparteien (damals 16 Mitglieder) 'beschworen', aber es zeichnet sich ab 1991 eine Abkehr von der umfassenden sogenannten linearen Verteidigungsstruktur, insbesondere in Mitteleuropa, ab.⁴²¹ Betont wird neben der politischen Rolle der NATO (Dialog und Kooperation mit anderen Staaten Europas, dazu mit den Vereinten Nationen und der OSZE) das 'dringliche Postulat' einer neuen Sicherheitsarchitektur. Die 1. Strategische 'Reformierungs'-Diskussion bleibt ambivalent insofern, als zwar den GUS-Staaten (vornehmlich: Russland) eine neue Sicherheitspartnerschaft angeboten und die Überwindung der Teilung Europas als zentrales Ziel der NATO-Mitglieder formuliert wird, aber gleichzeitig wird weiterhin „in Kategorien des strategischen Gleichgewichts gedacht.“⁴²² Der entscheidende Impuls dieses strategischen Paradigmawechsels kann in der Forderung gesehen werden, neben der (traditionellen) Fähigkeit zur Bündnisverteidigung Optionen zur Krisen- und Konfliktbewältigung zu entwickeln. Nach dem Muster einer schnellen Eingreiftruppe sollen Streitkräfte bereitgestellt werden, die die strategische und taktische Aufgabe zur Krisen- und Konfliktlösung (präventive und interventive Szenarien) erfüllen können. In Rom (1991) zeichnet sich ab, dass zwei unterschiedliche Arten von Streitkräften vorhanden sein sollen: nämlich die Hauptverteidigungskräfte, die in ihrer Einsatzbereitschaft herabgesetzt sind und erst nach längerer Mobilisierungsphase eingesetzt werden können (Artikel V) und die quantitativ kleineren 'transnationalen' Krisenreaktionskräfte (*crisis-reaction-forces*), die aufgrund ihrer hohen Mobilität und

⁴¹⁹ Ebd., S. 57.

⁴²⁰ Vgl. Oliver Thränert: NATO und europäische Sicherheit. Vortrag vor dem Ost-West-Forum in Münster am 21.09.1994, Typoscript-Münster 1994; Matthias Karadi: Die Reform der Atlantischen Allianz. Bündnispolitik als Beitrag zur kooperativen Sicherheit in Europa? Münster 1994, S. 55.

⁴²¹ Matthias Karadi: ebd., S. 57.

⁴²² Ebd., S. 55.

taktischen Flexibilisierung ständig einsatzbereit sein sollen. Als politische Geste wird gleichzeitig formuliert, dass diese Teile der Krisenreaktionskräfte für Friedensmissionen der UN und der OSZE zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Grundkonsens (‘Säulen’ der Sicherheit) der NATO bleibt gültig: Präsenz (...) konventioneller und nuklearer Streitkräfte der USA in Europa; grundsätzliche (...) Gültigkeit des interkontinentalen Nuklearschildes.

Auffällig ist, dass in der Mehrzahl möglicher Konfliktszenarien die Südflanke der NATO und der Nahe bzw. Mittlere Osten als ‘Bedrohungsfelder’ perzipiert werden. Kurzum: Die Türkei gilt in den sicherheitspolitischen Analysen als Fokus, als ein „neuer Peripheriestaat“ zu oder von „potentiellen Konfliktfeldern“ (Klaus Naumann).⁴²³ Die Detailanalyse der sicherheitspolitischen Diskurse nach Rom 1991 macht deutlich, dass diversifizierten Bedrohungsperzeptionen ein hoher Stellenwert zugewiesen wird und – insofern – dem Postulat der Aufstellung von Schnell- und Soforteingreifkräften eine zentrale Priorität zukommen soll. In der Folge ist ein Teil der neuen Strategie realisiert worden, z.B. Entwicklung integrierter Militärstrukturen und multi- bzw. transnationaler Verbände (transnationale Befehlsstruktur!).⁴²⁴

Für den damaligen NATO-Generalsekretär Manfred Wörner bedeuteten die Beschlüsse des Gipfels von Rom „nicht weniger als die Geburt einer neuen Atlantischen Allianz (...) mit einer erweiterten politischen Rolle, einem neuen strategischen Konzept, noch engeren kooperativen Beziehungen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, einem stärkeren europäischen Pfeiler innerhalb der NATO und einer neuen Streitkräftestruktur mit deutlich reduziertem Umfang.“⁴²⁵

III.5. Akteure: Militär, Parlament, Regierung und gesellschaftliche Eliten in der Türkei

Die drei Staatsstreichs von 1960, 1971 und 1980, sowie die jüngste machtpolitische Intervention des türkischen Generalstabs vom Februar 1997⁴²⁶, haben deutlich gezeigt,

⁴²³ Klaus Naumann: Bedrohungsszenarien im 21. Jahrhundert: Module von Krisen- und Konfliktbewältigungsstrategien an der Peripherie. In: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Ergänzungsheft I B, 25. Jahrgang, 1999, S. 27 (Aufsatz: S.21-39.).

⁴²⁴ Vgl. Georges Tan Eng Bok/Beatrice Heuser: NATO am Scheideweg, in: Europa-Archiv 46 (1991) 24, S. 723.

⁴²⁵ Manfred Wörner: Die Atlantische Allianz und die europäische Sicherheit. In: Europa-Archiv, 1/1992, S. 1.

⁴²⁶ Vgl. Ümit Cizre Sakallıoğlu: The Anatomy of the Turkish Military's political Autonomy, in: Comparative Politics 29 (1997) 1, S. 151-166.

wie groß der politische Einfluss des türkischen Militärs ist. Die türkische Armee versteht sich traditionsgemäß als Hüterin der laizistischen Verfassung und als legitime Erbin der kemalistischen Revolution. Der Einfluss der Militärs auf die Politik ist verfassungsmäßig verankert. Nach der Verfassung und der höchstrichterlichen Rechtsprechung⁴²⁷ sind die politischen Rechte der Armee folgendermaßen festgeschrieben:⁴²⁸

Sitz und Stimme im Nationalen Sicherheitsrat

Geheimdienste ohne parlamentarische Kontrolle

Observanz der türkischen Verfassung im Sinne der Prinzipien Kemal Atatürks.

Die Bedeutung der türkischen Armee wird von Seiten der Generalität auf ihre Rolle im Befreiungskampf und bei der Gründung der türkischen Republik zurückgeführt. Bis in die 1980er Jahre galt die Armee als die entscheidende politische Kraft bei der Modernisierung der türkischen Gesellschaft.

Prägnant formuliert: Bis zum Staatsstreich von 1980 wurde innerhalb der türkischen Gesellschaft das von der Armee propagierte Staat- und Nationsverständnis als unumstrittener Maßstab für die gesellschaftlicher Modernisierung der Türkei akzeptiert.

Die Modernisierung der Türkei im Sinne einer Orientierung an den fortschrittlichen westlichen Staaten wurde weitgehend von den militärischen Eliten und dem mit ihnen verbundenen kemalistischen Bürgertum forciert. Bereits die erste politische Partei der Türkei, die CHP (i.e. Republikanische Volkspartei), ging aus der militärischen Elite der Anhängerschaft Atatürks hervor. Von 1923 bis 1945 lag die politische Macht ausschließlich in den Händen der CHP. Im Jahre 1937 wurden vom Einparteienparlament in Ankara die programmatischen Prinzipien der CHP zu den grundlegenden Verfassungsartikeln erklärt.⁴²⁹ Damit erhielt die kemalistische Ideologie einen 'unverbrüchlichen Status', auf den alle Bürger der Türkei verpflichtet wurden und *de iure* auch heute verpflichtet sind. Allerdings hat sich die gesellschaftliche Situation in der Türkei verändert.⁴³⁰ Vergleicht man nämlich die Bestimmungen des sogenannten

⁴²⁷ Vgl. Nermin Abadan-Ümit: Ideologische Strömungen in der Türkei in den 90er Jahren, in: Südosteuropa Mitteilungen 37 (1997) 4, S. 291-300.

⁴²⁸ Vgl. Metin Heper/Fuat E. Keyman: Doubled-faced state: Political Patronage and the Consolidation of Democracy in Turkey, in: Middle East Studies 34 (1998) 4, S. 259-277.

⁴²⁹ Vgl. dazu Günter Seufert/Christopher Kubaseck: Die Türkei. Politik-Geschichte-Kultur. München 2004, S. 102-105.

⁴³⁰ Vgl. dazu Bassam Tibi: Die postkemalistische Türkei, in: Internationale Politik 53 (1998) 1, S. 1-8.

‘Siebten Reformpakets’ der Nationalversammlung vom Juli 2003 mit der ‘Dritten Republikanischen Verfassung’ von 1982, so fällt auf, dass die Rolle des Militärs in der Politik erheblich eingeschränkt worden ist.⁴³¹ Obwohl der politische Einfluss der militärischen Eliten der Türkei immer noch stark ist, hat sich die gesellschaftspolitische Situation im Land gewandelt. Allein die verfassungsrechtliche Entwicklung der Jahre von 1982 bis 2003 kann hier als ein Indiz ersten Ranges gelten.⁴³² In der ‘Dritten Republikanischen Verfassung’ von 1982 sind nämlich zahlreiche Verfassungsartikel unter den ‘Vorbehalt von Artikel 13’ (Schrankenvorschrift)⁴³³ gestellt worden:

„Praktisch von Bedeutung sind schließlich die ausführlichen Regelungen über den Not- und Ausnahmezustand, die auf Gesetzebene in über das notwendige Maß hinausgehende Einschränkungen rechtstaatlicher Grundsätze umgesetzt worden sind. Föderale Strukturen und Minderheitsrechte gelten derzeit nicht mit dem ‘Nationalismus Atatürks’ und dem traditionellen Zentralismus vereinbar.“⁴³⁴

Im Grunde ist die Befugnis des türkischen Verfassungsgerichts damit erheblich erweitert worden, so dass diese höchstrichterliche Instanz bis heute eine verfassungsrechtliche Kontrolle der politischen Parteien ausüben kann. Seinem Wesen nach ist das höchste türkische Verfassungsgericht also nicht eine Instanz „abstrakter und konkreter Normenkontrolle“⁴³⁵ (wie z.B. das Bundesverfassungsgericht in Deutschland), sondern eine metapolitische Instanz „zur Ausübung der Funktionen eines Staatsgerichtshofes.“⁴³⁶ Am Beispiel des seit ca. 2004 immerhin möglichen AKP-Verbots lässt sich aber erkennen, wie kompliziert die innenpolitische Situation in der Türkei ist. Hierbei geht es um das Verhältnis von Staat und Islam, von kemalistisch geprägten Eliten und neuen islamisierenden Kräften in der Türkei.⁴³⁷ Der vom höchsten türkischen Staatsanwalt geplante Antrag auf Auflösung der AKP wäre zwar beim türkischen Verfassungsgericht nicht aussichtslos,⁴³⁸ würde aber einerseits auf Bedenken innerhalb der EU stoßen, andererseits die innenpolitischen Spannungen in der Türkei

⁴³¹ Vgl. dazu Günter Seufert/Christopher Kubaseck: Die Türkei. Politik-Geschichte-Kultur. München 2004, S. 102-105.

⁴³² Vgl. Christian Rumpf: Verfassung, Verwaltung, Recht der Türkei, in: Staatslexikon, Bd. 7, S. 703.

⁴³³ Ebd., S. 703.

⁴³⁴ Ebd., S. 703.

⁴³⁵ Ebd., S. 703.

⁴³⁶ Ebd., S. 703.

⁴³⁷ Vgl. zu den historischen Ursachen bei Nilüfer Göle: Authoritarian Secularism and Islamic Politics. The Case of Turkey, in: Norton A. Richard (Hrsg.): Civil Society in the Middle East. Bd. 2. Leiden 1996, S. 17-44; Binnaz Toprak: Civil Society in Turkey, in: Norton A. Richard (Hrsg.): a. a. O., S. 87-118.

⁴³⁸ Das Verfassungsgericht in Ankara setzt sich aus elf Richtern zusammen, von denen sieben dem Verbotsantrag zustimmen müssen (www.byegm.gov.tr/Turkish Press Review vom 17.10.2007); der Konflikt zwischen den alten Eliten und den neuen islamisch-konservativen Kräften um Erdoğan schwelt seit dem Wahlsieg der AKP im November 2002. Bei diesen Wahlen zum türkischen Parlament wurde die AKP mit 34% der Wählerstimmen die stärkste Partei und gewann-infolge des türkischen Wahlrechts-die absolute Mehrheit der Parlamentsmandate. Im Juli 2007 erzielte die AKP sogar knapp 47%, d.h. den höchsten Stimmenanteil für eine türkische Partei seit 1967.

erhöhen. Die AKP stellt zurzeit die stärkste politische Kraft des Landes außerhalb der militärischen Eliten dar. Der Vorwurf der traditionellen kemalistischen Eliten lautet, dass die islamisch-konservative Partei (unter Vorsitz von Recep Tayyip Erdoğan) die säkular-laizistische Türkei in einen islamischen Staat umwandeln, d.h. die in der türkischen Verfassung verankerte Trennung von Staat und Religion aufheben wolle. Hier deutet sich an, dass die militärischen und kemalistischen Eliten zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Risiken eines Staatsstreichs als sehr hoch einschätzen und möglicherweise an die 'Option eines juristischen Staatsstreichs' zu denken scheinen.

Wie kompliziert die innenpolitische Lage in der Türkei heute ist, zeigt sich auch an der Doppelstrategie der AKP (unter Ministerpräsident Erdoğan/Staatspräsident Abdullah Gül), die zwar für eine gemäßigte Islamisierung der öffentlichen Bereiche (z.B. durch Aufhebung des Kopftuchverbots in staatlichen Einrichtungen) eintritt, gleichzeitig aber einen pro-europäischen und reformorientierten Kurs verfolgt. Diese quasi prowestliche Orientierung der türkischen Außen-, Wirtschafts- und Handelspolitik unter Premierminister Erdoğan findet bei den militärischen, kemalistischen Eliten weitgehend Zuspruch, so dass die innenpolitischen Risiken eines AKP-Verbots mutmaßlich zu hoch sind.⁴³⁹ Der gemäßigte 'Politische Islam' in der Türkei dürfte spätestens seit 2002 zu einem gesellschaftspolitischen Machtfaktor ersten Ranges geworden sein. Im Unterschied zu radikal-islamistischen Kräften strebt diese Version des politischen Islam, wie sie von der AKP repräsentiert wird, keine Desäkularisation des Staates, wohl aber eine Re-Islamisierung der türkischen Zivilgesellschaft im öffentlichen Raum (Schulen, Vereine usw.) an. Diese Re-Islamisierungstendenzen, getragen von der AKP, stoßen bei den laizistisch-kemalistischen Eliten auf Widerstand, scheinen aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht den Grundkonsens des türkischen Nationenverständnisses – im Sinne der alten Eliten – zu gefährden. Gleichwohl bleibt die innenpolitische Gemengelage kritisch und brisant, so dass eine verlässliche Prognose über die weitere Entwicklung der türkischen Gesellschaft kaum erstellt werden kann.

Die Polarisierung innerhalb der türkischen Gesellschaft ist in vielerlei Hinsicht problematisch und kompliziert, weil die klaren Frontstellungen der 1980er Jahre längst überholt sind. Die Westorientierung (EU usw.) wird inzwischen von allen relevanten Eliten akzeptiert und lediglich von kleinen, am rechten oder linken Spektrum der

⁴³⁹ Vgl. dazu die Prognose bei Metin Heper: Islam and Democracy in Turkey: Toward a Reconciliation? In: Middle East Journal 51 (1997) 1, S. 32-45.

Parteienlandschaft angesiedelten Gruppierungen kritisiert. Der Pragmatismus, der die Außenpolitik der Regierungspartei AKP kennzeichnet, ist zugleich auch die Maxime der alten Eliten in Militär und Bürokratie. Zwar unterscheiden sich die gesellschaftspolitischen Modelle der alten und neuen Eliten (Kemalisten vs. politische Konservative/AKP) beachtlich, in den Grundfragen der Außen- und Sicherheitspolitik scheint aber ein weitgehender Konsens zwischen diesen politischen und gesellschaftlichen Kräften zu bestehen.⁴⁴⁰ Nach M. Öcal ist die Orientierung nach Westeuropa eine Konstante der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik. Unbeschadet davon hat die Erdoğan-Regierung seit Ende 2002 die bilateralen Beziehungen zu den Nachbarstaaten, einschließlich der 'Problemstaaten' Iran und Syrien, erheblich verbessert. Auch wenn eine *grand strategy* (s.o.) der türkischen Außenpolitik nicht zu erkennen ist,⁴⁴¹ stehen im Mittelpunkt der außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Türkei „neben dem EU-Beitritt das Verhältnis zu Griechenland, die Zypernfrage sowie die Schaffung eines Gürtels friedlicher und befreundeter Nachbarstaaten unter Wahrung der eigenen Interessen in den unmittelbaren Krisenregionen, vor allem im Nahen und Mittleren Osten, in Kaukasien und Zentralasien.“⁴⁴²

Dass die türkische Außen- und Sicherheitspolitik vor schwierige Entscheidungen gestellt ist und auch in Zukunft bleiben wird, hängt objektiv mit der geographischen Lage des Landes zusammen. Die Imponderabilien des außenpolitischen Koordinatensystems, in dem sich die Türkei befindet, sind enorm und mit keinem anderen NATO-Mitgliedstaat vergleichbar. Weiterhin erschwert wird diese prekäre Situation durch die offene 'Kurdenfrage', die an die Substanz des türkischen Staats- und Nationsverständnisses geht.⁴⁴³ Nach Artikel 305 des neuen türkischen Strafgesetzbuches werden 'Handlungen gegen das grundlegende nationale Interesse' (i.e. Unabhängigkeit, territoriale Integrität, nationale Sicherheit, Verfassung und politische Ordnung der Republik) restriktiv verfolgt und geahndet.⁴⁴⁴ Dieser und ähnliche Artikel werden von Rechtsexperten und Politiker der westlichen Demokratien scharf kritisiert, weil hier das Grundrecht auf Meinungsfreiheit nicht garantiert werde. So wird beispielsweise „nach

⁴⁴⁰ Vgl. dazu bereits die Analyse von Erhard Franz: Türkei: Laizismus contra Islamismus in Gesellschaft und Politik, in: Südosteuropa Mitteilungen 37 (1997) 1, S. 10-16; Mehmet Öcal: Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei, in: Siegfried Frech/Mehmet Öcal (Hrsg.): Europa und die Türkei. Schwalbach/Taunus 2006, S. 239-267.

⁴⁴¹ Vgl. M. Öcal: Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei, S. 265 f.

⁴⁴² Ebd., S. 240.

⁴⁴³ Vgl. Heidi Wendel: Menschen- und Minderheitenrechte in der Türkei auf dem Wege in die EU, in: Siegfried Frech/Mehmet Öcal: a. a. O., S. 217 ff. (Beitrag: S. 201-229).

⁴⁴⁴ Vgl. ebd., S. 209.

Artikel 305 Propaganda für den Abzug der türkischen Soldaten aus Zypern, Zustimmung zu einer Lösung der Zypernfrage (...) oder die Behauptung eines Genozids an den Armeniern im Ersten Weltkrieg⁴⁴⁵ unter Strafe gestellt. In dieser Hinsicht besteht ein Konsens zwischen den alten und neuen Eliten, wurde doch das neue Strafgesetz der Türkei im Jahr 2005 von der türkischen Nationalversammlung verabschiedet. Die Schnittmenge der außen-, sicherheits- und innenpolitischen Gemeinsamkeiten von alten und neuen Eliten ist m.E. größer, als in der westlichen Presse gelegentlich behauptet wird. Auch in den brisanten Fragen (z.B. militärische Operationen der türkischen Armee gegen PKK-Stellungen im Nordirak) der Außenpolitik scheint ein Konsens zwischen den alten und neuen Eliten erkennbar zu sein.

Allerdings gibt es auch Differenzen zwischen den politischen Zielen der AKP-Regierung und den strategischen Prärogativen der Militärs. Ein Beispiel ist die Zypernpolitik ab 2004. Grundsätzlich ist und bleibt die geteilte Inselrepublik „ein Zankapfel auf dem Weg der Türkei in die EU.“⁴⁴⁶ Gegen den Widerstand der türkischen Generalität und trotz der einsetzenden Propaganda nationalistischer Kreise in der Türkei stimmte die AKP-Regierung (Erdoğan/Gül als 'Doppelspitze') der Aufnahme von direkten Verhandlungen (Beginn: 19.2.2004) beider Volksgruppen zu.⁴⁴⁷ Gemäß dem Annan-Plan (Vorschlag der UNO zur Überwindung der Teilung Zyperns) fand im April 2004 ein Referendum im griechischen Süden und türkischen Norden Zyperns statt. Während sich im türkischen Teil der Insel eine Mehrheit für die Überwindung der Teilung Zyperns aussprach, lehnten 76% der griechischen Zyprioten die Vorschläge des Annan-Plans ab. Damit bleibt die Insel Zypern weiterhin geteilt. Die Republik Zypern ist seit Mai 2004 EU-Vollmitglied, wohingegen der Nordteil der Insel keine völkerrechtliche Anerkennung von Seiten der Staatengemeinschaft finden konnte. In jedem Fall war die Zypernpolitik der AKP-Regierung „ein großer innen- und außenpolitischer Erfolg des türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdoğan, der sich gegen den Widerstand seiner Widersacher, vor allem in der türkischen Armee und in nationalistischen Kreisen, durchsetzen konnte.“⁴⁴⁸

⁴⁴⁵ Ebd., S. 209.

⁴⁴⁶ M. Öcal: Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei, S. 252; vgl. zur Entwicklung in den 1990er Jahren bei Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): Regelmäßiger Bericht der Kommission über Zyperns Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt. SEK (2001), Nr. 1756. Brüssel 2001.

⁴⁴⁷ Vgl. dazu M. Öcal: a. a. O., S. 253.

⁴⁴⁸ Ebd., S. 253.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Ende 2007) setzt sich die AKP-Regierung für eine Lösung der Zypernfrage „auf der Basis des Annan-Plans ein“⁴⁴⁹, wobei eine Anerkennung der Republik Zypern⁴⁵⁰ nur dann in Aussicht gestellt wird, wenn die Interessen der türkisch-zypriotischen Bevölkerung im Norden der Insel angemessene Berücksichtigung finden.⁴⁵¹ Durch ihre offensive Zypernpolitik auf der Basis des Annan-Plans hat die AKP-Regierung nicht nur ‚Pluspunkte in Brüssel‘ gesammelt, sondern auch ihren außenpolitischen Handlungsspielraum insgesamt erweitert. Um die Ziel-Mittel-Relation der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik bestimmen zu können, ist es sinnvoll, von den „Stoßrichtungen türkischer Außenpolitik“⁴⁵² auszugehen. Nach Gressel liegen die außenpolitischen Schwerpunkte der Türkei vor allem in drei Regionen:⁴⁵³

Naher und Mittlerer Osten

West- und Zentralasien(Kaukasus/Transkaukasus)

Balkan

Dazu kommt das „Zypernproblem“⁴⁵⁴, das historisch mit den spezifischen Konfliktkonstellationen zwischen Griechenland und der Türkei verknüpft ist. Die Handlungsoptionen, die die türkische Außenpolitik in diesen drei bezeichneten Regionen hat, sind, wie bereits angedeutet, an Voraussetzungen gebunden. Zu diesen Voraussetzungen gehören:

besondere Beziehungen der Türkei zu den USA,

NATO-Mitgliedschaft,

angestrebte Vollmitgliedschaft in die EU.

Möglicherweise steht der staatliche Akteur Türkei vor einer grundlegenden Richtungsentscheidung, die ihrerseits aber auch von den Entscheidungen anderer Staaten bzw. Staatengemeinschaften (z.B. EU-Entscheidung hinsichtlich des Antrags

⁴⁴⁹ Ebd., S. 253.

⁴⁵⁰ Vgl. zu den Hintergründen und Konfliktursachen bei Heinz Jürgen Axt: Explosiver Balkan und unruhiges Mittelmeer: Konflikte im Umfeld Griechenlands als Herausforderung der EG, in: Südosteuropa 40 (1991) 11/12, S. 579-599; Kemal Kırışçı: Greek-Turkish Relations, in: Turkish Studies 1 (2000) 1, S. 181-183; John Stilides: Greek-Turkish Relations, in: Turkish Studies 1 (2000) 1, S. 178-181; Hasan Ünal: Turkey and Greece: Time to move on, in: Private View 1 (1997) 3, S. 40-44.

⁴⁵¹ Ebd.

⁴⁵² Gustav C. Gressel: Die Strategischen Optionen der Türkei, in: Erich Reiter (Hrsg.): Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wien 2006, S. 31 (Beitrag: S. 23-65).

⁴⁵³ Vgl. ebd., S. 31.

⁴⁵⁴ Ebd., S. 31.

der Türkei auf Vollmitgliedschaft in der europäischen Gemeinschaft) abhängt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat die Türkei möglicherweise drei grundlegende Optionen, um die mittel- und langfristige Richtung ihrer staatlichen Außen- und Sicherheitspolitik festzulegen. Huntington sieht in diesem Zusammenhang folgende Möglichkeiten:⁴⁵⁵

Anbindung an Europa (*core point*: Vollmitgliedschaft in der EU)

Politik als (islamische) Regionalmacht

Isolation.

Mit dem Attribut <islamisch> markiert Huntington eine spezifische türkische Regionalmachtpolitik, die im Kern aber das traditionell kemalistische Erbe einer Westorientierung (Laizismus) der Türkei überwinden müsste. Huntington sieht in der türkischen Außenpolitik der 1990er Jahre erste Trends, die er als 'islamische Regionalmachtpolitik' der Türkei deutet.⁴⁵⁶ Es stellt sich allerdings die Frage, ob die türkische Außenpolitik in West- und Zentralasien (von Aserbaidshan bis Turkmenistan) als eine, wie von Huntington behauptet, islamische Regionalmachtpolitik angemessen definiert werden kann.⁴⁵⁷ Im Rahmen meiner Analyse der türkischen Außenpolitik(vgl. IV. Regionalmacht Türkei) werde ich aufzuzeigen versuchen, dass die strategischen Optionen der Türkei nicht auf den Nenner einer „grand strategy“ zu bringen sind. Vielmehr wird man die Handlungsoptionen und die Realpolitik des staatlichen Akteurs Türkei differenziert betrachten und – je nach Konstellation (z. B. bilaterale Rahmenbedingungen, wie im Fall Nordirak) – beschreiben müssen. Selbst wenn es beispielsweise eine 'schleichende Reislamisierung'(Huntington) in der türkischen Gesellschaft gibt, stellt es doch eine grobe Vereinfachung dar, diese binnengesellschaftlichen Entwicklungen mit dem außenpolitischen Kurs einer 'islamischen Regionalmacht Türkei'(Huntington) zu identifizieren. Auch die gegenwärtige AKP-Regierung hat die Konstanten der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt, sondern sich im Gegenteil von jeder Form eines 'nationalen Alleingangs' abgegrenzt. Unbestritten ist hingegen, dass die türkische Regierung seit Anfang 2000 die bilateralen

⁴⁵⁵ Vgl. Samuel P. Huntington: The Clash of Civilisations and the Remaking of World Order. London 1998, S. 144-149.

⁴⁵⁶ Huntington entwickelt das Konstrukt eines 'türkischen Kernstaates', auf den die turkstämmig bevölkerten Staaten oder Ethnien der west- und mittelasiatischen Region gleichsam konzentrisch bezogen sind; vgl. ebd., S. 155 f.; S. 207-219; 232-238.

⁴⁵⁷ Vgl. ebd.

Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu verbessern bemüht war.⁴⁵⁸ Dabei wurden allerdings unterschiedliche Handlungsoptionen gewählt und umgesetzt. Die bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und den Nachbarstaaten Iran, Syrien und Irak sind, wie die offiziellen Verlautbarungen zu erkennen geben, pragmatisch ausgestaltet worden. Lediglich in ihrer Kaukasuspolitik (Georgien, Aserbaidshan!) hat die Türkei zunächst riskante Optionen (Berg Karabach-Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan!) gewählt, indem sie beispielsweise einseitig Partei für Aserbaidshan ergriffen hatte.⁴⁵⁹ Allein dieses Beispiel der türkischen Kaukasus-Politik macht deutlich, wie schwierig es ist, die türkische Außenpolitik auf einen eindeutigen Nenner zu bringen. Gerade im Bereich Außenpolitik stellt sich die Frage, wie die konkreten Kompetenzen zwischen Regierung, Parlament und Militär verteilt sind.

III.6. Kompetenzen und Interessen

Außenpolitik ist in der Regel in einem politischen System das am wenigsten öffentliche und demokratische Handlungsfeld. Die Gestaltung der Außenpolitik basiert auf Exklusion bzw. Geheimhaltung,⁴⁶⁰ d.h. wichtige Entscheidungen werden meistens von kleinen Gruppen von Experten und Machträgern getroffen. Heute unterliegt das politische Handlungsfeld <Außenpolitik> einer enormen Dynamik, so dass die Entscheidungsträger ständig mit neuen politischen Entwicklungen konfrontiert werden und dementsprechend neue Handlungsoptionen entwickeln oder implementieren müssen. Vieles spricht dafür, dass die militärischen Eliten (Generalität) der Türkei bei außenpolitischen Entscheidungen eine zentrale Rolle spielen. Im politischen System der Türkei hat das Militär eine Sonderrolle inne, die in den 1990er Jahren durch die Krise der politischen Parteien sogar gewachsen ist.⁴⁶¹

Prägnant formuliert: Das türkische Militär ist nicht nur der 'Hüter der Verfassung', sondern auch der innenpolitische Ordnungsfaktor innerhalb der Türkei.⁴⁶²

⁴⁵⁸ Vgl. dazu Erich Reiter (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2004. Hamburg/Berlin/Bonn 2004, S. 405-432.

⁴⁵⁹ Vgl. dazu Patrick Länderbach: Eingefrorener Konflikt um Nagorny-Karabach, in: Neue Zürcher Zeitung vom 25.10.1995, S. 7.

⁴⁶⁰ Vgl. dazu İlhan Uzgel: Türk Dış Politikasında „Sivilleşme“ ve Demokratikleşme Sorunları („Zivilgesellschaftliche und demokratische Probleme in der türkischen Außenpolitik“): Körfez Savaşı Örneği, in: Ankara Üniversitesi Siyasal Bilgiler Fakültesi (politische Vierteljahresschrift der Ankara Universität) (Januar-Dezember 1998) 1-4, S. 308.

⁴⁶¹ Vgl. ebd., S. 309.

⁴⁶² Ebd.

Auch nach dem Wahlsieg der AKP hat das Militär immer wieder, auch im Sinne einer Drohgebärde gegen die islamisch-konservativen Kräfte um Gül und Erdoğan, auf seine traditionelle 'Wächterfunktion' hingewiesen und ihren 'Ehrenrang' historisch begründet.⁴⁶³ Die militärischen Eliten in der Türkei beanspruchen also ein politisches Mitspracherecht, das letztlich auf einer Reihe von Prärogativen basiert. Jede Kritik am Militär und seiner kemalistischen Tradition gilt *per se* als staatsfeindlich. Im Unterschied zu den westlichen Demokratien hat das Militär, aber auch der türkische Staat als solcher, einen quasi unantastbaren Status, der weder durch partei- noch durch tagespolitische Entwicklungen in Frage gestellt werden kann. Die besondere Stellung des türkischen Militärs kulminiert in der Auffassung, dass die Armee gleichsam den Staat repräsentiert und die Staatlichkeit der türkischen Nation abbildet.⁴⁶⁴ So ist die türkische Generalität bei allen öffentlichen Gedenktagen (z.B. Tag der Gründung der türkischen Republik) und staatlichen Akten (z.B. Einführung des türkischen Staatspräsidenten in sein Amt) nicht nur symbolisch anwesend, sondern als die tragende staatliche Institution präsent. Die militärischen Eliten leiten ihre exklusive Rolle in Staat und Gesellschaft der Türkei aus dem maßgeblichen Beitrag zum Sieg Kemal Atatürks in den 1920er Jahren ab. In den türkischen Schulbüchern gilt das Militär als der 'Grundstein der türkischen Republik'. Auch bei den Militärputschen von 1960, 1971 und 1980, dazu bei zahlreichen Parteiverboten, kam der Berufung auf die tragende Rolle des Militärs eine überragende Bedeutung zu. Die Argumentationstopik der militärischen Eliten in der Türkei ist vor diesem Hintergrund stets legalistisch und konservativ (im Sinne der Bewahrung der staatlichen Einheit der Republik Türkei) gewesen.⁴⁶⁵

In der heutigen Türkei ist eine institutionelle Dualität zwischen der politischen Regierung (inklusive dem politischen System: Parlament, Parteien) auf der einen Seite und dem Militär(als Meta-Institution und Integrationsfaktor) auf der anderen Seite gegeben. In der Praxis existiert bis heute eine Reihe von parallelen Staatsinstitutionen, die einerseits von Politikern und andererseits von hohen Militärs geführt werden. Diese binäre, d. h. zweigeteilte politische und militärische Struktur der Staatsinstitutionen spielt auch in der Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei eine wichtige, vermutlich

⁴⁶³ Vgl. dazu Dankwart Rustow: The Army and the Founding of the Turkish Republik, in: World Politics, Juli 2003.

⁴⁶⁴ Vgl. İlhan Uzel: Türk Dış Politikasında „Sivilleşme“, ebd., S. 315.

⁴⁶⁵ Vgl. dazu Gencer Özkan: Türkiye’de siyasal Rejim ve Dış Politika („Das politische Regime und die Außenpolitik der Türkei“). In: Faruk Sönmezoglu (Hrsg.): Türk Dış Politikasının Analizi. İstanbul 1994, S. 299.

immer noch die entscheidende Rolle.⁴⁶⁶ Gerade in Krisensituationen hat das Militär einen sehr großen Entscheidungs- und Handlungsspielraum. Bei den militärischen Operationen gegen PKK-Stellungen im Nordirak hatte das Militär nicht nur die taktische, sondern auch die politische Regie in der Hand.⁴⁶⁷ In den letzten Jahrzehnten wurden alle relevanten Sicherheitsfragen für die Türkei vor allem aus militärstrategischer Perspektive bewertet. In den von mir analysierten Beiträgen von türkischen Generälen lässt sich diese militärisch dominierte Argumentationsweise eindeutig erkennen. Die Hinweise auf die brisante geographische Lage der Türkei finden sich in jedem Beitrag. Die 'üblichen' Wahrnehmungsmuster der militärischen Eliten in der Türkei orientieren sich an einem Spektrum realer und/oder möglicher Bedrohungen. Im Grunde ist jeder Nachbarstaat eine potentielle Bedrohung.⁴⁶⁸ Als beispielsweise die türkische Minderheit in Bulgarien unter restriktiven Maßnahmen des Staates zu leiden hatte, wurden starke türkische Armeeverbände an der türkisch-bulgarischen Grenze stationiert.⁴⁶⁹ Auch gegenüber Nachbarstaaten wie Syrien und Irak behält sich das Militär das Recht zur Intervention vor, wenn von deren Staatsgebiet aus kurdische Separatisten operieren.⁴⁷⁰ Hinter diesem Denken und Handeln steht die Auffassung eines starken, nationalen 'Sicherheitsstaates', der bereit ist, sich seiner militärischen Mittel im Innern und nach Außen zu bedienen. Diese eigenwillige Schnittmenge von innen- und außenpolitischen Bedrohungsszenarien erreichte in den 1980er Jahren einen Höhepunkt. Die PKK hatte August 1984 ihren militärischen Kampf gegen den türkischen Staat aufgenommen. Im Gegenzug hatte das Militär jede Entscheidungsfreiheit, um antiterroristische Maßnahmen auch unter Verletzung individueller Menschenrechte durchzuführen.⁴⁷¹ Der Ausnahmezustand wurde im Südosten der Türkei zum Regelfall, der, wie nicht anders zu erwarten, mit militärisch-sicherheitspolitischen Notwendigkeiten legitimiert wurde.

In den 1990er Jahren erwuchs dem Militär (einschließlich der 'zivilen kemalistischen Eliten') mit dem politischen Islam (z. B. Refah-Partei) ein

⁴⁶⁶ Vgl. dazu Ümit Cizre Sakallıoğlu: The Anatomy of the Turkish Military's Political Autonomy. In: Comparative Politics 29 (1997) 1, S. 151; Suat Parlar: Silahlı Bürokrasinin Ekonomi Politikası. İstanbul 1997, S. 10.

⁴⁶⁷ Aktan Gündüz: Ne değişti? Erişim: 20.09.2003, www.Radikal.com.tr/veriler/2003/09/20/haber89377.php

⁴⁶⁸ Vgl. dazu TBMM Tutanak Dergisi (Zeitschrift des türkischen Parlaments) vom 12.08.1990, S. 478.

⁴⁶⁹ Vgl. İlhan Uzgöl: Bulgaristan'da Rejim Değişikliği ve Türk-Bulgar İlişkileri, in: Baskin Oran (Hrsg.): Türk Dış Politikası, İstanbul 2002, S. 490.

⁴⁷⁰ Milliyet vom 4. April 1991. Bununla birlikte Dışişleri Bakanlığı ve Tugut Özal arasında Türkiye'nin askeri müdahalede bulunması konusunda bir fikir ayrılığı vardı.

⁴⁷¹ Der KDP (Demokratische Partei Kurdistans)-Führer Barzani erklärte: „Wenn das türkische Militär kurdische Dörfer angreift, werden wir zurückschlagen“, in: Cumhuriyet vom 2. November 1991.

ernstzunehmender Gegner, der zunächst eine Islamisierung der türkischen Zivilgesellschaft anstrebte und vor allem in ländlichen Regionen auch durchzusetzen konnte.⁴⁷² Allerdings blieb das Vertrauen der türkischen Bevölkerung in das türkische Parteiensystem eher gering, weil immer wieder von Korruptionsskandalen und Vetternwirtschaft berichtet wurde.⁴⁷³ Das Militär blieb von solchen Verdächtigungen und Verstrickungen in Korruption und Wirtschaftspatronage weitgehend verschont. Dadurch gewann die Generalität ein hohes Vertrauen bei der Bevölkerung und konnte ihr Eingreifen in die türkische Innenpolitik stets auch moralisch legitimieren.⁴⁷⁴ Bis Anfang 2000 schien das Militär über eine ungebrochene politische und gesellschaftliche Machtstellung zu verfügen. Im Grunde waren es die militärischen Eliten, die die Bedrohungswahrnehmung (innen- und außenpolitisch) entscheidend beeinflussten und entsprechende Reaktionen auch der Politik vorgaben.⁴⁷⁵ Diese Bedrohungswahrnehmung bezogen sich nicht nur auf Staaten wie Griechenland, Syrien, Iran oder Irak, sondern mehr und mehr auf eine diffuse Gemengelage von 'inneren und äußeren Kräften', die die türkische Nation in ihrer staatlichen Existenz bedrohen. Auch die interethnischen Konflikte zwischen Türken und Kurden wurden in der Regel mit Verschwörungstheorien aufgeladen⁴⁷⁶ (z.B. bezüglich Syrien). Grundsätzlich wird sich also schlussfolgern lassen, dass die militärischen Eliten in der Türkei sich einen Zugriff auf die Gestaltung der Innen- und Außenpolitik vorbehalten. Auch die besonderen Beziehungen zwischen der Türkei und Israel gehen fast ausnahmslos auf die Initiative der Generalität zurück.⁴⁷⁷ Die Militärs entwickeln regelmäßig in ihren Stäben und Akademien sogenannte 'National-militärstrategische Konzepte', die die innere und äußere Sicherheitslage der Türkei analysieren und dementsprechende Folgerungen ziehen. Diese Konzepte werden dann von Parlament und Regierung ratifiziert. Die Nachbarstaaten der Türkei, aber auch die EU-Administration betrachten die Türkei als ein Land, in dem das Militär einen enormen politischen Einfluss ausübt.

Die Beitrittskriterien zur EU sprechen in dieser Hinsicht ausdrücklich davon, dass die Demokratisierung der Türkei auch durch ein Zurückdrängen der Militärs aus

⁴⁷² Vgl. İlhan Uzgel: Türk Dış Politikasında "Sivilleşme" ve Demokratikleşme Sorunları, ebd., S. 314 f.

⁴⁷³ Ümit Cizre Sakallıoğlu: The Anatomy of the Turkish Military's Political Autonomy. In: Comparative Politics 1997, S. 151.

⁴⁷⁴ Vgl. dazu İlhan Uzgel: Türk Dış Politikasında „Sivilleşme“ ve (...), ebd., S. 315.

⁴⁷⁵ Ebd., S. 316.

⁴⁷⁶ Vgl. dazu Tamer Kumkale: Değişen dünya güç dengesi içinde Türkiye'nin yeri ve önemi, in: Silahlı kuvvetler dergisi (türkische militärische Zeitschrift), Nr. 327, Januar 1991, S. 95.

⁴⁷⁷ Vgl. dazu Nicole Pope: Turkey's generals behind the israeli axis, in: Middle east international 550 (1997) 3, S. 32f.

den politischen Handlungsfeldern erfolgen müsse.⁴⁷⁸ Erst durch die enormen Erfolge der AKP ist das Militär, wenn man es so formulieren kann, in eine innenpolitische Defensive geraten. Bereits Ende der 1990er Jahre hatte sich eine solche Entwicklung angekündigt, als das Militär die damalige Regierung (Refah-Partei) über die Militäroperation im Nordirak informierte.⁴⁷⁹ Bereits unter Ministerpräsident Turgut Özal zeichnete sich also ein Trend zu einem stärkeren Einfluss der politisch-zivilen Kräfte auf die Außenpolitik ab. Der Rückhalt des Populisten Özal war in der Bevölkerung und in Wirtschaftskreisen so stark, dass das Militär sich in der Regel mit Kritik zurückhielt. Ansätze zur einer 'Zivilisierung' des politischen Systems der Türkei gehen zweifelsohne auf Turgut Özal zurück.⁴⁸⁰ Allerdings blieb dieser politische Umschwung auf die Person Özal fixiert. Das türkische Parlament und selbst die Minister der Regierung Özal wurden oft nicht in Entscheidungen einbezogen oder vorab informiert.⁴⁸¹ Özal setzte während des 2. Golfkrieges auf eine strikte 'Westorientierung', d.h. er versuchte zwei Ziele zu erreichen:

Parteinahme für die alliierte Koalition gegen das Saddam-Regime, um dadurch die Mitgliedschaft der Türkei in der EU zu erreichen;

Präsens der Türkei in der Region, um dadurch Einfluss auf die Entwicklung im Irak usw. nehmen zu können.⁴⁸²

Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 (wegen 'Gefährdung der Republik infolge verräterischer ideologischer und physischer Angriffe innerer und äußerer Feinde'⁴⁸³) schien sich die politische Linie der traditionellen kemalistischen Eliten in Militär, Verwaltung und Politik durchgesetzt zu haben. Die außenpolitische Rückendeckung hatten die hohen Militärs unter Kenan Evren durch das am 29.03.1980 abgeschlossene Stützpunktabkommen mit dem USA zu erreichen versucht. Für die USA galt die Türkei trotz des Militärputsches als der wichtigste Partner in der Region. Diese außen- und sicherheitspolitische 'Trumpfkarte'⁴⁸⁴ hatten die militärischen Eliten im Spätsommer 1980 zweifelsohne gezogen. Nach dem Militärputsch erfolgte ein

⁴⁷⁸ Vgl. z.B. Gregorios Demestichas: Greek security defense policy in the eastern Mediterranean. In: *Mediterranean Quarterly* 8 (1997) 2, S. 222.

⁴⁷⁹ *Milliyet* vom 14. April 1998.

⁴⁸⁰ Vgl. dazu Ahmet Evvin: *Demilitarisation and civilisation of the regime*. In: Metin Heper and Ahmet Evvin, (Hrsg.): *Politics in the third Turkish Republic*, Boulder 1994, S. 40.

⁴⁸¹ *Hürriyet* vom 4. November 1997.

⁴⁸² Vgl. Ahmet Evvin: *Demilitarisation and civilisation of the (...)*, ebd.

⁴⁸³ Vgl. dazu *Milliyet* vom 13.9.1980.

⁴⁸⁴ Vgl. Mehmet Öcal: *Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei*, in: Siegfried Frech/M. Öcal (Hrsg.): *Europa und die Türkei*. Schwalbach/Ts. 2006, S. 239 ff.

rigoroses, innenpolitisch allerdings unkluges Vorgehen gegen alle politischen Kräfte, die die Rolle der Militärs in der Gesellschaft und Politik auch nur zaghaft zu kritisieren wagten.⁴⁸⁵ Auch die Militärisierung der antikurdischen Politik Ankaras gehört in diesen Zusammenhang eines rigorosen Zentralismus laizistisch-nationalistischer Prägung. Im Gegenzug sollte es nämlich in den Jahren ab 1981 zu kurdischen Autonomiebestrebungen ('freies Kurdistan') und zum Bürgerkrieg mit der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) kommen.⁴⁸⁶ Der innenpolitische Druck der zivilen gesellschaftlichen Eliten nahm allerdings zu, so dass am 07.11.1982 eine Volksabstimmung über eine neue türkische Verfassung durchgeführt wurde.⁴⁸⁷ Mit 91,3% der abgegebenen Stimmen wurde aber die politische Linie der hohen Militärs eindrucksvoll bestätigt. Kenan Evren wurde am 07.11.1982 auf sieben Jahre zum türkischen Staatspräsidenten ernannt. Am 24.04.1983 wurde ein neues Parteiengesetz erlassen, dem am 14.06.1983 ein neues Wahlgesetz folgen sollte. Aus den Parlamentswahlen vom 06.11.1983 ging der Vorsitzende der ANAP (Mutterlandspartei) Turgut Özal (1927 – 1993) als Sieger hervor und wurde schließlich am 07.12.1983 neuer türkischer Ministerpräsident.⁴⁸⁸

In der Dekade von 1983 bis 1993 wurde die türkische Innen- und Außenpolitik maßgeblich von Turgut Özal (Ministerpräsident ab 1983; ab 1989 türkischer Staatspräsident) bestimmt. Die Konfliktlinien, die sich in diesem Jahrzehnt zwischen militärischen und zivilen Eliten zeigen sollten, bestehen im Kern bis heute. Das Militär musste schließlich der Aufhebung des Kriegsrechts in den meisten Provinzen und Großstädten am 20.03.1986 zustimmen. Özals Politik einer 'Zivilisierung' der türkischen Politik bei einer gleichzeitig angestrebten gemäßigten Islamisierung der türkischen Gesellschaft sollte sich als ein politisch geschickter 'Schachzug' erweisen.⁴⁸⁹ Özal gelang es, mit dem Aufnahmeantrag der Türkei in die EU (14.04.1987) die Militärs in die politische Defensive zu zwingen. Die EU-Staaten forderten die Türkei, insbesondere die militärischen Eliten und Staatspräsident Evren auf, eine Demokratisierung der türkischen Gesellschaft zügig anzustreben. Bereits am 06.09.1987

⁴⁸⁵ Vgl. Christian Rumpf: Das Verfassungssystem der Türkei, in: Siegfried Frech/Mehmet Öcal (Hrsg.): Europa und die Türkei. Schwalbach/Ts. 2006, S. 51-53 (Beitrag: S. 43-67).

⁴⁸⁶ Vgl. Rıza Dinç: Rechtsreformen im Rahmen der türkischen EU-Beitrittsbemühungen und die Kurdenfrage, in: NAVED (Hrsg.): Kurden heute: Hintergründe-Aspekte-Entwicklungen. Bonn 2003, S. 69-99.

⁴⁸⁷ Vgl. Christian Rumpf: Das Verfassungssystem der Türkei, S. 51ff.

⁴⁸⁸ Vgl. ebd., S. 51ff.

⁴⁸⁹ Vgl. Erhard Franz: Türkei: Laizismus contra Islamismus in Gesellschaft und Politik, in: Südosteuropa-Mitteilungen 37 (1997) 1, S. 10-16.

kam es zu einem Verfassungsreferendum, in dem eine knappe Mehrheit (50,3%) für die Aufhebung des seit 1982 bestehenden Verbots der politischen Betätigung für namhafte Politiker (u. a. S. Demirel, B. Ecevit, N. Erbakan, A. Türkeş) stimmte. Özals Gesamtkonzeption hatte vor allem deshalb Erfolg, weil er in der Außen- und Sicherheitspolitik die traditionellen Prärogativen (z.B. Westorientierung!) der hohen Militärs nicht in Frage stellte, sondern diese Vorgaben übernahm. Dadurch wuchs zunächst der innenpolitische Spielraum von Gegnern oder auch nur Kritikern der militärischen Eliten.

Auffällig ist in dieser Hinsicht, dass lediglich B. Ecevit als ein ausgewiesener Laizist und Kemalist gelten kann.⁴⁹⁰ Bei den Parlamentswahlen vom 29.11.1987 erreichte die Mutterland-Partei von Ministerpräsident Özal mit 36,29% der Stimmen die relative Mehrheit im Parlament, gefolgt von der SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) und der konservativen Partei des Rechten Weges (DYP), die als Nachfolgerin der verbotenen Gerechtigkeitspartei gelten kann. Außenpolitisch blieb Özal auf Europakurs und stimmte auf mehreren Gipfeltreffen der Beilegung des Konflikts mit Griechenland (ab Januar 1988) zu.⁴⁹¹

Am 31.10.1989 wurde Turgut Özal schließlich vom türkischen Parlament auf sieben Jahre zum Staatspräsidenten gewählt. In seiner ersten großen Ansprache⁴⁹² berief sich Özal auf die kemalistischen Prinzipien der türkischen Republik und kündigte eine moderne, den Herausforderungen der 'neuen Zeit'⁴⁹³ entsprechende Innen- und Außenpolitik der Türkei an. Bereits am 9.11.1989 wurde mit Yıldırım Akbulut der bisherige Parlamentspräsident und Özal-Vertraute zum neuen Ministerpräsidenten der Türkei gewählt. Die ANAP Özals war um 1990 die stärkste politische Kraft in der Türkei. Özal begrüßte eine behutsame Islamisierung der türkischen Gesellschaft, wobei er aber die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Türkei zu keinem Zeitpunkt in Frage stellte.⁴⁹⁴ Dass die Politik Özals und Akbulut insgesamt ambivalente Züge aufweist, bestätigt die Kurdenpolitik Ankaras ab Anfang der 1990er Jahre. So erließ die türkische Regierung neue Gesetze, wonach die Freiheitsrechte in den kurdischen Provinzen massiv eingeschränkt und Deportationen von regierungskritischen Personen aus dem

⁴⁹⁰ Vgl. Ümit Cizre Sakallıoğlu: *Kemalism, Hyper-Nationalism and Islam in Turkey*, in: *History of European Ideas* 18 (1994) 2, S. 255-270.

⁴⁹¹ Vgl. *Milliyet* vom 14.1.1988 (dazu unter aydin@politics.ankara.edu.tr).

⁴⁹² Vgl. *Milliyet* vom 2.11.1989 (aydin@politics.ankara.edu.tr).

⁴⁹³ Vgl. ebd. Vom 2.11.1989 (dazu im Archiv unter aydin@politics.ankara.edu.tr).

⁴⁹⁴ Vgl. dazu Turgut Özal: *Ankara: L' Ambition Européenne*, in: *Politique Internationale* 47 (1990) 1, S. 233-242; Ersin Kalaycıoğlu: *Elections and Party References in Turkey. Changes and Continuities in the 1990s*, in: *Comparative Political Studies* 27 (1994) 3, S. 402-424.

Südosten der Türkei möglich wurden. Auch die Pressezensur wurde ab Mai 1990 wieder verschärft, so dass regierungskritische Berichte über die Kurdenpolitik unter einem rigiden Verdikt standen. Diese Kurdenpolitik Özals und Akbuluts kann zweifelsohne als ein Zugeständnis an die politischen Ziele der militärischen Eliten gelten.⁴⁹⁵

Während des 2. Golfkriegs stand Özal zunächst unter innenpolitischem Druck. Özal hatte in einer Rede am 3.01.1991 eine eindeutig anti-irakische Haltung eingenommen, worauf es in mehreren Großstädten der Türkei zu Demonstrationen kam. Allerdings ließ sich Özal nicht beirren und bat bereits am 6.01.1991 um NATO-Einheiten zum Schutz gegen irakische Präventivschläge. Von südosttürkischen Basen flogen US-amerikanische Kampfflugzeuge Einsätze gegen mögliche irakische Stellungen (ab 19.01.1991)⁴⁹⁶. Die Regierung Akbulut musste schließlich am 16.06.1991 zurücktreten, weil sie sich in innen- und außenpolitischen Fragen als handlungsschwach erwiesen hatte. Unter dem neuen türkischen Ministerpräsidenten Mesut Yılmaz wurde eine offensive (Nord-)Irak-Politik in Angriff genommen. Anfang August 1991 intervenierten türkische Armeeverbände im Nordirak und griffen in einer Tiefe von 20 km kurdische Stellungen an. Zeitweilig wurde sogar eine dauerhafte Stationierung türkischer Verbände im Nordirak ins Auge gefasst, auf Druck der USA aber schließlich verworfen.⁴⁹⁷ Während des 2. Golfkrieges kam es zu erheblichen Kontroversen zwischen der Generalität, dem Nationalen Sicherheitsrat und Staatspräsident Özal. Der vom Militär dominierende Nationale Sicherheitsrat⁴⁹⁸ hatte zu Beginn des 2. Golfkrieges beschlossen, die Erdöl-Pipeline im Südosten der Türkei nicht zu schließen. Der damalige Generalstabschef der türkischen Armee sprach von einem

⁴⁹⁵ Vgl. Nimet Beriker-Artyaş: The Kurdish Conflict in Turkey: Issues, Parties and Prospects, in: Security Dialogue 28 (1997) 4, S. 439-452.

⁴⁹⁶ Vgl. Peter L. Thompson: United States-Turkey Military Relations: Treaties and Implications, in: International Journal of Kurdish Studies 9 (1996) 1/2, S. 14-21.

⁴⁹⁷ Ebd., S. 18-20. (Nach dem Rückzug irakischer Verbände aus Kuwait am 25.2.1991 erklärte der US-Präsident Bush am 28.2.1991 die Kampfhandlungen im Rahmen des UN-Mandats für beendet.)

⁴⁹⁸ Vgl. Christian Rumpf: Das Verfassungssystem der Türkei, S. 62 f.: „Als Exekutivorgan eigener Art und ohne Entscheidungsbefugnisse (...) lässt sich (der Nationale Sicherheitsrat) mit ähnlichen Institutionen anderer Länder, insbesondere dem deutschen Bundessicherheitsrat, nur schwer vergleichen, obwohl der Grund seiner Existenz derselbe ist: Er soll beratendes Organ in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit sein. Er besteht aus Kommandeuren der Armee, Luftwaffe, Marine und Gendarmerie sowie dem Generalstabschef auf Seiten der Militärs und aus dem Präsidenten der Republik als Vorsitzendem, dem Ministerpräsidenten, den stellvertretenden Ministerpräsidenten, dem Außenminister, dem Innenminister und dem Verteidigungsminister auf Seiten der zivilen Regierung (Art. 118). Vor allem der militärische Flügel dieses Organs begreift sich als Hüter des kemalistischen Erbes und leitet hieraus die Befugnis des Rates her, seine Stellungnahme über die Fragen der inneren und äußeren Sicherheit hinaus auch auf andere politische Belange zu erstrecken.“

Affront, weil er diese Entscheidung Özals erst aus dem Fernsehen erfahren habe.⁴⁹⁹ Wie stark die politische Position Özals Anfang 1991 gewesen war, zeigte sich allein dadurch, dass der damalige Außenminister, der Verteidigungsminister und der Generalstabschef von ihren Ämtern zurücktraten. Özal hatte, wenn man es so formulieren kann, eine neue Regionalmachtpolitik der Türkei im Nordirak eingeleitet. Özal wollte die ergiebigen Ölfelder in der Gegend um Mossul und Kirkuk unter türkische Kontrolle bringen und, gleichsam im Gegenzug, eine Autonomie der Kurdengebiete im Nordirak unter Schutz der USA akzeptieren. Dadurch sollten die türkischen Optionen in der Region qualitativ erweitert, gleichzeitig die Kurdenfrage entschärft werden. Es scheint so, als ob sich Özal bereit zeigte, auf Seiten der USA militärisch in die Kampfhandlungen gegen das Saddam-Regime einzugreifen.⁵⁰⁰ Allerdings war der türkische Generalstabschef nicht zu einem solchen weitreichenden Engagement bereit. Für die militärischen Eliten waren tiefgestaffelte Militäroperationen auf Grund der Konstellation (Iran-Irak-Syrien) mit zu hohen Risiken verbunden. Da auch die separatistischen Kurden (PKK)⁵⁰¹ die US-Pläne eines (teil-)autonomen Kurdenstaates ablehnten, war die Politik Özals mit enormen Risiken belastet. Für die USA stand die Schwächung des Bagdader Regimes im Vordergrund. In diesem Zusammenhang galten die Kurden im Nordirak sogar als politisches Faustpfand. Özal öffnete die Militärbasis Incirlik für Operationen der amerikanischen Air Force und erklärte nach einer Anfrage des Parlaments, dass das amerikanische Militär Zeitpunkt und Umfang der militärischen Aktionen gegen den Irak selbst bestimmen könnten. Vermutlich hatte Özal die mehr oder weniger begründete Hoffnung, den türkischen Einfluss auf den Nordirak nach dem Ende der Kriegshandlungen erhöhen und einen direkten Zugriff auf die Erdölressourcen um Mossul/Kirkuk erreichen zu können.⁵⁰² Auf Grund dieses pro-amerikanischen Vorgehens von Özal traten, wie erwähnt der Generalstabschef der türkischen Armee, Necip Toruntay, Außenminister Ali Bozer und Verteidigungsminister Safa Giray zurück. Der Grund, in einer solchen Krisensituation zu demissionieren, dürfte darin zu suchen sein, dass die militärischen Eliten die Risiken einer militärischen Intervention im Nordirak als zu hoch bewerteten. Vor allem befürchtete die Generalität – einschließlich zahlreicher Politiker –, dass die Folgen des

⁴⁹⁹ Vgl. ebd., S. 128.

⁵⁰⁰ Ebd., S. 104.

⁵⁰¹ Vgl. Pulat Tacar Y.: *Terör ve Demokrasi* (Terror und Demokratie), Ankara, S. 53.

⁵⁰² Vgl. ebd. (1); vgl. ferner Eberhard Randelholz: *Ordnungsmacht Türkei: die Kriegsziele des Turgut Özal*, in: *Blätter für die Deutsche und Internationale Politik* 36 (1991) 3, S. 346-351; Mahmut Bali Aykan: *Turkey's policy in Northern Iraq, 1991-1995*, in: *Middle Eastern Studies* 32 (1996) 4, S. 343-366.

2. Golfkrieges (Waffenstillstand am 11.04.1991) für die Türkei negativ sein werden, wenn man sich einseitig in die Koalition gegen Bagdad einreihen würde. In öffentlichen Stellungnahmen war der Generalstabschef Toruntay strikt gegen eine direkte oder indirekte Beteiligung der Türkei an militärischen Operationen im Nordirak.⁵⁰³ Nach Einschätzung der Militärs waren die strategischen Ziele gerade für diese Region unklar. Eine Neutralisierung dieser Region, geschweige denn eine Abspaltung des Nordirak vom Regime in Bagdad, schien zu diesem Zeitpunkt als militärische Option zwar denkbar, als politisches Ziel einer Nachkriegsordnung aber mit einer Vielzahl von Unwägbarkeiten verbunden zu sein. Durch eine Teilung des Irak in zwei oder mehr (teil-)autonome Gebilde konnte das ohnehin prekäre Machtgefüge in der gesamten Region destabilisiert werden. Der Generalstabschef Toruntay äußerte jedenfalls erhebliche Bedenken gegen eine Beteiligung der türkischen Armee an der Doppelfrontstrategie der USA.⁵⁰⁴ Insgesamt waren die türkischen Generäle der Auffassung, dass die politischen Folgen einer militärischen Intervention unwägbare seien. Zwar hatten die Militärs die 'chirurgischen Schläge' gegen die Kurden im Nordirak grundsätzlich befürwortet, zu einer dauerhaften Okkupation der irakischen Grenzregion war man aber nicht bereit. Das von Präsident Özal befürwortete Modell einer 'Kurdischen Föderation'⁵⁰⁵ im Nordirak entsprach nach Auffassung des Militärs nicht den türkischen, sondern ausschließlich amerikanischen Interessen. Vor diesem Hintergrund konnte Özal seiner pro-amerikanischen Strategie im und nach dem 2. Golfkrieg nicht länger folgen. Die Gründung einer teilautonomen 'Kurdischen Föderation' stand denn auch Ende 1992 nicht mehr auf der Tagesordnung.⁵⁰⁶ Vieles spricht dafür, dass die offensive Außenpolitik Özals in der Region mit zu hohen militärischen und politischen Risiken für die Türkei belastet gewesen ist.⁵⁰⁷ Die militärische Führung war jedenfalls nicht bereit, diese Risiken zu tragen. Damit geriet Özals Außenpolitik nach dem Ende des 2. Golfkriegs in eine Sackgasse. Özals Versuch, das türkische Parlament und die Regierung in Ankara von den politischen Entscheidungsprozessen auszuschließen, führte im Endeffekt dazu, dass die Politik des staatlichen Akteurs bald keine eindeutige Konzeption mehr zu erkennen gab. Während

⁵⁰³ Ebd.

⁵⁰⁴ Vgl. N. Toruntay; a. a. O., S.116.

⁵⁰⁵ Vgl. Ramazan Gözen: The Turkish-Iraqi Relations: From Cooperation to Uncertainty, in: Foreign Policy 19 (1995) 3/4, S. 49-98.

⁵⁰⁶ Vgl. Michael M. Gunter: A de facto Kurdish State in Northern Iraq, in: Third World Quarterly 14 (1993) 2, S. 295-319; vgl. Philip Robins: Turkish Policy and the Gulf Crisis: Dynamic or Adventurist, in: Turkologischer Anzeiger 19 (1993) 109, S. 70-87.

⁵⁰⁷ Vgl. İlhan Uzgöl; a. a. O., S. 325.

und nach dem 2. Golfkrieg stand die Türkei kurz davor, in einen Konflikt verwickelt zu werden, dessen mittel- und langfristige Folgen für die Türkei kaum zu berechnen waren. Die Militärs haben jedenfalls die offensiven außenpolitischen Pläne Özals (i.e. Neuordnung des Nordirak) abgelehnt. Da Bagdad am 6.4.1991 die UN-Resolution 687 angenommen hatte, war der Status *ante quo* (i.e. Anerkennung der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität Kuwaits) wiederhergestellt.

III.7. Zwischenfazit

Nach dem Ende des bipolaren Weltsystems stand der staatliche Akteur Türkei vor der Aufgabe, seine Außen- und Sicherheitspolitik strategisch zu flexibilisieren und an die radikal veränderten Rahmenbedingungen des internationalen Systems anzupassen. Vor allem im geographischen Umfeld der Türkei hatte sich die Staatenlandschaft völlig verändert. Die Türkei war auf diese Veränderungen (ab 1990) zunächst unvorbereitet. Es sollte sich bis zum Ende des 2. Golfkrieges (Waffenstillstand: 11.04.1991) zeigen, dass die politischen und militärischen Eliten innerhalb der Türkei unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich einer strategischen Neuorientierung des Landes hatten. Die traditionellen Konstanten der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik (nämlich die NATO-Mitgliedschaft, die bilateralen Beziehungen zu den USA, dazu Orientierung nach Westeuropa/EG-/EU-Mitgliedschaft als Ziel) wurden aber nicht in Frage gestellt, sondern als Rahmenkoordinaten der neuen Außenpolitik der Türkei perzipiert. Allerdings stellte sich schnell die Frage, wie groß die Handlungsspielräume der Türkei in der Region sein könnten. Unter Özal wurde die pro-amerikanische Option gewählt, um den türkischen Einfluss im Nordirak zu erhöhen. Auch der Versuch, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion über traditionelle ethnisch-historische Gemeinsamkeiten an die Türkei zu binden, spiegelt die neuen Optionen des staatlichen Akteurs Türkei wider.⁵⁰⁸ Mit der Rückendeckung der USA begann die Türkei unter Özal eine vergleichsweise offensive Regionalmachtpolitik neuen Zuschnitts.⁵⁰⁹ Allerdings zeigten sich die militärischen Eliten während des 2. Golfkrieges (Februar 1991) nicht bereit, Verbände in die Koalition gegen den Irak zu entsenden. Gleichwohl konnte sich Özal durchsetzen und den türkischen Luftwaffenstützpunkt in Incirlik für

⁵⁰⁸ Vgl. Mustafa Aydın: Rüzgara Karşı Durmak: Türk Dış Politikası Kırılmadan Esneyebilir Mi?, in: Turkish Foreign Policy 34 (2005) 9-11, S. 52.

⁵⁰⁹ Vgl. ebd., S. 52.

Operationen der US-Air-Force gegen den Irak freigeben. Da das Saddam-Regime binnen weniger Wochen militärisch niedergeworfen wurde, stellte sich die Frage nach der Nachkriegsordnung. Die Militärs plädierten für den Erhalt des irakischen Regimes; Özal schien ein Machtvakuum im Irak zu befürworten.⁵¹⁰ Durch die Aufstände der Kurden im Norden und der Schiiten im Süden des Irak stand das Baath-Regime unter Druck. Da die UN-Resolution 668 ('Kurdenfrage') nur eine Flugverbotszone im Nordirak einrichtete, hatte Bagdad wieder freie Hand und schlug die Aufstände der Kurden und schiitischer Separatisten nieder. Die amerikanischen Pläne, eine Kurdische Föderation im Nordirak einzurichten, konnten nicht realisiert werden. Özals Versuch, aktiv auf die Neugestaltung des Iraks (vor allem: Nordirak) Einfluss zu nehmen, war gescheitert, nicht zuletzt an den massiven Vorbehalten der türkischen Armeeführung. Seit 1991/1992 belasten vier zentrale Politikfelder die türkische Außen- und Sicherheitspolitik:

Die Irak-Krise

Das Zypern-Problem

Das Kurden-Problem

Die EU-Mitgliedschaft.

Das Kurden-Problem ist zweifelsohne mit der Irak-Krise kausal verknüpft; ebenso spielt das Zypern-Problem eine zentrale Rolle für das 'Dauerproblem' einer noch nicht vollzogenen Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. Die Außenpolitik Özals war offensiv und spiegelt den gewachsenen Handlungsspielraum des staatlichen Akteurs Türkei wider. Wichtiger noch scheint zu sein, dass die Prärogativen der Militärs ihren monopolartigen Status hinsichtlich der Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei verloren haben. Bis zu einem gewissen Punkt konnte Özal sich gegen den türkischen Generalstab durchsetzen und Anfang 1991 seine offensive Außenpolitik implementieren. Allerdings lehnte die Generalität ein aktives Eingreifen der Türkei im Nordirak über punktuelle Aktionen hinaus ab. Özals Partei hat es nach der Kritik des Nationalen Sicherheitsrates vermieden, den Konflikt mit den Militärs zu verschärfen.⁵¹¹

Im Gegensatz zur Refah-Partei, die deutlich gegen den Westen gesinnt war, hielt die AKP Tayyip Erdoğans an dem Konsens einer prowestlichen und proamerikanischen

⁵¹⁰ Vgl. ebd., S. 53.

⁵¹¹ Vgl. ebd., S. 54.

Politik fest. Obwohl es nach dem 2. Golfkrieg zu Differenzen zwischen den USA und der Türkei hinsichtlich der mittel- und langfristigen Irak-Politik kam, erfolgte kein Bruch der türkisch-amerikanischen Beziehungen. Das türkisch-amerikanische Verhältnis blieb insgesamt gut, jedoch nicht frei von Differenzen. So unterstützten die USA in den 1990er Jahren die türkische Politik in Westasien, um die Ausweitung des iranischen Einflusses in der Region einzudämmen.⁵¹² Da aber die iranische Politik von den jungen Nachfolgestaaten der Sowjetunion weitgehend abgelehnt wurde, hielt sich die US-Administration in der Folgezeit zurück und kritisierte jede Form des Panturkismus.⁵¹³ Die USA orientierten sich an geostrategischen Interessen, während die Türkei als Regionalmacht im Nahen Osten und westasiatischen Raum Fuß zu fassen versuchte.⁵¹⁴ Auffällig ist die Entwicklung nach dem 11. September 2001. Hatten die USA bis zu diesem Zeitpunkt die Türkei als Brückenkopf in der Region definiert, erfolgte nun ein direktes Engagement der USA:

„Die türkischen Ambitionen auf eine regionale Vormachtstellung in Westasien erlitten durch die nach dem 11. September 2001 etablierte Militärpräsenz der USA einen weiteren Rückschlag. Aufgrund der Bedeutung des Raumes, die durch die angesichts des gewaltsamen Regimewechsels in Afghanistan notwendig gewordene langfristige politische und ökonomische Stabilisierung der Region als solche und Afghanistans im Besonderen weiter gestiegen ist, organisieren die Vereinigten Staaten ihre Beziehungen hier direkt und nicht über einen Mittler – sprich Türkei.“⁵¹⁵

Vor diesem Hintergrund eines direkten Engagements der USA in der Region wird nachvollziehbar, warum die Türkei sich im 3. Golfkrieg sehr zurückgehalten hat. Nach Andrea Riemer⁵¹⁶ ist es unbestreitbar, dass die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der Türkei „seit dem Dritten Golfkrieg eine Verwerfung aufweisen, deren Ergebnis noch nicht klar ist.“⁵¹⁷ In der Türkei gab es einen breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen den Irak-Krieg, so dass man gelegentlich von einem wachsenden „Antiamerikanismus in der Türkei“⁵¹⁸ sprechen konnte. Für die USA ist und bleibt die Türkei ein strategischer Brückenpfeiler in der Region, vor allem gegen

⁵¹² Vgl. dazu Gencer Özkan: Turkey's Changing Neighbourhood Policy, in: The Turkish Yearbook of International Relations 2004. Ankara 2005, S. 1-22 (vor allem S. 8-10.)

⁵¹³ Vgl. ebd., S. 9 f. (Die Schnittmenge der sicherheitspolitischen Interessen der Türkei und des Iran liegt in der Verhinderung eines autonomen Kurdenstaates.)

⁵¹⁴ Vgl. Fred Halliday: The Middle East in International Relations-Power, Politics and Ideology. Cambridge et al 2005, S. 7 (Halliday sieht die Chancen der Türkei, Einfluss in der Region zu gewinnen, als «decisive»!).

⁵¹⁵ Gustav C. Gressel: Die strategischen Optionen der Türkei, in: Erich Reiter (Hrsg.): Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wien 2006, S. 52.

⁵¹⁶ Andrea Riemer: Strategische und geopolitische Überlegungen der USA zur EU-Integration der Türkei, in: E. Reiter (Hrsg.): a. a. O., S. 83-104.

⁵¹⁷ Ebd., S. 100.

⁵¹⁸ Ebd., S. 101.

Iran und Syrien. Die Türkei hingegen hält an zwei außen- und sicherheitspolitischen Optionen fest:

- a) Stabilität der Gesamtregion (u. A. ein geeinter Irak;
- b) bilaterale Verständigung (u. A. mit Syrien und Iran).

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und den USA sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt (2007/2008) angespannt. Gerade das Beispiel des 3. Golfkrieges kann hier als Beleg angeführt werden. Bevor R. T. Erdoğan Ministerpräsident der Türkei wurde, hatte er der US-Administration unter Präsident Bush die Zusage einer Stationierung amerikanischer Soldaten im Südosten der Türkei gegeben. Als Parteiführer und Ministerpräsident aber wollte Erdogan allerdings die politischen Folgen einer Stationierung amerikanischer Truppen im Land nicht auf sich nehmen. Das türkische Parlament stimmte denn auch einer Entsendung amerikanischer Truppenverbände in die Türkei **nicht** zu.⁵¹⁹ Die türkisch-amerikanischen Beziehungen waren damit auf einem Tiefpunkt angelangt.

Auch auf Druck der hohen Militärs versuchte die türkische Regierung den USA wieder entgegenzukommen. Man wollte eine Resolution zur Entsendung türkischer Soldaten in den Irak verabschieden. Allerdings wurde dieses Vorhaben von den gemäßigten Kurden im Irak auf das Schärfste kritisiert, so dass Ankara diese Pläne *ad acta* legte.⁵²⁰ Die USA mussten zur Kenntnis nehmen, dass die Türkei spezifische regionale Interessen verfolgte und nicht mehr ohne weiteres als strategischer Brückenpfeiler instrumentalisiert werden konnte.⁵²¹ In vielen Detailfragen (z.B. Nutzung des Luftwaffenstützpunkts Incirlik)⁵²² hat Ankara seine nationalen Sicherheitsinteressen auch gegen die USA durchzusetzen versucht, ohne aber an dem grundsätzlichen Konsens einer strategischen Sicherheitspartnerschaft mit den USA zu rütteln.⁵²³

Die Türkei ist sich ihrer regionalstrategischen und geopolitischen Bedeutung als „ein Brückenland zwischen Europa und Südwest-Asien“⁵²⁴ bewusst. Durch diese „Situierung im Raum eines euroasiatischen Netzes von Verkehrsverbindungen,

⁵¹⁹ Vgl. Mustafa Aydın: a. a. O., S. 54.

⁵²⁰ Vgl. ebd., S. 55.

⁵²¹ Vgl. ebd., S. 56.

⁵²² Vgl. Helge Lerider: Militär und Politik in der Türkei, in: E. Reiter (Hrsg.): a. a. O., S. 56.

⁵²³ Vgl. ebd., S. 74 ff.

⁵²⁴ Ebd., S. 74.

Energietransportwegen und Handelsströmen nach allen Richtungen“⁵²⁵ ist die Türkei in der Lage gewesen, regionalpolitische Optionen zu wählen, „eigenständige Interessen“⁵²⁶ auszuloten und auch konkret zu verfolgen. Neben das Ziel einer Integration in die EU ist in den 1990er Jahren eine neue Zieloption der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik getreten.⁵²⁷

„Das zweite Ziel, sich zur Regionalmacht aufzubauen, wurde durch die türkischen Interessen im Ost-Mittelmeer, im Nahen Osten, in Zentralasien, im Kaukasus, im Schwarzmeer-Raum und in geringerem Umfange durch jene am Balkan bestimmt (...).“

Vor dem Hintergrund der Strukturveränderungen des internationalen Systems hat sich nicht nur die geopolitische Bedeutung, sondern auch die regionalstrategische Interessenlage der Türkei in mehrfacher Hinsicht verändert. Im folgenden Kapitel soll die Position des staatlichen Akteurs Türkei im internationalen und regionalen System analysiert und bestimmt werden. Vieles spricht dafür, dass die Türkei auf der Basis der traditionellen Konstanten ihrer Sicherheitspolitik (i.e. NATO-Mitgliedschaft; Sicherheitspartnerschaft mit den USA; Ziel einer Vollmitgliedschaft in der EU) die neuen regionalstrategischen Optionen bedingt erfolgreich zu nutzen versucht hat. Dabei agiert die Türkei keineswegs als „eine aggressive regionale Hegemonialmacht“⁵²⁸, sondern als ein Akteur, der an Stabilität und Kooperation (Leitprinzip: bilaterale Zusammenarbeit)⁵²⁹ in der Region orientiert ist. Damit stellt sich die Frage, wie diese neue Außen- und Sicherheitspolitik auf den konkreten Aktionsfeldern konturiert ist.

⁵²⁵ Ebd., S. 74.

⁵²⁶ Ebd., S. 75.

⁵²⁷ Ebd., S. 75 f.

⁵²⁸ Mehmet Öcal: Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (1990-2001). Bonner Islamstudien. Hrsg. Von Stephan Conermann. Bd. 10. Schenefeld 2005, S. 384.

⁵²⁹ Vgl. Lothar Rühl: Zur Problematik eines EU-Beitritts der Türkei, in: E. Reiter (Hrsg.): a. a. O., S. 8 („Die Nachbarschaftsverhältnisse gehen bei der Bestimmung des türkischen Nationalinteresses vor, solange die Türkei nicht selber unmittelbar bedroht wird oder für das Erreichen ihrer regionalen Ziele auf westliche Unterstützung angewiesen ist.“).

IV. Regionalmacht Türkei:

Detailanalyse des außen- und sicherheitspolitischen Handelns der Türkei im internationalen System und regionalem Kontext

Grundsätzlich hat Ankara erkannt, dass mit dem Ende der Sowjetunion die regionalstrategische Schlüsselstellung der Türkei insofern exklusiv ist, „als die Flankenmacht Europas zugleich wieder (...) die zentrale Position zwischen Europa und dem Vorderen Orient, zwischen Zentralasien und dem Mittelmeer einnimmt.“⁵³⁰

Auf der Basis der NATO-Mitgliedschaft, der besonderen bilateralen Beziehungen zu den USA und der angestrebten Vollmitgliedschaft in der EU hat die Türkei – auch jenseits militärischer Sicherheitsaspekte – eine neue Regionalpolitik in ihrem strategischen Umfeld praktiziert. Die traditionelle „Eckpfeilerfunktion der Türkei in der NATO“⁵³¹ ist erheblich modifiziert worden, ohne dass „die politische Allianzsolidarität“⁵³² zu irgendeinem Zeitpunkt zur Disposition gestanden hätte. Bündnistreue und Bündniswert der Türkei stehen außer Frage. Allerdings muss die Türkei, wie Lothar Rühl prägnant anmerkt, „eigene Ziele in ihrer Region verfolgen, die mit denen Nordeuropas oder Westeuropas jeweils nicht unbedingt übereinstimmen.“⁵³³ Obwohl die Türkei grundsätzlich „der Eckpfeiler der NATO in der Region“⁵³⁴ geblieben ist, lief die „türkische Politik (...) darauf hinaus, die NATO und die europäische Sicherheitspolitik so weit wie möglich aus dem Nahen und Mittleren Osten herauszuhalten und türkisch-amerikanische militärische Kooperation bilateral nach dem Regionalmachtbedürfnissen der Türkei zu organisieren.“⁵³⁵

Diese Kooperation zwischen den USA und der Türkei verlief in den Jahren nach 1990/1991 keineswegs störungsfrei. Als beispielsweise im Golfkrieg von 1991 die türkischen NATO-Airbases für Luftangriffe der USA auf den Irak freigegeben wurden, kam es in Ankara zu einer schweren innenpolitischen Krise (s.o.), die im Rücktritt des Generalstabschefs der türkischen Armee ihren Höhepunkt fand. Die Freigabe der Luftwaffenstützpunkte im Südosten der Türkei wurde zwar nicht rückgängig gemacht, „eine von Washington gewünschte Beteiligung der Türkei am Koalitionskrieg jedoch abgelehnt.“⁵³⁶ Auch im Vorfeld des 3. Golfkriegs wiederholte sich „diese Kontroverse

⁵³⁰ Ebd., S. 8.

⁵³¹ Ebd., S. 11.

⁵³² Ebd., S. 14.

⁵³³ Ebd., S. 10.

⁵³⁴ Ebd., S. 10.

⁵³⁵ Ebd., S. 11.

⁵³⁶ Ebd., S. 11.

mit dem Resultat, dass die NATO-Basen von den USA nur zur Aufklärung benutzt werden durften und die Türkei sich am Koalitionskrieg nicht beteiligte.⁵³⁷ Das politische Handeln der Türkei in der Irak-Frage ist insofern bezeichnend, als sich Ankara vorrangig an seinen regionalen Interessen orientiert und den geopolitischen Zielen der USA bzw. der NATO in der Region über weite Strecken ablehnend gegenüber gestanden hat. Während des 3. Golfkriegs verhielt sich die Türkei *de facto* neutral und hat unter Berufung auf die Position Deutschlands und Frankreichs jede aktive Beteiligung ihrer Streitkräfte an den Kampfhandlungen abgelehnt.⁵³⁸ Lothar Rühl hat die türkische Außen- und Sicherheitspolitik auf folgenden Nenner gebracht: „Türkische Außenpolitik kann und wird weder in Brüssel noch in London, Paris oder Berlin bestimmt werden, und `europäisieren` lässt sie sich im Mittleren Osten nicht, von Zentralasien ganz abgesehen. Schon deshalb wird die Türkei weder eine `europäische Brücke` in den Orient hinein sein, noch auch nur ein `europäischer Vorposten`.“⁵³⁹ Mit dieser Bewertung der türkischen Außenpolitik spricht L. Rühl die Risiken der türkischen Regionalmacht-Politik an.

IV.1. Grundannahme und Begriffsklärung „Regionalmacht“

Um die Merkmale der aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei begrifflich zu bestimmen, hat sich im politikwissenschaftlichen Diskurs der letzten Jahre der Begriff „Regionalmacht“ durchgesetzt.⁵⁴⁰ Mit diesem Begriff werden zunächst die erweiterten Handlungsspielräume des staatlichen Akteurs Türkei bezeichnet. Galt nämlich die Türkei bis in die späten 1980er Jahre unter sicherheitspolitischen Aspekten als strategischer Vorposten an der Südflanke und dem so genannten `weichen Unterleib` der Hegemonialmacht Sowjetunion, haben sich die Rahmenbedingungen und die sicherheitspolitisch-strategische Rolle der Türkei im Koordinatensystem des westlichen Bündnisses ab 1990 grundlegend verändert. Das erweiterte Handlungsspektrum der Türkei als Regionalmacht erklärt sich zunächst aus der Veränderung der strukturbestimmenden macht- und sicherheitspolitischen Komponenten des

⁵³⁷ Ebd., S. 11.

⁵³⁸ Vgl. ebd., S. 10-17.

⁵³⁹ Ebd., S. 17; vgl. dazu auch Sencer Ayata: Changes in Domestic Politics and the Foreign Policy Orientation of the AK Party, in: Lenore Martin/Dimitri Keridis (Hrsg.): The Future of Turkish Foreign Policy. Cambridge/MA und London 2004, S. 244-246.

⁵⁴⁰ Vgl. dazu Heinz Kramer: Die Türkei nach dem Irakkrieg. Außen- und innenpolitische Folgen, in: Claus Leggewie (Hrsg.): Die Türkei und Europa. Frankfurt/M 2004, S. 296-302.

internationalen Systems.⁵⁴¹ Die Grundannahme lautet demnach, dass sich vor dem Hintergrund eines „geoökonomischen und geopolitischen Wettbewerbs (...) zwischen den Großmächten und Regionen neue Konfigurationen (...) im Spannungsfeld von Hegemonialstreben und Gleichgewichtspolitik global und regional“⁵⁴² gebildet haben. Während die ökonomisch starken ‚Mittelmächte‘ (Großbritannien, Frankreich, Deutschland) ihre politischen Handlungsspielräume vor allem im Rahmen der EU-Erweiterung und angestrebten gesamteuropäischen Integration nutzen konnten, steht die Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik des staatlichen Akteurs Türkei als Nicht-EU-Mitglied unter besonderen Voraussetzungen, die sich signifikant von den gesamtpolitischen Rahmenbedingungen der Kernstaaten der EU unterscheiden. Auf der Basis ihrer NATO-Mitgliedschaft und der besonderen Sicherheitspartnerschaft mit den USA hat die Türkei schrittweise regionalpolitische bzw. strategische Optionen eher vorsichtig als offensiv zu entwickeln und umzusetzen versucht.⁵⁴³ Die Neugestaltung der türkischen Außenpolitik (einschließlich der Außenhandelsbeziehungen usw.) ist mit dem Begriff einer ‚regionalen Neuorientierung‘ beschrieben worden.⁵⁴⁴ Heinz Kramer verweist vor allem auf die gesamtpolitischen Veränderungen, die durch den jüngsten Irakkrieg in der Region eingetreten sind:

„Der Irakkrieg hat in der Region und im europäisch-amerikanischen Verhältnis Veränderungen angestoßen, von denen die Türkei in besonderer Weise betroffen ist. Die endgültigen Konsequenzen sind noch nicht absehbar, weil auch der Ausgang der Irak-Operation noch ungewiss ist.(...) Am stärksten spürbar sind die Folgen des Irakkrieges für die Türkei in den tiefgehenden Veränderungen des regionalen Kontextes und der damit zusammenhängenden Neujustierung des Verhältnisses zu den USA. Als Folge der türkischen Weigerung, den USA als Auf- und Durchmarschgebiet für den Krieg gegen Saddam Hussein zur Verfügung zu stehen, hat Ankara praktisch jeden Einfluß auf die Regelung der irakischen Verhältnisse nach dem Ende der Kampfhandlungen verloren. Insbesondere die aus türkischer Sicht unmittelbar sicherheitsrelevante Gestaltung der künftigen Ordnung im kurdischen Nordirak wird ohne türkische Beteiligung und mit einem deutlich reduzierten türkischen Einfluss vonstatten gehen.“⁵⁴⁵

Allerdings ist das von Ankara gelegentlich beschworene ‚Gespenst‘ eines autonomen Kurdenstaates im Nordirak zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher eine Chimäre und – nüchtern betrachtet – ohne jede Möglichkeit einer Realisierung. Die Irakpolitik der türkischen Regierung steht vor allem im Zeichen der Kurdenfrage, die gemäß der

⁵⁴¹ Vgl. insgesamt die Aufsatzsammlung in Tareq Y. Ismael/Mustafa Aydın (Hrsg.): Turkey's Foreign Policy in the 21 st Century: A Changing Role in World Politics. Alderhot/Burlington 2003.

⁵⁴² Werner Link: Die Neuordnung der Weltpolitik, S. 152.

⁵⁴³ Vgl. Kemal Karpat: Türk Dış Politikası („Türkische Außenpolitik“): Tanıtıcı Bazı Notlar („Notizen“), (Hrsg.): Kemal Karpat: Türkiye ve Orta Asya, Ankara 2003, S. 229.

⁵⁴⁴ Heinz Kramer: a. a. O., S. 296.

⁵⁴⁵ Ebd., S. 296.

Staatsdoktrin der politischen und militärischen Eliten in der Türkei unter Einsatz militärischer Mittel 'gelöst' werden muss. Eine „grundlegende Revision der Irakpolitik“⁵⁴⁶ von Seiten Ankaras steht kaum zu erwarten, weil für die türkische Führung in Politik und Militär die Kurdenfrage unmittelbar das nationalstaatliche Sicherheitsinteresse tangiert. In dieser Hinsicht besteht geradezu ein stillschweigender Konsens mit den Regierungen im Iran und in Syrien, die gleichermaßen kein Interesse an der Etablierung eines autonomen Kurdenstaates im Nordirak haben. Die Regierungen der EU-Staaten und nicht zuletzt die politische Führung der USA halten sich in der Kurdenfrage auffällig zurück und drängen Ankara allenfalls dazu, den politischen Dialog mit der PKK, PUK und KDP (als kurdische Organisationen) aufzunehmen und eine gesellschaftspolitische Lösung der Kurdenfrage im Sinne einer tolerierenden und integrierenden Minderheitspolitik zu suchen. Für Ankara ist aber jede Form einer politischen Konzession in der Kurdenfrage und vor allem gegenüber der PKK undenkbar, weil dadurch das nationale Sicherheitsinteresse des türkischen Staates fundamental tangiert werden würde. Diese unbeugsame, politisch starre Haltung der türkischen Führung in der Kurdenfrage erschwert und blockiert die Suche nach einer tragfähigen, politisch halbwegs stabilen Ordnung im Nachkriegsirak. Die gesellschaftliche Zerrissenheit des Irak (Kurden, Araber; Schiiten, Sunniten) ist eine gewaltige Hypothek, deren Fortbestand durchaus im türkischen Sicherheitsinteresse zu liegen scheint. In jedem Fall ist Ankara nicht bereit, „auf den bisher praktizierten Dominanzanspruch“⁵⁴⁷ zu verzichten, geschweige denn „die kurdischen Akteure im Nordirak als gleichberechtigte Partner akzeptieren“⁵⁴⁸ zu wollen. Durch diese rigide Haltung gegenüber dem südöstlichen Nachbarn (Teilregion: Nordirak) ist das Verhältnis Türkei/USA spürbar belastet worden, ohne dass freilich die NATO-Mitgliedschaft der Türkei zur Disposition stünde. Gleichwohl deuten sich hier die mit den Begriffen *Entrapment* und *Abandonment* bezeichneten Risiken und Unwägbarkeiten der zukünftigen sicherheitspolitischen Entwicklung an. Die türkische Regierung, die die neue Lage im (Nord-)Irak als eine Art von „Nullsummenspiel“⁵⁴⁹ wahrzunehmen und auszunutzen versucht, stellt damit ihr nationales Sicherheitsinteresse eindeutig über die gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen des NATO-Bündnisses und, was schwerer wiegt, auch gegen die strategischen Interessen der USA. Die „regionale

⁵⁴⁶ Ebd., S.297.

⁵⁴⁷ Ebd., S. 297.

⁵⁴⁸ Ebd.

⁵⁴⁹ Ebd.

Neuorientierung“ (Heinz Kramer) der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik stellt – im Falle der Nordirakpolitik Ankaras – eine erhebliche Belastung für die konzertierte Politik des Westens im Nachkriegsirak und der gesamten Krisenregion des Nahen und Mittleren Ostens dar.⁵⁵⁰

Die grundlegenden Voraussetzungen der aktuellen türkischen Außen- und Sicherheitspolitik sind in sich ambivalent. Auf der einen Seite ist die Türkei als NATO-Partner ein unverzichtbarer Vorposten des westlichen Bündnisses an der Süd- bzw. Süd-Ost-Flanke. Die regionalstrategische Schlüsselposition,⁵⁵¹ die der staatliche Akteur Türkei innehat, ist zweifelsohne eine Art Faustpfand in der Hand der politischen und militärischen Eliten Ankaras. Auf der anderen Seite sind die regionalen Krisenszenarien („Nahost-Themen“)⁵⁵², in die die Türkei involviert ist oder zu werden droht, ihrerseits wieder verwickelt. Auch die Einschätzung dieser komplexen Konfliktkonstellation (Kurdenproblematik; Israel-Palästina-Konflikt; Nachkriegsordnung im Irak; nukleartechnologisches Programm des Iran; Kaukasus/Transkaukasus usw.) divergiert: „Bei vielen Nahost-Themen sind europäische und amerikanische Regierungen grundsätzlich unterschiedlicher Meinung, zum Beispiel in der Frage, wie das Verhalten von Regierungen von Staaten (...) verbessert werden kann, ob durch Kooperation oder Konfrontation.“⁵⁵³ Hier deutet sich eine, wenn nicht die zentrale Problematik für die türkische Politik an. Die Türkei als NATO-Partner und EU-Beitrittskandidat gestaltet ihre Außen- und Sicherheitspolitik in der Gesamtregion konstruktiv-kooperativ, als nach wie vor präferierter Bündnispartner der USA (jedenfalls im Nahen Osten) aber auch potentiell konfrontativ. Die beiden Irak-Kriege der jüngsten Zeit manifestieren diese Ambivalenz. Im Irak-Krieg von 1991 band sich die Türkei durch ihr Hilfeersuchen an die NATO (und die Stationierung von NATO-Luftstreitkräften in Incirlik) *de facto* in die Koalition gegen den Irak ein. Im jüngsten Irak-Krieg lehnte die Türkei es hingegen ab, die Militärbasen im Osten ihres Territoriums als Aufmarschgebiet für US-amerikanische Truppenverbände zur Verfügung zu stellen. Erschwerend kommt aber hinzu, dass die türkische Regierung es sich vorbehält, im

⁵⁵⁰ H. Kramer: a. a. O., S. 297: „Mindestens so schwer wie der Einflussverbot im Nordirak wiegt in den Augen der türkischen Führung der Verlust der Rolle als 'Vorzugsalliiierter' der USA in der Region. Die Enttäuschung der amerikanischen Administration über das türkische Verhalten sitzt tief. Darüber sollten auch die jüngsten wechselseitigen Bekundungen zur Reparatur des Schadens nicht hinwegtäuschen. Washington hat erfahren, dass es sich nicht blind auf die Türkei verlassen kann. Das bleibt nicht ohne Änderungen in der amerikanischen Politik gegenüber Ankara.“

⁵⁵¹ Vgl. Kemal Karpaz: Türk Dış Politikası, a. a. O., S. 230.

⁵⁵² Daniel Pipes: Zwei „Teams“ im Nahen Osten, in: Analysen 7 (1999) 3, S. 17 (Beitrag: S. 17- 24.).

⁵⁵³ Ebd., S.17.

nationalen Interesse („nationales Recht“) im Nordirak militärisch zu intervenieren und alle Autonomiebestrebungen der Kurden („autonomes Kurdistan“) im Keime zu ersticken. Hier deutet sich eine markante Konfliktlinie Türkei vs. USA an. Darüber hinaus hat die Türkei seit den frühen 1990er Jahre ihren neuen Handlungsspielraum in der Region zu nutzen gewusst (oder zu nutzen versucht), indem sie mit den unabhängigen Staaten im Kaukasus oder in Transkaukasien diverse Verträge abgeschlossen und auch in 'Modellkonkurrenz' mit dem Iran erheblich an Einfluss in einzelnen Republiken gewonnen hat. Allein diese Hinweise machen deutlich, welche komplexen Prämissen die türkische Außen- und Sicherheitspolitik in der Region bestimmen und handlungsleitend formieren. Vor diesem Hintergrund stellt sich die wichtige Frage, ob ein reales Konfliktverhalten des staatlichen Akteurs Türkei prognostizierbar und 'im Fall der Fälle' mit den Interessen der NATO oder der EU kompatibel ist. Die politikwissenschaftliche Analyse dieses komplexen Zusammenhangs schließt sich nun an. Im Vordergrund steht dabei die Untersuchung konkreter Handlungsfelder der türkischen Regionalpolitik.

IV.2. Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen der Türkei – Aspekte eines Mehrkomponentenmodells türkischer Regionalpolitik

Das nach dem Ende der Sowjetunion entstandene Machvakuum in der Schwarzmeerregion, im Kaukasus und in Westasien (Transkaukasus) führte Anfang der 1990er Jahre zur Gründung der postsowjetischen Nachfolgestaaten. Für die Türkei als bevölkerungsreiches Land sind die Erdöl- und Erdgasvorkommen in Aserbaidschan (Kaspisches Meer) und im Nordirak (Region um Mossul und Kirkuk) von strategischer Bedeutung.⁵⁵⁴

Grundsätzlich ist die Türkei als sogenanntes Schwellenland auf dem Wege zum modernen Industriestaat. Trotz der hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten in den 1980er Jahren belasten erhebliche Probleme (sozioökonomisches und infrastrukturelles Gefälle zwischen der West und Osttürkei, hohe Arbeitslosigkeit, negative Handelsbilanzen usw.) die türkische Gesellschaft. Die Hoffnung der Türkei, durch eine

⁵⁵⁴ Die Türkei ist relativ reich an Bodenschätzen, die aber bislang nur begrenzt genutzt werden. Steinkohle, Braunkohle und Wasserkraft bilden die Hauptenergieserven, während die Erdöllagerstätten in Südostanatolien lediglich 12% des Erdölbedarfs decken; vgl. Volker Höfeld: Ein Entwicklungsland vor Toren Europas: Die Türkei.-Ein wirtschafts- und sozialgeographischer Überblick, in: Der Bürger im Staat 32 (1982) 3, S. 167ff.

Vollmietgliedschaft in der EU Anschluss an den wirtschaftlichen Standard der westeuropäischen Gesellschaften finden zu können, ist nachvollziehbar, zum heutigen Zeitpunkt (2007/2008) politisch aber nicht in naher Zukunft realisierbar. Durch die Osterweiterung der EU sind die Ressourcen der (west-)europäischen Kernstaaten auf viele Jahre hin gebunden.

Der türkische Staat subventioniert seit Anfang der 1990er Jahre den Export, um a) die türkischen Produkte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen und b) neue Absatzmärkte vor allem in der Schwarzmeerregion zu erschließen. Der türkische Staat verfolgt das ehrgeizige Ziel, Anschluss an den ökonomischen Standard der (west-)europäischen Industriegesellschaften zu gewinnen. Um dieses Ziel erreichen zu können, lenkt der Staat etwa ein Drittel aller öffentlichen Investitionen in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und in die Förderung des Energiesektors. Die traditionelle Subsistenzwirtschaft ist längst durch eine marktorientierte Umstrukturierung wichtiger Wirtschaftssegmente überwunden worden. Die türkische Industrieproduktion (Maschinenbau, Chemie, metallverarbeitende Industriezweige) hat einen enormen Aufschwung erfahren, konzentriert sich aber im Raum des nordwestlichen Marmaragebietes (İstanbul, İzmit, Adapazarı, Bursa). Durch die Zollunion mit der EU konnte die türkische Wirtschaft sukzessive Agrarexportüberschüsse (einschließlich: Baumwollprodukte) erzielen, wobei aber der Staat in der Vergangenheit durch Subventionen steuernd eingreifen musste.⁵⁵⁵ Seit den späten 1980er Jahren versucht der türkische Staat durch den Abbau von Subventionen, die Aufhebung von Importbeschränkungen, die Freigabe von Kapitalverkehr und die Privatisierung einiger Staatsunternehmen einen wirtschaftsliberalen, von der EU geforderten Reformprozess in Gang zu setzen.⁵⁵⁶ Diese Reformen verfolgen vor allem das Ziel, die türkische Industrie leistungs- und konkurrenzfähiger zu machen. In dieser Hinsicht hat natürlich die 'Perspektive Europa (EU)' für die Türkei Vorrang. Zusätzlich wird aber in den politikwissenschaftlichen Diskursen innerhalb der *scientific community* der Türkei auch der Erschließung neuer Absatzmärkte in den postsowjetischen Nachfolgestaaten eine erhebliche Bedeutung beigemessen.⁵⁵⁷ Wirtschaftspolitik hat, prägnant formuliert, immer auch sicherheitspolitische Implikationen. Damit ist die politikwissenschaftliche

⁵⁵⁵ Das sogenannte MEYSEB-Projekt (Meyve=Obst; Sebze=Gemüse) steht für diesen staatlich subventionierten Obst- und Gemüseanbau für den Export in die Europäische Union.

⁵⁵⁶ Vgl. Ziya Öniş: The State and Economic Development in Contemporary Turkey: From Etatism to Neoliberalism and Beyond, in: Vojtech Mastny/R. Craig Nation (Hrsg.): Turkey Between East and West. New Challenges for a Rising Regional Power. Boulding/Colorado 1996, S.155-178.

⁵⁵⁷ Vgl. R. Craig Nation: Preface, in: V. Mastny/R. C. Nation (Hrsg.): a. a. O., S. IX- XIII.

Forschung vor die Frage gestellt, wie die politischen und ökonomischen Interessen eines Staates bzw. einer Gesellschaft voneinander abhängen und im Handlungsfeld der internationalen Beziehungen (Außen- und Sicherheitspolitik; Außenhandel und Wirtschaftsbeziehungen) aufeinander einwirken.

Ein Mehrkomponentenmodell geht davon aus, dass keines der Funktionssysteme eines Staates oder einer Gesellschaft, also weder Politik noch Wirtschaft, unabhängig voneinander verstanden werden könne. Wirtschaft und Politik bilden vielmehr ein interdependentes Regelsystem, indem sich Wirkfaktoren und strukturelle Veränderungen jeweils auf die gegebenen Teilsysteme (z.B. Politik oder Wirtschaft) auswirken.⁵⁵⁸ Dabei wird in der Regel unterstellt, dass die Akteure (Staaten, Wirtschaftsunternehmen usw.) weitgehend rational handeln und bestimmten Handlungsmustern folgen, die von allen beteiligten Akteuren erkannt werden können.⁵⁵⁹ Hierzu gehört auch, dass die Akteure Konflikte rational analysieren und – gegebenenfalls – Lösungsalternativen im Sinne eines konstruktiven Konfliktmanagements entwickeln zu können.⁵⁶⁰ Obwohl in der Türkei die Verflechtung von Staat und Wirtschaft relativ stark ausgeprägt ist (ein vergleichsweise hoher Anteil an Staatsbetrieben), geht es heute darum, einen neuen gesamtwirtschaftlichen Bezugsrahmen zu entwickeln, um den transnationalen und globalen Herausforderungen angemessen entsprechen zu können. Die internationalen Beziehungen sind in ihren politischen und wirtschaftlichen Abläufen nicht mehr nur von wenigen Variablen bestimmt. Vielmehr haben wir es mit einer Mischung verschiedener Prozesse zu tun, die komplex aufeinander einwirken. Auch die türkische Wirtschaftspolitik (Außenhandel) in der Region muss diese Komplexität in Rechnung stellen. Dabei spielen nicht nur ökonomische, sondern auch politische Faktoren eine zentrale Rolle. Gerade im regionalen Umfeld der Türkei wird man beispielsweise nicht von einer dauerhaften Stabilität der politischen Verhältnisse ausgehen können. Die künftigen politischen

⁵⁵⁸ In wissenschaftssystematischer Hinsicht ist der systemische Mehrebenenansatz von Niklas Luhmann hier interessant; vgl. N. Luhmann: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Bd. 3 Frankfurt/M. 1993, S. 65 ff. (vor allem S. 141: „Auch kann keines der heute dominierenden Funktionssysteme (...) in Anspruch nehmen, die Einheit der Welt oder auch nur die Einheit der Gesellschaft (...) zu repräsentieren“).

⁵⁵⁹ Das systemisch-funktionalistische Modellkonzept gibt es nicht, sondern eine Reihe von Vergleichbaren Ansätzen und Forschungsparadigmen.

⁵⁶⁰ Vgl. dazu Karl W. Deutsch: Über die Lernfähigkeit politischer Systeme, In: Hans Lenk/Günther Ropohl (Hrsg.): Systemtheorie als Wissenschaftsprogramm. Königsstein/Taunus 1978, S. 202- 220 (S. 219: „Neue Zwänge zur Veränderung werden neue Probleme erzeugen, während neu aufgenommene und neu kombinierte Informationen neue Lösungsentwürfe erzeugen werden, die als Ausgangsmaterial für die Auswahl, die für die intensive Entwicklung und (...) für die praktische Anwendung dienen. In dieser jetzt anbrechenden historischen Epoche ist die Fähigkeit politischer Systeme zum lernen (...) entscheidend für ihr Überleben.“).

Entwicklungen in der Ukraine (z.B. Verhältnis zu Russland) oder in den jungen kaukasischen Republiken (das Problem Abchasien und Süd-Ossetien in Georgien) sind heute nicht vorher zu sagen. Die Wirtschaftspolitik der Türkei in der Region kann folglich nicht von stabilen politischen Rahmenbedingungen ausgehen. Die politische Entwicklung in der Gesamtregion (Schwarzmeerraum, Kaukasus, Transkaukasus/Westasien und Naher Osten) wird durch Krisen und Konflikte stark beeinflusst.

Die gegenwärtige Situation der Türkei kann nur verstanden werden, wenn man nicht nur die bestehenden Strukturen analysiert, sondern auch – paradox formuliert – die Instabilität politischer und wirtschaftlicher Strukturen ins Kalkül zieht. Während die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der EU-Staaten in der Regel stabil sind und ungestört verlaufen, wird das politische und wirtschaftliche Handeln der Türkei von einem labilen politischen Umfeld geprägt.⁵⁶¹ Das Auftauchen neuer und das Verschwinden alter Akteure, die instabile Zuordnung von Macht und Legitimation (z.B. in den jungen kaukasischen Republiken oder im Irak nach dem letzten Golfkrieg) können hierfür als Belege gelten. Auch die Bedrohung durch Islamismus, Terrorismus und separatistische Bewegungen hat dazu geführt, dass die politische Entwicklung in der Gesamtregion als äußerst ambivalent einzuschätzen ist. In diesem Zusammenhang wird erkennbar, dass die wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei zu ihren Nachbarstaaten durch flankierende sicherheitspolitische Regelungen bzw. Abkommen abgestützt worden sind.⁵⁶² So ist die Türkei ein wichtiges Transferland für Erdöl und Erdgas. Der Ressourcentransfer vom Kaspischen Meer in die Türkei (Baku-Ceyhan-Pipeline) wird aber durch die Konflikte im Kaukasus (Armenien vs. Aserbaidshan; Instabilität Georgiens wegen der ethnischen Konflikte in Abchasien und Süd-Ossetien) und das Kurdenproblem im Südosten der Türkei ständig bedroht.⁵⁶³ Ankara hat vor diesem Hintergrund in bilateralen Verhandlungen mit den Regierungen in Baku und Tiflis weitreichende Zusagen für den Schutz der Transit-Pipeline von Baku nach

⁵⁶¹ Vgl. İdris Bal: Soğuk Savaş Sonrası Türk Dış Politikası için Türk Cumhuriyetlerin önemi („Die Bedeutung der Turkrepubliken für die Türkei nach dem Ende des Ost-West-Konflikt“), İstanbul 2001, S. 336.

⁵⁶² Vgl. Heidemaria Gürer: Konflikte im Südkaukasus, in: Österreichische Militärische Zeitschrift für Politikwissenschaft 39 (2001) 2, S. 167-174.

⁵⁶³ Vgl. dazu Rainer Freitag-Wirminhaus: „Great Game“ am Kaspischen Meer. Eine Region zwischen Europa und dem indischen Subkontinent. Wien 2002 (unter < www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=51 >).

Ceyhan gemacht.⁵⁶⁴ Insgesamt fällt auf, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und ihren Nachbarstaaten (Syrien, Iran, Georgien, Aserbaidshan, Ukraine usw.) durch Außenhandelsabkommen der Regierungen reglementiert und abgesichert werden. Dieses Grundmuster kennzeichnet das wirtschaftspolitische Handeln der Türkei in der Gesamtregion.⁵⁶⁵

IV.3. Die Schwarzmeerwirtschaftsregion (SMWR)

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Auflösung der Sowjetunion hat die Türkei ab 1991 das Projekt für eine multilaterale Kooperation der Schwarzmeeranrainerstaaten initiiert. Bereits 1989 ist die Idee der Gründung einer Wirtschaftsregion am Schwarzen Meer von Şükrü Elekdağ (dem ehemaligen türkischen Botschafter in Washington) entwickelt und vom türkischen Staatspräsidenten Turgut Özal aufgegriffen worden.⁵⁶⁶ Diese wirtschaftliche Kooperation in Schwarzmeerregion wurde von Ankara auf höchster politischer Ebene vorbereitet und von vorneherein auch unter sicherheitspolitischen Aspekten betrachtet.⁵⁶⁷

Im Kern ging es für die Türkei darum, die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in der Region auf eine solide organisatorische Grundlage zu stellen. Im Rahmen eines Schwarzmeer-Wirtschaftsrats (*KEİ=Karadeniz Ekonomik İşbirliği*)⁵⁶⁸ sollten die Rahmenbedingungen und Eckdaten der Außenhandelsbeziehungen zwischen den Anrainerstaaten am Pontus festgelegt werden. Nach vorbereitenden Treffen der interessierten Länder haben die Staats- und Regierungschefs von elf Staaten (Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Moldawien, Rumänien, Russland, Türkei, Ukraine) am 25. Juli 1992 in İstanbul das Vertragswerk über die

⁵⁶⁴ Vgl. Ekrem Güvenç: Report on Developments in Foreign Trade and External Economic Relations of Turkey (1990-2000). Ankara 2002 (Supplementum of Turkish Yearbook of International Relations 2001), S. 106-109; 183-201.

⁵⁶⁵ Vgl. Volker Höfeld: Türkei, in: Staatslexikon. Bd. 7, S. 704-706 (Trotz der ab 1986 beschlossenen Privatisierung von Staatsunternehmen ist der staatliche Einfluss auf die türkische Wirtschaft vergleichsweise hoch. Vor allem im Bereich Außenhandel spielt die Subventionspolitik Ankaras eine wichtige Rolle; da fernerhin Investitionsgüter und mineralische Brennstoffe in erheblichen Umfang importiert werden müssen, kommt der staatlichen Wirtschaftspolitik eine enorme Bedeutung zu.).

⁵⁶⁶ Vgl. insgesamt bei Faruk Şen: Schwarzmeer-Region: eine neue regionale Kooperation, in: Auslandskurier 12 (1993) 3, S. 48-50; Duygu B. Sezer: From Hegemony to Pluralism: The Changing Politics of the Black Sea, in: SAIS Review 17 (Winter 1997) 1, S. 1-30.

⁵⁶⁷ Vgl. zu den Einzelheiten bei Nihat Gökyiğit: Success of the Black Sea Economic Cooperation Zone and the Role of Turkey, in: Turkish Review: Quarterly Digest 6 (Summer 1992) 28, S. 7-10.

⁵⁶⁸ Vgl. Karadeniz Ekonomik İşbirliği (Schwarzmeerwirtschaftskooperation): Yeni Dünya Düzeni ve Türkiye, Juli 1992, İstanbul.

Gründung der sogenannten Schwarzmeerwirtschaftsregion (SMWR) unterzeichnet.⁵⁶⁹ Dieses offizielle Dokument mit seinen 18 Paragraphen legt „den Rahmen für die Intensivierung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit sowie eine Kooperation im Umweltbereich fest.“⁵⁷⁰

Der Vertrag von Istanbul ist aber eher als eine politische Willenserklärung der Signatarstaaten zu bewerten, weil die konkreten Kooperationsformen zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens noch nicht festgelegt worden sind. Um „eine in jeder Beziehung handlungsfähige Schwarzmeerwirtschaftsregion aufzubauen“⁵⁷¹, war und ist entscheidend, „in welchem Maße die einzelnen Teilnehmerstaaten aus der SMWR Nutzen ziehen können.“⁵⁷² In der Bewertung der türkischen Politikwissenschaft gilt die gesamte Schwarzmeerregion als Teil eines größeren Sicherheitssystems (*part of a greater security system*)⁵⁷³, der „in addition to the Mediterranean basin, the Caucasus and Central Asia, the Middle East and the Balkans“⁵⁷⁴ verstanden wird. Auch wenn der wirtschaftliche Nutzen der SMWR-Kooperation für die Türkei gering zu veranschlagen ist und kaum mehr als 2% des jährlichen Handelsvolumens (Import/Export) umfasst, sind die politischen *soft security issues* bzw. *concerns* dieser Kooperationsformen nicht zu unterschätzen.

Was ist damit gemeint? Fundament der türkischen Sicherheitspolitik ist auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt die NATO-Mitgliedschaft (einschließlich der besonderen Beziehungen zu den USA). Die sogenannten *hard security issues* bzw. *concerns*⁵⁷⁵ der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik werden aus der NATO-Mitgliedschaft des Landes abgeleitet bzw. auf sie bezogen. Die „*soft security concerns*“⁵⁷⁶ haben in den 1990er Jahren aber erheblich an Bedeutung gewonnen. Im Zuge der Überwindung der Blockkonfrontation und der Öffnung des Ostblocks sind die internationalen Beziehungen paradigmatisch verändert worden. Die Außen- und Sicherheitspolitik staatlicher Akteure muss sich auf diese grundlegend neuen Bedingungen und Strukturen einstellen. Die Determinanten des internationalen Systems sind vervielfältigt und dissipativ geworden. In der türkischen Politikwissenschaft hat sich diese `Sicht der

⁵⁶⁹ Vgl. Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.): Die Schwarzmeerwirtschaftsregion (SMWR)-Darstellung, Entwicklung, Perspektiven sowie Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der EU. Opladen 1996, S. 11.

⁵⁷⁰ Ebd., S. 11.

⁵⁷¹ Ebd., S. 11.

⁵⁷² Ebd., S. 11.

⁵⁷³ Vgl. dazu İlder Turan: Mediterranean Security in the Light of Turkish Concerns, in: Perceptions 3 (June-August 1998) 1, S. 23.

⁵⁷⁴ Ebd., S. 23.

⁵⁷⁵ Vgl. dazu ebd., S. 22 f.

⁵⁷⁶ Ebd., S. 22.

Dinge' seit Mitte der 1990er Jahre eindeutig durchgesetzt. Interessanterweise kommt Ilter Turan in diesem Zusammenhang zu dem Schluss, dass die Türkei die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht nur angemessen wahrgenommen, sondern diese auch in eine neue, gleichsam wegweisende Sicherheitspolitik überführt habe:

„There is a widely shared feeling in the Turkish foreign policy and security community that the EU cannot be relied on for dealing with hard security concerns. Eu thinking is often judged as based on short-term tactical considerations. (...) And finally, the EU is unable to conceptualise security in global terms; that is, its outlook, in the understanding of security matters is highly parochial. Discounting the EU as a reliable partner in addressing hard security issues (...), Turkey has adopted a three tract approach to coping with security challenges.“⁵⁷⁷

Die drei Bausteine des neuen türkischen Sicherheitskonzepts sind nach Turan:⁵⁷⁸

Kooperation mit Bündnispartnern innerhalb der NATO;

Ausweitung der Kooperation außerhalb der NATO (Beispiel: Operationen „under UN auspices“)⁵⁷⁹; Implementierung einer neuen regional orientierten Sicherheitspolitik (Beispiel: „security links in the region“; auch: militärische Kooperation mit Israel)⁵⁸⁰;

Wirtschaftliche Kooperation („to reduce tensions“).⁵⁸¹

Die türkische Politik in der Schwarzmeerregion muss in diesem 'Drei-Komponenten-Gefüge' (Turan) interpretiert werden. Vordergründig zielt die türkische Politik gegenüber diesen Schwarzmeeranrainerstaaten auf die mittel- und/oder langfristige Etablierung von Kooperationsformen in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie. Diese perspektivisch angestrebte Kooperation dient der Verfestigung der sogenannten *soft security issues*. Dahinter steht die feste Überzeugung, dass durch wirtschaftliche Beziehungen, wissenschaftliche Zusammenarbeit und technologischen Austausch politische Spannungen („*tensions*“) reduziert werden. Doch ist die Türkei auch bereit (im Unterschied zur EU), militärische Abkommen („*hard security*“) in der Region anzustreben und – wie mit Israel – auch abzuschließen. Diese Verknüpfung von *soft and hard security issues* bzw. *concerns* kennzeichnet die aktuelle türkische Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Turan⁵⁸² belegt diese Sichtweise mit einem

⁵⁷⁷ Ebd., S. 22 f.

⁵⁷⁸ Vgl. ebd., S. 23.

⁵⁷⁹ Ebd., S. 23 (Hinweis auf den Golfkrieg von 1990; dazu Einsätze in Bosnien).

⁵⁸⁰ Ebd., S. 23.

⁵⁸¹ Ebd., S. 23.

⁵⁸² Vgl. ebd., S. 23-26.

Beispiel: Die Schwarzmeerregion ist für den staatlichen Akteur Türkei eine regionalstrategische Sphäre ersten Ranges, weil sich in diesem geographischen Raum sicherheits- und energiepolitische Interessen kreuzen, verbinden und in einer brisanten Gemengelage auch aufladen (können). Konkret ist diese Region deshalb von geostrategischer Bedeutung, weil sich hier „the most likely routes for shipment of oil and gas to world market“⁵⁸³ befinden und die Türkei direkt oder indirekt („directly or indirectly through Turkey“)⁵⁸⁴ tangieren. Das bilaterale Abkommen der Türkei mit Georgien über 'Formen polizeilicher Zusammenarbeit' von 1994 (Ausbildung von georgischen Sicherheitskräften; nachrichtendienstlicher Austausch)⁵⁸⁵ ist durchaus „ein 'Mosaiksteinchen' dieser neuen regionalstrategisch ausgerichteten türkischen Sicherheitspolitik.“⁵⁸⁶ Auch Turans Argumentationstopik verweist in diese Richtung. Die in den frühen 1990er Jahren anlaufenden Planungen für eine neue Pipeline (Erdöl/Erdgas) in der (erweiterten) Schwarzmeerregion berühren unmittelbar türkische Interessen: „One possible shipment route of oil is the expansion of the currently employed combination of pipelines from Baku to Novorossisk and then oil tankers from Novorossisk, that sail through the Turkish Straits and the Aegean. A similar possibility, in which the pipeline would run to the Georgian black Sea port of Supsa, has also been studied.“⁵⁸⁷

Auch wenn sich zwischenzeitlich die beteiligten Regierungen mit den Ölkonzernen auf einen anderen Verlauf der Pipeline-Trasse (Baku-Ceyhan/Türkei) geeinigt haben, bleibt das regionalstrategische Interesse der türkischen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik davon nicht unberührt. Die Vertiefung der multilateralen, z. T. auch bilateralen Zusammenarbeit in der (erweiterten) Schwarzmeerregion steht in der Prioritätenliste der türkischen Außenpolitik relativ weit oben.

Die Initiative einer regionalen Kooperation in der Schwarzmeerregion trägt den Veränderungen des internationalen Systems Rechnung. Aus Sicht der türkischen Machteliten stellt die Kooperation mit den Staaten des 'nördlichen Gürtels' vor allem eine langfristige Option dar, in der wirtschaftliche, politische und regionalstrategische Interessen des staatlichen Akteurs Türkei verknüpft sind und optimiert werden können.

⁵⁸³ Ebd., S. 24.

⁵⁸⁴ Ebd., S. 24.

⁵⁸⁵ Vgl. Klaus-Peter Heydt: Türkische Sicherheitspolitik in der Schwarzmeerregion, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, II/4A (supplementum), 1995, S. 6-12 (hier: S. 7).

⁵⁸⁶ Ebd., S. 8.

⁵⁸⁷ İ. Turan: Mediterranean Security, S. 24.

Das Black Sea Economic Cooperation (BSEC)-Projekt „is an instrument for the development and diversification of existing economic relations among the countries around the Black Sea, by making efficient use of the advantages arising from their geographical proximity, traditional ties, the complementary nature of their economies and the large economic space and market.“⁵⁸⁸

Die Entwicklung der BSEC(seit der Unterzeichnung der „*Summit Declaration*“ vom 25. Juni 1992 in Istanbul bis heute), zeigt, dass vor allem die Türkei als regionalstrategische Macht die politischen Strukturen der Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten ausbauen will. Auf der Gipfelkonferenz von Jalta kamen die teilnehmenden Staaten am 4./5. Juni 1998 überein, die Formen der wirtschaftlichen Kooperation und politischen Konsultationen zu erweitern („to convert the BSEC project into a regional organisation and signed the BSEC-Charter to the end“).⁵⁸⁹

Die in Jalta verabschiedete *Summit Declaration* ist eine politische Absichtserklärung. Die „basic objectives of the BSEC“ sind „to ensure that the Black Sea becomes a sea of peace, stability and prosperity, encouraging friendly and good-neighbourly relations.“⁵⁹⁰ Wichtiger noch als die ‚politische Rhetorik‘ dieser *Summit Declaration* ist die erkennbare politische Willenserklärung der Akteure. Ausdrücklich wird die Schwarzmeer-Region als ein besonderer regionalstrategischer Raum perzipiert, der nicht allein geographisch definiert wird. Die Einbeziehung Albaniens und Griechenlands in das multilaterale Kooperationsabkommen bestätigt diese Sichtweise. Auch die Öffnung der BSEC für andere „interested states“ kann als Beleg für eine langfristig konzipierte Politik der Zusammenarbeit gelten: „In this context, it is worth mentioning that countries like Egypt, Israel, Poland and the Slovak Republic have been granted observer status to the BSEC.“⁵⁹¹ Im Kern kann die Schwarzmeer-Kooperation gelten als ein „new concept of multilateralism in economic relations among its members and in the region where in economic activities were hit her to bilateral and state-induced.“⁵⁹²

Aus der Sicht der Türkei ist das BSEC-Projekt eine Komponente der neuen Sicherheitsarchitektur. Diese Auffassung spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass die Teilnehmerstaaten, vor allem auf Betreiben der Türkei, übereingekommen sind, dass

⁵⁸⁸ Levent Bilman: The Regional Cooperation Initiatives in Southeast Europa and the Turkish Foreign Policy, in: *Perceptions* 3 (1998) 3, S. 69.

⁵⁸⁹ Ebd.

⁵⁹⁰ Ebd.

⁵⁹¹ Ebd.

⁵⁹² Ebd., S. 70.

die Mitgliedschaft in der BSEC „does not preclude or prevent EU membership or the establishment of any other relations for that matter.“⁵⁹³

Hier deutet sich ein wesentliches Merkmal der sicherheitspolitischen Konzeption des staatlichen Akteurs Türkei an. Sicherheitspolitik ist ein komplexes 'Verbundsystem', dessen Teilkomponenten zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht definiert und sogar im Spannungsverhältnis zueinander stehen können. Erstellt man beispielsweise einen Konfliktkatalog, der die Spannungen einzelner Teilnehmerstaaten der BSEC-Region abbildet, wird unmittelbar klar, dass es zwischen einzelnen Akteuren (Türkei-Griechenland; Türkei-Bulgarien; Armenien-Aserbeidschan; Moldavien-Rumänien, Kosovo-Problem usw.) z.T. erhebliche Konfliktpotentiale gibt. Gleichwohl enthält das BSEC-Abkommen vom Juni 1998 auch ein wegweisendes Konzept zur Friedenskonsolidierung bzw. zur friedlichen Konflikteindämmung in der Region. Die Artikel des BSEC-Abkommens legen Maßnahmen zur Förderung von politischen Strukturen fest, die geeignet sind bzw. sein sollen, den Frieden in der Region zu festigen und langfristig zu konsolidieren, um das Wiederaufleben von Konflikten zu verhindern. Die Präferenz, die die Teilnehmerstaaten in Jalta auf ihrem „summit“ ausgesprochen haben, ist eindeutig: Man will eine vorbeugende Diplomatie installieren, die bestrebt sein soll, Streitigkeiten politisch beizulegen, bevor die Gefahr einer Eskalation auftritt. In seiner Gesamtheit stellt das BSEC-Abkommen einen auf langfristige politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit angelegten Maßnahmenkomplex dar, dessen Realisierung zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch nicht weit gediehen ist. In der türkischen Politikwissenschaft wird demzufolge vor allem der politische Symbolcharakter der Schwarzmeer-Kooperation hervorgehoben.⁵⁹⁴ Entscheidend dürfte aber sein, dass die türkische Politik das Spektrum sicherheitspolitischer und außenwirtschaftlicher Optionen insgesamt zu erweitern versucht und somit dem Paradigmenwechsel im internationalen System regionalstrategisch Rechnung trägt.⁵⁹⁵ Das Konzept der *regional participation* dient dazu, den Imponderabilien eines im Umbruch befindlichen internationalen Systems prospektiv und instrumentell begegnen zu können. Vor diesem Hintergrund kann die regionale Kooperation in der

⁵⁹³ Ebd., S. 70.

⁵⁹⁴ Vgl. ebd., S.69-73.

⁵⁹⁵ Vgl. Ministry of Foreign Affairs/Center of Strategic Research: SAM Papers No 2/1996 (Turkish-German Round Table Meeting 4-5 March 1996/Ankara), passim.

Schwarzmeer-Region nicht isoliert bewertet werden, sondern muss als 'Systembaustein' im Gesamtkonstrukt 'Sicherheitspolitik' interpretiert werden.⁵⁹⁶

„European security issues were relatively straight forward till the end of the bipolar world in the 1980 s. (...) Since 1990, we gradually moved from the concept of simple security as perceived in a bipolar world to one of extended or multidirectional security. This new concept of extended security has do with the additional and mostly non-military aspects of security.“

Dieses neue Konzept einer *multidirectional security* bestimmt die aktuelle türkische Außen- und Sicherheitspolitik. Die türkische Politik in der Schwarzmeer-Region deutet jedenfalls in diese Richtung. Die Einbeziehung der *additional and mostly non-military aspects* hat hier sogar konstitutive Bedeutung. Grundsätzlich ist der Paradigmenwechsel der türkischen Sicherheits- und Außenpolitik weder überraschend noch widersprüchlich. Der türkische Staat sucht auf der Grundlage der NATO-Mitgliedschaft und der besonderen Beziehungen zu den USA nach Optionen, die den objektiven Veränderungen des internationalen Systems angemessen sind. Die Erweiterung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsspielräume ist offenkundig und verweist auf den Tatbestand, dass gegenwärtige Sicherheitspolitik 'ein Bündel von Optionen' entwickeln muss, um der neuen Dynamik des internationalen Systems adäquat und flexibel begegnen zu können. Der Unterschied zur traditionellen Sicherheitspolitik bis Ende der 1980er Jahre besteht darin, dass die Formen der multilateralen Zusammenarbeit nicht nach den Kriterien der Blockzugehörigkeit bestimmt werden. Festgelegte Ausschlusskriterien gibt es nur noch in seltenen Fällen, d.h. staatliche Akteure mit hinreichenden Ressourcen haben einen signifikant erweiterten Handlungsspielraum für nationale Interessenpolitik gewonnen.

IV.4. Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik in der Kaukasusregion

Die Türkei ist über eine Vielzahl von historischen und kulturellen Faktoren mit der Kaukasusregion verbunden. Im Kalten Krieg und zu Zeiten des Ost-West-Konflikts war der Kaukasus als der sogenannte 'weiche Unterleib' der Sowjetunion ein geostrategisches Schlüsselgebiet. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich die Bedeutung der Kaukasusregion für die türkische Außen- und Sicherheitspolitik dramatisch gewandelt. Im April 1993 hatte der damalige türkische Staatspräsident

⁵⁹⁶ Vgl. dazu Ömür Orhun: The Uncertainties and Challenges Ahead: A Southern Perspective, in : Perceptions 4 (1999) 2, S. 23ff. (Zitat, S. 23).

Turgut Özal die Republik Aserbeidschan und die transkaukasischen Republiken Turkmenien, Usbekistan, Kasachstan und Kirgisien besucht und den kulturell-geschichtlichen Zusammenhang der Menschen „türkischer Zunge“⁵⁹⁷ beschworen. Dieses ideologische oder ethnozentrische Bekenntnis zum ‚Türkentum‘ kam nicht von ungefähr. Auf Betreiben der türkischen Regierung wurden ab 1992 auf non-gouvernementaler Ebene sogenannte „Türkische Gipfeltreffen“ abgehalten, deren Intention Turgut Özal fast visionär zu beschreiben versuchte: „Wenn wir unsere historische Chance richtig nutzen und keinen Fehler machen, dann wird das 21. (Jahrhundert) ein türkisches Jahrhundert (werden).“⁵⁹⁸

Doch steht die politische Realität in dem regionalstrategisch brisanten Kaukasus-/Transkaukasus-Gebiet gegen diesen Traum eines Panturkismus.⁵⁹⁹ Die türkische Politik in der Kaukasusregion ist in den letzten Jahren insgesamt ambivalent und z.T. auch riskant gewesen. Selbst wenn man die Drohgebärde des türkischen Staatspräsidenten Turgut Özal, militärisch in den Berg-Karabach-Konflikt zwischen Armenien und Aserbeidschan auf Seiten des ‚türkischen Brudervolkes‘ (Aseri → Aserbeidschan) einzugreifen, nicht überschätzen sollte, deutet sich hier doch eine offensive Ausrichtung der türkischen Politik gegenüber den nordöstlichen Nachbarstaaten an.⁶⁰⁰ Die Russische Föderation beansprucht nämlich den Kaukasus als ihr angestammtes Interessengebiet und hat in den Berg-Karabach-Konflikt auf Seiten Armeniens eingegriffen. Ankara hielt sich dementsprechend zurück und ließ das ‚Brudervolk der Aseri im Stich‘, wie türkische Nationalisten es nannten. Realpolitisch ist der Panturkismus – welcher Spielart auch immer – kaum mehr als eine Chimäre. Ideologisch aber spielt er als Mobilisierungsressource der türkischen Nationalisten und – eingeschränkt – der islamisierenden Kräfte in der Türkei eine erhebliche Rolle.

Seit Mitte der 1990er Jahre betreibt die Türkei eine vorsichtig offensive Kaukasuspolitik, die vor allem die Interessen Russlands in Rechnung stellt und auch die Empfindlichkeiten des iranischen Regimes einkalkuliert. Der kulturelle Austausch der Türkei mit den Turkrepubliken läuft seit 1992 eher geräuschlos und von der westlichen Öffentlichkeit unbemerkt. Die kulturpolitische Offensive des türkischen Staates oder

⁵⁹⁷ Vgl. Hinweis bei Günter Seufert/Christopher Kubaseck: Die Türkei. Politik-Geschichte-Kultur. München 2004, S. 194.

⁵⁹⁸ Zitiert nach G. Seufert/C. Kubaseck: Die Türkei, S. 194 (dort Belege unter Fußnote 63).

⁵⁹⁹ Vgl. Turgut Özal: Türkiye’nin Önünde Hacet Kapıları açılmıştır („Vor der Türkei haben sich die Tore geöffnet“), in: Türkiye Günlüğü (Türkei Tagebuch), Nr. 19, 1991, S. 14.

⁶⁰⁰ Ebd., S. 15.

nicht-staatlicher Organisationen hält sich in Grenzen und beschränkt sich beispielsweise auf eine „Präsenz der Türkei im Schulwesen.“⁶⁰¹

Von ganz anderem Kaliber ist das türkisch-aserbeidschanische Verhältnis. Aserbeidschan verfügt am und im Kaspischen Meer über reiche Erdöl- und Erdgasvorkommen, deren Umfang enorm ist und die Größenordnung der Erdölreserven im Mittleren Osten nahezu erreichen dürfte. Von Seiten der USA ist die geostrategische Bedeutung der Region um das Kaspische Meer nicht nur betont, sondern inzwischen auch für die 'westliche Welt' reklamiert worden. Die türkische Politik in der Region muss auf diese überwölbenden geostrategischen Implikationen Rücksicht nehmen und auf 'nationale Alleingänge' verzichten. Dass die türkische Regierung diese realpolitische Lektion über die weltweiten Machtinteressen verstanden hat, zeigt das Jahr 1993.⁶⁰² Russland stürzte den türkeifreundlichen Präsidenten Aserbeidschans, Elbufeyz Eldschibey, mit Hilfe eines *Warlords*.⁶⁰³ Der Hintergrund für diese russische Operation war ein 'unfreundlicher Akt' Eldschibey, der es versäumte, „die russische Erdölfirma Lukoil in einen Vertrag aufzunehmen, den er mit einem westlichen Konsortium zur Ausbeutung des aserbeidschanischen Öls geschlossen hatte.“⁶⁰⁴ Der neue Staatspräsident Aserbeidschans, Haidar Aliew, beteiligte die Lukoil an dem gigantischen Geschäft, konnte aber die Interessen des westlich dominierten Konsortiums nicht so weit zurückdrängen, dass Russland die 'Fäden dieses Jahrhundertgeschäfts' in die Hand nehmen konnte. Im September 2002 wurde mit dem Bau einer Pipeline von Baku über georgisches Gebiet bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan begonnen. Obwohl Russland günstigere Bedingungen für das Pipeline-Projekt angeboten und eine Vernetzung mit der schon bestehenden Infrastruktur auf südrussischem Gebiet (Pipeline von Sibirien her!) in Aussicht gestellt hatte, wurde die geographische Linie Baku-Tiflis-Ceyhan auf Druck der USA präferiert. Russland stimmte schließlich zu und begnügte sich mit einem symbolischen Anteil an dem gewaltigen Projekt. Der Türkei kommt bei dem „Rennen um das zentralasiatische Öl und Gas“⁶⁰⁵ eine Schlüsselstellung zu, die nicht nur eine energiewirtschaftliche, sondern auch eine sicherheitspolitische Komponente aufweist.

⁶⁰¹ Vgl. G. Seufert/G. Kubaseck: Die Türkei, ebd., S. 195.

⁶⁰² Vgl. ebd., S. 195.

⁶⁰³ Vgl. Mustafa Aydın: Dağlık (Yukari) Karabağ Bağlamında Azerbaycan' la İlişkiler, in: Baskın Oran (Hrsg.): Türk Dış Politikası, İstanbul 2002, S. 404.

⁶⁰⁴ Vgl. G. Seufert/G. Kubaseck: Die Türkei, ebd., S. 195.

⁶⁰⁵ Ebd., S. 195.

Der ungehinderte Zugriff auf die Energieressourcen Erdöl und Erdgas ist spätestens seit der Ölkrise der 1970er Jahre ein Axiom der US-amerikanischen Politik. Die offensive Politik der USA im Nahen und Mittleren Osten, einschließlich der beiden militärischen Interventionen in den Golfkriegen, ist ohne diesen Hintergrund nicht erklärbar. Dieses offensive Grundmuster der US-Politik kann sicherlich nicht schematisch verallgemeinert werden und lässt keine Prognose hinsichtlich der amerikanischen Politik in der Kaukasusregion zu. Gleichwohl hat die US-Administration die Region um das Kaspi-Meer zu einem erstrangigen Interessengebiet erklärt. Unter diesem Vorbehalt steht die türkische Kaukasuspolitik. Die Türkei verzichtet seit 1993 auf eine Politik, die den Anschein eines nationalen Alleingangs erwecken könnte.⁶⁰⁶ In den politikwissenschaftlichen Diskursen innerhalb der Türkei hat sich deshalb im zurückliegenden Jahrzehnt ein Tenor durchgesetzt, der die türkische Politik im Kaukasus und in dessen erweitertem Einzugsgebiet (zentralasiatische Republiken) in den Zusammenhang der NATO-Sicherheitspolitik bzw. spezifischer Interessen der Führungsmacht USA stellt.⁶⁰⁷

Interessanterweise findet sich in der Zeitschrift *Perceptions* ein Beitrag, der von dem georgischen Sicherheitspolitiker Revaz Adamia verfasst worden ist. In seiner Rhetorik erinnert dieser Text an die 'Sprache des Kalten Krieges'.⁶⁰⁸ Ansatzweise finden sich derartige Auffassungen auch in den Sicherheitskreisen der NATO und der Türkei. Der Kaukasus galt in den Zeiten der Blockkonfrontation als ein geschlossenes, militärisch hochgerüstetes Gebiet: „Moreover, the West, and especially Turkey, was considered as just an enemy and the entire military machine-missiles and missiles carrying nuclear weapons among them-were directed towards the south“ (ebd.).

Der Paradigmenwechsel („an undeniably real turning point for the entire region“) erfolgte, wie nicht anders zu erwarten, mit dem 'Kollaps des Sowjetblocks'(vgl. ebd.). Der Euphemismus, mit der R. Adamia diese Wende beschreibt, ist bezeichnend: „the gates of the road to co-operation between the countries of the region and the West became open and the panorama observed through them has been most welcoming. This revolutionary transformation stimulated the start of

⁶⁰⁶ Vgl. M. Hakan Yavuz: Değişen Türk Kimliği ve Dış Politika („Die sich wandelnde türkische Identität und ihre Außenpolitik“): Neo Osmancılığın Yükselişi („Das Auferstarken des Neo Ottmanismus“), in: Saban H. Çalış/Ihsan D. Dağı und Ramazan Gözen (Hrsg.): Türkiye'nin Dış Politika Gündemi-Kimlik, Demokrasi, Güvenlik, Ankara 2001, S. 51.

⁶⁰⁷ Vgl. M. Hakan Yavuz, ebd., S. 52.

⁶⁰⁸ Revaz Adamia: NATO: Caucasus in the Context of Partnership for Peace, in: *Perceptions* 4 (1999) 2, passim. (Revaz Adamia ist Chairman of the Committee on Defence and Security of the Parliament of Georgia!).

fundamentally new relationship between the countries of the region and the West. There is no field, no aspect of life left unaffected by those changes“ (ebd.).

Jenseits dieser Rhetorik wird aber die eigentliche Argumentationstopik des Beitrags von Adamia erkennbar. Unter Verweis auf das von drei Kaukasus-Staaten Georgien, Armenien und Aserbeidschan unterzeichnete Dokument einer „*Partnership for Peace*“ (PFP)⁶⁰⁹ kommt Adamia zu dem Ergebnis, dass zwar eine grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der Region bestünde, die Umsetzung aber wegen der instabilen Sicherheitslage („security environment in the region“) im Kaukasus kaum vorankommen könne. Die Ursache hierfür sieht Adamia in der postsowjetischen, quasi `zaristischen` Machtpolitik Moskaus. Für Russland ist, wie Adamia ausführt, der Kaukasus ein bevorzugtes und traditionelles Interessengebiet, d.h. die Machteliten in Moskau versuchen die jungen Staaten unter ihre politische Kontrolle zu bringen und eine `Post-Jalta-Ordnung` in der Region zu errichten. Die Russische Föderation versuche mit allen Instrumenten, einschließlich der Demonstration militärischer Stärke (z.B. Ossetien!), die jungen Staaten im Kaukasus in „*dominions*“ zu verwandeln. Die sicherheitspolitischen Interessen der russischen Politik werden von Adamia denn auch nur als `Imperialismus in einem neuem Gewand` interpretiert.⁶¹⁰ Russland strebe eine Neuauflage der Jalta-Ordnung an, wonach der Kaukasus russische Interessensphäre sei:

„most vigorously, Russia opposes NATO's eastward enlargement and perceives that process as a direct threat to her strategic interests. Moreover, Russia's highest officials keep warning that they will not allow even a dream of incorporation of the post-Soviet states into NATO.

Likewise, Russia perceives the PFP agreement and activities within its framework in the same context. Despite a special accord `Founding Act` signed by NATO and Russia, she is still extremely cautious and does not take the initiative seriously. Russian participation in PFP is minimal and rather formal.

In this regard it should be stressed that if Russia reappears as a `force pole` it will serve only the interests of the aggressive Russian establishment and this aggression will be directed mostly against the former Soviet republics. We should always be careful in relations with Russia and remember that Russian imperialism still exists.“ (ebd).

Es erstaunt nicht weiter, dass Adamia die `westlichen Interessen` an der Region positiv unter der Signatur der „*Co-operation*“ bewertet, gleichzeitig aber doch den „particular

⁶⁰⁹ Vgl. ebd., S. 33.

⁶¹⁰ Sachlich formulierte Varianten dieser Einschätzung der gegenwärtigen Politik Russlands im Kaukasus finden sich auch in den Diskursen der westlichen Sicherheitspolitiker und Militärexperten; vgl. Javier Solana: NATO in the Twenty-First-Century, in: *Perceptions* 4 (1999) 2-3 (dort der Hinweis auf die „regionalen Konflikte“ im Kaukasus und ihre Bedeutung für die neue Sicherheitspolitik der NATO!).

point“ benennt: Das Kaspische Öl und Erdgas ist von „global interest“ für die westlichen Industriestaaten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit könne aber nur intensiviert werden, wenn die Sicherheitslage in der Region stabil sei:

„first, the creation of a secure environment to conduct exploration and commercial use of oil fields and, second ensuring safe excess of Caspian energy to world markets.“ (ebd.).

Während des Kalten Krieges war die Türkei im Rahmen der Aufgabenteilung innerhalb der NATO verpflichtet, als „Südpfeiler“ des westlichen Verteidigungsbündnisses und als „Riegel gegen eine mögliche sowjetische Invasion in den Mittelmeer-Raum zu fungieren.“⁶¹¹

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist diese zentrale Konstituente der türkischen Verteidigungspolitik gleichsam weggebrochen. Kaum ein Experte hatte Anfang der 1990er Jahre mit einer derart schnellen Veränderung des sicherheitspolitischen Koordinatensystems der Weltpolitik gerechnet. Für die Türkei bestand nach der Selbstauflösung des Warschauer Pakts im Jahre 1991 natürlich die Problematik, „ob nach dem Verschwinden des `gemeinsamen Feindes` mit einem Abbau der auf Sicherheitsinteressen aufgebauten Beziehungen mit dem Westen“⁶¹² zu rechnen sei. Allerdings stand die NATO als Militärorganisation und westliches Verteidigungsbündnis nicht einmal 1991 zur Disposition. Im Gegenteil: die NATO bestand auch nach dem Ende der Blockkonfrontation darauf, dass sie das einzige funktionstüchtige und allein schon deshalb stabilisierende Sicherheitssystem in Europa ist. Vor allem gegen die `neuen Risiken` (z.B. 1991 Gefahr des Scheitern der östlichen Reformpolitik; dazu Machtvakuum u.ä.) galt die NATO als Garant und „Anker der Stabilität“ (Manfred Wörner) in Zeiten unübersehbarer Umbruchprozesse. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass die NATO aufgrund ihrer funktionierenden Militär- und Organisationsstrukturen als Fundament einer neuen gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur nicht nur definiert, sondern auch für die Zukunft auch festgeschrieben worden ist. Darüber hinaus wurde die Rolle der NATO für die Entwicklung einer modifizierten Sicherheitsstruktur im euroasiatischen Zentralraum neu bestimmt. Die Politisierung des Bündnisses seit dem Londoner NATO-Gipfel vom 5./6. Juni 1990 und dem Jubiläumsgipfel von 1999 (in Washington) bestätigt diese Neuorientierung. Nahezu alle Strategiedokumente seit Anfang der 1990 er Jahre sprechen von den „erforderlichen Komponenten“ der erhöhten Mobilität und

⁶¹¹ Bahri Yilmaz: Regionalmacht Türkei. Hat sie ihre Führungsrolle verpasst? In: Internationale Politik 50 (1995) 5, S. 37 (Beitrag: S. 37-42).

⁶¹² Ebd., S. 38.

Flexibilität, die eine „Vorneanwesenheit“ der NATO in Krisenregionen, auch *out-of-area*, ermöglichen. Potenziell sind alle Konfliktzonen im euroasiatischen Einzugsgebiet demnach Operationsgebiet der NATO. Im Kern hat die Überwindung der Blockkonfrontation nicht zu einer Demilitarisierung der internationalen Politik, sondern sogar zu einer politischen Aufwertung und qualitativen Verstärkung der militärischen Optionen der NATO geführt. Alle NATO-Einsätze sind nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erfolgt; die Präsenz von NATO-Truppen, auch *out-of-area*, ist verstärkt worden. Lange vor dem „11. September“ wurden neue Bedrohungen für die westlichen Demokratien und das westliche Sicherheitssystem ausgemacht. Immer wieder wurde von Machtvakuen und Instabilitäten gesprochen, die nach der Auflösung der Sowjetunion entstanden seien. Auch die sicherheitspolitische Bewertung der Kaukasusregion orientiert sich an diesen Begriffen. Damit stand die Türkei wieder „im Blickwinkel der internationalen Politik und (...) im Mittelpunkt des politischen Geschehens in der Region.“⁶¹³

Die Großregion des Kaukasus und Transkaukasiens gilt in der NATO-Diktion als brisantes Krisengebiet, von dem aus auch die Sicherheitsinteressen der westlichen Welt bedroht werden könnten. Die besondere Lage dieses geographischen Raumes zwischen Russland, Iran und der Südostflanke der NATO (Türkei) diene zunächst als die zentrale Legitimationsfigur. Mittlerweile ist der islamische Fundamentalismus als neue Bedrohung der westlichen Sicherheit hinzugekommen.⁶¹⁴ Grundsätzlich war die Türkei wieder zu einem strategischen ‚Außenposten‘ des westlichen Verteidigungsbündnisses geworden. Gleichwohl hat sich die Funktion der Türkei innerhalb der neuen NATO-Strategie signifikant gewandelt. Einerseits galt die Türkei als Allianzpartner gegen den Irak, andererseits sollte sie die Rolle als Regionalmacht im Kaukasus übernehmen. Diese beiden Komponenten bilden auch Schwerpunkt der türkischen ‚Ostpolitik‘:

Unter Führung der Türkei sollten in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und mit Westeuropa die Verhältnisse in Transkaukasien und Zentralasien neu gestaltet werden. Nach einem ‚türkischen Modell‘ sollten die ‚Turkrepubliken‘ politisch und wirtschaftlich in den Westen eingegliedert werden.⁶¹⁵ Hauptziele eines solchen Modells sind die „Übertragung des Säkularismus auf die islamische Gesellschaft, die

⁶¹³ Ebd., S. 38.

⁶¹⁴ Vgl. ebd., S. 39: „Die Türkei sollte als Stabilisierungsfaktor oder Pufferzone den Vormarsch des islamischen Fundamentalismus in der Region stoppen.“

⁶¹⁵ Vgl. Hakan Yavuz, ebd., S. 59.

Schaffung pluralistisch-demokratischer Systeme nach westlichem Muster und die Gestaltung der freien Marktwirtschaft.“⁶¹⁶

Allerdings hat diese „Überbetonung der Sympathie für die Turkvölker“⁶¹⁷ die Beziehungen zu Russland und, wie nichts anders zu erwarten stand, zum Iran erheblich belastet. Der sicherheits- und außenpolitische Einfluss Russlands in der Region ist erheblich, nicht zuletzt deshalb, weil die jungen Turkrepubliken wirtschaftlich und infrastrukturell von Russland abhängen. In den Jahren seit 1995 wurde die türkische Kaukasus-Politik defensiv und vorsichtig. Vor allem ist sie eingebettet in die allgemeine Sicherheitspolitik der NATO und der USA. Das Engagement der Türkei in Georgien und in Aserbeidschan beschränkt sich auf bescheidene Austauschformen in wirtschaftlichen, kulturellen und zivilen Bereichen. Die Ausbildung der georgischen Polizei durch türkische Experten ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch das auffälligste Phänomen. Sicherheitspolitik ist aber immer auch strategisch-perspektivisch orientiert. In dieser Hinsicht ist die Rolle der Türkei in der NATO erheblich aufgewertet worden.

Javier Solana hat diese Neudefinition der „türkischen Rolle“ in der Region folgendermaßen vorgenommen:⁶¹⁸

Prämisse: „NATO's evolution from a mainly passive, defence-oriented Alliance into a strategic instrument of managing change“ (...);

Konklusion: „Turkey, as an active and valued member of the Alliance, has contributed significantly to this shaping of our common security. Its proximity to the Balkans, the Caucasus, Central Asia, the Middle East and the Mediterranean puts Turkey in the epicentre of change.“

Perspektive: „As a secular Islamic democracy and a staunch NATO ally, Turkey has never had a greater opportunity to play a bridge-building role in a region of considerable geopolitical complexity.“

Anforderungen: „It is this new role of Turkey that makes this country a major asset in NATO's new co-operative approach to security.“

Die Türkei hat aus Sicht der NATO die einzigartige Möglichkeit, „new missions in crisis management and peace support“ (ebd.) zu übernehmen. Solana sieht diese Missionen als Teil der „Alliance's outreach and co-operative activities with non-NATO countries“ (ebd.). Mit anderen Worten: die Türkei spielt als exponiertes NATO-

⁶¹⁶ Ebd., S. 39.

⁶¹⁷ Ebd., S. 39.

⁶¹⁸ Javier Solana: NATO in the Twenty-First Century, in: Perceptions 4 (1999) 2-3, passim.

Mitglied eine besondere Rolle im Rahmen des *out-of-area*-Konzepts des transatlantischen Bündnisses.

IV.5. Türkei und EU: Sicherheits- und wirtschaftspolitische Dimensionen einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU

Die Türkei hat 1963 den Status eines assoziierten Mitglieds der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Seit mehr als vier Jahrzehnten haben sich alle türkischen Regierungen bemüht, eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (heutige EU) zu erreichen.⁶¹⁹ Aus Sicht des staatlichen Akteurs Türkei gehört die EU-Mitgliedschaft zu den grundlegenden Zielen der nationalen Sicherheitspolitik.⁶²⁰ Bekanntermaßen hat der Wunsch der Türkei, Mitglied der Europäischen Union (EU) zu werden, innerhalb der europäischen Kernstaaten kontroverse Debatten ausgelöst, die inzwischen auch innerhalb der türkischen Öffentlichkeit erhebliche Wirkung gezeigt haben.⁶²¹ Nach Udo Steinbach stehen bei dieser Debatte in den (west-) europäischen Staaten folgende Aspekte seit Jahren in den Vordergrund:

„(...) Unzulänglichkeiten im Bereich von Demokratie und Menschenrechten sowie die Zypernfrage; hingewiesen wird sodann auf die enormen Wirtschafts- und Entwicklungsdefizite, die im Falle des Beitritts der Türkei eine schwere Belastung für den Haushalt der EU darstellen würden.“⁶²²

Gelegentlich wurde in der Vergangenheit auch auf die religiöse bzw. kulturelle Unterschiedlichkeit der Türkei hingewiesen, die für die Wertegemeinschaft (z.B. christliche Tradition) der europäischen Staaten zu einer erheblichen Belastung werden könnte (z.B. durch neue Migrationsbewegungen).⁶²³ Diese grundlegenden Argumente gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU sind – trotz Zugeständnissen und Modifizierungen im Detail – auch in letzten Jahren auf den Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs der EU immer wieder benutzt worden. Auf

⁶¹⁹ Vgl. insgesamt Udo Steinbach: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas. Bergisch Gladbach 1996; Mehmet Halkun: Turkey and European Community. London 2006, S. 24-39.

⁶²⁰ Vgl. Gustav C. Gressel: Die strategischen Optionen der Türkei, in: Erich Reiter (Hrsg.): Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wien 2006, S. 23-65.

⁶²¹ Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Die türkische Frage. Europas Bürger müssen sich entscheiden, in: Claus Leggewie (Hrsg.): Die Türkei und Europa. Die Positionen. Frankfurt/M. 2004, S. 57-69.

⁶²² Udo Steinbach: Türkei, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Die Staatenwelt Europas. Schriftenreihe BpB, Bd. 443. Bonn 2005, S. 382 (Beitrag S. 382-391).

⁶²³ Vgl. dazu Andrea K. Riemer: Die Türkei und die Europäische Union. Eine unendliche Geschichte?, in: Aus Politik und Zeitgeschehen 10 (2003) 11 S. 40-46.

dem EU-Gipfeltreffen am 16. und 17. Dezember 2004 in Brüssel wurde beispielsweise deutlich, dass die Aussichten der Türkei auf eine Vollmitgliedschaft in der EU auf Jahre hin unrealistisch sind. Auf dem Brüsseler Gipfeltreffen stimmten zwar die damaligen Regierungschefs Deutschlands und Großbritanniens für die Aufnahme baldiger Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei, reserviert verhielten sich aber Frankreich, Italien und Spanien, ablehnend Österreich, die Benelux-Staaten und Griechenland.⁶²⁴ Dennoch wurde in Brüssel ein 'Verhandlungsfahrplan' als Kompromiss entwickelt und der türkischen Regierung als Angebot vorgelegt. Insgesamt setzten sich hier die Regierungschefs Deutschlands und Großbritanniens durch.⁶²⁵ Das Kernargument der Befürworter von Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei lief in der Sache darauf hinaus, dass die Türkei als NATO-Mitglied zuverlässig ihre Bündnisverpflichtungen eingehalten und in der neuen weltpolitischen Lage eine regionalstrategische Bedeutung für die EU inne habe. Die grundsätzliche Orientierung der Türkei nach Europa sei, wie Bundeskanzler Schröder in seiner damaligen Stellungnahme betonte,⁶²⁶ nicht zweifelhaft und in jeder Hinsicht für die Stabilität Europas an seiner Südostflanke unverzichtbar. Allerdings kam der politische Kompromiss auf dem Brüsseler Gipfeltreffen vom Dezember 2004 nur deshalb zustande, weil in den 'Verhandlungsfahrplan' jede Zusage auf einen Automatismus hinsichtlich der Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU vermieden wurde und gleichzeitig die strittigen Punkte (Zypern, Menschenrechte, Minderheitenpolitik in der Türkei usw.) in die künftigen Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurden. Die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei begannen offiziell am 3. Oktober 2005. Da kein Zeitrahmen für die Dauer der Beitrittsverhandlungen festgeschrieben worden war, konnten die Gegner einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU für den Kompromiss gewonnen werden. Da man auch von einem Regierungswechsel in Deutschland und in Frankreich ausgehen konnte, standen die Beitrittsverhandlungen ab Oktober 2005 unter 'einem schlechten Stern'.⁶²⁷ Die Positionen innerhalb der EU waren Anfang 2005 in etwa gleich stark, was die Gegner und Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei anbetrifft. Doch kündete sich bald eine politische Trendwende an, die die Position der Gegner einer türkischen Mitgliedschaft in der EU stärkte.

⁶²⁴ Vgl. Mehmet Halkun: Turkey and European Community, S. 107-112.

⁶²⁵ Auf dem Gipfeltreffen in Brüssel gehörten Bundeskanzler Schröder und Premierminister Blair zu den strittigen Befürwortern der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU.

⁶²⁶ Vgl. Mehmet Halkun: a. a. O., S. 114.

⁶²⁷ Vgl. ebd., S. 155f.

Seit 2005 stehen nämlich folgende Fragen im Zentrum der Debatten über eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU:⁶²⁸

Wirtschaftliche Aspekte (strukturelle Defizite der türkischen Wirtschaft; Belastung für den wirtschaftlichen Status quo innerhalb der EU gerade auch wegen der neuen EU-Mitglieder ('Osterweiterung'))

Soziale Aspekte (Entwicklungsperspektiven der türkischen Wirtschaft, Problem der Migration aus der Türkei in die EU-Staaten)

Kulturelle Aspekte (Islam, kulturelle Identität der Türkei)

Menschenrechte (Einhaltung europäischer Standards für Menschen- und Minderheitsrechte, Pressefreiheit, Religionsfreiheit)

Sicherheits- und Geopolitik (Involvierung der EU in die Konfliktfelder des Nahen Ostens)

Zypernfrage (Teilung Zyperns nach Besetzung des Nordteils der Insel durch die türkische Armee).

Diese Aspekte stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Kopenhagener Kriterien, die der Europäische Rat 1993 formuliert hat. Danach muss ein Beitrittskandidat als Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der EU politische und wirtschaftliche Kriterien erfüllen. Zu den politischen Kriterien gehören die institutionelle Stabilität (im Sinne einer Gewaltenteilung) als Garantie für eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und der Schutz von Minderheiten. Zu den wirtschaftlichen Kriterien zählen eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerb innerhalb der EU gewachsen zu sein.

Diese grundlegenden Kriterien werden durch das Postulat der Übernahme des *Acquis Communautaire* ergänzt. Dieses Postulat fordert vom Mitgliedsstaat die Bereitschaft, die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu übernehmen und in den politischen Organen der EU verantwortlich zu gestalten.⁶²⁹ Aus Sicht aller EU-Staaten hat die Türkei trotz beträchtlicher Fortschritte die Kopenhagener Kriterien bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht hinreichend erfüllt. Gleichwohl stellt sich hier die Frage, was hinsichtlich dieser

⁶²⁸ Vgl. insgesamt dazu Erich Reiter: Die Situation in der EU in ihrer geplanten strategischen Überdehnung. Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur EU, in: Europäische Sicherheit 54 (2005) 4, S. 34-44.

⁶²⁹ Vgl. ebd., S. 34 f.

Beitrittskriterien a) an Fortschritten zu registrieren und b) an Defiziten auf Seiten der Türkei festzustellen ist. Die von der EU-Kommission für 2004 aufgestellte Liste der türkischen Defizite war äußerst umfangreich, so dass die türkische Regierung fast brüskiert reagierte.⁶³⁰ Dennoch versprach Ankara weitreichende Reformen der wirtschaftlichen Strukturen und des türkischen Rechtssystems, um die von der EU-Kommission empfohlene Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht zu gefährden.⁶³¹

Hat die Türkei die wirtschaftlichen Kriterien der EU erfüllt? Die Türkei hat in den letzten zwanzig Jahren alle Schritte unternommen, um eine funktionsfähige Marktwirtschaft aufzubauen. Um die Gefahr von zyklischen Wirtschaftskrisen (Inflation) einzudämmen, hat die türkische Regierung die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) geforderten Reformen (z.B. Entstaatlichung der Schlüsselindustrien; unabhängiges Bankensystem) in beachtlichem Umfang und Tempo durchgeführt. Natürlich ist der Abstand zwischen der Türkei und EU-Kernstaaten auf wirtschaftlichem Gebiet enorm; aber dieses Argument kann nicht einseitig gegen den türkischen Antrag auf EU-Mitgliedschaft verwendet werden, weil auch die Wirtschaftskraft der neuen EU-Mitglieder Bulgarien, Rumänien, Slowakei usw. vergleichsweise gering ist. Vermutlich ist die Türkei wegen ihrer Größe (Bevölkerungszahl) aus Sicht der EU-Institutionen eine Belastung für das EU-Budget (Subventionen usw.), das heute durch die gigantischen Transfers in die neuen EU-Staaten bereits an seine Grenze gekommen ist. Allein durch den Beitritt Polens (35 Millionen Einwohner) steht die Subventionspolitik der EU vor gewaltigen Herausforderungen, die z.T. in der Öffentlichkeit der alten EU-Mitgliedstaaten nicht mehr durchsetzbar sind. Zweifelsohne hätte die Türkei im Falle ihrer EU-Mitgliedschaft den Status eines 'Nehmer-Landes', d.h. auf Grund der wirtschaftlichen Strukturschwäche der Türkei müssten über einen langen Zeitraum Subventionszahlungen von Brüssel nach Ankara fließen. Da die Türkei heute vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse in die EU exportiert, ist sie angesichts der agrarischen Überproduktion in den EU-Staaten als neues EU-Mitglied nicht besonders attraktiv.

Auch die Investitionsmöglichkeiten in der Türkei werden heute nicht mehr so positiv eingeschätzt, weil die neuen EU-Mitglieder, vor allem Polen, Tschechien,

⁶³⁰ Vgl. Mehmet Halkun: Turkey and European Community, S. 139-148.

⁶³¹ Vgl. ebd., S. 153-157 (M. Halkun verweist auf verschiedene Stellungnahme türkischer Politiker, die das Ziel der Mitgliedschaft in der EU unbedingt realisieren wollen, auch wenn manche Politiker eine Art 'Ungleichbehandlung' der türkischen Nation durch die EU andeuten. So wurde darauf verwiesen, dass die ehemaligen Ostblockstaaten relativ problemlos in die EU aufgenommen wurden und werden, obwohl die politischen und wirtschaftlichen Kriterien auch dort nicht vollständig erfüllt worden seien).

Ungarn und die Slowakei, hier erhebliche Standort- und Infrastrukturvorteile aufweisen.⁶³² In wirtschaftlicher und geographischer Hinsicht gilt die Türkei als eher peripher, rückständig und agrarisch strukturiert. Das binnenwirtschaftliche Kernproblem der Türkei ist mit dem Begriff des West-Ost-Gefälles beschrieben worden, d.h. dem relativ fortschrittlichen und industrialisierten Westteil der Türkei (Achse Istanbul, İzmir-Südwestregion; dazu die Region um Ankara) steht ein weitgehend unterentwickelter Osten gegenüber. 90% des türkischen Bruttonationaleinkommens stammen aus dem Westen der Türkei, also den urbanen Ballungsräumen Istanbul, İzmirs und Ankaras. Diese Strukturprobleme der türkischen Wirtschaft würden im Falle einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU natürlich zu einer europäischen Angelegenheit (vgl. die Förderprogramme der EU in Südtalien, Südspanien und jetzt in den neuen EU-Mitgliedstaaten). In den letzten Jahren spielte auch die Gemengelage aus sozialen und kulturellen Aspekten eine zentrale Rolle in den politischen und öffentlichen Diskursen über die Mitgliedschaft der Türkei in Europa. Obwohl seit den 1960er Jahren mehrere Millionen Menschen aus der Türkei in die EU-Staaten zugewandert sind und sich mehrheitlich in die Aufnahmegesellschaften integriert haben, spielt in der öffentlichen Meinung und damit auch in den Debatten der gewählten Volksvertretungen das 'Reizthema' Islam/islamische Minoritäten eine wichtige Rolle. Sicherlich vorhandene Tendenzen zur Re-Islamisierung und Abschottung auf Seiten der Muslime (80% mit türkischem Migrationshintergrund) werden in der Öffentlichkeit der Aufnahmegesellschaften mit Argwohn betrachtet und gelegentlich politisch instrumentalisiert (populistisch-rechte Parteien, ganz zu schweigen von den Rechtsextremisten). Dadurch entsteht ein Klima des Misstrauens in den (west-)europäischen Gesellschaften. Fremdenfeindliche Aktionen und Gewalttaten forcieren die Ethnisierungstendenzen in vielen europäischen Gesellschaften. Mit einem möglichen Beitritt der Türkei in die EU wird eine diffuse Sorge vor neuen Zuwanderern verknüpft.⁶³³ Auch in der türkischen Öffentlichkeit wird dieser Trend zu einem Misstrauen oder sogar zu einer Fremdenfeindlichkeit gegenüber den türkischen *communities* in den westeuropäischen Gesellschaften aufmerksam registriert. Inzwischen werden vom politisch-konservativen oder politisch-radikalen Islam inspirierte Kräfte in der Türkei gestärkt, die die engeren Bindungen der Türkei an die

⁶³² Vgl. Heinz Kramer: EU-Türkei: Vor schwierigen Beitrittsverhandlungen. Hrsg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Interne Edition. Mai 2005, S. 4 ff.

⁶³³ Vgl. Dieter Oberndörfler: Die Furcht vor der Türkei, in: Siegfried Ferch/Mehmet Öcal (Hrsg.): Europa und die Türkei. Schwalbach/Ts 2006, S. 189-200.

EU ablehnen und eine Alternative in der Hinwendung zu den arabischen Staaten, zum Iran oder Zentralasien sehen.⁶³⁴

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung stehen vor allem die sicherheitspolitisch-strategischen Implikationen eines EU-Beitritts der Türkei im Vordergrund. Aus Sicht der politischen und militärischen Eliten in der Türkei ist die außen- und sicherheitspolitische Orientierung der Türkei nach Westen (USA, Europa) eine zentrale Konstante der türkischen Sicherheitspolitik. In diesem Zusammenhang verweisen die türkischen Politiker auf die staatliche Doktrin Kemal Atatürks (Orientierung an den westlichen Gesellschaften) und die bewährte Bündnisgemeinschaft der NATO.⁶³⁵ Auch wenn sich die Rahmenbedingungen des internationalen Systems ab 1990 grundlegend verändert haben, werden die Konstanten der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik in der Substanz nicht in Frage gestellt. Der Konsens hinsichtlich der Westbindung und Orientierung nach Europa ist innerhalb der türkischen Eliten und der türkischen Gesellschaft vergleichsweise groß, obwohl gelegentlich am rechten politischen Spektrum auch europakritische Positionen erkennbar sind. Dieser Konsens bildet immer noch die Schnittmenge zwischen den traditionellen kemalistischen Eliten und den neuen 'islamisierenden' Kräften, die heute die Regierung stellen. Allerdings ist dieser breite Konsens nicht mehr so stabil wie noch vor zwanzig Jahren. Die ablehnende Haltung der EU gegenüber einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU hat nämlich dazu geführt, dass die antieuropäischen Kräfte in der Türkei stärker geworden sind. Auch die öffentliche Meinung in der Türkei ist angesichts der 'unendlichen Geschichte' der Beitrittsverhandlungen polarisiert, d.h. es gibt inzwischen eine große Zahl von Menschen, die die Orientierung ihres Landes an und nach Europa ablehnen.⁶³⁶ Die bisherige und gegenwärtige Außenpolitik und sicherheitspolitische Strategie der Türkei wurde substantiell von zwei Konstanten dominiert: Vom Ziel der Integration in die Europäische Union sowie der Mitgliedschaft in der NATO. Die besonderen Beziehungen der Türkei zu den USA überwölben gleichsam diese beiden

⁶³⁴ Vgl. Mehmet Öcal: Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei, in: Siegfried Ferch/M. Öcal (Hrsg.): a. a. O., S. 239-267 (Öcal sieht „die Suche nach ihrer Rolle in Euroasien nicht beendet“, ebd. S. 266; die Strategie der Türkei „hinsichtlich der Neugestaltung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert“ ist offen und „hängt in erster Linie von den innenpolitischen Entwicklungen, aber auch von den wirtschaftlichen und militärischen Bedingungen im unmittelbaren Umfeld“ ab; ebd., S. 266.

⁶³⁵ Vgl. Helge Leri: Militär und Politik in der Türkei, in: Erich Reiter (Hrsg.): a. a. O., S. 67-82.

⁶³⁶ Vgl. Hürriyet vom 09.04.2006; Sabah vom 01.05.2007 (dort sogar Aufruf zum Boykott von EU-Wahlen); in der linksliberalen Zeitung Cumhuriyet wurden am 19.08.2006 die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage veröffentlicht, wonach 51% der Türken den Fortgang der Beitrittsverhandlungen befürworten, 16% für einen Abbruch plädieren und 19% den EU-Beitritt grundsätzlich ablehnen; 14% hatten keine Meinung; noch 2002 sprachen sich 88% für einen EU-Beitritt aus.

Konstanten. So fordert beispielsweise die Bush-Administration eine Aufnahme der Türkei in die EU, um die regionalstrategische Bedeutung der Türkei für die NATO anzuerkennen und – vice versa – zu vertiefen. Natürlich verfolgen die USA auch unabhängig von der EU ihre globalstrategischen Interessen, d.h. die regionalstrategischen Spielräume der Türkei im Ost-Mittelmeer, im Nahen Osten, in Zentralasien, im Kaukasus und z.T. auch auf dem Balkan sollen gleichzeitig genutzt und kontrolliert werden.⁶³⁷ Gerade der 3. Golfkrieg machte aber deutlich, dass die Türkei nicht nur Juniorpartner des Hegemons USA war und ist.

Aus Sicht der EU-Staaten sind mit einem Beitritt der Türkei sicherheitspolitische Risiken verbunden. Da die EU eine eigene Nahostpolitik und Krisenreaktionspolitik entwickelt hat und weiter implementieren möchte, sind die regionalstrategischen Planungen der Türkei nach Einschätzung westlicher Experten für die EU ambivalent, wenn nicht zu riskant.

Lothar Rühl verweist in diesem Zusammenhang auf die Neuorientierung der türkischen Streitkräfte:⁶³⁸

„Entsprechend hat sich das Bedrohungsbild in Ankara seit dem Ende der Sowjetunion und dem Zurückweichen der russischen Macht im Norden verändert. Dem ist eine Redislozierung der türkischen Streitkräfte gefolgt, die den Schwerpunkt der offensivfähigen Kräfte des türkischen Heeres vom Norden und Nordosten in den Süden und den Südosten gegenüber den orientalischen Nachbarn verlegt und dort eine Truppenkonzentration für Blitzkriegartige, umfassende grenzüberschreitende Operationen in feindliches Gebiet, besonders im Nordirak mit 50 000 bis 80 000 Soldaten und schweren Waffen aufgebaut hat. (...)“

Bestätigt werden diese Angaben durch das türkische *Foreign Policy Institute* in Ankara, das von neuen sicherheitspolitischen Aufgaben der türkischen Armee spricht und diese in den Zusammenhang einer „Europäisierung der Sicherheitspolitik der Türkei“⁶³⁹ stellt. Nach Auffassung Kibaroglus ist der staatliche Akteur Türkei bereit, nicht nur einen angemessenen Beitrag innerhalb der NATO zu leisten, sondern auch imstande, die europäischen Sicherheitsinteressen an der Südostperipherie der EU zu verteidigen. Gleichwohl divergieren hier die strategischen Modelle der EU und Ankaras erheblich. Obwohl die EU inzwischen beansprucht, eine außenpolitische Rolle über Europa hinaus zu spielen, so wird diese Neuorientierung nicht primär militärstrategisch

⁶³⁷ Vgl. International Institute of Strategic Studies (IISS): Survey 2004/2005. London 2005, S. 168.

⁶³⁸ Vgl. Lothar Rühl: Zur Problematik eines EU-Beitritts der Türkei, in: Erich Reiter(Hrsg.): a. a. O., S. 9 (Beitrag: S. 3-22).

⁶³⁹ Vgl. Mustafa Kibaroglu: Turkey's Threat Perception from the East: A Roadblock in its March Toward the West? In: Ali Karaosmanoğlu/Seyfi Taşhan (Hrsg.): The Europeanization of Turkey's Security Policy: Prospects and Pitfalls. Ed. Foreign Policy Institute/Ankara. Ankara 2004, S. 67 (Beitrag: S. 53-73).

interpretiert. Die europäischen Interessen und die defensiven Leitsätze der ESVP sind, wie Lothar Rühl ausführt, nicht mit der Neuorientierung der türkischen Außenpolitik „gegenüber dem Irak und dessen kurdischen Nordprovinzen vereinbar.“⁶⁴⁰ Gerade die türkische Interventionspolitik im Nordirak wurde vom EU-Rat kritisiert und als kontraproduktiv eingestuft. Allerdings kommt Lothar Rühl mit Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre zu dem Ergebnis, dass die Türkei „eigene Ziele in ihrer Region verfolgen“ muss, „die mit denen Nordeuropas oder Westeuropas jeweils nicht unbedingt übereinstimmen.“⁶⁴¹ Gerade im Vor- und Umfeld des 3. Golfkriegs lief, wie bereits angesprochen, die türkische Politik darauf hinaus, „die NATO und die europäische Sicherheitspolitik so weit wie möglich aus dem Nahen und Mittleren Osten herauszuhalten und türkisch-amerikanische militärische Kooperation bilateral nach (...) Regionalmachtbedürfnissen (...) zu organisieren.“⁶⁴²

Vor diesem Hintergrund einer neuen Regionalmachtpolitik der Türkei scheinen in der EU die Bedenken zu überwiegen, durch einen EU-Beitritt der Türkei diese 'riskante' Politik zu importieren. Da die EU sicherheitspolitisch nicht mit einer Stimme spricht, ist die durch einen EU-Beitritt der Türkei gegebene direkte Nachbarschaft zu Syrien, zum Iran und Irak, zur kaukasischen Krisenregion äußerst ambivalent.⁶⁴³

V. Strategische Optionen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik im Nahen Osten

Die Beziehungen der Türkei zu ihren islamischen Nachbarstaaten Iran, Syrien und Irak können „als von gegensätzlichen Interessen und einem darauf beruhenden gegenseitigen Misstrauen geprägt“⁶⁴⁴ definiert werden. Die türkische Nahostpolitik gegenüber diesen islamischen Staaten gibt Prozessmuster zu erkennen, deren Verlaufskurve zwischen Perioden der Konfrontation (bis an die Schwelle zwischenstaatlicher Kriege) und Phasen der Annäherung oder Kooperation oszilliert. Wie kaum eine andere geopolitische Region gilt der Nahe Osten als ein permanentes Spannungs-, Krisen- und Konfliktgebiet, in dem die Instrumente zwischenstaatlicher Konflikteindämmung oder regulierung regelmäßig versagen. Die zwischenstaatlichen Beziehungen in der

⁶⁴⁰ Lothar Rühl: a. a. O., S. 10.

⁶⁴¹ Ebd., S. 10.

⁶⁴² Ebd., S. 11.

⁶⁴³ Vgl. ebd., S. 12 f.

⁶⁴⁴ Çiğdem Akkaya/Yasemin Özbek/Faruk Şen: Länderbericht Türkei. Darmstadt 1998, S. 118.

Gesamtregion sind seit Ende des Zweiten Weltkrieges und der anschließenden Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 instabil, konfliktgeladen und, wie die zahlreichen Kriege und Bürgerkriege zeigen, auch von militärischer Gewalt geprägt. Eine Vielzahl konfrontativer Elemente und disparater Interessen hat eine kritische Konstellation geschaffen. Der Nahe Osten ist eine Region, in der sich wirtschaftliche Interessen (fossile Energieressourcen), gesellschaftliche, ethnische, ideologische und religiöse Widersprüche wechselseitig beeinflussen und kritisch aufladen. Die Position des staatlichen Akteurs Türkei in dieser Krisenregion kann als ambivalent beschrieben werden. Die Türkei ist die stärkste Militärmacht im Nahen Osten und gilt innerhalb der NATO als 'Brückenpfeiler oder Bollwerk' (Solana) gegenüber den als Bedrohung des westlichen Bündnisses perzipierten Staaten Iran und Syrien (bis zum 3. Golfkrieg: auch Irak). Auch gegen den islamischen Fundamentalismus und Djihadismus⁶⁴⁵ gerichtete Maßnahmen von Seiten der NATO und der westlichen Führungsmacht USA sind ohne das Mitwirken des staatlichen Akteurs Türkei weniger aussichtsreich. Die Türkei spielte und spielt im Rahmen der westlichen Geopolitik im Umgang mit der djihadistischen Bedrohung und 'Feindstaaten' (Iran, Syrien; Saddams Irak) eine wichtige Rolle. Das strategische Konzept, das die NATO und die USA im Nahen Osten verfolgen, lässt sich nicht auf wenige Elemente reduzieren. Das Interesse an den irakischen Ölvorkommen spielte zweifelsohne in den US-amerikanischen Nahost-Plänen eine erhebliche Rolle. Allerdings ging es beim jüngsten Irak-Krieg nicht nur um diesen Zugriff auf die strategischen Energieressourcen, sondern um einen Regimewechsel in Bagdad und eine langfristige Neuordnung des Nahen Ostens überhaupt. Die Bilanz des Irak-Krieges fällt jedoch ernüchternd aus. Zwar hat der amerikanisch-britische Militärschlag gegen den Irak schnell zur Beseitigung des Diktators Saddam Hussein geführt, gleichzeitig jedoch neue Risikopotentiale heraufbeschworen. Das gesellschaftliche und politische Chaos im Nachkriegsirak, der zunehmende djihadistische Terrorismus und die interethnische Gewalt im Irak wirken sich auf die gesamte Region des Nahen Ostens aus. Die Türkei hat nicht unmittelbar in den Irak-Krieg eingegriffen und auch den USA nicht erlaubt, von türkischem Staatsgebiet aus eine Nordfront gegen den Irak zu eröffnen. Zwar hatte dieses Nichteingreifen der Türkei in den Golfkrieg kaum Auswirkungen auf die erfolgreich Kriegsführung der Alliierten, insgesamt aber führte diese 'Neutralität'

⁶⁴⁵ Vgl. Alexander Moens: NATO and European Security. Alliance Politics from the End of the Cold War to the Age of Terrorism. Westport 2003, S. 17ff.; 53ff. u. ö.

Ankaras zu einer vorübergehenden Verstimmung der amerikanisch-türkischen Beziehungen. Warum hielt sich die türkische Regierung zurück?

Drei Gründe können hierfür angegeben werden:

die Militäraktion der USA und ihrer Alliierten wurde von einer Mehrheit der türkischen Gesellschaft abgelehnt;

die Gefahr einer Eskalation des Kurdenproblems sollte weitgehend minimiert und

ein zwischenstaatlicher Konflikt zwischen der Türkei, Iran, Syrien und dem Irak sollte vermieden werden.

Für die Türkei ist und bleibt die innere Ordnung im Nachkriegsirak das größte Problem. Besonders die politische Entwicklung im Nordirak mit dem angestammten Siedlungsgebiet von Kurden wird von Ankara mit höchster Aufmerksamkeit beobachtet. Es verwundert nicht, dass der Nordirak für die türkische Regierung eine unmittelbare Interessensphäre höchster Priorität ist. Ankara behält sich demgemäß vor, militärische Aktionen im Nordirak durchzuführen, um die von hier aus operierenden kurdischen Separatisten zu bekämpfen. Die nach dem jüngsten Golfkrieg gelegentlich propagierten Pläne, einen unabhängigen Staat Kurdistan zu schaffen,⁶⁴⁶ werden von der Türkei als unannehmbar bezeichnet.⁶⁴⁷ Obwohl die türkische Politik gegenüber dem Irak eindeutig nationalen Sicherheitsinteressen folgt und sich auch gegen den Druck Washingtons behauptet hat, steht die Fortsetzung der prowestlichen Außen- und Sicherheitspolitik Ankaras zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zur Disposition.⁶⁴⁸ Allerdings hat die Regionalmacht Türkei Handlungsspielräume gewonnen, in denen – überaus vorsichtig – neue regionalstrategische Optionen 'ausprobiert' werden.⁶⁴⁹ Vergleicht man das Handeln des staatlichen Akteurs Türkei während der Golfkrise von 1990/1991 mit der gegenwärtigen Politik Ankaras in der Region, fällt sofort auf, dass die Türkei heute nicht mehr „bedingungslos die Interventionspolitik der USA“⁶⁵⁰ (gegen den Irak; aber potenziell auch gegen Syrien oder den Iran) unterstützt, geschweige denn militärisch-aktiv mitträgt. Hatte die Türkei Anfang der 1990er Jahre den Vereinten

⁶⁴⁶ Vgl. dazu Faruk Sönmezoglu: II. Dünya Savaşı'ndan Günümüze Türk Dış Politikası, İstanbul 2006, S. 510.

⁶⁴⁷ Ebd., S. 511.

⁶⁴⁸ Vgl. dazu Ömer Taşpınar: ABD'ye Güvensizliğin Anatomisi. In: Turkish Foreign Policy 8 (2005) 33, S. 30.

⁶⁴⁹ Vgl. dazu Carlo Masala: Den Blick nach Süden? Die NATO im Mittelmeerraum (1990-2003). Baden-Baden 2003, S. 147f.

⁶⁵⁰ Ç. Akkaya/Y. Özbek/F. Şen: Länderbericht Türkei, S. 123.

Nationen noch die Stationierung von Streitkräften im Südosten ihres Landes erlaubt, um die Sicherung der nordirakischen Schutzzone gewähren zu können, wurde ab Januar 1997 die militärische Präsenz der UN-Truppen (i.e. Truppen mit UN-Mandat) stark eingeschränkt. Nach Beschluss des türkischen Parlaments mussten die im Südosten stationierten Verbände (schnelle Eingreiftruppen) abgezogen werden.⁶⁵¹ Lediglich Luftstreitkräfte verblieben im Land. Allerdings ist es nicht leicht, die neue türkische Sicherheitspolitik mit ihren diversen regionalstrategischen Optionen auf ein schlüssiges Gesamtkonzept zu beziehen. Grundsätzlich sind zwar die außenpolitischen Handlungsspielräume der Türkei (wie übrigens aller 'Mittelmächte' der NATO) nach dem Ende der Blockkonfrontation gewachsen, aber es ist bisher nicht erkennbar, dass die politischen und militärischen Eliten der Türkei eine langfristig angelegte sicherheitspolitische Strategie im Nahen Osten entwickelt haben, geschweige denn verfolgen.

V.1. Türkei und Irak

Die politische Entwicklung im Nachkriegsirak ist für Ankara von zentraler Bedeutung. Durch das entstandene machtpolitische Vakuum im Nachbarstaat Irak stellt sich für Ankara die Frage, welche Nachkriegsordnung nach dem Zerfall des Saddam-Regimes den türkischen Sicherheitsinteressen entspricht. Die „widersprüchliche Politik“⁶⁵² gegenüber dem Irak ist seit der Golfkrise von 1990/1991 offenkundig. Im Vorfeld des Golfkriegs *Desert Storm* rückte die Türkei „von der traditionellen Politik der gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit dem Irak ab und unterstützte bedingungslos die Interventionspolitik der USA und das folgende Embargo.“⁶⁵³ Zweifelsohne war die Außenpolitik Turgut Özals Anfang der 1990er Jahre stark an den USA orientiert, vor allem aber „mit der Erwartung verknüpft gewesen, die Türkei könne bei einem Zerfall des Irak die Mossul-Region in ihre Einflussosphäre einbeziehen.“⁶⁵⁴ Diese nordirakische Grenzregion ist wegen ihrer bedeutenden Erdölvorkommen wirtschaftlich von hohem strategischem Interesse. Gleichzeitig sind die Grenzprovinzen des Irak als Siedlungsgebiet der Kurden ein zentraler 'Fokus' der türkischen Außen- und

⁶⁵¹ Vgl. ebd., S. 123.

⁶⁵² Ebd.

⁶⁵³ Ebd.

⁶⁵⁴ Ebd.

Sicherheitspolitik.⁶⁵⁵ Wider Erwarten blieb Saddam Hussein, wenn auch geschwächt, nach *Desert Storm* an der Macht. Da Ankara vor allem wegen der Kurdenfrage (vornehmlich: PKK) auf eine stillschweigende Kooperation mit Bagdad angewiesen war, vollzog die Türkei Mitte der 1990er Jahre eine deutliche Kehrtwende in ihrer Irak-Politik.⁶⁵⁶ So wurde das Regime von Saddam Hussein als ein immer noch wichtiger machtpolitischer Faktor in der Region wahrgenommen. So paradox es klingen mag: Ankara plädierte für eine „Reintegration des seit dem Golfkrieg isolierten Staates in die internationale Staatengemeinschaft und die Beendigung des UN-Embargos“,⁶⁵⁷ weil das Saddam-Regime die Stabilität und staatliche Einheit des Irak zu garantieren schien. Aus der Sicht Ankaras drohte nach einem Sturz Saddams die Aufteilung des Irak in drei instabile Teilstaaten, deren Territorien die ethnisch-religiös unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen umfassen könnten. Gerade im Norden des Irak konnte, wie die *worst-case*-Szenarien Ankaras immer wieder manifestieren,⁶⁵⁸ ein Machtvakuum entstehen, das von den militanten kurdischen Separatisten der PKK strategisch genutzt werden könnte.⁶⁵⁹ Die Türkei legte Wert darauf, dass die irakische Führung ihre Macht gerade in der nordirakischen Krisenregion wieder stabilisieren konnte. In diesem Zusammenhang sind die diplomatischen Bemühungen der Türkei seit Anfang 1996 zu sehen, das UN-Embargo gegen den Irak aufzulockern: „der Irak darf seit Dezember 1996 per Beschluss der Vereinten Nationen in begrenzter Menge wieder Erdöl über die Pipeline Kerkuk-Yumurtalik exportieren. In der Türkei rechnet man für 1997 mit Einnahmen von 1,1 Mrd. US-Dollar aus dem Öltransport.“⁶⁶⁰

Es lässt sich nachweisen, dass das Saddam-Regime ab 1996/1997 auf jede Drohgebärde gegen Ankara verzichtet hat und auf der Ebene wirtschaftlicher Zusammenarbeit um eine weitere Annäherung an die Türkei bemüht war. Das sicherheitspolitische Interesse der Türkei an einem halbwegs stabilen Zentralregime in Bagdad hängt vor allem von der *‘Kurdish question’* ab. Nimmt man die Rhetorik Ankaras seit 1991 ernst, so wäre die „Etablierung eines kurdischen Staates im

⁶⁵⁵ Vgl. Michael M. Günter: The Kurdish Factor in Turkish Foreign Policy, in: Journal of Third World Studies 11 (1994) 3, S. 440-472.

⁶⁵⁶ Cumhuriyet vom 17. Oktober 1993.

⁶⁵⁷ C. Akkaya et al.: Länderbericht Türkei, S. 124.

⁶⁵⁸ Vgl. Robert Olson: Kurdish Question and Turkey's Foreign Policy Toward Syria, Iran, Russia and Irak Since the Gulf War, in: R. Olson (Hrsg.): Kurdish Nationalist Movement in the 1990s. Lexington/Kentucky 1996, S. 84-113.

⁶⁵⁹ Vgl. Faruk Sönmezoğlu: Türk Dış Politikasının Analizi („Analyse der türkischen Außenpolitik“), İstanbul 2001, S. 202.

⁶⁶⁰ Ç. Akkaya et al.: a. a. O., S. 124.

Nordirak⁶⁶¹ ein *casus belli* gewesen. Die Sogwirkung eines unabhängigen Kurdenstaates auf die kurdischen Minoritäten in der Türkei, aber auch in Syrien und im Iran wäre erheblich.⁶⁶² Deshalb lehnte die Türkei die gelegentlich entwickelten Modelle eines unabhängigen Kurdistan (im Nordirak) entschieden ab.⁶⁶³ Die politische Restabilisierung des Bagdader Regimes stand auf der Agenda türkischer Außen- und Sicherheitspolitik bis zum jüngsten Golfkrieg *Enduring freedom* weit oben.⁶⁶⁴ Die Stationierung von alliierten Kräften (unter UN-Mandat) im Südosten der Türkei war beispielsweise an die Bedingung Ankaras geknüpft, dass diese Militärverbände „als Garant der Unantastbarkeit der irakischen territorialen Integrität“⁶⁶⁵ wirken sollten. Da die politische Zukunft des Saddam-Regimes ungewiss war, verfolgte die Türkei ab 1992 eine zwiespältige und risikoreiche Nahost-Politik. So behielt sich die Türkei vor, aus nationalem Sicherheitsinteresse im Nordirak militärisch zu intervenieren und die Aufmarschbasen der PKK zu zerstören. Gleichzeitig betrieb Ankara eine Politik 'hinter den Kulissen' der Weltöffentlichkeit und setzte auf Geheimverhandlungen mit der Patriotischen Union Kurdistans (PUK; Führer: Talabani) und der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP; Führer: Barzani).⁶⁶⁶ Gleichzeitig versuchte Ankara Einfluss auf die politische Führung der turkmenischen Minorität (immerhin knapp zwei Millionen) im Nordirak zu gewinnen, um die militant-separatistische PKK Öcalans zu isolieren. Diese Politik des *Divide-et-Impera* war zeitweilig von Erfolg gekrönt, wie die vorübergehende Zerschlagung der politisch-militärischen Kommandostrukturen der PKK (u.a. Verhaftung Öcalans 1999 in Nairobi/Kenia) belegt.

Bis zum Beginn des jüngsten Irak-Krieges hat die Türkei eine Doppelstrategie in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt. Im Unterschied zur einseitig pro-amerikanischen Nahostpolitik Turgut Özals praktizierte Ankara auf der Regierungsebene eine Politik, „that kept its distance from regional affairs and tried to establish equal relations with all important states in the region.“⁶⁶⁷ Unterhalb dieser Ebene zwischenstaatlicher (Nahost-)Politik versuchte Ankara die politischen Verhältnisse im Nordirak unmittelbar zu beeinflussen. Gemäß UN-Beschluss war der

⁶⁶¹ Ebd., S. 124.

⁶⁶² Vgl. Faruk Sönmezoğlu, a. a. O., S. 196.

⁶⁶³ Vgl. Ole Høiris/Sefa Martin Yürükel: Contrasts and Solutions in the Middle East. Aarhus 1997, S. 489-499.

⁶⁶⁴ Vgl. Kemal Kırışçı: Turkey and the Kurdish Safe-Haven in Northern Iraq, in: Journal of South Asian and Middle Eastern Studies 19 (1996) 3, S. 96ff.

⁶⁶⁵ Ç. Akkaya et al.: a. a. O., S. 125.

⁶⁶⁶ Vgl. Mehmet Ali Brand: Apo ve PKK, İstanbul 1992, S. 265.

⁶⁶⁷ Heinz Kramer: A Changing Turkey. The Challenge to Europe and the United States. Washington 2000, S. 118.

Nordirak zur Schutzzone für die Kurden („safe haven north of the 36th parallel to protect the Kurds against further persecution by Saddam’s troops)⁶⁶⁸ und zur Flugverbotszone („no-fly zone ... under the aegis of the allied Operation Provide Comfort (OPC)“)⁶⁶⁹ erklärt worden. Die Durchsetzung dieses UN-Beschlusses wurde durch OPC, „that mainly operated out of Turkey’s Incirlik NATO airbase“⁶⁷⁰, gewährleistet. Unter Berufung auf ihre nationalen Sicherheitsinteressen führte die Türkei zwischen März 1995 und Mai 1998 vier umfangreiche Militäroperationen im Nordirak durch, um, wie regierungsamtlich verlautete, die Operationsbasen und terroristischen Zellen der PKK zu zerstören.⁶⁷¹ Allerdings ist die Entwicklung im Irak und speziell im Nordirak längst eine Angelegenheit von höchster internationaler Priorität gewesen. Ankara stand also vor der „uncomfortable situation (...) to develop a delicate balance between Turkish national interests and alliance solidarity with regard to Washington’s halfhearted efforts to eliminate Hussein as a political force in the Middle East.“⁶⁷²

Dieser Balanceakt wurde in den späten 1990er Jahren durch eine Reihe von Unwägbarkeiten und ‘Überraschungen’ beeinflusst. Die vermeintlichen Bündnispartner PUK und KDP erwiesen sich als unberechenbar und forderten von Ankara weitreichende Zugeständnisse in der ‘Autonomie’-Frage. Jedenfalls ist heute von einer türkisch-kurdischer Annäherung nichts mehr übrig:

„Als das Parlament in Ankara im Oktober 2003 der Regierung Vollmacht für die Entsendung von Truppen in den Nordirak gab, versammelten sich in Mossul Hunderte von Stammesältesten. Sie drohten mit Krieg, und die Kurdenführer Masut Barzani und Dschalal Talabani setzten alles daran, die Türken fernzuhalten. Mit ihrer Turkisierungspolitik hat die Türkei sich nicht nur den eigenen Kurden, sondern auch den Kurden des Irak entfremdet.“⁶⁷³

Auf der Agenda der gegenwärtigen türkischen Außen- und Sicherheitspolitik hat das ‘Nordirak-Problem’ weiterhin höchste Priorität. Die ursprünglich von Turgut Özal favorisierte Lösung eines unter türkischer Observanz stehenden Nordirak war von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Durch OPC (*Operation Provide Comfort*) wurde der Nordirak unter den Schutzschirm einer internationalen Truppe (Führung: USA) gestellt und damit zum strategischen Faustpfand der alliierten Koalition gegen das diktatorische Regime in Bagdad erhoben. Die türkische Regierung musste erkennen,

⁶⁶⁸ Ebd., S. 120.

⁶⁶⁹ Ebd., S. 120.

⁶⁷⁰ Ebd., S. 120.

⁶⁷¹ Vgl. Murat Yetkin: Kürt Kapanı Şam’dan İmralı’ya Öcalan, İstanbul 2004, S. 60 ff.

⁶⁷² Ebd., S. 120.

⁶⁷³ G. Seufert/C. Kubaseck: Die Türkei, S. 189 f.

dass die US-Regierung auch in der Nordirakfrage (Kurdenproblem usw.) zunehmend selbst aktiv wurde und im September 1998 das sogenannte „*Washington Agreement* (...) for a commitment to a federative Kurdish political entity within a `united, pluralistic, and democratic Iraq“⁶⁷⁴ zustande brachte. Diese politische Absichtserklärung wurde von den Führern der KDP und PUK, Barzani und Talabani, unterzeichnet. Kernpunkt dieses Washington Agreement ist die für Juli 1999 geplante Einrichtung einer „new regional assembly“,⁶⁷⁵ in der neben den Kurden auch die gewählten Mandatsträger der Turkmenen, Assyrer und Chaldäer vertreten sein sollten. Obwohl das Washingtoner Abkommen von 1999 in zentralen Punkten mit dem *Agreement* von Ankara (1996)⁶⁷⁶ übereinstimmte, fühlte sich die türkische Regierung durch den Alleingang Washington brüskiert:⁶⁷⁷

„The Washington Agreement caused some irritation and concern in Ankara (...). Turkish political leaders (...) had the barely concealed suspicion that the agreement would open the way to eventual establishment of a separate Kurdish state in northern Iraq and would complicate future Turkish military incursions across the border. To demonstrate its differing evaluation and its political independence, Ankara announced relations with Baghdad would be upgraded to the ambassadorial level, and it staged another military cross-border operation in November 1998.“

Durch die *Operation Desert Fox* (Anfang 1999), mit der die USA und Großbritannien das Saddam-Regime wegen der `fortgesetzten Nichterfüllung' („repeated nonfulfillment“) der UN-Resolution bzgl. der angeblichen Produktion von Massenvernichtungswaffen bestraften, wurde die türkisch-amerikanische Kooperation empfindlich belastet. Die türkische Regierung „was concerned at the growing militarization of America's attitude towards Iraq, and Ecevit accused Washington of not having a policy.“⁶⁷⁸

Trotz dieser erheblichen Dissonanzen zwischen Ankara und Washington bemühten sich aber beide Seiten, die grundsätzlichen, d.h. aber die traditionellen Gemeinsamkeiten in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zu betonen. Die Spielräume, die die Türkei in ihrer Nordirak-Politik zu nutzen versuchte, führten zu keinem Zeitpunkt in eine essentielle Krise der türkisch-amerikanischen Beziehungen. Obwohl sich die Türkei im letztem Golfkrieg militärisch nicht beteiligt hat, ist die „necessity of keeping good relations with Washington“⁶⁷⁹ offiziell zu keinem Zeitpunkt

⁶⁷⁴ Ebd., S. 189.

⁶⁷⁵ H. Kramer: A Changing Turkey, S. 124.

⁶⁷⁶ Vgl. H. Kramer: A Changing Turkey, S.122-124.

⁶⁷⁷ H. Kramer: A Changing Turkey, S. 124.

⁶⁷⁸ Ebd., S. 125.

⁶⁷⁹ Ebd., S. 125.

in Frage gestellt worden. Die Schnittmenge gemeinsamer regionalstrategischer Interesse ist angesichts der Instabilität in der geopolitischen Region Kaukasus, Mittlerer und Naher Osten eher größer geworden. Das Großprojekt der Baku-Ceyhan-Pipeline ist beispielsweise für die Türkei, die USA und einige EU-Staaten von vitalem Interesse. Auch der Druck auf den als 'Schurkenstaat' ausgemachten Iran kann ohne eine „continued military cooperation“⁶⁸⁰ zwischen der Türkei, der NATO und den USA kaum aufrechterhalten werden. Im Rahmen der Fortentwicklung der NATO-Strategie in den 1990er Jahre wird der Türkei gerade an der Südostflanke des westlichen Bündnisses eine tragende Rolle zugewiesen. Obwohl in Washington und Ankara unterschiedliche Macht- und Ordnungsvorstellungen für den Nachkriegs-Irak entwickelt worden sind, wirken sich diese (real-)politischen Differenzen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht auf die überwölbende Kooperation der Türkei, der USA und der NATO aus.⁶⁸¹

V.2. Türkische Nahostpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu Syrien (Kurdenproblem, Wasserversorgung, Grenzstreitigkeiten) und zu Israel (die militärische Zusammenarbeit)

Die Beziehungen der Türkei zu ihrem südöstlichen Nachbarstaat Syrien sind seit Jahrzehnten gespannt. Drei zentrale Konfliktpunkte bestimmen das Verhältnis beider Staaten zueinander:⁶⁸²

Anspruch Syriens auf die türkische Provinz Hatay, die 1939 gegen den Widerstand des arabischen Staates durch Volksentscheid an die Republik Türkei angegliedert worden war;⁶⁸³

Staudammprojekt GAP (Güneydoğu Anadolu Projesi) im anatolischen Südosten der Türkei; dieses Großprojekt soll 2011 vollendet sein und die Wasser- und Energieversorgung Anatoliens sicherstellen; Syrien befürchtet in dieser Hinsicht eine

⁶⁸⁰ Ebd., S. 125.

⁶⁸¹ Vgl. Paul B. Henze: U.S.-Turkish Relations in an Age of Instability, in: Defense News, January 2005, S. 4-9.

⁶⁸² Vgl. Zentrum für Türkeistudien: G.A.P.-Southeastern Anatolia Project. Its Impact on the Turkish Economy and the Middle East Balances. Bonn 1989 (Hier: Working Papers 3); I.S. Canbolat: Yeni Dünya Düzeninde Ortadoğu ve Türkiye Gerçeği, in: S. Şen (Hrsg.): Türkiye ve Ortadoğu. Ankara 1993, S. 353 f.

⁶⁸³ Vgl. Tayyar Arı: Geçmişten Günümüze Ortadoğu, Siyaset, Savaş ve Diplomasi („Von der Vergangenheit bis zur Gegenwart: Naher Osten, Politik, Krieg und Diplomatie“), İstanbul 2004, S. 654.

restriktive Politik Ankaras (Umleitung des Wassers aus dem Euphrat-Tigris-Becken durch die geplanten 22 Staudämme und 19 Wasserkraftwerke!);⁶⁸⁴

Unterstützung der PKK durch Syrien bis Oktober 1998.⁶⁸⁵

Die Befürchtung Syriens, von der Wasserversorgung aus dem Euphrat und Tigris abgeschnitten zu werden, „rührt daher, daß die Türkei zum einen wegen des Staudamms einen erhöhten Wasserbedarf hat und zum anderen die Kontrolle über die Wasserzufuhr besitzt, da die Flüsse (...) in der Türkei entspringen.“⁶⁸⁶

Um die türkische Regierung unter Druck zu setzen und einen Kompromiss in der Wasserversorgungsfrage zu erreichen, hat Damaskus „seit 1984 die PKK, die im syrisch kontrollierten Teil des Libanon ihren Hauptstützpunkt hat,“⁶⁸⁷ unterstützt oder nach Druck aus Ankara stillschweigend im syrischen Einflussgebiet geduldet. Die in den letzten Jahren intensivierten türkisch-israelischen Beziehungen (Schwerpunkt: militärische Zusammenarbeit; gemeinsame Manöver) können als eine Reaktion Ankaras auf diese syrische Unterstützung der militanten Kurden gedeutet werden. Die syrische Regierung jedenfalls sieht sich durch diese Zusammenarbeit der Türkei mit dem „zionistischen“ Feindstaat bedroht und hat die PKK bis zum Oktober 1998 logistisch unterstützt.⁶⁸⁸

Die PKK koordinierte vom Libanon aus ihre terroristischen Anschläge gegen die Ziele in der Türkei. Startete Ankara militärische Gegenmaßnahmen, zogen sich die PKK-Verbände nach Syrien oder in den Libanon (Bekaa-Tal) zurück. Nachdem Ankara den Druck auf Damaskus erhöhte und sogar mit Krieg drohte, sah sich die syrische Regierung gezwungen, die PKK-Führung des Landes bzw. aus dem syrisch kontrollierten Teil des Libanon zu verweisen.⁶⁸⁹ Bekanntermaßen wurde der PKK-Führer Öcalan Ende 1999 vom türkischen Geheimdienst in Kenia gefasst. Wie es scheint, ist Syrien auch im arabischen Lager relativ isoliert. Nach dem Zusammenbruch des Saddam-Regimes in Bagdad gilt Syrien neben dem Iran (bis vor kurzem auch noch Libyen) als 'Schurkenstaat', dem nach Auffassung der US-Administration entschieden

⁶⁸⁴ Vgl. Şahin Alpay, Nilüfer Kuyas: Su, Savaş Nedeni Olamaz („Wasser kann kein Kriegsgrund sein“), in: Milliyet vom 12. Februar 1996.

⁶⁸⁵ Vgl. Çiğdem Akkaya et. al.: Länderbericht Türkei, S. 127 f.

⁶⁸⁶ Ebd., S. 127.

⁶⁸⁷ Ebd., S. 127 f.

⁶⁸⁸ Vgl. Cem Başar: Terör Dosyası ve Suriye („Syriens Terror-„Akte“), in: Uluslararası İlişkiler Araştırma Merkezi (Forschungsinstitut für internationale Beziehungen), İstanbul 2004, S. 47.

⁶⁸⁹ Ebd., S. 48.

entgegen getreten werden müsse.⁶⁹⁰ Dieses Beispiel der türkisch-syrischen Beziehungen verdeutlicht, dass der Handlungsspielraum des staatlichen Akteurs Türkei in der Region größer geworden ist. Im Unterschied zu den USA nämlich, die Syrien in der internationalen Gemeinschaft isolieren wollen, hat Ankara direkte bilaterale Beziehungen zu Damaskus hergestellt. Die Nahostpolitik der Türkei hat sich demnach gewandelt, wobei Ankara auch in den 1950er Jahren vorübergehend eine vergleichsweise aktive Nahostpolitik betrieben hatte.⁶⁹¹

Die aktuelle türkische Nahostpolitik bestätigt den Eindruck, dass Ankara eine am Prinzip der Bilateralität orientierte Regionalpolitik betreibt. Die Rahmenbedingungen dieser Politik sind zwar in den 1990er Jahren verändert worden, sie reichen aber bis in die 1950er Jahre zurück. Es ist an dieser Stelle meiner Untersuchung sinnvoll, die Geschichte der türkischen Nahostpolitik in ihren Grundzügen darzustellen, um die aktuelle Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei angemessen interpretieren zu können.

V.2.1. Historischer Rückblick auf die türkisch-syrischen Beziehungen

Der Ausbruch des Korea-Krieges (im Juni 1950) hatte die USA und den Westen veranlasst, neue Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Sie konzentrierten sich auf den Aufbau eines die Sowjetunion umschließenden Sicherheitsgürtels, der die kommunistische Expansion verhindern sollte. Bei der Schaffung dieses Gürtels spielte der Nahe Osten eine wichtige Rolle. Die USA ergriffen die Initiative, im Nahen Osten einen Sicherheitspakt zu gründen. Es ging den USA darum, den sowjetischen Einfluss in der Region zu einzudämmen und somit eine Vorherrschaft der Sowjetunion im Nahen Osten zu verhindern. Öl- und andere Rohstofflieferungen aus der Region an den Westen sollten gesichert werden. Aber die Mehrheit der nahöstlichen Länder war gegen die Schließung dieses Sicherheitspaktes, weil man den Eindruck hatte, dass die USA mit ihrem Plan die alten kolonialen Machtverhältnisse in der Region wiederherstellen wollten. Die türkische Regierung unterzeichnete am 24. Februar 1955 das vereinbarte

⁶⁹⁰ Gordon C. Barkey: Syria-its Options and Strategy, in: Washington Post 13 th March 2005, S. XI-XIV (extr. Vol.).

⁶⁹¹ Vgl. dazu die Übersicht bei Mehmet Ata Bakış: Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg. Frankfurt/Main 1993; Volker Perthes: Vom Krieg zur Konkurrenz: Regionale Politik und die Suche nach einer neuen arabisch-nahöstlichen Ordnung. Baden-Baden 2000, S. 157 f.; Robert Olson: Turkey-Syria Relations Since the Gulf War: Kurds and Water, in: Middle East Policy 5 (1997) 2, S. 168-195; David Kushner: Conflict and Accommodation in Turkish-Syrian Relations, in: A. Yaniv Moosm (Hrsg.): Syria under Assad. London 1986, S.85-104; Mahmut B. Aykan: The Turkish-Syrian Crisis of October 1998: A Turkish View, in: Middle East Policy 6 (1999) 4, S. 174-191.

Abkommen in Bagdad (auch Irak, Großbritannien, Pakistan und Iran). Das Ziel dieses Paktes war es, den Status quo aufrecht zu erhalten und die Verteidigungsfähigkeit des Westens im Falle einer sowjetischen Aggression zu erhöhen. Nach dem NATO-Beitritt und mit dem Abschluss des Bagdad-Paktes traten die Beziehungen der Türkei – vor allem zu Syrien und Ägypten – in eine Phase der Spannungen ein, weil die Türkei alle internationalen Angelegenheiten aus der Sicht der NATO bewertete und behandelte.⁶⁹² Die Beziehungen verschlechterten sich, obwohl die Türkei eine Erklärung abgegeben hatte, dass sie mit ihrer Politik und der Gründung des Paktes nicht gegen die legitimen Rechte und Interessen der arabischen Staaten handeln würde.⁶⁹³

Nach dem Ende der Suez-Krise gab es in der Region neue Unruhen und Spannungen. Im Jahr 1957 gerieten die Türkei und Syrien in den Rand eines Krieges. Erste Spannungen entstanden zwischen Syrien und Jordanien. Während sich diese Spannungen zu einer Krise entwickelten, unterzeichnete Syrien am 6. August 1957 ein Abkommen mit der Sowjetunion über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. Damit gerieten die Beziehungen zwischen Syrien und den USA in eine Krise. Syrien war der Meinung, dass sich die USA im Namen der Kommunismusbekämpfung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Länder einmischen wollten und der Imperialismus und Zionismus für die arabische Welt gefährlicher als der Kommunismus sei. Dagegen glaubte der Westen, dass Syrien zu einem Sprungbrett der Sowjetunion in der Region geworden sei. Die sich zunächst zwischen Jordanien und Syrien entwickelten Spannungen führten zu einer syrisch-amerikanischen Krise und weiteten sich ab Mitte September 1957 zu einer türkisch-syrischen Krise aus, denn die Regierung von Menderes beschuldigte Syrien der massiven Aufrüstung. Die von der Sowjetunion bezogene Militärhilfe und die innenpolitische Entwicklung führten zu einer Annäherung zwischen Syrien und der Sowjetunion. Diese sowjetisch-syrische Kooperation beunruhigte die türkische Regierung. Syrien hingegen beteuerte, dass seine forcierten Rüstungsanstrengungen nur zur Selbstverteidigung notwendig seien.⁶⁹⁴ Letztendlich

⁶⁹² Vgl. Mehmet Ata Bakış: Türkische Nahostpolitik seit dem zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1993, S. 166 f. und Volker Perthes, Vom Krieg zur Konkurrenz: Regionale Politik und die Suche nach einer neuen arabisch-nahöstlichen Ordnung, Baden-Baden 2000, S. 157 f.

⁶⁹³ Vgl. Mehmet Ata Bakış: Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1993, S. 48 ff. (Bakış geht davon aus, dass die Türkei vor allem auf Druck von Seiten der USA und Großbritanniens den Bagdad-Pakt beigetreten ist. Für die Türkei wurde dadurch die Option einer NATO-Mitgliedschaft eröffnet, von der sich Ankara eine langfristige Rückversicherung gegenüber den territorialen Ansprüchen der Sowjetunion versprach. Die grundlegende Bedeutung der NATO-Mitgliedschaft der Türkei sollte sich erweisen, als die Sowjetunion den Putsch und Regimewechsel im Irak unterstützte.).

⁶⁹⁴ Vgl. Ebd., S. 90ff.

musste die UNO sich einschalten, um die türkisch-syrische Krise zu beenden.⁶⁹⁵ Die Spannungen wurden abgebaut und die Beziehungen begannen sich zu normalisieren. Die von Ägypten und Syrien gegründete Vereinigte Arabische Republik (VAR) erleichterte den Normalisierungsprozess. Eine neue Phase in den türkisch-syrischen Beziehungen begann, als die Türkei die VAR anerkannte.⁶⁹⁶ Die von der Türkei in den 1950er Jahren betriebene aktive Nah- und Mittelostpolitik wurde in den 1960er Jahren revidiert. Die Haltung der neuen Regierung (ab 10. Oktober 1965 unter Demirel) in der jordanischen Krise von 1970 war deutlich anders und zurückhaltender als die der Regierung von Menderes, die die Türkei während der jordanischen Krise von 1957 an den Rand eines Krieges brachte. Nun war die Türkei in den 1960er Jahren darum bemüht, im Nahostkonflikt eine neutrale Haltung einzunehmen, sich aus zwischenstaatlichen Konflikten und Allianzen in der Region fernzuhalten und seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den nah- und mittelöstlichen Akteuren zu entwickeln. Konsens bestand in der Türkei darüber, dass die Politik der Regierung Menderes sich auf die türkisch-arabischen Beziehungen, die türkisch-syrischen Beziehungen im besonderem negativ ausgewirkt habe. Die Regierung Demirel wollte folglich die Beziehungen zu den arabischen Staaten in der Region verbessern und weiter entwickeln.⁶⁹⁷

Die Regierung Syriens und der Türkei gaben sich seit Anfang der 1970er Jahre große Mühe, ihre Beziehungen zu normalisieren und zu verbessern. Vor allem Syrien wollte mit der Türkei eine ruhige und konfliktarme Nachbarschaft haben, weil seine Aufmerksamkeit seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 auf Israel gerichtet war. Manche Probleme wurden zwischen der Türkei und Syrien in diesem Rahmen gelöst, wie z.B. die Eigentumsfrage der türkischen Staatsbürger, die in Syrien Besitz hatten.⁶⁹⁸ Die Türkei versuchte die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und von sich ein anderes Bild zu vermitteln, indem sie mehr Interesse und Verständnis für die Probleme der arabischen Welt zeigte. Die Türkei achtete darauf, dass ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verbindungen mit dem Westen keinen Einfluss auf

⁶⁹⁵ Vgl. Golan G.: „Soviet Politics in the Middle East“, in: Cambridge University Press 1990, S. 257.

⁶⁹⁶ Vgl. Mehmet Ata Bakış: Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1993, S. 96ff.

⁶⁹⁷ Vgl. Mehmet Ata Bakış: Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1993, S. 155 und Volker Perthes: Vom Krieg zur Konkurrenz: Regionale Politik und die Suche nach einer neuen arabisch-nahöstlichen Ordnung, Baden-Baden 2000, S. 158.

⁶⁹⁸ Vgl. Mehmet Ata Bakış: Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1993, S. 173.

ihre Beziehungen zu den arabischen Ländern ausübten.⁶⁹⁹ Die Türkei war nach der Erdölkrise von 1973 gezwungen, ihre Beziehungen zu arabischen Ländern zu verbessern, um zu besseren Bedingungen Erdöl importieren zu können. Durch die Zypern-Krise gewann diese Politik eine zusätzliche Bedeutung, weil die Türkei nach der Intervention auf der Insel 1974 in eine außenpolitische Isolierung (auch auf internationaler Ebene) geraten war und somit auf die Solidarität und diplomatische Unterstützung der islamischen Staaten angewiesen war. Die Annäherung wegen der Ölversorgung hatte allerdings wenig Früchte getragen. Auch die erhoffte Unterstützung für die türkische Zypernpolitik wurde nicht erreicht, weil kein islamischer Staat die Republik Nordzypern anerkannt hatte.⁷⁰⁰

Syrien galt wider als der problematischste Nachbar der Türkei, so dass entlang der 889km langen Grenze auf beiden Seiten häufig doppelte, dreifache und manchmal vierfache Zäune mit Wachtürmen verliefen.⁷⁰¹ Es gab zahlreiche Schwierigkeiten: Die Hatay-Frage, das Südostanatolienprojekt (GAP) und die Unterstützung der PKK.⁷⁰²

Diese Kernkonflikte belasteten die türkisch-syrischen Beziehungen. In den 1980er Jahren eskalierten die in gewissem Maße zusammenhängenden PKK- und die Wasser-Konflikte. Eine starke Polarisierung der politischen Kräfte drohte in der Türkei bürgerkriegsähnliche Formen anzunehmen. Am 12. September 1980 erfolgte die Machtergreifung der türkischen Armee.⁷⁰³ Die Türkei wurde in den 1980er Jahren wegen der Menschenrechtsverletzungen von den westeuropäischen Staaten kritisiert. Angesichts der sich verschlechternden Beziehungen zwischen der Türkei und Westeuropa näherte sich Ankara den arabischen Ländern wieder an.⁷⁰⁴ Kritisch blieben die Beziehungen aber zu Syrien.

⁶⁹⁹ Vgl. Ebd., S. 173.

⁷⁰⁰ Vgl. Faruk Şen/Çiğdem Akkaya/Yasemin Özbek, Länderbericht Türkei, Darmstadt 1998, S. 119.

⁷⁰¹ Vgl. Liesl Graz: Die Türkei und ihre asiatischen Nachbarn, in: Europa Archiv 42 (1987) 23, S. 691-698 (695f.).

⁷⁰² Die PKK, Abk. für Partiya Karkeren Kurdistan, (dt. Arbeiterpartei Kurdistans), wurde im Jahr 1978 gegründet. Sie ist eine militante kurdische Widerstandsbewegung. Diese kurdische Partei führte von 1984 bis 1999 unter Generalsekretär Abdullah Öcalan (Im Februar 1999 aus Nairobi in die Türkei entführt und auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer inhaftiert) einen Guerillakampf gegen den türkischen Staat. Nach zahlreichen Anschlägen gegen türkische Einrichtungen und gewalttätigen Demonstrationen wurde die PKK in Deutschland im November 1993 verboten. Seit Herbst 1999 gab es zeitweise einen Rückzug aus dem bewaffneten Kampf und aus dem türkischen Territorium. Anfang 2000 Umbildung zur politischen Partei beschlossen. Vgl. Brockhaus Enzyklopedie, unter <http://www.xipolis.net>.

⁷⁰³ Vgl. Gregor M. Manousakis: Putsch in der Türkei?, in: Europäische Sicherheit 43 (1994) 6, S. 303-306 (303ff.).

⁷⁰⁴ Vgl. Mehmet Ata Bakış: Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1993, S. 169.

Um gegen die Reduzierung des Euphratwassers ein politisches Druckmittel in der Hand zu haben, unterstützte Syrien nämlich die PKK, die seit 1984 einen Guerilla-Krieg gegen den türkischen Staat führte. Um die syrische Regierung zur Einstellung der Hilfe für die PKK zu bewegen, stattete der türkische Ministerpräsident Özal vom 15. – 17. Juli 1987 einen Besuch in Damaskus (es war der erste Besuch eines türkischen Präsidenten in Damaskus seit der Gründung der Türkei) ab. Es konnten zwei Protokolle über Sicherheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet werden, in denen die Türkei sich verpflichtete, eine Wassermenge von 500 m³/s täglich nach Syrien abfließen zu lassen und Syrien als Gegenleistung seine Unterstützung für die PKK einzustellen versprach.⁷⁰⁵ Der Abschuss eines türkischen Flugzeugs in der Grenzproviz Hatay am 22. Oktober 1989 durch zwei syrische Kampflugzeuge sorgte wieder für Spannungen zwischen beiden Länder. Die Türkei beschuldigte Syrien, sich nicht an das 1987 in Damaskus unterzeichnete Sicherheitsabkommen zu halten. Ankara drohte Syrien mit der totalen Sperrung des Euphratwassers.⁷⁰⁶

In den 1980er Jahren fanden zahlreiche Gespräche zwischen der Türkei und Syrien auf Regierungsebene statt, um die gegenseitigen Beziehungen wieder konfliktärmer zu gestalten. Auch Syrien zeigte an der Verbesserung der Beziehungen zur Türkei interessiert.⁷⁰⁷

Aus zwei Gründen wollte Damaskus das Verhältnis zur Türkei verbessern:

Der hauptsächliche Grund ist die Wasserproblematik. Seit die Türkei begonnen hatte, ihr ehrgeiziges Staudammprojekt am Euphrat und Tigris zu realisieren, beklagten sich die Syrer (mehr als die Iraker) über dieses Vorhaben.⁷⁰⁸ Syrien war wegen dieses Projekts sehr beunruhigt, weil dessen Realisierung zur Reduzierung der Wassermenge des Euphrats führen würde. Die Türkei hat über 98, 8% des Euphratwassers unter ihrer Kontrolle und davon ist Syrien mittlerweile sehr stark abhängig.⁷⁰⁹ Das heißt, die Abhängigkeit Syriens vom Wasser diktiert im Grunde den Zwang zu einer Kooperation mit der Türkei.

⁷⁰⁵ Vgl. Gülistan Gürbey: Zur Rolle der Türkei im Nahost-Friedens-Prozess, in: Hoffmann, Sabine/İbrahim, Ferhad (Hrsg.): Versöhnung im Verzug, Bonn 1996, S. 230f. und Bakış, Mehmet Ata: Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1993, S. 176f.

⁷⁰⁶ Vgl. Mehmet Ata Bakış: Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1993, S. 174ff.

⁷⁰⁷ Vgl. Ebd., S. 173.

⁷⁰⁸ Vgl. Aydın G. Alacakaptan: Sınır Aşan Akarsularımız Dicle ve Fırat' ın Arap Komşularımıza Büyük Sürtüşmelere Neden Olmaları Beklentileri Abartılıdır, in: Su Sorunu, Türkiye ve Ortadoğu („Das Wasserproblem, die Türkei und der Mittlere Osten“), İstanbul 1993, S. 457.

⁷⁰⁹ Vgl. Liesl Graz: Die Türkei und ihre asiatischen Nachbarn, in: Europa Archiv, 42. Jahr, (10. größten Herausforderungen ihrer Geschichte, in: Jörg Barandat (Hrsg.): Wasser-Konfrontation oder Kooperation, Baden-Baden 1997, S. 151.

Der zweite Grund, warum Syrien verbesserte Beziehungen zur Türkei haben wollte, ist in der geographisch brisanten Lage des Landes zu sehen: Syrien war im Libanon in den Bürgerkrieg politisch verwickelt und befand sich mit Israel im Kriegszustand. Deshalb war es für Damaskus strategisch wichtig, einen spannungsarmen Modus vivendi mit der Türkei zu erreichen.⁷¹⁰

V.2.2. Wasser als Konfliktpotential in den türkisch-syrischen Beziehungen

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien, die durch die Geschichte über Jahrzehnte belastet waren, sind traditionell konfliktgeladen und haben sich in den frühen 1990er Jahren erneut verschlechtert. Syrien wird von der Türkei als der 'problematischste Nachbar' bewertet. Die Schwierigkeiten mit Syrien sind komplexer Natur. Aber hauptsächlich werden die türkisch-syrischen Beziehungen von drei Problemen belastet: Hatay-Problematik, Wasserproblematik und Kurdenkonflikt. Die Wasserproblematik birgt das dominierende Konfliktpotential, denn hierbei sind die Türkei und Syrien in unterschiedlicher Verhandlungsposition, die geographischen Ursprungs sind. Syrien als der verwundbare Staat muss zu alternativen Druckmitteln greifen, um seine Machtposition zu stärken. Dadurch ist der Kurdenkonflikt eng mit der Frage der Wasserregulierung verbunden.⁷¹¹

Euphrat und Tigris sind grenzüberschreitende Flüsse, dessen Wasserressourcen zwischen den oberen und unteren Anrainern (Türkei, Syrien und Irak) immer strittig waren. Im Hintergrund des Konflikts stehen die nationalen Entwicklungsprobleme der jeweiligen Länder.⁷¹² Beide Flüsse entspringen in Ostanatolien. Der Euphrat mündet via Syrien und Irak in den Persischen Golf. Der Tigris durchquert Irak und mündet ebenfalls in den Persischen Golf.⁷¹³ Wegen ihrer unterschiedlichen politischen Interessen konnten sich die drei Anrainerstaaten über einen paritätischen Verteilungsmodus der Wasserressourcen nicht einigen.

⁷¹⁰ Vgl. Mehmet Ata Bakış: Türkische Nahostpolitik seit dem zweiten Weltkrieg. Frankfurt am Main 1993, S. 174.

⁷¹¹ Vgl. Aydın G. Alacakaptan: a. a. O., S. 458.

⁷¹² Vgl. Ferai Tınc: Bir Soru Beş Cevap („Eine Frage, fünf Antworten“), in: Hürriyet vom 5. Oktober 1998.

⁷¹³ Vgl. Heidi Hinz-Karadeniz: Vom Krieg ums Öl zum Krieg ums Wasser, in: Hinz-Karadeniz, Heidi/Stoodt, Rainer (Hrsg.), Die Wasserfälle. Vom Kampf um Öl zum Kampf um Wasser, Giesen 1993, S. 14.

Es gibt zwischen allen drei Staaten politisch große Spannungen. Die Situation hat sich, nachdem die Türkei in den 1980er Jahren angefangen hatte, das gigantische Staudamm- und Bewässerungsprojekt in Südostanatolien in Angriff zu nehmen und sich als die zukünftige 'Wassersupermacht' in der Region zu bezeichnen, ernsthaft zugespitzt. Die syrische Regierung erachtet den möglichen Machtzuwachs der Türkei als eine Bedrohung für ihr nationales Interesse, das auch in der Sicherung des Rohstoffes Wasser begründet liegt. Syrien und der Irak sind der Meinung, dass sie um ihre historisch gewachsenen Rechte betrogen werden. Mit der Realisierung des GAP in der Türkei verstärkten sich die Spannungen in den Beziehungen, da nur ein geringer Teil der bisherigen Wassermenge an die beiden Staaten abgegeben wird. Es hat für die landwirtschaftliche Bewässerung und Energiegewinnung katastrophale Folgen.⁷¹⁴

Die Wasserentwicklungsprojekte werden im Euphrat-Tigris-Becken in jedem Land getrennt, das heißt im Alleingang und unkoordiniert durchgeführt worden. Dies birgt ein Konfliktpotential in sich. Diese Spannung kann zum einen darauf zurück geführt werden, dass die Realisierung der Wasserprojekte noch in der Zeit des Kalten Krieges lag, wobei die Türkei sich in dem NATO-Bündnis eingegliedert hat, und Syrien sowie der Irak sich durch mehrere Freundschafts- und Zusammenarbeitsverträge mit den Ländern des ehemaligen Ostblocks, besonders mit der Sowjetunion, verbunden haben.⁷¹⁵

Alle drei Anliegerstaaten stehen in verschiedenen Stufen in Abhängigkeit zu dem Euphrat-Tigris-System, weil die natürlichen Bedingungen den drei Ländern unterschiedliche Wasserangebote bieten und die jeweiligen Länder das Wasser für ihre wirtschaftliche Entwicklung brauchen.

Im Bezug auf die Wasserressource ist die Türkei im Vergleich zu ihren Nachbarn ein reiches Land. Das gesamte Wasserreservoir wird auf 95 Mrd. m³ geschätzt. Anderen Schätzungen zufolge, wie der von Marq de Villiers, liege die gesamte verfügbare Wassermenge des Landes bei jährlich knapp über 193 Mrd. m³. Die Hälfte dieser verfügbaren Wassermenge macht das Euphrat-Tigris-System aus. Dazu kommen noch 10 Mrd. m³ Grundwasser, wovon nur 5 Mrd. nutzbar sind. Also beträgt

⁷¹⁴ Ebd., S. 14 und siehe Bozkurt, Aşkın: Außenpolitische Dimensionen des Kurdenproblems in der Türkei. Hamburg 1997, S. 158.

⁷¹⁵ Vgl. Johann Betz: In der Wettrecke des Bündnisses. Außenpolitische Lage und Konfliktfelder in der Türkei, in: Information für die Truppe 39 (1995) 2, S. 62-72 (S. 62ff.) und Koszinowski, Thomas/Mattes, Hanspeter (Hrsg.): Deutsches Orient-Institut, Nahostjahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1997, S. 199 und Brades, Jörg Dieter, Syriens Rolle im Nahost-Prozess, in: Europäische Sicherheit 43 (1994) 3, S. 143-145 (S. 143ff.).

die gesamte Wassermenge 100 – 104 Mrd. m³. Die Türkei hat bis 1982 nur 14 Mrd. m³ davon genutzt, was ca. 26% des gesamten Wasserangebots ausmacht. Die Wassernachfrage ist in der Türkei von einem Sektor zum anderen sehr unterschiedlich.⁷¹⁶

Etwa 65% der Gesamtfläche Syriens befindet sich in einem ariden und semiariden Klima, wobei es an der Mittelmeerküste feucht und im Binnenland trocken ist. Syrien ist insgesamt ein trockenes Land, weil zwei Drittel weniger als 250 mm Niederschläge empfängt. Kultivierbare Flächen des 185.180 km² großen Landes betragen nur ein knappes Drittel, wovon 10 – 12% bewässert werden.⁷¹⁷ Im Euphrat-Tigris-Becken herrscht ein subtropisches, mediterranes Klima mit feuchten Wintern und trockenen warmen Sommern. Die durchschnittliche Niederschlagsmenge ist sehr gering.⁷¹⁸ Das Klima ist ein Faktum, das den größten Teil des Euphrat-Tigris-Beckens zu einem ariden und semiariden Gebiet macht. Ein anderes klimatisches Merkmal ist die hohe Temperatur und der daraus resultierende hohe Wasserbedarf im agrarischen Sektor. Auch der Wasserverlust durch Verdunstung ist sehr hoch (für die Türkei etwa 4,2 Mrd. m³ und für Syrien etwa 2 Mrd. m³).⁷¹⁹ Hinsichtlich dieser klimatischen Merkmale muss man feststellen, dass das Wasserangebot in diesem Gebiet nicht ausreichend ist und die Anrainerstaaten von den Flüssen abhängig sind.⁷²⁰ Alle an Euphrat und Tigris liegenden Staaten sind durch zu geringe Niederschläge auf eine ständige Bewässerung ihrer landwirtschaftlichen Nutzflächen angewiesen. Der Zugang zum Wasser wird somit zu einer existenziellen Frage.

Im Landwirtschaftssektor ist die Nachfrage nach Wasser sehr groß. Die rapide ansteigenden Bewässerungsflächen in Südostanatolien beanspruchen eine große Menge des Euphrat-Wassers. Auch zur Energiegewinnung, die durch wachsende Industrialisierung eine steigende Bedeutung gewinnt, wird das Wasser von beiden Flüssen gezogen. Um das Euphrat-Tigris-Wasser maximal ausnutzen zu können, realisierte die Türkei unter der Bezeichnung „GAP“ ein Projekt, das die Nutzung der beiden Flüsse für Bewässerung und Energiegewinnung ermöglicht. Über 98,8% des

⁷¹⁶ Vgl. Nurit Kliot: *Water Resources and Conflict in the Middle East*, London and New York 1994, S. 133f. und de Marq Villers: *Wasser. Die weltweite Krise um das blaue Gold*, München 2000, S. 322.

⁷¹⁷ Vgl. Volker Perthes: Syrien, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der dritten Welt. Nordafrika und Naher Osten*, Bonn 1993, S. 489.

⁷¹⁸ Vgl. Nurit Kliot: *Water Resources in the Middle East*. London and New York 1994, S. 104.

⁷¹⁹ Vgl. Jörg Fischer: Ein Großprojekt und seine Folgen-die ökologischen Probleme des syrischen Euphratstaudammes, in: Gauer, Karin/Heine, Marie-Agnes/Röper, Christina (Hrsg.): *Umwelt am Ende?. Zur Umweltproblematik der dritten Welt*, Saarbrücken, 1987, S. 285.

⁷²⁰ Vgl. Nurit Kliot: *Water Resources and Conflict in the Middle East*. London and New York 1994, S. 104ff.

Euphrat-Wassers hat die Türkei unter ihrer Kontrolle. Von dieser Wasserressource ist Syrien mittlerweile sehr stark abhängig, da der Euphrat für Syrien die bedeutendste Wasserressource darstellt (90% seines gesamten Wasserbedarfs).⁷²¹

Das Euphrat-Wasser wird in Syrien zur Versorgung der Industrieanlagen, der agrarischen Nutzflächen und zur Steigerung der Elektrizitätsproduktion genutzt.⁷²² Das Euphrat-Projekt in Syrien (Tabga-Damm, Bat`h-Damm und Tischrien-Damm) spielt eine bedeutende Rolle für die ökonomische und soziale Entwicklung. Mehr als ein Fünftel der Wassermenge des Euphrats wird landwirtschaftlich genutzt. Diese Anbaufläche soll nach syrischen Plänen verdoppelt werden. 75% der syrischen Stromversorgung ist vom Euphrat-Wasser abhängig. Eines der Hauptprobleme der wirtschaftlichen Entwicklung Syriens stellt auch in Zukunft die Wasserversorgung dar. Die Türkei betrachtet die Flüsse Euphrat und Tigris als eigene Ressourcen, weil beide Flüsse in der Türkei entspringen. Ankara geht davon aus, das Wasser beider Flüsse innerhalb des türkischen Territoriums nach eigenem Bedarf nutzen zu können. Die Türkei „versteht sich (...) als `Besitzerin` der Quellen“⁷²³, mit deren Wasser sie nach eigenem Bedarf umgehen könne. Sie beruft sich auf das Prinzip der absoluten territorialen Souveränität und vertritt damit eine Position, die in der völkerrechtlichen Diskussion als `Harmon-Doktrin` bekannt ist.⁷²⁴ Die „Doktrin der absoluten Gebietshoheit“ (Harmon-Doktrin) steht für eine Extremposition, nach der ein Staat die uneingeschränkte Hoheitsgewalt über sein Staatsgebiet und die darin vorhandenen Ressourcen besitzt. Somit ist ein Staat auch bei der Nutzung seiner Wasserressourcen frei von jeglichen Zwängen und nicht daran gebunden, auf die Interessen seiner Nachbarstaaten Rücksicht zu nehmen. Aus diesem Grund wird diese Doktrin gewöhnlich von den Oberanrainern von Gewässersystemen vertreten.⁷²⁵ Diese Auffassung spiegeln auch die Äußerungen des damaligen türkischen Ministerpräsidenten Demirel wider:

⁷²¹ Vgl. Bülent Güven: Die Türkei-Eine Republik vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte, in: Barandat, Jörg: Wasser-Konfrontation oder Kooperation, Baden-Baden 1997, S. 151 und Barandat, Jörg: Die Türkei in der Wasserfalle: Das Südostanatolienprojekt, in: Barandat, Jörg: Wasser-Konfrontation oder Kooperation, Baden-Baden 1997, S. 166 und Bozkurt, Aşkı: Außenpolitische Dimensionen des Kurdenproblems in der Türkei, Hamburg 1997, S. 159.

⁷²² Vgl. Aşkı Bozkurt: Außenpolitische Dimensionen des Kurdenproblems in der Türkei, Hamburg 1997, S. 159.

⁷²³ Vgl. Kurt R. Spillmann: Eine andere Konfliktdimension im Nahen und Mittleren Osten: Wasser, in: Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung 31 (1994) 4, S. 153-173 (S. 162).

⁷²⁴ Vgl. Ebd., S. 162.

⁷²⁵ Erklärung des US-Generalstaatsanwaltes Harmon 1895 bezüglich des Streits um die Nutzung des Rio Grande, zitiert nach Barandat (1997, S. 415).

„Die in der Türkei entspringenden Flüsse gehören bis zur Grenze uns und dann erst unseren Nachbarn. Die machen mit ihrem Öl auch, was sie wollen.“⁷²⁶

Die Türkei hat 1983 (aufgrund vielseitiger Forderungen nach einer völkerrechtlichen Lösung des Problems) ein trilaterales technisches Komitee eingeführt und somit zwar die Rechte Syrien und des Iraks an Euphrat und Tigris anerkannt, allerdings weicht sie dadurch nicht von ihrer Position der 'territorialen Souveränität' ab. Folglich hat dieses Gremium aus Sicht der Türkei nur die Aufgabe, Daten auszutauschen und die Nachbarn über bevorstehende Maßnahmen zu informieren. Es dient aber nicht dazu, diese Maßnahmen mit ihnen abzustimmen. Dieses Komitee kam bis 1989 vierzehn Mal zusammen, aber ohne Ergebnis.⁷²⁷ Die stromabwärts gelegenen Länder, Syrien und Irak, hingegen bestreiten das souveräne Recht der Türkei. Die beiden Länder betrachten die Flüsse Euphrat und Tigris als internationale Wasserressource und berufen sich bezüglich der Wasserverteilung auf ihre historischen Rechte und auf das Prinzip der territorialen Integrität, das durch unilaterale Wasserabzweigung verletzt werde.⁷²⁸ Der Irak und Syrien argumentieren mit dem historischen Recht auf das Wasser, das von den Menschen im südlichen Mesopotamien seit Anbeginn der Zivilisation vor 6.000 Jahren genutzt worden ist. Es geht also um die Vorrangigkeit des älteren Nutzungsrechts, ein Grundsatz, der bei jeder Debatte um den Entwurf eines internationalen Wassergesetzes Kernstreitpunkt ist.⁷²⁹

Der Versuch, das Prinzip der 'Equitable Utilization' als Lösungsansatz des Problems einzuführen, ist in dem noch in der Ratifizierungsphase befindlichen Übereinkommen im Kontext zur nicht-schiffahrtlichen Nutzung von grenzüberschreitenden Wasserläufen zu sehen. Dieses Übereinkommen wurde 1997 vom Ausschuss der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorgelegt und sieht eine ausgewogene und vernünftige Nutzungsverteilung zwischen den Anrainerstaaten vor.⁷³⁰

Allerdings ist eine Lösung nach dem Prinzip der 'Equitable Utilization' nur schwer zu realisieren, denn seit den ersten Bewässerungsprojekten Anfang der 1960er

⁷²⁶ Vgl. Wilhelm Sager: Wasser (Rotbuch 3000), Hamburg 2001, S. 42.

⁷²⁷ Vgl. Rainer Durth: Internationaler Streit ums Wasser: Konflikt- und Kooperationspotential am Euphrat, in: Orient 36 (1995) 4, S. 649-662 (S. 653) und Mehmet Ata Bakış: Türkische Nahostpolitik seit dem zweiten Weltkrieg. Frankfurt am Main 1993, S. 230.

⁷²⁸ Vgl. Kurt R. Spillmann, a. a. O., S. 162.

⁷²⁹ Marq De Villiers: Wasser. Die weltweite Krise um das blaue Gold, München 2000, S. 321.

⁷³⁰ Vgl. Heidi Hinz-Karadeniz: Vom Krieg ums Öl zum Krieg ums Wasser, in: Hinz-Karadeniz, Heidi/Stoodt, Rainer (Hrsg.): Die Wassefalle. Vom Kampf um Öl zum Kampf um Wasser, Giessen 1993, S. 15 und Rainer Durth: Internationaler Streit ums Wasser: Konflikt- und Kooperationspotential am Euphrat, in: Orient 36 (1995) 4, S. 649-662.

Jahre hat die Aufteilung des Wassers immer wieder zu Spannungen unter den uferliegenden Staaten geführt. Dies ist mit der geographischen Lage der Staaten zu erklären. Syrien liegt zwar unterhalb der Türkei am Flusslauf des Euphrat, aber oberhalb des Iraks. Somit kann Syrien seinerseits das Wasser als Machtmittel gegenüber dem Irak einsetzen. Zu ernsthaften Krisen zwischen den Anrainerstaaten ist es bisher nur im Zusammenhang mit der Auffüllung der verschiedenen Staustufen gekommen.⁷³¹

Nach wie vor sind die Beziehungen zwischen Syrien und dem Irak belastet. Sie befinden sich seit Anfang der 1960er Jahre auf einem Tiefpunkt, der aus Meinungsverschiedenheiten der beiden Länder regierenden Baath-Parteien resultiert.⁷³² Trotz der stark belasteten Beziehungen treten beide Länder relativ geschlossen gegenüber der Türkei auf. Die gemeinsame Position ist durch die Abhängigkeit in der Wasserfrage begründet.

V.2.3. Wasser- und die PKK- Problematik

Die Spannungen zwischen der Türkei und Syrien haben sich insbesondere mit den Projektfortschritten in der GAP- Region verschärft. Das GAP stellt hier ein wesentliches Konfliktelement dar. Was für die Türkei eine Zukunftsvision darstellt, ist für Syrien ein Albtraum. Als die Türkei mit der Planung und Realisierung des gewaltigen Atatürk-Staudammes begann, hat sich der Konflikt zwischen der Türkei und Syrien verschärft. Nachdem die Türkei im Jahr 1983 die Entscheidung getroffen hatte, den Atatürk-Staudamm zu bauen, suchte Syrien nach einem Gegenmachiittel und setzte fortan auf die kurdischen Separatisten der PKK. Syrien bot der PKK Schutz und unterstützte ihren Guerillakrieg gegen Ankara. Damit verfolgte Syrien das Ziel, in den Verhandlungen über die Wasserfrage des Euphrats in eine bessere Ausgangsposition zu gelangen. In bilateralen Verhandlungen bestand Syrien darauf, die Verteilung des Wassers mit den Problemen der nationalen Sicherheit zu verknüpfen.⁷³³

⁷³¹ Vgl. Heidi Hinz-Karadeniz: Vom Krieg ums Öl zum Krieg ums Wasser, in: Hinz-Karadeniz, Heidi/Stoodt, Rainer Durth (Hrsg.): Die Wasserfalle. Vom Kampf um Öl zum Kampf um Wasser, Giessen 1993, S. 15 und Rainer Durth: Internationaler Streit ums Wasser: Konflikt- und Kooperationspotential am Euphrat, in: Orient 36 (1995) 4, S. 649-662 (S. 653).

⁷³² Vgl. Jörg Dieter Brandes: Syriens Rolle im Nahost-Prozess, in: Europäische Sicherheit 43 (1994) 3, S. 143-145 (S. 144).

⁷³³ Rainer Durth: Internationaler Streit ums Wasser: Konflikt- und Kooperationspotential am Euphrat, in: Orient 36 (1995) 4, S. 649-662 (S. 653)

Die PKK kämpft seit 1984 im Südosten der Türkei für einen unabhängigen Kurdenstaat. Die Kämpfer wurden vor allem in Syrien und im Libanon ausgebildet, wo die PKK ihre Trainingslager hatte. Seit Anfang der 1980er Jahre versucht die türkische Regierung auf Syrien einzuwirken, die Aktivitäten der PKK auf ihrem Gebiet aus zu unterbinden. Die Türkei hat die Unterstützung der PKK von Seiten Syriens als eine Bedrohung und Gefahr für die eigene Sicherheit und territoriale Integrität betrachtet. Am 17. Juli 1987 fuhr der türkische Premierminister Özal nach Syrien, um Gespräche zu führen und Damaskus zur Einstellung der Hilfe für die PKK zu bewegen.⁷³⁴

Mit der Unterstützung der PKK verfolgte Syrien folgende Ziele:

In der Wasserfrage ein Übereinkommen zu erzielen, das den syrischen Interessen Rechnung trägt,

politische Ziele durchzusetzen, mit denen Syrien sich als regionale Macht zu etablieren versucht, und

die Türkei zu destabilisieren.⁷³⁵

Grundsätzlich strebt Syrien mit seiner Kurdenpolitik danach, die eigene Machtposition gegenüber der Türkei zu stärken.

Allerdings zeigte sich während des zweiten Golfkrieges im Februar 1991 die Macht des Oberanrainers noch einmal. Die Türkei versuchte mit Hilfe des 'Druckmittels' Wassers sowohl Syrien als auch den Irak nach ihren Vorstellungen zu beeinflussen. Als sich der Golfkrieg auf seinem Höhepunkt befand, hatte die alliierte Seite vorgeschlagen, den Euphrat ganz zu sperren, um den Irak gleichsam auszutrocknen.⁷³⁶ Dieser Plan wurde aber von der türkischen Regierung als unmenschlich abgelehnt. Gleichwohl hat die Türkei aus technischen Gründen die Wassermenge des Euphrats auf 300 m³/s reduziert.⁷³⁷ Dadurch wurde deutlich, dass die Türkei versuchte, das Wasser des Euphrats als Druckmittel zur Lösung der

⁷³⁴ Vgl. Mehmet Ata Bakış: Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1993, S. 176 f.

⁷³⁵ Vgl. Ebd., S. 181.

⁷³⁶ Vgl. Cihan Yamakoğlu: Ortadoğuda Barışla Savaşanlar („Die für den Frieden im Nahen Osten kämpfen“), Ankara 2003, S. 61.

⁷³⁷ Vgl. Rainer Durth: Internationaler Streit ums Wasser: Konflikt- und Kooperationspotential am Euphrat, in: Orient, 36 (Dezember 1995) 4, S. 649-662 (S. 654) und Kurt R. Spillmann: Eine andere Konfliktdimension im Nahen und Mittleren Osten: Wasser, in: Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft, Nr. 31, 1994, S. 153-173 (S. 162).

Kurdenproblematik zu nutzen.⁷³⁸ Die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Irak waren traditionell gut und stabil, wie auch die enge Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der PKK zeigte.

Ein Sicherheitsabkommen wurde unterzeichnet. Das Abkommen erlaubte der Türkei, die kurdischen Freischärler auf irakischem Territorium weiter zu verfolgen. Jedoch änderte sich die Lage nach dem Ende des irakisch-iranischen Krieges 1988. Das Abkommen wurde vom Irak aufgekündigt und der Irak duldete wie Syrien Stützpunkte der PKK auf seinem Territorium. Während des zweiten Golfkrieges und der Kuwait-Krise veränderte sich das Verhältnis zwischen Bagdad und Ankara schließlich radikal.⁷³⁹

Im März 1992 sagte Syrien zu, das Hauptquartier der PKK im Libanon aufzulösen und bezeichnete erstmals die PKK als 'Terroristen'. Der türkische Außenminister bestätigte daraufhin die 1987 zugesicherte Wassermenge. Diese Zusage wurde bei weiteren Treffen in den Jahren 1992 und 1993 gegeben bzw. erneuert. Im Jahr 1992 scheiterte ein sechstägiges trilaterales Treffen an den Schwierigkeiten, das 'Wasser-Problem' zu definieren und die Tagesordnung zu bestimmen. Im Jahr 1993 haben die Türkei und Syrien eine einvernehmliche Lösung vorbereitet, mit der sie das Euphrat-Wasser untereinander aufteilen wollten. Diese internationale Konferenz wurde vom türkischen Premier aber auf die Zeit nach den israelisch-arabischen Friedensverhandlungen verschoben.⁷⁴⁰ Syrien und der Irak haben in den 1990er Jahre versucht, die arabisch-islamische Welt mittels einer Internationalisierungsstrategie in der Wasserfrage zu mobilisieren, um auf diese Weise den Druck auf Ankara zu erhöhen.⁷⁴¹ Die Türkei war gegen diese Internationalisierung der Wasserfrage und schlug stattdessen einen Drei-Stufen-Plan vor:

„Dieser Plan, der sich aus türkischer Sicht auf wissenschaftliche Methoden stützt, sieht im ersten Schritt zunächst eine objektive Bestandaufnahme des Wasserverbrauchs der jeweiligen Länder vor. Im zweiten Schritt sollen rein technisch die Wasserbedürfnisse der Türkei und Syrien ermittelt werden. Im

⁷³⁸ Vgl. Walter Menzler: Die Türkei-Eine Gesellschaft auf dem Sprung ins 21. Jahrhundert?. Tourismus und GAP-Zukunftsinvestitionen oder Naturzerstörung?, in: Zeitschrift für Türkeistudien (ZfTS) 8 (1995) 2, S. 199-220 (S. 217 f.).

⁷³⁹ Vgl. Stephan Libiszewski: Konfliktstoff Wasser. Eine ökologische Ressource wird zum politischen Streitobjekt, in: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 215 (9./10. Januar 1994) 6, S. 27.

⁷⁴⁰ Vgl. Rainer Durth: Internationaler Streit ums Wasser: Konflikt- und Kooperationspotential am Euphrat, in: Orient 36 (1995) 4, S. 649-662 (S. 654) und Stephan Libiszewski: Konfliktstoff Wasser. Eine ökologische Ressource wird zum politischen Streitobjekt, in: Neue Zürcher Zeitung, 215, vom 9./10. Januar 1994 6, S. 27.

⁷⁴¹ Vgl. Gürbey Gülistan: Zur Rolle der Türkei im Nahost-Friedens-Prozess, in: Sabine Hoffmann/Ferhad İbrahim (Hrsg.): Versöhnung im Verzug, Bonn 1996, S. 230.

dritten Schritt ist dann entsprechend den Bedürfnissen der jeweiligen Staaten eine gerechte Wasser-Zuteilung zu bestimmen.⁷⁴²

Dieser Plan wurde von den beiden Unteranrainern nicht akzeptiert, insbesondere durch den Irak mit der Begründung verworfen, dass er bis zu einem gewissen Punkt seinen Wasserbedarf gefährde.⁷⁴³ Der Baubeginn des Birecik-Dammes zum Jahreswechsel 1995/1996 führte zu einer erneuten Verschärfung der Spannungen zwischen der Türkei und Syrien. Dieser Damm wurde unmittelbar an der syrisch-türkischen Grenze gebaut und wurde von Syrien als eine Provokation empfunden. Syrien beschuldigte die Türkei, seit dem massiven Ausbau der Staudammprojekte im Rahmen des GAPs die an Syrien abgeführte Wassermenge zu verringern oder zu verschmutzen. Daraufhin hat die Arabische Liga gegen die Türkei Position bezogen und die Frage des Wassers als eine arabische Angelegenheit definiert.⁷⁴⁴ Im Gegenzug beschuldigte die Türkei Damaskus, die PKK zu unterstützen.⁷⁴⁵ „Zum Jahreswechsel 1995/1996 erfuhren die türkisch-syrischen Wortgefechte eine bis dahin kaum gekannte Verschärfung: So unterstellte der türkische Außenminister der syrischen Regierung, sie fordere nur deshalb mehr Wasser aus dem Euphrat, um ihre in Blut getränkten Hände waschen zu können.“⁷⁴⁶ In den Folgemonaten sollte sich zeigen, dass die wirtschafts-, energie- und versorgungspolitischen Fragen und Konflikte der Region eng mit den sicherheitspolitischen Aspekten verknüpft wurden. Alle Konfliktparteien (Türkei, Syrien, Irak) internationalisierten im Jahre 1996 die Wasserproblematik. Auch die Türkei hatte nun keine Alternative mehr und bat ihre Allianzpartner in der NATO um Unterstützung.⁷⁴⁷

⁷⁴² Aşkı́m Bozkurt: Außenpolitische Dimensionen des Kurdenproblems in der Türkei, Hamburg 1997, S. 159.

⁷⁴³ Vgl. The Turkish Ministry Of Foreign Affairs: Water Issues Between Turkey, Syria And Iraq, unter <http://www.mfa.gov.tr/grupa/ad/> und Bozkurt, Aşkı́m: Außenpolitische Dimensionen des Kurdenproblems in der Türkei, Hamburg 1997, S. 159.

⁷⁴⁴ Ebd.

⁷⁴⁵ Vgl. Gülistan Gürbey: Zur Rolle der Türkei im Nahost-Friedens-Prozess, in: Sabine Hoffmann/Ibrahim Ferhad (Hrsg.): Versöhnung im Verzug, Bonn 1996, S. 232.

⁷⁴⁶ Vgl. Udo Steinbach: Die Türkei, der Nahe Osten und das Wasser. Verschiebung des Kräftegleichgewichts, in: Internationale Politik 53 (1998) 1, S. 9-16 (S. 12).

⁷⁴⁷ Für die Türkei hat das GAP-Projekt aber vornehmlich eine nationale und regionale Bedeutung: „Mit dem GAP- Projekt (Südost-Anatolien-Projekt) verfolgt die Türkei neben wirtschaftlichen vor allem auch politische Ziele. Die Türkei betrachtet das GAP-Projekt im Kontext national- und regionalstrategischer Ziele. Sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene versucht das Projekt das Kurdenproblem einzudämmen. Darüber hinaus verleiht es der Türkei gegenüber Syrien und dem Irak eine stärkere Position. Zum einen wird einen Infrastruktur aufgebaut, die, wenn nicht zur militärischen Nutzung, eine solche doch ermöglicht. Zum anderen kann das Wasser des Euphrat-Tigris-Flusssystems jederzeit als 'Ökowaffe' gegen Syrien oder den Irak eingesetzt werden. (...) Aus türkischer Sicht ist der Konflikt mit den Kurden kein ethnisches Problem, sondern wird vielmehr auf den wirtschaftlichen Rückstand der Region zurückgeführt. (...). Die Realisierung des GAP-Projekts und die Entwicklung der GAP-Region

V.2.4. Die Internationalisierung der Kurden- und Wasserproblematik unter Einbeziehung Israels

In einem Treffen (Anfang 1996) hat Syrien die Vertreter der USA, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Österreichs, Belgiens und Chinas bei der Regelung der Wasserproblematik mit der Türkei um ihre Unterstützung gebeten.⁷⁴⁸ Bezüglich der Wasserfrage hat Syrien einen Monat später, zusammen mit dem Irak, der Türkei eine Note übermittelt, wodurch eine neue Situation entstanden ist. Beide Länder verständigten sich in der Wasserfrage auf eine gemeinsame Vorgehensweise, so dass das Szenario einer arabischen 'Einheitsfront' möglich wurde.⁷⁴⁹

Die Türkei bemühte sich hingegen, den Konflikt zu internationalisieren, indem sie die NATO zu verstärktem Engagement an ihrer Südflanke drängte:⁷⁵⁰

„Die wachsende Belastung der türkischen Außenpolitik, vor allem gegenüber dem Europa, durch das Kurdenproblem und die intransigente Haltung Syriens hinsichtlich einer Einstellung der Unterstützung für die PKK hat die türkische Regierung dazu veranlasst, nach neuen Mitteln und Wegen zur Beilegung des Kurdenproblems zu suchen. In diesem Zusammenhang ist die militärische Zusammenarbeit mit Israel, die durch den Vertrag von 18. Februar 1996 vereinbart wurde zu sehen.“⁷⁵¹

Die türkisch-israelischen Beziehungen hatten folglich auch die Funktion, Syrien politisch unter Druck zu setzen: „Die Beziehungen zu Syrien waren jahrelang sehr gespannt. Syrien sah die Türkei immer wieder als den 'amerikanischen Polizisten' im Nahen Osten. Spannungsauslöser waren die Anerkennung Israels durch die Türkei, der Verlust der Provinz Hatay/Alexandretta an Syrien (die Provinz wurde immer als integraler Bestandteil Syriens gesehen, der Verlust während des Zweiten Weltkrieges wurde nie akzeptiert), die türkischen Ambitionen auf Mossul, die Wasserfrage(Orontes und Euphrat) und die syrische Unterstützung der PKK.“⁷⁵²

hängen wesentlich von der Befriedungspolitik der türkischen Regierung in den kurdischen Provinzen ab. Somit ist die PKK-Frage eng verbunden mit der Wasserfrage.

⁷⁴⁸ Vgl. dazu insgesamt: Udo Steinbach: Die Türkei, der Nahe Osten und das Wasser. Verschiebung des Kräftegleichgewichts, in: Internationale Politik 53 (1998) 1, S. 9-16.

⁷⁴⁹ Vgl. Aşkın Bozkurt: Außenpolitische Dimensionen des Kurdenproblems in der Türkei, Hamburg 1997, S. 160.

⁷⁵⁰ Vgl. Jörg Barandes: Die Türkei in der Wasserfalle: Das Südostanatolien-Projekt, in: Barandat, Jörg: Wasser-Konfrontation oder Kooperation, Baden-Baden 1997, S. 167.

⁷⁵¹ Vgl. Thomas Koszinowski: Neue Allianzen im Nahen Osten?, in: Jahrbuch Dritte Welt 1997, (Hrsg.): Joachim Betz/Stefan Brüne, Deutsches Übersee-Institut, Hamburg 1996, München.

⁷⁵² Vgl. Andrea K. Riemer: Strategische und geopolitische Überlegungen der USA, in: E. Reiter (Hrsg.): Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wien 2006, S. 95.

In dieser konfliktgeladenen Konstellation wurde die militärische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Israel in einer Reihe von Abkommen⁷⁵³ in den Jahren 1996 und 1997 forciert. (vgl. Kap. V.3.)

Nach Udo Steinbach⁷⁵⁴ und Alon Liel⁷⁵⁵ hatten die türkisch-israelischen Abkommen über eine militärische Zusammenarbeit einen hohen Stellenwert für die sicherheitspolitische Konstellation im Nahen Osten. Während für das türkische Militär die Leistungsfähigkeit der israelischen Armee und ihrer „very sophisticated weaponsystems“⁷⁵⁶ von hohem Interesse war, betonte der damalige türkische Premierminister Yilmaz die sicherheitspolitische Funktion der türkisch-israelischen Zusammenarbeit. Die Türkei strebte, wie Yilmaz betonte, ein Gleichgewicht in der Region an.⁷⁵⁷ Auch die israelische Regierung hob diesen Aspekt hervor: „Turkey and Israel were obliged to work together in view of the volatile international security picture emerging after the downfall of the Soviet empire.(...). Such regional arrangements were needed to induce stability(....)“⁷⁵⁸

Die Türkei strebte aus verschiedenen Gründen nach einer Intensivierung der Beziehungen zu Israel. Einerseits wurde der potenzielle Rivale in der Region, nämlich Syrien, politisch unter Druck gesetzt; andererseits suchte die Türkei nach einer neuen sicherheitspolitischen Option, da sie von der Europäischen Union hinsichtlich einer Vollmitgliedschaft auf unbestimmte Zeit vertröstet worden war. Syrien bewertete die türkisch-israelische Allianz als Bedrohung. Vor allem die militärische Kooperation Israels und der Türkei wurde von Syrien als Affront wahrgenommen. Udo Steinbach geht davon aus, „dass sich die Türkei und Israel militärische Varianten offen halten können, falls es für die Probleme an der Spitze ihrer jeweiligen politischen Agenda keine politische Lösungen gibt.“⁷⁵⁹ Wenn also der Friedensprozess gemäß der Oslo-

⁷⁵³ Vgl. dazu Lenore Martin: Turkey's National Security in the Middle East, in: Turkish Studies 1 (Spring 2000) 1, S. 83-106; Andrea K. Riemer: Die Türkei: Ein großer "Regional Player" mit geopolitischer Relevanz: Mythos oder Realität?, in: Südeuropa 46 (1997) 11, S. 562-599 (Allerdings betonte Ankara, das daß Abkommen zwischen Israel und der Türkei nicht gegen die arabischen Nachbarstaaten gerichtet seien; der türkische Außenminister İsmail Cem hob hervor, dass die Türkei den Dialog mit allen Staaten der Region suche und eine Politik des Ausgleichs und der Stabilität anstrebe; vgl. ebd., S. 595.).

⁷⁵⁴ Vgl. Udo Steinbach: Die Türkei, der Nahe Osten und das Wasser, in: Internationale Politik 53 (1998) 1, S. 9-16.

⁷⁵⁵ Vgl. Alon Liel: Israel und die Türkei. Eine besondere Beziehung, in: Internationale Politik 55 (2000) 11, S. 31-35.

⁷⁵⁶ Turkish Daily News vom 5. Juni 1996(Archiv unter www.turkishdailynews.com August 1997/12/B).

⁷⁵⁷ Newsweek vom 11. August 1997 (auch im Archiv unter www.turkishdailynews.com/August 1997/12/B).

⁷⁵⁸ Zitiert nach İlknur Çevik: "Interview with the Israeli PM", in: Turkish Daily News vom 3. September 1998 (vgl. Internetadresse unter Anm. 220/221).

⁷⁵⁹ Udo Steinbach: a. a. O., S. 14.

Agenda im Nahen Osten stagniert oder abgebrochen wird, kann nach Auffassung Steinbachs die militärische Komponente in den türkisch-israelischen Beziehungen an Gewicht gewinnen. Am 4.1.1997 fand in İstanbul ein Treffen von hochrangigen Delegierten aus der Türkei, Syrien, dem Irak, Libanon, Jordanien und Ägypten statt. Dieses Treffen sollte der Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Region dienen. Allerdings trat keine grundlegende Wende im Verhältnis zwischen Syrien und der Türkei ein.⁷⁶⁰ Der Besuch von Erbakan in Damaskus wurde vertagt; der türkische Staatspräsident Demirel warf Syrien vor, die Türkei durch Unterstützung von Terroristen (PKK) destabilisieren zu wollen.⁷⁶¹ Damit wurde das Kurdenproblem endgültig internationalisiert, d.h. zu einem relevanten Konfliktgegenstand zwischen Syrien, Iran, Irak und der Türkei. Ab 1997 ging Ankara wegen der Kurdenfrage (PKK) gegenüber Damaskus in die politische Offensive und verlangte von der syrischen Regierung die Einstellung jeglicher Unterstützung der PKK.

Die sich verstärkende israelisch-türkische Zusammenarbeit in militärischen Bereichen und die ambivalente Kurdenpolitik belastete die türkisch-syrischen Beziehungen noch mehr, weil einerseits die grenzübergreifende Zusammenarbeit gegen die Kurden Gegenstand multilateraler und bilateraler Abkommen ist, andererseits aufständische Kurden im jeweiligen Nachbarstaaten zur Verfolgung eigener Ziele instrumentalisiert wurden.⁷⁶² Um die Auslieferung des PKK-Chefs zu erwirken und Damaskus aufzufordern, seine Unterstützung für die PKK einzustellen, suchte die Türkei im Herbst 1998 eine Konfrontation mit Syrien. Die Türkei drohte mit Krieg.⁷⁶³ Im Konflikt um die türkischen Staudammprojekte ist die PKK aus Sicht Syriens ein Faustpfand. Diese Krise zeichnete sich bereits im Mai 1997 ab, als die Türkei Syrien für die Eskalation des PKK-Terrors verantwortlich machte.⁷⁶⁴ Zur Lösung der Probleme zwischen beiden Ländern schlug die Türkei Syrien eine Charta vor, bekam jedoch keine Antwort. Im Oktober 1998 verschärfte die Türkei ihren Ton: Öcalan sollte ausgeliefert und sämtliche Unterstützung für die PKK sofort eingestellt werden. Um die Forderungen der Türkei zu erfüllen und eine Militäraktion abzuwenden, wurde Syrien eine Frist von 45 Tagen eingeräumt.⁷⁶⁵ Damaskus zeigte gegenüber den ultimativen

⁷⁶⁰ Vgl. Cihan Yamakoğlu: *Ortadoğuda Barışla Savaşlar*, Ankara 2003, S. 70.

⁷⁶¹ Vgl. Michael Radu: *The Rise and Fall of the PKK*, in: *Orbis* 45 (Winter 2001) 1, S. 47-64.

⁷⁶² Vgl. Zu den Hintergründen bei Robert Olson: *The Kurdish Question and Turkey's Foreign Policy, 1991-1995*, in: *Journal of South Asian and Middle Eastern Studies* 19 (1995) 1, S. 1-30.

⁷⁶³ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. Oktober 1998, S. 2.

⁷⁶⁴ Vgl. Erdem Erciyes: *Ortadoğu Denklemi Türkiye-Suriye İlişkileri* („Türkisch-Syrische Beziehungen im Nahen Osten“), İstanbul 2004, S. 109.

⁷⁶⁵ Ebd., S. 109.

Forderungen Entgegenkommen. Kurz nach der Ausweisung des PKK-Führers aus Syrien schlossen beide Seiten ein Abkommen. Syrien versicherte, der PKK jegliche militärische, logistische und finanzielle Hilfe zu entziehen. Möglicherweise sollte diese Zusage Syriens auch dazu dienen, die Isolation des Landes aufzubrechen. Das Regime in Damaskus ist von jeher darauf bedacht, seine Herrschaft zu sichern. Die etwa 700.000 Kurden in Syrien konnten in dieser Hinsicht eine Gefahr sein. Außerdem war die als Faustpfand instrumentalisierte PKK zur Belastung geworden. Die Entwicklung der strategischen Partnerschaft zwischen der Türkei und Israel dürfte zu diesem Positionswechsel beigetragen haben.⁷⁶⁶

V.2.5. Positive Annäherung in den türkisch-syrischen Beziehungen ab Mitte der 1990er Jahre

Nachdem Syrien sich dazu gezwungen sah, den PKK-Chef Öcalan auszuweisen und sich dem Druck der Türkei zu beugen, entwickelten sich die türkisch-syrischen Beziehungen in den letzten Jahren durchaus positiv. Viele Gespräche fanden zwischen beiden Ländern statt. Bei ihren Verhandlungen vereinbarten beide Staaten die Intensivierung der seit 1974 ruhenden Wirtschaftskooperation. Die Türkei erklärte immer wieder, dass sie positive Beziehungen zu Syrien wünsche.⁷⁶⁷ Trotz Rivalitäten und Interessendivergenzen seien gute Wirtschaftsbeziehungen möglich. Die Türkei exportiert seit Anfang der 1980er Jahre Nahrungsmittel und Medikamente nach Syrien. Im Gegenzug erhält die Türkei Gas- und Öllieferungen (in geringem Umfang) aus Syrien. Syrien steht in der Reihe der arabischen Investoren in der Türkei an vierter Stelle(nach Libyen, den Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien) und hält damit einen Anteil von 1,4% am gesamten in der Türkei investierten ausländischen Kapital.⁷⁶⁸

Dennoch treten immer wieder Unstimmigkeiten über Grenzfragen (Hatay) bei den Verhandlungen auf.⁷⁶⁹ So ist der territoriale Konflikt um Hatay ein Fokus eines

⁷⁶⁶ Vgl. Margret Johannsen: „Wenn hinten, weit in der Türkei...“, Konfliktpolitische Strukturwandel im Mittleren Osten und die Rolle der USA, in: Bruno Schoch/Ulrich Ratsch/Reinhard Muntz (Hrsg.): Friedensgutachten 1999, Münster 1999, S. 149 f.

⁷⁶⁷ Vgl. Thomas Koszinowski/Hanspeter Mattes, (Hrsg.): Deutsches Orient-Institut, Nahostjahrbuch 2000. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 2001, S. 167.

⁷⁶⁸ Vgl. Mehmet Ata Bakış: Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1993, S. 180.

⁷⁶⁹ Vgl. Thomas Koszinowski/Hanspeter Mattes, (Hrsg.): Deutsches Orient-Institut, Nahostjahrbuch 2000. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 2001, S. 167.

Konfliktszenarios, das kaum lösbar scheint. Es geht um Wasserressourcen des Orontes (Ası Nehri). Der Orontes entspringt im Libanon und fließt durch Syrien in die türkische Region Hatay. Das heißt, dass sich die Türkei als Unterrainer in der Position der Verwundbarkeit befindet. Syrien als Oberanrainer nutzt 90% des gesamten Orontes. Während Syrien und der Irak der Türkei vorwerfen, das Euphrat- und Tigriswasser als Machtmittel einzusetzen, benutzt Syrien fast das gesamte Wasser des Flusses Orontes und ruft dadurch Engpässe in der Wasserversorgung der Provinz Hatay hervor.⁷⁷⁰

Am 26.9.2000 erörtere der syrische Innenminister al-Harba in Ankara Fragen der Zusammenarbeit mit der Türkei im Sicherheitsbereich⁷⁷¹ sowie die Verteilungsfrage des Euphratwassers, nachdem die Türkei (wegen der Trockenheit) die nach Syrien abfließende Wassermenge stark gedrosselt hatte.⁷⁷²

Es ist dennoch überraschend, wie gut die Türkei und Syrien mit der extremen Trockenheit der letzten Jahre fertig geworden sind. Obwohl die Türkei mit 70 Mio. Einwohnern gegenüber Syrien 15 Mio. einen höheren Bedarf hat, ist Ankara der Meinung, dass sie fair mit Syrien umgehe, wenn sie dem Nachbarland mehr als die Hälfte des Euphrat-Wassers überlässt.⁷⁷³ Die Türkei hält sich an ihre Verpflichtung, „die versprochenen 500 m³/s des Euphrat-Wassers an Syrien zu liefern. Wasserexperten beider Länder tauschen regelmäßig Informationen über Abflussmengen und den Wasserstand in den Stauseen aus. Das oft heraufbeschworene Szenario eines Krieges beider Länder über Wasser scheint wenig mit der Wirklichkeit zu tun zu haben.“⁷⁷⁴

Im Jahr 2001 sind die Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien weiter verbessert worden. Durch die Unterzeichnung eines Abkommens am 10.9.2001 in Damaskus wurde die Kooperation im sicherheitspolitischen Bereich verstärkt. Eine Stärkung der Zusammenarbeit im Gas- und Ölsektor sowie in der Landwirtschaft wurde nach mehreren gegenseitigen Besuchen vereinbart.⁷⁷⁵ So wuchs in den letzten Jahren das Handelsvolumen um ca. 300%.⁷⁷⁶ Man wird heute davon ausgehen können, dass die Annäherung beider Staaten auf pragmatischem Niveau seit 1998 beachtliche

⁷⁷⁰ Vgl. The Turkish Ministry of Foreign Affairs: Water Issues Between Turkey, Syria and Iraq, unter <http://www.mfa.gov.tr/grupa/ad/adg/>.

⁷⁷¹ Vgl. Ayşe K. Ellegaard: Şam' la yeni Sayfa („Neuanfang mit Damaskus“), in: Radikal vom 04. Oktober 2000.

⁷⁷² Vgl. Thomas Koszinowski/Hanspeter Mattes: a. a. O., S. 160.

⁷⁷³ Vgl. Dieter Brauer: Umstrittene Entwicklung-Die Staudammprojekte der Türkei an Euphrat und Tigris, in: Entwicklung und Zusammenarbeit Nr. 6, Juni 2001, unter <http://www.dse.de/zeitschr/ez601-5htm>.

⁷⁷⁴ Ebenda.

⁷⁷⁵ Vgl. Thomas Koszinowski/Hanspeter Mattes: a. a. O., S. 168 f.

⁷⁷⁶ Vgl. Turkish Daily News vom 13. Juni 2002.

Fortschritte gemacht hat, obwohl man von einer tiefgreifenden politischen Entspannung in den türkisch-syrischen Beziehungen nicht sprechen kann. Es sind mehrere Faktoren, die als Gründe für diese Verbesserung der Beziehungen zwischen Ankara und Damaskus in Betracht kommen:⁷⁷⁷

Ausweisung des PKK-Führers Öcalan aus Syrien,
Regimewechsel in Damaskus nach dem Tod des als dogmatisch und autokratisch eingeschätzten syrischen Staatspräsidenten Hafiz Assad⁷⁷⁸,
Regierungswechsel in Ankara (AKP-Regierung),
Entwicklung im Irak in der 'Post-Saddam-Zeit'.

Als übergreifende Faktoren spielen auch die syrisch-israelischen Spannungen (z.B. Frage der Golanhöhen) und die grundsätzlich antisyrische Politik Washingtons eine zentrale Rolle. Ankara hat seit Anfang 2000 die begrenzten Handlungsspielräume in der Nahost-Politik zu nutzen versucht und durch eine Reihe von bilateralen Abkommen mit Damaskus eine pragmatische Annäherung zwischen beiden Staaten ermöglicht.⁷⁷⁹ Vieles spricht dafür, dass die geopolitischen Veränderungen in den 1990er Jahren die Türkei in eine neue sicherheitspolitische Situation versetzt hat. Die türkische Nahostpolitik kann in dieser Hinsicht als ein Beispiel gelten, das die Möglichkeiten und Variablen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik veranschaulicht. Vor allem nach der Regierungsübernahme durch die AKP verbesserten sich die bilateralen Beziehungen zwischen Syrien und der Türkei. Diese Annäherung hat für die Türkei eine sicherheitspolitische und regionalstrategische Dimension. Die Bekämpfung der PKK als 'Motor' der separatistischen Kurdenbewegung hat für Ankara höchste sicherheitspolitische Priorität. Dabei geht es der Türkei vor allem um die Verhinderung eines unabhängigen Kurdenstaates. Es fanden mehrere Gipfeltreffen der irakischen Nachbarn statt: Januar 2003 in Istanbul, April 2003 in Riad, Oktober 2003 in Damaskus, Februar 2004 in Kuwait, Juli 2004 in Kairo und April 2005 in Istanbul.⁷⁸⁰ Dabei zeichnete sich ein trilateraler Konsens zwischen der Türkei, Syrien und dem Iran

⁷⁷⁷ Vgl. Dazu Erik L. Knudson: Syria, Turkey and the Changing Power Configuration in the Middle East: An Analysis of Political, Economic and Regional Differences, in: Tareq Y. Ismael/Mustafa Aydin (Hrsg.): Turkey's Foreign Policy in the 21 st Century. A Changing Role in World Politics. Aldershot/Burlington 2003, S. 202-205.

⁷⁷⁸ Vgl. Mehmet Öcal: Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (1990-2001), S. 220 f.

⁷⁷⁹ Vgl. Ebd., S. 220 f.

⁷⁸⁰ Vgl. S. Gülden Ayman: Irak İşgali, Komşuluk ve Dış Politika, in: Turkish Foreign Policy 34 (2005) 9-11, S. 59.

ab: „Ziel war die gemeinsame Verhinderung eines autonomen Kurdenstaates (...). Dieses gemeinsame Ziel wird von den drei Staaten auch noch in Zukunft verfochten werden und so als eine Art von kleinem strategischem Bedarf fungieren. Wie die USA darauf mittelfristig reagieren werden – weder zu Damaskus noch zu Teheran hat man nachhaltige funktionsfähige Beziehungen – bleibt abzuwarten. Ebenso sind die Rückwirkungen auf die amerikanisch-türkischen Beziehungen noch nicht abschätzbar.“⁷⁸¹

Während die USA eine politische „Umgestaltung des Nahen und Mittleren Ostens“⁷⁸² militärisch durchzusetzen versuchen, ist die Türkei an der Aufrechterhaltung eines Machtgleichgewichts in der Region interessiert. Vor diesem Hintergrund verhielt sich die Türkei im 3. Golfkrieg *de facto* neutral und lehnte eine von den USA geforderte „Unterstützung in der Politik gegen den Irak und den Iran“⁷⁸³ ab. Hier zeichnet sich ein Dissens zwischen Washington und Ankara ab, dessen Folgen schwer einzuschätzen sind. Trotz des gewachsenen Handlungsspielraums der türkischen Nahostpolitik muss Ankara den Interessen der USA in der Region Rechnung tragen, um nicht die grundlegende Doktrin einer Sicherheitspartnerschaft mit den USA zu gefährden. Nach Riemer gibt es folgende „Fakten“, die aus Sicht der USA von zentraler Bedeutung sind:⁷⁸⁴

Die USA sind nicht gezwungen, auf die türkischen Forderungen hinsichtlich der Behandlung der PKK und der Kirkuk-Frage einzugehen.

Die USA, die Türkei und die neue irakische Regierung müssen einen abgeglichenen Standpunkt zu den Entwicklungen im Irak haben und mit einer Stimme sprechen.

Wenn die USA Terrorismusbekämpfung erwähnen, so bezeichnen sie sich auf Syrien und den Iran als Unterstützung, auf Al Qaida und die palästinensischen Gruppen. Die PKK wird von den USA zwar als Terrorgruppe gesehen, aber mit Sicherheit nicht separat erwähnt und behandelt werden.

Die nationale Integrität des Irak ist im amerikanischen Interesse.

Die irakische Regierung wird durch die irakische Verfassung bestimmt.

Die irakische Nation wird über Kirkuk entscheiden.

⁷⁸¹ Vgl. Andrea K. Riemer: Strategische und geopolitische Überlegungen der USA, in: E. Reiter (Hrsg.): Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wien 2006, S. 94 f.

⁷⁸² Ebd., S. 98.

⁷⁸³ Ebd., S. 103.

⁷⁸⁴ Ebd., S. 103.

Die USA haben keine unmittelbaren Angriffspläne für den Iran, wenngleich eine Möglichkeit auf der Agenda von Bush steht.

Es gibt keinen konkreten Wirtschaftsplan für die türkischen Zyprioten.

Washington hat sich von der Türkei in der Phase vor dem Irakkrieg eindeutig im Stich gelassen gefühlt. So musste man sich an die Kurden wenden.

Dennoch unterstützen die USA die türkischen EU-Ambitionen und die IMF-Wünsche, wenngleich man deutlich machte, dass man sich in der Türkei im Klaren sein muss, dass ohne die USA nichts geht.

V.3. Türkisch-israelische Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Militärkooperation ab 1996

Die Türkei war der erste Staat der islamischen Welt, der den 1948 gegründeten Staat Israel anerkannt hatte. Dieser diplomatische Akt, der auf Druck der USA zustande gekommen war, führte dazu, dass die Türkei in der arabischen Staatenwelt weitgehend isoliert blieb. Zwischen 1957 und 1991 verschlechterten sich die Beziehungen Ankaras zu Israel. Als Reaktion auf die Suez-Krise (1956/1957) zog die Türkei ihren Botschafter aus dem Jerusalem ab und stufte die diplomatischen Beziehungen zu Israel auf die sogenannte konsularische Amtsträgerebene herab.⁷⁸⁵ Nach der Annexion Ost-Jerusalems durch Israel wurden von türkischer Seite die diplomatischen Beziehungen zu Jerusalem *de facto* eingefroren, ohne aber gänzlich abgebrochen zu werden.⁷⁸⁶ Durch die Annäherung der ehemaligen Feindstaaten Ägypten und Israel zeigten sich erste Risse in der 'Heiligen Allianz' des arabischen Lagers gegen Israel. Ägypten, Jordanien und auch Saudi-Arabien vollzogen einen Politikwechsel und akzeptierten wenige Jahre nach dem Jom-Kippur-Krieg die Existenz des jüdischen Staates. Im Zuge dieser realistischen Kehrtwendung wurden die 'politischen Karten' im Nahen Osten 'neu gemischt'.⁷⁸⁷ Ohne Unterstützung Ägyptens und des wirtschaftlich übermächtigen Saudi Arabiens war an den Aufbau einer arabischen Einheitsfront gegen Israel überhaupt nicht mehr zu denken. Vor diesem Hintergrund verbesserten sich die Beziehungen zwischen

⁷⁸⁵ Vgl. Çiğdem Akkaya: et al.: Länderbericht Türkei, S. 121.

⁷⁸⁶ Vgl. Alan Makovsky: Israeli-Turkish Relations: A Turkish Periphery Strategy?, in: Henri Barkey (Hrsg.): "Reluctant Neighbour: Turkey's Role in the Middle East.", United States Institute of Peace Press, Washington D.C. 1996, S. 150.

⁷⁸⁷ Vgl. Ofra Bengio/Gencer Özkan: Changing Relations: Turkish-Israeli-Arab Triangle, in: Perceptions 5 (2000) 3, S. 134-146.

der Türkei und Israel sukzessive.⁷⁸⁸ Am 31. Dezember 1991 nahmen Ankara und Jerusalem wieder volle diplomatische Beziehungen auf, die, wie man annehmen kann, auch gemeinsame sicherheitspolitische Interessen in der Region voraussetzen.⁷⁸⁹ Auffällig ist, dass vor allem die militärischen Eliten in Ankara eine Kooperation mit Israel begrüßt und forciert haben. Nach wechselseitigen Staatsbesuchen (Januar 1994: israelischer Staatspräsident Weizmann in Ankara; März 1996: Gegenbesuch des türkischen Staatspräsidenten Süleyman Demirel in Israel) wurde im August 1996 eine Rüstungskooperation vereinbart, die eine Modernisierung der türkischen F-4-Phantom-Bomber und F-16-Kampfflugzeuge durch Israel beinhaltet.⁷⁹⁰ Bereits im Februar 1996 hatten Ankara und Jerusalem einen Kooperationsvertrag über gemeinsame Militärausbildung unterzeichnet.⁷⁹¹

V.3.1. Übungen im Luftraum und gemeinsame Militärmanöver von Israel, der Türkei und der USA im Mittelmeer

Am 23. Februar 1996 unterzeichneten beide Staaten ein militärisches Kooperationsabkommen, das ein Informations-, Erfahrungs- und Personalaustausch umfasste.⁷⁹² Dieser Vertrag soll dem gemeinsamen Erwerb von Trainingserfahrungen, dem Austausch von Beobachtern bei Übungen der anderen Seite und der gegenseitigen Öffnung der Häfen dienen. Viermal im Jahr sollen eine Woche lang Flugzeuge im Luftraum der jeweils anderen Seite üben. Seit April 1996 finden diese Übungen regelmäßig statt.

Beide Seiten ziehen Vorteile aus dieser Kooperation: Die israelische Luftwaffe trainiert in Südostanatolien. Die geographische Beschaffenheit ähnelt dem Süden Syriens und ist nicht zufällig von der israelischen Armee für Trainingszwecke ausgewählt worden. Israelische Piloten erwerben Erfahrung in Hinsicht auf Langstreckenflüge (für Missionen im Iran unerlässlich) und beim Fliegen in

⁷⁸⁸ Vgl. Nadia E. El-Shalzy: Turkey and Israel: Arab Anger at New Axis, in: The World Today 55 (1999) 1, S. 25-27.

⁷⁸⁹ Vgl. John Tirman: The Ankara-Jerusalem Axis, in: Nation 268 (1999) 1, S. 20-23.

⁷⁹⁰ Vgl. "A Turkish Defence Industry", in: "NATO's 16 Nations and Partners for Peace-Special Issue: Defence and Economics in Turkey; Pillar of stability", Monch, Bonn 1998.

⁷⁹¹ Vgl. D. Marom: „Phantom Jet Deal Won't Be Cancelled Despite Turkish PM's Opposition“, in: Israel Business Arena vom 2. Dezember 1996 berichtet.

⁷⁹² Das Original-Memorandum, das die Basis für die militärische Kooperationsvereinbarung vom Februar 1996 bildete, wurde im vorangehenden September unterzeichnet. Ort und exaktes Datum der Unterzeichnung des Memorandums sind umstritten. Die angeführten Daten stammen von General Bir aus den türkischen Zeitungen *Yeni Şafak* und *Cumhuriyet* vom 10. Juni 1996.

Bergregionen, da hier die Erkennung feindlicher Flugzeuge wesentlich schwerer ist als auf See.⁷⁹³ Die israelische Luftwaffe könnte von türkischem Boden aus Militärschläge gegen die Hisbollah im Südlibanon und den Iran ausführen.⁷⁹⁴

Türkische Piloten haben die Möglichkeit, von der fortgeschrittenen Kriegstechnologie Israels zu profitieren; vor allem haben sie Zugang zum Direktionsinstrumentarium in der Negev-Wüste.⁷⁹⁵ Hierfür ein Beispiel: „Hartnäckig halten sich Gerüchte, wonach türkische Kampfflugzeug-Piloten bereits während des Sommers 1998 in Israel Angriffe auf simulierte Abwehr-Raketenstellungen geübt hätten.“⁷⁹⁶

Dieser Erfahrungsaustausch kann im Kriegsfall die Kooperation sehr erleichtern.

Im Januar 1998 hielten die USA, Israel und die Türkei ein gemeinsames Militärmanöver im östlichen Mittelmeer ab; beteiligt waren zwei türkische Fregatten, gefolgt vom US-Zerstörer „John Rodgers“ und zwei israelischen Korvetten. Auch ein israelisches Aufklärungsflugzeug sowie mehrere Hubschrauber nahmen an dem Manöver „Reliant Mermaid“ („Vertrauensvolle Meerjungfrau“) teil. Offiziell sollte das Manöver der Einübung von Einsätzen aus „humanitären Gründen“ dienen, einige Experten analysierten die Abläufe allerdings als maritime Operationen zur Lokalisierung und Aufbringung feindlicher Schiffe.⁷⁹⁷ Jordanien nahm als Beobachter an der Übung teil; Syrien und Ägypten sprachen von einer Bedrohung ihrer nationalen Sicherheitsinteressen.⁷⁹⁸

Angesichts der Proteste erklärten Marinesprecher der drei beteiligten Länder, die zwölfstündigen Übungen dienten ausschließlich friedlichen Zwecken. Geplant sei eine gemeinsame Seenotrettungsübung in internationalen Gewässern rund 80 Kilometer von der israelischen Küste entfernt. Es solle die Suche eines in Seenot geratenen Schiffes

⁷⁹³ Israelische Flugzeuge haben 1997 „120 Übungsflüge in der Türkei unternommen, viele hiervon als Praxis für Langstreckenmissionen, da der israelische Luftraum in dieser Hinsicht begrenzt ist.“ In: O’Sullivan, Arie: „IAF jets fly long-range training sorties in Turkey“, in: *Jerusalem Post* vom 12. Dezember 1997, S. 3.

⁷⁹⁴ John Pomfret: „Some Neighbourly Advice. Turkey pursues its ties to Israel“, in: *The Washington Post* – National Weekly Edition vom 10. bis 16. Juni 1996. Zu dem Iran-Aspekt siehe Hacke, Christian: „Die Politik der Clinton-Regierung im Nahen und Mittleren Osten“, in: *ApuZ* 49 (2000) 12, S. 13-18, S. 16.

⁷⁹⁵ Nach einigen Presseberichten hat die israelische Luftwaffe im August 1998 türkische Piloten für einen Luftschlag gegen Paphos trainiert, der neuen griechisch-zypriotischen Basis und vermutlichen Stationierungsort für die russischen S-300. Sie benutzten dafür eine Skizze der Landebasis, die auf von Israel erstelltem Bildmaterial basierte. Siehe Global Intelligence Update: „Turkey attempts to forge bloc impeding Cyprus Crisis“, 10. September 1998.

⁷⁹⁶ *Frankfurter Rundschau* vom 9. September 1998

⁷⁹⁷ „Naval exercise will link Israel, Turkey and USA“, in: *Jane’s Defence Weekly*, 17. Dezember 1997, S. 6.

⁷⁹⁸ *Berliner Morgenpost* vom 8. Januar 1998.

geprobt werden, sagte der israelische Flottenchef, Ofer Doron.⁷⁹⁹ Der israelische Verteidigungsminister Mordechai begründete die Marineübung hingegen damit, daß sie dazu dienten, „den Frieden in der Region zu erhalten und gegen uftwaße im August 1998 türkische Piloten für einen Luftschlag gegen Paphos trainiert, der neuen mögliche Angriffe solcher Staaten zusammenzuarbeiten, die den Terrorismus unterstützen, sowie ballistische Raketen und Chemiewaffen herstellen.“⁸⁰⁰

Die Adressaten dieser Botschaft waren offensichtlich Iran, Syrien und Irak.

Beim Besuch des türkischen Premierministers Yılmaz im September 1998 in Israel sprach der israelische Premier Netanyahu von einer „zentralen Achse“, die das „Fundament der Sicherheitsstrukturen in dieser Region“ bilden können. Die israelische Presse bezeichnete die Militärkooperation beider Länder als einen der wichtigsten diplomatischen Erfolge der israelischen Außenpolitik seit der Unterzeichnung des Osloer Friedensabkommens vor fünf Jahren. Beide Länder seien „natürliche Verbündete“ und ihre Zusammenarbeit werde „die strategische Balance im Nahen Osten verändern.“⁸⁰¹

V.3.2. Gegenseitige geheimdienstliche Verbindungen, Infiltrationsmethodik, Bekämpfung der PKK und Strategisches Forum

Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass die diversen Militärabkommen die nachrichtendienstlichen Verbindungen gestärkt haben.⁸⁰² Im April 1996 hat General Çevik Bir betont, dass Israel um türkische Unterstützung in geheimdienstlichen Bereich gebeten habe.⁸⁰³ Israels Hauptziel sei Syrien, der Iran das zweite Ziel, meinte er. Es wird angenommen, dass die Türkei auf dieses Ansinnen positiv geantwortet hat.⁸⁰⁴ Negative Auswirkungen für Israel zeitigte allerdings die Weitergabe von Geheimdienstinformation über den Aufenthaltsort des kurdischen Guerillaführers Abdullah Öcalan an die Türkei. Die Folge war dessen Verhaftung durch türkische

⁷⁹⁹ *Berliner Morgenpost* vom 8. Januar 1998.

⁸⁰⁰ Nützliche Nachrichten 1/1998, S. 13 und 3/1998, S. 10.

⁸⁰¹ *Frankfurter Rundschau* vom 9. September 1998.

⁸⁰² Vgl. dazu die türkischen Zeitungen *Yeni Şafak* und *Cumhuriyet* vom 10. Juni 1996.

⁸⁰³ Vgl. dazu die türkischen Zeitungen *Yeni Şafak* und *Cumhuriyet* vom 10. Juni 1996.

⁸⁰⁴ SWB ME/2581 MED/9, 9. April 1996

Sicherheitsbeamte in Kenia.⁸⁰⁵ Bei den folgenden internationalen Protesten wurden auch israelische Einrichtungen zur Zielscheibe von Aktionen.⁸⁰⁶

Die Türkei profitiert bei der Überwachung ihrer Grenze zum Irak und bei der Unterbindung des Eindringens von PKK-Einheiten aus Nachbarländern von den israelischen Erfahrungen aus der südlibanesischen „Sicherheitszone“. Im Mai 1997 besuchte der türkische Verteidigungsminister die Golanhöhen, um zu überprüfen, ob die von Israel angewandten Methoden zur Infiltrationsverhinderung auch an der Grenze zum Irak einsetzbar seien. Es erscheint – entgegen der dementierenden Meldungen von beiden Seiten – zudem wahrscheinlich, dass israelische Militärbeobachter an den Planungen der türkischen Offensive im Nordirak und am Legen von Minen und Stacheldrahtsensoren beteiligt waren.⁸⁰⁷ Des Weiteren sollen türkische Elitetruppen von israelischen Experten im Guerillakrieg gegen kurdische Separatisten ausgebildet worden sein.⁸⁰⁸

Hinsichtlich der Frage der Unterstützung der türkischen Armee bei ihrem Kampf gegen die PKK hat Israel seine Zurückhaltung aufgegeben. Die geänderte Haltung kann an der Wahl Netanyahus am 8. Mai 1996 und an dem Ende des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses festgemacht werden. Der neue israelische Ministerpräsident Netanyahu zögerte nicht, die Unterstützung der PKK durch Syrien zu verurteilen und unterstützte die Idee der Isolierung der die kurdische Seite unterstützenden Staaten. Netanyahu verwarf in einem Interview im türkischen Fernsehen die Idee eines kurdischen Staates und verurteilte die PKK: „Die Türkei hatte terroristische Angriffe der PKK zu erleiden und wir sehen zwischen dem Terrorismus der PKK und dem Terrorismus, den Israel zu erleiden hat, keinen Unterschied.“⁸⁰⁹ Israelische Offizielle relativierten diese Äußerungen, indem sie feststellten, dass „wir nicht von einem Angriff auf die Kurden reden. Wir reden eher über den Umgang mit Gruppen, die von Syrien unterstützt werden.“⁸¹⁰

Während die Haltung der neu gewählten Barak-Regierung hinsichtlich der Kurdenfrage anfänglich unklar war, hat Ankara positiv registriert, dass Barak die

⁸⁰⁵ Vgl., Alon Liel: „Israel und die Türkei“, in: *Internationale Politik* 55 (2000) 11, S. 33.

⁸⁰⁶ Ebd.

⁸⁰⁷ Der Sekretär der Sozialistischen Partei Kurdistans, M. H. Mahmud sagte, daß 17 israelische Militärberater im Juni 1997 an einer Militäraktion der türkischen Streitkräfte an der türkisch-irakischen Grenze teilgenommen haben. Siehe Olson, Robert, 1997/2, S. 178-179. Und siehe IRNA und Med-TV.

⁸⁰⁸ *Die Welt* vom 29. Oktober 2000.

⁸⁰⁹ In: *Ha'aretz* vom 27. Mai 1997.

⁸¹⁰ Vgl. Rodan Steve: „A Growing Alliance“, in: *Jerusalem Post* vom 2. Mai 1997, S. 9.

Teilnahme von drei Kabinettsmitgliedern an einem Treffen zwischen Vertretern der Arbeiterpartei und des kurdischen Exilparlaments verhindert habe.⁸¹¹

Zuletzt wurde auch ein gemeinsames Forum für strategische Untersuchungen und Vereinbarungen institutionalisiert. Es finden alle sechs Monate Treffen statt, bei denen hochrangige Offizielle anstehende strategische Fragen diskutieren. Nach Auffassung von Efraim Inbar ist dies das „Herz der Verbindung.“⁸¹²

V.3.3. Die Militärindustrie

Das Abkommen über die Militärindustrie vom 26. August 1996 hat den Rahmen für den Transfer von Militärtechnologie und Know-How geschaffen. Die Türkei kann durch diese Vereinbarung (mit der Tolerierung durch das Pentagon) Waffen und Technologien erhalten, die sie aufgrund von Einschränkungen wegen Menschenrechtsverletzungen und hinsichtlich der Auseinandersetzungen mit Griechenland in Europa und den USA nicht bekommen würde. Die Zuverlässigkeit, die Modernität der Technologie und die Möglichkeit, beinahe alle benötigten Anwendungsbereiche abzudecken, hat die israelische Rüstungsindustrie zu einem unersetzlichen Partner der türkischen Armee werden lassen.⁸¹³

Der türkische Militärapparat befindet sich momentan in einer gigantischen Aufrüstungs- und Investitionsphase: 31 Milliarden Dollar sollen in den nächsten fünf Jahren für die Neubewaffnung und Modernisierung ausgegeben werden; in den nächsten 25 Jahren werden sogar 150 Milliarden Dollar an Rüstungsausgaben angepeilt.⁸¹⁴ Der Transfer israelischer Technologie dient zudem der generellen Entwicklung der türkischen Industrie, die momentan nur 21% der militärischen Anforderungen abdecken kann.⁸¹⁵

Die Operation beinhaltet das Nachrüsten der F-4- und der F-5-Kampfflugzeuge. Darüber hinaus ist die Rede von der Lieferung von in Israel gefertigten Luft-Luft-Raketen des Typs *Popeye*, von der gemeinsamen Entwicklung eines Marschflugkörpers mit Namen *Delilah* zur Abwehr von Luftabwehrraketen und von Schiff-Schiff-Raketen,

⁸¹¹„Israel under no delusion“, in: *Turkish Press Review* vom 21. Juli 1999.

⁸¹² Efraim Inbar 1998 b.

⁸¹³ In *Turkish Daily News* vom 7. Februar 1998.

⁸¹⁴ *Turkish Daily News* vom 7. Februar 1998.

⁸¹⁵ Vgl. „A Turkish Defence Industry“ in: „NATO’s 16 Nations and Partners for Peace – Special Issue: Defence and Economics in Turkey; Pillar of stability“, Monch, Bonn 1998.

von der Lieferung israelischer Nachtsichtgeräte für Hubschrauber und israelischer Raketen-Abwehrraketen vom Typ *Arrow*.⁸¹⁶

Für die israelische Industrie sind die türkischen Rüstungsanstrengungen eine „Goldgrube“. Verteidigungsminister Mordechai: „Wir haben für israelische Firmen den Weg für den Verkauf und für Aktivitäten in der Türkei geöffnet (...) wir stehen erst am Anfang.“⁸¹⁷ Das Abkommen gibt der israelischen Industrie die Möglichkeit, den technologischen Vorsprung im Vergleich mit den Nachbarländern zu behalten, die Probleme durch den verringerten israelischen Verteidigungshaushalt und die Krise des weltweiten Waffenmarktes auszugleichen.

Die Möglichkeiten in Bezug auf die Verteidigungsanstrengungen der Türkei wurden von General i. R. Sıtkı Orun in einem Interview mit der *Jerusalem Post* im Januar 1997 auf den Punkt gebracht. Nach dem Hinweis auf das steigende Budget der Türkei erklärte er, dass die wachsende Sensibilität in Europa und den USA gegenüber Waffenverkäufen an die Türkei israelischen Firmen Vorteile verschaffe.⁸¹⁸ Dieselbe Haltung vertrat Efraim Inbar: „Wir Israelis haben bereits vor länger Zeit gelernt (die Türkei in letzter Zeit), dass aus politischen und anderen Gründen die USA und Westeuropa nicht immer zuverlässige Waffenlieferanten sind; daher müssen neue Wege gefunden werden.“ Er schließt: „Es handelt sich um ein gutes Geschäft und wir sind auch bereit, der Türkei wichtige Technologie zu geben, da sie Waffen unter der Voraussetzung kauft, dass ihr die Technologie übergeben wird.“⁸¹⁹

⁸¹⁶ Der weitgehende Vertrag, den Israel bis jetzt abgeschlossen hat, hat einen Umfang von 630 Millionen Dollar. Er umfasst die Aufrüstung von 54 türkischen F-4. Ein israelisch-singapurisches Konsortium schloss einen entsprechenden Vertrag über 75 Millionen Dollar für die 48 F-5 ab. Die Türkei willigte in den Kauf von 100 *Popeye* I-Raketen und von größeren Benzintanks für ihre F-16 ein. Zudem erklärten sie sich bereit, 200 *Popeye* II für eben diese Flugzeuge ko-zuproduzieren. Israel bietet der Türkei an, den *Merkava* als neuen Panzer zu kaufen und hat weiterhin angeboten, die veralteten türkischen M 60-Panzer zu modernisieren. Zudem boten sie der Türkei den Kauf von unbemannten Flugkörpern (UAV) und von Frühwarnflugzeugen (AEWC) an. Weiterhin ist Israel mit der russischen Herstellerfirma der *Kamov*-Helikopter in einem Joint- Venture verbunden und hat eine vergleichbare Vereinbarung mit der italienischen Firma Agusta. Beide bieten der Türkei den Kauf ihrer Helikopter an. 1998 vereinbarten die Türkei und Israel eine Kooperation über die Produktion einer neuen antiballistischen Rakete (*Delilah*), die der *Arrow* vergleichbar ist, die von Israel mit finanzieller Unterstützung der USA entwickelt worden ist.

⁸¹⁷ „Israel's eyes ‚gold mine‘ in Turkish arms deals“, in: *Reuters* vom 9. Dezember 1997.

⁸¹⁸ So Rodan, Steve: „Turkey wants more arms deal with Israel“, in: *Jerusalem Post* vom 27. Januar 1997, S. 8.

⁸¹⁹ Efraim Inbar 1998 b.

V.3.4. Die strategische Allianz Türkei-Israel aus Sicht der arabischen Staaten

Der militärische Schulterschluss der Türkei mit Israel wird von den arabischen Nachbarn mit Skepsis gesehen. Vor allem Syrien fühlt sich bedroht und versucht auf allen internationalen Foren, Resolutionen und Beschlüsse gegen die Türkei zu erwirken. Syrien sah sich von der Türkei und Israel in die Zange genommen,⁸²⁰ unabhängig davon, dass die Verteidigungsminister der Türkei und Israels versicherten, dass sich ihre Zusammenarbeit nicht gegen Drittstaaten richte.⁸²¹

Der türkische Verteidigungsminister kritisierte am 29. Oktober 2000 die am Vortag von den 55 Mitgliedsländern der *Organisation der islamischen Konferenz* (OIC) verabschiedete Resolution, in der jegliche Militärkooperation moslemischer Staaten mit Israel verurteilt wurde.⁸²² Die türkische Diplomatie konnte vor dem Gipfeltreffen eine von Syrien betriebene Verurteilung Ankaras abmildern. Iran und Ägypten setzten sich für eine Kompromissformel ein, in der Länder mit einem Verteidigungsabkommen mit Israel aufgefordert wurden, ihre Haltung zu überdenken.⁸²³ Das israelische Außenministerium betonte, das Abkommen mit der Türkei sei „nichts Besonderes“, ähnliche Abmachungen gebe es mit gut 20 weiteren Staaten.⁸²⁴

1996 hatte der türkische Außenminister İmre Gönensay festgestellt, dass die Türkei nicht der Pflicht unterliege, irgendjemanden davon zu unterrichten, welche Vereinbarungen sie zur Sicherung ihrer Verteidigung treffe.⁸²⁵ Bei seiner Rede anlässlich des UNO-Städtegipfeltreffens in Istanbul äußert sich der israelische Staatspräsident Ezer Weizman folgendermaßen: „Gemeinsam seien den beiden Ländern die demokratischen und fortschrittlichen Werte, die unglücklicherweise in dieser komplexen Region nicht überall akzeptiert würden und der entschlossene Kampf gegen den Terrorismus.“⁸²⁶ Weiterhin stellte Weizman klar, daß kein arabisches Land sich durch diese Zusammenarbeit bedroht fühlen müsse.

Syrien interpretierte die türkisch-israelische Allianz als einen Versuch der regionalen Außenmächte, durch engere Kooperation die potentielle Bedrohung durch die arabischen Innenmächte (und hier vor allem Syrien, aber auch Irak und Iran)

⁸²⁰ Vgl. Alon Liel: a. a. O., S. 34.

⁸²¹ *Die Welt* vom 29. Oktober 2000.

⁸²² a. a. O.

⁸²³ a. a. O.

⁸²⁴ a. a. O.

⁸²⁵ Vgl. Alon Liel: a. a. O., S. 34.

⁸²⁶ In: *Tagesanzeiger* vom 13. Juni 1996.

auszubalancieren.⁸²⁷ Der syrische Präsident Assad versuchte nun seinerseits, neue Allianzen zustande zu bringen,⁸²⁸ um aus der türkisch-israelischen Einkreisung auszubrechen.⁸²⁹ Zu diesem Zwecke nahm Syrien die Beziehungen zum bisherigen Hauptrivalen Irak wieder auf⁸³⁰ und intensivierte die ohnehin schon guten Kontakte zum Iran. Ein weiterer Schritt zum Aufbau einer neuen regionalen Allianz im Nahen Osten und der Golfregion war das Bemühen von Assad, sich als Vermittler in den Konflikten zwischen dem Iran und Saudi-Arabien am Persischen Golf sowie zwischen dem Irak und dem Iran anzubieten.⁸³¹ Diese Versuche blieben allerdings bisher ohne Ergebnis, auch weil Syrien über keine ausreichenden Machtpotentiale verfügt.

V.3.5. Das Verhältnis von NATO und EU zu der türkisch-israelischen Allianz

Die Türkei und die USA sind im Rahmen der NATO direkte militärische Bündnispartner, Israel jedoch nicht. Die NATO selbst hat keinen direkten Einfluss auf das Verhalten dieser Dreiecks-Allianz im Nahen und Mittleren Osten, bei dem es sich um ein eigenständiges Militärbündnis handelt.⁸³²

Die USA könnten durch diese Allianz die europäischen NATO-Staaten in ihrer *out of-area* Politik u. a. zur Sicherung der Zugänge zu Rohstoffen aus dem Nahen Osten ausgrenzen.⁸³³ So hatte z. B. während der Irak-Krise Anfang 1998 die französische Regierung aus Rücksicht auf eigene Öl-Interessen gegen einen erneuten Militärschlag gegen den Irak votiert. Solche aus Sicht der USA unsicheren oder zu eigenständigen Partner könnten den eigenen Interessen Schaden zufügen.⁸³⁴ Dagegen werden die Türkei und Israel als sichere Partner für die USA angesehen.

⁸²⁷ So Heinz Kramer: „Die Türkei in den sicherheitspolitischen Herausforderung nach dem Ende des Kalten Krieges“, in: Trummer, Peter/Fleischer, Sabine/Pühs, Wolfgang (Hrsg.): „Die Lage im östlichen Mittelmeerraum als Aspekt deutscher Sicherheitspolitik“, Baden-Baden 1997, S. 69 - 118. Ein ähnliches Urteil, wenngleich mit negativer Konnotation fällt John Nomikos: „A New Era for Turkish-Israeli Relations“, Athen 1996.

⁸²⁸ *Handelsblatt* vom 12./13. September 1997.

⁸²⁹ Die Einkreisungsfurcht Syriens wurde Ende 1996 auch dadurch verstärkt, dass die Türkei ein an das türkisch-israelische Abkommen angelehntes Abkommen mit Jordanien schloss. Vgl. Sariibrahimoğlu, Lale: „Turkey, Jordan Unlock Pilot Training Exchange“, in: *Jane's Defence Weekly* vom 20. November 1996.

⁸³⁰ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. November 2000.

⁸³¹ Vgl. Richard W. Murphy: „Syria: Not so inscrutable“, in: *The World Today* 52 (1996) 8-9, S. 203-205.

⁸³² Andreas Buro, ebd., 2 (1999) 1, S. 5.

⁸³³ a. a. O.

⁸³⁴ a. a. O.

V.3.6. Aspekte der Kooperation im zivilem Bereich und Freihandelsabkommen

Die türkisch-israelischen Beziehungen haben sich in jüngster Vergangenheit in erheblichem Umfang entwickelt. Die zahlreichen Besuche hochrangiger Offizieller haben in den sechs Jahren seit dem Bestehen der Allianz zu einer Vielzahl von Abkommen in fast allen Bereichen geführt. Dazu gehören Abkommen in verschiedenen Bereichen der Kultur, der Wissenschaft, des Umwelt- und Naturschutzes. Vereinbarungen bestehen darüber hinaus im Post- und Telekommunikationswesen, über Maßnahmen zur Unterbindung des Drogen- und Narkotikumschmuggels, im Gesundheitswesen und in der Landwirtschaft, über die Regulierung des freien Handels von Zollwaren, zur Förderung oder zur Kontrolle von finanziellen Investitionen, über die Vermeidung von Doppelbesteuerungen und über andere technische und wirtschaftliche Kooperationen.⁸³⁵ Kurz: Neben der engen militärischen Verbindung besteht eine ausgedehnte zivile Kooperation zwischen der Türkei und Israel, in der ein großes Zukunftspotential liegt.

Am 18. Juli 1997, eine Woche nach der Vertrauensfrage, durch die sie ins Amt gekommen war, nahm die Regierung unter Yilmaz das Dekret an, das das Freihandelsabkommen zwischen beiden Staaten in Kraft setzte.⁸³⁶ Ursprünglich war es während des Besuches von Präsident Demirel in Israel im März 1996 unterzeichnet und vom türkischen Parlament im April 1997 ratifiziert worden. Das Erbakan-Kabinett hatte die notwendige Annahme durch die Regierung allerdings mehrmals verschoben.⁸³⁷

Das unterzeichnete Dokument eröffnete neue Möglichkeiten hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten, nicht nur im kommerziellen Bereich, sondern auch im Bereich von Investitionen, industrieller und landwirtschaftlicher Kooperation.

Beide Seiten streben für das Jahr 2000 ein bilaterales Handelsvolumen von zwei Milliarden Dollar an, ein ehrgeiziges, kaum erreichbares Ziel: 1998 betrug das Handelsvolumen 700 Mio. Dollar; 11 Jahre zuvor belief es sich auf lediglich 18 Mio. Dollar.⁸³⁸

⁸³⁵ Vgl. Amikam Nachmani, 1998/2, S. 26.

⁸³⁶ Das Freihandelsabkommen hob die Zollbeschränkungen für mehr als 90% der Güter auf. Für die restlichen 10% sollten die Zollbeschränkungen im Jahr 2000 fallen.

⁸³⁷ "Turkey, Israel move closer to custom pact", in: *Turkish Probe* vom 15. März 1996, S. 24.

⁸³⁸ Vgl. Saadet Oruç: "Turkish Trade via Israel to the Us expected to boost export volume", in: *Turkish Daily News* vom 5. Januar 1999.

V.3.7. Wasserkäufe

Israel hat auch den US-Markt für türkische Produkte geöffnet: Türkische Firmen verkaufen Textilien und andere Gebrauchsgegenstände via Israel zollfrei in die USA.⁸³⁹ Diese Exportchancen stärken die türkische Wirtschaft, die im Gegenzug israelische Firmen beauftragt, Bewässerungs- und landwirtschaftliche Projekte in der GAP-Region (Südöstliches Anatolienprojekt) durchzuführen.⁸⁴⁰

Israelische Firmen zeigen an GAP großes Interesse; verschiedene Firmen zogen– angelockt durch geringere Lohnkosten–von Israel in den Südosten der Türkei um. Die Beteiligung am GAP eröffnet Perspektiven, um fortgeschrittene israelische Technologien für den Transport und die Verteilung von Wasser anzuwenden. Die Kooperation umfasst zudem Schulungsaktivitäten: An GAP beteiligte türkische Offizielle besuchen regelmäßig Kurse am Internationalen Zentrum für Landwirtschaftliche Entwicklung und Kooperation (INADCO), dem großen Forschungs- und Schulungszentrum in Israel.⁸⁴¹

Auch die Förderung des Tourismus ist ein wichtiger Bestandteil der zivilen Austauschformen: 300.000 bis 400.000 israelische Touristinnen und Touristen besuchen jährlich die Türkei. Sie geben mehr als 400 Mio. Dollar aus.⁸⁴² Im Vergleich zu 7000 israelischen Besucherinnen und Besuchern im Jahr 1986 ist dies eine beeindruckende Steigerung.⁸⁴³

Seit 1990 zeigt die Türkei Interesse an Wasserverkäufen nach Israel. Wasser war während des Besuches von Präsident Demirel in Israel im Juli 1999 ein wichtiges Thema. Das türkische Angebot an Israel, das ähnliche Angebote zuvor immer abgelehnt hatte, beläuft sich auf 180 Mill m³ pro Jahr. In der Barak-Administration schien dieses Angebot auf Interesse gestoßen zu sein: Es wurde die Entscheidung getroffen, ein gemeinsames Komitee einzusetzen, das über die wirtschaftlichen Aspekte und die Realisierung diskutieren soll.⁸⁴⁴

⁸³⁹ Vgl. Saadet Oruç: „Turkish trade via Israel to the US expected to boost export volume“, in: *Turkish Daily News* vom 5. Januar 1999.

⁸⁴⁰ Vgl. Gülgün Akbaba: „Işığıyla Gölgesiyle GAP“, *Bilim ve Teknik Dergisi*, 401/2001.

⁸⁴¹ Ebd.

⁸⁴² Die Daten gehen zurück auf E. Guvendiren, den Vorsitzenden des gemeinsamen türkisch-israelischen Rates für wirtschaftliche Kooperation. Vgl. *Turkish Daily News* vom 7. Februar 1998.

⁸⁴³ Ebd.

⁸⁴⁴ „Turkey, Israel to establish a water Commision“, in: *Turkish Daily News* vom 16. Juli 1999.

V.3.8. Wirtschaftliche Beziehungen nach Zentralasien und in den Transkaukasus

Die potentielle Bedeutung der wirtschaftlichen Verbindung zwischen der Türkei und Israel wird noch deutlicher, wenn die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten in beiden Staaten und in den ehemaligen asiatischen Teilrepubliken der UdSSR berücksichtigt werden. Hier kann nämlich die türkische „Eintrittskarte“ Israels Wunsch nach ausgedehnten Handelsbeziehungen in den zentralasiatischen und kaspischen Raum unterstützen.⁸⁴⁵ Der israelische Handelsminister Harish betonte während des Besuches des türkischen Außenministers Cetin im November 1993, dass Ankara ein wichtiger Partner für die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen nach Zentralasien und in den Transkaukasus sei. Er fügte hinzu, dass „die Türkei eine wichtige intermediäre Rolle zwischen Israel und den muslimischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion spielen kann.“⁸⁴⁶ Der israelische Außenminister Peres traf während seines Türkei-Besuches im April 1994 das türkische Interesse mit der Aussage, dass für wirtschaftliche Projekte in den zentralasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion eine Partnerschaft zwischen den USA, Israel und der Türkei denkbar und möglich sei. Peres erklärte, dass „jede Person mit gesundem Menschenverstand für den Erfolg des säkulären und demokratischen Türkei-Modells (im Vergleich zum iranischen Modell) in Bezug auf die Einflussnahme in den muslimischen Republiken Zentralasiens beten solle.“⁸⁴⁷ Wenige Monate später unterzeichneten die USA, Israel und das Türkische Büro für Internationale Kooperation (TIKA) ein Abkommen über den Beginn eines landwirtschaftlichen Programms in Usbekistan und Turkmenistan.⁸⁴⁸ Etwas später hat Israel für den Fall, dass die geplante Pipeline aus Zentralasien und dem Kaukasus durch das Gebiet der Türkei führen sollte, Interesse an Öl- und Gaslieferungen bekundet.⁸⁴⁹

⁸⁴⁵ Laurent Mallet: „Nell'ex Asia Sovietica sionismo fa rima con capitalismo“, LiMes 4, 1995, S. 255. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die auf Einflussnahme in Zentralasien zielende türkisch-israelische Kooperation für beide Parteien bisher nicht die erhofften Ergebnisse gebracht hat. Siehe Lochery, Neill: „Israel and Turkey: deepening Ties and Strategic Implications, 1995-1998“, in: *Israeli Affairs* 5 (1998) 1, S. 57.

⁸⁴⁶ *Jerusalem Post* vom 15. November 1993, S. 2.

⁸⁴⁷ SWB EE/1972 B/6-7 vom 15. April 1994.

⁸⁴⁸ *Turkish Daily News* vom 1. November 1994.

⁸⁴⁹ Vgl. Saadet Oruç: „Turkey, Israel to enhance strategic ties with Caucasus“, in: *Turkish Daily News* vom 16. März 1998.

Die insgesamt 19 Vereinbarungen in zivilen und wirtschaftlichen Bereichen zwischen der Türkei und Israel manifestieren eindeutig die Bedeutung, die beide Staaten der bilateralen Beziehung beimessen.⁸⁵⁰ Allerdings ist die AKP in der Bewertung der türkisch-israelischen Beziehungen realistischer, was ihre Entwicklungspotentiale betrifft.

V.4. Türkisch-iranische Beziehungen

Nach dem Sieg der islamischen Revolution im Iran und der Ausrufung des Gottesstaates (islamische Republik Iran) durch den Ayatollah Khomeini im Jahre 1979 verschlechterten sich die Beziehungen der Türkei und des Iran. Ankara befürchtete auf Grund der aggressiv-islamistischen Rhetorik des neuen religiösen Regimes in Teheran eine expansionistische Strategie des Iran. Das Staatsoberhaupt Khomeini schien diese Ängste zu bestätigen.⁸⁵¹

„That we say revolution must be exported everywhere, do not deduce from this the wrong meaning that we want to engage in conquest... We want the awakening that occurred in Iran, leading to a distancing from the superpowers and cutting their hands from our resources, to occur among all nations and states. Our wish is for all nations and states to awaken and free themselves from this predicament, the dominance they are under, squandering of all their resources and the poverty in which they live.“

Durch die islamische Revolution hat sich das Machtgefüge in der gesamten Region verändert.⁸⁵² Bis 1979 hatten die USA den Iran unter dem Schah massiv unterstützt und als die führende Regionalmacht betrachtet. Nach der Machtübernahme durch Khomeini fühlte sich die laizistische Türkei durch die Ankündigung der neuen Führung in Teheran, die 'islamische Revolution' zu exportieren, bedroht. Teheran übte in der Tat auf die islamischen Staaten einen enormen Druck im Zeichen eines religiösen Fundamentalismus aus. Der Traum von der 'Wiedergeburt' (arabisch: ba'ath) einer weltweiten Einheit aller islamischen Staaten ging zweifelsohne vom Regime des Ayatollah Khomeini in Teheran aus. Die traditionell guten Beziehungen zwischen der Türkei und dem Iran änderten sich schlagartig. In Ankara wurde aufmerksam registriert, dass sich in einigen Kreisen innerhalb der türkischen Gesellschaft Sympathien für den

⁸⁵⁰ Diese Gesamtzahl an Vereinbarungen wurde von O. Çelikkol, einem hohen Offiziellen im türkischen Außenministerium, in seiner Rede "Die Türkei und der Mittlere Osten: Politik und Aussichten" vor dem Washingtoner Institut am 6. April 1998 genannt.

⁸⁵¹ Zitiert nach Mohammed A. Emani: Iran-Arab Relations, in: The Iranian Journal of International Affairs 7 (Winter 1996) 4, S. 800 (Beitrag: S. 797-833).

⁸⁵² Vgl. İhsan Gürkan: Turkish-Iranian Relations: Dynamics in Continuity and Change, in: Turkish Review of Middle East Studies 7 (1993), S. 59-97.

islamischen Fundamentalismus iranischer Prägung entwickelten.⁸⁵³ Die politisch-gesellschaftliche 'Modellkonkurrenz'⁸⁵⁴ zwischen dem Iran und der Türkei war enorm: Die Türkei ist, wie erwähnt, ein laizistischer Staat, in dem der Islam qua Verfassungsordnung aus dem öffentlich-staatlichen Leben verdrängt worden ist, während im Iran Politik und Religion eine Synthese eingegangen waren.⁸⁵⁵ Die staatlichen Religionsbehörden in Ankara reagierten unverhohlen kritisch gegenüber dem 'Propagandafeldzug der Mullahs'.⁸⁵⁶ Für die religiösen Führer der türkischen, mehrheitlich sunnitischen Muslime führte der Aufruf der iranischen Fundamentalisten (mehrheitlich: Schiiten) zu einer Zerstörung der Umma, d.h. der Gemeinschaft aller Muslime.⁸⁵⁷ Gerade der Krieg zwischen dem Irak und der Islamischen Republik Iran (1979 – 1988) wurde in Ankara als Beleg dafür genommen, dass der politische Islam, wie ihn Ayatollah Khomeini propagierte, zu einer irreversiblen Instabilität („*irreversible instability*“)⁸⁵⁸ des gesamten Nahen und Mittleren Ostens geführt habe. Bereits Anfang der 1980 er Jahre wurden die Grundzüge der türkischen Nahostpolitik erkennbar. Die Türkei verfolgte eine Politik des Gleichgewichts („*Middle Eastern balance of power*“)⁸⁵⁹ im Nahen Osten. Die politische Haltung der Türkei in diesem Zeitraum kann als auffällig vorsichtig und zurückhaltend bewertet werden. Während der Westen im Iran-Irak-Krieg bald das Bagdader Regime mit Waffenlieferungen (Frankreich) unterstützte, um die konventionell-militärische Überlegenheit des Iran zu kompensieren, plädierte Ankara für einen sofortigen Waffenstillstand der Kriegsparteien und die Wiederherstellung des Status quo.⁸⁶⁰ Die größte Sorge Ankaras bestand darin, dass durch den militärischen Sieg einer Kriegspartei (Iran oder Irak) das Kräftegleichgewicht in der Region zerstört werden könnte und eine (neue) Regionalmacht auch die Türkei bedrohen würde. Kurz vor seinem Tod zeigte sich aber der iranische Revolutionsführer Khomeini bereit, 1988 einen Kompromissfrieden mit dem Irak zu schließen. Obwohl der Nachfolger Khomeinis, Ayatollah Sayed Ali Khamenei (seit 1989), die islamische Theokratie mit aller Härte gegen liberale, pro-westliche Positionen verteidigte, verfolgte

⁸⁵³ Vgl. dazu Ferroz Ahmad: Islamic Reassertation in Turkey, in: Third World Quarterly 10 (1988) 2, S. 750-786.

⁸⁵⁴ Vgl. Peter C. Gordon: Remarks on Middle Eastern Policy. Palo Alto 2003, S. 119 f.

⁸⁵⁵ Vgl. ebd., S. 122.

⁸⁵⁶ Vgl. ebd., S. 123.

⁸⁵⁷ Vgl. ebd., S. 119-123; 134-137 (dort: "Turkish Policy and Iranian Fundamentalism-a religious divorce").

⁸⁵⁸ Ebd., S.138.

⁸⁵⁹ Ebd., S.140.

⁸⁶⁰ Vgl. ebd., S.142-147.

Teheran außenpolitisch fortan eine eher realistische und berechenbare Politik.⁸⁶¹ Unter dem politischen Führer, Staatspräsident Rafsanjani (bis 1997), milderte sich sukzessive die Rigorosität des schiitischen Fundamentalismus, auch und nicht zuletzt unter den Zwängen eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus mit Hilfe des Westens.⁸⁶² Die Türkei hat hier eine wichtige Mittlerrolle übernommen und einen politisch-wirtschaftlichen Dialog mit Teheran initiieren können.⁸⁶³ Allerdings blieben die Beziehungen zwischen Ankara und Teheran bis in die Gegenwart gespannt, weil – in der Bewertung der militärischen und zivilen Eliten der Türkei – Teheran die PKK und die islamischen Fundamentalisten (scil. in der Türkei) unterstützten. Ab Mitte der 1990er Jahre zeichnete sich ein völlig neues Bild ab.⁸⁶⁴

„Die Etablierung islamisch-fundamentalistischer Kräfte in der Türkei, besonders durch die starke Position der Wohlfahrtspartei, die Unterstützung der PKK und der islamischen Fundamentalisten durch den Iran seit 1994 sorgen in der türkischen Öffentlichkeit für eine ablehnende Einstellung gegenüber dem Iran. Mit Ausnahme der Wohlfahrtspartei unter Führung Erbakans nehmen in der Türkei Nationalisten wie Konservativ-Liberale und Sozialdemokraten eine distanzierte Haltung gegenüber dem Iran ein.“

Die historisch gewachsenen Animositäten (zwischen Osmanen und Persern)⁸⁶⁵ wurden sowohl im Iran als auch in der Türkei propagandistisch mobilisiert, um das „Konkurrenzverhältnis“⁸⁶⁶ der beiden Staaten in der Region gleichsam ideologisch zu legitimieren. Obwohl die Türkei, der Irak, Iran, Pakistan und die Garantiemacht Großbritannien sich durch den Bagdad-Vertrag (1955, CTO, i.e. *Central Treaty Organisation*) auf eine umfassende Kooperation in militärischen, ökonomischen, technologischen und kulturellen Fragen verständigt hatten, blieb das Konkurrenzverhältnis „die Grundkonstante“⁸⁶⁷ im Verhältnis der beiden Staaten Iran und Türkei. Beide Seiten wurden nicht müde, der jeweils anderen Seite ‚Subversion und Einmischung‘ („sturdy subversion and political interference“)⁸⁶⁸ in innerstaatliche Angelegenheiten vorzuwerfen. Die Hintergründe dieser zwischenstaatlichen Polemik sind evident: Nach der Machtergreifung Khomeinis (1979) waren ca. 600.000 Gegner des Revolutionsführers in die Türkei geflohen, wo sie „zu einem Teil immer noch

⁸⁶¹ Vgl. ebd., S. 147 f.

⁸⁶² Vgl. ebd., S.151-154.

⁸⁶³ Vgl. ebd., S.155; 161-163.

⁸⁶⁴ Ç. Akkaya et al.: Länderbericht Türkei, S. 125 f.

⁸⁶⁵ Vgl. ebd., S. 126.

⁸⁶⁶ Ebd., S. 126.

⁸⁶⁷ Ebd., S. 126.

⁸⁶⁸ Peter C. Gordon: a. a. O., S. 193.

leben.“⁸⁶⁹ Auch Anhänger der verfolgten Bahai-Religion fanden in der Türkei vor dem Zugriff der ‘iranischen Glaubenswächter’ zu Tausenden Zuflucht.⁸⁷⁰ Entscheidend war für Ankara aber die Unterstützung der militanten Kurden (PKK Öcalans) durch den Iran.⁸⁷¹

„Bei Verhandlungen wegen der Unterstützung der PKK werden von iranischer Seite im Gegenzug die Iraner in der Türkei ins Feld geführt. Obwohl von türkischer Seite wiederholt Dokumente vorgelegt wurden, die die Unterstützung der PKK durch den Iran belegen, wurde dies von der iranischen Führung immer wieder bestritten. Seit Anfang 1996 unterstützt Iran im Sinne einer Einflussnahme im Nordirak die Kräfte Djalal Talabanis gegen die Masud Barzanis.“

Ab 1996 scheint es Ankara gelungen zu sein, den politischen Einfluss der separatistisch-militanten PKK einzudämmen. Sowohl Syrien als auch der Iran riskierten fortan keine offene Unterstützung der kurdischen Kräfte um Öcalan mehr. Bestätigt wird dieser Eindruck durch das im Sommer 1996 einsetzende ‘politische Tauwetter’ („political thaw“)⁸⁷² zwischen Ankara und Teheran. Unter Necmettin Erbakan erfolgte diese Annäherung zwischen den beiden benachbarten Regionalmächten. Von hoher symbolischer Bedeutung war in dieser Hinsicht der im August 1996 erfolgte Staatsbesuch des türkischen Politikers in Teheran. Im Gegenzug besuchte der iranische Präsident Rafsandschani Ende 1996 die Türkei, wobei aber die öffentliche Erklärung Rafsandschanis, wonach die Türkei „auf dem richtigen Weg sei, sich zu einem islamischen Staat zu entwickeln“, ⁸⁷³ auf harsche Kritik von Seiten der türkischen Regierung stieß. Gleichwohl haben sich die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Ankara und Teheran ab 1996/1997 verbessert.⁸⁷⁴ Der Vertrag über Erdgaslieferungen Irans an die Türkei spiegelt diese schrittweise Annäherung beider Staaten wider. Gleichzeitig gibt es eine Schnittmenge gemeinsamer sicherheitspolitischer Interessen: Weder Ankara noch Teheran dulden die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates im Nordirak (kurdische Provinzen Mossul und Kirkuk) und haben, wie die Politik der beiden staatlichen Akteure seit Ende der 1990er Jahre deutlich zeigt, eine Strategie des *Divide-et-Impera* gegenüber den kurdischen Gruppierungen verfolgt. Trotz dieses sicherheitspolitischen Minimalkonsenses zwischen dem Iran und der

⁸⁶⁹ C. Akkaya et al.: a. a. O., S. 126.

⁸⁷⁰ Vgl. ebd., S. 126.

⁸⁷¹ Ebd., S. 126.

⁸⁷² Peter C. Gordon: a. a. O., S. 202 f. (hier. S. 202).

⁸⁷³ C. Akkaya et al.: a. a. O., S. 126.

⁸⁷⁴ Vgl. Wolfgang Günter Lerch: Muhammeds Erben. Die unbekannte Vielfalt des Islam. Düsseldorf 1999, S. 148-164 (Dafür spricht auch die Wahl von Sejjed Mohammad Chatami zum iranischen Staatspräsidenten am 23.05.1997; Chatami konnte knapp 70% aller Stimmen auf sich vereinen, während der ‘Hardliner’, der konservative Ayatollah Nateg-Nuri, ca. 30% der Stimmen erhielt!).

Türkei bleiben die Beziehungen der beiden Regionalmächte spannungsbeladen. Aus der Sicht der USA und – mit Einschränkungen – der NATO gilt der Iran als 'Schurkenstaat', der vor allem den politischen Islam bzw. islamistischen Fundamentalismus ideologisch und logistisch unterstützt bzw. unterstützen soll. In dieser Hinsicht spielen zwei Faktoren eine zentrale Rolle⁸⁷⁵:

die gegen den Staat Israel gerichteten Vernichtungsdrohungen von Seiten der religiösen und politischen Führer Irans,

die offenkundige Unterstützung der vom Libanon aus gegen Israel operierenden Hizbollah.⁸⁷⁶

Obwohl, wie erwähnt, mit der Wahl Chatamis zum Staatspräsidenten der Islamischen Republik Iran und dem Sieg der 'Reformkräfte' bei den Parlamentswahlen im Februar 2000 eine realistische Außenpolitik Teherans möglich zu werden schien, blieben der Einfluss der 'kämpfenden Geistlichkeit' (Dschame-je ruhaniat- e mobarez)⁸⁷⁷ auf die Innenpolitik und die Grundlinien der iranischen Außenpolitik ungebrochen. Diese im sogenannten Wächterrat konzentrierte hohe Geistlichkeit kann gemäß der iranischen Verfassung von 1979 unmittelbar in die Tagespolitik eingreifen, wenn die islamische Grundordnung des Staates und der Gesellschaft gefährdet wird. Das einflussreiche politisch-religiöse Lager der Rechtstraditionalisten (rast-e sonnati)⁸⁷⁸ bevorzugt demgemäss „ein theokratisches Staats- und Gesellschaftsmodell“⁸⁷⁹, das den Iran gegen westliche Einflüsse abschotten soll.⁸⁸⁰ Die gegenwärtigen Beziehungen der Türkei und des Iran sind vor diesem Hintergrund ambivalent und kompliziert.⁸⁸¹ Eine Reihe von Wirkfaktoren, in sich oft widersprüchlicher Natur, bestimmt das zwischenstaatliche Verhältnis der beiden stärksten Regionalmächte (neben Israel). Aus der Perspektive

⁸⁷⁵ Vgl. Yargıdan İran'a Teror Suçlaması („Terrorverdacht an den Iran“), in: Milliyet vom 18. Dezember 2005.

⁸⁷⁶ Die Hizbollah (Hizb' allah= Partei Allahs) ist eine militante schiitische Gruppierung, die während der 'Iranischen Revolution' von 1979 entstanden ist. Als Anhänger Khomeinis organisierten ihre Mitglieder am Ende der Schah-Zeit Streiks und Demonstrationen. Nach dem Umsturz des autokratischen Schach-Regimes wurden diese Parteigänger Khomeinis in die paramilitärischen Verbände aufgenommen. Nach dem Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon im Jahr 1982 entstand hier eine militante, antiwestlich und antizionistisch eingestellte Hizbollah, deren Mitglieder von den iranischen Revolutionsgarden ausgebildet und finanziert worden sind; vgl. S. Akhavi: Elite Factionalism in the Islamic Republic of Iran, in: Middle East Journal 41 (1987) 3, S. 181-201.

⁸⁷⁷ W. G. Lerch: Muhammeds Erben, S.157.

⁸⁷⁸ Ebd., S. 157.

⁸⁷⁹ Ebd., S. 157.

⁸⁸⁰ Vgl. H. Kramer: A Changing Turkey, S.141-145.

⁸⁸¹ Vgl. ebd; S.141 (Diese Komplexität hängt nach Kramer damit zusammen, dass diese Beziehungen zwischen den staatlichen Akteuren nicht nur von bilateralen Wirkfaktoren, sondern auch von überwölbenden Interessen der USA und der NATO beeinflusst werden).

Ankaras ist nach dem Zusammenbruch des Saddam-Regimes das ohnehin prekäre Kräftegleichgewicht im Nahen Osten gefährdet, weil keineswegs abzusehen ist, wie das entstandene politische Machtvakuum im Irak auf die Gesamtkonstellation der nahöstlichen Krisenregion 'ausstrahlen' wird. Die Präsenz der US-Truppen und ihrer Alliierten garantiert zwar zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen brüchigen Interimszustand, auf Dauer aber muss eine politische Lösung im Irak und im Nahen Osten gefunden werden. Das politische Handeln Teherans kann in diesem Zusammenhang der entscheidende Faktor werden. Aus der Sicht der maßgeblichen Führer des Iran bedeutet das andauernde Machtvakuum im Irak eine 'Entlastung' insofern, als die Bush-Administration gegenwärtig kaum in der Lage sein dürfte, eine offensive Politik gegen Teheran durch- und umzusetzen. Mittel- oder langfristig scheint Teheran auf die Option eines von der schiitischen Geistlichkeit regierten Irak zu setzen. Dieses Modell aber widerspricht den türkischen Sicherheitsinteressen und auch den Zielen der USA im Nahen Osten. Grundsätzlich wird hier ein Dilemma der gegenwärtigen türkischen Außen- und Sicherheitspolitik erkennbar. Ankaras Nahostpolitik steht weitgehend in der Tradition der „pragmatic foreign policies“ (Gleichgewicht der Kräfte; Status quo-Politik usw.).⁸⁸² Vor diesem Hintergrund wird nachvollziehbar, weshalb die Türkei die militärische Intervention der USA und ihrer Alliierten im Irak abgelehnt und vor '*Enduring Freedom*' auf die Gefahr eines Machtvakuaums im Irak hingewiesen hat. Obwohl das wechselseitige Misstrauen („mutual mistrust“)⁸⁸³ zwischen Ankara und Teheran seit der Islamischen Revolution Khomeinis anhält, hat die türkische Regierung eine vorsichtige Annäherung an den östlichen Nachbarstaat vollzogen, deren Grundlage auf wirtschaftlichem Gebiet (Erdgaslieferungen usw.) liegt. Auch in der Kurdenfrage besteht ein Minimalkonsens zwischen dem Iran und der Türkei: Beide Staaten sprechen sich entschieden gegen einen unabhängigen Kurdenstaat im Nordirak aus, wobei für Ankara jeder Schritt, einen separaten Kurdenstaat zu errichten, als *casus belli* gilt. Die türkisch-iranischen Beziehungen folgen dem Grundmuster von „ups and downs in the past twenty years.“⁸⁸⁴ Nach Phasen der vorsichtigen Annäherung (Erbakan, Rafsandschani, Chatami) kam es immer wieder zu einer empfindlichen 'Klimaverschlechterung' zwischen beiden Staaten.⁸⁸⁵ Der Machtkampf im Iran zwischen moderat-liberalen und militant-

⁸⁸² Vgl. ebd., S. 141.

⁸⁸³ Ebd., S. 141.

⁸⁸⁴ Ebd., S. 141.

⁸⁸⁵ Vgl. Philip Robins: Turkish Foreign Policy under Erbakan, in: *Survival* 39 (1997) 2, S. 82-100.

antiwestlichen Kräften wurde in Ankara aufmerksam verfolgt. Je nach den innenpolitischen Machtverhältnissen in Teheran entwickelten sich die zwischenstaatlichen Beziehungen.

1999 drohte sogar eine Eskalation: „Anti-Turkish remarks by an Iranian official and anti-Turkish demonstrations in reaction to the Kavakci incident during the inauguration session of Turkey's newly elected parliament in May 1999 caused a strong official protest by the Turkish Foreign Ministry and was seen as another sign of persistent anti-Turkish attitudes in official Iranian circles.“⁸⁸⁶

Auch die türkische Regierung hat in den zurückliegenden Jahren unverhohlen Druck auf Teheran ausgeübt. Die türkische Außenpolitik ist keineswegs nur defensiv ausgerichtet, sondern, wie im Falle Aserbeidschans, auch offensiv bestimmt und von handfesten Wirtschaftsinteressen gekennzeichnet. Das Baku-Ceyhan-Projekt⁸⁸⁷ (Bau einer Öl-/Erdgas-Pipeline vom Kaspischen Meer zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan) steht für den Erfolg der türkischen Außen- und Wirtschaftspolitik in der Region. Dieses 'Jahrhundert-Projekt'⁸⁸⁸ zeigt eindrucksvoll, wie eng wirtschaftliche, politische und strategische Interessen verknüpft sind. So haben die türkische Regierung und das amerikanische Außenministerium verhindert, dass der Iran und die Russische Föderation in ein gemeinsames Konsortium zur Realisierung dieses Projekts aufgenommen worden sind. Der eigentliche Vertrag über den Bau der Pipeline wird übrigens vom Iran als 'feindlicher Akt' bewertet:

„Turkey's actively seeking American support for the realization of the Baku-Ceyhan projekt, although mainly driven by Turkish national political ambitions concerning Central Asia and the Caspian Basin, is another confirmation for the Iranian leadership that Turkey is an agent of the United States in the region, working against the natural interests of all regional states except Israel. Therefore, Teheran has expanded its political and economic ties with Moscow to slow down developments that would go in Turkey's and America's favor.“⁸⁸⁹

Diese Verschwörungstheorie, wonach die Türkei ein 'Agent der USA sei', ist selbstverständlich unhaltbar und eher ein Ausdruck des polarisierenden Weltmodells der politisch-religiösen Führung Irans. Allerdings wird man nicht bestreiten können, dass die Türkei und der Iran nach dem Kollaps der Sowjetunion um politischen und

⁸⁸⁶ Vgl. H. Kramer: A Changing Turkey, S. 141 (vgl. zum Kavakci-Vorfall, ebd., S.77 f.).

⁸⁸⁷ Vgl. Geoffrey Kemp/Robert E. Harkavy: Strategic Geography and the Changing Middle East. Washington 1997, S.265-294; Patrick Clawson: Iran and Caspian Basin Oil and Gas, in: Perceptions 2 (1997/1998) 12, S. 17- 27.

⁸⁸⁸ Türkiye Modeli ve Türk Kökenli Cumhuriyetlerle Eski Sovyet Halkları ("Das türkische Modell in den ehemaligen Sowjetrepubliken"), Yeni Forum (Neues Forum), Ankara 1992, S. 7.

⁸⁸⁹ H. Kramer: A Changing Turkey, S. 145.

wirtschaftlichen Einfluss in der Region um das Kaspische Meer ringen. Mit Rückendeckung der USA versucht die Türkei, ihre Kontakte zu den postsowjetischen Republiken Aserbeidschan, Kirgisien, Turkmenistan usw. zu vertiefen und im Zuge einer großzügigen Vertragspolitik Einfluss auf die weitere Entwicklung dieser jungen Staaten zu nehmen.

Hier deutet sich der zentrale Konflikt der türkisch-iranischen Beziehungen an:

„Turkey and the Iran compete for political and economic influence (...). One potential issue of contention is Azerbaijan, with which both countries have relations based on history and kinship. Because more Azeris live in northern Iran than in Azerbaijan proper, Teheran is concerned about potential irredentism that could lead to a larger secessionist movement in northern Iran. Instigation for such a development could come from Turanist forces in Azerbaijan that might find support in pan-Turanist circles of Turkey“.⁸⁹⁰

Im Gegenzug hat der Iran auf die 'russische Karte' gesetzt, um den Einfluss der Türkei in den jungen Republiken im Südosten der ehemaligen Sowjetunion zu schwächen.⁸⁹¹

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine verlässliche Prognose über die weitere Entwicklung der iranisch-türkischen Beziehungen unmöglich. So viel aber dürfte heute feststehen:⁸⁹²

„This linking of bilateral relations to regional and even international considerations is an element that Turkish-Iranian relations have in common with all of Turkey's Middle Eastern relations. Ankara will have to develop a comprehensive plan for its Middle East policy. But this is hardly possible considering the contradictory factors that characterize these linkages. For example, the improvement of relations with Israel, especially in military matters, automatically harms Turkish-Syrian, Turkish-Iranian, and more general Turkish-Arab relations. Considerably improving relations with Tehran and Baghdad for the sake of alleviating the domestic and transborder pressures of the Kurdish problem would create serious problems in relations with Washington and would also be viewed with suspicion by Israel. Ankara thus seems condemned to a balancing act of its various involvements in the Middle East and cannot have a credible chance of autonomously drawing the lines of the development in the region unless it hurts some of its own national interests.“

⁸⁹⁰ Ebd., S. 144.

⁸⁹¹ Vgl. ebd., S. 144 f.

⁸⁹² Ebd., S. 145.

VI. Strategische Interessen und Sicherheitspolitik der Türkei im Rahmen der NATO

VI.1. Rahmenbedingungen: Sicherheitspolitischer Kurs der NATO seit 1990/1991

Der tiefgreifende Wandel des internationalen Systems, der sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion (1991) vollzogen hat, führte dazu, dass die politische und militärische Struktur der NATO binnen eines Jahrzehnts verändert wurde. Im Laufe der 1990er Jahre fanden vier Gipfeltreffen der Allianz-Staaten statt, auf denen der neue Kurs der NATO konzeptionell festgelegt wurde:

Rom (1991)

Brüssel (1994)

Madrid (1997)

Washington (1999).⁸⁹³

Während des sogenannten Erweiterungsgipfels der NATO in Prag im November 2002 haben die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten ein umfassendes Maßnahmenpaket verabschiedet, um die politische, militärische und operative Effizienz der Allianz auch weiterhin zu sichern und – vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen (internationaler Terrorismus usw.) – zu verbessern. Die NATO spielte in den 1990er Jahren insofern eine neue Rolle für die Sicherheit Europas, als sie die Führung bei der Friedenssicherung in zwei Krisenregionen auf dem Balkan, Bosnien 1995 und Kosovo 1999, übernommen hatte.⁸⁹⁴ Bereits in Rom (1991) wurde der Wille der Mitgliedstaaten erkennbar, „die Allianz an die neuen sicherheitspolitischen Gegebenheiten anzupassen.“⁸⁹⁵ Das in Rom (1991) verabschiedete ‚Strategische Konzept‘ der NATO⁸⁹⁶ sieht nicht nur eine umfassende Anpassung der Streitkräftestrukturen an die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen vor, sondern es geht auch um einen Wandel der politisch-militärischen Führungsstruktur der

⁸⁹³ Vgl. dazu SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute): NATO-Posture in the 1990 ies. Analysis of present and expected future developments. Additional Studies and Appendix to recent SIPRI Yearbook. London/Philadelphia 1995, S. 15-19.

⁸⁹⁴ Vgl. dazu Lothar Rühl: Zur Problematik eines EU-Beitritts der Türkei, in: E. Reiter (Hrsg.): a.a.O., S. 3-22; vgl. Die türkische Perspektive bei Ahmet Davutoğlu: Stratejik Derinlik. Türkiye'nin Uluslararası Konumu, İstanbul 2001, S. 245 f. (Inzwischen hat Ankara in der OSZE eine aktive Rolle übernommen, durch die die Bündnisverpflichtungen in der NATO ergänzt worden sind).

⁸⁹⁵ Carlo Masala: Den Blick nach Süden? Die NATO im Mittelmeerraum (1990-2003). Baden-Baden 2003, S. 104.

⁸⁹⁶ Vgl. NATO-Gipfelkonferenz in Rom, in: Bulletin Nr. 128/1991, S. 1033-1048, hier S. 1034.

Allianz.⁸⁹⁷ Die operativen Erfahrungen der NATO während der friedenssichernden Einsätze im ehemaligen Jugoslawien (Bosnien/Kosovo) „führten den Mitgliedsstaaten deutlich vor Augen, dass die militärische Strukturanpassung (...) nur unzureichend geeignet war, den Anforderungen, die sich der Allianz stellten, zu entsprechen. Trotz der Multinationalisierung von Streitkräften und der Schaffung der ARRC war die Allianz nur bedingt in der Lage, ihrem im Strategischen Konzept von Rom selbstgesteckten Ziel, der flexiblen Reaktionsfähigkeit auf ein breites Spektrum möglicher Eventualfälle, zu entsprechen.“⁸⁹⁸

Wie bereits im Rahmen meiner Untersuchung erwähnt, versuchte die NATO durch „eine qualitative Anpassung“⁸⁹⁹, nämlich die „Etablierung von Combined Joint Task Forces (CJTF)“⁹⁰⁰ das operative (Re-)Aktionsspektrum der Allianz zu erweitern. Geht man davon aus, dass das CJTF-Konzept eine operative und einsatzorientierte Ausrichtung hat, wird unmittelbar nachvollziehbar, warum Ankara zu den eindeutigen Befürwortern dieser militärisch-operativen Strukturveränderungen innerhalb der NATO zu zählen ist.⁹⁰¹ Eine Folge dieser Strukturveränderungen für die Türkei war der Abzug der US-Nuklearwaffen aus den Militärbasen in Erhaç und Eskişehir.⁹⁰² Aufgrund der veränderten Sicherheitslage in den 1990er Jahren hat sich der Hauptauftrag der NATO, nämlich die Sicherheit der Allianzstaaten durch Abschreckung und Abwehr der Kriegsgefahr zu garantieren, zwar nicht *pro forma*, wohl aber realpolitisch längst modifiziert.⁹⁰³ In diesem Zusammenhang sind auch die Rollen der einzelnen Mitgliedsstaaten anders gewichtet und z.T. auch neu definiert worden.

Vor dem Hintergrund der Krise im ehemaligen Jugoslawien richtete sich beispielsweise die Aufmerksamkeit zunehmend auf die Rolle der NATO bei der Krisenbewältigung und Friedenserhaltung. Hierbei steht, wie die Regierungen der NATO-Staaten betonten, die Unterstützung konflikteindämmender und

⁸⁹⁷ Vgl. NATO-Gipfelkonferenz in Rom, in: Bulletin Nr. 128/1991, S. 1033-1048.

⁸⁹⁸ Carlo Masala: ebd., S. 105.

⁸⁹⁹ Ebd., S. 105.

⁹⁰⁰ Ebd., S. 105.

⁹⁰¹ Vgl. Paul Cornisch: Partnership in Crisis. The US, Europe and the Fall and Rise of NATO. London 1997, S. 62 ff.; Thomas-Durell Young: Reforming NATO's Military Structures: The Long-Term Study and Its Implications for Land Forces. Carlisle 1998, S. 3; passim.

⁹⁰² Vgl. Faruk Sönmezoğlu: II. Dünya Savaşından Günümüze Türk Dış Politikası („Grundzüge türkischer Außenpolitik seit dem zweiten Weltkrieg bis heute“), İstanbul 2006, S. 504.

⁹⁰³ Vgl. dazu Olaf Theiler: Der Wandel der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Helga Haftendorn/Otto Keck (Hrsg.): Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen. Baden-Baden 1997, S.101-137.

friedenserhaltender Maßnahmen der UNO im Vordergrund.⁹⁰⁴ Die Türkei, die über die zweitgrößten Verbände an Landstreitkräften innerhalb der Allianz verfügt, hat sich grundsätzlich bereit erklärt, diese sogenannten *peace-keeping* Aktivitäten der NATO zu unterstützen.⁹⁰⁵ Durch die veränderte Sicherheitslage in den 1990er Jahren war es demnach für die Allianz möglich, über den Hauptauftrag der NATO hinaus operative Aufgaben zu übernehmen. Der erste größere Kampfauftrag, bei dem die Bündnisstreitkräfte zur Unterstützung des UNO-Mandats (Beendigung des Balkan-Konflikts) eingesetzt worden sind, war die *Operation Deliberate Force*. Diese Einsatzmission wurde 1995 in Jugoslawien durchgeführt und mit dem Abschluss einer Friedensregelung für Bosnien beendet.⁹⁰⁶ Ende 1995 wurde die NATO mit der Um- bzw. Durchsetzung der erzielten Friedensvereinbarungen für Jugoslawien beauftragt, indem sie die Führung der unter UNO-Mandat in Bosnien stationierten internationalen Friedenstruppe IFOR und schließlich der SFOR-Verbände (ab Ende 1996) übernahm. An diesen sogenannten *peace-keeping* Operationen waren Streitkräfte der meisten NATO-Mitgliedstaaten, aber auch Verbände von Nicht-NATO-Staaten beteiligt. Der NATO-Einsatz im Kosovo (1999) und der Beitrag der Allianz zur Bewältigung der humanitären Katastrophe im südöstlichen Jugoslawien (Serbien/Kosovo) hat die Rolle der NATO auf dem neuen 'Handlungsfeld der Krisenbewältigung'⁹⁰⁷ weiter gestärkt. Allerdings sind diese mit UNO-Mandat legitimierten 'Friedensunterstützungs-Operationen'⁹⁰⁸ nur ein Aspekt einer umfassenden Neuorientierung der sicherheitspolitischen Doktrinen der westlichen Allianz. Die SFOR- und KFOR-Einsätze sind de facto außerhalb des Vertragsgebietes der Allianz erfolgt. Trotz der völkerrechtlichen 'Rückversicherung'⁹⁰⁹ dieser Friedens- und Krisenbewältigungsmissionen durch das UNO-Mandat spiegelt dieser Einsatz militärischer Verbände einen sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel innerhalb der NATO und der Regierungen ihrer Mitgliedstaaten wider. Die politische Dimension

⁹⁰⁴ Vgl. Ettore Greco: New Trends in Peacekeeping: The Experience of Operation Alba, in: Security Dialogue 29 (1998) 2, S. 201-212.

⁹⁰⁵ Vgl. Center for Strategic Research Ankara: Seminar on Turkey-EU-Relations in the Post-Cold War Era (SAM Papers, No. 4/97). Ankara 1997, S. 153 ff.

⁹⁰⁶ Vgl. den Wortlaut der Vereinbarung zu Sarajewo, abgedruckt in: NZZ vom 16./17.9.1995.

⁹⁰⁷ Vgl. dazu Gustav E. Gustenau: Politisch-strategische Überlegungen zur Operation Allied Force, in: Erich Reiter (Hrsg.): der Krieg um das Kosovo 1998/1999. Mainz 2000, S. 81-92.

⁹⁰⁸ Vgl. ebd., S. 82 f.; 84-87.

⁹⁰⁹ Vgl. dazu Karl-Heinz Kamp: Die NATO nach dem Kosovo, in: Informationen für die Truppe, 9/10 (1999) 25, S. 4-10.

dieser neuen NATO-Doktrin ('Neues Strategisches Konzept')⁹¹⁰ deutet zunächst auf veränderte Risikoperzeptionen innerhalb der NATO hin:

„Das Bekenntnis zur Multidimensionalität von zukünftigen Risiken für die Sicherheit der Allianzstaaten, wie es im Strategischen Konzept von Rom vorzufinden ist, führte (...) zu der militärischen Schlussfolgerung, dass die zukünftige Streitkräftestruktur der Allianz flexibel sein müsse. Angesichts der aber noch existierenden Residualbedrohung durch die Sowjetunion hielten die Allianzmitglieder vorerst an der in den Zeiten des Ost-West-Konflikts entwickelten Streitkräftestruktur fest, jedoch mit einem graduell veränderten Aufgabenspektrum.“⁹¹¹

Bald nach dem NATO-Gipfel von Rom (1991) wurden neue sicherheitspolitisch-operative Konzepte entwickelt, die im Kern darauf abzielten, die aktiven und reaktiven Optionen des Bündnisses zu erweitern. Entscheidend war in dieser Hinsicht das Kriterium, Instrumente zu schaffen, durch die das Bündnis in der Lage ist, binnen kürzester Zeit militärisch angemessen und wirksam zu handeln.⁹¹² Trotz erheblicher Kontroversen innerhalb der NATO (Frankreich/Deutschland vs. USA/Großbritannien/Türkei) über die zu implementierenden Instrumente entwickelte sich im NATO-Rat bis spätestens Mitte der 1990er Jahre ein sicherheitspolitischer Konsens, durch den das (latente) Spannungsverhältnis zwischen den USA (als NATO-Führungsmacht) und den divergierenden europäischen Interessen resp. Perspektiven gemildert werden konnte. Weitgehende Einigkeit besteht zum gegenwärtigen Zeitpunkt darüber, dass eine Um- oder Neustrukturierung der NATO-Streitkräfte notwendig sei, um im Falle von Krisen, die als eine militärische Bedrohung des Bündnisses perzipiert werden, über adäquate und wirksame militärische Optionen verfügen zu können. Die sicherheitspolitische Argumentationstopik der NATO ist aber vergleichsweise 'vorsichtig': Die angestrebte Implementierung 'schneller Eingreiftruppen mit verkürzter Mobilisierungs- und Reaktionszeit' hat keinen militärischen Selbstzweck, sondern sie wird als eine Art von flankierender Maßnahme beschrieben, um die politischen Ziele des Bündnisses durchzusetzen zu können. Auffällig ist, dass die bald nach dem NATO-Gipfel in Rom (1991) erfolgten Planungsvorhaben der Allianz eine Schwerpunktverlagerung der strategischen Komponenten und Verteidigungsdispositive zu erkennen geben:⁹¹³

„Neben der Beibehaltung von main defence sowie augmentation forces sollte eine schnelle Eingreiftruppe gebildet werden, die in der Lage sein müßte, binnen kürzester Zeit verlegt zu werden und zum Einsatz zu kommen. Diesem Allied Command Europe Rapid Reaction Corps (ARRC), das dem

⁹¹⁰ Vgl. Carlo Masala: Den Blick nach Süden?, S. 87-94.

⁹¹¹ Ebd., S. 95.

⁹¹² Vgl. NATO-Gipfelkonferenz in Rom, in: Bulletin Nr. 128/1991, S. 1033-1048.

⁹¹³ Carlo Masala: ebd., S. 95.

SACEUR unterstellt werden sollte, sollten sowohl multinationale als auch nationale Truppen assigniert werden. Mögliche Krisen und Konflikte im Mittelmeerraum spielten bei der Entscheidung zur Aufstellung eines multinationalen Rapid Reaction Corps eine wichtige Rolle, allerdings wurde das ARRC nicht als Instrument der Intervention in out-of-area-Krisen geplant, sondern als Instrument der Verteidigung süd- und südosteuropäischer Allianzmitglieder, was auch durch die Beschäftigung des möglichen Aufgabenspektrums der ARRC auf first line defense im Rahmen von Art. 5-Missionen ersichtlich wird.⁹¹⁴

Die im Mai 1991 vom *Defense Planning Committee* (DPC) inaugurierte Gründung der ARRC führte innerhalb der NATO zu erheblichen Kontroversen. Strittig war vor allem die Frage der Kommandostruktur dieser 'Krisenreaktionskräfte'. Sowohl Großbritannien als auch Deutschland beanspruchten, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, den Oberbefehl über die ARRC. Die Türkei, deren geographische Lage als exponiert und risikobeladen galt und gilt, lehnte vor allem einen bundesdeutschen Oberbefehl über diese *Rapid Reaction*-Truppen ab, weil die „Auseinandersetzungen um die Verlegung der AMF-A während des zweiten Golfkriegs“⁹¹⁵ (hier: *Desert Storm*;) in Ankara zu erheblichen Zweifeln führte, „ob das ARRC unter einem deutschen Oberbefehl auch wirklich zum Einsatz kommen würde, wenn es z. B. an die türkisch-syrische oder türkisch-irakische Grenze verlegt werden müsste.“⁹¹⁶

Diese Kontroverse konnte bald durch einen Kompromiss beigelegt werden.⁹¹⁷ Das 'Neue Strategische Konzept' (nach Rom 1991) berücksichtigt die türkischen Sicherheitsinteressen insofern, als mit ihm die sogenannte 'Southern Perspektive' (i.e. südöstlicher Mittelmeerraum/Naher Osten) in den Focus der strategischen Planungen des Bündnisses gerückt ist.⁹¹⁸

VI.2. Türkei und NATO: türkische Sicherheitspolitik im Kontext des Neuen Strategischen Konzepts (Rom 1991) und im Zusammenhang der WEU

Bereits 1991 hatte sich die Einsicht durchgesetzt, dass die bis 1990 gültige Strategie der NATO angesichts der Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa obsolet geworden war. Auf dem Gipfel der 16 Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten im November

⁹¹⁴ Ebd., S. 95.

⁹¹⁵ Ebd., S. 95.

⁹¹⁶ Ebd., S. 95.

⁹¹⁷ Vgl. ebd., S. 96 („Diese Differenzen konnten erst beigelegt werden, als den Deutschen als Kompensation der Oberbefehl über die in Kolkar (Deutschland) stationierte Reaction Forces (Air) Staff angeboten wurde.“).

⁹¹⁸ Vgl. Levent Bilman: The Regional Cooperation Initiatives in Southeast Europe and the Turkish Foreign Policy, in: *Perceptions* 3 (1998) 3, S. 58-81.

1991 in Rom wurde das sogenannte 'Neue strategische Konzept' der NATO verabschiedet, das im Unterschied zum früheren Konzept der *Flexible Response* (1967) auch von Frankreich mitgetragen wurde.⁹¹⁹ Mit diesem neuen sicherheitspolitischen Konzept von Rom wird eine, 1991 aber noch vorbehaltlich formulierte Abkehr vom traditionellen bipolaren Bedrohungsdenken vorgenommen. Die Sicherheitsexperten des NATO-Militärausschusses (MC) sehen das Vertragsgebiet der Allianz künftig eher an der Peripherie gefährdet. Unter der sicherheitspolitischen Prämisse der strategischen Einheit des NATO-Bündnisgebietes und der Solidarität der Allianzpartner werden die neuen Herausforderungen relativ präzise bestimmt. Im Unterschied zum klassischen Abschreckungskonzept, das auf dem lückenlosen Zusammenwirken von nuklearen und konventionellen Optionen basiert, wird ab Ende 1991 eine Abkehr von der umfassenden, statisch-linearen Verteidigungsstruktur (einschließlich Vorne-Verteidigung) vollzogen. Nicht mehr Mitteleuropa gilt fortan als die zentrale *battle area*, sondern eher die politisch-gesellschaftlichen Krisenregionen im südöstlichen Europa (bis 1999: Balkan) und im östlichen Mittelmeer/Naher Osten. Vor diesem Hintergrund einer diversifizierten Bedrohungspersonen wurde die Forderung laut (1991/1992), eine umfassende Strukturreform der NATO-Streitkräfte und der politisch-militärischen Kommandostrukturen zu initiieren.⁹²⁰ Im Kern ging es darum, angemessene Krisenreaktionskräfte bereit zu stellen, die auf Grund ihrer hohen Mobilität, Flexibilität und Schlagkraft zur Krisenbewältigung oder Konflikteindämmung an der Peripherie des Bündnisgebietes geeignet sind. Die *out-of-area*-Problematik wurde zwar in den NATO-Mitgliedstaaten kontrovers diskutiert, aber schließlich unter Hinweis auf die *peace keeping*- Funktion (z. B. unter UNO-Mandat) dieser Kontingente mehr oder weniger gelöst.⁹²¹ Durch den Einsatz von NATO-Streitkräften in Bosnien (1995) und im Kosovo (1999) wurden – bildlich gesprochen – die strategischen Implikationen des neuen NATO-Konzepts 'auf eine Feuerprobe' gestellt. Die Erfahrungen im Bosnienkonflikt waren freilich ambivalent. Deshalb wurde auf der NATO-Ratstagung in Berlin (Juni 1996) das CJTF-Konzept verabschiedet, das folgende Module enthält.⁹²²

⁹¹⁹ Vgl. dazu Matthias Karadi: Die Reform der Atlantischen Allianz. Bündnispolitik als Beitrag zur kooperativen Sicherheit in Europa? Münster 1994, S. 118.

⁹²⁰ Vgl. NATO-Gipfelkonferenz in Rom, in: Bulletin Nr. 128/1991, S. 1039-1048.

⁹²¹ Vgl. Marc Weller: Peace-keeping and Peace-enforcement, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 56 (1996) 1-2, S. 1f.; S. 70-177.

⁹²² Vgl. Carlo Masala: a. a. O., S. 105-111; 151f.

Optimierung der flexiblen Krisenreaktionskräfte,
Integration der militärischen Strukturen (Logistik, Kommandostrukturen),
Aufstellung multinationaler Verbände (Bündniseinheit).

Der politische Hintergrund dieser umfassenden Strukturreform der NATO ist, wie in Berlin 1996 im Schluss-Kommunique ausdrücklich festgehalten wird, die Erhöhung der europäischen Verteidigungsidentität innerhalb der Allianz.

Das CJTF-Konzept spricht ausdrücklich von einem *burden sharing* zwischen den USA und den europäischen NATO-Staaten. Was ist damit gemeint? Die Alliierten Streitkräfte-Kommandos (multinational) sollen je nach Aufgabe über speziell zusammengesetzte Einheiten verschiedener, aber für den gemeinsamen Einsatz koordinierter Waffengattungen (Heer, Marine, Luftwaffe) verfügen, um es den europäischen Staaten innerhalb der NATO zu ermöglichen, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Stabilität in Europa und an der Peripherie der NATO durchzuführen. Grundsätzlich soll es mithin möglich sein, die Logistik und die Ressourcen des Bündnisses zu nutzen und – gegebenenfalls – auch ohne Unterstützung der USA in Krisenregionen einzugreifen. Die Türkei hat das CJTF-Konzept grundsätzlich begrüßt, gleichzeitig aber die Rückbindung dieser neuen Strategie an die traditionelle Militärstruktur der NATO und damit die Sicherheitsgarantien von Seiten der Führungsmacht USA eingefordert.⁹²³ Von daher erklärt sich das Misstrauen der türkischen Regierung gegenüber einer zu weitreichenden Verstärkung der mittelp-europäischen Komponente innerhalb der NATO.⁹²⁴

„Although there is close cooperation between the WEU which is considered to be EU's defence organization and NATO, also some different views exist. WEU, in the beginning was formed for 50 years. In the year 1998, it either has to continue as it or has to be restructured. The EU should bring a clear answer to this issue at the latest in 1997. Although relations with NATO had not been cleared up, recently in the WEU meetings, some points were cleared. (...) The decision taken during the NATO summit meeting in June 1996 (i. e. NATO-Ratstagung in Berlin) is very important.“

Ausdrücklich weist der türkische Politikwissenschaftler und Sicherheitsexperte Ayberk auf die problematischen Aspekte des CJTF-Konzepts für die Türkei hin:⁹²⁵

Dominanz der WEU-Staaten (vor allem Frankreich, Deutschland) beim 'Zugriff' auf „NATO's sources and facilities“,

⁹²³ Vgl. Faruk Sönmezoğlu: II. Dünya Savaşından Günümüze Türk Dış Politikası, ebd., S. 511.

⁹²⁴ Ministry of Foreign Affairs/Center for Strategic Research: Seminar on Turkey-EU Relations in the Post-Cold War Era. SAM Papers, 4, 1997 (Ankara), S. 153f. (Beitrag: S. 143-181).

⁹²⁵ Vgl. ebd., S. 154-156.

Interessenkollision von EU-NATO-USA („NATO will support the WEU in military operations that the U. S. would not attend.“),

Präferenz von Streitkräfteverbänden mitteleuropäischer NATO-Mitglieder (Frankreich, Deutschland, Belgien; dazu aber auch Spanien),

Besetzung des „Joint Chief of Staffs“ mit Vertreter aus den WEU-Staaten.

Obwohl die Türkei der Diversifikation und Flexibilisierung der militärischen Strukturen grundsätzlich zugestimmt hat, sind die Modalitäten der Umsetzung aus der Sicht Ankaras strittig:

„There are still many questions that not yet been cleared up on the issue of European Force. Is this military force a rival of the multinational force in NATO, or does it have a complimentary aspect? Although it is supposed to act outside NATO's geopolitical territory, in case there is a threat to NATO this European Force will operate under joint command of NATO. As a result, in principle this force is outside NATO, but in reality, it could not operate without the support of NATO. In certain areas because of the dual implementation of WEU-NATO confusion is created. The most significant example of this was during the Bosnian crises in 1993 – 1994. Who was going to command the navy in the Adriatic, how would cooperation be established? In other words, when the navies of NATO and WEU came to the Adriatic, the question of who would command created political crises between the two organisation.“⁹²⁶

Nach intensiven Diskursen im MC (Militärausschuss) der Allianz einigten sich die NATO-Mitglieder auf dem Berliner Gipfel am 3. Juni 1996 schließlich darauf, „dass mit dem CJTF ein einheitliches System entstehen sollte, das in der Lage sei, verschiedene Funktionen zu übernehmen, womit sowohl Art. 5- als auch Nicht-Art. 5-Missionen gemeint waren.“⁹²⁷

Auf Druck der USA, Großbritanniens und der Türkei konnte schließlich die Forderung Frankreichs und der BR Deutschland nach einem „automatischen Zugriff auf NATO-`assets“⁹²⁸ insofern abgeschwächt werden, als „der Einsatz separierbarer Streitkräfte unter europäischem Kommando von der Zustimmung des NATO-Rates abhängig ist.“⁹²⁹

Kritiker (wie z. B. Pascal Boniface)⁹³⁰ haben angemerkt, dass sich auf der Berliner Tagung der „Allianzhegemon“⁹³¹ USA durchgesetzt und ein „Vetorecht“⁹³²

⁹²⁶ Ebd., S. 154.

⁹²⁷ Carlo Masala: a. a. O., S. 109.

⁹²⁸ Ebd., S. 109.

⁹²⁹ Ebd., S. 109.

⁹³⁰ Vgl. Pascal Boniface: Un triomphe américain en trompe de l'oeil, in: Le Monde vom 10.7. 1997 (Hinweis bei Carlo Masala: a. a. O., S. 109, FN. 106.).

⁹³¹ Carlo Masala: a. a. O., S. 109.

⁹³² Ebd., S. 109.

über künftige CJTF-Einsätze vorbehalten habe. Wie kompliziert die Ausarbeitung von Standards und Verfahren von CJTF-Operationen in der Folge gewesen ist, zeigen die seit April 1998 stattfindenden regelmäßigen Treffen von hochrangigen NATO- und WEU-Vertretern.⁹³³ Für die Türkei, deren nationale Sicherheit vornehmlich auf dem Fundament der NATO-Zugehörigkeit basiert, stellt nicht so sehr die Flexibilisierung der NATO-Strukturen das Problem dar. Die größte Sorge Ankaras besteht vielmehr darin, dass die EU- und WEU-Staaten eine eigene Verteidigungsidentität entwickeln und – mittelfristig – die europäische Komponente innerhalb der NATO stärken wollen.⁹³⁴ Diese Befürchtungen Ankaras sind keineswegs unbegründet. Der politische Einigungsprozess innerhalb der EU ist inzwischen so weit gediehen, dass in der EU-Administration, vor allem aber in Paris und Berlin („Achse Berlin/Paris“), über eine gemeinsame EU Außen- und Sicherheitspolitik nachgedacht wird.⁹³⁵ Mit besonderer Aufmerksamkeit hat Ankara deshalb den am 29. Januar 1997 veröffentlichten Text des gemeinsamen deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungskonzepts, das der französische Staatspräsident Chirac und der damalige Bundeskanzler Kohl im Dezember 1996 in Nürnberg verabschiedet hatten, zur Kenntnis genommen.⁹³⁶ Zweifelsohne bildet dieses Konzept, entwickelt vom bilateralen Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat, nicht nur den Rahmen für die Vertiefung der besonderen deutsch-französischen Beziehungen, sondern es impliziert auch die Fortentwicklung der so genannten Gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik (GASP)⁹³⁷ und der Integration der WEU in die Europäische Union. Dieses deutsch-französische Sicherheits- und Verteidigungskonzept stellt selbstverständlich die NATO-Mitgliedschaft der beiden mitteleuropäischen Staaten nicht in Frage, fordert aber eine Verbesserung der Fähigkeiten, Krisenoperationen in der Verantwortung der europäischen Institutionen durchzuführen. Das Konzept beruht auf vier Komponenten:⁹³⁸

gemeinsame Zielsetzungen für eine deutsch-französische Sicherheits- und Verteidigungspolitik;

⁹³³ Vgl. Lord George Robertson: „Turkey and European Security and Defence Identity“, in: *Insight Turkey* 3 (2001) 1, S. 41-51.

⁹³⁴ Turkish Ministry of Foreign Affairs, note to the press on ESDI, www.mfa.gov.tr (14.02.2000)

⁹³⁵ Vgl. Mustafa Kibaroglu: „Turkey’s triple-trouble: ESDP, Cyprus, and Northern Irak“, in: *Inside Turkey* 4 (2002) 1, S. 23ff.

⁹³⁶ Vgl. Ministry of Foreign Affairs/Center for Strategic Research: Seminar on Turkey-EU Relations in the Post-Cold War Era. SAM, Papers, 4, 1997, S. 155; 168ff.

⁹³⁷ Vgl. Brian L. Crowe: Some Reflections on the Common Foreign and Security Policy, in: *European Foreign Affairs Review* 3 (1998) 3, S. 319-324.

⁹³⁸ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 31. Januar 1997, S. 2f.

gemeinsame Analyse der politischen Rahmenbedingungen für die Sicherheit der beiden Länder (Deutschland/Frankreich);

gemeinsamer Ansatz für die Strategie und die (künftigen) Aufgaben der (nationalen) Streitkräfte;

gemeinsame Leitlinien für die militärische Kooperation, für die Herausbildung gemeinsamer Fähigkeiten und einer integrierten Rüstungspolitik.

Grundsätzlich geht dieses deutsch-französische Konzept davon aus, dass die Sicherheitslage in Europa (vor allem: Mitteleuropa) signifikant verbessert worden ist. Gleichzeitig aber bleibt die Landes- und Bündnisverteidigung vor dem Hintergrund der gestiegenen Bedeutung wirkungsvoller präventiver Krisenbewältigung der allgemeine Bezugsrahmen künftiger Sicherheitspolitik. In deutlicher Entsprechung zum 'Neuen Strategischen Konzept' der NATO (Rom 1991) und zum Kommuniqué der Berliner NATO-Ratstagung (1996) fordert dieses deutsch-französische Konzept eine 'Strategie für die Verhinderung bzw. Beilegung von Konflikten jeglicher Art'. Um die künftigen Aufgaben angemessen und erfolgreich lösen zu können, ist eine 'breite Reaktionspalette in einem erweiterten geographischen Umfeld' erforderlich. Obwohl Paris und Berlin ausdrücklich erklären, dass der Frieden und die Stabilität in Europa auf dem Fundament der NATO (und den Sicherheitsgarantien der Nuklearmächte USA, Großbritannien und Frankreich) beruhen, wird eine Flexibilisierung des Gesamtdispositivs für die Landes- und Bündnisverteidigung gefordert. Die Gesamtheit der konventionellen Streitkräfte Deutschlands und Frankreichs, einschließlich der sogenannten 'schnell verlegbaren Krisenreaktionskräfte', bleibt vorrangig verfügbar für die Verteidigung der Verbündeten im Rahmen der Verpflichtungen, die sich aus dem modifizierten Brüsseler und dem Washingtoner Vertrag ergeben. Das so genannte Eurokorps, der erste multinationale europäische Großverband, ist Ausdruck dieses gemeinsamen Engagements für die kollektive Verteidigung. Künftig wird die Option schnell verfügbarer und innerhalb wie außerhalb Europas verlegbarer militärischer Kräfte, die leicht in multinationale Strukturen zu integrieren sind, eine unverzichtbare Komponente der europäischen Sicherheit sein⁹³⁹

Der deutsch-französische Vorstoß zielt auf eine Erweiterung der Ressourcen und Optionen der EU-Staaten auf außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfeldern ab.

⁹³⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Januar 1997, S. 3.

Gleichwohl ist die sicherheitspolitische Kompetenz der EU auch ein Jahrzehnt nach der Institutionalisierung des Konzepts einer Gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik (GASP) nur wenig erweitert bzw. fortentwickelt worden. Von einer handlungsfähigen, über adäquate Instrumente verfügenden Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) wird man bis heute nicht oder allenfalls im eingeschränkten Maße sprechen können. Die Türkei hat nicht unerheblich dazu beigetragen, dass dieses Modell einer ESVI (englisch: ESDI, *European Security and Defense Identity*) innerhalb der NATO-Strukturen auf Widerstand der 'Atlantiker' stieß und dementsprechend nur rudimentär verwirklicht werden konnte. Weder ESVP noch GASP sind für die Türkei wünschenswerte Optionen.⁹⁴⁰

„The negative point was that it exposed to a very acute way the question of marginalization. Within NATO some countries were building the ESDI, but the United States, Canada, Norway, Iceland and Turkey was not involved. Therefore you had a group of countries who though favorable towards this development, attached some conditions to their support. Building the ESDI within NATO, means in a way that NATO limits potentially, the ESDI and attaches conditions to it. But, the problem of about building it inside NATO, it should asked of who is a European? If we are building the ESDI, inside NATO, does it involve all the European countries including Turkey or not? We have been trying to resolve this problem for some time. I would point out to those in Turkey that the Europeans do not care or are intentionally marginalizing Turkey. I would say that the problem of building the ESDI is an acute problem and trying to reconcile almost too opposite and Atlantic's defence led by the United States and potential European defence whose purposes to defend European interests.“

In jedem Fall ist die Bilanz der EU-Sicherheitspolitik in den 1990er Jahren ernüchternd ausgefallen. Der Misserfolg der EU-Institutionen in der Balkan-Politik⁹⁴¹ ist jedenfalls offenkundig. Die EU musste das Management der Jugoslawien-Krise weitgehend anderen Institutionen (UNO/NATO) überlassen. Auch die Kritik der Bush-Administration an den ESVI/ESDI-Konzepten zeigt deutlich, dass der 'Europäisierung' der Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO von Seiten des Allianzhegemon USA enge Grenzen gesteckt worden sind.⁹⁴² Vor allem die USA, Großbritannien und die Türkei haben kein Interesse daran, dass eine mehr oder weniger unabhängige EU-Sicherheitspolitik im Rahmen der westlichen Allianz zustande kommt. Gerade für Ankara ist jede Schwächung des transatlantischen Bündnisses mit erheblichen Risiken und Unwägbarkeiten verbunden. In der Bewertung der türkischen Politikwissenschaft

⁹⁴⁰ Ministry of Foreign Affairs, S. 169.

⁹⁴¹ Vgl. Doris Pack: Europas Versagen in Jugoslawien oder warum wir eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik brauchen. In: Michael Meimeth (Hrsg.): Die Europäische Union auf dem Weg zur einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Berlin 1997, S. 119-124.

⁹⁴² Vgl. Paul J. Tennissen: Strengthening the Defense Dimension of the EU: An Evaluation of Concepts, Recent Initiatives and Developments, in: European Foreign Affairs Review 4 (1999) 3, S. 327-352.

sind die etwa Mitte der 1990er Jahre einsetzenden Kontroversen über eine Stärkung der europäischen Komponente in der NATO (Kontext: EU/WEU) Ausdruck und Folge der Doppelmitgliedschaft der meisten Bündnisstaaten in der EU und der NATO.⁹⁴³ Auf Grund der veränderten Sicherheitslage in Europa ist das Verhältnis von EU und NATO gewissermaßen politischer und dynamischer geworden. Diese nüchterne Einschätzung wird auch von Ankara geteilt.⁹⁴⁴ Während aber Frankreich, Deutschland und Italien sich von diesen Parametern der internationalen Politik einen signifikant erhöhten Handlungsspielraum in Europa erhoffen und, wie im Falle Deutschland, auch bereit sind, mehr Verantwortung im internationalen Politikfeld zu übernehmen, befürchtet die Türkei eine Art von Marginalisierung und Degradierung zu einem zweitrangigen Bündnispartner innerhalb der NATO. Angesichts dieser sicherheitspolitischen Befürchtungen Ankaras lässt sich durchaus nachvollziehen, warum die türkischen Regierungen (seit 1991) und die türkische Generalität so beharrlich an den Bündnisstrukturen der NATO fest hielten und nur unter der Voraussetzung der 'traditionellen' Sicherheitsgarantien – das 'Neue Strategische Konzept der Allianz' tatkräftig unterstützten. Das Verhalten Ankaras spiegelt im Grunde zwei Defizite der institutionellen Struktur des westlichen Systems wider:

Inkongruenz der Mitgliedschaft in EU, WEU und NATO; dadurch kommt es wechselseitig zu politischen Interessenkollisionen zwischen militärisch neutralen EU-Mitgliedern (Irland, Österreich, Schweden Finnland) oder NATO-Mitgliedern, die nicht zur EU gehören (USA, Kanada, Türkei, Norwegen, Island) und den Vollmitgliedern in NATO und EU (einschließlich WEU);

Disparität des politischen Handlungsspielraums der EU-Mitglieder und der Nicht-EU-Staaten innerhalb der NATO; allein das deutsch-französische Konzept einer modifizierten Verteidigungs- und Sicherheitspolitik beider Staaten weist auf den erheblichen (sicherheits-) politischen Handlungsspielraum der NATO-Mittelmächte hin; im Unterschied zur Türkei verfügen die EU-Staaten gemäß dem Amsterdamer Vertrag (Art. 11, 14, 15 und 19) über das Recht auf 'nationale Aktionen' und Deklarationen, solange keine EU-Positionen rechtlich festgelegt worden sind.

⁹⁴³ Vgl. Charles Barry: ESDI: Toward a Bi-polar Alliance? In: ders. (Hrsg.): Reforging the Trans-Atlantic Relationship. Washington 1996, S. 63-84.

⁹⁴⁴ Ministry of Foreign Affairs, S. 158f.

Nach Ischinger⁹⁴⁵ nutzen die größeren EU-Staaten (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, z. T. Italien und Spanien) nach bi- oder trilateralen Absprachen (Deutschland/Frankreich; dazu gelegentlich Spanien oder Italien) diese rechtliche Option zu einem abgestimmten Vorgehen. Das bekannte Beispiel ist die Beteiligung der größeren EU-Mitgliedsstaaten an der Bosnien-Kontaktgruppe und den G-8-Beratungen über die Beilegung des Kosovo-Konflikts.⁹⁴⁶ Während für die Türkei die nationale Sicherheit substantiell von der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der NATO-Sicherheitsgarantien abhängt, scheinen die wirtschaftlich starken EU-Staaten seit etwa 1991/1992 im Bereich der Sicherheitspolitik über einen größeren Spielraum innerhalb und, wie im Falle der französischen Afrikapolitik, auch außerhalb der NATO zu verfügen. Die Türkei hat deshalb in den letzten Jahren versucht, ihre Rolle innerhalb des NATO-Bündnisses neu zu bestimmen und im Rahmen des globalstrategischen Paradigmawechsels aufzuwerten. In dieser Hinsicht verweist Ankara auf die neuen Risiken und Krisenszenarien, die schließlich auf dem Jubiläumsgipfel des NATO-Rates in Washington 1999 offiziell ins Kalkül der westlichen Sicherheitspolitik gezogen worden sind.⁹⁴⁷ Bereits kurz zuvor haben türkische Sicherheitsexperten und Politikwissenschaftler auf diese Bedrohungsperzeption beharrlich verwiesen:

„But potentially, Turkey has a very important role to play in the long term against threats about which we do not have a clear idea now. (...). So just looking at the geography this tell us that Turkey continues to hold a very important strategic place (...): (...) Mediterranean security, Balkan security, Middle Eastern security, Black Sea security. Security to the eastern converge, come across, cut across Turkey. So, strategic logic tell us that Turkey will maintain a strategic significance. The political logic does not always correspond to strategic logic“.⁹⁴⁸

Der 'Seitenhieb' auf die EU-Staaten ist unverkennbar. Die sicherheitspolitische Lage erlaubt den wirtschaftlichen starken EU-Staaten (Frankreich, Deutschland) einen Handlungsspielraum, über den die Türkei objektiv nicht verfügt:

„Politically, at this point in western Europe, because this is where the European security thinking is conceptualized, planned and then put into action. Political logic does not always see strategical logic as clearly as we think that it should. So, potentially just looking at the geography and looking at the

⁹⁴⁵ Wolfgang Ischinger: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam-Praxis und Perspektiven. Zentrum für Europäische Integrationsforschung. Discussion Paper C 14. 1998, S. 9.

⁹⁴⁶ Vgl. Hans van den Broek: Die EU auf dem Weg zu einer Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Europäisches Forum-die EU auf dem Weg zu einer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Bonn 1997, S. 30f. (Beitrag: S. 26-33).

⁹⁴⁷ Vgl. Celalattin Yavuz: Türk Dış Politikası Fırtınalı Denizler ve Alınacak Önlemler („Krisenpräventionsmaßnahmen und Handeln in der türkischen Außenpolitik“), in: 2023 (Politische Zeitschrift) 67 (2006) 1, S. 36.

⁹⁴⁸ Ministry of Foreign Affairs, S. 164.

distribution of these soft and hard but peripheral threats do not core threats around Europe. We have to conclude that Turkey is strategic important or enjoy this key position“.⁹⁴⁹

Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik wird demzufolge von einer spezifischen 'strategischen Logik' bestimmt, die sich aus der geographischen Lage des Landes im Einzugsbereich diverser Krisenregionen ableitet. Während die starken EU-Staaten mittlerweile in der Lage sind, ihre eigene Sicherheitsidentität in Maßen zu entwickeln und den Allianzhegemon USA kritisieren können, ist der Handlungsspielraum der Türkei begrenzt. Dass der staatliche Akteur Türkei diesen begrenzten Handlungsspielraum im Nahen Osten, im Kaukasus und in der Schwarzmeer-Region durchaus zu nutzen gewusst hat, spricht vermutlich für eine enge Absprache der türkischen Regierung und Militärs mit der US-Administration. Allein das Baku-Ceyhan-Projekt bestätigt diese Annahme einer quasi bilateralen 'Arbeitsteilung' der USA und der Türkei in der Region. Die nationale Sicherheit der Türkei steht und fällt mit den Sicherheitsgarantien der Supermacht USA, ohne die die NATO-Ressourcen kaum ausreichen dürften, um die staatliche Integrität der Türkei im *worst case* zu garantieren.⁹⁵⁰

Die auffällig defensive Haltung der türkischen Regierung vor dem jüngsten Golfkrieg ist insofern kein Widerspruch, als auch hier die 'strategic logic' der türkischen Sicherheitspolitik erkennbar wird. Ankaras Politik gegenüber dem Irak zielte vor allem darauf ab, den Status quo im Nahen Osten zu erhalten und mit Bagdad einen Konsens in der Kurdenfrage zu erzielen. Die Befürchtung Ankaras, dass durch die Operation/den Militärschlag *Enduring Freedom* ein Machtvakuum im Irak entstehen werde, hat sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestätigt.

Aufgrund ihrer exponierten Lage in „the most dangerous triangle of the world“ hat die Türkei das vorrangige Ziel, ein Kräftegleichgewicht (Ankara-Teheran-Bagdad-Damaskus) in der Region zu erhalten. Dieser defensiven Grundhaltung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik widerspricht es nicht, dass die türkische Regierung und die Generalität einer „major military restructuring“⁹⁵¹ der NATO zugestimmt haben. Die türkische Armee hat in den 1990er Jahren ihre operativen Fähigkeiten sukzessive erhöht, um mit schnellen Verbänden (Jagdpanzer, Hubschrauber usw.) auf 'threats out

⁹⁴⁹ Ebd., S. 164.

⁹⁵⁰ Grundsätzlich wird damit deutlich, dass die Bedrohungsperzeption der Türkei sich von dem „concept of threat“ der europäischen NATO-Staaten unterscheiden; vgl. ebd., S. 175: „Turkey fears that there is a threat from the region she belongs. Therefore, there is a serious differentiation of comprehending the concept.“

⁹⁵¹ Ebd., S. 165.

of border' (z. B. PKK) reagieren zu können. Es lag immer schon in der militärischen Logik, dass die Aufrechterhaltung des Status quo glaubwürdige Aktions- und Reaktionsmöglichkeiten voraussetzt. Diese operativen Fähigkeiten hat die türkische Armee bei ihren Militäraktionen gegen kurdische Basen im Nordirak erfolgreich unter Beweis gestellt. Aus der Sicht der türkischen Militärexperten hat Ankara mit seiner Doppelstrategie eines zugleich offensiven und defensiven Krisenmanagements in den 1990er Jahren beachtliche Erfolge erzielen können. So hat beispielsweise die syrische Regierung dem Druck Ankaras nachgegeben und die politische Führung der PKK des Landes verwiesen (1998/1999).

Die militärischen und politischen Eliten der Türkei gehen grundsätzlich davon aus, dass die Stabilität der gesamten Region (Kaukasus-Naher Osten – östliches Mittelmeer – Schwarzmeerregion) nur dann zu erreichen ist, wenn die NATO (vor allem die USA und 'ihr' Brückenkopf Türkei) eine „*collective capability*“⁹⁵² entwickeln, „which could be used in the collective interest.“⁹⁵³ Hier liegt die Pointe der 'strategic logic' der türkischen Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO. Aus der Sicht Ankaras sind die politischen Konzepte der EU (z. B. *Euro-Mediterranean-Partnership*) in Anbetracht der gegebenen Regionalkonflikte im Nahen Osten mit Skepsis zu betrachten, weil die politischen Rahmenbedingungen in dieser Krisenregion entweder 'kontraproduktiv' oder überaus 'fragmentiert'⁹⁵⁴ sind. Auf Grund ihrer geographischen Lage versucht die Türkei die regionalen Kooperationsprozesse zu intensivieren. Diverse Wirtschaftsabkommen mit den Staaten der Schwarzmeerregion und dem östlichen Nachbarstaat Iran haben zweifelsohne eine konfliktverhütende Wirkung. Das regionalpolitische Ziel der Türkei, nämlich als Ordnungsmacht an der Peripherie der NATO zu fungieren, ist aus der Sicht Ankaras aber nur dann zu erreichen, wenn die Türkei aus einer 'Position der Stärke'⁹⁵⁵ zu handeln imstande ist. Vor diesem Hintergrund wird nachvollziehbar, warum die Türkei konsequent für dementsprechende Strukturreformen innerhalb der NATO plädiert. Die türkische Regierung fühlte sich beispielsweise nach den Erfahrungen der *Operation Deliberate Force* (Bosnien 1995) in ihrer „atlantischen Politik“⁹⁵⁶ gestärkt. Die Zerstrittenheit der europäischen NATO-

⁹⁵² Ebd., S. 165.

⁹⁵³ Ebd., S. 165.

⁹⁵⁴ Vgl. zu dieser Einschätzung bei Geoffrey Edwards/Eric Phillipart: The Euro-Mediterranean Partnership-Fragmentation and Reconstruction, in: *European Foreign Affairs Review* 2 (1997) 4, S. 465-489.

⁹⁵⁵ Vgl. Beyaz Kitap („Weißbuch der Türkei“), Savunma 1998 (Verteidigung 1998), Verteidigungsministerium, Ankara 1998, S. 3.

⁹⁵⁶ Carlo Masala: Den Blick nach Süden, S. 195.

Mitglieder über die Frage „nach einer stärkeren politischen Kontrolle über zukünftige militärische Operationen der Allianz“⁹⁵⁷ wurde in Ankara als Beleg dafür bewertet, dass eine Europäisierung der NATO zu einer Schwächung der operativen Kapazitäten und Optionen führen würde. Ankara ist seit 1995 politisch davon überzeugt, dass ohne den „entscheidenden Druck des Allianzhegemon“⁹⁵⁸ USA die NATO keine aktive Konfliktregulierung zu unternehmen bereit wäre.⁹⁵⁹

VI.2.1. Die Rolle der NATO im Bosnien- und Kosovokonflikt

Die NATO hat aus ihrem Engagement in Bosnien (1995) und aus der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen eine wichtige Lehre gezogen. Der damalige Bundesminister für Verteidigung, Volker Rühe, erklärte im Mai 1995, dass die NATO entsprechende Missionen nur im Auftrag der Vereinten Nationen (Mandat des UN-Sicherheitsrates) durchführen werde, wenn „die politische Zielsetzung von allen Bündnispartnern gleichermaßen akzeptiert ist, wenn es ein durchführbares militärisch-operatives Konzept gibt und die NATO dafür ihre Kräfte und Mittel ungehindert entfalten kann.“⁹⁶⁰ Im Oktober 1995 fanden die ersten Gespräche der NATO-Verteidigungsminister über die Aufstellung multinationaler Verbände unter dem Kommando der NATO statt, die die militärischen und logistischen Aspekte eines Friedensabkommens für Bosnien-Herzegowina umsetzen sollten. Während der Friedensverhandlungen in Dayton hatte der amerikanische Präsident erklärt, dass die USA bei dieser Mission die Führungsrolle übernehmen würden:

„Wenn die Parteien eine Einigung erzielen, muss die NATO dabei helfen, sie zu sichern, und die Vereinigten Staaten als Führer der NATO müssen sich daran beteiligen. (...) Wie ich schon gesagt habe, die Vereinigten Staaten, die Quelle der militärischen Kraft der NATO, müssen daran teilnehmen. Wenn wir uns nicht an der Implementierungstreitmacht beteiligen, werden unsere NATO-Partner, verständlicherweise, ihre eigenen Verpflichtungen überdenken. Wir würden die amerikanische Führung in der Allianz untergraben. Wir würden die Allianz schwächen. Der hart erkämpfte Frieden in Bosnien könnte dann verloren sein.“⁹⁶¹

⁹⁵⁷ Ebd., S. 194.

⁹⁵⁸ Ebd., S. 195.

⁹⁵⁹ Vgl. ebd., S. 196.

⁹⁶⁰ Volker Rühe: Rede des deutschen Verteidigungsministers am 11. Mai 1995 in Bonn über die Nordatlantische Allianz als Fundament einer neuen Friedensordnung in Europa, in: Internationale Politik 50 (1995) 1, S. 92.

⁹⁶¹ Erklärung des amerikanischen Präsidenten, Bill Clinton, über die Verhandlungen in Dayton (Ohio), abgegeben am 31. Oktober 1995 in Washington/D. C., in: Internationale Politik 50 (1995) 12, S. 105f.

Nach Abschluss der Friedensverhandlungen für Bosnien-Herzegowina wurde am 29.11.1995 in Brüssel eine Einigung über die so genannte *Implementation Force* (IFOR) erzielt. Nach der Paraphierung des Friedensabkommens in Paris (14.12.1995) verabschiedete der UN-Sicherheitsrat auf der Grundlage von Art. VII der Charta der Vereinten Nationen die UN-Resolution 1031. Dadurch wurden die an IFOR beteiligten Staaten ermächtigt, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die militärischen Aspekte des Pariser Friedensabkommens zu verwirklichen. Die Kommandostruktur der IFOR-Truppen (60.000 Mann) war hierarchisch gegliedert. Die Verantwortung für den Einsatz oblag dem Oberbefehlshaber der UNPROFOR, der diese am 20.12.1995 an den Alliierten Befehlshaber in Europa (SACEUR) delegierte. Damit war die Forderung der US-Administration erfüllt. Die 60.000 Mann umfassenden IFOR-Verbänden wurden in drei Sektoren stationiert: der Nordsektor unterstand dem amerikanischen Befehlshaber in Tuzla, der Ostsektor dem französischen Kommando in Sarajewo, der Westsektor dem britischen Kommando in Kupres. Grundsätzlich war der IFOR-Einsatz ein Erfolg. Bereits einen Monat nach der Stationierung der Verbände in Bosnien-Herzegowina waren die Streitkräfte der Vertragsparteien aus der sogenannten Entflechtungszone abgezogen worden. Etwa drei Monate nach der Stationierung der IFOR-Verbände konnten die Territorien der bosnischen Administration übergeben werden. Nach den Wahlen in Bosnien im September 1996 war die IFOR-Mission mit Stichtag vom 20. Dezember 1996 ausgelaufen. Die sogenannte Anschlussmission wurde am 20. Dezember unter der Bezeichnung SFOR gemäß UN-Resolution 1088 vom 12. Dezember 1996 aufgenommen. Der Kernauftrag der SFOR-Mission („Joint Forge“)⁹⁶² galt der Stabilisierung der Krisenregion, d. h. vor allem der Abschreckung von Feindseligkeiten oder Bedrohungen für den Frieden in Bosnien-Herzegowina. Die SFOR-Truppen hatten von den Vereinten Nationen das Mandat zu 'friedens erzwingenden Maßnahmen', die auch unter Einsatz von Waffengewalt vollzogen werden sollten. Darüber hinaus erstreckte sich der Auftrag der SFOR-Mission auf die Bereitstellung selektiver Unterstützung für zivile Wiederaufbauorganisationen und die Überwachung des zwischen den Vertragsparteien vereinbarten Demilitarisierungsabkommens.⁹⁶³

⁹⁶² Vgl. NATO-Handbuch: Jubiläumsausgabe zum fünfzigjährigen Bestehen der Nordatlantik-Pakt-Organisation. Brüssel 1988, S. 139-144; dazu NATO-Dokumentation: Leistungsbilanz SFOR-20. Dezember 1996 bis 22. April 1998 (<http://www.nato.int>), S. 1-3.

⁹⁶³ Vgl. ebd.

Der Kosovo-Konflikt beschäftigte ab Frühjahr 1998 die internationale Öffentlichkeit, als die Kämpfe zwischen der Befreiungsarmee des Kosovo, UCK, und serbischen Verbänden (Polizei; paramilitärische Sonderkontingente) im Kosovo eskalierten.⁹⁶⁴ Auffällig ist zunächst gewesen, dass diese Ereignisse in der serbischen Teilrepublik von den NATO-Mitgliedern unterschiedlich bewertet wurden. Ein Konsens konnte nur darin erzielt werden, „dass die Auseinandersetzungen im Kosovo ein (...) destabilisierendes Potential für den Balkan in sich bergen. Es herrschte die Befürchtung, dass es zu Flüchtlingswellen albanischer Kosovaren (ca. 1,8 Millionen) in die angrenzenden Nachbarstaaten Montenegro, Makedonien und Albanien kommen könnte und dies zur Destabilisierung dieser Staaten beitragen würde.“⁹⁶⁵

Auf Grund ihrer geographischen Nähe zur Krisenregion drängten vor allem Italien und Griechenland als EU-Staaten und NATO-Mitglieder auf eine rasche Lösung der 'humanitären Tragödie im Herzen Europas'. Die türkische Regierung forderte ein entschlossenes Handeln der internationalen Institutionen und Organisationen, weil „es sich bei den Vorgängen im Kosovo keineswegs um eine innere Angelegenheit Serbiens handeln würde.“⁹⁶⁶ Ankara wies der serbischen Regierung die eigentliche Verantwortung für die Eskalation im Konfliktgebiet des Kosovo zu.⁹⁶⁷ Die EU-Staaten waren hinsichtlich der politischen Bewertung der Vorgänge im Kosovo unterschiedlicher Auffassung. Die französische Regierung lehnte jede Intervention im Kosovo-Konflikt ab, weil die Vorgänge dort eine innere Angelegenheit Serbiens seien. Auch die griechische Regierung, die im Bosnien-Konflikt die Position Belgrads bezogen hatte, wies der UCK die Hauptverantwortung für die Eskalation im Kosovo zu. Wiederum stand die westliche Politik, vor allem aber die konzertierte Handlungsfähigkeit der EU-Staaten und der europäischen NATO-Mitglieder, auf dem Prüfstand.⁹⁶⁸ Aus Sicht der US-Administration drohte ein „spill-over des Kosovo-Konflikts auf Griechenland und die Türkei“ und (als *worst-case*) „die Paralyse des amerikanischen Führungsinstruments in Europa, der NATO (...).“⁹⁶⁹ Vor dem Hintergrund der politischen Divergenzen innerhalb der westeuropäischen EU- und NATO-Staaten, insbesondere aber durch die politische Unterstützung Serbiens durch

⁹⁶⁴ Vgl. Thomas Schmid (Hrsg.): Krieg im Kosovo. Reinbek b. Hamburg, 1999, S. 47-62.

⁹⁶⁵ Carlo Masala: a. a. O., S. 209.

⁹⁶⁶ Ebd., S. 210.

⁹⁶⁷ Vgl. Süleyman Demirel: Turkey and NATO at the threshold of a new century, in: Perceptions 4 (1999) 1, S. 5-12.

⁹⁶⁸ Vgl. dazu Jane M. O. Sharp: Testfall Kosovo: Die westliche Politik auf dem Prüfstand, in: Internationale Politik 53 (1998) 6, S. 27-33.

⁹⁶⁹ Carlo Masala: a. a. O., S. 210.

die Russische Föderation ('innere Angelegenheit' Belgrads) war die Lage überaus prekär.

Die sogenannten Balkan-Kontaktgruppe ⁹⁷⁰ blieb in ihren Forderungen und Vorschlägen zur Beilegung des Kosovo-Konflikts widersprüchlich, wurde doch einerseits das Prinzip der territorialen Integrität (Rest-)Jugoslawien betont, andererseits aber mit weitreichenden Sanktionen Belgrad massiv unter Druck gesetzt.⁹⁷¹ Es scheint also, als ob sich schließlich die Position der Clinton-Administration durchgesetzt hat. Der UN-Sicherheitsrat verhängte am 31. März 1998 ein Waffenembargo gegen Jugoslawien (Serbien) und verurteilte in der UN-Resolution 1160 die Maßnahmen der serbischen Sondereinheiten im Kosovo wie auch die terroristischen Aktivitäten der UCK.⁹⁷² Ein Kompromissvorschlag (zur Lösung des Konflikts) des UN-Sicherheitsrats lautete dahin, dem Kosovo eine größere Autonomie im Staatenverband (Rest-)Jugoslawien zu gewähren, gleichzeitig aber die territoriale Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien zu erhalten.⁹⁷³ Inzwischen wurde aber klar, dass die Kosovaren die vollständige Unabhängigkeit von Serbien erreichen wollten und den Kampf der UCK gegen das autokratische Regime in Belgrad unterstützten. Wieder sollten es die USA sein, die das weitere Vorgehen entscheidend bestimmten. Die Erfolge der UCK waren inzwischen beachtlich. Auch der gemäßigte Führer der albanischen LDP, Ibrahim Rugova, konnte den Westen und das US-State Department von der 'Alleinschuld' Milosevic's überzeugen:

„Die Vereinigten Staaten passten umgehend ihre Kosovo-Politik den neuen Gegebenheiten an. Ende Mai entschied Präsident Clinton nach eingehenden Konsultationen mit dem State Department und gegen die Widerstände aus dem Pentagon, dass nur eine glaubwürdige militärische Drohung Milosevic von seiner Politik im Kosovo abbringen könnte. Damit rückte die NATO an Stelle der Kontaktgruppe in das Zentrum der amerikanischen Kosovo-Politik.“⁹⁷⁴

Schon bald führte die „Involvierung der NATO“⁹⁷⁵ zum Aufbau einer Drohkulisse gegen Belgrad (Manöver von Luftstreitkräften über Albanien und Makedonien, Planungen der *Operation Determined Falcon* durch den MC der NATO am 11./12. Juni 1998).⁹⁷⁶ Für die USA war ein UN-Mandat für eine Militäraktion gegen

⁹⁷⁰ Vgl. ebd., S. 211.

⁹⁷¹ Vgl. Insgesamt dazu Carsten Giersch: Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991-1995. Die Rolle von OSZE, EU, UNO und NATO, Baden-Baden 1998, S. 179f.

⁹⁷² Vgl. insgesamt Stefan Troebst: Chronologie einer gescheiterten Prävention. Vom Konflikt zum Krieg im Kosovo, 1989-1999, in: Osteuropa 49 (1999) 8, S. 777-795.

⁹⁷³ Vgl. Ebd.

⁹⁷⁴ C. Masala: a. a. O., S. 213.

⁹⁷⁵ Ebd., S. 214.

⁹⁷⁶ Vgl. ebd., S. 214 f.

Belgrad zwar wünschenswert, aber grundsätzlich nicht erforderlich.⁹⁷⁷ Gerade in diesem Punkt der rechtlichen Grundlagen eines Kampfeinsatzes von NATO-Verbänden kam es zu erheblichen Meinungsunterschieden. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich vertraten die Auffassung, dass ein NATO-Einsatz nur auf der Grundlage eines UN-Mandats zu legitimieren sei.⁹⁷⁸ Unter Berufung auf allgemeine Bestimmungen der UN-Charta ('Verbrechen gegen Menschlichkeit') und die Resolution 1199 („Gefährdung der regionalen Stabilität und Sicherheit“ im Kosovo) gingen die USA und Großbritannien von einer hinreichenden Legitimationsgrundlage für eine militärische Operation gegen Serbien aus, während Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Spanien und Portugal auf ein Mandat des UN-Sicherheitsrates drängten.⁹⁷⁹ Obwohl die Türkei zu den schärfsten Kritikern des Belgrader Regimes gehört hatte, hielt sich Ankara nach dem Beginn der Militäroperationen gegen Serbien auffällig zurück.⁹⁸⁰ Vermutlich wollte sich die Türkei, wegen der langfristig angelegten „Balkan co-operation, in which Bulgaria, Macedonia and Romania“⁹⁸¹ aktiv involviert sind, nicht exponieren. Darüber hinaus verdient der Hinweis von C. Masala Beachtung, wonach die Türkei im Rahmen der Beratungen zum 'Neuen Strategischen Konzept' der NATO ihre Sicherheitsinteressen (z.B. Bedrohung durch kurdischen Separatismus und Terrorismus) zu wenig gewürdigt sieht.⁹⁸²

„Ein Streitpunkt in den Beratungen zum neuen Strategischen Konzept, der in einem engen Zusammenhang mit der Kosovo-Intervention stand, stellte die Problematik der Kernfunktionen der Allianz dar. Sollten zukünftig neben der Sicherung der kollektiven Verteidigung der Mitgliedsstaaten auch noch andere Aufgaben, wie z. B. militärische Einsätze zur Krisenbewältigung, den gleichen Stellenwert erhalten wie Art. 5-Missionen? Auch in dieser Frage herrschte, trotz der laufenden militärischen Operation der Allianz im Kosovo, im Vorfeld des Washingtoner Gipfels Uneinigkeit. Während sich Frankreich, unterstützt von der Türkei und Griechenland, gegen eine solche Ausweitung der Kernfunktion wandte, befürworteten die USA und Großbritannien diese (...).

Ähnlich wie die Türkei (im Bereich des Terrorismus) versuchten Spanier und Italiener ihre spezifischen nationalen Interessen im Mittelmeerraum (Migration und Energiesicherheit) zum Gegenstand gemeinsamen Allianzhandelns zu machen.“

Die türkische Forderung wird von den europäischen NATO-Mitgliedern nicht oder nur unter Vorbehalt unterstützt. Gerade aus Sicht Frankreichs und Deutschlands

⁹⁷⁷ Vgl. ebd., S. 216.

⁹⁷⁸ Vgl. Ebd., S. 216.

⁹⁷⁹ Vgl. CdS vom 16. Juni 1998.

⁹⁸⁰ Vgl. İlhan Uzgel: Yeni Yugoslavya ve Türkiye, in: Baskın Oran (Hrsg.): Türk Dış Politikası, Kurtuluş Savaşından Bugüne Olgular, Belgeler, Yorumlar, Band 1, İstanbul 2002, S. 493.

⁹⁸¹ Solomon Passy/Lyubomir Ivanov: NATO's Global Mission in the Twenty-first Century, in: Perceptions 4 (1999) 2, S. 61 (Beitrag: S. 54-67).

⁹⁸² C. Masala; a. a. O., S. 255 f.

geht es bei der Lösung der Kurdenfrage um weit mehr als um den 'Kampf gegen den Terrorismus'. Diese „konzeptionellen Differenzen“,⁹⁸³ die aus unterschiedlichen Sicherheitsinteressen und z. T. divergierenden Risikoperzeptionen der Bündnisstaaten erwachsen sind, konnten in dem am 24. April 1999 verabschiedeten Strategischen Konzept von Washington „nicht beseitigt, sondern nur verdeckt werden.“⁹⁸⁴

VI.2.2. Die Rolle der Türkei in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo-Konflikt

Die Türkei hat sich im Bosnien-Konflikt aktiv für die Interessen der muslimischen Bosnier eingesetzt. Die Türkei hat einen sogenannten „*Action Plan*“ für Bosnien erarbeitet, den sie den Vereinten Nationen vorgelegt hat.⁹⁸⁵ Dort verlangte die Türkei, diplomatische, humanitäre und militärische Maßnahmen gegen die Serben zu ergreifen.⁹⁸⁶ Zusätzlich verlangte die Türkei, das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben, die sofortige Beendigung des Krieges und die territoriale Integrität Bosniens mit der Unterstützung der NATO zu sichern.⁹⁸⁷ Die Türkei forderte als *ultima ratio* die Bombardierung der serbischen Stellungen und Flughäfen. Dieses Verlangen der Türkei verwirklichte die USA erst im Sommer 1995. Die Türkei vermied im Bosnien-Konflikt einseitige Alleingänge. Das türkische Parlament erließ bereits am 8. Dezember 1992 ein Gesetz, nach dem türkische Soldaten Auslandseinsätze nur im Rahmen der Vereinten Nationen (UNPROFOR) durchführen konnten.⁹⁸⁸ Gemäß dem UN-Beschluss schickte die Türkei achtzehn F-16-Flugzeuge zur Überwachung der Flugverbotszonen und entsandte türkische Kriegsschiffe in die Adria, um das Embargo vom Meer aus zu kontrollieren.⁹⁸⁹ Das US-Außenministerium und einzelne Politiker im US Kongreß befürworteten eine Politik des „Lift and Strike“.⁹⁹⁰ Die Türkei beteiligte sich mit den USA an einem militärischen Programm („Train and Equip“) zur Unterstützung der Bosnier. Nach dem Ende des Krieges erklärte der damalige

⁹⁸³ Ebd., S. 256.

⁹⁸⁴ Ebd., S. 256.

⁹⁸⁵ Vgl. İlhan Uzgel: *Yeni Yugoslavya ve Türkiye*, ebd. S. 496.

⁹⁸⁶ Vgl. İlhan Uzgel: „Bosna-Hersek ve Türkiye“ („Bosnien-Herzegowina und die Türkei“), in: Baskın Oran (Hrsg.): *Türk Dış Politikası, Kurtuluş Savaşından Bugüne* Ogular, Belgeler, Yorumlar („Türkische Außenpolitik seit der Gründung der Republik bis Heute: Dokumente und Meinungen“), cilt 1 (Band 1.), 6. Baski, İstanbul, İletişim Yayınları, 2002, S. 496.

⁹⁸⁷ Vgl. ebd., S. 496.

⁹⁸⁸ Ebd., S. 496.

⁹⁸⁹ Ebd., S. 496.

⁹⁹⁰ Vgl. İlhan Uzgel: „Balkanlar ve Türk-ABD Çıkarlarının Kesişmesi“ („Interessendivergenz zwischen USA und Türkei auf dem Balkan“), S. 275.

Generalstabschef Doğan Güreş öffentlich, dass die Türkei Waffen an Bosnien geliefert habe. Durch das aktive Eingreifen der Türken im Bosnien-Konflikt fühlten sich Jugoslawien, Griechenland, Rußland und Bulgarien provoziert und verlangten eine Nichteinmischung der Türkei. Aus diesem Grund kam sogar der neue Ministerpräsident Jugoslawiens Milan Panic am 12. August 1992 nach Ankara, um sich zu beschweren.⁹⁹¹

Die Türkei hat aus folgenden Gründen einen militärischen Alleingang in Bosnien vermieden:

Für die Türkei, die Militärstreitkräfte in Nordzypern unterhält, im Südosten der Türkei einen „Kleinkrieg“ gegen die kurdischen Separatisten (PKK) führt und starke Verbände an der Grenze zum Nordirak disloziert hat, war es nicht möglich, weitere militärische Operationen im Kaukasus und auf dem Balkan durchzuführen;⁹⁹²

der Türkei war bewusst, wenn sie einen militärischen Alleingang auf dem Balkan wagen würde, dass sie sich auf einen Konfrontationskurs mit den Ländern Jugoslawien, Griechenland und Russland einlassen würden. Weiterhin würden sich die gerade normalisierten diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien, Rumänien, Kroatien und Makedonien wieder verschlechtern;

damals verfügte die Türkei auch nicht über die technischen Mittel, um in den Konflikt einzugreifen. Beispielsweise wurden den türkischen Flugzeugen nicht erlaubt, über den griechischen Luftraum zu fliegen. Außerdem weigerten sich auch Bulgarien, Makedonien und Albanien, ihren Luftraum der Türkei zu öffnen.⁹⁹³ Die türkischen Flugzeuge waren auch technisch nicht in der Lage, länger als einige Minuten im bosnischen Luftraum zu bleiben, weil ihr Sprit nicht weiter ausreichte. Diese Fähigkeit erlangten sie erst durch den Kauf von Tank – Flugzeugen im Jahr 1995.

⁹⁹¹ Vgl. ebd., S. 496.

⁹⁹² Ebd., S. 497.

⁹⁹³ Ebd., S. 497.

Bilanz der türkischen Außenpolitik in Bosnien-Konflikt:

Einer der negativen Folgen war der Abbruch aller diplomatischen Beziehungen mit der neuen Regierung Jugoslawiens. Jugoslawien stand auf der Liste der Staaten, die die PKK unterstützte.⁹⁹⁴

Die Türkei konnte eine Blockbildung auf dem Balkan nicht verhindern.

Die Türkei vertrat auf dem Balkan eine gegensätzliche Position zu den Ländern Großbritannien, Frankreich und Russland. Die Konkurrenz der Türkei mit Russland auf dem Balkan konnte man nicht mit der Konkurrenz im Kaukasus vergleichen.

Positive Folgen für den staatlichen Akteur Türkei:

Durch eine aktive Außenpolitik zeigte die Türkei, dass sie ein nicht zu unterschätzender Staat ist. Beispielsweise kamen die Initiatoren des Vance-Owen-Plans, Lord Owen und Cyrus Vance, bevor sie ihren Plan in die Tat umsetzten, zu Beratungen in die Türkei.⁹⁹⁵

Trotz massiver Proteste der Griechen und Russen beteiligte sich die Türkei an der UNPROFOR-Mission und überwachte die Flugverbotszone.

Die Türkei schaltete die griechische Konkurrenz auf dem Balkan aus, indem sie nach eigener Auffassung, sich auf die Seite der Unterdrückten und ungerecht Behandelten stellte. Griechenland unterstützte öffentlich Jugoslawien und war deshalb in einer schlechteren Position.⁹⁹⁶ Nach dem Dayton-Abkommen beteiligten sich türkische Truppen im Rahmen der Vereinten Nationen (IFOR) an den friedenssichernden Maßnahmen. Die Türkei unterzeichnete ein Abkommen über eine militärische Zusammenarbeit mit Bosnien-Herzegowina. Ab Mai 1996 wurden bosnische Militärangehörige in der Türkei ausgebildet.⁹⁹⁷ Dieses Abkommen war ein Teil des von den USA ins Leben gerufenen „*train and equip*“-Programms.⁹⁹⁸

⁹⁹⁴ Vgl. ebd., S. 500.

⁹⁹⁵ Vgl. dazu İlhan Uzgel: Bosna-Hersek ve Türkiye, S. 501.

⁹⁹⁶ Vgl. ebd., S. 501.

⁹⁹⁷ Ebd., S. 502.

⁹⁹⁸ Vgl. ebd., S. 501.

Welche Rolle spielte die Türkei im Kosovokonflikt?

Der Kosovo-Konflikt hatte das Potential, den ganzen Balkan zu destabilisieren. Unter der Führung des Allianzhegemonen USA begannen die NATO-Flugzeuge am 24. März 1999, Jugoslawien zu bombardieren. Die Türkei schickte während des Bombardements zuerst ihre F-16-Flugzeuge als Beobachter, später beteiligte sie sich aktiv an Militärschlägen gegen Jugoslawien teil.⁹⁹⁹ Die Amerikaner hatten einen nicht so starken Widerstand der Serben erwartet. Der Druck auf die USA wurde größer; sie mussten ihre Interessen um jeden Preis durchsetzen. Die politischen Folgen für die USA wären verheerend gewesen! Darum bat die USA der Türkei um die Nutzung ihrer militärischen Basen.¹⁰⁰⁰ Der Bitte kam die Türkei nach und öffnete ihre militärischen Basen in Bandırma und Çorlu. Doch zur Nutzung der türkischen Basen kam es nicht, weil Jugoslawien bei den Verhandlungen in Rambouillet die Bedingungen der Amerikaner akzeptierte.¹⁰⁰¹

Nach dem Dayton-Abkommen kam es zur einer vorsichtigen Annäherung und Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und Jugoslawien. Doch der bewaffnete Konflikt in Kosovo machte diese Annäherung bald zunichte.¹⁰⁰² Die Türkei positionierte sich im Kosovo-Konflikt auf der Seite der Kosovaren. Als es zu einer militärischen Auseinandersetzung kam, reiste der damalige türkische Außenminister İsmail Cem nach Belgrad, um eine friedliche Lösung des Konflikts zu erzielen, kam aber ohne ein Ergebnis zurück.¹⁰⁰³ Jugoslawien beschuldigte die Türkei der Unterstützung der bewaffneten albanischen Gruppen. Im Gegenzug beschuldigte Ankara Jugoslawien der Unterstützung der kurdischen Separatisten (PKK).¹⁰⁰⁴ Die Türkei beteiligte sich dann militärisch im Kosovo-Konflikt auf Seiten der USA. Die Türkei überwachte nicht nur die Flugverbotszonen und die albanische Küste, sondern ihre F-16 Flugzeuge bombardierten im Rahmen der NATO auch militärisch-logistische Stellungen in Jugoslawien. Als Antwort lieferte Jugoslawien den kurdischen Separatisten (PKK) Raketen.¹⁰⁰⁵ Als schließlich Jugoslawien allen NATO-Verbündeten

⁹⁹⁹ Vgl. İlhan Uzgel: „Balkanlar ve Türk-ABD Çıkarlarının Kesişmesi“. In: Baskın Oran (Hrsg.): Türk Dış Politikası, Kurtuluş Savaşından Bugüne Olgular, Belgeler, Yorumlar, cilt 1 (Band 1.), 6. Baskı, İstanbul, İletişim Yayınları, 2002, S. 276.

¹⁰⁰⁰ Vgl. ebd., S. 276.

¹⁰⁰¹ Ebd., S. 276.

¹⁰⁰² Vgl. İlhan Uzgel: „Yeni Yugoslavya ve Türkiye“ („Türkei und das neue Jugoslawien“), in: Baskın Oran (Hrsg.): Türk Dış Politikası, Kurtuluş Savaşından Bugüne Olgular, Belgeler, Yorumlar, cilt 1 (Band 1.), 6. Baskı, İstanbul, İletişim Yayınları, 2002, S. 493.

¹⁰⁰³ Ebd., S. 493.

¹⁰⁰⁴ Ebd., S. 493.

¹⁰⁰⁵ Ebd., S. 493.

den Krieg erklärt hatte, befand sich die Türkei faktisch im Krieg mit Jugoslawien.¹⁰⁰⁶ Das Verhalten des staatlichen Akteurs Türkei in den Kriegen auf dem Balkan ist insofern bezeichnend, als die Türkei neben den USA die treibende Kraft für eine schnelle militärische Operation gegen Belgrad gewesen ist. Im Unterschied zu den Bündnispartnern Deutschland und Frankreich setzte Ankara früh auf die 'militärische Karte', wobei der politische Konflikt mit Russland und Griechenland billigend in Kauf genommen wurde. Zweifelsohne demonstrierte der staatliche Akteur Türkei eine neu gewonnene Stärke in der Region. Diese Machtdemonstration erfolgte allerdings nicht im Alleingang, sondern im Rahmen der Mandatierung durch die Vereinten Nationen bzw. auf der Grundlage der entsprechenden Beschlüsse des NATO-Rats.

VI.3. Flexibilisierung und Diversifizierung: Die Rolle der Türkei im neuen Aufgabenspektrum der NATO

Der Wille der NATO-Staaten, die Allianz an die veränderten sicherheitspolitischen Gegebenheiten des internationalen Systems anzupassen, spiegelt sich nicht nur im neuen Strategischen Konzept von Rom wider, sondern er fand seinen Ausdruck auch in der umfassenden Strukturreform des Bündnisses selbst. Bereits im Mai 1992 erfolgte eine radikale Reform der sogenannten militärischen Kommandostrukturen der NATO.¹⁰⁰⁷

Reduzierung der Oberkommandos von drei (Atlantik, Kanal, Europa) auf zwei (Atlantik, Europa);

Reduzierung der *Headquarters* und integrierten Führungsstäbe auf der mittleren Kommandoebene;

Zusammenlegung der Major Subordinate Command (MSC's) für den Bereich United Kingdom Air Forces und Allied Forces Northern Europe zu einem integrierten Kommandoverbund Allied Forces Northwest Europe. Auffällig ist die Beibehaltung der Major Subordinate Commands in Mittel- und Südeuropa (MSC's allied Forces Central Europe und Allied Forces Southern Europe).

Konzentrierten sich die Planungen zur Reform der militärischen Strukturen der Allianz zunächst auf die Mitte Europas, wurde ab Sommer 1992 eine Flexibilisierung und

¹⁰⁰⁶ Ebd., S. 493.

¹⁰⁰⁷ Vgl. Carlo Masala: Den Blick nach Süden, S. 104 f.

Diversifizierung des Aufgabenspektrums bzw. eine militärstrategische Neuorientierung erkennbar.¹⁰⁰⁸ Das Hauptaugenmerk lag in dieser Hinsicht auf der Südostflanke des Bündnisses. Allerdings wurden die Kommandostrukturen der *Allied Forces Southern Europe* nicht verändert, d.h. für diesen geostrategischen Gesamttraum blieben die integrierten Führungsstäbe der USA, Italiens, Griechenlands und der Türkei verantwortlich. Die Lage in Zentraleuropa¹⁰⁰⁹ wurde auf der Ministertagung der NATO in Oslo (Kommunique vom 4.6.1992) als stabil und entspannt bewertet, wohingegen die Süd- und Südostflanke des Bündnisses als 'potentieller Gefährdungsraum' perzipiert wurde.¹⁰¹⁰ In Ankara war mit dieser Bewertung die Hoffnung auf eine neue Rollenattribution für die Türkei innerhalb des Bündnisses verbunden. Der neue Leitbegriff einer „Arbeitsteilung“¹⁰¹¹ innerhalb der NATO machte die Runde, ohne aber im Sinne einer Erweiterung der Kompetenzen und Aufgaben der türkischen Streitkräfte interpretiert zu werden. Die Schwierigkeiten lagen, wie nicht anders zu erwarten, in dem Spannungsverhältnis zwischen den beiden NATO-Mitgliedern Türkei und Griechenland begründet. Die Diskussion um ein gemeinsames *Joint Subregional Command* (JSRC) im östlichen Mittelmeergebiet verlief demzufolge angespannt und zog sich bis 1996 hin.

Die 'Kompetenzrängeleien' zwischen Ankara und Athen waren überaus belastend und wurden schließlich mit einem Kompromissvorschlag beigelegt:¹⁰¹²

„Es war allen Beteiligten von Anfang an jedoch klar, dass ein solches Unterfangen angesichts des türkisch-griechischen Konflikts äußerst problematisch werden würde(...). Allerdings (...) machte Generalsekretär Solana (...) deutlich, insistiere die Allianz, dass die Türken und die Griechen in einem multinationalen Kommando zusammenarbeiten müssten. Eine Ausnahme von dieser Regel würde für beide Staaten nicht in Frage kommen. Sowohl Athen als auch Ankara standen diesem Vorschlag ablehnend gegenüber. Doch den Regierungen beider Länder war bewusst, dass sie in dieser Frage einen nur eingeschränkten Handlungsspielraum haben würden. Folglich bestanden die Regierungen beider Staaten darauf, dass das neu zu errichtende JSRC sein Hauptquartier in der Türkei (İzmir) resp. in Griechenland (Larissa) haben müsse.“

¹⁰⁰⁸ Kommunique der Ministertagung des Nordatlantikrates vom 4. Juni 1992 in Oslo, in: NATO-Brief 3(1992) 5-6, S. 30-32.

¹⁰⁰⁹ Der Warschauer Pakt hatte sich bereits aufgelöst; die ehemaligen Angehörigen der WPO, Tschechische Republik, Polen und Ungarn, hatten den Antrag auf Aufnahme in die NATO gestellt, die aber erst 1999 erfolgen sollte!

¹⁰¹⁰ Vgl. dazu die Begründungsmuster für die Einführung des Konzepts der Combined Joint Task Forces (CJTF) bei Charles Barry: Combined Joint Task Forces in Theory and Practice, in: Philip H. Gordon (Hrsg.): NATO's Transformation. The Changing Shape of the Atlantic Alliance. Lanham et al. 1997, S. 203-219; Alexander Moens: NATO's Dilemma and the Elusive Defence Identity, in: Security Dialogue 29 (1998) 4, S. 463- 475; David S. Yost: NATO transformed: The Alliance's New Role in International Security. Washington 1998, S. 200 f.

¹⁰¹¹ Carlo Masala: a. a. O., S. 105.

¹⁰¹² Ebd., S. 117.

Nach heftigen Auseinandersetzungen auf diversen Tagungen gaben die übrigen NATO-Mitglieder ihr ursprüngliches Modell eines gemeinsamen JSRC im östlichen Mittelmeergebiet auf und stimmten einer Dislozierung dieser Kommando-Hauptquartiere in der Türkei und Griechenland zu.¹⁰¹³

„Griechenland sollte das *JSRC Southcentral* in Larissa und die Türkei das *JSRC Southeast* in İzmir erhalten. Während ersterem die Aufgabe zugewiesen wurde, sich mit potentiellen Risiken aus den Gebieten des ehemaligen Sowjetunion zu befassen, sollte letzteres Vorkehrungen gegen Risiken aus dem Mittleren und Nahen Osten, insbesondere aus Syrien, dem Irak und dem Iran, treffen.“

Damit war die besondere, vor dem Hintergrund der neuen Bewertung der Sicherheitslage exponierte Rolle der Türkei festgeschrieben worden. Vor allem der symbolische Wert kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Auf der Expertentagung in Ebenhausen (1998) äußerte denn auch der türkische Vertreter Orhan Turfan die Auffassung, dass sich der geographische Aktionsradius des Bündnisses vor dem Hintergrund neuer „*risks*“ and „*threats*“ erweitert habe.¹⁰¹⁴ Die politischen Entwicklungen in Nordafrika (Algerien, Libyen, z. T. Marokko und Ägypten) und im Nahen Osten könnten eine Bedrohung für die Allianz oder für einzelne Mitgliedsstaaten der NATO darstellen. Vor allem die 'neue Gefahr' des weltweit operierenden Terrorismus stelle eine Herausforderung neuer Qualität an das Bündnis dar.¹⁰¹⁵

Durch die besondere Rolle Frankreichs in der NATO und – gleichzeitig – als Mittelmeeranrainer wurden in den späten 1990er Jahren die strategischen Rollen der Sicherheitspolitik im mediterranen Raum neu gewichtet. Bereits im Strategischen Konzept von 1991 ist die Stabilität im gesamten Mittelmeerraum als vorrangiges Ziel der Allianz formuliert worden. Die Eskalation der Gewalt in Algerien (seit 1992), die Aktivitäten der Polisario in Marokko, die Rolle Libyens bei der logistischen Unterstützung von terroristischen Gruppierungen, die islamistischen Gruppen in Ägypten und die seit Jahrzehnten andauernden Konflikte im Nahen Osten spielen in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Ähnlich wie die EU versuchte auch die Allianz, kooperative Beziehungen zu den Mittelmeeranrainerstaaten zu entwickeln. Allerdings sollte sich bald zeigen, dass die einzelnen NATO-Staaten (vor allem bei EU-Doppelmitgliedschaft) unterschiedliche Interessen im mediterranen Raum verfolgten. Paris lehnte „jede Institutionalisierung der Beziehungen zwischen NATO und

¹⁰¹³ Carlo Masala: a. a. O., S. 117 f.

¹⁰¹⁴ Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): The New NATO: Can it Function? Need for Defining NATO's Strategic Rational for the 21 st Century. The Eleventh Review Conference on Future Tasks of the Alliance, 6.-8.3.1998, S. 57.

¹⁰¹⁵ Bis zum '11. September 2001' sollte das Terrorismus-Thema innerhalb der NATO zweitrangig bleiben; erst danach erklärte die NATO den 'Verteidigungsfall'!

nordafrikanischen Mittelmeerrainern¹⁰¹⁶ ab, weil dadurch die „special relations zu Staaten wie Algerien, Marokko und Tunesien“¹⁰¹⁷ zweitrangig werden könnten. Auch die Türkei scheint eigene Interessen im (östlichen) Mittelmeerraum zu verfolgen. Die türkisch-israelischen Beziehungen weisen in diese Richtung. Wie schwierig die Diskurse innerhalb der NATO über die neue Mittelmeerpolitik sind, zeigt die Diskussion über die Kommandostruktur in AFSOUTH (*Allied Forces Southern Europe*).¹⁰¹⁸ Hier spiegelt sich wie „unter einem Brennglas (...) die grundsätzliche Problematik der internen Allianzadaption seit 1990: (nämlich) die Frage nach Hegemonie oder Symmetrie in den Strukturen der Allianz“¹⁰¹⁹ wider.

Die USA jedenfalls beanspruchen als Garantiemacht des Bündnisses im Weltmaßstab nicht nur die Gesamthegemonie in den militärischen Strukturen der NATO, sondern auch die Übertragung der Regionalkommandos auf US-Generäle. Gerade Frankreich als mediterrane Regionalmacht hat das Kommando über AFSOUTH angestrebt, was aber aus Sicht der US-Administration gänzlich unannehmbar ist.¹⁰²⁰ Die Türkei hat die Prädominanz der USA zu jedem Zeitpunkt unterstützt und dadurch als ein 'treuer Juniorpartner' des Allianzhegemons eine (relative) Aufwertung innerhalb des gegenwärtigen NATO-Posture erfahren können. Die Sicherheit des Mittelmeerraumes hängt zwar von den Bemühungen aller NATO-Staaten ab, garantiert wird sie aber von der 6. US-Flotte.¹⁰²¹ Da für die Türkei eine 'Europäisierung' der NATO, vor allem aber eine weitere Annäherung von EU- und NATO-Strukturen, nicht wünschenswert ist, plädiert Ankara (fast) ausnahmslos für die sicherheitspolitischen Positionen der US-Administration. Am Beispiel der Kontroversen über die Besetzung von AFSOUTH wurde schließlich deutlich, dass sich auch Italien, Portugal und Spanien gegen die Übertragung der Kommandogewalt auf einen französischen General gesperrt haben. Für die Türkei ist die enge, symbiotische Bindung an den Bündnishegemon USA die *conditio sine qua* ihrer staatlichen Sicherheitspolitik. Diese, bis zum jüngsten Golfkrieg unverbrüchlich bestehende 'Vasallentreue' hat auch damit zu tun, dass die Europäer innerhalb der NATO (hier: Frankreich, Deutschland, Italien, dazu je nach Anliegen auch Spanien und die Benelux-Staaten) eine langfristige Konzeption einer 'Europäischen

¹⁰¹⁶ C. Masala: a. a. O., S. 140.

¹⁰¹⁷ Ebd., S. 140.

¹⁰¹⁸ Vgl., ebd., S. 118-123.

¹⁰¹⁹ Ebd., S. 118.

¹⁰²⁰ Vgl., S. 120.

¹⁰²¹ Vgl. dazu Ronald D. Asmusen/Stephen Larrabee/Jan O. Lesser: Die Sicherheit im Mittelmeerraum: Neue Herausforderungen, neue Aufgaben, in: NATO-Brief 44 (1996) 3, S. 25-31.

Verteidigungsidentität' und 'Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik' verfolgen. Da die Türkei nicht Mitglied der EU und der WEU ist, bleibt ihr diese sicherheitspolitische (Zusatz-)Option verwehrt.

Wie eng die reale Verzahnung von NATO- und EU-Strukturen inzwischen gediehen ist, zeigt der Beschluss der NATO, „in AFSOUTH 150 neue Planstellen für Offiziere aus den nordeuropäischen Allianzstaaten“¹⁰²² zu schaffen. Damit wurde die Regionalisierung der Kommandostrukturen auf eine gewisse Weise wieder zurück genommen, um „auch im Südkommando der Allianz die politische Bindekraft der Multinationalität zum Tragen“¹⁰²³ zu bringen. Mittlerweile ist die neue Kommandostruktur der NATO etabliert. Die Aufwertung der Süd-/Südostflanke des Bündnisses ist erfolgt, d.h. der mediterrane Großraum (Spanien bis Türkei) wurde der zentraleuropäischen Region gleichgestellt. Die neue Kommandostruktur ist dissipativ 'von oben nach unten' aufgefächert, wobei das Regionalkommando SOUTHEAST (mit den subregionalen Kommandos in Larissa, İzmir usw.) aber dem SACLANT (*Strategic Command Atlantic*) unterstellt ist. Damit sind gewisse Zuordnungskonflikte vorprogrammiert.

Carlo Masala¹⁰²⁴ hat in seiner Habilitationsschrift auf dieses Problem einer „Fragmentierung der Kommandostrukturen im Süden“¹⁰²⁵ hingewiesen. Hintergrund dieser organisatorisch-strukturellen Probleme sind die 'nationalen Sonderwünsche' und z.T. auch bilateralen Konflikte einzelner NATO-Mitgliedsstaaten (Gibraltarkonflikt zwischen Großbritannien/Spanien; Ägaiskonflikt zwischen Griechenland und der Türkei; Zypernkonflikt zwischen der Türkei und der EU insgesamt; Konflikt zwischen Marokko und den spanischen Exklaven im Maghrebstaat). Während die Mittelmeeraanrainer, die gleichzeitig NATO- und EU-Mitglieder sind, eine substantielle Regionalisierung der Kommandostrukturen im *Southwest*-Raum anstrebten, gestaltete sich die Reform der *Southeast*-Strukturen der NATO von Anbeginn an schwieriger. Nach dem Urteil des *International Institute for Strategic Studies* (London)¹⁰²⁶ ist die inzwischen implementierte neue Kommandostruktur im Süden ein Kompromiss, dessen Schwächen jedoch erkennbar sind. Entscheidend ist in dieser Hinsicht die nicht realisierte Flexibilisierung und Europäisierung der sicherheitspolitischen

¹⁰²² Carlo Masala: a. a. O., S. 123.

¹⁰²³ Ebd., S. 123.

¹⁰²⁴ Vgl. ebd., S. 125 f.

¹⁰²⁵ Ebd., S. 125.

¹⁰²⁶ Vgl. *International Institute for Strategic Studies* (Hrsg.): *Strategic Survey* 1997/1998. Oxford 1998, S. 43 f. (dort Beitrag: NATO's New Command Structure, S. 36-45).

Verantwortlichkeiten.¹⁰²⁷ Die Einbindung der Regionalkommandos *SOUTHWEST* und *SOUTHEAST* in *SACLANT* festigt zwar den Konnex der europäischen NATO-Staaten und der USA (durch das zentrale Ziel der türkischen Regierung!), gleichzeitig aber sind die Koordinationsprobleme zwischen den regionalen und subregionalen Kommandos damit vorprogrammiert. Die Reformen der NATO-internen Kommandostrukturen sind, wie die Kritiker angemerkt haben, weit weniger effizient realisiert worden, als es noch 1992/1993 den Anschein hatte.¹⁰²⁸

„Dieses Verhalten hatte zur Folge, dass die neue Kommandostruktur im Süden nur suboptimal den zukünftigen Erfordernissen für Allianzpolitik im und gegenüber dem Mittelmeerraum entspricht (...). In einem Krisenfall müssen aber die verschiedenen Staaten und die auf ihren Territorien stationierten RC's oder JSRC's zusammenwirken. Wie dies angesichts des türkisch-griechischen Konflikts oder der spanisch-britischen Auseinandersetzung um Gibraltar erfolgen soll, bleibt offen. Und auch die Zuordnung des RC SOUTHEAST zum SCA und des JRSC SOUTHWEST zum SCE lässt vermuten, dass eine Kooperation im Falle eines militärischen Konflikts im westlichen Mittelmeerraum nicht ohne Reibungsverluste erfolgen würde. Die Auseinandersetzungen um die verschiedenen Hauptquartiere im Mittelmeerraum haben deutlich werden lassen, dass alle Staaten ein Interesse an der Aufrechterhaltung und Reformierung der Kommandostrukturen gezeigt haben, um ihre nationalen Interessen im Rahmen der Allianz besser vertreten zu können. Nicht die Optimierung der Sicherheit der Süd-Südostflanke stand im Mittelpunkt der Debatte, sondern die Durchsetzung der eigenen Interessen und die Beschränkung der machtpolitischen Position anderer Staaten waren für die Formulierung der Positionen der Türkei, Griechenlands, Spaniens, Portugals und Großbritanniens ausschlaggebend. Und die geographische Frontstaatenposition, die Mitglieder wie Portugal, Spanien, Griechenland und die Türkei innerhalb der NATO einnehmen, hat die von Robert Jervis formulierte These, wonach 'kleinere' Allianzstaaten auf Grund ihrer Verletzlichkeit in gewissen Verhandlungssituationen gegenüber den großen Allianzstaaten einen Vorteil haben, bestätigt.“

Diesem analytischen Befund von C. Masala wird man insofern zustimmen können, als beispielsweise die Türkei zum gegenwärtigen Zeitpunkt als der 'Frontstaat' innerhalb der Allianz gilt. Die Bedrohungspereptionen, die von den militärischen und politischen Eliten Ankaras seit 1991/1992 in der Öffentlichkeit vorgetragen werden, decken sich weitgehend mit den 'amtlichen' Bedrohungswahrnehmungen der verantwortlichen Kreise innerhalb der NATO. Auf diesem Konsens der Bedrohungspereptionen beruht die 'exklusive' Rolle¹⁰²⁹ der Türkei in der NATO. Auf

¹⁰²⁷ Vgl. dazu Alexander Moens: NATO's Dilemma and the Elusive European Defence Identity, in: Security Dialoge 29 (1998) 4, S. 463-475; ferner bei Wolfgang Meyer: Multinationalität und militärische Integration in Europa. Sachstand und Perspektive, in: Clausewitz Zentrum (Hrsg.): Clausewitz-Information 4, 2000, S. 91-100.

¹⁰²⁸ Carlo Masala: a. a. O., S. 125.

¹⁰²⁹ Vgl. Bahri Yılmaz: Challenges to Turkey: The New Role of Turkey in International Politics since the Dissolution of the Soviet Union. New York 1997, S. 29ff.

Grund ihrer geostrategischen Lage an der konfliktreichen Peripherie des Bündnisses ist die Türkei strategisch, taktisch-operativ und politisch unverzichtbar, weil sie

- ein stabilisierender Faktor in einer Krisenregion,¹⁰³⁰
- ein Brückenkopf für operative Einsätze (*out-of-area*),¹⁰³¹
- ein (gesellschafts-)politisches Modell für islamische Staaten¹⁰³² und
- ein Kooperationspartner für (instabile) Nachbarstaaten ist.¹⁰³³

VI.4. Long-Term Strategic Objectives: Bausteine, Planungen und Perspektiven der türkischen Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO

Die langfristige Sicherheits- und Außenpolitik der Türkei basiert vorrangig auf den Interessen des Allianzhegemonen USA in der geostrategischen Region (Südostflanke der NATO-Naher Osten/Kaukasus/Schwarzes Meer/Kaspisches Meer). Die Schnittmenge gemeinsamer „*long-term strategic objectives*“¹⁰³⁴ zwischen den USA und der Türkei ist beachtlich und hat sich nach den Veränderungen der sicherheitspolitischen Koordinaten des internationalen Systems (ab 1990/1991) eher vergrößert als vermindert. Die Türkei gilt als der bedeutendste Bündnispartner der USA in der Region. Unabhängig von ihrer sicherheitspolitischen und militärisch-strategischen Bedeutung für das westliche Bündnis und die spezifischen globalstrategischen Interessen der USA kann die Türkei auch als ein politisches und gesellschaftliches Modell für die islamischen Nachbarstaaten relevant werden.¹⁰³⁵ In dieser Hinsicht ist die Modellkonkurrenz zwischen der gemäßigt-laizistischen Republik Türkei mit ihrer absoluten sunnitischen Bevölkerungsmehrheit und dem radikal-islamistischen Nachbarstaat Iran ein überaus wichtiger Faktor. Die Versuche einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einflussnahme auf die jungen Nachfolgerepubliken der Sowjetunion deuten in diese Richtung. Die Türkei hat in diesem Zusammenhang beachtliche Erfolge erzielen können und den Akteur Iran auf der inter-gouvernementalen Ebene in der Region

¹⁰³⁰ Vgl. Armand Classie/Lothar Rühl (Hrsg.): *Beyond East-West Confrontation. Searching for a New Security Structure in Europe*. Bonn 1990, S. 351-356.

¹⁰³¹ Vgl. Faruk Şen: Die Türkei als Ordnungsmacht, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 33 (1993) 3, S. 252-263.

¹⁰³² Vgl. Faruk Şen: Türkei: Brücke zwischen Ost und West, in: *Auslandskurier* 2 (1994) 1, S. 46-48.

¹⁰³³ Vgl. Ercan Özer: *Foreign Economic Policy and Relations of Turkey: The Regional Perspective*, in: *Perceptions* 2 (1997) 3, S. 128-139.

¹⁰³⁴ Orhan Güvenen: *Turkey's Medium and Long-Term Strategic Objectives*, in: *Perceptions* 4 (1999) 2-3, S. 5-20.

¹⁰³⁵ Antony Blinken: *The Future of U.S.-Turkish Relations*. Turgut Özal Memorial Lecture. Washington Institute for Near East Policy (December 8, 1999). Washington 1999/2000, S. II.

übereignet.¹⁰³⁶ Allein das Baku-Ceyhan-Projekt steht für diesen Erfolg einer langfristigen Kooperationspolitik (hier: Türkei-USA-Aserbeidschan). Das sicherheits- und außenpolitische *'long-term planning'* des staatlichen Akteurs Türkei ist eng verknüpft mit den westlichen, vor allem mit den US-amerikanischen Interessen in dem strategischen Großraum des südöstlichen Mittelmeers, des Nahen und Mittleren Ostens. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Rolle der Türkei aus der Sicht der US-Administration aufgewertet worden, weil die USA eine offensive Politik (Golfkriege!) in der Gesamtregion verfolgt haben und unter der Bush-Administration auf Jahre hin verfolgen werden. Für die Türkei besteht in dieser Hinsicht das vorrangige Interesse darin, ein Kräftegleichgewicht im Nahen Osten aufrecht zu erhalten und/oder nach der Zerschlagung des Saddam-Regimes wiederherzustellen. Das gegenwärtig bestehende Machtvakuum ist für Ankara inakzeptabel, erhöht es doch die Spannungen im Gesamttraum und die Wahrscheinlichkeit weitreichender Autonomieforderungen der kurdischen Separatisten (PKK). Der *casus belli* tritt für die Türkei dann ein, wenn beispielsweise im Nordirak (Mossul-/Kirkuk-Provinzen) ein unabhängiger Kurdenstaat entstünde.

Längst ist die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage nicht mehr nur eine Frage militärischer Stärke, sondern auch Folge bzw. Ausdruck eines hochkomplexen Verbundsystems¹⁰³⁷ zwischenstaatlicher Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Technologie, Kultur usw.

Sicherheit impliziert, wie der politikwissenschaftliche Diskurs in der Türkei es zum Ausdruck gebracht hat, mittlerweile eine Einbeziehung *'nicht-militärischer'* Komponenten („*soft skills*“ o.ä.). Die Türkei hat partiell eine offensive Politik initiiert, um die zwischenstaatlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu verbessern und zu vertiefen. Unter Abwägung aller Risiken konnte die Türkei sogar eine rigide Macht- oder Drohpolitik (wie im Falle Syriens: Kriegsdrohung bei weiterer Unterstützung der PKK durch Damaskus) praktizieren. Wie man annehmen kann, hat diese Politik der Stärke und Kooperation in den zurückliegenden Jahren Erfolg gehabt. Auch das politische Ziel der Türkei, Vollmitglied der EU zu werden, hat selbstverständlich nicht nur wirtschaftliche Hintergründe. Angesichts der sich verändernden „definition of European security“¹⁰³⁸ und der damit verbundenen Modelle einer GASP (Gemeinsame

¹⁰³⁶ Vgl. Andrew Mango: The Turkish Model, in: Middle Eastern Studies 29 (1993) 4, S. 726-757.

¹⁰³⁷ Vgl. Temel Iskit: Turkey: A New Actor in the Field of Energy Politics?, in: Perceptions 3 (1996) 2-4, S. 58- 82.

¹⁰³⁸ Gordon M. Erskine: Turkey and the Changing Definition of European Security. Hull 2004, S. 13-16.

Außen- und Sicherheitspolitik der EU-Staaten) sind die Handlungsspielräume der Türkei im Vergleich zu den Kernstaaten der EU eingeschränkt. Die Türkei als Nicht-EU-Staat wäre allein von den Sicherheitsgarantien der NATO bzw. der USA abhängig! Da aber die Sicherheitsrisiken an der Südostperipherie Europas erheblich höher zu veranschlagen sind als an der ehemaligen Ost-West-Demarkationslinie in Zentraleuropa (Mitte, Nord, Nordwest), wird das Drängen Ankaras auf eine Aufnahme der Türkei in die EU nicht zuletzt von sicherheitspolitischen Erwägungen diktiert. Um als exponiertes NATO-Mitglied auch weiterhin eine erstrangige Funktion im Bündnis innehaben zu können, muss das sicherheitspolitische Fundament langfristig um die 'Säule Europas' (EU)¹⁰³⁹ erweitert werden. Die Rolle eines assoziierten Partners der EU ist für Ankara jedenfalls unakzeptabel, nicht zuletzt deshalb, weil sich Ankara gleichsam in die 'ewige Warteschleife' versetzt und den Beitrag der Türkei zur Sicherheit des westlichen Bündnisses nicht angemessen gewürdigt sieht. Genau an diesem 'Schwachpunkt'¹⁰⁴⁰ setzen nationalistische und islamistische Kräfte innerhalb der Türkei an, indem sie eine Neuorientierung des türkischen Staates innerhalb der islamischen Staatenfamilie fordern.¹⁰⁴¹

VI.5. Strategische Planungen der NATO und das Out-of-area-Problem

Die „Out-of-area“-Problematik, d.h. die Frage nach dem Geltungsbereich des NATO-Vertrages von 1949 und den legitimen Einsatzgebieten von NATO-Verbänden außerhalb des in Art. 6 definierten Vertragsgebietes, wird seit etwa 1990 kontrovers diskutiert. Allerdings zeichnete sich bereits Anfang der 1980er Jahre ein Paradigmawechsel in der US-Außenpolitik ab. In mehreren Direktiven der US-Administration (z. B. Direktive des US-Präsidenten Bill Clinton NSPD-54 aus dem Jahr 1998)¹⁰⁴² wurden ausdrücklich geostrategische, beispielsweise energiepolitische Interessen der USA festgelegt, die im Fall ihrer Gefährdung oder Verletzung mit

¹⁰³⁹ Vgl. ebd., S. 22-26; 34 f.

¹⁰⁴⁰ Vgl. ebd., S. 39.

¹⁰⁴¹ Vgl. ebd.

¹⁰⁴² Vgl. Konrad Ege: Das Pentagonbudget 1985: Weltraumwaffen, Air Land Battle und Interventionen in der Dritten Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3, 1984, S. 278-287 (S. 286: „Auch verbesserte Mobilität sei für Einsätze in der Dritten Welt wichtig; mit schweren Panzern können die schnellen Eingreiftruppen nicht viel anfangen. Daher werden in den nächsten Jahren mehr Einheiten für 'schnelle Reaktionen und weltweite gewaltsame Interventionsmaßnahmen' (...) ausgerüstet.“ Ausdrücklich werden als mögliche Einsatzgebiete der Nahe und der Mittlere Osten genannt; eine Ankündigung, die wenige Jahre später Realität werden sollte!).

militärischen Mitteln durchgesetzt werden sollen. Diese Ausweitung des Interessengebietes im Sinne der USA wurde bald darauf von dem NATO-Partner mehr oder weniger übernommen. Das in Art. 6 festgelegte Vertragsgebiet (völkerrechtlicher Geltungsbereich gemäß Art. 51 der UN-Charta) der NATO umfasst ursprünglich die Hoheitsgebiete der Bündnispartner in Europa und Nordamerika, das türkische Staatsgebiet in Kleinasien sowie die der Oberhoheit von Mitgliedstaaten unterstehenden Inseln im Nordatlantik (nördlich des Wendekreises des Krebses) und dort operierende bewegliche Einheiten (Schiffe, Flugzeuge). Obgleich Artikel 6 des NATO-Vertrags das Bündnisgebiet eindeutig definiert, innerhalb dessen die Beistandsverpflichtung wirksam wird, verbietet der NATO-Vertrag keineswegs gemeinsam beschlossene Aktionen außerhalb des Bündnisgebietes. Das Konzept der Vorne- bzw. Vorwärtsverteidigung sah bereits in den 1960er Jahren eine strategisch gebotene Offensive auf dem Boden des Aggressors vor, um einen Angriff wirksam zu stoppen. Ausdrücklich wurden in diesem Zusammenhang auch nukleare Kriegsführungspotentiale implementiert, die geeignet sein sollten, die konventionellen Streitkräfte eines Aggressors abzuschrecken, aufzuhalten oder zu zerstören.¹⁰⁴³ Lange vor dem politischen Kollaps der Sowjetunion begannen die USA und ihre Verbündeten sich in 'lebenswichtigen Regionen' – gemeint war in erster Linie die Golfregion mit ihren geostrategischen Ressourcen (Erdöl) – zu engagieren.¹⁰⁴⁴ Die am 08.03.1992 von der New York Times veröffentlichten Auszüge aus dem Entwurf des Pentagon vom 18.02.1992 für die sogenannte *Defense Planning Guidance/Fiscal Years 1994 – 1999* zeigen eindeutig, dass die US-amerikanische Sicherheitspolitik vor und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vorrangig an macht- und wirtschaftspolitischen Interessen ausgerichtet war und ist. Die weltweite Führungsrolle der USA wird geradezu feierlich proklamiert:

„Diese Leitlinien zur Verteidigungsplanung (i.e. *Defense Planning Guidance*) befassen sich mit der Grundlegung der neuen Situation, die durch den Zusammenbruch der Sowjetunion geschaffen wurde, durch die Desintegration sowohl ihres inneren wie ihres äußeren Imperiums und die Diskreditierung des Kommunismus als eine Ideologie mit globalem Anspruch oder Einfluss. Mitgestaltet wurde die neue internationale Situation durch den Sieg der USA und der alliierten Koalition über die irakische Aggression. Der erste Konflikt nach dem Ende des Kalten Krieges erwies sich als prägendes Ereignis im Sinne weltweiter Führung der USA.“¹⁰⁴⁵

¹⁰⁴³ Vgl. Peter Hughes/Hans Rühle: Zur gegenwärtigen Debatte über eine neue amerikanische Nuklearstrategie, in: Europäische Wehrkunde 28 (1979) 5, S. 228ff.

¹⁰⁴⁴ Vgl. Matthias Karadi: Die Reform der Atlantischen Allianz. Bündnispolitik als Beitrag zur kooperativen Sicherheit in Europa? Münster 1994, S. 97.

¹⁰⁴⁵ Die deutsche Übersetzung des New York Times-Artikels findet sich in: Blätter für deutsche und internationale Politik 37 (1992) 4, S. 429.

Die militärstrategischen und sicherheitspolitischen Ziele dieses Leitlinienentwurfs sind eindeutig.¹⁰⁴⁶

Behauptung der weltweiten Führungsposition der USA („Aufstieg konkurrierender Mächte in Europa und Asien verhindern“);

Kontrolle über geostrategisch relevante Regionen (Europa, Naher und Mittlerer Osten, Ostasien/Südwestasien, Gebiet der früheren Sowjetunion);

Durchsetzung der Interessen der „entwickelten Industrieländer“;

Verhinderung von Umsturzversuchen der etablierten politischen und ökonomischen Ordnung bei gleichzeitiger „Ausbreitung demokratischer Regierungsformen und offener Wirtschaftssysteme“;

Beherrschung regionaler Konflikte und Instabilitäten;

Lastenteilung zwischen den USA als globalem Akteur und den Alliierten (u.a. NATO-Bündnispartner);

Sicherung lebenswichtiger Rohstoffe („vor allem Öl aus dem Persischen Golf“);

Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen;

Bekämpfung des weltweiten Terrorismus;

Schaffung schneller Eingreiftruppen zur Konflikteindämmung und-lösung im „Weltmaßstab“ (einschließlich peripherer Regionen).

Die NATO wird in dem *Defense Planning Guidance* als eine Art 'Juniorpartner' der USA aufgefasst:

„Die NATO bleibt weiterhin das unverzichtbare Fundament einer stabilen Sicherheitslage in Europa. Es ist deshalb von grundlegender Bedeutung, die NATO als das Hauptinstrument der westlichen Verteidigung und Sicherheit und zugleich als Medium (channel) US-amerikanischer Einflussnahme und Partizipation in den europäischen Sicherheitsfragen zu erhalten. Die Vereinigten Staaten unterstützen das Ziel der europäischen Integration, aber wie müssen das Aufkommen exklusiv europäischer Sicherheitsvereinbarungen, welche die NATO und besonders die integrierte Befehlsstruktur der Allianz untergraben könnten, zu verhindern suchen.“¹⁰⁴⁷

Aus Sicht der US-Administration hängt die Zukunft der NATO von deren Bereitschaft zum Konflikt- und Krisenmanagement im Weltmaßstab ab. Der frühere

¹⁰⁴⁶ Vgl. ebd., S. 429f.

¹⁰⁴⁷ Ebd., S. 430.

amerikanische Senator Lugar hat in diesem Zusammenhang die bezeichnende Formel „*out of area or out of business*“¹⁰⁴⁸ geprägt.

Im Zuge des zweiten Golfkrieges zeigte sich schließlich, dass eine defensive Auslegung des NATO-Vertrags – trotz der Bedenken Frankreichs und der Deutschland – der Vergangenheit angehörte. So wurden erstmals in der Geschichte des westlichen Verteidigungsbündnisses die *Allied Command Europa Mobile Forces* (AMF) eingesetzt, um dem Hilfersuchen des Allianzpartners Türkei nachzukommen.¹⁰⁴⁹ Für die Türkei war die Stationierung alliierter Armeeverbände im Osten des Landes das Signal für eine offensive Politik (einschließlich militärischer Aktionen, z.B. im Nordirak) in der Region.¹⁰⁵⁰ Die *out-of-area*-Frage ist de facto in der NATO längst entschieden worden. Die lange Zeit umstrittene Frage nach den Risiken von *out-of-area*-Aktionen stellt sich kaum noch und wird auch von 'Skeptikern' inzwischen neu beantwortet. Innerhalb der NATO hat sich folglich die Auffassung durchgesetzt, dass die Sicherheitslage Europas entscheidend von der politischen Entwicklung auf dem Balkan, in den GUS-Staaten, im Kaukasus und Transkaukasus, im Nahen und Mittleren Osten abhängt.

Da die Türkei als Anrainerstaat an eine Reihe von realen oder potentiellen Konfliktregionen („*out of area*“) angrenzt, ist die regionalstrategische Bedeutung dieses NATO-Partners erheblich. Als weiteres Indiz dafür, dass die *out-of-area*-Frage in der NATO entschieden ist, kann die 'schnelle Eingreiftruppe' gelten, die an jeden Ort der Welt transportierbar und einsatzbereit sein soll.

Der frühere NATO-Generalsekretär Manfred Wörner hat dem gemäß erklärt, dass der Begriff *out-of-area* für die neue NATO kein Problem mehr sei: „Wir sind ja bereits außerhalb unseres Bündnisgebietes tätig. Unsere AWACS fliegen über Ungarn, unsere Flugzeuge operieren über Bosnien-Herzegowina, unsere Schiffe kreuzen in albanischen Hoheitsgewässern. Dies sind *out-of-area*-Operationen, über die es im Bündnis vollständiges Einvernehmen gibt.“¹⁰⁵¹

In Expertenkreisen ging man bis in die 1980er Jahre davon aus, dass die Aufgaben der Allianz auf die Verteidigung des im NATO-Vertrag definierten

¹⁰⁴⁸ Zitiert nach Christoph Bertram: Die Allianz auf Arbeitssuche, in: Die Zeit vom 29. Oktober; vgl. auch den Beitrag von Ronald D. Asmus/Richard L. Kugler/F. Stephen Larrabee: „NATO must go out of area or it will go out of business.“ Building a New NATO, in: Foreign Affairs 72 (1993) 4, S. 27-40.

¹⁰⁴⁹ Vgl. Matthias Karadi: Die Reform der Atlantischen Allianz. Münster 1994, S. 98.

¹⁰⁵⁰ Vgl. Graham E. Fuller: Turkey Faces East: New Orientations Toward the Middle East and Old Soviet Union. Santa Monica 1992, S. 4 ff.

¹⁰⁵¹ Manfred Wörner: Interview, in: Focus 18/1993, S. 160f.

Bündnisgebietes beschränkt und „nahezu verfassungsrechtlich verbindlich“¹⁰⁵² seien. In traditioneller Leseart oder Interpretation liefert der NATO-Vertrag für einen Einsatz außerhalb des territorial definierten Bündnisgebietes „kaum noch eine hinreichende Grundlage.“¹⁰⁵³ Von daher stellt sich die Frage, „ob sich die NATO in einer bedenklichen Entwicklung von *'out of area'* zu *'out of treaty'*, also der nicht vertragskonformen Umdefinition des Washingtoner Vertrages befindet.“¹⁰⁵⁴ Auch die sogenannten konflikteindämmenden und/oder friedensschaffenden Einsätze bedürfen, wie weithin angenommen wird, einer ausdrücklichen Genehmigung und vertraglich geregelten Kompetenzzuweisung.¹⁰⁵⁵ Politikpraktisch hat sich aber die Interpretation durchgesetzt, dass der NATO-Vertrag als solcher eine hinreichende Flexibilität hinsichtlich der Legitimierung der neuen Aufgaben impliziert. Im Frühjahr 1999 erklärte demgemäß der stellvertretende US-Außenminister Talbott: „Die Verfasser des Vertrages von Washington waren vorsichtig genug, dem, was die Allianz zum Schutz ihrer Sicherheit sollte tun können, keine willkürlichen funktionalen oder geographischen Grenzen aufzuerlegen. Lassen sie mich ganz deutlich sein: Ich sage nicht, dass es keine Begrenzungen dessen gibt, was die NATO tun kann und sollte. Selbstverständlich gibt es sie. Die NATO ist eine Organisation, die auf Konsens aufbaut, und sie definiert ihre gemeinsamen Interessen dementsprechend-durch die Übereinstimmung ihrer Mitglieder. Wir würden als Allianz nicht einfach irgendwo hingehen, wenn nicht alle Mitglieder wollen, dass wir dorthin gehen. (...) Außerdem gibt es Grenzen in den militärischen Möglichkeiten der Alliierten selbst. Niemand schlägt vor, dass wir NATO-Kräfte, sagen wir, auf den Spratley-Inseln einsetzen sollten“¹⁰⁵⁶

Das Bündnis will nunmehr bei der Erfüllung seiner grundlegenden sicherheitspolitischen Aufgaben die friedliche Beilegung von Streitigkeiten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen anstreben. Die entsprechenden Regelungen für eine friedliche Konfliktbeilegung finden sich in der UN-Charta. Wenn militärische Verbände zum Einsatz kommen sollen, bedarf es eigentlich der Zustimmung der Konfliktparteien. Der NATO-Einsatz in Bosnien-Herzegowina stützte

¹⁰⁵² David Law/Michael Rühle: Die NATO und das „Out-of-area“-Problem, in: Europa Archiv 47 (1992) 15-16, S. 439.

¹⁰⁵³ J. Varwick/W. Woyke: Die Zukunft der NATO, S. 149.

¹⁰⁵⁴ Ebd., S. 149.

¹⁰⁵⁵ Vgl. dazu Dieter Deiseroth: Die rechtlichen Grenzen der NATO-Strategie, in: Frankfurter Rundschau vom 25.02.1999, S. 19.

¹⁰⁵⁶ Zitiert nach Bruno Simma: Die NATO, die UN und militärische Gewaltanwendung: Rechtliche Aspekte, in: Reinhardt Merke (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg und das Völkerrecht. Frankfurt/M 2000, S. 36.

sich auf ein UN-Mandat nach Kapitel VII, in dem es um „Maßnahmen bei Bedrohung und Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“ geht. In diesen Fällen will die NATO demnach „in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht“ handeln. Die in diesem Zusammenhang legitimierende Rechtsfigur ist also ein UN- oder OSZE-Mandat.¹⁰⁵⁷ Dazu hat sich die NATO 1994 erstmals bereit erklärt. Gleichzeitig aber wird im neuen strategischen Konzept auf die `späteren Beschlüsse in bezug auf Krisenreaktionseinsätze auf dem Balkan´ hingewiesen. Der folgenreichste Beschluss, der die Grundlage für die Militärschläge der NATO gegen Jugoslawien bildete, wurde ohne Abstützung auf ein UN-Mandat getroffen. Die NATO mandatierte sich selbst. Ab Mitte der 1990er Jahre wird dieses Vorgehen im neuen strategischen Konzept verallgemeinert und als sicherheitspolitisches Grundprinzip sanktioniert. Insgesamt markiert also die *out-of-area*-Problematik einen signifikanten Paradigmawechsel. Die NATO hat die `primäre´ Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit übernommen, d.h. die Definition ihres Einsatzgebietes wird mit oder ohne UN-Mandat von der NATO selbst vorgenommen.

Das Abschlußkommunique des Washingtoner Gipfels von 1999¹⁰⁵⁸ (dort: Ziffer 38) beschreibt das Verhältnis der NATO zu den Vereinten Nationen in diesem Sinne.¹⁰⁵⁹ Als positive Beispiele einer sicherheits- und friedenspolitischen Kooperation werden die Umsetzung des Dayton-Friedensplans in Bosnien-Herzegowina, wo die UNO unter Schirmherrschaft der NATO zivil tätig ist, sowie die Kosovo-Krise genannt, bei deren `Bewältigung´ die NATO mit dem UN-Flüchtlingswerk kooperiert. Die NATO verspricht, „von Fall zu Fall (eine) künftige Zusammenarbeit dieser Art ins Auge zu fassen.“ Eine militärische Kooperation, bei der NATO-Einsatztruppen einem UN-Oberbefehl unterstellt würden, wird hier nicht erwähnt. Die NATO ist in ihrem eigenen Verständnis der UNO nicht länger untergeordnet. Das Washingtoner

¹⁰⁵⁷ Vgl. J. Varwick/W. Woyke: Die Zukunft der NATO, S. 91-98 (S. 92 f.: „Die NATO bietet den Vereinten Nationen wie auch der OSZE an, Friedensmissionen in ihrem Auftrag durchzuführen. Neben der Fähigkeit zur Bündnisverteidigung sollen die Streitkräfte auch die Fähigkeit zur Krisen- und Konfliktbewältigung besitzen. Dadurch werden zwei unterschiedliche Arten von Streitkräften geschaffen, nämlich die Hauptverteidigungskräfte, die in ihrer Einsatzbereitschaft herabgesetzt sind und erst nach längeren Vorbereitungszeit zur Bündnisverteidigung eingesetzt werden können. Daneben gibt es die zahlenmäßig kleineren Krisenreaktionskräfte, die aufgrund ihrer hohen Mobilität und Flexibilität sowie hohen Einsatzbereitschaft zur Krisen- und Konfliktbewältigung des Bündnisses bereitstehen. Aus diesen Kontingenten können für Friedensmissionen der VN und der OSZE Streitkräfte zur Verfügung gestellt werden.“).

¹⁰⁵⁸ Vgl. Peter Schädlich: NATO's New Strategy after the Fall of the Sovietunion. Stockholm 2002, S. 104-126; vgl. auch İlhan Uzgel: NATO'nun Dönüşümü ve Yeni Strateji, in: Baskın Oran (Hrsg.): Türk Dış Politikası, İstanbul 2002, S. 306-307.

¹⁰⁵⁹ Vgl. Peter Schädlich: NATO's New Strategy after the Fall of the Sovietunion. Stockholm 2002, S. 104-126.

Kommunique ist eindeutig: Während die NATO ihr genuines Sicherheitsumfeld, den euroatlantischen Raum, eigenständig gestaltet (ibidem, Ziffer 12)¹⁰⁶⁰, leisten die nach-, zu- oder übergeordneten Organisationen UNO, OSZE, EU und WEU „ausgeprägte Beiträge“ zur politischen Stabilisierung des internationalen Systems (ibidem, Ziffer 14 – 17). Die UNO trägt aus der Perspektive der NATO-Staaten dabei zu Sicherheit und Stabilität bei; die OSZE konzentriert sich vor allem auf die Förderung von Demokratie und Menschenrechten in der europäischen Staatengemeinschaft. Hinsichtlich der EU werden die sogenannten Petersberger Aufgaben der WEU (Amsterdamer Vertrag: Krisenbewältigungseinsätze) ausdrücklich (ibidem, Ziffer 17) hervorgehoben. Im Rahmen der neuen euroatlantischen Sicherheitsarchitektur weist sich die NATO gleichsam eine Schlüsselposition zu, der alle anderen Organisationen des internationalen Systems nach oder zugeordnet werden.¹⁰⁶¹ Das neue strategische Konzept vom April 1999 hat weitreichende Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen und – *vice versa* – die allgemeine Sicherheit. Auffällig ist, dass dieses im Kern offensive Konzept bislang von keinem Parlament eines NATO-Mitgliedsstaates ratifiziert worden ist. Es scheint so, als wolle die NATO-Führung öffentliche Diskussionen um das Dokument unterbinden. Aus Sicht der NATO sind die geographischen Peripherien um das eigentliche Bündnisgebiet längst zum potentiellen Einsatzgebiet von NATO-Truppen geworden, ohne dass diese Ausweitung des Einsatz- und Aufgabenspektrums formell von den Parlamenten der einzelnen Bündnisstaaten beschlossen worden ist. Es lässt sich vermuten, dass diese *de facto* vorgenommene Ausweitung des Aufgabenspektrums der NATO vor allem in Frankreich, Deutschland und den Benelux-Staaten auf politischen und gesellschaftlichen Widerstand stieß. Aus diesem Grund hat sich die NATO zu einem vorsichtigen ‘informellen Vertragswandel’ entschlossen,¹⁰⁶² der einer breiten Öffentlichkeit verborgen geblieben ist.

Auf der Brüsseler Ministertagung des Nordatlantikrates im Dezember 1992 wurde erstmals betont, dass die NATO Entwicklungen unterstütze, „die zu einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und Verteidigungsidentität“¹⁰⁶³ führen sollen. Den Interessen der Allianz sei durch „ein

¹⁰⁶⁰ Mit „ibidem“ ist das Washingtoner Komunique gemeint!

¹⁰⁶¹ Vgl. Peter S. Schädlich: NATO's New Strategy after the Fall of the Sovietunion. Stockholm 2002, S. 104- 126 (Nach Schädlich versteht sich die NATO als Kern der transatlantischen Sicherheitspolitik. Im Unterschied zu den anderen internationalen Organisationen).

¹⁰⁶² Vgl. J. Varwick/ W. Woyke: Die Zukunft der NATO, S. 150.

¹⁰⁶³ Ebd., S. 128.

geeintes Europa am besten gedient.“¹⁰⁶⁴ Am 10. Januar 1994 stellte US-Präsident Clinton auf der Ministertagung des NATO-Rates in Brüssel die gewandelte Einstellung der USA heraus: „Wir haben uns für den Vertrag von Maastricht ausgesprochen. Wir befürworten das Engagement der Europäischen Union für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Wir unterstützen ihre Bestrebungen zur Stärkung der Westeuropäischen Union, damit diese zur Sicherheit Europas einen größeren Beitrag leisten kann.“¹⁰⁶⁵

Der in Maastricht vereinbarte und in Amsterdam modifizierte Vertrag über die Europäische Union (EU), wie auch die Festlegung der sogenannten Petersberger-Aufgaben der Westeuropäischen Union (WEU) sehen vor, dass die EU eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) entwickelt. Der Brüsseler WEU-Vertrag lehnt aber in Art. IV den Aufbau einer Parallelorganisation zu den militärischen NATO-Stäben als 'unerwünscht' ab. Auch wenn die geplante Integration der WEU in die EU, wie von Frankreich und Deutschland angestrebt,¹⁰⁶⁶ auf dem Amsterdamer Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs im Sommer 1997 ebenso gescheitert ist wie Pläne, in den EU-Vertrag eine militärische Beistandspflicht der Mitgliedsstaaten untereinander aufzunehmen, bleibt die „Stärkung der WEU als europäischer Sicherheitsorganisation“¹⁰⁶⁷ ein Leitziel der Europapolitik vor allem Frankreichs und Deutschlands. Allerdings deutet sich hier eine Problematik an, die das Gesamtverhältnis der USA und der EU betrifft. Die EU muss sich mit den USA über die künftige Struktur einer gemeinsamen Sicherheitspolitik verständigen und dabei die neuen Rahmenbedingungen des internationalen Systems berücksichtigen.

Die Neuorientierung des europäisch-amerikanischen Verhältnisses war nicht nur durch die Auflösung des sowjetischen Imperiums notwendig geworden, sondern auch durch Gewichtsverlagerungen zwischen beiden transatlantischen Pfeilern. Die Bush-Administration sah als wichtigste Klammer zwischen der westlichen Welt die NATO an, der gegenüber die WEU oder die KSZE zweitrangig bleiben sollten. Einige europäischer Staaten drängten auf mehr Gleichberechtigung innerhalb des NATO-Bündnisses; Bush kam dem mit dem Konzept des „*burden sharing*“ entgegen; in Bezug

¹⁰⁶⁴ Ebd., S. 128.

¹⁰⁶⁵ Zitiert nach Karl Kaiser: Perspektiven-neue Aufgaben der Westeuropäischen Union. In: Robert Antretter (Hrsg.): Sicherheit in Europa. Die Westeuropäische Union. Bonn 1997; S. 18.

¹⁰⁶⁶ Vgl. Franz-Josef Meiers: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)? Bonn 2000, S. 14ff.

¹⁰⁶⁷ Frank R. Pfetsch: Entwicklung und Evaluation. Empirische Dimensionen des Politischen Darmstadt 1995, S. 116.

auf die Bundesrepublik sprach Reagan schon zuvor von „partners in leadership“. Auch die Clinton-Administration hat Deutschland eine „special relationship“ angeboten. Auch die „Partnerschaft für den Frieden“ als ein von Clinton inspiriertes Angebot der NATO an den europäischen Osten versucht Russland und die mitteleuropäischen Staaten gleichermaßen einzubeziehen.“¹⁰⁶⁸

Der WEU gehören als Vollmitglieder alle EU-Staaten außer Dänemark, Irland, Finnland, Schweden und Österreich an.¹⁰⁶⁹ Assoziierte Mitglieder der WEU sind hingegen die NATO-Mitgliedstaaten Island, Norwegen und die Türkei, inzwischen auch die neuen EU-Mitgliedsländer Polen, Tschechien und Ungarn. Der Erfolg der ESVP (bzw. GESVP) hängt zum gegenwärtigen Zeitpunkt von vier Faktoren ab:

Effektive militärische Fähigkeiten

Effiziente Institutionen und Verfahren (Logistik, Befehlsstrukturen)

Politische Konzeption und Vermittlung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik innerhalb der EU

Kohärenz einzelstaatlicher Interessen.

VI.5.1. Combined Joint Task Forces (CJTF) als integrierte operative Einheiten der NATO und WEU

In Aufbau, Ausrüstung, Funktion und Zielsetzung sind die CJTF multinational besetzte Eingreiftruppen, die von der NATO und WEU gemeinsam genutzt werden sollen. Auf dem NATO-Gipfel 1994 wurde das Konzept der *Combined Joint Task Forces* vorgelegt und grundsätzlich begrüßt. Vor dem Hintergrund der veränderten Sicherheitslage in Europa sollen die CJTF die operativen Fähigkeiten der NATO und der WEU erhöhen. Die CJTF sind Teil eines Planspiels, das im Kern auf der Neubewertung der grundsätzlichen Funktion des nordatlantischen Bündnisses basiert. Die Gefahrenperzeption hat sich nicht nur teilweise verändert, sondern sie ist insgesamt diversifiziert worden. Die Skalierung der möglichen Konfliktkonstellationen in Europa und an der europäischen Peripherie gibt deutlich zu erkennen, dass die NATO die Wahrscheinlichkeit zwischenstaatlicher Krieg als gering bewertet, asymmetrisch ausgetragene Konflikte (Bürgerkriege; ethnisch-nationale Auseinandersetzungen;

¹⁰⁶⁸ Ebd., S. 116f.

¹⁰⁶⁹ Diese Staaten gehören der WEU aber als 'Beobachter' an.

Terrorismus usw.) hingegen als realistische Gefahren für die Sicherheit der Bündnisstaaten einstuft.¹⁰⁷⁰

Demgemäss wurde auf der Berliner NATO-Ministertagung im Juni 1996 das CJTF-Konzept zum Abschluss gebracht. Seit Mitte 1997 sind sowohl von Seiten der NATO-Planungsgruppen als auch von der WEU Details über den Aufbau, die Ausrüstung und operative Funktion dieser Eingreiftruppe ausgearbeitet worden. Dabei sind drei Konzeptionen zu unterscheiden:

CJTF als reine NATO-Einsatzverbände

CJTF als NATO-Verbände unter Beteiligung von Nicht-NATO-Staaten (das sogenannte IFOR/SFOR-Modell)

CJTF-Einsatz unter Führung der WEU.

Die Übertragung der Führung auf die WEU setzt freilich eine einstimmige Entscheidung des Nordatlantikrates voraus, wonach dann die WEU bei ihren Mitgliedern je nach nationaler Interessen- und Sicherheitslage um 'Beiträge' ersuchen könnte.¹⁰⁷¹ Auch wenn die Wahrscheinlichkeit einer Nutzung von NATO-Kapazitäten durch die WEU eher gering ist, so kommt es aber im Krisenfall entscheidend auf die operativen Fähigkeiten der WEU bzw. ihrer Mitglieder an, um überhaupt angemessene Operationen durchzuführen zu können.¹⁰⁷² Die Umsetzung erfordert somit einen „trial-by-error-approach“,¹⁰⁷³ zumal die Mitgliederstruktur von NATO und WEU unterschiedlich ist und auch die Reformen der NATO-Kommandostruktur bisher noch nicht zur Zufriedenheit der Bündnispartner (insbesondere Frankreich) gediehen sind. Die Diskussion und Kontroversen über eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU haben in jüngster Zeit die Problematik einer eurozentrierten Option (z.B. CJTF) aufgezeigt.¹⁰⁷⁴ Trotz dieser anhaltenden Kontroversen kam man auf den Ministertagungen vom Juni 1996 in Berlin und Juli 1997 in Madrid schließlich seitens der NATO überein, dass die Entwicklung einer 'Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität' innerhalb der NATO als ein vorrangiges Ziel zu gelten habe.

¹⁰⁷⁰ Auch in den sicherheitspolitischen Diskursen innerhalb der Türkei spielen diese Überlegungen eine zentrale Rolle; vgl. Nezihi Akar: Tukey's Security Challenges, in: *Perceptions* 1 (1996) 2, passim; ferner bei İsmail Cem: Turkey-Setting Sail to the 21st Century, in: *Perceptions* 2 (1997) 3, S. 7.

¹⁰⁷¹ Vgl. zu dieser Bewertung eines 'europäischen CJTF-Konzepts' bei J. Varwick/W. Woyke: *Die Zukunft der NATO*. Opladen 2000, S. 137.

¹⁰⁷² Vgl. Mathias Jopp: Westeuropäische Union. In: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch Europäische Integration 1995/96*. Frankfurt/M. 1995, S. 223.

¹⁰⁷³ Vgl. dazu J. Varwick/W. Woyke: a. a. O., S. 130-137.

¹⁰⁷⁴ Ebd.

Mit dem CJTF-Konzept soll es den Europäern unter Einräumung eines amerikanischen Vetos zugestanden werden, dort einzugreifen, wo die USA keine (sicherheits-)politischen Interessen verfolgen.¹⁰⁷⁵

VI.6. NATO, WEU, EU und Türkei – Konturen und Schnittmenge gemeinsamer Interessen in den 1990er Jahren

Galt bis 1990/91 die NATO als der Garant westlicher Sicherheitspolitik, spiegeln die sicherheitspolitischen Diskussionen bzw. Kontroversen innerhalb der NATO, WEU oder EU in den 1990er Jahren eine politische Dynamik wider, die durchaus mit den Krisenjahren des Kalten Krieges vergleichbar ist. Die staatlichen Akteure drängen seit Anfang der 1990er Jahre auf eine Neubewertung des internationalen Systems. Im Amsterdamer Vertrag sprechen sich beispielsweise die EU-Staaten für eine moderate Aufwertung des 'Akteurs' EU im internationalen System aus. Dadurch wird das sicherheitspolitische Verhältnis von NATO, WEU und EU perspektivisch neu bestimmt. Die Ausführungen des Artikels 17 des Amsterdamer Vertrages¹⁰⁷⁶ weisen in diese Richtung:

„Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfasst sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der Union betreffen, wozu auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik im Sinne des Unterabsatzes zwei gehört, die zur einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, falls der Europäische Rat dies beschließt. (...) Die Westeuropäische Union ist integraler Bestandteil der Entwicklung der Union; sie eröffnet der Union den Zugang zu einer operativen Kapazität insbesondere im Zusammenhang mit Absatz zwei. Sie unterstützt die Union bei der Festlegung der verteidigungspolitischen Aspekte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gemäß diesem Artikel. Die Union fördert daher engere institutionelle Beziehungen zur WEU in Hinblick auf die Möglichkeit einer Integration in die Union, falls der Europäische Rat dies beschließt.“

In Unterabsatz zwei sind die sogenannten Petersberger Aufgaben (humanitäre Einsätze; friedenserhaltende Aktion; Kampfeinsätze zur Krisen-Konfliktbewältigung; allgemeine friedenserhaltende Maßnahmen) aufgenommen. Ziel der Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses sei es, die „transatlantische Partnerschaft zu stärken und zu erneuern, wozu auch die Entwicklung einer EVSI innerhalb der Allianz gehört.“ Die atlantische Allianz aber stellt „weiterhin die Grundlage für die kollektive

¹⁰⁷⁵ Vgl., S. 130.

¹⁰⁷⁶ Der Amsterdamer Vertrag ist am 01. Mai 1999 in Kraft getreten; vgl. Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Bonn 2002, S. 160 ff.; S. 447; der amtliche Vertragstext kann über die offizielle EU-Homepage unter Europa. Eu.Int. abgerufen werden.

Verteidigung im Rahmen des Nordatlantikvertrags dar.“¹⁰⁷⁷ Die WEU ist „ein entscheidendes Element der Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität innerhalb der Atlantischen Allianz und bemüht sich daher um eine „verstärkte institutionelle und praktische Zusammenarbeit mit der NATO.“¹⁰⁷⁸

Festgehalten wird zudem, dass die WEU neben ihren angestammten Aufgaben aus Artikel V des modifizierten Brüsseler Vertrags „eine aktive Rolle bei der Konfliktverhütung und der Krisenbewältigung, wie es die Petersberger Erklärung vorsieht“, ¹⁰⁷⁹ spielen soll und sich in der Zusammenarbeit mit der NATO ständig weiter entwickeln wird.¹⁰⁸⁰ Zu diesem Zweck wird die WEU ihre Kooperation mit der NATO ausbauen, wozu insbesondere eine aktive Teilnahme am Verteidigungsplanungsprozess des Bündnisses gehört.

Nach Varwick/Woyke¹⁰⁸¹ sollen vor allem die strukturell-operativen Verbindungen zwischen beiden Organisationen auf den Ebenen der Planung, Vorbereitung, Logistik und Durchführung von Operationen verbessert werden. Auf der bereits erwähnten Berliner Ratstagung vom Sommer 1996 wurde das CJTF-Konzept verabschiedet, das u.a. die europäische Komponente im Sinne einer 'flexibilisierten Verteidigungskapazität und -identität' innerhalb der NATO zu stärken sucht. Die Strukturüberlegungen weisen eindeutig in Richtung auf eine Implementation multinational besetzter Eingreiftruppen, deren Zielstellung sich aus den neuen Bedrohungspereptionen vornehmlich an der Peripherie (Türkei, Kaukasus, Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika, z.T. auch ehemalige Sowjetrepubliken) herleitet.¹⁰⁸²

Auch die nationale Sicherheitspolitik der Türkei (innerhalb der NATO, wenn auch mit erweitertem Handlungsspielraum)¹⁰⁸³ beruft sich seit 1990/1991 auf (neue) Krisenszenarien (Iran, Irak, Balkan, Palästina-Konflikt, Kaukasus)`vor ihrer Haustür'.¹⁰⁸⁴ Mit Bağcı lässt sich die türkische Position zusammenfassend formulieren:

„Die geopolitische Achsenverschiebung als Folge der regionalen und globalen Entwicklungen versetzt die Türkei in eine sicherheitspolitische Lage, in der die gesamte Strategie für dieses neue politische Umfeld überdacht werden muss. Die Türkei ist zum Mittelpunkt eines neu entstandenen

¹⁰⁷⁷ Amsterdamer Vertrag, Absatz 8

¹⁰⁷⁸ Ebd., Absatz 9.

¹⁰⁷⁹ Ebd., Absatz 10.

¹⁰⁸⁰ Vgl. dazu Absatz 8 des Amsterdamer Vertrags.

¹⁰⁸¹ Vgl. J. Varwick/W. Woyke: Die Zukunft der NATO, S. 139.

¹⁰⁸² Vgl. dazu Klaus Naumann: Bedrohungsszenarien im 21. Jahrhundert: Module von Krisen- und Konfliktbewältigungsstrategien an der Peripherie, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft. Ergänzungsheft I/B, 25. Jahrgang, 1999, S. 36 f.

¹⁰⁸³ Vgl. Hüseyin Bağcı: Analysen. Türkische Sicherheitspolitik im Mittelpunkt des neuen geopolitischen Koordinatensystems, in: Internationale Politik 53 (1998) 1, S. 29-34.

¹⁰⁸⁴ Vgl. ebd., S. 29f.

geopolitischen und geoökonomischen Koordinatensystems geworden. Die türkische Sicherheitspolitik ist immer noch auf der Suche nach einer neuen Definition für die anstehenden innen- und außenpolitischen Probleme. Die türkische Sicht möglicher Gefahren wurde nach langen Diskussionen offiziell Anfang 1997 neu definiert. Ausschlaggebend für diese neue Perzeption waren vor allem innenpolitische Entwicklungen. Nach der Erklärung von Generalstabschef İsmail Hakkı Karadayı von Ende April 1997 ist ganz eindeutig der neue Feind Nummer eins definiert: Offiziell sind die neuen Feinde der Türkei die separatistische Terrororganisation PKK und der islamische Fundamentalismus.¹⁰⁸⁵

Vergleicht man diese Bedrohungsperzeption des staatlichen Akteurs Türkei mit den aktuellen, in Rechnung gestellten Krisenszenarien der NATO-Staaten, fallen sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten auf. Der innenpolitische, ethnisch-soziale Konflikt mit den Kurden (vornehmlich: PKK) findet in den westlichen Staaten keine Entsprechung (Ausnahme: ETA im Baskenland). Eine Schnittfläche hinsichtlich der Bedrohungsperzeption und -definition stellt aber der weltweit agierende islamische Fundamentalismus dar. Für die westlichen und türkischen Sicherheitsexperten ist der islamische Fundamentalismus ein Phänomen, das einerseits mit nicht-staatlichen Akteuren (Al-Qaida u.a.), andererseits aber auch mit Staaten (Bush-Rhetorik: 'Schurkenstaaten', wie z.B. der Irak unter Saddam Hussein, Syrien, Iran und Libyen) in Verbindung gebracht wird. In diesem Zusammenhang ist die geopolitische und regionalstrategische Bedeutung der Türkei in den zurückliegenden 15 Jahren erheblich aufgewertet worden. Die „neue außen- und sicherheitspolitische Offensive der Türkei, die man als Politik durch die Hintertür bezeichnen könnte“,¹⁰⁸⁶ setzt zweifelsohne voraus, dass die NATO und vor allem die USA den staatlichen Akteur Türkei als regionalen Ordnungsfaktor „im Kreuzpunkt von Kräften“¹⁰⁸⁷ stärken und, wie man annehmen muss, in seiner vorsichtig offensiven Politik in der Region unterstützen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig und beschränken sich keineswegs auf die sicherheitspolitischen 'Motive' einer Bekämpfung des islamischen Fundamentalismus und der sogenannten 'Schurkenstaaten' Irak, Iran, Libyen, Syrien u.a. Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik der 1990er Jahre (seit *Desert Storm*) fußt auf dem Kalkül, dass der NATO-Partner Türkei (gleichzeitig der WEU assoziiert) im Zuge der politischen Neubewertung des internationalen Systems und der neuen Strategie des westlichen Bündnisses unverzichtbar geworden ist. Die Schnittmenge der gemeinsamen Interessen lässt sich mit Bağcı prägnant formulieren:

¹⁰⁸⁵ Ebd., S. 29f.

¹⁰⁸⁶ Ebd., S. 32.

¹⁰⁸⁷ Ebd., S. 33.

„In diesem Sinne bietet auch die NATO-Erweiterung der Türkei eine Chance, die mittel- und osteuropäischen Staaten als zukünftiger Partner zu gewinnen und mit Rußland einen Neubeginn zu wagen. (...). Ebenfalls ist Ankara für jene Staaten zu einem politischen Mekka geworden, die die türkische Unterstützung bei der NATO-Erweiterung auf jeden Fall brauchen und ein mögliches Veto der Türkei befürchten. Als Folge dieser Entwicklung sind auch die türkisch-russischen Beziehungen in eine neue Phase eingetreten. Vor allem das neue strategische, wirtschaftliche, politische und kulturelle Umfeld in der Schwarzmeer-, Kaukasus- und Mittelmeerregion macht die Türkei zu einem unerläßlichen Partner für Rußland. Eine Osterweiterung der NATO (...) könnte der Türkei noch mehr Möglichkeiten bieten, zur europäischen Sicherheitsarchitektur beizutragen.“¹⁰⁸⁸

Diese politische Option ist in der Zwischenzeit durch die Aufnahme ehemaliger Warschauer-Pakt-Staaten bzw. Sowjetrepubliken in die NATO Realität geworden. Auch die türkisch-israelische Politik der Annäherung und einer sicherheitspolitischen Kooperation ab den späten 1990er Jahren bestätigt diesen Eindruck eines erweiterten Handlungsspielraums türkischer Außen- und Sicherheitspolitik. Auch hier lässt sich eine Schnittmenge gemeinsamer Interessen von NATO, EU, WEU und der Türkei feststellen. Die Mittelmeer-Politik der EU, „die in der Barcelona-Erklärung vorsieht, in der Region bis zum Jahre 2010 einen Freihandelsraum zu schaffen, in dem der Mittlere Osten und die Mittelmeerstaaten institutionellen Beziehung zur EU realisieren können“, ¹⁰⁸⁹ setzt voraus, dass das sicherheitspolitische Umfeld in der Gesamtregion stabilisiert wird. Als regional bedeutender Akteur kann die Türkei eine wichtige Funktion als sicherheitspolitisch-militärische Ordnungsmacht im geographischen Raum des östlichen Mittelmeers übernehmen. Auf der Sitzung des Europäischen Rates von Berlin (1999) wurde diese sicherheitspolitische Rolle des NATO-Staates Türkei ausdrücklich gewürdigt.¹⁰⁹⁰ Grundsätzlich hat der sogenannte Prozess von Barcelona (ab 1995) „zu einer erheblichen Stärkung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen den beiden Regionen geführt. Allerdings ist es darüber hinaus nicht gelungen, die starren politischen und wirtschaftlichen Strukturen in den Ländern des Südens (z.B. Libyen) aufzubrechen. Nach wie vor sind die Herrschaftssysteme in

¹⁰⁸⁸ Ebd., S. 32f.

¹⁰⁸⁹ Ebd., S. 33; vgl. zur Mittelmeerkonferenz von Barcelona (1995) bei W. Weidenfeld/W. Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z, S. 306-308 (An dieser Konferenz nahmen die EU-Mitgliedsstaaten und die Mittelmeeranrainerstaaten, u.a. Israel, Türkei und die Palästinenser, teil. Drei Politikfelder standen hier im Vordergrund: 1. Sicherheitspartnerschaft, 2. Errichtung einer euro-mediterranen Freihandelszone, 3. soziale und kulturelle Verständigung. In den Jahren nach 1995 wurden Assoziierungsabkommen der EU mit Tunesien, Israel, Marokko, Jordanien und der Palästinensischen Autonomiebehörde abgeschlossen. Nach mehrfachen Verzögerungen wurde ein entsprechendes Abkommen mit Ägypten (2001) unterzeichnet).

¹⁰⁹⁰ Vgl. http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/med_mideast/intro/index.htm (dort sind die Barcelona- Erklärung der EU und die Dokumente der Berliner Ratstagung abrufbar; auch das Strategiepapier 'EU Common Strategy on the Mediterranean Region' (2000) kann über die Internet-Adresse abgerufen werden.).

der arabischen Welt hochgradig personalisiert und die Volkswirtschaft zu weiten Teilen durch den Staat kontrolliert. Die Partnerschaft befindet sich nach der Verabschiedung der Gemeinsamen Strategie in einer Phase der Restrukturierung. Durch spezielle Programme, die den spezifischen Bedingungen in jedem Partnerland gerecht werden, soll eine effizientere Verwendung der MEDA-Gelder und ein direkter Zusammenhang zwischen Reformleistung und finanzieller Unterstützung hergestellt werden.¹⁰⁹¹

Die Türkei als semi-westlicher Staat und islamische Gesellschaft unterhält traditionell gute Beziehungen zu einigen islamischen Mittelmeeranrainern (Ägypten, Marokko u.a.). Das Modell 'Türkei' (in Konkurrenz zur islamischen Republik Iran) spielt zweifelsohne eine wichtige Rolle in der islamischen Welt. Die politische Entwicklung in Syrien, Marokko und Libyen scheint dies zu bestätigen.¹⁰⁹² Allerdings wird gerade die türkisch-israelische Annäherung von den meisten arabischen Staaten kritisiert (z.B. auf der Tagung der islamischen Konferenz (ICO) in Teheran Anfang Dezember 1997).¹⁰⁹³

Gerade eine an den westlichen Sicherheitsinteressen ausgerichtete Politik der Türkei wird von vielen arabischen Staaten als einseitige Parteinahme kritisiert. Die Türkei ist als NATO-Mitglied und assoziierter Partner der WEU an den Planungen für die Ost-Mittelmeer-Region beteiligt. Im Unterschied aber zu den Vollmitgliedsstaaten der WEU (und der EU) ist die Türkei an den sicherheitspolitischen Entscheidungen der europäischen Kernstaaten nicht oder allenfalls mittelbar beteiligt. Hier liegt eine Kernproblematik, die von den politischen und militärischen Eliten der Türkei als solche auch erkannt und benannt worden ist.¹⁰⁹⁴ Für das türkische Militär ist die West- bzw. Europaorientierung von grundlegender Bedeutung:

„Turkey's new status as an official candidate for EU membership has, if anything, prompted the military to become more deeply involved in politics as it strives to ensure that legislative changes to fulfil the Copenhagen Criteria do not jeopardise its perception of national security. (...). The EU's November 2000 report on Turkey demonstrated the distance Ankara still has to cover in order to fulfil the Copenhagen Criteria. (...) there remains a real danger that, under pressure from Brussels to introduce extensive domestic reform without any indication of when it may eventually be granted membership,

¹⁰⁹¹ W. Weidenfeld/W. Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z, S. 308.

¹⁰⁹² Vgl. dazu Udo Steinbach: Ordnungsmacht oder Krisenfaktor? Die Türkei zwischen Orient und Okzident, in: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Friedensgutachten 1996, S. 203-215 (veröffentlicht im Lit Verlag Münster 1996); vgl. auch Bassam Tibi: Die neue Rolle der Türkei, in: Die politische Meinung 38 (1993) 284, S. 57-63.

¹⁰⁹³ Vgl. Alon Liel: „Israel und die Türkei“, in: Internationale Politik 55 (2000) 11, S. 34.

¹⁰⁹⁴ Vgl. dazu Gareth Jenkins: Context and Circumstance: The Turkish Military and Politics. Adelphi Paper 337: Strategic Studies. New York 2001, S. 5 ff. (Introduction); 59 ff. (Domestic Policy).

Turkey could experience a nationalist backlash, with the inevitable dire consequences both for domestic political stability and the country's international relations.“¹⁰⁹⁵

Hier deutet sich ein Risikopotential für die Türkei und Europa an, das zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder unterschätzt noch dramatisiert werden sollte. Die türkischen Eliten in Politik, Militär und Wirtschaft tendieren fast ausnahmslos zu einem Verbleiben ihres Landes im westlichen System (im weiteren Sinne des Wortes). Angesichts der EU-Politik gegenüber der Türkei setzt sich aber auch bei Teilen dieser Eliten der Eindruck durch, dass diese historisch gewachsene Westorientierung und -bindung der Türkei nicht angemessen gewürdigt wird. Die türkische Außenpolitik ist seit Mitte der 1990er Jahre deutlich offensiver ausgerichtet. Nach wie vor bildet aber die NATO-Mitgliedschaft der Türkei das Fundament dieser neuen türkischen Außen- und Sicherheitspolitik. Gleichzeitig jedoch werden – mit Blick auf die EU – Möglichkeiten sondiert, diverse Handlungsspielräume ausgeschöpft, um zusätzliche Optionen für die Türkei zu gewinnen.¹⁰⁹⁶ Die Schnittfläche gemeinsamer Interessen von WEU, EU und der Türkei findet hier ihre Grenze.

¹⁰⁹⁵ Ebd., S. 84f.

¹⁰⁹⁶ H. Bağcı: Analysen. Türkische Sicherheitspolitik, S. 32: „Es wird ein neues 'Großes Spiel' gespielt, und die Türkei wird mit Russland sicherlich zu den vielen Akteuren gehören, die das Spiel gestaltet. Vor allem wird die Türkei eine Austarierung zwischen den USA und Russland suchen, indem sie andere Faktoren wie Iran und die EU in ihren strategischen Überlegungen neu bewertet. Der Besuch des russischen Ministerpräsidenten, Viktor Tschernomyrdin, am 15. Dezember 1997 in Ankara war der Höhepunkt der türkisch-russischen Annäherung in den letzten fünf Jahren. Dabei sind vor allem Energiefragen gelöst und zahlreiche Verträge über die Intensivierung der bilateralen Beziehungen Unterzeichnet worden. Diese Annäherung muss innerhalb der neuen eurasischen Geostrategie als logische Folge eines neuen 'Great Game' werden. (...). Daher bemüht sich Europa, die Türkei und Russland nicht auszuschließen, auch wenn es gegenwärtig den Anschein hat, dass die Türkei von Europa ferngehalten wird. Auf lange Sicht kann sich Europa diesen strategischen Luxus nicht leisten.“

VI.7. Strategische Planungen und Maßnahmen für eine Europäisierung der NATO im Rahmen des neuen sicherheitspolitischen Konzepts

Galt bis 1990/1991 Mitteleuropa als ein „sicherheitspolitischer Brennpunkt“¹⁰⁹⁷ des internationalen Systems, sind nach dem Zusammenbruch und der völkerrechtlichen Auflösung der Sowjetunion die potentiellen Konfliktszenarien in der Bewertung der politischen und militärischen Eliten der westlichen Staatengemeinschaft gleichsam 'in Ost-Südost-Richtung gewandert'.

Alle relevanten Strategieplanungen der NATO spiegeln diese Einschätzung bzw. sicherheitspolitische Bewertung wider. Die konkreten Strukturüberlegungen und Maßnahmen innerhalb der NATO weisen eindeutig in Richtung auf eine Implementierung multinationaler Streitkräfte und schneller Eingreiftruppen, die vornehmlich unterhalb der Schwelle zwischenstaatlicher Kriege agieren sollen. Allerdings war noch 1996 der 'Diskurs-Stand' innerhalb der NATO komplex. Den Kernpunkt der NATO-internen Kontroversen bildet die Frage, wie die als unverzichtbar bewertete Flexibilisierung des NATO-Postures durch konkrete Maßnahmen erreicht werden könne. In dieser Hinsicht stehen einzelne Aspekte des Verhältnisses USA/europäische NATO-Staaten auf dem Prüfstand. In der Öffentlichkeit spielt beispielsweise das Stichwort 'Europäisierung' der NATO eine bedeutende Rolle. Diese Europäisierung der Konflikt- und Einsatzszenarien ist das auffällige Merkmal der sicherheitspolitischen Diskussionen und Kontroversen.¹⁰⁹⁸ Wieder kommt dem CJTF-Konzept eine modellhafte Funktion zu. Mit den *Combined Joint Task Forces* sollen militärische Optionen und Operationen mit je unterschiedlicher Beteiligung der NATO-Mitglieder jenseits der in Art. 5 des NATO-Vertrages ausgesprochenen Bündnisverpflichtung möglich werden. Der entscheidende Aspekt ist hierbei nach Klaus Naumann die „Perspektivprojektion“¹⁰⁹⁹ der NATO auf mögliche Einsätze „außerhalb des NATO-Bündnisgebietes.“¹¹⁰⁰ Auffällig an dieser Zielstellung für die CJTF ist nun, dass diese *Task Forces* der Allianzpartner sowohl unter NATO-Kommando als auch unter einer noch zu formierenden und strukturell zu etablierenden WEU-

¹⁰⁹⁷ Manfred Wörner: Umbruch und Aufbruch: Aspekte und Perspektiven einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur. In: Neue Zürcher Zeitung vom 16. April 1991 (Beilage), S.IV.

¹⁰⁹⁸ Vgl. Klaus Naumann: Die neue militärische Kommandostruktur der NATO, in: NATO-Brief 46 (1998) 1, S. 10-14; Ludger Kühnhardt: Die NATO im Prozeß der inneren und äußeren Veränderungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 46 (1996) 5, S. 12-20.

¹⁰⁹⁹ Klaus Naumann: Die neue militärische Kommandostruktur der NATO, S. 22.

¹¹⁰⁰ Ebd.

Befehlsstruktur¹¹⁰¹ eingesetzt werden sollen. Diese Flexibilisierung der militärisch fundierten Option soll es mittelfristig erlauben, auch Nicht-Mitglieder der NATO an zeitlich und räumlich begrenzten Einsätzen zu beteiligen. Solche Einsätze werden als Maßnahmen zum 'Krisenmanagement' bzw. zur 'Konfliktbewältigung' bezeichnet. Inzwischen hat die NATO ihre Verbände um 300.000 Mann auf ca. 1,1 Millionen Mannschaftskräfte reduziert. Die Gesamtstruktur der multinationalen *combined forces* hat sich verändert: Anstatt der bisherigen acht Korps mit 32 Divisionen gibt es nur noch sechs multinationale Korps mit 14 Divisionen.¹¹⁰² Die weitreichenden Veränderungen der Sicherheitslage haben die NATO dazu gebracht, ein neues strategisches Konzept zu entwickeln und im Rahmen von Umstrukturierungsmaßnahmen auch in die Praxis umzusetzen. Im Sommer 1997 wurde von den Regierungschefs der NATO-Mitgliedsstaaten der Auftrag für die Überarbeitung des alten sicherheitspolitischen Konzepts erteilt. Auf dem Jubiläumsgipfel der NATO am 24./25. April 1999 in Washington ist das neue strategische Konzept beschlossen worden.

VI.8. Sicherheitspolitische Perspektiven des Washingtoner Strategiekonzepts vom April 1999

Auf dem Jubiläumsgipfel (1999) anlässlich des 50. Jahrestages der NATO-Gründung (1949) wurde das im November 1991 in Rom verabschiedete Strategiekonzept weiterentwickelt. Die bereits im 'römischen Konzept' von 1991 erkennbaren politischen Grundannahmen und sicherheitspolitischen Perspektiven des westlichen Bündnisses wurden konkretisiert und offensiv ausgelegt. Der Grundtenor bleibt aber erhalten: An die Stelle der „Hauptbedrohung der Vergangenheit“ (i.e. Sowjetunion und Blockkonfrontation) treten neue Risiken, die „ihrer Natur nach vielgestaltig“ sind. Bereits im 'römischen Konzept' (Ziffer 9) wurden die Bedrohungswahrnehmungen diversifiziert. In der „*Global arena*“¹¹⁰³ interagieren seit den frühen 1990er Jahren nicht mehr nur zwei Blöcke, sondern Akteure (staatlich und nicht-staatlich), deren politisches Verhalten insgesamt unberechenbarer geworden sei. Im Strategiekonzept von Rom (1991) werden demgemäß die Risiken als vielschichtig und schwer kalkulierbar

¹¹⁰¹ Ebd., S. 23.

¹¹⁰² Vgl. Ulrich Weisser: NATO ohne Feindbild. Konturen einer europäischen Sicherheitspolitik, Bonn/Berlin 1992, S. 65.

¹¹⁰³ Vgl. zu diesem Begriff bei Barry Buzan/Richard Little: International systems in world history: remaking the study of international relations. In: John M. Hobson (Hrsg.): Historical sociology of international relations. University Press. Cambridge, S. 200-220.

bezeichnet (Ziffer 9). Die aktuellen Bedrohungen der NATO ergeben sich „weniger aus der Wahrscheinlichkeit eines kalkulierten Angriffs auf das Hoheitsgebiet der Bündnispartner“ als vielmehr aus „Instabilitäten“ politisch-sozialer Natur, der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ballistischer Flugkörper, dem Vorhandensein großer Militärarsenale (vor allem in den GUS-Staaten), die – im Falle des worst case – gegen die NATO-Staaten gerichtet werden könnten oder aus der „Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen“ (Rom, Ziffer 10 – 13) durch Terror- und Sabotageakte. Regional verortete die NATO schon auf ihrer Tagung in Rom (1991) die Hauptbedrohungen an der südöstlichen Peripherie des Bündnisses, vor allem aber im Nahen und Mittleren Osten. Die überwölbende Grundannahme lautet: „Die Sicherheit des Bündnisses muss jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen“ (Rom, Ziffer 13; Washington 1999, Ziffer 24). Die *Out-of-area*-Ausrichtung der NATO und damit die Umorientierung des NATO-Posture auf offensive Optionen wurden in Rom 1991 beschlossen und in Washington 1999 endgültig durch geeignete Maßnahmen implementiert.

Vergleicht man die Entwicklung von 1991 bis 1999, fällt eine Erweiterung der 'Liste von Sicherheitsrisiken' auf: Neben dem Risiko des Terrorismus und „des organisierten Verbrechens“ überhaupt wird in Ziffer 20 des Washingtoner Strategiekonzepts auf die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte, verwiesen. Die seit 1991 einsetzende multiperspektivische Analyse des Weltsystems führte in den westlichen Industriegesellschaften nicht zu einer Revision der eigenen Positionen und Interessen, sondern eher zu einer Ausweitung der politischen Zielsetzungen im Weltmaßstab. US-Außenministerin Albright hat vor dem Washingtoner Gipfel die Rolle der zukünftigen NATO denn auch in diesem Sinne beschrieben: Die Reichweite des westlichen Bündnisses erstreckte sich „als eine Kraft des Friedens vom Mittleren Osten bis nach Zentralafrika.“¹¹⁰⁴ Die NATO und andere bestehende Militärallianzen (z.B. im ostasiatischen Raum) sind legitimiert, so die Auffassung der US-Administration, weltweit zu agieren, um den 'Frieden' zu bewahren und 'lebensnotwendige Interessen' der Bündnispartner durchzusetzen. Die Regierungen der europäischen NATO-Staaten argumentieren etwas defensiver, haben aber dem geographisch diffusen Begriff 'euroatlantischer Raum' (als erweitertes Bündnisgebiet) auf dem Washingtoner Gipfel zugestimmt. Die prinzipielle Ausweitung des NATO-Einsatzgebietes wurde also im

¹¹⁰⁴ Zitiert nach Royal United Services Institute, Newsbrief, Vol. 18/4, April 1998.

Konsens aller NATO-Staaten vorgenommen. Gleichwohl gibt auch dieser politische bzw. sicherheitspolitische Konsens vom Washingtoner Gipfel drei zentrale 'Streitpunkte' zu erkennen:

Uneinigkeit hinsichtlich der von einigen NATO-Mitgliedern geforderten Notwendigkeit eines UN-Mandats für NATO-Einsätze '*out of area*' (Referenzpunkt: Kosovo; Herbst 1998): Der seit Herbst 1998 eskalierende Krieg im Kosovo verdeutlichte, dass es Situationen geben kann, in denen ein militärisches Eingreifen gerechtfertigt sein kann bzw. für erforderlich gehalten wird, ohne dass alle fünf mit Vetomacht ausgestatteten ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen einem solchen Einsatz zustimmen würden. Folgte man nur dem UN-Mandat, dann würde sich die NATO „faktisch zur Geisel des VN-Sicherheitsrates und damit der innenpolitischen Entwicklung Russlands oder Chinas“ abhängig machen.“¹¹⁰⁵ Wird allerdings die (Selbst-) Bindung an einem Vereinten Nationen-Mandat grundsätzlich aufgegeben, ist die NATO weder eine Organisation kollektiver Verteidigung im Sinne des Artikels 51 der VN-Charta, noch eine regional militärische Organisation mit Handlungsermächtigung durch den Vereinten Nationen-Sicherheitsrat. Damit wären bisher gültige völkerrechtliche Bestimmungen sowie der NATO-Vertrag in seiner bisherigen Form und Interpretationen nicht mehr Grundlage für die Tätigkeit des Bündnisses; „vielmehr würde die NATO unter Zugrundlegung eigener, jeweils aktueller Interessendefinition bestimmen, ob, wann, wo und wie sie ihr militärisches Potential einsetzt.“¹¹⁰⁶ Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass es im Kosovo-Krieg zwar kein klares Mandat des VN-Sicherheitsrates gegeben hat, die VN gleichwohl in mehreren Resolutionen die Gewalt im Kosovo verurteilt haben, u.a. wurden im Sicherheitsrat die Ergebnisse der Verhandlungen von Rambouillet begrüßt, die die Grundlage für den Einsatz der NATO bildeten.¹¹⁰⁷ In einer von Russland beantragten Sondersitzung des VN-Sicherheitsrates nach Beginn der NATO-Bombardements im März 1999 forderten lediglich die ständigen Mitglieder Russland und China sowie das nicht-ständige Mitglied Namibia das Ende der Luftangriffe. So sprachen einige Völkerrechtler davon, es handele sich bei dem NATO-Angriff um eine „lässliche Sünde“, jedenfalls dann, wenn sie als Einzelfall im Sinne eines „überwältigenden humanitären Notstands“ betrachtet wird. Wenn alle Verletzungen der Charta so

¹¹⁰⁵ Michael Rühle: Krisenmanagement in der NATO. In: Dieter Farwick (Hrsg.): Krisen. Die große Herausforderung unserer Zeit. Frankfurt/M. und Bonn 1994, S. 170.

¹¹⁰⁶ Pradetto, August 1999: Die NATO, humanitäre Intervention und Völkerrecht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 11 (1999) 3, S. 31.

¹¹⁰⁷ Vgl. Johannes Varwick/Wichard Woyke: Die Zukunft der NATO, Opladen 2000, S. 95.

entschuldbar wären, könnten die Vereinten Nationen nach Auffassung von Bruno Simma (Mitglied der Völkerrechtskommission der UN) damit leben.¹¹⁰⁸

Uneinigkeit über die Kernfunktion(-en) der NATO-Allianz: Konsens bestand lediglich darüber, dass die 'Schlüsselfunktion' der NATO gemäß Artikel 5 die gegenseitige Beistandspflicht bleiben solle; die USA forderten hingegen ein höheres Maß an Flexibilität hinsichtlich der zentralen Aufgaben (Bekämpfung irregulärer militärischer oder paramilitärischer Aktionen; Terrorismus; Proliferation von ABC-Waffen; Bedrohung von relevanten Ressourcen gemäß PD 54; Sicherung von Kommunikation und Warenverkehr). Grundsätzlich zielten die Vorschläge der USA auf eine Ausweitung und Flexibilisierung der Aufgaben und (militärischen) Optionen der NATO. Kernsatz: 'Der Aufgabenkatalog müsse auf die Verteidigung gemeinsamer Interessen- auch 'out-of-area' hin ausgerichtet und gegebenenfalls erweitert werden'. Den meisten europäischen Partnern ging diese Formulierung zu weit, weil sie u.a. befürchteten, die NATO könnte damit zu stark zum Instrument amerikanischer Interessen in Richtung eines 'Weltpolizisten' werden.

Die Option des nuklearen 'first-strike' soll, so Außenminister Fischer überprüft werden, weil die Sicherheitslage diese 'traditionelle Option' nicht mehr rechtfertige. Allerdings verwiesen die drei Nuklearmächte (USA, GB; Frankreich) auf neue, unkalkulierbare Risiken, die 'jede Option und jedes Reaktionsspektrum' als sinnvoll erscheinen ließen (Bedrohungen durch vor allem biologische, chemische Waffen; auch Erpressungsszenarien!). „Nukleare Streitkräfte werden weiterhin eine wesentliche Rolle spielen, indem sie dafür sorgen, dass ein Angreifer im Ungewissen darüber bleibt, wie die Bündnispartner auf einen militärischen Angriff reagieren würden“ (Washington Ziffer 62, wortgleich: Rom Ziffer 55).

Insgesamt ist der Vorstoß von Außenminister Fischer, auf den Ersteinsatz zu verzichten, erfolglos geblieben. Bereits auf der Münchener Wehrkundetagung hatte er dafür plädiert, die Frage der heutigen Rolle und zukünftigen Bedeutung einzelner Aspekte des Nuklearen offen und vorurteilsfrei nach dem Washingtoner Gipfel im Bündnis diskutieren. Nach der Eliminierung der taktischen nuklearen Artillerie und der bodengestützten Kurzstreckenraketen, die 1991 in Rom im strategischen Konzept angekündigt worden war, ist an keine weitere atomare Abrüstung gedacht.¹¹⁰⁹ Die

¹¹⁰⁸ Vgl. Johannes Varwick/Wichard Woyke: Die Zukunft der NATO, ebd., S. 95ff.

¹¹⁰⁹ Vgl. Walter Stützle: Bequeme Verteidiger, in: Der Tagesspiegel vom 22.10.1992.

verbliebenen Atomwaffen sollen „zur Abschreckung“ beitragen. Während die Atomwaffen für die NATO eine wichtige militärische Funktion erfüllen, wird es als Sicherheitsrisiko angesehen, wenn sich andere Staaten Atomwaffen samt Trägermitteln beschaffen. Als Gegenmittel werden „Arbeiten an einer Flugkörperabwehr“ (Washington Ziffer 56) ausdrücklich befürwortet. Inwieweit entsprechende Programme gegen völkerrechtliche Abmachungen wie den ABM-Vertrag von 1972 verstoßen dürfen, wird offen gelassen. Ziel der NATO bei ihren Anti-Proliferationsbestrebungen ist es, „die Schwachstellen der NATO-Streitkräfte im Einsatz weiter zu reduzieren und gleichzeitig ihre Flexibilität und Wirksamkeit trotz der Präsenz von ABC-Waffen, der von ihnen ausgehenden Bedrohung oder ihres Einsatzes aufrechtzuerhalten.“

Ab 1999 befindet sich der NATO-Diskurs an einem 'Scheideweg': Die Suche nach neuen Perspektiven, Aufgaben und einer umfassenden Flexibilisierung aller Optionen 'unterhalb der Schwelle klassischer Konfliktszenarien' prägt die bündnisinterne Konzeptarbeit. Die neue NATO, so das Postulat, soll nach einem neuem Konzept größer, flexibler und schlagkräftiger werden, ohne die 'Grundfunktion' der Sicherung der Vertragspartner einzubüßen. Politisch wird der NATO die Aufgabe zugeschrieben, dass ihr wesentlicher und fortdauernder Zweck darin bestehe, die Freiheit und Sicherheit aller ihrer Mitglieder mit politischen und militärischen Mitteln zu garantieren. Die Verwirklichung dieses einhellig geteilten Ziels kann durch Krisen und Konflikte, die die Sicherheit des atlantischen Raums berühren, gefährdet werden. Das neue strategische Konzept vom 23./24. April 1999 wurde schließlich als Konsens verabschiedet, in dem die neuen Aufgaben und Instrumente der NATO in allgemeiner Form beschrieben und durch ein hohes Maß an Flexibilität und Interpretierbarkeit gekennzeichnet sind. In diesem Zusammenhang wird unter anderem die Proliferation von Massenvernichtungswaffen erwähnt, auf Flüchtlingsströme infolge von bewaffneten Konflikten eingegangen, wie auch auf Risiken unwägbarer Natur wie etwa Terrorakte, Sabotage, organisiertes Verbrechen, oder die Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen hingewiesen. Die vierte Aufgabe von Rom, das Bewahren des strategischen Gleichgewichts, wurde fallengelassen und ersetzt durch die Leitziele „Krisenbewältigung“ und „Partnerschaft“. Hintergrund ist, dass in Europa keine Militärblöcke mehr bestehen, zwischen denen ein Gleichgewicht hergestellt werden müsse. Die Warschauer Vertragsorganisation ist zerfallen; nicht nur mit den mittelosteuropäischen Staaten, sondern auch mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wurden über die „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ Konsultationen möglich, so

dass in Europa eine neue Sicherheitsarchitektur erkennbar wurde. Der Terminus „Krisenbewältigung“ beschreibt hingegen die offensive militärische Ausrichtung, zu der die NATO sich offen bekennt. In diesem Zusammenhang wurde in der Schlussbemerkung ein wichtiger Satz des 1991er-Dokuments eliminiert: „Dieses Strategische Konzept bekräftigt erneut den defensiven Charakter des Bündnisses...“ (Rom, Ziffer 58). Um sein wesentliches Ziel zu erreichen, nimmt das Bündnis als eine Allianz von Völkern, die dem Washingtoner Vertrag und der UN-Charta verpflichtet ist, die folgenden Sicherheitsaufgaben wahr:

Sicherheit als ein stabiles, sicherheitspolitisches Umfeld im euroatlantischen Raum;

Abschreckung und Verteidigung: Jeder Aggressor wird abgeschreckt und im Falle eines Angriffes `abgewehrt`; Ziel ist aber die wirksame Konfliktverhütung und aktive Krisenbewältigung;

Partnerschaft: Im Sinne von `Sicherheitspartnerschaft` fördert die NATO eine breit angelegte Partnerschaft, Zusammenarbeit und Dialogführung mit anderen Staaten (z.B. Russland) im euro-atlantischen Raum;

Konsultationen: es dient gemäß Artikel 4 des Washingtoner Vertrags als ein wesentliches transatlantisches Forum für Konsultationen über alle Fragen, die ihre vitalen Interessen einschließlich möglicher Entwicklungen berühren, die Risiken für die Sicherheit der Bündnismitglieder mit sich bringen;

Krisenbewältigung: es steht bereit, von Fall zu Fall und im Konsens, im Einklang mit Artikel 7 des Washingtoner Vertrags zu wirksamer Konfliktverhütung beizutragen und sich bei der Krisenbewältigung aktiv einzusetzen, einschließlich durch Krisenreaktionseinsätze.

Für alle NATO-Einsätze wird die „Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen angestrebt“, was natürlich auch heißt, dass es Fälle geben kann, in denen dies nicht möglich ist. Die NATO macht damit die Selbstmandatierung zwar nicht zur Regel, lässt sie aber in nicht näher definierten Ausnahmefällen zu. Im Konzept heißt es, dass „die nuklearen Streitkräfte auch weiterhin eine wesentliche Rolle spielen werden, indem sie dafür sorgen, dass ein Angreifer im Ungewissen darüber bleibt, wie die Bündnispartner auf einen militärischen Angriff reagieren würden.“¹¹¹⁰ Zudem werde das Bündnis „angemessene nukleare Streitkräfte in Europa beibehalten.“ Allerdings erteilte

¹¹¹⁰ Ebd., S. 98.

die NATO einen zeitnahen Prüfauftrag zur Beurteilung weiterer Abrüstungsoptionen im nuklearen Bereich. Wie bereits auf dem Madrider Gipfel 1997 beschlossen, soll es den Europäern unter Führung der EU bzw. der WEU möglich gemacht werden, mit Mitteln der NATO ihre eigenen Operationen durchzuführen. Nach überraschenden Problemen mit der Türkei, die sich durch dieses neue Konzept benachteiligt fühlte, weil sie der EU nicht angehört, konnte diese Absicht schließlich in einem modifizierten Konzept verankert werden.¹¹¹¹

Obwohl 1999 von der 'Unwahrscheinlichkeit' eines Angriffs gegen das Bündnis ausgegangen wird, besteht auch weiterhin – so die 'offizielle Bedrohungsperzeption' – die Möglichkeit einer sich langfristig entwickelnden Bedrohung. Diese 'offenen Krisenszenarien' erfordern die Entwicklung eines breiten, differenzierten Spektrums von politischen und militärischen Optionen, die angemessen auf Risiken militärischer, paramilitärischer und nicht-militärischer Art zum Einsatz kommen können. Auch 1999 (Washington) wurden die Konfliktszenarien vor allem an der Peripherie des Bündnisses 'identifiziert'.

¹¹¹¹ Vgl. ebd., S. 98.

VI.9. Abandonment und Entrapment: Chancen und Risiken der neuen Sicherheitsagenda der NATO

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat zum Ende der „strukturbestimmenden ordnungs- und machtpolitischen Ost-West-Konkurrenz“¹¹¹² geführt. Allerdings erwiesen sich alle Hoffnungen, eine „konkurrenz- und konfliktlose Welt“¹¹¹³ könne nach dem Ende des Systemantagonismus entstehen, als Illusion. Vor dem Hintergrund eines beschleunigten und forcierten „geo-ökonomischen und geopolitischen Wettbewerbs“ bilden sich zwischen den Großmächten und Regionen neue Konfigurationen im Spannungsfeld von Hegemoniestreben und Gleichgewichtspolitik, global und regional.“¹¹¹⁴

Zur politikwissenschaftlichen Beschreibung dieser komplexen Umbrüche und Entwicklungen in den 1990er Jahren ist eine Vielzahl von Begriffen geprägt worden: Globalisierung vs. Regionalisierung, ‘Kampf der Kulturen’ (Huntington), Revitalisierung von nationalstaatlichen oder auch ethnozentrischen Ideologien, unipolare und/oder multipolare Ordnung des internationalen Systems usw.¹¹¹⁵

Die beiden Termini *Abandonment* und *Entrapment* bieten Erklärungsraster, die konzeptionellen und strukturellen Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage theoretisch zu erklären. Die aktuellen Bedrohungsperzeptionen der NATO und der ‘westlichen Eliten’ hängen eng mit der Wahrnehmung und Bewertung der Umbruchprozesse im weltpolitischen Maßstab zusammen. Unklar blieb zunächst, ob die bereits Ende der 1980er Jahre erkennbare Neubewertung der welt- und europapolitischen Lage in eine neue Sicherheitspolitik und Militärstrategie der NATO umgesetzt werden würde. Einigkeit bestand aber innerhalb der NATO und auch in der türkischen Regierung darüber, dass die „security problems have transformed both conceptually and structurally after the end of the blockalisation between the west and the east in Europe.“¹¹¹⁶ Die mögliche Schlussfolgerung, nach der Auflösung des Warschauer Paktes auch die NATO aufzulösen, wurde zwar gelegentlich von oppositionellen Kräften in einigen westlichen Gesellschaften öffentlich vorgetragen, politisch durchsetzbar aber war diese Alternative vermutlich zu keinem Zeitpunkt. Auch

¹¹¹² Werner Link: Die Neuordnung der Weltpolitik, S. 152.

¹¹¹³ Ebd.

¹¹¹⁴ Ebd.

¹¹¹⁵ Vgl. ebd., S. 151-159.

¹¹¹⁶ Ministry of Foreign Affairs/Center For Strategic Research: Conference entitled IGC and Custom Union: Seminar on Turkey-EU Relations in the Post-Cold-War-Era-Sam Papers No. 4/97. Ankara (Oct.) 1996, S. 143.

wenn es in den westlichen Gesellschaften immer wieder zu Protesten gegen die US-amerikanische und alliierte Politik im Nahen und Mittleren Osten (Operation *Desert Storm*; Afghanistan usw.) gekommen war, wurde die Existenzberechtigung der NATO kaum noch angezweifelt. In den öffentlichen Diskursen der 1990er Jahre setzte sich demgemäss die 'offizielle Position', vorgetragen von westlichen Regierungen und Sicherheitsexperten im Umfeld der NATO, nahezu einhellig durch. Die 'Mission der NATO' wird als eine einzigartige Erfolgsgeschichte beschrieben:

„Dozens of military, political and defence alliances have emerged throughout mankind's history, and especially in the twentieth century. Some of them have operated on a regional scale; others have set themselves strategic objectives and global missions. Undoubtedly, though, the Atlantic Alliance, established half a century ago, has been the most successful, the firmest and the most promising of all these alliances in the history of man. This Alliance has proved to be one of those fortunate human creations which, having stood the test and trials of time, enjoy recognition and marks its triumph almost daily. Inspired by NATO's success, experiments to form similar coalitions have continued unabated. Despite the ample experience from which they could learn, practically none of these alliances and coalitions has survived, let alone dominated the security arena.“¹¹¹⁷

Diese Lobrede auf „NATO's success“, wie sie von den beiden Autoren vorgetragen wird, spiegelt den weitreichenden öffentlichen und teilöffentlichen Konsens innerhalb der westlichen Gesellschaften wider.¹¹¹⁸ Analysiert man diesen öffentlichen und teilöffentlichen Konsens sachlich und kritisch, fällt auf, dass die Argumentationstopik der überwiegenden Zahl von Beiträgen über die NATO relativ simpel wirkt. Die immer behauptete Einzigartigkeit („*the uniqueness of the Alliance*“)¹¹¹⁹ des westlichen Bündnisses wird auf Faktoren zurückgeführt, die in ihrer Summe die Homogenität („*its homogeneity*“)¹¹²⁰ der NATO auf der Basis einer Wertegemeinschaft bewirkt haben. Schlüssel der angeblichen Erfolgsgeschichte der NATO ist demnach das politisch-ideologische Fundament der westlichen Allianz: „The Alliance is built on the basis of consensus, on its members common values: democracy, individual liberty and the rule of law.“¹¹²¹ Diese Grundaussage kommt zweifelsohne einem politischen Credo gleich. Neu ist diese Annahme keineswegs. Bereits in der Präambel des Gründungsvertrages der NATO (Washington 1949) finden sich wörtlich

¹¹¹⁷ Solomon Passy/Lyubomir Ivanov: NATO's Global Mission in the Twenty-First Century, in: *Perceptions* 4 (1999) 2, S. 54 (Beitrag; S. 54-67).

¹¹¹⁸ Der öffentliche Konsens manifestiert sich in den Erklärungen/Verlautbarungen der Regierungen und in der öffentlichen Meinung (Zeitungen, Umfragen usw.); der teilöffentliche Konsens betrifft beispielsweise die Wissenschaft und die sie tragenden scientific communities (Universitäten, Institute usw.).

¹¹¹⁹ Ebd., S. 55.

¹¹²⁰ Ebd.

¹¹²¹ Ebd.

nahezu gleichlautende Textsequenzen. Im Zusammenhang der vorliegenden Untersuchung interessieren nicht so sehr der ideologische Gehalt der westlichen Sicherheitspolitik, sondern die 'harten Daten' der Realpolitik und ihre sicherheitspolitisch-militärstrategischen Folgen. Angesichts der Umbruchprozesse und grundlegenden Strukturveränderungen im internationalen System scheint es nur konsequent zu sein, dass die politischen und militärischen Eliten des westlichen Bündnisses die Existenzberechtigung der NATO mit Hilfe neuer Bedrohungsperzeptionen öffentlich begründen. Der Realitätsgehalt der in diesem Zusammenhang vorgestellten Krisenszenarien und (potentiellen) Konfliktkonstellationen wird, wie nicht anders zu erwarten ist, unterschiedlich bewertet. Der jüngste Irakkrieg der USA und ihrer Alliierten bestätigt diesen Eindruck. Die öffentliche Meinung wurde in einer einzigartigen Kampagne auf den „Feind Saddam Hussein“ eingeschworen. Der Präventivschlag gegen das irakische Regime wurde damit begründet, dass der Diktator Hussein über Massenvernichtungswaffen (biologisch/chemisch) und Trägersysteme verfüge oder bald verfügen werde, mit denen er nicht nur Israel, sondern auch westliche Metropolen (Radius: Wien-München-Rom) treffen könne. Nach dem schnellen militärischen Sieg der USA und Briten über die irakische Armee sollte sich aber herausstellen, dass die mit erheblichem propagandistischem Aufwand verbreitete Bedrohungsperzeption „Weltfeind Saddam Hussein“ jeder realpolitisch-militärischen Grundlage entbehrte. An dieser Schnittstelle zeigt sich relativ klar, welche Funktion die öffentlich propagierten Bedrohungsmuster innehaben können. Die diversen Bedrohungsperzeptionen („Achse des Bösen“; „Schurkenstaaten“; politisch-islamischer Fundamentalismus und internationaler Terrorismus; „11. September“ usw.) sind selbstverständlich nicht nur Konstrukte oder Erfindungen. Gleichwohl dienen sie funktional dazu, die neue strategische Ausrichtung der NATO in einer, in ihren Einzelheiten schwer durchschaubaren „Mischung“ von Mutmaßungen und Fakten zu legitimieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bleibt unklar, ob das neue sicherheitspolitische Konzept nahtlos in eine Militärstrategie umgesetzt wird. Bereits im März 2000 waren erste Meldungen zu hören, nach denen die Vertreter der Generalstabchefs im NATO-Militärausschuss (MC-*Military Council*) ihre Arbeit an der strukturellen Reform der Allianz beendet hatten. Der Textentwurf (MC 4000/2) kann als neues Strategiepapier gelten und wurde denn auch vom *Military Council* den NATO-Botschaftern im Nordatlantikrat zugeleitet, um schließlich im italienischen Florenz offiziell als 'Grundlagenpapier' der weiteren programmatischen Diskussionen

angenommen zu werden.¹¹²² Die Frage der neuen Bedrohungsperzeptionen spielt eine auffällige Rolle bei der Begründung der neuen Sicherheitspolitik und Militärstrategie („*out-of-area*“) der NATO. Das aktuelle Spektrum von realen oder möglichen Bedrohungen der westlichen Wertegemeinschaft ist komplex, wenn nicht bisweilen diffus. Vor allem aber ist es gegenüber den klaren Frontlinien (Systemantagonismus West/Ost) der 1980er Jahren enorm erweitert worden. Bei ‚naiver Rezeption‘ entsteht der Eindruck, dass die Hauptbedrohung des Westens von nicht-staatlichen Kräften, d.h. von einer asymmetrischen Kriegsführung ausgehe. Identifizierbar sind aber immer noch potentiell gefährliche staatliche Akteure (Irak, Iran, Libyen, Nordkorea, Taliban-Regime in Afghanistan: Stand 2000). Schwerer einschätzbar und mit klassischen Instrumenten kaum greifbar sind hingegen die sogenannten nicht-staatlichen Akteure (Terroristen, vor allem: islamistische Fundamentalisten). Neu auf der „roten Liste“ möglicher Bedrohungen sind Konstellationen, die ein Aktionsbündnis von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren darstellen. Der Militärschlag gegen das irakische Regime wurde jüngst auch damit begründet, dass Saddam Hussein neben *first-strike-capacities* (biologische und/oder chemische Waffen, einschließlich der notwendigen Trägersysteme, i.e. *ballistic missiles*) auch den internationalen Terrorismus logistisch unterstütze. Eine sachliche politikwissenschaftliche Analyse des in NATO-Kreisen in Geltung stehenden Bedrohungsspektrum zeigt, dass a) Schwellenländer der „Dritten Welt“ (Irak, Iran, Nordkorea) verdächtigt werden bzw. im Falle des Irak scheinbar überführt worden sind, ABC-Waffenprogramme aufgelegt zu haben. Selbst wenn diese Projekte (Nukleartechnologie auch im zivilen Bereich, u.a. Iran/Irak) bereits in den 1970er Jahren initiiert worden sind, hat nach Auffassung der westlichen Sicherheitsexperten die sogenannte Proliferation erst heute ein Niveau erreicht, das als konkretes und realistisches Bedrohungspotential einzuschätzen sei.¹¹²³ In den einschlägigen Veröffentlichungen des unabhängigen Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI= *Stockholm International Peace Research Institute*) und der US-amerikanischen Abrüstungsbehörde (ACDA = *Arms Control and*

¹¹²² Vgl. Daniel Pipes: NATO's New Strategy-Studies in International Security. Papers XXXI B. Middle East Forum, Philadelphia 2001, S. 16-22; 39f; 108-112.

¹¹²³ Das gern zitierte Argument, dass es die Schwellenländer seien, die die Aufrüstung vorantreiben, Massenvernichtungswaffen entweder beschaffen wollen oder demnächst proliferieren können, darf natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die wesentlichen Impulse für die Rüstungsdynamik von den Industrieländern in Ost und West ausgegangen sind (z.B. Unterstützung Saddam Husseins durch den Westen im Krieg gegen den Iran).

Disarmament Agency) werden regelmäßig Daten zu Rüstungstransfers¹¹²⁴ veröffentlicht. Hinsichtlich der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen ist die Datenlage kompliziert und erlaubt keine sicheren Rückschlüsse. Als potentielle 'Risikostaat' werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt Pakistan und Nordkorea eingestuft; diese beiden Staaten verfügen entweder über nukleare Systeme (Pakistan) oder forcieren entsprechende Schritte dazu (Nordkorea). Anfang 2000 galten der Irak und Iran als mögliche Kandidaten für den erweiterten Kreis von ABC-Waffen-Besitzern. In den sogenannten „think tanks“ im Umfeld der NATO (beispielsweise Forschungsprojekte des Pentagon via *Massachusetts Institute of Technology*) sind Szenarien konstruiert worden, in deren Mittelpunkt die zunehmende Verbreitung von ABC-Waffen und der notwendigen Raketentechnologie steht. Vor allem die nicht pro-westlichen Schwellenländer der Dritten Welt gelten hier als Kandidaten.¹¹²⁵

1996 kam das Bündnis in seinem Dokument MC 161/96-*The General Intelligence Estimate* zu der Einschätzung (s.o.), dass Libyen, Irak, Iran, Pakistan und Nordkorea zu einer potentiellen Bedrohung der Nachbarstaaten bzw. der 'westlichen Zivilisation' durch die Verfügung über ABC-Waffen befähigt seien.¹¹²⁶ Gleichzeitig, so die Annahme des Dokuments MC 161/96 (s.o.), werden Libyen, Israel, Irak, Iran und Indien Raketen mit einer Reichweite von ca. 3000 km entwickelt und hergestellt haben. Ägypten, Syrien und Pakistan werden nach dieser NATO-Prognose über *ballistic missiles* (ballistische Flugkörper) verfügen, die eine mittlere Reichweite von etwa 1.000 km aufweisen werden.¹¹²⁷

Nach Einschätzung von General Klaus Naumann hat sich die Bedrohung im Weltmaßstab verschärft: „(...) wir gehen gegenwärtig von rund 70 Ländern der Welt aus, die Raketen oder Cruise Missiles herstellen könnten. (...) Derzeit schätzen wir, daß um das Jahr 2010 nahezu ganz Europa im Wirkungsbereich solcher Flugkörper liegen

¹¹²⁴ Innerhalb des Gesamtkomplexes Rüstungstransfers sind Waffensysteme nur die auffälligsten Komponenten. Hinzurechnen sind logistische Systeme, einschließlich Zusatzgeräte, Ersatzteile, Produktionsanlagen zur Herstellung von Rüstungsgütern; dazu kommen aber die entsprechenden Kapital- und Zwischengüter sowie Betriebsstoffe und Forschungs-, Entwicklungs- und Testeinrichtungen. Auch das human capital (Rüstungsexperten, Ingenieure, Ausbildungsspezialisten usw.) spielt eine erhebliche Rolle im Gesamtzusammenhang. Das Gespenst von der kleinformatigen Massenvernichtungswaffe, die ein einzelner Terrorist, im Herzen einer westlichen Großstadt plziert, hat zwar in Tokio (Giftgasanschlag der Amunsekte) Konturen angenommen, sollte aber weder unter- noch überschätzt werden!

¹¹²⁵ Vgl. dazu Daniel Pipes: NATO's New Strategy-Studies in International Security. Papers XXXI B. Middle East Forum, Philadelphia 2001.

¹¹²⁶ Vgl. dazu Gerhard Piper: Zwischen Erstschoßfähigkeit und Rüstungskontrolle: Wochenendseminar von Deutschen Friedensrat und Bundesausschuss Friedensratschlag am 31. März 2000 in Brotterode/Thüringen, S. 3 f.

¹¹²⁷ Vgl. ebd., S. 3.

wird und daß mehr als 25 Staaten unserer Welt Massenvernichtungswaffen besitzen.“¹¹²⁸

Galt die Sowjetunion selbst in kritischen Phasen des *Cold War* (Kubakrise u.a.) als weitgehend berechenbarer, rational agierender Staat, ist nach Auffassung der NATO-Experten das Verhalten einiger Schwellenländern hingegen nur schwer kalkulierbar. Die Drohgebärden eines kleinen 'Schurkenstaates' Nordkorea werden nicht nur von Südkorea und Japan als unmittelbaren Anrainerstaaten, sondern auch von den USA überaus ernst genommen. In dieser Hinsicht dürfte die Einschätzung der realen Fähigkeiten eines der ärmsten und rückständigsten Länder der Welt nicht von leitendem Interesse sein. Auffällig ist aber die Funktion, die der 'Schurkenstaat' Nordkorea im Rahmen der neuen Strategieplanungen der USA spielt. Die regelmäßig in die amerikanische Öffentlichkeit lancierte Meldung¹¹²⁹, dass die USA die Entwicklung und Stationierung von Abwehrsystemen gegen ballistische Fernwaffen erwägen, enthält konsequent die Hinweise auf angenommene Bedrohungsszenarien von Seiten der sogenannten 'Schurkenstaaten' (Hinweise auf Nordkorea, Iran, Irak, Libyen; eventuell Syrien und instabile GUS-Staaten!). Während sich die Regierungen der westeuropäischen Staaten (mit Ausnahme der britischen Regierung) in der Regel zurückhalten, scheinen einflussreiche Kreise in der US-Administration und der Rüstungsindustrie ein großes Interesse an der Durchsetzung einer „Präventivschlag-Mentalität“¹¹³⁰ (gegenüber den sogenannten Schurkenstaaten) zu haben. Vor allem die Regierung Bush hatte in den letzten Jahren mehrfach betont, dass das Gefahrenpotential sich gerade in den Schwellenländern verdichte. Allerdings ist diese Gefahreinschätzung auf der Basis empirischer Befunde auch innerhalb der US-Administration nicht unumstritten. Im November 1995 hieß es in der Geheimdienstanalyse „*National Intelligence Estimate 95-19/Emerging Threats to North America During the Next 15 years*“, dass erst ab dem Jahr 2010 feindliche Atomkräfte aus der Dritten Welt das US-Territorium bedrohen könnten.¹¹³¹ Diese diffuse Einschätzung schien aber dem Pentagon zu milde zu sein. Daraufhin setzte der US-Kongress 1996 einen Ausschuss unter Leitung des ehemaligen CIA-Chefs, Robert

¹¹²⁸ Vgl. Jeremy Cranowitz: First strike-capacity: new gaps of our security? In: Washington Post vom 23.09.2003 (extra volume IX, S. 4-15).

¹¹²⁹ Ebd.

¹¹³⁰ Vgl. dazu Klaus Hübner: Präventivschlag-Mentalität. Politische und wirtschaftliche Interessen des „Militär-industriellen Rüstungskomplexes“ der Vereinigten Staaten von Amerika. Basel 2004, S. 3 f.; 24-37.

¹¹³¹ Vgl. Ebd.

Gates, ein. Dieser Ausschuss kam zu einem widersprüchlichen Befund. Zwar wurde der vorangegangene Bericht („*National Intelligence Estimate 95-19*“) als „politisch naiv“ kritisiert, gleichzeitig aber wollte man die Einschätzung der allgemeinen Sicherheitslage der USA weder verharmlosen noch dramatisieren.¹¹³² Die von konservativen Kreisen in den USA prognostizierten Krisen- und Konfliktszenarien zwischen den westlichen Demokratien und peripheren Regionen hatten vornehmlich den Zweck, die stagnierenden Rüstungsausgaben im US-Haushalt zu steigern, neue Aufträge an die Rüstungsindustrie zu erteilen und, wie angedeutet, eine Mentalität des legitimen Präventivschlags gegen bestimmte Staaten zu schaffen. Im Kern geht es darum, dass sich die USA die Kontrolle über periphere Regionen, die strategische Ressourcen (Erdgas, Erdöl usw.) besitzen, vorbehalten. Es erstaunt nicht, dass die von der US-Regierung schließlich eingesetzte dritte Expertenrunde zu jener Bedrohungseinschätzung finden sollte, auf die sich das Weiße Haus, das Pentagon, die republikanische Fraktion im US-Kongress und auch einige unabhängige Sicherheitsexperten verständigen konnten. Die seit Ende der 1990er Jahre halbamtliche Gefahreneinschätzung lautet demzufolge: In ein paar Jahren könnte das Programm zur Raketenentwicklung eines Schwellenlandes so weit fortgeschritten sein, dass die US-Geheimdienste darin eine potentielle Bedrohung für die USA sehen würden. Zur Verteidigung müsse man daher ein Raketenabwehrsystem aufbauen. Es käme dann zu einem Rüstungswettlauf. Während die USA eine bestimmte Zeitspanne benötigen, um ihr Abwehrsystem aufzubauen, könnte ein Schwellenland gleichzeitig versuchen, seine Raketenentwicklung zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Das eigentliche Problem bestehe nun darin, dass man zum Aufbau eines wirksamen Raketenschutzschirmes nicht mehr drei Jahre Zeit haben würde, wie man bisher angenommen hatte, sondern einen geringeren Zeitraum. Problematisch sei nicht nur, dass Schwellenländer weitreichende Raketen entwickeln würden, sondern, dass die US-Geheimdienste das konkrete Gefahrenpotential erst zu spät erkennen könnten.¹¹³³

Schaut man sich die Bedrohungslage genauer an, ist zwar ein Risiko nicht zu leugnen, die reale Gefahr wird jedoch von amerikanischer Seite überzeichnet. Das europäische NATO-Territorium, insbesondere die Türkei, wird im Verlauf der nächsten Jahre möglicherweise in den Wirkungsbereich von Mittelstreckenraketen gelangen, die

¹¹³² Vgl. dazu Craig Carniello: Panel Upholds NIE Assessment of Ballistic Missile Threat to U.S. In: *Arms Control Today*; January 1997, S. 22.

¹¹³³ Vgl. Joseph C. Anselmo: Panel Sees Accelerated Missile Threat to U.S., *Aviation Week and Space Technology*, 20.07.1998, S. 24.

wahrscheinlich mit nuklearen Gefechtsköpfen ausgerüstet sind. Die Produktion von Mittel- oder Langstreckenraketen gilt als ein Indiz für die Entwicklung von solchen Waffen, da eine Ausstattung solcher Flugkörper mit konventionellen Sprengköpfen militärtechnisch keinen Sinn macht: Die Treffgenauigkeit solcher Raketen ist zu gering, als dass man mit einer herkömmlichen Sprengladung ein anvisiertes Ziel beschädigen könnte.¹¹³⁴ Die konkrete Gefahrenlage für das US-Territorium ist aufgrund der geographisch isolierten Lage auf absehbare Zeit wesentlich geringer. Als schärfster Bedrohungsfaktor wird hier die nordkoreanische Taepo-dong II-Rakete genannt.¹¹³⁵

Bei der neuen NATO-Militärstrategie zeichnet sich für den Bereich der Nuklearwaffen eine deutliche Änderung ab: Sollte die NATO zukünftig gegen einen Staat der sogenannten „Dritten Welt“ Krieg führen, will sie gegen diesen Gegner Kernwaffen einsetzen. Ein solcher Atomangriff soll auch dann erfolgen, wenn der angegriffene Staat selbst über keine Atomwaffen verfügt. Ein Offensivschlag zum Nachteil des Gegners sei besser als eine konventionelle Kriegsführung zum Nachteil der USA, lautet die simple Logik. In der Nukleardoktrin des amerikanischen Generalstabs JP 3-12-1 vom 9. Februar 1996 heißt es beispielsweise:

„Operationen müssen mit dem Ziel geplant und ausgeführt werden, die gegnerischen Trägersysteme für Massenvernichtungswaffen und die unterstützende Infrastruktur zu zerstören oder auszuschalten, bevor diese gegen die eigenen Kräfte zum Einsatz kommen können. Aus diesen Gründen sollten offensive Operationen gegen feindliche Massenvernichtungswaffen und deren Trägersysteme unternommen werden, sobald die Feindseligkeiten unausweichlich erscheinen oder beginnen.“¹¹³⁶

Es versteht sich von selbst, wie destabilisierend eine solche Strategie präventiver Angriffe sich in Krisensituationen auswirken muss. Dennoch wurden ein Jahr später diese Überlegungen durch die Präsidentendirektive *Presidential Decision Dokument 60* (PDD 60) bestätigt.¹¹³⁷ Die NATO-Politik wird von Staaten der „Dritten Welt“ in zunehmendem Maße kritisiert. In einer Erklärung von über 100 neutralen Staaten vom 28. April 1998 hieß es an die Adresse der NATO-Staaten, sie sollten „die nukleare Teilhabe für militärische Zwecke und jede Art von Sicherheitsarrangements untereinander, mit nicht-nuklearen Staaten, die nicht Vertragsparteien sind,

¹¹³⁴ Vgl. Gerhard Piper: ebd., S. 4.

¹¹³⁵ Vgl. Joseph C. Anselmo: Panel Sees Accelerated Missile Threat to U.S., *Aviation Week and Space Technology* vom 20.07.1998, S. 24.

¹¹³⁶ Joint Chiefs of Staff, *Doctrine for Joint Theater Nuclear Operations*, JP 3-12-1, Washington, 9. Februar 1996, S. 3-8.

¹¹³⁷ R. Jeffrey Smith, *Clinton Directive Changes strategy On Nuclear Arms-Centering on Deterrence, Officials Drop Terms for Long Atomic War*, *Washington Post*, 07.12.1997, S. 1ff.

unterlassen“.¹¹³⁸ In letzter Zeit deutet sich an, dass die europäischen Staaten die amerikanischen Pläne zum Aufbau eines defensiven Raketenabwehrsystems begrüßen. Denn sollten die USA auf ein Raketenabwehrsystem gegenüber Angriffen aus „Schurkenstaaten“ verzichten, wären sie im Kriegsfall selbst verwundbar. Dadurch könnten die amerikanischen Beistandsgarantien gemäß dem NATO-Vertrag in Frage gestellt werden. Dieser möglichen Abkoppelung amerikanischer Sicherheitsinteressen von den europäischen Beistandsinteressen müsse entgegenwirkt werden, wird argumentiert. Dazu sei dann auch der Aufbau eines europäischen Raketenabwehrschirms erforderlich. Nur durch eine aktive Beteiligung der Europäer an der Raketenabwehr seien diese in einer Position, auf die amerikanischen Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Das von konservativen Eliten der USA entwickelte „Konfliktpanorama“¹¹³⁹ weist eine Vielzahl von Konstituenten auf, die je nach politischer Interessenlage unterschiedlich interpretiert und kombiniert werden können. Die Bedrohungsszenarien, die diesem ‚Konfliktmodell‘ zugrunde liegen, sind so beschaffen, dass sich die USA im Prinzip eine strategisch-operative Offensive in nahezu allen Regionen der Erde vorbehalten. Entsprechend der zugrunde liegenden „dynamischen Konflikttypologie“¹¹⁴⁰ liegt die eigentliche ‚Definitionsmacht‘, welche Krise denn das nationale Sicherheitsinteresse der USA substantiell tangiere, auf Seiten der US-Administration (Regierung, Geheimdienste, Pentagon). Der polyvalente Krisen- und Konfliktbegriff schließt sowohl zwischenstaatliche Auseinandersetzungen als auch Bedrohungen von nicht-staatlichen Akteuren (Aufstandsbewegungen, Terroristen usw.) ein. Nach der Überwindung des bipolaren Systems (Ost-West-Antagonismus) stehen für die USA nicht mehr mögliche Konflikte oder *war theatres* zwischen den machtpolitischen Zentren im Blickfeld der Sicherheitspolitik. Die neuen Konfliktlinien beziehen sich seit den 1990er Jahren „auf unterschiedliche Gegenstände, Güter und Werte“, wobei je nach Perspektive und Region unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden können.

Die USA sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt der einzige einzelstaatliche Akteur, der weltweit operieren kann. Dementsprechend verfügt die USA über ein offensives Konfliktverhalten, das keineswegs auf die Interessen der NATO-Partner oder

¹¹³⁸ Otfried Nassauer, Nur eine Frage der Verfügungsgewalt? Die neue NATO-Strategie, der Nichtverbreitungsvertrag und die Nukleare Teilhabe, Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit, Berlin, März 2000, S. 16.

¹¹³⁹ Vgl. zu diesem Leitbegriff bei Frank R. Pfetsch: Entwicklung und Evaluation. Empirische Dimensionen des Politischen. Darmstadt 1995, S. 174-177.

¹¹⁴⁰ Ebd., S. 175.

supranationalen Organisationen (z. B. UNO) Rücksicht zu nehmen braucht. Der jüngste Irak-Krieg spiegelt das Konfliktverhalten der Supermacht USA klar wider. Die USA zeigten sich in der Vorphase des militärischen (Präventiv-)Schlags nicht oder nur widerwillig bereit, ihre operative Entscheidung zur Disposition zu stellen und mit Beschlüssen der UNO („Mandat“ zur Kriegsführung) zu koordinieren. Gleichwohl drängte die US-Administration die Regierung der NATO-Mitgliedsstaaten, den als unverzichtbar deklarierten Schlag gegen den Diktator Saddam Hussein („Weltfeind No. 1“) zu unterstützen. Allerdings spielten die NATO-internen Kontroversen und Widerstände gegen die US-Pläne keine entscheidende Rolle mehr. Frankreich und Deutschland lehnten eine aktive Beteiligung an der Militäraktion gegen das irakische Regime ab. Die britische Regierung unter Tony Blair trat aber in die „Kriegskoalition“ ein und beteiligte sich durch Entsendung von Kampfverbänden am Schlag gegen den Irak. Die Türkei hat diesen Schritt nicht vollzogen.

VII. Fazit und Ausblick: Die Türkei als Regionalmacht – Konstanten und Variablen der türkischen Außen und Sicherheitspolitik ab Anfang der 1990er Jahre

Der Systemantagonismus von Ost und West hat über vierzig Jahre bis zum Zusammenbruch der UdSSR die internationalen Beziehungen und Handlungsspielräume der staatlichen Akteure entscheidend bestimmt. Die internationale Politik war bis zu den Umbruchjahren (1989/1991) auf die beiden Großmächte USA und UdSSR zentriert. Im Zuge des wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzenden *Cold War* entwickelten sich die beiden Machtblöcke, deren inneren und äußeren Bestand die Allianzen NATO und WVO garantieren sollten. Seit ihrem Beitritt in die NATO (im Jahre 1952) ist die Türkei gleichsam der südöstliche Außenposten der NATO gewesen. In den politikwissenschaftlichen Diskursen innerhalb der Türkei besteht ein Konsens darüber, dass der staatliche Akteur Türkei zwischen 1952 und 1991 einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag für die transatlantische Sicherheit geleistet hat. In der Bewertung der türkischen Eliten in Militär und Politik hat die Türkei aber nicht nur ihre sicherheitspolitisch – militärstrategische Rolle am 'weichen Unterleib der UdSSR' zuverlässig erfüllt, sondern durch diesen Beitrag in exponierter Lage auch den unumstößlichen Nachweis erbracht, dass sie politisch und gesellschaftlich ein Teil der westlichen Staatengemeinschaft sei. Während in einigen Mitgliedsländern des

westlichen Bündnisses die sicherheitspolitischen und militärstrategischen Doktrinen der NATO nach Einsetzen der Entspannungspolitik (z.B. KSZE-Prozess in den 1970er Jahren) auch kontrovers diskutiert wurden, bestand innerhalb der öffentlichen und teillöffentlichen Diskurse in der Türkei ein unverbrüchlicher Konsens hinsichtlich der NATO und der Zugehörigkeit ihres Landes zur 'transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft'. Die NATO-Mitgliedschaft ist nicht nur die *conditio sine qua non* der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch ein Integral der türkischen Staatsdoktrin: „Seit Atatürk sieht sich das Land nicht mehr nur als Brücke zwischen Europa und Asien, sondern in der westlichen Staatengemeinschaft verankert (...).“¹¹⁴¹

Mit dem KSZE-Gipfel von Paris im November 1990 und der im Rahmen dieses Gipfels unterzeichneten Charta für ein neues Europa wurde der bis dahin geltende Systemantagonismus politisch beendet. Die bereits seit Mitte der 1980er Jahre einsetzende kooperative Phase zwischen Ost und West (vor allem durch *Glasnost und Perestroika* in der UdSSR initiiert) führte vor dem Hintergrund der unüberwindbaren Systemkrise des 'real existierenden Sozialismus' im Ostblock zu einer Neuordnung des internationalen Staatensystems. Binnen weniger Jahre gehörte der Ost-West-Konflikt der Vergangenheit an. Der wie auch immer zu bewertende Sieg des westlichen Demokratiemodells wurde auch in der türkischen Öffentlichkeit gefeiert und nicht zuletzt auf die Stärke des transatlantischen Bündnisses zurückgeführt. Ab 1991 setzte die politische und wirtschaftliche Einbindung der ehemaligen Ostblockstaaten in die NATO und EU ein. Die neue europäische Sicherheitsarchitektur wurde Realität, gleichwohl von den politischen und militärischen Eliten der USA und des 'alten' Europa unterschiedlich bewertet. Auch in den Eliten der Türkei wurde der welt- bzw. europapolitische Umbruch und sicherheitspolitische Paradigmenwechsel einerseits begrüßt, andererseits aber als eine außen- und sicherheitspolitische Herausforderung interpretiert. Neue Risiken und Konflikte wurden registriert. Insgesamt wurde binnen Jahresfrist (Tagung der NATO in Rom 1991) ein völlig verändertes Spektrum möglicher Krisenszenarien und Bedrohungen für das westliche Bündnis entwickelt und in den wichtigsten NATO-Mitgliedsländern auch politisch durchgesetzt. Organisation, Struktur und Grundkonsens der NATO standen, sieht man von wenigen Kontroversen ab, zu keinem Zeitpunkt ernsthaft zur Disposition. Auf dem NATO-Gipfel in Rom

¹¹⁴¹ Volker Höfeld: Türkei. II. Historische und politische Entwicklung, in: Staatslexikon. Bd.7. Hrsg: Von der Görres-Gesellschaft. Sonderausgabe der 7. völlig neu bearbeiteten Auflage. Freiburg/Basel/Wien 1995, S. 703 (Beitrag: S. 701-707).

(1991) wurde das 'Neue Strategische Konzept' verabschiedet, das u.a. eine Umstrukturierung und operativ-flexible Ausrichtung von Teilstreitkräften des Bündnisses vorsah, ohne die nuklearstrategische Komponente des Verteidigungsdispositivs aufzuheben. Das CJTF-Konzept, das im Anschluss an den NATO-Gipfel in Rom entwickelt worden ist, sieht vor, dass die militärischen Optionen der NATO erweitert werden. Die Aufgabenzuweisung an die *Combined Joint Task Forces* ist eindeutig: „The CJTF concept is intended to give NATO's military forces mobility and flexibility an to make them suited for crisis response across a spectrum of new peacetime operations. Just as important, CJTF capabilities are to be acquired without adding structure: they will be organisations; by modifying procedures; and by new employment concepts.“¹¹⁴²

Diese CJTF sind ein zentrales Modul innerhalb der umstrukturierten NATO-Posture. Wie Carlo Masala in seiner Habilitationsschrift (s.o.) nachgewiesen hat, wurden in den 1990er Jahren nicht die quantitativen Ressourcen, sondern die qualitativen Optionen der NATO erweitert und durch eine Strukturreform der Kommandoebenen im europäischen Bündnisgebiet signifikant verbessert. Auch wenn die NATO im Selbstverständnis ihrer Mitgliedsstaaten ein kollektives und defensives Verteidigungsbündnis bleibt, haben sich die sogenannten „*immediate tasks*“¹¹⁴³ verändert. Allein das CJTF-Konzept stellt eine „military option to respond to any crisis that threatens the collective interests of NATO members“¹¹⁴⁴ dar. Die Einsatzgebiete dieser schnellen Krisenreaktionkräfte¹¹⁴⁵ sind ausdrücklich neu bestimmt worden. Vor allem die Krisenregionen an der Südost-Peripherie des im NATO-Vertrag definierten Bündnisgebietes sind mögliche Einsatzfelder der *task-forces*. Die Fähigkeit, auch *out-of-area* operieren zu können, wird in diesem Zusammenhang angestrebt. In politikwissenschaftlicher Bewertung ist die Allianz (NATO) damit nicht mehr nur ein reaktives Verteidigungsbündnis gegenüber Angriffen von auswärtigen Mächten, sondern sie kann fortan auch über das definierte Bündnisgebiet hinaus operieren. Diese offensive Ausrichtung der NATO wird, wie nicht anders zu erwarten, aber nicht etwa mit militärischer oder machtpolitischer Logik begründet. Im Gegenteil: die öffentlich propagierten Communiques der NATO verwenden ausdrücklich eine sicherheitspolitisch 'defensive' Argumentationstopik, um das neue NATO-Posture zu

¹¹⁴² Charles Barry: NATO's Combines Joint Task Forces in Theory and Practice, in: *Survival – The JJSS Quarterly* 38 (Spring 1996) 1, S. 81 (Beitrag: S. 81-97).

¹¹⁴³ Ebd., S. 81.

¹¹⁴⁴ Ebd., S. 82.

¹¹⁴⁵ Vgl. ebd., S. 81 („The two-hour reaction criteria for corps-size formation“).

legitimieren. In den öffentlichen und teilöffentlich-wissenschaftlichen Diskursen innerhalb der Türkei findet sich seit etwa 1992 eine vergleichbare Position. In Grundzügen unterscheidet sich diese 'türkische Position' nicht von der Bewertung der Sicherheitsexperten Deutschlands, Frankreichs usw. Die neuen Bedrohungspereptionen sind Gemeingut aller NATO-Experten geworden. Auch die seit Rom (1991) entwickelten Sicherheitskonzepte werden im Kern von den türkischen Eliten unterstützt. Gleichwohl zeigen zahlreiche Detailspekte gravierende Unterschiede zwischen den sicherheitspolitischen Denkmustern. Es fällt beispielsweise auf, dass sich die Türkei in der Eigenwahrnehmung als eine Art Frontstaat perzipiert, dessen exponierte Lage im 'gefährlichsten Dreieck der Welt' sich deutlich von der sicherheitspolitischen Situation Deutschlands, Frankreichs und der übrigen NATO-Mitgliedstaaten unterscheidet. Dieses Argumentationsmuster ist spezifisch und kennzeichnet die sicherheitspolitischen und politikwissenschaftlichen Diskurse innerhalb der Türkei. Hierbei kann sich der staatliche Akteur Türkei auch auf offizielle Politikfeldanalysen und Memoranden der entsprechenden NATO-Gremien berufen. Es ist Konsens, dass die Türkei zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Sonderrolle innerhalb der Allianz wahrzunehmen hat. Allein die Golfkriege und die Dauerkrise in Israel/Palästina können hier als objektive Belege genommen werden. Darüber hinaus spielen energiewirtschaftliche Komponenten (Erdöl, Erdgas) eine zentrale Rolle. Das Baku-Ceyhan-Projekt verdeutlicht diese besondere Funktion der Türkei im energiewirtschaftlichen Kontext. Die nationale Sicherheit der Türkei hängt davon ab, ob diese Sonderrolle des Landes adäquat in den mittel- und langfristigen Planungen der NATO und der USA Berücksichtigung findet. Das Misstrauen Ankaras vor allem gegenüber der mitteleuropäischen 'Achse Paris-Berlin' und der revitalisierten WEU-Konzeption ('Europäische Verteidigungsidentität' als Kernstück) ist seit Ende der 1990er Jahre gewachsen. Die nachweisliche politische Verunsicherung Ankaras (vor allem in der Post-Özal-Zeit) kann mit dem allianztheoretischen Schlüsselbegriff *abandonment* beschrieben werden. Ankara hegt vermutlich berechtigte Zweifel daran, ob bei einem neuen Konfliktszenario (z.B. im Irak oder von Seiten des Iran) eine unverbrüchliche Solidarität der europäischen NATO-Partner zu erwarten sei. Von daher erklärt sich, dass Ankara konsequent die amerikanische Position innerhalb der Entscheidungsgremien der NATO vertritt und eine eurozentrierte 'Gewichtsverlagerung' (Paris-Berlin) in der Regel ablehnt. Im Kern wird hier deutlich, dass die Türkei eher den Sicherheitsgarantien des Allianzhegemons USA als den

Bündnisverpflichtungen der NATO vertraut. Im jüngsten Golfkrieg hat sich die Sicherheitslage der Türkei insofern verändert, als das türkische Parlament den Beschluss fasste, den Osten der Türkei nicht als Aufmarschgebiet gegen das Saddam-Regime zur Verfügung zu stellen. Dadurch kam es zu erheblichen Spannungen zwischen Washington und Ankara, ohne dass aber die Sicherheitspartnerschaft zwischen den USA und der Türkei grundsätzlich in Frage gestellt worden wäre. Gerade der jüngste Golfkrieg macht deutlich, dass die Türkei spezifische Sicherheitsinteressen in der Gesamtregion des Nahen und Mittleren Ostens verfolgt. Während aber die USA ihre geostrategischen Interessen in der Region durchsetzen will, verfolgt Ankara eher eine traditionelle, am Status quo ausgerichtete Gleichgewichtspolitik. Diese *balance-of-power*-Politik des staatlichen Akteurs Türkei hat beispielsweise darin ihren Ausdruck gefunden, dass sich Ankara bis unmittelbar vor Beginn der kriegerischen Handlungen im jüngsten Golfkrieg für eine friedliche Lösung des Irakkonflikts eingesetzt hat. Für Ankara ist das Machtvakuum, das sich nach dem Sturz des Saddam-Regimes im Nahen Osten ergeben hat, ein erhebliches Problem. Mittelbar könnte durch diese Konstellation der Einfluss der islamisch-islamistischen Volksrepublik Iran in der Gesamtregion wachsen und dadurch die Sicherheitslage der Türkei verschlechtert werden. Auch die Gefahr eines unabhängigen Kurdenstaates im Nordirak spielt in der Wahrnehmung Ankaras eine zentrale Rolle, wobei in dieser Hinsicht die türkischen Eliten wieder auf eine Interessenübereinstimmung mit Teheran und Damaskus rechnen können. Weder Ankara noch Teheran oder Damaskus zeigen sich in irgendeiner Form bereit, eine staatlich-politische Lösung des Kurdenproblems auch nur zu diskutieren. Für Ankara ist das Kurdenproblem (vor allem: militante Separatisten der PKK) von höchster Priorität. Die politische Konfrontation mit Syrien (Anlass: Gewährung von Stützpunkten und Rückzugsgebieten für die PKK im Bekaa-Tal) zeigt eindeutig, dass die türkischen Eliten im Militär bis zum Äußersten (*casus belli*) zu gehen bereit sind, wenn die Bedrohung durch die separatistische PKK eine Schwelle überschritten hat. Die Blitz-Offensiven türkischer Verbände im Nordirak bestätigen diesen Eindruck. Die USA haben öffentlich diese Militäraktion der Türkei gegen die kurdischen Lager bzw. Stützpunkte im Nordirak zwar kritisiert, nicht aber mit diplomatischen Noten verurteilt. Auch hier spiegeln sich die besonderen Beziehungen zwischen Washington und Ankara wider, ohne dass aber die eigentlichen Hintergründe an die Öffentlichkeit gedrungen wären. Ankaras Außen- und Sicherheitspolitik haben seit Anfang der 1990er Jahre an Handlungsspielraum gewonnen. Die Türkei agiert als eine selbstbewusste und

militärisch auch starke Regionalmacht. Die Schnittmenge gemeinsamer Interessen der NATO und der Türkei, vor allem aber der USA und der Türkei, ist gerade in der Region enorm. Vor allem die Frage der langfristigen Energieversorgung des Westens mit arabischem, kaspischem und wohl auch persischem Erdöl/Erdgas steht weit oben auf der sicherheits- und wirtschaftspolitischen Agenda. In den wissenschaftlichen Diskursen innerhalb der Türkei wird demzufolge konsequent auf diese Prioritätenliste gemeinsamer Interessen verwiesen.

Prägnant formuliert: Gerade die große Schnittmenge gemeinsamer Interessen in den diversen Handlungsfeldern (Sicherheitspolitik, Energieversorgung, Bekämpfung des Djiihadismus usw.) eröffnet beachtliche Handlungsspielräume für eine relativ eigenständige nationale Außenpolitik der Türkei. So konnte die Türkei in der Schwarzmeerregion, im Kaukasus, im Nahen Osten und in Zentralasien (Turkrepubliken) eine weitgehend selbstständige, von nationalen Eigeninteressen bestimmte Außenpolitik verfolgen. Wenn davon überregionale Interessen (wie im Falle des Baku-Ceyhan-Projekts) betroffen wurden, scheint die Koordination der amerikanischen und türkischen Politik von vornherein abgesprochen worden zu sein.

Die Türkei ist als 'Frontstaat' an der brisanten Südostperipherie der westlichen Allianz in einer exponierten Lage. Der Doppelcharakter der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik muss vor diesem regional- und geopolitischen Hintergrund erklärt werden. Monokausale Erklärungsmodelle reichen nicht aus, um die gegenwärtige Politik der Türkei angemessen zu erklären. Die Türkei ist auf die Sicherheitsgarantien der USA angewiesen, um eine rationale und kalkulierbare Außen- und Sicherheitspolitik „in the most dangerous triangle“ der Welt konzipieren und realisieren zu können. Die Risiken sind zwar weitgehend berechenbar, nicht aber langfristig auszuschließen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfügt Ankara über kein konsistentes und kohärentes Modell staatlicher Sicherheitspolitik, wohl aber über Teilkonzepte, die dieses Modell konstruieren können. Bis auf wenige Ausnahmen (Syrien-Politik; Interventionspolitik im Nordirak) ist die türkische Sicherheitspolitik konservativ, versucht sie doch die Implikationen einer am Status quo orientierten *balance-of-power* in der Region strategisch zu beachten. Die nationale Sicherheitspolitik der Türkei definiert sich aber nicht 'aus sich heraus', sondern auch, wenn nicht vor allem, aus ihrem Zusammenhang mit den Bündnis- und Sicherheitsinteressen der transatlantischen Gemeinschaft und den globalstrategischen Interessen des Allianzhegemonen USA. Dieses komplexe Gefüge von nationalen und transnationalen Interessen befindet sich

auch heute noch im Umbruch. Die Sicherheitsarchitektur der Allianz hat sich in den 1990er Jahren in wichtigen Komponenten verändert. Die Ätiologie dieser Veränderungen kann aus den neuen Rahmenbedingungen, Konstellationen und politischen Wirkfaktoren des internationalen Systems weitgehend erklärt werden. Der staatliche Akteur Türkei verfügt im Vergleich zu den Staaten, die sowohl NATO als auch EU-Mitglieder sind, über einen geringeren politischen Handlungsspielraum und demzufolge auch über weniger flexible sicherheitspolitische Optionen. Die Eliten in Ankara haben diesen Zusammenhang durchaus nüchtern in ihre Politikmodelle einbezogen und alles daran gesetzt, die Rolle der Türkei als Regionalmacht auszubauen. Die Gefahr, in eine „sicherheitspolitische Falle“(Theorem: *Entrapment*) zu geraten, ist allerdings nicht zu unterschätzen. Auch die mögliche innenpolitische Instabilität (kemalistische Eliten vs. AKP) muss hier ins Kalkül gezogen werden. Außerdem ist das Kurdenproblem ungelöst.

Die Entwicklung der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik seit Beginn der 1990er Jahre lässt sich im Rahmen eines Mehr-Komponenten-Modells angemessen darstellen und politiktheoretisch im Gesamtzusammenhang analysieren, wobei aber die regionalstrategische Lage der Türkei eher allianztheoretisch erklärbar ist. Das Mehr-Komponenten-Modell eignet sich, um den Ablauf der komplexen Prozesse im internationalen System mit Hilfe kategorialer Begriffe zu erfassen. Gleichwohl ist der zukünftige Verlauf der politischen Interaktionen im internationalen System nicht mit Sicherheit prognostizierbar, weil die Wirkfaktoren auf allen Handlungsebenen äußerst komplex und dynamisch sind. Die Frage nach dem Kräftefeld gilt der Bestimmung dieser Wirkfaktoren, d.h. der Analyse der Ursachen, Handlungsmuster und der strategischen Optionen staatlichen Handelns. Das Mehr-Komponenten-Modell ist in wissenschaftstheoretischer Hinsicht insofern offen strukturiert, als es von der Grundannahme ausgeht, dass Modell- und Theoriebildungen gegenüber den realen Abläufen in politischen Handlungsfeldern unterbestimmt sind.

Im Rahmen meiner Untersuchung wurde nicht der Anspruch erhoben, das außen- und sicherheitspolitische Handeln der Türkei zukünftig prognostizieren zu können. Das Mehr-Komponenten-Modell, in dem außen- und innenpolitische, soziale und wirtschaftliche, kulturelle und ideologische Wirkfaktoren dynamisch und dissipativ verknüpft werden, ermöglicht nur Wahrscheinlichkeitsaussagen über das künftige Handeln eines staatlichen Akteurs. Auch der Rekonstruktionsversuch des politischen Handelns eines Staates in der Vergangenheit steht unter dem Vorbehalt einer selektiven

Perspektivik, d.h. jedes gewählte Analyseraster setzt eine methodologische Vorentscheidung voraus. Dadurch kann es möglich sein, dass bestimmte Wirkfaktoren im Handlungsfeld internationaler Politik unterschätzt und zu wenig beachtet werden. Zugespitzt formuliert: die Möglichkeiten der Realität lassen gewissermaßen mehr politisch-strategische Entwicklungen zu, als die selektive Perspektivik politikwissenschaftlicher Modell- oder Theoriebildung abzubilden oder zu prognostizieren vermag.

Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik seit Anfang der 1990er Jahre lässt sich mit dem kategorialen Begriff <Regionalmachtpolitik> zusammenfassend beschreiben. Dieser Begriff impliziert eine Reihe von Annahmen und Voraussetzungen über die strategischen Optionen des staatlichen Akteurs Türkei in seinem außen- und sicherheitspolitischen Umfeld. Die Grundannahme geht davon aus, dass sich das internationale System im globalen Maßstab, aber auch in regionalen Konstellationen signifikant verändert hat. Die herkömmliche Grundstruktur der Bipolarität und des Ost-West-Antagonismus ist aufgelöst worden. Die traditionellen Verhaltensmuster der staatlichen Akteure sind im Zuge der Neuordnung des internationalen Systems zwar nicht 'über Nacht verschwunden', gleichwohl aber objektiv verändert worden. An die Stelle 'alter' Ordnungselemente im internationalen System (vor 1990) traten neue Wirkfaktoren (z.B. Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, wirtschaftliche Interdependenzen als Folge der Globalisierung, forcierte Verteilungskämpfe um fossile Ressourcen, asymmetrische Konflikte), die die bestehenden Machtkonstellationen und Machtverteilungsmuster entweder sukzessive auflösten oder modifizierten. Die klassischen Theorien und Modelle des internationalen Systems reichen nicht mehr hin, um diese grundsätzlichen Veränderungen im internationalen Handlungsfeld adäquat analysieren zu können. Die realistischen und neorealistischen Modellbildungen gehen davon aus, dass alle Ordnungselemente, die das internationale System in eine politisch weitgehend kalkulierbare Zuordnung und Struktur bringen, Machtbeziehungen zwischen staatlichen Akteuren repräsentieren.

Allein die politischen Entwicklungen im Kaukasus und die Konfliktverläufe nach dem 3. Golfkrieg deuten aber darauf hin, dass die traditionelle Matrix machtpolitischer Ordnungselemente viel zu statisch ist, um die Unwägbarkeiten politischer Konstellationen und Konflikte zu beschreiben und zu analysieren. Während das klassische bipolare System seine Stabilität ausschließlich durch die *balance of power* erhielt, steht die Neuordnung des internationalen Systems im Grunde noch aus.

Selbstverständlich gibt es auch Konstanten in der internationalen Politik. Am Beispiel der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik lässt sich nachweisen, welche Bedeutung diese Konstanten für den staatlichen Akteur Türkei aufweist. In den politischen, gesellschaftlichen und militärischen Eliten in der Türkei besteht ein substantieller Konsens über die sicherheitspolitischen Konstanten.

Diese Konstanten sind:

die NATO-Mitgliedschaft,

die besonderen bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und den USA,

die Orientierung der Türkei nach (West-)Europa (Leitziel: Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union).¹¹⁴⁶

Unter Berufung auf diese drei Säulen der nationalen Sicherheit ist es den gemäßigt islamischen Kräften (AKP) gelungen, den innen- und außenpolitischen Handlungsspielraum gegenüber der kemalistischen Elite in Militär und Administration zu erweitern. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Jahreswende 2007/2008) scheint es deshalb unwahrscheinlich zu sein, dass die türkische Generalität das Risiko eines Staatsstreichs auf sich nimmt oder auch nur versucht, die AKP zu verbieten und deren politische Führung (Erdoğan/Gül) auszuschalten. Die drei Konstanten der nationalen Sicherheitspolitik sind also auch Legitimationsfiguren der aktuellen Regierungspolitik der AKP.

Das Grundproblem der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik besteht seit Anfang der 1990er Jahre darin, dass sich die Folgen des mehrfach fragmentierten und dadurch offenen internationalen Systems vor allem im regionalen Umfeld der Türkei zeigen. Die strategische Ausgangssituation der Türkei ist mit der anschaulichen Metapher *<most dangerous triangle of the world>* beschrieben worden. Tatsächlich ist es so, dass das regionale Umfeld der Türkei als ein Konglomerat von alten und neuen Konflikten definiert werden kann. Auf zahlreichen Ebenen (Zukunft des Irak; Autonomiebestrebungen der Tschetschenen, Abchasen, Osseten; Separatismus der Kurden usw.) gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt etliche Fragezeichen und Unwägbarkeiten. Das nach 1990 entstandene neue Staatensystem 'im gefährlichsten Dreieck' des internationalen Systems ist instabil, d. h. auch auf der Makroebene

¹¹⁴⁶ Vgl. Ramazan Gözen: Türk-Amerikan İlişkileri ve Türk Demokrasisi („Die Türkisch-amerikanischen Beziehungen und die türkische Demokratie“); Realist Bağlantı („Realistischer Zusammenhang“), in: S. Çalış, I. Dağı und R. Gözen (Hrsg.): Türkiye'nin Dış Politikası („Die türkische Außenpolitik“), Ankara 2001, S. 223.

zwischenstaatlichen Handelns sind zuverlässige Prognose der künftigen Entwicklung nicht oder nur vorläufig möglich. Die türkische Außenpolitik der letzten Jahre ist im Prinzip konservativ ausgerichtet gewesen. Betrachtet man beispielsweise die von der Türkei erstrebten bilateralen und multilateralen Abkommen mit Staaten in der Region, so lässt sich dieser defensive bzw. konservative, auf Stabilität, Berechenbarkeit und Koordination angelegte Grundzug der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik deutlich erkennen.

Das Wirtschaftsabkommen in der Schwarzmeerregion ist ein multilaterales Vertragswerk, das auf Vorschlägen und politischen Initiativen der Türkei beruht. Die türkische Politikwissenschaft sieht in diesem Vertrag der Schwarzmeeranrainerstaaten (dazu: Albanien und Griechenland) geradezu das Paradebeispiel für eine auf regionale Stabilität ausgerichtete türkische Außenpolitik. Obwohl die wirtschaftliche Bedeutung dieses Kooperationsvertrages für die Türkei eher sehr gering ist, muss der politische Stellenwert dieses multilateralen Abkommens als hoch eingestuft werden. Die wirtschaftliche Kooperation hat im Rahmen eines Mehr-Komponenten-Modells den Rang eines *soft issues* inne. Insgesamt ist nach Einschätzung der politischen Eliten und der politikwissenschaftlichen Experten der Stellenwert dieser *soft issue* (wirtschaftliche, kulturelle, technologische Kooperationsformen) erhöht worden. Die türkische Außenpolitik hat in den 1990er Jahren beachtliche Offensiven in der Region (bis Zentralasien) unternommen, um durch bilaterale Abkommen diese 'weichen' Kooperationsformen zu fördern und langfristig zu entwickeln. Gegenüber den Turkrepubliken (Kirgistan, Turkmenistan) und Aserbaidshjan (mit der ethnischen Mehrheit der turkstämmigen Aseri) wurde diese neue Form der Kooperation gerade in den 1990er Jahren implementiert. Auch mit Georgien wurden Kooperationsverträge (z. B. Ausbildung der georgischen Polizei) geschlossen, durch die das bilaterale Verhältnis der Nachbarstaaten insgesamt stabilisiert werden konnte.

Die Nahostpolitik der Türkei ist allerdings erheblich brisanter. Das Verhältnis der Türkei zu ihren Nachbarn im Nahen Osten ist belastet, gestört und teilweise offen feindlich gewesen. Insbesondere das Verhältnis zu den arabischen Nachbarn an der Südostperipherie der Türkei wurde von politischen Spannungen und massiven Schuldzuschreibungen geprägt. Die regionalstrategische Allianz zwischen der Türkei und Israel von 1996/1997 zeigt deutlich, dass die Türkei ihr sicherheitspolitisches Denken bzw. ihre Sicherheitspolitik, bezogen auf den Nahen und Mittleren Osten, in der Zeit nach dem Kalten Krieg geändert und eine Regionalmachtpolitik verfolgt hat. Diese

neue Allianzformation ist ein Exempel für die Überprüfung unterschiedlicher Erklärungsansätze der politikwissenschaftlichen Interpretation von politischen Handlungsmustern in Allianzen. Die unterschiedlichen Faktoren, die zur Erklärung von Handlungsmustern in Allianzen herangezogen werden (äußere, innere und ideologische) spielen insgesamt eine Rolle. Dennoch zeigt sich für die Türkei eine Dominanz der auf außen- und sicherheitspolitischen Interessen begründeten Faktoren.

Eine offene Frage bleibt jedoch: Besteht in Bezug auf die Stabilität von Allianzen ein Unterschied zwischen strategischen oder strukturellen Faktoren und eher ideologischen Faktoren? Wieder kann hier die türkisch- israelische Bündnispolitik als Beispiel dienen.

Die Analyse der türkisch-israelischen Beziehungen zeigt, dass Allianzen, die nur auf gemeinsamen Interessen basieren, von Allianzen zu unterscheiden sind, die auf gemeinsamen Interessen und ideologischen Werten basieren.

Folgt man diesem Modell, fördert die gesteigerte *Aggregation of Power* die Möglichkeit einer militärischen Intervention gegen die Allianzpartner und folglich das Interesse der Verbündeten, einer derartigen Gefahr abschreckend entgegenzutreten.

Dagegen ist bei einer internen Herangehensweise das Handeln von kleinen Staaten bestimmt durch *Trade-offs*. In diesen Staaten werden Entscheidungen zwischen externen Allianzen und interner militärischer Mobilisierung eher durch innere Bedrohung als durch rein äußere Bedrohung bestimmt.

Für die Türkei waren beide Gründe für die Gestaltung ihrer Nahostpolitik ausschlaggebend. Die Türkei und Israel befinden sich in einer Region, die von arabischen Staaten mit undemokratischen Regimes dominiert wird. Mit anderen Worten: Bedingt durch ihre im Nahen Osten einzigartige, feste Verbindung zum Westen und den westlichen Werten betonen die Türkei und Israel, eigene sicherheitspolitische Optionen in der Region entwickeln zu müssen, in der „sie sich tief unwohl fühlen.“¹¹⁴⁷ Sowohl Israel als auch die Türkei gehen also von einer grundsätzlichen Bedrohungssituation aus.

Die Abkommen zwischen der Türkei und Israel von 1996 basieren auf Sicherheitsbedenken, die von externen Faktoren bestimmt sind: Das Ende des Ost-West-Konflikts und die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten (i.e. der Friedensprozess und die Internationalisierung der Kurdenfrage) berührten das Verhältnis der Türkei und Israels zu den westlichen Verbündeten. Zudem drohten die

¹¹⁴⁷ Vgl. Philip Robins: Turkey and the Middle East, 1991, S. 82.

Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die wachsende Instabilität des Nahen Ostens, des Balkans und des Kaukasus. Auch der Faktor der asymmetrischen Konflikte (politischer Islamismus) spielte ab Mitte der 1990er Jahre für die Türkei und Israel eine immer größere Rolle.

Die Schlüsselrolle externer Faktoren für die allianzorientierte Politik von 1996/1997 verdeutlicht, dass die klassische Herangehensweise an die Allianzformierung sich durchaus als politikwissenschaftliches Interpretationsmuster eignet. Besonders die *balance-of-threat*-Theorie von Stephen Walt eignet sich für die Erklärung der türkisch-israelischen Allianz von 1996. An dieser Stelle lässt sich sagen, dass sich eine Bedrohungswahrnehmung nach Stephen Walt aus vier Teilkomponenten zusammensetzt:

Aggregatzustand (Bevölkerung, industrielle und militärische Möglichkeiten, technologische Stärke)

Geographische Nähe

Offensivkraft

Aggressive Absichten.

Es ist offensichtlich, dass die Türkei und Israel 1996/1997 eine äußere Bedrohung ausbalancieren wollten – genauer: sie versuchten einer Gefahr zu begegnen, die hauptsächlich von Syrien und potentiell vom Iran und Irak ausging. Der Entstehungsprozess dieser Bündnispolitik unterstreicht also Walts These, dass bei der Analyse der Gründe, welche bedrohte Staaten zur Suche nach Allianzen veranlassen, die geographische Nähe eines Bedrohungspotentials von entscheidender Bedeutung ist.

Für die Türkei war die wahrgenommene regionale Bedrohung von zentraler Bedeutung. Weiterhin kam hier der Aspekt zur Geltung, dass Syrien über Boden-Boden-Raketensysteme verfügt. Zudem wurde in Rechnung gestellt, dass Iran sein Nuklearprogramm forciert. Diese Entwicklungen führten in der Türkei zu ernsthaften Bedrohungspereptionen. So betonte Ali Karaosmanoğlu, dass die türkischen Zentren, Dämme, Elektrizitätswerke, Flughäfen und militärische Hauptquartiere im Bereich syrischer Raketen liegen.¹¹⁴⁸ Der Ex-General Çevik Bir äußerte: „Die Türkei und Israel stehen derselben regionalen Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen

¹¹⁴⁸ Vgl. Kemal Kırıışcı: „Post-Cold war turkish Security and the Middle East“, Meria 2, 1997.

gegenüber.“¹¹⁴⁹ Daher überrascht es nicht, dass beide Staaten ein gemeinsames Projekt zur Entwicklung einer antiballistischen Rakete, der *Delilah*, mit einer Reichweite von 150 Km gestartet haben.¹¹⁵⁰

Die andere Gefahr besteht nach Einschätzung Ankaras im Terrorismus. Für die Türkei stellt die PKK, die sehr stark von der logistischen, wirtschaftlichen und politischen Unterstützung der türkischen Nachbarn profitiert hat, die größte Gefahr dar. Der türkische Verteidigungsminister stellte fest: „Wir betrachten den Terrorismus als eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die türkisch-israelische Allianz kann zur Ausrottung des Terrorismus und zum Frieden in der Region beitragen.“¹¹⁵¹

Wichtig ist daher die Option, dass der Sicherheitsaspekt, der Israel und die Türkei zu einer Allianz bewogen hat, mit der gemeinsamen Wahrnehmung einer äußeren Bedrohung verbunden ist.

Ankaras militärischer Aktionismus mag überzogenen strategischen Bedenken entspringen, aber er ist nicht die Antwort auf eine ernsthafte militärische Bedrohung von außen. Die wiederholten Operationen im Nordirak 1997 und im März 2008, die Krise mit Syrien um den PKK-Chef Abdullah Öcalan Oktober 1998 zeigen den Akteur Türkei als eine selbstbewusste Macht in der Region, der sich auf seine gewachsene militärische Stärke stützt. Die militärische Drohpolitik gegenüber Damaskus war in dieser Hinsicht unmissverständlich.

Zieht man eine realistische Wahrnehmung einer äußeren Gefahr in Betracht, kann man argumentieren, dass die hier in Betracht gezogenen Umstände als Beleg für Stephen Walts *balance of threat*-Theorie gelten müssen. Untersucht man die unterschiedlichen Bedrohungskomponenten, die von Israel und der Türkei wahrgenommen werden (Stärke, Nähe, Offensivkraft, wahrgenommene Intention), erhält man Einblick in das strategische Leitmotiv, warum beide Staaten Allianzpartner geworden sind.

Der frühere Generalstabschef İsmail Karadayı beschreibt dieses Motiv folgendermaßen: „Wir sind von Regimen mit unterschiedlichen Problemen umgeben.

¹¹⁴⁹ Vgl. Mustafa Oğan: Türkiye-İsrail ilişkilerinin Dünü-Bugünü-Yarını, in: Harp Akademileri Yayını, İstanbul, S. 23f.

¹¹⁵⁰ Ebd.

¹¹⁵¹ Ebd.

Israel und die Türkei sind zwei Inseln der Stabilität, die gemeinsam erhalten werden müssen.“¹¹⁵²

Interne Mobilisierung (im Sinne der Konstruktion von Bedrohungsmustern) und externe Verbindung (zwischenstaatliche Maßnahmen/bildung strategischer Allianzen) haben zusammengewirkt und die Kooperation zwischen Israel und der Türkei möglich gemacht. Das Ende des Kalten Krieges bedeutete zudem das Ende der Bipolarität und die wachsende Regionalisierung der Weltpolitik. Daher werden in der Zeit nach dem Kalten Krieg Sicherheitsabsprachen in der Breite und der Tiefe 'lokaler' gestaltet werden.¹¹⁵³ Ungeachtet der Bedeutung, die Unterstützung der Großmächte zu bekommen und zu behalten, könnten regionale Staaten glauben, dass ihnen Verbindungen zu anderen regionalen Staaten Vorteile bringen. Nach Stephen Walt ist der Vorteil von Allianzen zwischen regionalen Staaten der, dass die Staaten von regionalen Entwicklungen stärker betroffen sind und daher auch eher bereit sind, aktiv in diese Verhältnisse einzugreifen.¹¹⁵⁴

Mitte der 1990er Jahre hat Mahmut Bali Aykan auf diese Optionen hingewiesen, die sich aber auf das Fundament der türkischen Sicherheitsdoktrin, nämlich die Stabilisierung eines regionalstrategischen Gleichgewichts unter den neuen Bedingungen des internationalen Systems beziehen:¹¹⁵⁵

„At the conclusion of the Gulf War, there was a consensus among the civilian and military leaders of Turkey on maintaining the country's balanced policy of benevolent neutrality in the Persian Gulf. Since the 1960's this policy had been based upon a fundamental principle of balancing the requirement of Turkey's NATO alliance with the need for good neighborly relations. It included respect for the principles of noninterference in other states domestic affairs, reliance on diplomacy for the resolution of conflicts, and enhancing international relations particularly through economic cooperation. In general, this policy aimed at protecting Turkey's national interests by contributing to regional stability through the reduction of tensions.

In accordance with these principles, Turkey advocated the regionalization of Persian Gulf security in the post-Gulf War era, meaning that ensuring regional stability was to be the task of the countries in the region. To fulfill this task, those countries had to cooperate both economically and military.“

¹¹⁵² Vgl. Joseph Leitmann/Çağrı Erdem, 1997.

¹¹⁵³ Vgl. Patrick Morgan: "Regional Security Complexes and Regional Orders", in: David Lake/Patrick Morgan: "Regional Orders-Building Security in a New World", University Park, Pennsylvania State University Press, 1997.

¹¹⁵⁴ Vgl. Stephen Walt: „The Origins of Alliances, 1987, S. 161-163.

¹¹⁵⁵ Vgl. Mahmut Bali Aykan: Turkish Perspectives on Turkish-US Relations Concerning Persian Gulf Security in the Post-Cold War Era: 1989-1995, in: The Middle East Journal 50 (1996) 3, S. 348 (Beitrag: 344-358).

Die Kooperation mit Israel in der Region dient besonders der kemalistischen Elite, da sie die westliche Orientierung und die Bedeutung des Säkularismus in einer Zeit betont, in der das Land eine schwere Identitätskrise durchläuft. In dieser Krise werden, wenn auch vorsichtig, die Grundlagen der kemalistischen Ideologie in Frage gestellt, weil der politische Islamismus, Nationalismus und Neo-Osmanismus Handlungsspielraum gewonnen hat.¹¹⁵⁶

Die andere Problematik der türkischen Nahostpolitik bezieht sich vor allem auf die Frage des *Post-War*-Irak. Da die Nachkriegsordnung im Nachbarstaat Irak zum gegenwärtigen Zeitpunkt völlig offen ist, muss sich Ankara mit mehreren Optionen einer regionalen Politik im Nahen Osten befassen. Grundsätzlich hatte die Türkei vor dem 3. Golfkrieg das strategische Ziel der Bewahrung eines zwischenstaatlichen Gleichgewichts (Türkei-Iran-Irak). Für die Türkei war das Saddam-Hussein-Regime ein Garant für die Aufrechthaltung der staatlichen Einheit des Irak. Die grausame Politik des irakischen Diktators gegen die Kurden im Norden des Irak wurde von Ankara zwar nicht öffentlich begrüßt, aber aus eigenem Interesse hingenommen. Für die Türkei wäre ein separater Kurdenstaat in den nordirakischen Provinzen ein *casus belli*. Die Sogwirkung eines selbstständigen Kurdenstaates im Nordirak auf die kurdischen Ethnien in der Türkei, im Iran und in Syrien steht außer Frage. Vor diesem Hintergrund ist die politische Schnittmenge zwischen Ankara, Teheran und Damaskus insofern beachtlich, als keiner der drei Staaten ein Interesse an der Entstehung eines autonomen Kurdenstaates in der Region hat. Die sogenannten chirurgischen Schläge der türkischen Armee gegen Stellungen der PKK im Nordirak bestätigen diesen Eindruck. Trotz der offiziellen Kritik aus Brüssel und Washington hat das türkische Parlament dem Militär eine 'Generalvollmacht' zu begrenzten militärischen Operationen gegen die separatistischen Kurden im Irak gegeben. Der staatliche Akteur Türkei ist also längst nicht mehr nur der Juniorpartner der USA. Im Gegenteil: die türkische Regierung hat ihre Handlungsspielräume in der Region mehr oder minder vorsichtig zu nutzen gewusst. Da die USA in der Türkei trotz einzelner Kontroversen (Vorfeld des 3. Golfkrieges) die regionale Ordnungsmacht und den Bündnispartner sehen, stellt die neue türkische Außenpolitik in der Region den substantiellen Konsens zwischen Washington und Ankara noch nicht in Frage. Möglicherweise liegen hier auch Absprachen vor, die in der Öffentlichkeit unbekannt geblieben sind. Gerade im

¹¹⁵⁶ Vgl. Bülent Aras und Ömer Çaha: „Fethullah Gülen and his liberal Turk-Islam Movement“, in: Middle East Review of International Affairs (MERIA) 4 (2000) 4, S. 40.

nahöstlichen Handlungsgebiet wird erkennbar, welche Bedeutung die Türkei bilateralen Gesprächen und Abkommen beimisst. Die Beziehungen der Türkei zum Irak und Syrien sind zwar nicht spannungsfrei, aber, aktuell betrachtet, auf Interessenausgleich hin angelegt. Im Kern zielt die türkische Außenpolitik im Nahen Osten auf die Wahrung oder Wiederherstellung des an sich prekären *Status quo*. Obwohl die bekannt gewordenen Verträge mit Syrien sich auf begrenzt funktionale Bereiche (Wasserfrage, Grenzverkehr) beschränken, wird hier dennoch erkennbar, dass Ankara dem Prinzip der Bilateralität folgt. Bilateralität setzt immer die berechenbare Bereitschaft der Akteure voraus, einen Interessenausgleich zu schaffen und zu respektieren. Damaskus hatte angesichts der Drohgebärde des türkischen Militärs (s.o.) schließlich der Forderung Ankaras, die Unterstützung der PKK zu beenden und den PKK-Führer Öcalan des Landes zu verweisen, entsprochen.

Als Gegenleistung machte die Türkei Zugeständnisse in der Wasserfrage und in strittigen Territorialfragen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist Ankara jedenfalls der einzige NATO-Mitgliedstaat, der halbwegs geregelte Beziehungen mit Syrien unterhält. Auch die Beziehungen zum Iran sind seit wenigen Jahren stabiler und berechenbarer geworden. Der Iran hat sich vertraglich verpflichtet, jede Unterstützung islamischer Kräfte in der Türkei einzustellen. Im Gegenzug hat Ankara die wirtschaftliche Kooperation mit dem Iran erleichtert. Diese und andere Beispiele konkreter Außenpolitik zeigen, dass der Handlungsspielraum und damit die Variablen der türkischen Politik im regionalen Kontext gewachsen sind. Die Türkei gestaltet (z.T. gegen 'mittelwertige' die Interessen der USA) ihr 'regionales Netzwerk' bi- und multilateraler Zusammenarbeit. Die Risiken der neuen türkischen Außenpolitik sind zwar nicht gering, aber durch die grundlegende Rückbindung an die USA und NATO doch einschätzbar. Die substantielle Bedeutung der Türkei für die USA und die EU-Staaten ist und bleibt hoch. Zwei Aspekte bestätigen diese Annahme. Das Baku-Ceyhan-Projekt ist insofern ein Beispiel, als die Türkei die Sicherheit dieser energiestrategisch enorm wichtigen Versorgungstrasse garantiert. Die Relevanz der fossilen Ressourcen für die USA und die EU-Staaten steht außer Frage. Auch deshalb war an dem großen Vertragswerk mit Baku die US-Administration beteiligt. Der zweite Aspekt hängt unmittelbar mit der Nahostpolitik der USA und der NATO zusammen. Die neue NATO-Doktrin geht von einer veränderten Bedrohungslage aus. Nicht mehr Mitteleuropa ist die zentrale Konfliktlinie, sondern die Südost-Peripherie der NATO steht im Zentrum der strategischen Planungen der nordatlantischen Allianz. Die Rolle

der Türkei im Rahmen dieser strategischen Neuorientierung ist herausragend, weil relevante Konfliktszenarien im direkten regionalstrategischen Umfeld des NATO-Mitglieds Türkei konzentriert sind. Die Dislozierung der türkischen Streitkräfte an der Südostgrenze des Staatsgebiets deutet auf die strategische Umsetzung hin.¹¹⁵⁷ Angesichts ihres Bündnisbeitrags in der NATO erwartet Ankara von der EU eine baldige Entscheidung über den Beitritt der Türkei. Die ständige Verzögerung, verbunden mit immer neuen Auflagen Brüssels zu neuen Reformen (türkisches Strafrecht, Pressefreiheit, Minderheitenschutz usw.), stellt zum gegenwärtigen Zeitpunkt Ankara unter eine harte Geduldsprobe. In der türkischen Gesellschaft ist ein erster Meinungsumschwung erkennbar, d. h. die 'Westorientierung' der Türkei wird inzwischen von einer relativ großen Minderheit in der türkischen Bevölkerung abgelehnt. Dadurch könnte die politische Führung in Ankara mittelfristig unter Druck geraten und eventuell die Beitrittsverhandlungen mit Brüssel endgültig beenden. Als Kompensation blieben für Ankara nur zwei Optionen: Intensivierung des türkisch-amerikanischen Verhältnisses oder Neuorientierung der Beziehungen zu den konservativen islamischen Staaten (Saudi-Arabien, Ägypten und andere). Vor allem die Hinwendung der Türkei zu den islamischen Staaten kann aber weder im Interesse der USA noch der EU liegen. Die vorsichtige Re-Islamisierung der türkischen Gesellschaft durch die AKP sollte in dieser Hinsicht nicht unterschätzt werden.

¹¹⁵⁷ Vgl. Sinan Ülgen: „Turkey's Role in European Security and Defense Policy“, in: *Insight Turkey* 3 (2001) 3, S. 44-45.

VIII. Literaturverzeichnis

VIII.1. Literatur

A. Emani, Mohammed: Iran-Arab Relations, in: The Iranian Journal of International Affairs 7 (1996) 4, S. 797 – 833.

Abadan, Ümit Nermin: Ideologische Strömungen in der Türkei in den 90er Jahren, in: Südosteuropa Mitteilungen 37 (1997) 4, S. 291 – 300.

Abramowitz, Morton: Turkey's Transformation and American Policy. The Century Foundation/Twentieth Century Fund Inc. 2000, S. 11 – 14.

Adamia, Revaz: NATO: Caucasus in the Context of Partnership for Peace, in: Perceptions 4 (1999) 2, S. 29 – 40.

Ahfeldt, Horst: Der NATO-Doppelbeschluss und das neue militärstrategische Konzept nuklearer Optionen. Hamburg 1980.

Ahmad, Ferroz: Islamic Reassertation in Turkey, in: Third World Quarterly 10 (1988) 2, S. 750 – 786.

Ahmad, Ferroz: The making of modern Turkey. London 1993.

Akkaya, Çiğdem/Özbek, Yasemin/Şen, Faruk: Länderbericht Türkei. Darmstadt 1998.

Alacakaptan, Aydın G.: Sınır Aşan Akarsularımız Dicle ve Fırat'ın Arap Komşularımızla Büyük Sürtüşmelere Neden Olmaları Beklentileri Abartılıdır, in: Su Sorunu ve Türkiye ve Ortadoğu, İstanbul 1993, S. 457 – 489.

Allan M.(Hrsg.): Turkey and Europe. London/New York 1993.

Anselmo, Joseph C.: Panel Sees Accelerated Missile Threat to U.S., Aviation Week and Space Technology, vom 20.07. 1998.

Aras, Bülent: Turkey's Politics in the Former Soviet South: Assets and Options, in: Turkish Studies 1 (2000) 1, S. 36 – 58.

Aras, Bülent/Çaha Ömer: "Feythullah Gülen and his liberal Turk-Islam Movement, in: Middle East Review of International Affairs (MERIA) 4 (2000) 4, S. 40f.

Araz, Arslanlı: Hazarın Konusundaki Bakü Görüşmeleri Tamamlandı, in: Avsam Günlük Bülten vom 04. März 2003.

Arı, Tayyar: Geçmişten Günümüze Ortadoğu, Siyaset, Savaş ve Diplomasi. İstanbul 2004, S. 640 – 665.

Arık, Umut: Turkey and the International Security System in the 21st Century, in: Eurasian Studies 4 (1995/1996) 3, S. 2 – 11.

Asmus, Ronald D./Kugler, Richard L./Larrabee, Stephen F.: „NATO must go out of area or it will go out of business.“ Building a New NATO, in: Foreign Affairs 72 (1993) 4, S. 27 – 40.

Asmus, Ronald D./Larrabee, Stephen/Lesser, Jan O.: Die Sicherheit im Mittelmerraumes: Neue Herausforderungen, neue Aufgaben, in: NATO-Brief 44 (1996) 3, S. 25 – 31.

Asula, Mustafa: Der Vertrag von Ankara: Sein Drei-Phasen-Plan für die EG-Mitgliedschaft der Türkei, in: Südosteuropa Mitteilungen 26 (1986) 3, S. 25 – 29.

Athanassopoulou, Ekvari: Ankara's Foreign Policy Objectives after the End of the Cold War: Making Policy in a Changing Environment, in: *Orient* 36 (1995) 2, S. 269 – 285.

Atlantic News, Nr.698, vom 22. Januar 1975, S. 4.

Axt, Heinz-Jürgen: Der 'Islamische Bogen' vom Balkan bis nach Zentralasien: Die Türkei als neue Regionalmacht. In: *Südosteuropa Mitteilungen* 41 (1992) 9, S. 546 – 557.

Axt, Heinz-Jürgen: Selbstbewusstere Türkei. Worauf sich die EU einstellen muss. In: *Internationale Politik* 57 (2002) 1, S. 45 – 50.

Axt, Heinz-Jürgen: Explosiver Balkan und unruhiges Mittelmeer: Konflikte im Umfeld Griechenlands als Herausforderung der EG, in: *Südosteuropa* 40 (1991) 11-12, S. 579 – 599.

Ayata, Sencer: Changes in Domestic Politics and the Foreign Policy Orientation of the AK Party. In: Lenore Martin/Dimitris Keridis(Hrsg.): *The Future of Turkish Foreign Policy*. Cambridge/Mass. und London 2004.

Ayata, Sencer: Patronage, Party, and State: The Politicization of Islam in Turkey, in: *Middle East Journal* 50 (1996) 1, S. 40 – 56.

Aydın, Mustafa: Rüzgara Karşı Durmak: Türk Dış Politikası Kırılmadan Esneyebilir Mi?, in: *Turkish Foreign Policy* 34 (2005) 9-11, S. 48-58.

Aydın, Mustafa: Turkey and Central Asia: Challenges of Change, in: *Central Asian Survey* 15 (1996) 2, S. 157 – 177.

Aydın, Mustafa: Dağlık (Yukarı/Karabağ) Bağlamında Azerbaycan'la İlişkiler, in: Baskın Oran (Hrsg.): *Türk Dış Politikası*, İstanbul 2002, S. 400 – 406.

Aykan, Mahmut B.: The Turkish-Syrian Crisis of October 1998: A Turkish View, in: *Middle East Policy* 6 (1999) 4, S. 174 – 191.

Aykan, Mahmut B.: Türkiye'nin Basra Körfezi Güvenliği Politikası: 1979 – 1988, ODTÜ (Middle East Technical University Ankara), *Gelişme Dergisi* 22 (1988) 1, S. 20 – 48.

Aykan, Mahmut B.: Turkey's policy in Northern Iraq, 1991 – 1995, in: *Middle Eastern Studies* 32 (1996) 4, S. 343 – 366.

Aykan, Mahmut B.: Turkish Perspectives on Turkish-US Relations concerning Persian Gulf Security in the Post-Cold War Era: 1989 – 1995, in: *Middle East Journal* 50 (1996) 3, S. 344 – 358.

Ayman, Gülден: Irak İşgali, Komşuluk ve Dış Politika, in: *Turkish Foreign Policy* 34 (2005) 9-11, S. 59 – 65.

Bağci, Hüseyin: Analysen. Türkische Sicherheitspolitik im Mittelpunkt des neuen geopolitischen Koordinatensystems, in: *Internationale Politik* 53 (1998) 1, S. 29 – 34.

Baker, James: Ein neues Europa, ein neuer Atlantizismus: Architektur für ein neues Zeitalter. Rede vor dem Berliner Presseclub, in: *United States Information Service* (Hrsg.), *Amerika-Dienst Dokumentation*, Bonn am 12. Dezember 1989.

Bakiş, Mehmet Ata: Türkische Nahostpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg. Frankfurt/Main 1993.

- Bal, İdris:** Rise and Fall of Elchibey and Turkey's Central Asian Policy, in: Foreign Policy 22 (2000) 3-4, S. 1 – 16.
- Bal, İdris:** Soğuk Savaş Sonrası Türk Dış Politikası için Türk Cumhuriyetlerin önemi, in: İdris Bal (Hrsg.): 21. Yüzyıl Eşiğinde Türk Dış Politikası, İstanbul 2001, S. 336 – 361.
- Barkey, Gordon C.:** Syria. Its Options and Strategy, in: Washington Post 13 th March 2005, S. XI – XIV (extr. Vol.).
- Barkey, Henry J.:** Turkey, Islamic Politics and the Kurdish Question, in: World Policy Journal 13 (1996) 1, S. 43 – 52.
- Barry, Charles:** Combined Joint Task Forces in Theory and Practice, in: Philip H. Gordon (Hrsg.): NATO's Transformation. The Changing Shape of the Atlantic Alliance. Lanham et al. 1997, S. 203 – 219.
- Barry, Charles:** ESDI: Toward a Bi-polar Alliance? In: ders.(Hrsg.): Reforging the Trans-Atlantic Relationship. Washington 1996, S. 63 – 84.
- Barry, Charles:** NATO's Combines Joint Task Forces in Theory and Practice, in: Survival – The JJSS Quarterly 38 (1996) 1, S. 81 – 97.
- Bartholomew, Reginald:** Rede des Botschafters der Vereinigten Staaten beim Nordatlantikrat am 23.09.1992., in: Amerika Dienst, 39, 30.09.1992, S. 5.
- Basar, Cem:** Terör Dosyası ve Suriye, in: Uluslararası İlişkiler Araştırma Merkezi, İstanbul 2004, S. 47 – 63.
- Behrens, Hennig:** Politische Entscheidungsprozesse. Konturen einer politischen Entscheidungstheorie. Opladen 1980.
- Bengio, Ofra/Özkan, Gencer:** Changing Relations: Turkish-Israeli-Arab Triangle, in: Perceptions 5 (2000) 3, S. 134 – 146.
- Beriker-Atıyaş, Nimet:** The Kurdish Conflict in Turkey: Issues, Parties and Prospects, in: Security Dialoge 28 (1997) 4, S. 439 – 452.
- Bertram, Christoph:** The Future of Arms Control, Part. II: Arms Control and Technological Change-Elements of a New Approach. Adelphi Paper 146. London 1978.
- Betz, Johann:** In der Wettrecke des Bündnisses. Außenpolitische Lage und Konfliktfelder in der Türkei, in: Information für die Truppe 39 (1995) 2, S. 62 – 72.
- Beyaz Kitap:** Savunma, Ankara 1998, S. 3 – 6.
- Beyazıt, Vural:** Black Sea and Mediterranean Challenges for the Turkish Navy. In: NATO's Sixteen Nations 39 (1994) 1, S. 67 – 69.
- Bilman, Levent:** The Regional Cooperation Initiatives in Southeast Europa and the Turkish Foreign Policy, in: Perceptions 3 (1998) 3, S. 58 – 81.
- Birnbaum, Karl E./Peters, Ingo (Hrsg.):** Zwischen Abgrenzung und Verantwortungsgemeinschaft. Zur KSZE-Politik der beiden deutschen Staaten 1984 – 1989. Baden-Baden 1991.
- Blank, Stephen C. Pelletiere und William T. Johnsen:** Turkey's strategic position at the crossroads of world affairs. Carlisle Barracks/Pa.: Strategic Studies Institute 1993.
- Bleek, Wilhelm:** Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. München 2001.

- Blinken, Antony:** The Future of U.S.-Turkish Relations. Turgut Özal Memorial Lecture. Washington Institute for Near East Policy (December 8, 1999). Washington 1999/2000.
- Bölükbaşı, Süha:** Ankara's Baku Centered Transcaucasia Policy: Has it Failed, in: Middle East Journal 51 (1997) 1, S. 80 – 94.
- Bozdağhoğlu, Yücel:** Identity crisis and the struggle for recognition in Turkey, in: Journal of South Asian and Middle East Studies 23 (2000) 2, S. 18 – 36.
- Bozkurt, Aşkı:** Außenpolitische Dimensionen des Kurdenproblems in der Türkei. Hamburg 1997.
- Bozkurt, Aşkı:** Turkish Foreign Policy in the Changing World. In: Mediterranean Quarterly 1 (1990) 3, S. 15 – 25.
- Brades, Jörg Dieter:** Syriens Rolle im Nahost-Prozeß, in: Europäische Sicherheit 43 (1994) 3, S. 143 – 145.
- Brand, Mehmet Ali:** Apo ve PKK, in: Milliyet Yayınları, İstanbul 1992, S. 265.
- Brauer, Dieter:** Umstrittene Entwicklung – Die Staudammprojekte der Türkei an Euphrat und Tigris, in: Entwicklung und Zusammenarbeit Nr. 6, Juni 2001, unter <http://www.dse.de/zeitschr/ez601-5htm>
- Bredthauer, Karl D.:** Zur Bedeutung neuer Bedrohungsperzeptionen für die Sicherheitspolitik der neunziger Jahre. In: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung, 1, Januar 1992, Beilage, S. 6 – 10.
- Brewster, Stephen:** NATO's Strategy for a Changing World. Massachusetts Institute of Technology, Working Papers III/95. Boston 1995, S. 93 – 112.
- Brockhaus Enzyklopädie,** unter <http://www.xipolis.net>.
- Brodie, Bernard:** War and Politics. New York 1973.
- Brown, Harold:** DOD Report Fiscal Year 1980. Washington 1980.
- Brown, James F.:** Turkey: Back to the Balkans, in: Graham E. Fuller/Ian O. Lesser: Turkey's New Geopolitics. From the Balkans to Western China. Boulder 1993, S. 141 – 147.
- Buro, Andreas:** „Zur Entwicklung der militärischen Konstellation im Nahen Osten“, in: Friedensforum 2 (1999) 1, S. 1 – 9.
- Buzan, Barry/Diez, Thomas:** The European Union and Turkey, in: Survival 41 (1999) 1, S. 41 – 57.
- Buzan, Barry/Little, Richard:** International systems in world history: Remaking the study of international relations. In: John M. Hobson (Hrsg.): Historical sociology of international relations. University Press. Cambridge, S. 200 – 220.
- Çakar, Nezihi:** Turkey's Security Challenges, in: Perceptions 1 (1996) 2, S. 12 – 21.
- Çakmakoglu, Sabahattin:** A very special geo-strategic position (Interview), in: Military Technology 23 (1999) 12, S. 59 – 65.
- Canbolat, İbrahim:** 2000'li Yıllara Doğru Türk Dış Politikası Üzerine, in: Türk Yurdu, März – Mai 1999, Bd. 19, Nr. 139 – 141, S. 170 – 173.

- Canbolat, İbrahim:** Yeni Dünya Düzeninde Ortadoğu ve Türkiye Gerçeği, in: S. Şen (Hrsg.): Türkiye ve Ortadoğu. Ankara 1993, S. 353f.
- Cankorel, Bilge:** Der EG-Beitrittsantrag der Türkei aus der Sicht der türkischen Regierung, in: Faruk Şen/D. Rehwinkel (Hrsg.): Türkei und Europäische Integration. Bonn 1990, S. 113 – 118.
- Carniello, Craig:** Panel Upholds NIE Assessment of Ballistic Missile Threat to U.S. In: Arms Control Today, Januar 1997, S. 22.
- Carr, Bob:** „SALTing the Strategic Balance, in: NATO's Fifteen Nations 13 (Dezember 1978/Januar 1979) 6, S. 36 – 41.
- Çelikkol, Orhan:** „Die Türkei und der Mittlere Osten: Politik und Aussichten“, Rede vor dem Washingtoner Institut am 06. April 1998.
- Cem, İsmail:** Turkey and Europa: Looking to the Future from a Historical Perspective, in: Perceptions 5 (2000) 3, S. 5 – 10.
- Cem, İsmail:** Turkey: Setting Sail to the 21 st Century, in: Perceptions 2 (1997) 3, S. 7 – 28.
- Center for Strategic Research Ankara:** Seminar on Turkey-EU-Relations in the Post-Cold War Era (SAM Papers, No. 4/97). Ankara 1997.
- Ceylan, Mustafa:** Yeni NATO: Soğuk Savaştan Sıcak Savaşa. Ankara 1999.
- Charisius, Albrecht/Dobias, Tibor:** Modifikation der NATO-Militärstrategie in den 70 er Jahren, in: Militärgeschichte 15 (1979) 6, S. 656 – 666.
- Charta von Paris für ein neues Europa,** in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (abgekürzt Bulletin) (1990) 137, S. 1409 – 1423.
- Charta vom 21.November 1990:** KSZE-Gipfelkonferenz von Paris für ein neues Europa, in: Archiv der Gegenwart (1990) 60, S. 35072 (Auszug aus der deutschen Übersetzung „Das neue Europa“)
- Christensen, Thomas/Snyder, Jack:** Chain Gangs and Passed Bucks: Predicting Alliance patterns in Multipolarity. In: International Organisation 44 (1990) 2, S. 137 – 168.
- Çiller, Tansu:** The role of Turkey in „the new world“, in: Strategic Review 22 (1994) 1, S. 7 – 11.
- Classie, Armand/Rühl, Lothar (Hrsg.):** Beyond East-West Confrontation. Searching for a New Security Structure in Europe. Bonn 1990.
- Clinton, Bill:** Über die Verhandlungen in Dayton (Ohio), abgegeben am 31. Oktober 1995 in Washington/D. C., in: Internationale Politik 50 (1995) 12, S. 105 – 107.
- Cohen, Raymund:** International Politics. The Rules of the Game. London/New York 1981.
- Cohen, Walter C.:** Calculus of Power Decision Making in Foreign Policy. Yale University Congress Papers. New York 2005.
- Cornisch, Paul:** Partnership in Crisis. The US, Europe and the Fall and Rise of NATO. London 1997.
- Cranowitz, Jeremy:** First strike-capacity: new gaps of our security? In: Washington Post vom 23.09.2003, (extra volume IX), S. 4 – 15.

- Crowe, Brian L.:** Some Reflections on the Common Foreign and Security Policy, in: European Foreign Affairs Review 3 (1998) 3, S. 319 – 324.
- Czempiel, Ernst-Otto:** Das amerikanische Sicherheitssystem 1945-1949. Berlin 1966.
- Czempiel, Ernst-Otto:** Europa und die Atlantische Gemeinschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschehen 1/2 (1999) 1, S. 12 – 21.
- Czempiel, Ernst-Otto:** Internationale Beziehungen. In: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Band 3. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. Sonderausgabe der 7., völlig neu bearbeiteten Auflage. Freiburg/Basel/Wien, Sp. 135 – 143.
- Dagi D., Ihsan:** Islam, Politics and the Welfare Party, in: Foreign Policy 19 (1995) 3-4, S. 17 – 48.
- Dankwart, Rustow:** The Army and the Founding of the Turkish Republik, in: World Politics, Juli 1959.
- Das Türkische Verteidigungsministerium** www.msb.gov.tr und das Türkische Außenministerium www.mfa.gov.tr
- Davutoğlu, Ahmet:** Stratejik Derinlik. Türkiye' nin Uluslararası Konumu, İstanbul 2001.
- De Villers, Marq:** Wasser. Die weltweite Krise um das blaue Gold, München 2000.
- Demestichas, Gregorios:** Greek security defense policy in the eastern Mediterranean, in: Mediterranean Quarterly 8 (1997) 2, S. 265 – 277
- Demirel, Süleyman:** Newly-Emerging Centre, in: Turkish Review Quarterly Digest 6 (1992) 30, S. 5 – 16.
- Demirel, Süleyman:** Turkey and NATO at the threshold of a new century, in: Perceptions 4 (1999) 3, S. 5 – 12.
- Der Bundesminister der Verteidigung. Planungsstab (Hrsg.):** Die nuklearen Mittelstreckenwaffen. Modernisierung und Rüstungskontrolle. Texte, Materialien und Argumente zum Beschluss der NATO vom 12. Dezember 1979. Bonn 1980.
- Deutsch, Karl W.:** Über die Lernfähigkeit politischer Systeme, In: Hans Lenk/Günther Ropohl (Hrsg.): Systemtheorie als Wissenschaftsprogramm. Königsstein/Taunus 1978.
- Die deutsche Fassung der L'Acte Final d'Helsinki:** Texte et Analyse. Edited by European Coordination Centre for Research and Documentation. International Social Science Council. Wilhelmsfeld 1990.
- Dinç, Rıza:** Rechtsreformen im Rahmen der türkischen EU-Beitrittsbemühungen und die Kurdenfrage, in: NAVED (Hrsg.): Kurden heute: Hintergründe-Aspekte-Entwicklungen. Bonn 2003, S. 69 – 99.
- Döring, Thomas/Raeder, Klaus:** Systemtheoretische Modellbildungen in der Politikwissenschaft: Positionen-Diskurse-Desiderate. Leipzig 2007.
- Drorian, Sevgi:** Rethinking European Security: The Inter-regional Dimension and the Turkish Nexus, in: European Security 14 (2005) 4, S. 421 – 441.
- Durth, Rainer:** Internationaler Streit ums Wasser: Konflikt- und Kooperationspotential am Euphrat, in: Orient 36 (1995) 4, S. 649 – 662.

- Eberwein, Wolf-Dieter:** Globale Perspektiven-Wandel der Gesellschaftsformen, in: Staatslexikon. Band 6, S. 19 – 22.
- Edwards, Geoffrey/Phillipart, Eric:** The Euro-Mediterranean Partnership-Fragmentation and Reconstruction, in: European Foreign Affairs Review 2 (1997) 4, S. 465 – 489.
- Ege, Konrad:** Das Pentagonbudget 1985: Weltraumwaffen, Air Land Battle und Interventionen in der Dritten Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3 (1984) 3, S. 278 – 287.
- El-Shalzy, Nadia E.:** Turkey and Israel: Arab Anger at New Axis, in: The World Today 55 (1999) 1, S. 25 – 27.
- Enders, Thomas:** Militärische Herausforderungen Europas in den neunziger Jahren, in: Europa Archiv 45 (1990) 10, S. 321 – 329.
- Entwicklung in den 1990er Jahren bei Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.):** Regelmäßiger Bericht der Kommission über Zyperns Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt. SEK (2001), Nr. 1756. Brüssel 2001.
- Erciyes, Erdem:** Ortadoğu Denkleminde Türkiye-Suriye İlişkileri, İstanbul 2004, S. 109 – 121.
- Erişim:** 20.09.2003, [www. Radikal.com.tr/veriler/2003/09/20/haber 89377.php](http://www.Radikal.com.tr/veriler/2003/09/20/haber_89377.php)
- Erskine, Gordon M.:** Turkey and the Changing Definition of European Security. Hull 2004.
- Evin, Ahmet:** Demilitarisation and civilisation of the regime. In: Metin Heper and Ahmet Evin, (Hrsg.): Politics in the third turkish republic. Boulder 1994.
- Fischer, Jörg:** Ein Großprojekt und seine Folgen – die ökologischen Probleme des syrischen Euphratstaudammes, in: Gauer, Karin/Heine, Marie-Agnes/Röper, Christina (Hrsg.): Umwelt am Ende?. Zur Umweltproblematik der dritten Welt. Saarbrücken, 1987.
- Franz, Erhardt: Türkei:** Laizismus contra Islamismus in Gesellschaft und Politik, in: Südosteuropa-Mitteilungen 37 (1997) 1, S. 10 – 16.
- Freitag, Rainer:** Aserbeidschan und die Türkei. Die internationale Dimension des Nationalitätenkonflikts im Transkaukasus, in: Orient 31 (1990) 4, S. 525 – 566.
- Fuller, E. Graham:** Turkey in the New International Security Environment, in: Foreign Policy 16 (1992) 3-4, S. 29 – 44.
- Fuller, Graham E.:** Iran and Turkey: Rivals for Central Asia Leadership. In: G. E. Fuller: The Center of the Universe: The Geopolitics of Iran. Boulder/Colorado 1991, S. 191 – 208.
- Fuller, Graham E.:** The EU and Turkey's Euroasian foreign policy. The new challenge, in: Bağcı, Hüseyin (Hrsg.): Parameters of Partnership, Baden-Baden 1999 (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung; Bd. 14), S. 161 – 175.
- Fuller, Graham E.:** Turkey Faces East: New Orientations Toward the Middle East and Old Soviet Union. Santa Monica 1992.
- Fuller, Graham E.:** Turkey in the new international security environment, in: Larrabe, F. Stephen (Hrsg.): The volatile powder keg, Washington 1994, S. 135 – 149.

- Gärtner, Heinz:** Eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur? In: Österreichische Militärische Zeitschrift für Politikwissenschaft 4 (1990) 2, S. 365 – 378.
- Gencer, Bülent/Haktanır, Korkmaz:** The Middle East Question from 1991 to 2005, in: International Journal of Middle East Studies 4 (2006) 1, S. 9 – 31.
- Giersch, Carsten:** Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991-1995. Die Rolle von OSZE, EU und NATO, Baden-Baden 1998.
- Gorbatschow, Michael S.:** Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit. Berlin 1993.
- Golan, G.:** „Soviet Politics in the Middle East“, in: Cambridge University Press 1990, S. 257f.
- Gökyiğit, Nihat:** Success of the Black Sea Economic Cooperation Zone and the Role of Turkey, in: Turkish Review: Quarterly Digest 6 (1992) 28, S. 7 – 10.
- Göle, Nilüfer:** Authoritarian Secularism and Islamic Politics. The Case of Turkey, in: Norton A. Richard (Hrsg.): Civil Society in the Middle East. Bd. 2. Leiden 1996, S. 17 – 44.
- Gönlübol, Mehmet:** Olaylarla Türk Dış Politikası, Ankara 1996.
- Gözen, Ramazan:** The Turkish-Iraqi Relations: From Cooperation to Uncertainty, in: Foreign Policy 19 (1995) 3-4, S. 49 – 98.
- Graz, Liesl:** Die Türkei und ihre asiatischen Nachbarn, in: Europa Archiv, 42. Jahr, (10. größten Herausforderungen ihrer Geschichte, in: Jörg Barandat (Hrsg.): Wasser-Konfrontation oder Kooperation, Baden-Baden 1997, S. 151ff.
- Greco, Ettore:** New Trends in Peacekeeping: The Experience of Operation Alba, in: Security Dialogue 29 (1998) 2, S. 201 – 212.
- Gressel, Gustav C.:** Die Strategischen Optionen der Türkei, in: Erich Reiter (Hrsg.): Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wien 2006, S. 23 – 65.
- Grewe, Wilhelm G.:** Art. Bündnispolitik. In: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Erster Band. Hrsg.: Von der Görres-Gesellschaft. Sonderausgabe der 7., völlig neu bearbeiteten Auflage. Freiburg/Basel/Wien 1995, Sp. 1035 – 1040.
- Grewe, Wilhelm:** Außenpolitik, in: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Hrsg.: Von der Görres-Gesellschaft. 7. Auflage. Bd 1. Freiburg/Basel/Wien 1995, Sp. 439 – 447.
- Grothusen, Klaus-Detlev:** Die „Orientalische Frage“ als Problem der Europäischen Geschichte, in: Südosteuropa Mitteilungen 18 (1978) 94, S. 4ff.
- Gumpel, Werner:** Determinanten der türkischen Außenpolitik in der Schwarzmeerregion und in Mittelasien, in: Südosteuropa Mitteilungen 38 (1998) 1, S. 23 – 32.
- Gumpel, Werner:** Die Türkei zwischen den Konfliktstaaten. Politischer Balanceakt in einer komplizierten Region, in: Claus Leggewie (Hrsg.): Die Türkei und Europa. Die Positionen. Frankfurt/M. 2004, S. 303 – 319.

- Günlük-Şenesen, Gülay:** Turkey: the arms industry modernization programme, in: Wulf, Herbert (Hrsg.): Arms industry limited, in: Stockholm International Peace Research Institute, London 1993, S. 251 – 267.
- Günter, Michael M.:** A de facto Kurdish State in Northern Iraq, in: Third World Quarterly 14 (1993) 2, S. 295 – 319.
- Günter, Michael M.:** The Kurdish Factor in Turkish Foreign Policy, in: Journal of Third World Studies 11 (1994) 3, S. 440 – 472.
- Günter, Wolfgang Lerch:** Die Türkei als regionale „Großmacht“. Hoffnungen und Illusionen einer weltpolitischen Umwälzung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 38/39 (1993) 9, S. 3 – 9;
- Gürbey, Gülistan:** Zur Rolle der Türkei im Nahost-Friedensprozess, in: Hoffmann, Sabine/İbrahim, Ferhad (Hrsg.): Versöhnung im Verzug, Bonn 1996, S. 230f.
- Gürer, Heidemaria:** Konflikte im Südkaukasus, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 39 (2001) 2, S. 167 – 174.
- Güreş, Doğan:** Turkey's defence policy. The role of the Armed Forces and strategy, concepts and capabilities, in: The RUSI Journal 138 (1993) 3, S. 1 – 6.
- Gürkan, İhsan:** Turkish-Iranian Relations: Dynamics in Continuity and Change, in: Turkish Review of Middle East Studies 7 (1993) 2, S. 59 – 97.
- Gustenau, Gustav E.:** Politisch-strategische Überlegungen zur Operation Allied Force, in: Erich Reiter (Hrsg.): Der Krieg um das Kosovo 1998/1999. Mainz 2000, S. 81 – 92.
- Guthrie, Jordan B.:** Paradigms of US Administration: Issues, Items, and Goals. Boston 2003.
- Güven, Bülent:** Die Türkei – Eine Republik vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte, in: Barandat, Jörg: Wasser-Konfrontation oder Kooperation, Baden-Baden 1997.
- Güvenc, Ekrem:** Report on Developments in Foreign Trade and External Economic Relations of Turkey (1990 – 2000). Ankara 2002 (Supplementum of Turkish Yearbook of International Relations 2001), S. 106 – 201.
- Güvenen, Orhan:** Turkey's Medium and Long-Term Strategic Objectives, in: Perceptions 4 (1999) 2-3, S. 5 – 20.
- Habermas, Jürgen:** Erkenntnis und Interesse. Mit einem neuen Nachwort. 8. Auflage. Frankfurt/M. 1988.
- Hacke, Christian:** „Die Politik der Clinton-Regierung im Nahen und Mittleren Osten“, in: ApuZ 49 (2000) 12, S. 13 – 18.
- Hacker, Jens:** Ost-West-Konflikt, in: Staatslexikon. Recht-Wirtschaft-Gesellschaft. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. Bd. 4. Freiburg-Basel-Wien 1995 (Sonderausgabe der 7. Auflage), Sp.251 – 256.
- Hacker, Jens:** Warschauer Pakt, in: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft. Band 5. Sonderausgabe der 7., völlig neu bearbeiteten Auflage. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. Freiburg/Basel/Wien 1995, Sp. 882 – 884.

- Haftendorn, Helga:** Herausforderungen an die europäische Sicherheitsgemeinschaft. Vom Harmel-Bericht zur Erklärung von Rom: Ein neuer Konsens über die künftigen Aufgaben der Allianz? In: Schweizer Monatshefte 6 (1992) 3, S. 474f.
- Haftendorn, Helga:** Lastenteilung im Atlantischen Bündnis. Die Zukunft der amerikanischen militärischen Präsenz in Europa. In: Europa-Archiv 40 (1985) 16, S. 497 – 506.
- Hale, William:** Turkey, the Black Sea and Transcaucasia, in: John F.R. Wright/Suzanne Goldenberg/Richard Schofield(Hrsg.): Transcaucasian Boundaries. London 1996, S. 54 – 70.
- Hale, William:** Turkish foreign policy after the cold war, in: Turkish Review of Balkan Studies, (Hrsg.): Foundation for Middle East and Balkan Studies 1 (1993) 1, S. 231 – 248.
- Halkun, Mehmet:** Turkey and European Community. London 2006.
- Halliday, Fred:** The Middle East in International Relations-Power, Politics and Ideology. Cambridge et al 2005.
- Hansen, Helge:** Militärstrategische Konzepte (Teil I – III), in: Karl Carstens/Dieter Mahncke (Hrsg.): Westeuropäische Verteidigungskooperation. München/Wien 1972, S. 56 – 71.
- Hasan, Ünal:** Turkey and Greece: Time to move on, in: Private View 1 (1997) 3, S. 40 – 44.
- Hellweg, Ansgar:** Paradigmenwechsel im internationalen System: regional- und geostrategische Risiken zwischen Wägbarekeit und Unwägbarekeit. In: Neue Zürcher Zeitung, Beilage zur Ausgabe vom 28. Oktober 1996, S. I – IV.
- Hendrich, Klaus:** Perestroika und politischer Dialog, Graz 1991.
- Henze, Paul B.:** U.S.-Turkish Relations in an Age of Instability, in: Defense News, Januar 2005, S. 4 – 9.
- Heper, Metin/Keyman, Fuat E.:** Doubled-faced state: Political Patronage and the Consolidation of Democracy in Turkey, in: Middle East Studies 34 (1998) 4, S. 259 – 277.
- Heper, Metin:** Islam and Democracy in Turkey: Toward a Reconciliation? In: Middle East Journal 51 (1997) 1, S. 32 – 45.
- Heydt, Klaus-Peter:** Türkische Sicherheitspolitik in der Schwarzmeerregion, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 2 (1995) 4, S. 6 – 12.
- Hinz-Karadeniz, Heidi:** Vom Krieg ums Öl zum Krieg ums Wasser, in: Hinz-Karadeniz, Heidi/Stoodt, Rainer (Hrsg.), Die Wasserfalle. Vom Kampf um Öl zum Kampf um Wasser, Giessen 1993.
- Höhfeld, Volker:** Ein Entwicklungsland vor Toren Europas: Die Türkei. Ein wirtschafts- und sozialgeographischer Überblick, in: Der Bürger im Staat 32 (1982) 3, S. 167 – 172.
- Höhfeld, Volker:** Türkei. II. Historische und politische Entwicklung, in: Staatslexikon. Bd.7. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. Sonderausgabe der 7. völlig neu bearbeiteten Auflage. Freiburg/Basel/Wien 1995, Sp. 701 – 707.
- Hoiris, Ole/Yürükel, Sefa Martin:** Contrasts and Solutions in the Middle East. Aarhus 1997.

- Hubel, Helmut:** Das Ende des Kalten Krieges im Orient. München 1995.
- Huntington, Samuel:** The Clash of Civilisation and the Remarking of World Order. London 1998.
- Hübötter, Klaus:** Präventivschlag-Mentalität. Politische und wirtschaftliche Interessen des „militärisch-industriellen Rüstungskomplexes“ der Vereinigten Staaten von Amerika. Basel 2004.
- Hughes, Peter/Rühle, Hans:** Zur gegenwärtigen Debatte über eine neue amerikanische Nuklearstrategie, in: Europäische Wehrkunde 28 (1979) 5, S. 228ff.
- Ikle, Charles Fred:** NATO's „First Nuclear Use“: A Deepening Trap? In: Strategic Review 8 (1980) 1, S. 18 – 23.
- İnan, Kamran:** Yeni Dünya Düzeni içinde Türkiye ve Oluşan yeni Dengeler içinde Değişen Dünyada Türkiye ve Türk Dünyası Sempozyumu, Ankara 1993.
- Inbar, Efraim:** „The Turkish-Israeli Strategic Partnership“, in: Lecture at the Woodrow Wilson Center, Washington D. C., 16. September 1998.
- Ingenkamp, Klaus-Dieter:** Spieltheorie als Modell politischer Entscheidungsbildung. Graz 2003.
- International Institute for Strategic Studies (Hrsg.):** Strategic Survey 1997/1998. Oxford 1998.
- International Institute of Strategic Studies (IISS):** Strategic Survey 2004/2005. London 2005.
- Ischinger, Wolfgang:** Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam – Praxis und Perspektiven. Zentrum für Europäische Integrationsforschung. Discussion Paper C 14. 1998.
- Iskit, Temel:** Turkey: A New Actor in the Field of Energy Politics?, in: Perceptions 3 (1996) 2-4, S. 58 – 82.
- İsmael, Tareq Y./Aydın, Mustafa(Hrsg.):** Turkey's Foreign Policy in the 21 st Century: A Changing Role in World Politics. Alderhot/Burlington 2003.
- Jane's Defence Weekly** vom 17. Dezember 1997: „Naval exercise will link Israel, Turkey and USA.“
- Jenkins, Gareht:** Context and Circumstance: The Turkish Military and Politics. Adelphi Paper 337: Strategic Studies. New York 2001, S. 5 – 86.
- Johannsen, Margret:** „Wenn hinten, weit in der Türkei...“, Konfliktpolitischer Strukturwandel im Mittleren Osten und die Rolle der USA, in: Schoch, Bruno/Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard (Hrsg.):Friedensgutachten 1999, Münster 1999. S. 149 f.
- Jopp, Mathias:** Westeuropäische Union. In: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch Europäische Integration 1995/96. Frankfurt/M. 1995.
- Josef Meiers, Franz:** Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Bonn 2000.

- Kaiser, Karl:** Perspektiven – neue Aufgaben der Westeuropäischen Union, in: Robert Antretter (Hrsg.): Sicherheit in Europa. Die Westeuropäische Union. Bonn 1997.
- Kalaycioğlu, Ersin:** Elections and Party References in Turkey. Changes and Continuities in the 1990s, in: Comparative Political Studies 27 (1994) 3, S. 402 – 424.
- Kamp, Karl-Heinz:** Die NATO nach dem Kosovo, in: Informationen für die Truppe, 9-10 (1999) 25, S. 4 – 10.
- Kamp, Karl-Heinz:** The Folly of Rapid NATO Expansion, in: Foreign Policy 98 (1995) 223, S. 116 – 128.
- Karadeniz Ekonomik İşbirliği:** Yeni Dünya Düzeni ve Türkiye, in: Hava Harp Okulu Yayınları, Juli 1992, İstanbul 1992.
- Karadi, Matthias:** Die Reform der Atlantischen Allianz. Bündnispolitik als Beitrag zu kooperativen Sicherheit in Europa? Münster 1994.
- Karaosmanoğlu, Ali L.:** Die neue regionale Rolle der Türkei, in: Europa-Archiv 48 (1993) 15, S. 425 – 434.
- Karluk, Ridvan:** Avrupa Birliği ve Türkiye, İstanbul 2002
- Karaosmanoğlu, Ali/Taşhan, Seyfi(Hrsg.):** The Europeanization of Turkey's Security Policy: Prospects and Pitfalls. Foreign Policy Institute. Ankara 2004.
- Karpat, Kemal:** Türk Dış Politikası, in: Kemal Karpat (Hrsg.): Türkiye ve Orta Asya, Ankara 2003, S. 220 – 246.
- Kemp, Geoffrey/E. Harkavy, Robert E.:** Strategic Geography and the Changing Middle East. Washington, D.C. 1997.
- Kennedy, John F.:** „Zwei-Säulen-Konzept“ (Rede in der Frankfurter Paulskirche). In: Europa – Archiv 18 (1963) 14, S. D352 – 359.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph/Hoffmann, Stanley:** After the Cold War: International Institutions and State Strategies in Europa 1989 – 91. Cambridge/Mass. 1993.
- Kibaroğlu, Mustafa:** Turkey's Threat Perception from the East: A Roadblock in its March toward the West? In: Ali Karaosmanoğlu/Seyfi Taşhan (Hrsg.): The Europeanisation of Turkey's Security Policy: Prospects and Pitfalls. Ed. Foreign Policy Institute/Ankara. Ankara 2004, S. 53 – 73.
- Kibaroğlu, Mustafa:** „Turkey's triple-trouble: ESDP, Cyprus, and the Northern Irak“, in: Inside Turkey 4 (2002) 1, S. 23ff.
- Kırışçı, Kemal:** Greek-Turkish Relations, in: Turkish Studies 1 (2000) 1, S. 181 – 183.
- Kırışçı, Kemal:** The end of the Cold War and changes in Turkish foreign policy behaviour, in: Foreign Policy 18 (1993) 3/4, S. 1 – 43
- Kırışçı, Kemal:** Turkey and the Kurdish Safe-Haven in Northern Iraq, in: Journal of South Asian and Middle Eastern Studies 19 (1996) 3, S. 96ff.
- Kissinger, Henry:** „Year of Europe“ – Rede vom 23.04.1973. in: Europa – Archiv 28 (1973) 10, S. D220 – 225.
- Klaus Naumann, Klaus:** Bedrohungsszenarien im 21. Jahrhundert: Module von Krisen- und Konfliktbewältigungsstrategien an der Peripherie, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft. Ergänzungsheft I/B, 25. Jahrgang, 1999.

Kliot, Nurit: Water Resources and Conflict in the Middle East. London and New York 1994.

Knudson, Erik L.: Syria, Turkey and the Changing Power Configuration in the Middle East: An Analysis of Political, Economic and Regional Differences, in: İsmail, Tareq Y./Aydin, Mustafa (Hrsg.): Turkey's Foreign Policy in the 21 st Century. A Changing Role in World Politics. Aldershot/Burlington 2003, S. 202 – 205.

Kommunique der Ministertagung des Nordatlantikrates vom 4.Juni 1992 in Oslo, in: NATO-Brief 3 (1992) 5-6, S. 30 – 32.

Kommunique der Ministertagung des Nordatlantikrates am 14. und 15. Dezember 1989 in Brüssel, in: Europa-Archiv 45 (1990) 2, D. 150 – 160

Koszinowski, Thomas/Mattes, Hanspeter, (Hrsg.): Deutsches Orient-Institut, Nahostjahrbuch 1996. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 1997.

Koszinowski, Thomas/Mattes, Hanspeter, (Hrsg.): Deutsches Orient-Institut, Nahostjahrbuch 2000. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Opladen 2001, S. 167.

Koszinowski, Thomas: Neue Allianzen im Nahen Osten?, in: Jahrbuch Dritte Welt 1997, hrsg.von Betz, Joachim/Brüne, Stefan, Deutsches Übersee-Institut. Hamburg 1996.

Heinz Kramer: Die Türkei zwischen Europa, Asien und dem Nahen Osten: eine aufstrebende Regionalmacht? In: Südosteuropa Mitteilungen 32 (1992) 2, S. 129 – 140.

Kramer, Heinz: A Changing Turkey. The Challenge to Europe and the United States. Washington 2000.

Kramer, Heinz: Die Türkei in den sicherheitspolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges, in: Trummer, Peter/Fleischer, Sabine/Pühs, Wolfgang (Hrsg.): Die Lage im östlichen Mittelmeerraum als Aspekt deutscher Sicherheitspolitik. Baden-Baden 1997, S. 69 – 118.

Kramer, Heinz: Die Türkei nach dem Irakkrieg. Außen- und innenpolitische Folgen, in: Claus Leggewie (Hrsg.): Die Türkei und Europa. Frankfurt/M 2004, S. 296 – 302.

Kramer, Heinz: Die Türkei unter Erbakan: Kontinuität und islamischer Wandel, in: Außenpolitik 47 (1996) 4, S. 379 – 388.

Kramer, Heinz: Die Türkei: Eine Regionalmacht mit Zukunft? In: Albrecht Zunker (Hrsg.): Weltordnung oder Chaos? Baden-Baden 1993, S. 109 – 125.

Kramer, Heinz: EU-Türkei: Vor schwierigen Beitrittsverhandlungen. Hrsg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Interne Edition. Mai 2005.

Kramer, Heinz: Turkey Toward 2000, in: Brookings Review 17 (1999) 3, S. 32 – 35.

Kramer, Heinz: Zur Gefolgschaft verdammt: Ankaras Irak-Dilemma. Stiftung Wissenschaft und Politik: SWP-Aktuell 7, Februar 2002.

Kugler, Richard L.: Moscow's Spring or NATO's Autumn: U.S. Policy and the Future of Europe. Rand-Corporation, N-2871, May 1989.

Kühnhardt, Ludger: Die NATO im Prozess der inneren und äußeren Veränderungen, in: Aus Politik und Zeitgeschehen 46 (1996) 5, S. 12 – 20.

- Kumkale, Tamer:** Değişen dünya güç dengesi içinde Türkiye'nin yeri ve önemi, in: Silahlı kuvvetler dergisi (türkische militärische Zeitschrift) 327 (1991) 1, S. 2 – 19.
- Kushner, David:** Conflict and Accomodation in Turkish-Syrian Relations, in: A. Yaniv Moozm (Hrsg.): Syria under Assad. London 1986, S. 85 – 104.
- Law, David/Rühle, Michael:** Die NATO und das „Out-of-area“-Problem, in: Europa Archiv 47 (1992) 15-16, S. 439-444.
- Legvold, Robert:** Strategic Doctrine and SALT: Soviet and American Views, in: Survival 21 (1979) 1, S. 8 – 13.
- Lenore, Martin:** Turkey's National Security in the Middle East, in: Turkish Studies 1 (2000) 1, S. 83.
- Lerch, Wolfgang Günter:** Muhammeds Erben. Die unbekannte Vielfalt des Islam. Düsseldorf 1999.
- Lesser, Ian O.:** Turkey in a Changing Security Environment, in: Journal of International Affairs 54 (2000) 1, S. 183 – 198.
- Liel, Alon:** Israel und die Türkei. Eine besondere Beziehung, in: Internationale Politik 55 (2000) 11, S. 31 – 35.
- Liesl, Graz:** Die Türkei und ihre asiatischen Nachbarn, in: Europa Archiv 42 (1987) 23, S. 691 – 698.
- Link, Werner:** Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München 1998.
- Link, Werner:** Überlegungen zum Begriff „Konflikt“ in den internationalen Beziehungen, in PVS 20 (1979) 1, S. 33-50.
- Link, Werner:** Der Ost-West-Konflikt. Stuttgart 1980/1988.
- Link, Werner:** Die amerikanische Außenpolitik aus revisionistischer Sicht, in: Neue Politische Literatur 16 (1971) 2, S. 205 – 220.
- Liska, George:** Nations in Alliance. The Limits of Interdependence. John Hopkins University Press. Baltimore 1962.
- Lochery, Neil:** Israel and Turkey: Deepening Ties ans Strategic Implications, 1995-1998, in: Israel Affairs 5 (1998) 1, S. 45 – 62.
- Londoner Erklärung.** Die Nordatlantische Allianz im Wandel, in: Bulletin Nr.90, 1990, S. 777 – 779.
- Lübke-meier, Eckhard:** Wozu noch NATO? Kurzpapier der Abteilung Außenpolitik- und DDR-Forschung der Friedrich-Ebert-Stiftung (April 1990). Bonn 1990.
- Luhmann, Nicolas:** Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Bd. 3 Frankfurt/M. 1993.
- Lutz, Dieter S. (Hrsg.):** Militär, Rüstung, Sicherheit. 4 Bände. Baden-Baden 1979/1980.
- Lutz, Dieter S.:** Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa. Ein Beitrag zur Diskussion um den Nachrüstungsbeschluss. Reinbek b. Hamburg 1982.

- Makovsky, Alan:** The New Activism in Turkish Foreign Policy, in: SAIS Review 19 (1999) 1, S. 92 – 113.
- Makovsky, Alan:** Israeli-Turkish Relations: A Turkish Periphery Strategy?, in: Henri Barkey (Hrsg.): Relucant Neighbour: Turkey's Role in the Middle East., United States Institute of Peace Press, Washington D.C. 1996, S. 150.
- Mango, Andrew:** The Turkish Model, in: Middle Eastern Studies 29 (1993) 4, S. 726 – 757.
- Mango, Andrew:** Turkey: the challenge of a new role, herausgegeben vom Center for Strategic and International Studies, Westport 1994.
- Manousakis, Gregor M.,** Putsch in der Türkei?, in: Europäische Sicherheit 43 (1994) 6, S. 303 – 306.
- Marom, D.:** „Phantom Jet Deal Won't Be called Despite Turkish PM's Opposition“, in: Israel Business Arena vom 2. Dezember 1996.
- Masala, Carlo:** Den Blick nach Süden? Die NATO im Mittelmeerraum (1990 – 2003). Fallstudie zur Anpassung militärischer Allianzen an neue sicherheitspolitische Rahmenbedingungen. Baden-Baden 2003.
- Matthiessen, Gunnar:** Theoretische und praktische Probleme intersystemarer Kooperation. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5 (1973) 18, S. 461 – 474.
- McCalla, Robert B.:** NATO's persistence after the cold war, in: International Organisation 50 (1996) 1, S. 445 – 475.
- Mc Neill, Wiliam H.:** America, Britain, and Russia. Their co-operation and conflict 1941 – 1946. London et al. 1986.
- Menzler, Walter,** Die Türkei-Eine Gesellschaft auf dem Sprung ins 21. Jahrhundert?. Tourismus und GAP-Zukunftsinvestitionen oder Naturzerstörung?, in: Zeitschrift für Türkeistudien 8 (1995) 2, S. 199 – 220.
- Meyer, Wolfgang:** Multinationalität und militärische Integration in Europa. Sachstand und Perspektive, in: Clausewitz Zentrum (Hrsg.): Clausewitz-Information 4, 2000, S. 91 – 100.
- Ministry of Foreign Affairs/Center For Strategic Research:** Conference entitled IGC and Custom Union: Seminar on Turkey-EU Relations in the Post-Cold-War Era. Sam Papers No. 4/97. Ankara (Oct.) 1997, S. 101 – 142.
- Ministry of Foreign Affairs/Center for Strategic Research:** Seminar on Turkey-EU Relations in the Post-Cold War Era. Sam Papers No. 4/97. Ankara 1997 (Oct.), S. 143 – 181.
- Ministry of Foreign Affairs/Center of Strategic Research:** SAM Papers No 2/1996 (Turkish-German Round Table Meeting 4. – 5. March 1996/Ankara).
- Moens, Alexander:** NATO and European Security. Alliance Politics from the End of the Cold War to the Age of Terrorism. Westport 2003.
- Moens, Alexander:** NATO's Dilemma and the Elusive Defence Identity, in: Security Dialogue 29 (1998) 4, S. 463 – 475.
- Morgan, Patrick:** „Regional Security Complexes and Regional Orders“, in: David Lake/Patrick Morgan (Hrsg.): „Regional Orders-Building Security in a New World“, University Park, Pennsylvania State University Press, 1997.

Morgenthau, Hans: Politic among Nations. The Struggle for Power and Peace. New York 1985.

Mufti, Malik: Daring and Caution in Turkish Foreign Policy, in: Middle East Journal 52 (1998) 1, S. 32 – 50.

Müftüler, Meltem S.: Turkey's Predicament in the Post-Cold War Era, in: Futures 28 (1996) 4, S. 255 – 268.

Müller, Erwin: Nach-Rüstung und Rüstungswettlauf. Zum NATO-Beschluss über neue eurostrategische Mittelstreckensysteme. Hrsg. Vom Verein für Friedenspädagogik. 2. Auflage. Tübingen 1981.

Murphy, Richard W.: „Syria: Not so inscrutable“, in: The World Today 52 (1996) 8-9, S. 203 – 205.

Mütercimler, Erol: A Security in Turkey in the 21 st Century, in: Insight Turkey 1 (1999) 4, S. 11 – 20.

Nassauer, Otfried: Nur eine Frage der Verfügungsgewalt? Die neue NATO-Strategie, der Nichtverbreitungsvertrag und die Nukleare Teilhabe, Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit, Berlin. März 2000.

Nassauer, Otfried: Die neue nationale Strategie der USA. In: Ami 22 (1992) 10, S. 35 – 44.

NATO-Gipfelkonferenz in Rom, in: Bulletin Nr. 128/1991, S. 1033 – 1048.

NATO's 16 Nations and Partners for Peace – Special Issue: Defence and Economics, „A Turkish Defence Industry“, in: Turkey; Pillar of stability“. Bonn 1998.

NATO-Handbuch: Jubiläumsausgabe zum fünfzigjährigen Bestehen der Nordatlantik-Pakt-Organisation. Brüssel 1988.

NATO-Dokumentation: Leistungsbilanz SFOR-20. Dezember 1996 bis 22. April 1998 (<http://www.nato.int>),

Naumann, Klaus: Bedrohungsszenarien im 21. Jahrhundert: Module von Krisen- und Konfliktbewältigungsstrategien an der Peripherie. In: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Ergänzungsheft I B, 25. Jahrgang, 1999, S. 21 – 39.

Naumann, Klaus: Die neue militärische Kommandostruktur der NATO, in: NATO-Brief 46 (1998) 1, S. 10 – 14.

Neumann, J. v./Morgenstern, O.: Theory of Games and Economic Behavior. 3. Auflage. Princeton/N. J. 1953.

Newsweek vom 11. August 1997 (auch im Archiv unter [www.turkishdailynews.com/August 1997/12/B](http://www.turkishdailynews.com/August%201997/12/B)).

Nicole, Pope: Turkey's generals behind the Israeli axis, in: Middle East International 550 (1997) 3, S. 32 – 40.

Oberndörfer, Dieter: Die Furcht vor der Türkei, in: Siegfried Ferch/Mehmet Öcal (Hrsg.): Europa und die Türkei. Schwalbach/Ts 2006, S. 189 – 200.

Öcal, Mehmet: Die Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei, in: Siegfried Ferch/Mehmet Öcal (Hrsg.): Europa und die Türkei. Schwalbach/Taunus 2006, S. 239 – 267.

Öcal, Mehmet: Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (1990 – 2005). Bonner Islamstudien. Hrsg. von Stephan Conermann. Bd. 10. Schenefeld 2005.

Oğan, Mustafa: Türkiye-İsrail İlişkilerinin Dünü-Bugünü-Yarını, in: Harp Akademileri Yayını, İstanbul 1997.

Ökcün, Gündüz A.: A Guide to Turkish Treaties, 1920 – 1964. Ankara 1966.

Olsen, jr. Mancur/Zeckhauser, Richard: An Economic Theory of Alliances. In: Review of Economics and Statistics 48 (1966) 3, S. 266 – 279.

Olson, Robert: Kurdish Question and Turkey's Foreign Policy Toward Syria, Iran, Russia and Irak Since the Gulf War, in: R. Olson (Hrsg.): Kurdish Nationalist Movement in the 1990s. Lexington/Kentucky 1996, S. 84 – 113.

Olson, Robert: Turkey-Syria Relations Since the Gulf War: Kurds and Water, in: Middle East Policy 5 (1997) 2, S. 168 – 195.

Olson, Robert: The Kurdish Question and Turkey's Foreign Policy, 1991 – 1995, in: Journal of South Asian and Middle Eastern Studies 19 (1995) 1, S. 1 – 30.

Öniş, Ziya: The State and Economic Development in Contemporary Turkey: From Etatism to Neoliberalism and Beyond, in: Vojtech Mastny/R. Craig Nation (Hrsg.): Turkey Between East and West. New Challenges for a Rising Regional Power. Boulding/Colorado 1996, S. 155 – 178.

Öniş, Ziya: Turkey in the Post-Cold War Era: In Search of Identity, in: The Middle East Journal 49 (1995) 1, S. 48 – 68.

Orhun, Ömür: The Uncertainties and Challenges Ahead: A Southern Perspective, in: Perceptions 4 (1999) 2, S. 23 – 30.

Öymen, Onur: Turkey's European foreign policy, in: Perceptions 2 (1997) 3, S. 7 – 14.

Özal, Turgut: Ankara: L' Ambition Européenne, in: Politique Internationale 47 (1990) 1, S. 233 – 242.

Özal, Turgut: Türkiye'nin Önünde Hacet Kapıları açılmıştır, in: Türkiye Günlüğü 19 (1991) 1, S. 14 – 21.

Özer, Ercan: Foreign Economic Policy and Relations of Turkey: The Regional Perspective, in: Perceptions 2 (1997) 3, S. 128 – 139.

Özkan, Gencer: Turkey's Changing Neighbourhood Policy. In: The Turkish Yearbook of International Relations 2004. Ankara 2005, S. 1 – 22.

Özkan, Gencer: Türkiye'de siyasal Rejim ve Dış Politika. In: Faruk Sönmezoğlu (Hrsg.): Türk Dış Politikasının Analizi. İstanbul 1994.

Özkök, Hilmi: The Role of the Turkish Land Forces in the Changing World, in: NATO's Nations and Partners for Peace 47 (2002) 1, S. 98 – 101.

Öztürk, Bayram/Algan, Nesrin (Hrsg.): Proceedings of the International Symposium on the Problems of Regional Seas. Ankara 2001.

Pack, Doris: Europas Versagen in Jugoslawien oder warum wir eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik brauchen. In: Michael Meimeth (Hrsg.): Die Europäische Union auf dem Weg zur einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Berlin 1997, S. 119 – 124.

Parlar, Suat: Silahlı Bürokrasinin Ekonomi Politikı. İstanbul 1997.

Passy, Solomon/Ivanov, Lyubomir: NATO's Global Mission in the Twenty-First Century, in: Perceptions 4 (1999) 2, S. 54 – 67.

Patrick Clawson,: Iran and Caspian Basin Oil and Gas, in: Perceptions 2 (1997/1998) 3-4, S. 17 – 27.

Perthes, Volker: Syrien, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt. Nordafrika und Naher Osten, Bonn 1993.

Perthes, Volker: Vom Krieg zur Konkurrenz: Regionale Politik und die Suche nach einer neuen arabisch-nahöstlichen Ordnung. Baden-Baden 2000.

Pfetsch, Frank R.: Entwicklung und Evaluation. Empirische Dimensionen des Politischen. Darmstadt 1995.

Piper, Gerhard: Zwischen Erstschlagfähigkeit und Rüstungskontrolle: Wochenendseminar von Deutschen Friedensrat und Bundesausschuss Friedensratschlag am 31. März 2000 in Brotterode/Thüringen. Internes Papier. Berlin 2000.

Pipes, Daniel: NATO's New Strategy-Studies in International Security. Papers XXXI B. Middle East Forum, Philadelphia 2001.

Pipes, Daniel: Zwei „Teams“ im Nahen Osten, in: Analysen 7 (1999) 3, S. 17 – 24.

Pradetto, August: Die NATO, humanitäre Intervention und Völkerrecht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 11 (1999) 3, S. 26 – 38.

Radu, Michael: The Rise and Fall of the PKK, in: Orbis 45 (2001) 1, S. 47 – 64.

Randelholz, Eberhard: Ordnungsmacht Türkei: die Kriegsziele des Turgut Özal, in: Blätter für die Deutsche und Internationale Politik 36 (1991) 3, S. 346 – 351.

Rede des NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner am 17.09.1992 zum Thema: die Welt im Umbruch. Wohin steuert die Atlantische Allianz? In: Stichworte zur Sicherheitspolitik, Nr.10, 1992, S. 14f.

Reiter, Erich (Hrsg.) : Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wien 2006.

Reiter, Erich(Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2004. Hamburg/Berlin/Bonn 2004.

Reiter, Erich/König, Ernest (Hrsg.): Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik. Bd. 1. Wien 2000 (Januar 2000= Internet-Ausgabe).

Reiter, Erich: Die Situation in der EU in ihrer geplanten strategischen Überdehnung. Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur EU, in: Europäische Sicherheit 54 (2005) 4, S. 34 – 44.

Reuters vom 09. Dezember 1997: „Israel's eyes 'gold mine', in Turkish arms deals“.

Riemer, Andrea K.: Die Türkei und die Europäische Union. Eine unendliche Geschichte?, in: Aus Politik und Zeitgeschehen 10 (2003) 11, S. 40 – 46.

- Riemer, Andrea K.:** Die Türkei: Ein großer „Regional Player“ mit geopolitischer Relevanz: Mythos oder Realität?, in: Südeuropa 46 (1997) 11, S. 562 – 599.
- Riemer, Andrea K.:** Strategische und geopolitische Überlegungen der USA zur EU-Integration der Türkei. In: Erich Reiter (Hrsg.): Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wien 2006, S. 83 – 104.
- Riley, Paul H.:** Turkey in the 1990 s: Strategic Dynamics in the Decade ahead. London 2004.
- Ritter, Klaus:** Sicherheitspolitik, in: Staatslexikon. Recht-Wirtschaft-Gesellschaft. Bd.4. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. Sonderausgabe der 7., völlig neu bearbeiteten Auflage. Freiburg-Basel-Wien 1995, Sp. 1173 – 1177.
- Robertson, Lord George:** „Turkey and European Security and Defence Identity“, in: Insight Turkey 3 (2001) 1, S. 41 – 51.
- Robins, Philip:** Turkish Policy and the Gulf Crisis: Dynamic or Adventurist, in: Turkologischer Anzeiger 19 (1993) 109, S. 70 – 87.
- Robins, Philip:** Turkish Foreign Policy under Erbakan, in: Survival 39 (1997) 2, S. 82 – 100.
- Roleau, Eric:** The challenges to Turkey, in: Foreign Affairs 72 (1993) 5, S. 110 – 126.
- Rosencrance, Richard:** A New Concert of Powers. In: Foreign Affairs 71 (1992) 2, S. 64 – 82.
- Ross, Deniss:** „The Indes of March: Incremental vesus Comprehensive SALT“, in: Arms Control Today IX, 5, (May 1979), S. 1 – 10.
- Rott, Hans:** Spieltheorie, in: Enzyklopädie, Philosophie und Wissenschaftstheorie. Band 4. Hrsg. von Jürgen Mittelstraß. Bd. 4. Stuttgart/Weimar 1996, S. 38 – 41.
- Rouleau, Eric:** The challenges to Turkey, in: Foreign Affairs 72 (1993) 5, S. 110 – 126.
- Royal United Services Institute,** Newsbrief, Vol. 18/4, April 1998.
- Rumpf, Christian:** Verfassung, Verwaltung, Recht der Türkei, in: Staatslexikon, Bd. 7, hrsg.von der Görres-Gesellschaft. Freiburg i. Br.-Basel-Wien 1995, S. 703f.
- Rühe, Volker:** Rede des deutschen Verteidigungsministers am 11. Mai 1995 in Bonn über die Nordatlantische Allianz als Fundament einer neuen Friedensordnung in Europa, in: Internationale Politik 50 (1995) 1, S. 91 – 97 (Dokumente).
- Rühl, Lothar:** Innere und äußere Konfliktherde der Türkei, in: Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung 31 (1994) 72, S. 79 – 97.
- Rühl, Lothar:** Der Nutzen militärischer Macht in Europa, in: Karl Kaiser/K. Markus Kreis (Hrsg.): Sicherheitspolitik vor neuen Aufgaben. DGAP. Bd. 13. Frankfurt/M. 1977, S. 220 – 272.
- Rühl, Lothar:** Zur Problematik eines EU-Beitritts der Türkei. Die Türkei und Europa in einer geopolitisch-strategischen Perspektive, in: Erich Reiter (Hrsg.): Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union. Wien 2006, S. 3 – 22.
- Rühle, Michael:** Krisenmanagement in der NATO, in: Dieter Farwick (Hrsg.): Krisen. Die große Herausforderung unserer Zeit. Frankfurt/M. und Bonn 1994.
- Rumpf, Christian:** Das Verfassungssystem der Türkei, in: Ferch, Siegfried/Öcal, Mehmet(Hrsg.): Europa und die Türkei. Schwalbach/Ts. 2006, S. 43 – 67.

- Sakallıoğlu, Ümit Cizre:** Kemalism, Hyper-Nationalism and Islam in Turkey, in: History of European Ideas 18 (1994) 2, S. 255 – 270.
- Sakallıoğlu, Ümit Cizre:** The Anatomy of the Turkish Military's political Autonomy, in: Comparative Politics 29 (1997) 1, S. 151 – 166.
- Sarıbrahimoğlu, Lale:** „Turkey, Jordan Unlock Pilot Training Exchange“, in: Jane's Defence Weekly vom 20. November 2000.
- Sarıbrahimoğlu, Lale:** Turkey rejects US access request. In: Jane's Defence Weekly vom 09. Juni 2004, S. 15.
- Sayari, Sabri:** Turkish Foreign Policy in the Post-Cold War Era: The Challenges of Multi-Regionalism, in: Journal of International Affairs 54 (2001) 1, S. 169 – 182.
- Schädlich, Peter S.:** NATO's New Strategy after the Fall of the Soviet Union. Stockholm 2002, S. 104 – 126.
- Schirm, Stefan A.:** Transnationale Globalisierung und regionale Kooperation. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen 4 (1997) 1, S. 69 – 106.
- Schlesinger jr., Arthur:** Das erschütterte Vertrauen. Wird Amerika eine gewalttätige Nation? Berlin et al. 1969.
- Schlesinger, Arthur jr.:** Origins of the Cold War. In: Foreign Affairs 46 (1967/1968) 1, S. 22 – 52.
- Schmid, Thomas (Hrsg.):** Krieg im Kosovo. Reinbek b. Hamburg 1999.
- Scholz, Rupert:** NATO und WEU nach der Auflösung des Warschauer Paktes, in: Europäische Sicherheit 8 (1992) 2, S. 427 – 432.
- Schröder, P.:** Alliances, 1815 – 1945: Weapons of Power and Tools of Management, in: Klaus Knorr (Hrsg.): Historical Dimensions of National Security. Kansas 1976, S. 227 – 262.
- Schubert, Klaus von (Hrsg.):** Sicherheitspolitik und Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945 – 1977. Teil I. Bonn 1977.
- Schütz, Hans-Joachim:** Geschichte der internationalen Abrüstungsverhandlungen, in: Reiner Steinweg (Hrsg.): Das kontrollierte Chaos: Die Krise der Abrüstung. Frankfurt/M. 1980, S. 102 – 127.
- Schwartz, David N.:** The Role of Deterrence in NATO Defense Strategy: Implications and Posture, in: World Politics 28 (1975) 1, S. 118 – 133.
- Schwarz, Dieter-Klaus (Hrsg.):** Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit. 3., neu bearbeitete Auflage. Bad Honnef 1979.
- Schweller, Randall:** A New Realist Research: Refining, Not Refuting Walt's Balancing Proposition. In: American Political Science Review 91 (1997) 4, S. 927 – 929.
- Schweller, Randall:** Bandwagoning for Profit. Bringing the Revisionist States Back, in: International Security 19 (1994) 1, S. 72 – 107.
- Şen, Faruk:** Die Türkei als Ordnungsmacht, in: Südosteuropa Mitteilungen 33 (1993) 3, S. 252 – 263.
- Şen, Faruk:** Schwarzmeer-Region: eine neue regionale Kooperation, in: Auslandskurier 12 (1993) 3, S. 48 – 50.

Sen, Faruk: Türkei: Brücke zwischen Ost und West, in: Auslandskurier 2 (1994) 1, S. 46 – 48.

Seufert, Günter/Kubaseck, Christoph: Die Türkei. Politik-Geschichte-Kultur. München 2004.

Sezer, Duygu Bazoğlu: Europe's Eastern Bastion-New Vistas for Turkey. In: NATO's Sixteen Nations 38 (1993) 2, S. 10 – 15;

Sezer, Duygu Bazoğlu: From Hegemony to Pluralism: The Changing Politics of the Black Sea, in: SAIS Review 17 (1997) 1, S. 1 – 30.

Sezer, Duygu Bazoğlu: Turkey in the New Security Environment in the Balkan and Black Sea Region. In: Vojtech Mastny/R. Craig Nation (Hrsg.): Turkey Between East and West. New Challenges for a Rising Regional Power. Boulder/Colorado 1996, S. 71 – 95.

Sezer, Duygu Bazoğlu: Turkey's Grand Strategy Dilemma, in: The International Spectator 1 (1992) 1, S. 17 – 32.

Sharp, Jane M. O.: Testfall Kosovo: Die westliche Politik auf dem Prüfstand, in: Internationale Politik 53 (1998) 6, S. 27 – 33.

Siedschlag, Alexander: Realistische Perspektiven internationaler Politik. Opladen 2001.

Siedschlag, Alexander: Neorealismus, Neoliberalismus und Postinternationale Politik. Beispiel Internationale Sicherheit-Theoretische Bestandaufnahme und Evaluation, Opladen 1997.

Simma, Bruno: Die NATO, die UN und militärische Gewaltanwendung: Rechtliche Aspekte, zitiert nach: Reinhardt Merke (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg und das Völkerrecht. Frankfurt/M 2000.

Simon, James: Issues, Core Points, and Parameters of a 'broken Partnership': EU and Turkey-Reconsidering the Crisis. Boston 2002.

SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute): NATO-Posture in the 1990ies. Analysis of present and expected future developments. Additional Studies and Appendix to recent SIPRI Yearbook. London/Philadelphia 1995.

Smith, Jeffrey R.: Clinton Directive Changes strategy On Nuclear Arms-Centering on Deterrence, Officials Drop Terms for Long Atomic War, Washington Post vom 07.12.1997

Snyder, Glenn: Alliance Politics. Ithaca 1997.

Snyder, Glenn: Alliance Theory: A Neo-Realist First Cut, in: Journal of International Affairs 44 (1990) 1, S. 103 – 123.

Solana, Javier: NATO in the Twenty-First-Century, in: Perceptions 4 (1999) 2-3, S. 13 – 22.

Sönmezoğlu, Faruk: II. Dünya Savaşından Günümüze Türk Dış Politikası, İstanbul 2006.

Sönmezoğlu, Faruk: Türk Dış Politikası'nın Analizi, İstanbul 2001, S. 195 – 212.

Steinbach, Udo: Außenpolitik am Wendepunkt? Ankara sucht seinen Standort im internationalen System, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, 7. März 1997.

- Steinbach, Udo:** Der EU-Beitritt der Türkei. Pro: Sicherheitspolitischer Stabilitätsfaktor, in: Internationale Politik 55 (2000) 3, S. 55 – 62.
- Steinbach, Udo:** Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas. Bergisch-Gladbach 1996.
- Steinbach, Udo:** Die Türkei, der Nahe Osten und das Wasser, in: Internationale Politik 53 (1998) 1, S. 9 – 16.
- Steinbach, Udo:** Kemalismus oder Fundamentalismus. Die modellpolitische Konkurrenz zwischen der Türkei und dem Iran und die Zukunft der islamischen Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 37 (1992) 7, S. 817 – 829.
- Steinbach, Udo:** Ordnungsmacht oder Krisenfaktor? Die Türkei zwischen Orient und Okzident, in: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Friedensgutachten 1996. Münster 1996, S. 203 – 215.
- Steinbach, Udo:** Türkei, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Die Staatenwelt Europas. Schriftenreihe BpB, Bd. 443. Bonn 2005, S. 382 – 391.
- Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.):** Polarität und Interdependenz. Beiträge zur Fragen der Internationalen Politik. Baden-Baden: Nomos 1978.
- Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.):** The New NATO: Can it Function? Need for Defining NATO's Strategic Rational for the 21 st Century. The Eleventh Review Conference on Future Tasks of the Alliance, 6. – 8.03.1998.
- Stilides, John:** Greek-Turkish Relations, in: Turkish Studies 1 (2000) 1, S. 178 – 181.
- SWB EE/1972 B/6-7** vom 15. April 1994 (Nachrichtensender).
- SWB ME/2581 MED/9** vom 09. April 1996 (Nachrichtensender).
- Tacar Y., Pulat:** Terör ve Demokrasi, Ankara 1999.
- Tamkoç, Metin:** Turkey's Quest for Security through Defensive Alliances: in: Turkish Yearbook of International Relations 2 (1961) 1, S. 1 – 39.
- Tan Eng Bok, Georges/Heuser, Beatrice:** NATO am Scheideweg, in: Europa-Archiv 46 (1991) 24, S. 719 – 728.
- Taşhan, Seyfi:** The Caucasus and Central Asia: Strategic Implications. In: Foreign Policy 18 (1998) 3/4, S. 61ff.
- Taşpinar, Ömer:** ABD'ye Güvensizliğin Anatomisi. In: Turkish Foreign Policy 8 (2005) 33, S. 26 – 34.
- TBMM Tutanak Dergisi** (Zeitschrift des türkischen Parlaments) vom 12.08.1990.
- Tennissen, Paul J.:** Strengthening the Defense Dimension of the EU: An Evaluation of Concepts, Recent Initiatives and Developments, in: European Foreign Affairs Review 4 (1999) 3, S. 327 – 352.
- Tepe, Sultan:** Kemalism, Islamism and National Action Party, in: Turkish Studies 1 (2000) 2, S. 19 – 25.
- The Turkish Ministry of Foreign Affairs:** Water Issues Between Turkey, Syria and Iraq, unter <http://www.mfa.gov.tr/grupa/ad/adg/>.

Theiler, Olaf: Der Wandel der NATO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Helga Haftendorn/Otto Keck (Hrsg.): Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen. Baden-Baden 1997.

Thompson, Peter L.: United States-Turkey Military Relations: Treaties and Implications, in: International Journal of Kurdish Studies 9 (1996) 1-2, S. 14 – 21.

Thränert, Oliver: NATO und europäische Sicherheit. Vortrag vor dem Ost-West-Forum in Münster am 21.09.1994. Typscript. Münster 1994.

Tibi, Bassam: Die neue Rolle der Türkei, in: Die politische Meinung 38 (1993) 284, S. 57 – 63.

Tibi, Bassam: Die postkemalistische Türkei, in: Internationale Politik 53 (1998) 1, S. 1 – 8.

Tiedtke, Stephan: Rüstungskontrolle aus sowjetischer Sicht. Die Rahmenbedingungen der sowjetischen MBFR-Politik. Studien der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Frankfurt/M. 1980.

Tirman, John: The Ankara-Jerusalem Axis, in: Nation 268 (1999) 1, S. 20 – 23.

Toruntay, Necip: Değişen Stratejilerin Odağında Türkiye, İstanbul 1997.

Troebst, Stefan: Chronologie einer gescheiterten Prävention. Vom Konflikt zum Krieg im Kosovo, 1989 – 1999, in: Osteuropa 49 (1999) 8, S. 777 – 795.

Turan, İlder: Mediterranean Security in the Light of Turkish Concerns, in: Perceptions 3 (1998) 1, S. 16 – 31.

Ülgen, Sinan: “Turkey’s Role in European Security and Defense Policy”, in: Insight Turkey 3 (2001) 3, S. 44 – 45.

Ümit, Nermin-Abadan: Ideologische Strömungen in der Türkei in den 90er Jahren, in: Südosteuropa Mitteilungen 37 (1997) 4, S. 291 – 300.

Uslu, Nasuh: Türk Dış Politikası Yol Ayrımında, in: Soğuk Savaş Sonrası Yeni Sorunlar, Yeni İmkanlar ve Yeni Arayışlar, (Hrsg.): Erhan Güngör, Ankara 2006, S. 15 – 22.

Uzgel, İlhan: „Balkanlar ve Türk-ABD Çıkarlarının Kesişmesi“, in: Baskın Oran (Hrsg.): Türk Dış Politikası, Kurtuluş Savaşından Bugüne Olgular, Belgeler, Yorumlar, cilt 1(Band 1.), 6. Baskı, İstanbul, İletişim Yayınları, 2002, S. 274 – 277.

Uzgel, İlhan: „Bosna-Hersek ve Türkiye“, in: Baskın Oran (Hrsg.): Türk Dış Politikası, Kurtuluş Savaşından Bugüne Olgular, Belgeler, Yorumlar, cilt 1 (Band 1), 6. Baskı, İstanbul, İletişim Yayınları, 2002, S. 493 – 502.

Uzgel, İlhan: „Yeni Yugoslavya ve Türkiye“, in: Baskın Oran (Hrsg.): Türk Dış Politikası, Kurtuluş Savaşından Bugüne Olgular, Belgeler, Yorumlar, cilt 1(Band 1), 6. Baskı, İstanbul, İletişim Yayınları, 2002, S. 490 – 493.

Uzgel, İlhan: Türk Dış Politikasında „Sivilleşme“ ve Demokratikleşme Sorunları: Körfez Savaşı Örneği, in: Ankara Üniversitesi Siyasal Bilgiler Fakültesi (Politische Vierteljahreszeitschrift), 1 – 4 (1998) 1, S. 307 – 326.

Uzgel, İlhan: Bulgaristan’da Rejim Değişikliği ve Türk-Bulgar İlişkileri, in: Baskın Oran (Hrsg.): Türk Dış Politikası, İstanbul 2002, S. 484 – 490.

Uzgel, İlhan: NATO`nun Dönüşümü ve Yeni Strateji, in: Baskın Oran (Hrsg.): Türk Dış Politikası, İstanbul 2002, S. 304 – 312.

Van den Broek, Hans: Die EU auf dem Weg zu einer Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Europäisches Forum – die EU auf dem Weg zu einer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Bonn 1997, S. 26 – 33.

Vossenkuhl, Wilhelm/Kaufmann, Arthur: Handeln, Handlung, in: Staatslexikon. Bd. 2, 1995, Sp. 1185 – 1192.

Wagner, Wolfgang et al.(Hrsg.): Jahrbuch Internationale Politik 1993/1994. München 1996.

Walt, Stephen M.: The Origins of Alliances. Ithaca/USA 1990.

Waltz, Kenneth N.: Structural Realism after the Cold War, in: International Security 25 (2000) 1, S. 5 – 41.

Waltz, Kenneth N.: Realist Thought and Neorealist Theory, in: Journal of International Affairs 44 (1990) 1, S. 21 – 37.

Waltz, Kenneth: Theory of International Politics. Reading: Addison-Wesley 1979.

Warwick, Johannes/Woyke, Wichard: Die Zukunft der NATO. Transatlantische Sicherheit im Wandel. Opladen 2000.

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Bd. I. Tübingen 1921.

Wehler, Hans-Ulrich: Die türkische Frage. Europas Bürger müssen sich entscheiden, in: Claus Leggewie (Hrsg.): Die Türkei und Europa. Die Positionen. Frankfurt/M. 2004, S. 57 – 69.

Weisser, Ulrich: NATO-Strategie im Umbruch. Doktrinen und Optionen der neunziger Jahre. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1, 1998, IB (Sonderheft) S. 13 – 19.

Weisser, Ulrich: NATO ohne Feindbild. Konturen einer europäischen Sicherheitspolitik, Bonn/Berlin 1992, S. 65.

Weisser, Ulrich: Neue Sicherheitsvorsorge in Europa, in: Die politische Meinung 255 (1991) 2, S. 4-10.

Weißbuch 1973/1974 mit einem Vorwort von Bundeskanzler Willy Brandt. Zur Sicherung der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr. Hrsg. vom Bundesminister der Verteidigung. Bonn 1974.

Weitsman, Patricia: Intimate Enemies: The Politics of Peacetime Allies, in: Security Studies 7 (1997) 1, S. 156 – 192.

Weller, Marc: Peace-keeping and Peace-enforcement, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 56 (1996) 1-2, S. 70 – 177.

White, Jenny B.: Pragmatists or Ideologues? Turkey`'s Welfare Party in Power, in: Current History 96 (1997) 606, S. 83 – 98.

Wirminghaus, Rainer-Freitag: „Great Game“ am Kaspischen Meer. Eine Region zwischen Europa und dem indischen Subkontinent. Wien 2002 (unter: www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=51).

Wörner, Manfred: Die Atlantische Allianz und die europäische Sicherheit, in: Europa-Archiv 47 (1992) 1, S. 1 – 6.

Wörner, Manfred: Interview: Was ist die europäische Sicherheit wert?, in: Focus 18 (1993), S. 160f.

Wörner, Manfred: Umbruch und Aufbruch: Aspekte und Perspektiven einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur. In: Neue Zürcher Zeitung vom 16. April 1991 (Beilage).

Wright, Martin: Power Politics. New York 1978.

[www.byegm.gov.tr/Turkish Press Review](http://www.byegm.gov.tr/Turkish%20Press%20Review) vom 17.10.2007

www.mfa.gov.tr (27.Januar 2007).

Yamakoğlu, Cihan: Ortadoğuda Barışla Savaşlar, Ankara 2003.

Yavuz, Celalettin: Türk Dış Politikası Fırtınalı Denizler ve Alınacak Önlemler, in: 2023 (Zeitschriftname) 67 (2006) 1, S. 36 – 47.

Yavuz, Hakan M.: Değişen Türk Kimliği ve Dış Politika: Neo Osmancılığın Yükselişi, in: Saban H. Çalış, İhsan D. Dağı und Ramazan Gözen (Hrsg.): Türkiye'nin Dış Politika Gündemi-Kimlik, Demokrasi, Güvenlik. Ankara 2001, S. 50 – 77.

Yearbook of International Relations and the Yearbook of International Affairs ab 1992 (bis 2006).

Yeni Forum: Türkiye Modeli ve Türk Kökenli Cumhuriyetlerle Eski Sovyet Halkları, Ankara 1992.

Yetkin, Murat: Kürt Kapani Şam'dan İmralıya Öcalan. İstanbul 2002.

Yılmaz, Bahri: Challenges to Turkey: The New Role of Turkey in International Politics since the Dissolution of the Soviet Union. New York 1997ff.

Yılmaz, Bahri: Die neue Rolle der Türkei in der Internationalen Politik, in: Außenpolitik 45 (1994) 1, S. 90 – 98.

Yılmaz, Bahri: Regionalmacht Türkei. Hat sie ihre Führungsrolle verpasst? In: Internationale Politik 50 (1995) 5, S. 37 – 42.

Yost, David S.: NATO transformed: The Alliance's New Role in International Security. Washington 1998.

Young, Thomas-Durell: Reforming NATO's Military Structures: The Long-Term Study and Its Implications for Land Forces. Carlisle 1998.

Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.): Die Schwarzmeerwirtschaftsregion (SMWR) – Darstellung, Entwicklung, Perspektiven sowie Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der EU. Opladen 1996.

Zentrum für Türkeistudien: G.A.P.-Southeastern Anatolia Project. Its Impact on the Turkish Economy and the Middle East Balances. Bonn 1989.

Zepter, Bernhard: Der „europäische Pfeiler“ in der NATO als Perspektive einer westeuropäischen Sicherheitspolitik. In: Reimund Seidelmann (Hrsg.): Auf dem Weg zu einer westeuropäischen Sicherheitspolitik. Baden-Baden 1989, S. 257 – 272.

VIII.2. Zeitungen

Berliner Morgenpost vom 8.1.1998

Cumhuriyet vom 2.11.1991.

Cumhuriyet vom 17.10.1997.

Cumhuriyet vom 10.6.1996.

Der Tagesspiegel vom 22.10.1992: Stütze, Walter: Bequeme Verteidiger.

Die Welt vom 29.10.2000.

Die Woche vom 18. bis 29.4.1999: Presseberichte und Kommuniqués.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.1.1997, S. 2-3.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.10.1998, S. 2.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.11.2000.

Frankfurter Rundschau vom 9.9.1998.

Frankfurter Rundschau vom 25.2.1999: Deiseroth, Dieter: Die rechtlichen Grenzen der NATO-Strategie.

Ha'aretz vom 27.5.1997.

Handelsblatt vom 12./13.1997.

Hürriyet vom 4.11.1997.

Hürriyet vom 5.10.1998: Tınç, Ferai: Bir Soru Beş Cevap.

Hürriyet vom 3.1.2000.

Hürriyet vom 9.4.2006.

International Herald Tribune vom 19.6.1975: "US bolsters NATO A-Force with more Poseidon missiles."

Jerusalem Post vom 15.11.1993.

Jerusalem Post vom 27.1.1997: Rodan, Steve: "Turkey wants more arms deal with Israel."

Jerusalem Post vom 2.5.1997: Rodan, Steve: "A Growing Alliance."

Jerusalem Post vom 12.12.1997: Sullivan, Arie: IAF Jets fly longrange training sorties in Turkey.

Junge Welt vom 9./10.3.1991.

Le Monde vom 10.7.1997: Boniface, Pascal: Un triomphe américain en trompe de l'oeil.

Milliyet vom 13.9.1980.

Milliyet vom 14.1.1988.

Milliyet vom 2.11.1989.

Milliyet vom 4.4.1991.

Milliyet vom 14.4.1998.

Milliyet vom 18.12.2005.

Neue Zürcher Zeitung vom 21.12.1990 (Beilage IV/90): Volz, Peter: NATO am Scheideweg? Kritische Anmerkungen zur Konferenz der Außenminister der NATO in Brüssel (17.12.1990).

Neue Zürcher Zeitung vom 7.1.1991.

Neue Zürcher Zeitung vom 12.01.1991: Schäfer, Harald: NATO-Organisationsstruktur, Planungs- und Entscheidungsprozesse.

Neue Zürcher Zeitung vom 4.6.1991.

Neue Zürcher Zeitung vom 6.3.1992, S. 4 (Beilage III/92).

Neue Zürcher Zeitung vom 16./17.9.1995.

Neue Zürcher Zeitung vom 25.10.1995: Länderbach, Patrick: Eingefrorener Konflikt um Nargorny-Karabach, S. 7.

Radikal vom 04.10. 2000: Ellengard Ayşe K.: Şam`la Yeni Sayfa.

Sabah vom 1.5.2007.

Tagesanzeiger vom 13.6.1996.

Turkish Daily News vom 1.11.1994.

Turkish Daily News vom 5.6.1996.

Turkish Daily News vom 7.2.1998.

Turkish Daily News vom 16.3.1998: Oruç, Saadet: "Turkey, Israel to the enchange strategic ties with caucasus."

Turkish Daily News vom 5.1.1999: Oruç, Saadet: "Turkish Trade via Israel to the US expected to boost export volume."

Turkish Daily News vom 3.9.1998: Çevik, İlknur: "Interview with the Israeli PM".

Turkish Daily News vom 16.7.1999: "Turkey, Israel to establish a water Commission."

Turkish Daily News vom 21.3.2001.

Turkish Daily News vom 13.6.2002 (Turkish Daily News Archiv unter: www.turkishdailynews.com).

Turkish Press Review vom 21.7.1999: "Israel under no delusion."

Turkish Probe vom 15.3.1996: "Turkey, Israel move closer to custom pact."

Washington Post-National Weekly Edition vom 10. bis 16.06.1996: Pomfret, John: Some Neighbourly Advice. Turkey pursues its ties to Israel.

Washington Post vom 16.2.2005 (supplementum A/2/05).

Yeni Şafak vom 10.6.1996..

Die in der Untersuchung (Dissertation) benutzten Abkürzungen folgen dem **Universallexikon der deutschen Sprache**. Hrsg. von der Dudengesellschaft. Mannheim et. al. 1980ff.